



THORBECKE



122. Heft 2004



Schriften des Vereins für
GESCHICHTE DES
BODENSEES UND SEINER
UMGEBUNG

Schriften
des Vereins für Geschichte
des Bodensees
und seiner Umgebung

122. Heft 2004



VERBODEN TOEGANG

INHALTSVER
SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR GESCHICHTE
DES BODENSEES
UND SEINER UMGEBUNG

122. Heft 2004



JAN THORBECKE VERLAG

Schriftleitung:

Dr. Jürgen Klöckler M.A., Konstanz

Z 2 168

Internationale Abkürzung: Schrr VG Bodensee

Für den Inhalt der Beiträge tragen alleine

die Autorinnen und Autoren die Verantwortung

7
gsa

2

s 23a - 122



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 by Jan Thorbecke Verlag der Schwabenverlag AG, Ostfildern
www.thorbecke.de · info@thorbecke.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Werk unter Verwendung mechanischer, elektronischer und anderer Systeme in irgendeiner Weise zu verarbeiten und zu verbreiten. Insbesondere vorbehalten sind die Rechte der Vervielfältigung – auch von Teilen des Werkes – auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der tontechnischen Wiedergabe, des Vortrags, der Funk- und Fernsehsendung, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, der Übersetzung und der literarischen oder anderweitigen Bearbeitung.

Dieses Buch ist aus alterungsbeständigem Papier nach DIN-ISO 9706 hergestellt.

Gesamtherstellung: Jan Thorbecke Verlag, Ostfildern

Printed in Germany · ISBN 3-7995-1710-3

INHALTSVERZEICHNIS

Jahresbericht des Präsidenten über das Vereinsjahr 2002/03 VII

Bericht über die 116. Hauptversammlung am 13./14. September 2003 in Weingarten XIII

ERNST ZIEGLER

Nachruf Johannes Duft XXIII

TONI BÜRGIN

Nachruf Hans Heierli XXVII

JENS LIEVEN

Presenti diffidens instabilitati – Zur Frühgeschichte des Monasteriums Aadorf
aus adelsgeschichtlicher Sicht 3

STEFAN SONDEREGGER

Die Vorgeschichte der Appenzeller Kriege 1403 und 1405 – Zur Rolle der Städte
und ihrer Bündnisse 23

PETER NIEDERHÄUSER

Durch der herschafft willen lip und guot gewaget – Winterthur im Appenzellerkrieg 37

HARALD RAINER DERSCHKA

Münzen aus einer spätmittelalterlichen Truhe – Ein Fund im Pfarrhaus von Büßlingen,
Stadt Tengen, Kreis Konstanz 59

KURT BRUNNER

Die Seegfrörnen des Bodensees – Eine Dokumentation in Bilddarstellungen 71

MICHAEL BÄRMANN

In Sachen Benedikt Gillmann – Nachgetragenes zu einer Figur aus Heinrich Hansjakobs
Erzählung »Der Vogtsbur« 85

THOMAS ERNST WANGER

Vom Frauenstudium zum Frauenwahlrecht in der Schweiz und in Liechtenstein 117

MANFRED BOSCH

Der lange Weg zur Moderne – Literatur im deutschen Bodenseeraum nach 1945
zwischen Restauration und Aufbruch 159

WOLFGANG OSTENDORP

Was haben wir aus dem Bodenseeuferr gemacht? – Versuch einer Bilanz 181

Buchbesprechungen 253

Verein intern 265

JAHRESBERICHT DES PRÄSIDENTEN ÜBER DAS VEREINSJAHR 2002/03

Der Bericht erstreckt sich satzungsgemäß über den Zeitraum ab der letzten Hauptversammlung in Lustenau bis zum Beginn der diesjährigen Hauptversammlung, also vom 21. September 2002 bis zum 14. September 2003.

MITGLIEDER

Im Berichtszeitraum haben wir insgesamt 28 Austritte zu beklagen (davon 15 in den Schweizer Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein und 13 in Bayern und Baden-Württemberg). Die hohe Zahl der Austritte ist zum einen auf das Ausscheiden von Städten und Gemeinden zurückzuführen, die aufgrund ihrer Sparmaßnahmen generell Mitgliedschaften in Vereinen kündigen; zum anderen haben Mitglieder, die seit Jahren bereits keine Beiträge mehr gezahlt haben, aufgrund von Mahnungen die Mitgliedschaft gekündigt. Den 28 Austritten stehen insgesamt 13 Neueintritte gegenüber (davon 2 in der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, 1 in Vorarlberg und 10 in Bayern und Baden Württemberg). Auch wenn die Mitgliederzahl somit insgesamt unwesentlich um rund ein Prozent geschrumpft ist, so ist doch zu konstatieren, dass unser Verein nach wie vor für Privatpersonen sehr attraktiv geblieben ist.

Durch Tod verloren wir:

Herrn Monsignore Dr. Dr.h.c Dr. h.c. Johannes Duft, St. Gallen (Ehrenmitglied)

Herrn Wolfgang Bernhardt, Markdorf

Frau Gertrud Buck, Langenargen

Frau Ursula Dreher, Mössingen

Herrn Dr. Franz Hofmann, Neuhausen a. Rheinfall

Herrn Dr. Rudolf Inhelder, Frümсен

Herrn Friedrich Kleffner, Überlingen

Herrn Prof. Dr. hc. Albert Knöpfli, Aadorf

Herrn Dipl.-Ing. Hannes Maier, Friedrichshafen

Herrn Dr. Johannes May, Bad Schussenried
Herrn Prof. Dr. Peter Ochsenbein, St. Gallen
Herrn Dr. Gerhard Stengelin, Schlier

Wir werden die Verstorbenen stets in ehrenvollem Gedenken halten.

VORSTANDSSITZUNGEN

Im Berichtszeitraum hielt der Vorstand – wie es der Tradition entspricht – vier Sitzungen ab. Zur ersten Sitzung traf man sich am 20. November 2002 in St. Gallen im Historischen Museum. Der Hausherr und Vorstandsmitglied Dr. Daniel Studer gab im Anschluss an die Sitzung eine glänzende Einführung in die Problematik eines alt-ehrwürdigen Museumsbaus mit ebensolcher Dauerausstellung. Am 12. März 2003 führte der Weg zur zweiten Vorstandssitzung nach Konstanz ins Archäologische Landesmuseum. Nach getaner Vereinsarbeit wurde die Vorstandschaft in der Bibliothek der Universität Konstanz von deren Direktor Herrn Dr. Klaus Franken und seinen Mitarbeitern Herrn Werner Allweis und Herrn Günter Rau empfangen. Sie stellten das Projekt »Digitalisierung regionaler Zeitschriften« vor und führten uns durch die imposante Welt einer modernen Bibliothek. Die dritte Vorstandssitzung fand am 25. Juni 2003 in der Bodenseebibliothek in Friedrichshafen statt; sie wurde abgerundet durch eine hochinteressante Führung von Herrn Dr. Georg Wieland in der Stiftskirche zu Friedrichshafen. Allen diesen drei Sitzungen gemeinsam war ein gemütlicher Ausklang. Die letzte Sitzung des Vereinsjahrs bildete gestern – also am 13. September 2003 – hier in Weingarten den Auftakt zur diesjährigen Hauptversammlung.

Bei allen Vorstandssitzungen standen Fragen zum Veranstaltungsprogramm, zur Bodenseebibliothek und zu den Finanzen auf dem Programm. Auch Personalfragen zur Vorstandschaft warfen Probleme auf. Die Aufgabe »Neuer Prospekt« wurde ein gutes Stück vorangetrieben und kann im kommenden Vereinsjahr endgültig abgeschlossen werden. Er soll den Grundstein einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit unseres Vereins bilden.

Für die Vereinsmitglieder dürfte der Umstand besonders erfreulich sein, dass es ist dem Vorstand gelungen ist, auch die Tagesordnung dieser Mitgliederversammlung von dem Thema »Erhöhung des Mitgliedsbeitrages« frei zu halten.

Wie bereits im letzten Jahr berichtet, engagierte sich der Verein – vertreten durch einige seiner Vorstandmitglieder – an der Herausgabe einer 560 Seiten starken Publikation über die »Geschichte des Bodenseeraumes im 19. und 20. Jahrhundert«. Die Projektträgerschaft und Projektleitung lag federführend in Händen des Kantons St. Gallen. Zu unser aller Bedauern war es aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht möglich, dieses Vorhaben weiter voranzutreiben.

INFORMATIONSVORANSTALTUNGEN

Insgesamt wurden im vergangen Vereinsjahr zwei Informationsveranstaltungen und eine Exkursion durchgeführt, die alle bei den Mitgliedern auf große Resonanz stießen und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in sehr guter Erinnerung bleiben werden.

Am Samstag, 2. November 2002 traf man sich in Altstätten. In zwei Vorträgen, welche die Geschichte des Rheinthals und die Entstehung des Naturschutzgebiets Bannriet zum Thema hatten, vertieften und ergänzten die Referenten lic.phil. Werner Kuster und Ignaz Hugentobler die bei der Jahrestagung in Lustenau erworbenen Kenntnisse zum Thema Rheintal auf das trefflichste. Die von unserem Ehrenmitglied Dr. Ernst Ziegler initiierte Tagung wurde von den Ortsmatadoren Dr. Werner Ritter und Peter J. Schaps glänzend organisiert. Beide trugen darüber hinaus mit Ihren Führungen durch die Stadt und das Museum wesentlich dazu bei, dass dieser Tag trotz seiner Schlechtwetterlage einen glanzvollen Eindruck hinterlassen hat.

Am Samstag, 24. Mai 2003 lud unser Vorstandsmitglied und Leiter des Stadtarchivs von Lindau, Dipl. Archivar Heiner Stauder, zu einer Informationsveranstaltung in die Bayerische Metropole am Bodensee. Das von ihm ausgearbeitete Programm bot allen Teilnehmern, auch denjenigen die Lindau bereits kannten oder zu kennen glaubten, neue und interessante Einblicke in die Geschichte dieser Stadt. Einem Vortrag des Gastgebers unter dem Titel »Wie Lindau zu Bayern kam«, folgten eine allgemeine Stadtführungen und ein bunter Strauß von fünf Führungen zu speziellen Themen. Dank der glänzenden Organisation war es für alle Teilnehmer möglich, sowohl an der allgemeinen Stadtführung wie auch an einer der »speziellen Führungen« teilzunehmen.

Das untere Thurtal war Ziel der Exkursion am Samstag, 12. Juli 2003, die unser Vorstandsmitglied Dr. Hans Ulrich Wepfer wieder auf das Trefflichste vorbereitet, organisiert und durchgeführt hat: Sie nahm ihren Ausgang in Weinfelden, der »heimlichen Hauptstadt des Thurgaus«, deren malerische Ecken dank einer kundigen Stadtführung in ihren Verstecken aufgespürt wurden. Mit drei Bussen ging es anschließend nach Hasli in die Schweizerische Schälmmühle der traditionsreichen Firma E. Zwicky. Von der Gegenwart in die spätrömische Epoche wurde man in der nächsten Station durch die Ausführungen von Jost Bürgi, dem Leiter der Kantonsarchäologie des Kantons Thurgau, im Gelände des Römerkastells Ad Fines (Pfyn) geleitet. Nach opulentem Mittagessen in der kantonalen Arbeitserziehungsanstalt Kalchrain ging es dann zu Fuß entlang der Thur, die auf dem überaus hohen Viadukt der Bahnlinie Stein am Rhein – Winterthur überquert werden durfte bzw. musste, bis nach Andelfingen.

VEREINSSCHRIFTEN

Auch das 121. Heft der Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung entstand wieder unter der bewährten Schriftleitung von Herrn Dr. Peter Eitel und Frau Ursula Reck. Wieder einmal hervorragend redigiert und pünktlich zur Jahreshauptversammlung erschienen umfasst dieser stattliche Band rund 280 Seiten.

Für die pünktliche, sorgfältige und mühevolle Arbeit zum Wohle der Schriften unseres Vereins möchte ich auch heute wiederum Frau Ursula Reck und Herrn Dr. Peter Eitel ganz herzlich danken. Mit in diesen Dank eingeschlossen sind auch die Autoren dieses Bandes, die uns in äußerst sachkundiger und doch verständlicher Art und Weise in die verschiedensten Themen der reichen Geschichte unseres Bodenseeraumes einführen.

Frau Ursula Reck und Herr Dr. Peter Eitel erklärten zu meinem großen Bedauern, dass mit diesem 121. Heft der Schriften sie die Schriftleitung abgeben wollen, eine Arbeit, die sie beide zehn Jahre lang mit Akribie und in hervorragender Manier ausgeübt haben. In zehn Bänden haben sie 2467 Seiten Aufsätze und 174 Seiten Vereinsberichte (bis zum Heft 120) redigiert. Ihrer intensiven und auch aufopferungsvollen Arbeit ist es zu verdanken, dass der Umfang der Hefte bei gleicher hohen inhaltlichen Qualität von 199 Seiten im Jahr 1994 auf 379 Seiten im Jahr 2002 angestiegen war. Im Jahr 1997 hielten Farabbildungen Einzug in die Schriftenreihe und ab dem Jahr 2001 präsentieren sich die Bände zudem in einem neuen Schriftbild. Dies alles ist eine Leistung, die größte Hochachtung verdient! Frau Ursula Reck und Herr Dr. Peter Eitel möchte ich hierfür auch im Namen des gesamten Vereins ganz herzlich danken. In diesen Dank mit eingeschlossen ist auch Frau Imgard Christl, die über all die Jahre die technische Seite der Redaktionsarbeit übernommen hat.

BODENSEEBIBLIOTHEK

Erfreulich ist für uns alle der Umstand, dass Anfang des Jahres 2003 die vakante Stelle der Bibliothekarin nun wiederbesetzt werden konnte. Die mit dem Weggang von Frau Andrea Bach im Jahre 2001 angebrochene Interimszeit mit all ihren Schwierigkeiten ist damit zu Ende. In Frau Dipl. Bibliothekarin Regina Fleischmann besitzt die Bibliothek nun wieder eine engagierte und tatkräftige Herrin, die diesem Kleinod in der Bibliothekslandschaft zu neuem Glanze verhelfen wird. Dies zeigt u. a. auch darin, dass trotz krankheitsbedingtem Ausfalls der Sitzung des Bibliotheksausschusses in der Woche vor der diesjährigen Hauptversammlung dank Frau Fleischmann exakte Daten zur Bibliothek vorliegen. Der Gesamtbestand an Monografien und Zeitschriften beträgt demnach 31137 Bände (Stand 30. Juni 2003); für das Jahr 2002 waren an Zugängen 770 Monografien und 10 Karten zu verzeichnen. Auch die Frequenzierung der Bibliothek durch die Benutzer stieg im Berichtszeitraum erheblich an.

Weniger erfreulich sind jedoch die räumlichen Verhältnisse der Bibliothek. Die Finanzschwäche der öffentlichen Hand bedingt, dass wir im Berichtszeitraum einer Lösung dieses Dauerproblems nicht näher gekommen sind. Die räumlichen Zustände sind – von ihrer Kapazität her gesehen – schon fast als desolat zu bezeichnen und nur der Umsicht der Verantwortlichen ist es zu verdanken, dass der Betrieb unter diesen Bedingungen noch in reibungsloser Manier abläuft. Ich möchte Ihnen jedoch versichern, dass wir nicht aufgeben werden in dem Versuch, das Raumproblem zu lösen.

DANK

Danken möchte ich zum Schluss meines Berichts allen, die sowohl an der Durchführung der Veranstaltungen beteiligt waren als auch zum Wohle unseres Vereins im Hintergrund gearbeitet haben. Und so gilt mein aufrichtiger Dank allen Mitgliedern für Ihre Treue zum Verein. Er gilt ebenso meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen in den Geschäftsstellen. Frau Ahlfänger in der Geschäftsstelle Friedrichshafen, Frau Weratschnig in der Geschäftsstelle Bregenz und Frau Hasler in der Geschäftsstelle St. Gallen haben wie immer zuverlässig den z. T. immensen Postversand verarbeitet. Danken möchte ich außerdem der Vorarlberger Landesregierung, den Regierungspräsidien in Freiburg und Tübingen, den Landratsämtern in Friedrichshafen, Konstanz und Lindau sowie den Städten Friedrichshafen, Konstanz, Lindau Ravensburg, Tettnang, Überlingen und Weingarten, die die Herausgabe der Vereinsschriften maßgeblich unterstützt haben.

DR. JÖRG HEILIGMANN, PRÄSIDENT

BERICHT ÜBER DIE 116. HAUPTVERSAMMLUNG

am 13./14. September 2003 in Weingarten

Über das Wochenende vom 13. und 14. September 2003 fand die 116. Hauptversammlung im oberschwäbischen Weingarten statt. Pünktlich um 15 Uhr konnte Präsident Dr. Jörg Heiligmann vor der Basilika eine stattliche Teilnehmerzahl begrüßen. Auf dem Programm stand als Ouvertüre ein Orgelkonzert auf der berühmten Gabler-Orgel. Wegen einer Verspätung des Organisten begann der Abt, Dr. Lukas Weichenrieder, zuerst mit seiner Führung durch die Weingartener Basilika. Mit seiner witzigen, offenen Art und mit seinen geschichtlichen und kunstgeschichtlichen Bezügen weit über die Region hinaus konnte er die Zuhörer sofort begeistern. In der Zwischenzeit war der Organist eingetroffen und gab den Zuhörenden eine schöne Kostprobe der Orgel und Einstimmung auf den weiteren Tagungsverlauf mit Führungen durch die Klosteranlage und die Innenstadt.

EMPFANG DER STADT WEINGARTEN IM STADTMUSEUM IM SCHLÖSSE, IMBISS UND BESICHTIGUNG DES MUSEUMS

Im Gegensatz zum diesjährigen Samstagnachmittag soll das Wetter vor 95 Jahren, als der Bodensee-Geschichtsverein das letzte Mal in Weingarten seine Hauptversammlung durchführte, ungünstig gewesen sein. Heuer konnte der erste Bürgermeister Rainer Kapellen in Vertretung von Oberbürgermeister Gerd Gerber eine grosse Schar im Hof des Schlosses begrüßen und ihr einen warmen Empfang bieten. Präsident Heiligmann sagte in seiner Begrüssung:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kapellen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

als ich am 12. Juni 2001 die Einladung von Herrn Oberbürgermeister Gerd Gerber erhalten habe, unsere diesjährige Hauptversammlung in seiner Stadt Weingarten abzuhalten, war ich aus mehreren Gründen sehr erfreut.

Zum einen, weil wir heute in einem wunderschönen und geschichtsträchtigen Tagungsort zusammentreffen, einem Ort, dessen einstigen Herren wir in Konstanz – meinem Dienstsitz – einen der wichtigsten

Bischöfe zu verdanken haben, nämlich Bischof Konrad I. In seiner Amtszeit zwischen 934 und 975 legte er für Konstanz ein Kirchenbauprogramm nach dem Vorbild Roms auf. Gebaut wurden die Kirchen St. Johann, St. Paul, St. Lorenz sowie als die vornehmste Kirchengründung die heute noch viel besuchte und bewunderte Mauritiusrotunde, deren Zentrum die Nachbildung des Heiligen Grabes in Jerusalem beherbergte. Konrad I., der 1123 heilig gesprochen wurde, war der Sohn des auf dem Martinsberg in Weingarten residierenden Welfen Heinrich. Dieser gründete in Weingarten in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts, an der Stelle des heutigen Friedhofs, ein Frauenkloster, das nach dem Brand von 1053 auf den Martinsberg verlegt wurde und hier die Keimzelle der noch heute bestehenden Benediktinerabtei bildete.

Zum andern bildet ein Grund der Freude der Umstand, dass eine sehr lange Periode des Verzichts auf diesen Tagungsort zu Ende gegangen ist. Die letzte und zugleich die einzige Hauptversammlung in Weingarten fand am 30. und 31. August 1908 statt. Es war eine bedeutende Versammlung, beging mit ihr unser Verein doch zugleich das 40. Stiftungsfest. Seine Exzellenz General der Kavallerie und Dr. iur. Graf Zeppelin ernannte man damals zum Ehrenmitglied. Seine Majestät König Wilhelm II. von Württemberg entsandte eine Grußadresse und entschuldigte sein Fernbleiben mit der Teilnahme an den Kaisermanövern. Mit solch glanzvoller Umrahmung können wir diesmal zwar nicht aufwarten – meine sehr verehrten Damen und Herren –; aber was die Herzlichkeit und die Großzügigkeit der Gastgeber und ihres Gemeinwesens anbelangt, so stehen die heutigen Feierlichkeiten den damaligen in nichts nach. Und hierfür möchte ich mich im Namen unseres Bodensee-Geschichtsvereins bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Kapellen, und ihrer Stadt vielmals bedanken, insbesondere für Ihre warmen Worte des Empfangs wie auch für die lukullischen Genüsse, die Sie uns heute Abend offerieren. Als kleines Dankeschön erlauben wir uns – wie es einem Verein unseres Zuschnitts zusteht – Ihnen ein Präsent mit geschichtlichem Inhalt zu überreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren – bevor Sie sich dem Mahle hingeben, erlauben Sie mir auch noch den Dank an Herrn Stadtarchivar Lohmann und seinen Mitarbeiter Herr Schaubode auszusprechen. Es war ein Vergnügen, unter Ihrer Führung heute Nachmittag Weingarten zu erkunden. Verbunden mit einem herzlichen Dankeschön auch dafür, dass Sie für unsere Neugierde Ihren freien Samstagnachmittag opferten, darf ich auch Ihnen ein kleines Präsent überreichen mit der Hoffnung, dass Sie an diesem Gedruckten ebenso viel Freude haben werden, wie wir heute nachmittag an Ihrem gesprochenen Wort.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche nun einen guten Appetit!

Von Bürgermeister Kapellen und dem Weingartener Stadtarchivar Uwe Lohmann erfuhr die Teilnehmer am Empfang viel Wissenswertes über Weingarten, seine Hochschulen und Unternehmungen, über ehrenamtliche Tätigkeiten vor allem im Kulturleben der Stadt, die Klosterfestspiele und Konzerte. Ein Rundgang durch das hervorragend eingerichtete und gestaltete, nicht überladene Stadtmuseum führte allgemach in den obersten Stock, wo die Stadt einen grosszügigen Imbiss offerierte. Für diese schöne Geste sei auch an dieser Stelle der Stadt Weingarten herzlich gedankt.

ÖFFENTLICHER VORTRAG IM KORNGARTENSAAL VON SIEGFRIED KULLEN
VON DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE WEINGARTEN
ÜBER »WEINGARTEN – EINE JUNGE STADT MIT ALTEN WURZELN«

Zum öffentlichen Vortrag konnte Präsident Jörg Heiligmann rund 70 Zuhörer begrüßen sowie besonders den Referenten Siegfried Kullen. Er führte aus:

Liebe Mitglieder des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Öffentlichen Abendvortrag anlässlich der 116. Hauptversammlung des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung in Weingarten darf ich Sie ganz herzlich heute abend hier im Kornhausaal begrüßen. Ich freue mich, dass Sie in solch großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind.

Ganz besonders begrüßen möchte ich den Referenten des heutigen Abends, Herrn Professor Dr. Siegfried Kullen von der Pädagogischen Hochschule in Weingarten. Als Geograph und Landeskundler hat er sich weit über die Grenzen hinaus einen großen Namen gemacht. Neben seinen zahlreichen Aufgaben ist er unter anderem auch als Mitglied in der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg tätig.

Sehr geehrter Herr Professor Kullen, ich und wir alle hier im Saal sind sehr erfreut, Sie als ein solch ausgewiesenen Kenner der Materie zum Referenten des heutigen Abends gewonnen zu haben. Ich möchte Ihnen herzlich danken, dass Sie sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellten. Sie werden uns den vermeintlichen Widerspruch sicher in brillanter Form auflösen, warum Weingarten trotz langer Geschichte eine noch junge Stadt ist.

Um Sie alle hier im Saal nicht länger auf die Folter zu spannen, räume ich nun das Feld und darf Sie, Herr Professor Kullen, bitten, uns die Geschichte Weingartens unter dem Titel »Weingarten – eine junge Stadt mit alten Wurzeln« darzubieten.

Weingarten ist trotz langer Geschichte noch eine junge Stadt, erhielt sie doch erst 1865 ihr Stadtrecht. Anhand gut ausgewählter Lichtbilder beleuchtete der Referent siedlungsgeographische Aspekte: das weiträumige Schussental mit herrlichem Blick auf den Alpstein, das Siedlungsband der Schussen, die das Becken entwässert, der Martinsberg, der deutlich aus dem Siedlungsbild hervortritt. Dass in Weingarten (wie beispielsweise in St.Gallen) ein halbes Jahrtausend lang das Kloster wichtiger war als die bürgerliche Siedlung, wird dem Besucher auch heute noch aus dem Stadtbild deutlich; über das Verhältnis Kloster und Stadt wusste Prof. Kullen eindrucklich zu berichten: Nach der »Alamannenzeit« vom 5. bis 8. Jahrhundert (der Name der alamannischen Siedlung ist nicht bekannt) kam es zur Christianisierung und Gründung von Urkirche (Heiliger Martin) und Klöstern. In diesem Zusammenhang seien stichwortartig erwähnt die bis 1191 dauernde Herrschaft der Welfen, 1094 Schenkung einer Heilig-Blut-Reliquie, 1274 das Kloster als Reichsabtei und dank der berühmten Reliquie ein bedeutender Wallfahrtsort. Im 18. Jahrhundert gehörten 1200 Güter und Höfe sowie 10 000 Leibeigene dem Kloster auf dem Martinsberg, das damals von berühmten Baumeistern zu ei-

nem einzigartigen Kunst- und Kulturdenkmal umgestaltet wurde; es ist das religiöse Zentrum Oberschwabens.

Die früher »Altdorf« genannte Siedlung unterhalb des Klosters Weingarten führte ein Schattendasein zwischen Kloster und Reichsstadt Ravensburg, deren Aufblühen den Niedergang der bürgerlichen Siedlung Altdorf bedeutete. Trotzdem sind einige schöne Gebäude erhalten geblieben und kam es im 18. Jahrhundert zu einem bescheidenen Wohlstand. Mit der politischen Umwälzung zu Beginn des 19. Jahrhunderts und der Aufhebung des Klosters fiel der Reichsflecken in völlige Bedeutungslosigkeit; es wurde kaum mehr etwas gebaut. Mit der Industrialisierung um 1860/65 kam dann eine dynamische Entwicklung, und Altdorf wurde in Weingarten umbenannt. Wichtig war daneben der Einzug des Militärs 1868 (bis 1995 in Weingarten), der Zuzug von Heimatvertriebenen nach 1945 und das Aufblühen des Wirtschaftslebens seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

In einem ausführlichen Kapitel behandelte der Referent sodann die bauliche Entwicklung Weingartens von 1825 bis 1989 und ging dabei besonders auf einzelne Stadtteile ein: Bürgerhäuser, Jugendstil, Militäranlagen, Fabriken, Arbeiter- und Gartenstadtsiedlungen, Kleinsiedlungen aus der Zeit des Dritten Reiches, Schulbauten und Sportanlagen, Krankenhäuser, Kirchen usw. Dabei gelang es ihm, diese bauliche Entwicklung rund um die alte Siedlung mit geschickt ausgewählten Lichtbildern zu erklären, nicht ohne z. B. auf Einzelheiten wie Dachlandschaften, Gewerbeareale, »überragende« Neubauten usw. einzugehen.

Schliesslich kam Prof. Kullen auf die Sanierung der Innenstadt zu sprechen (1975 Kornhaus, Museum), wodurch diese an Attraktivität gewonnen hat – was jedem Besucher auffällt und er bestätigen kann!

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IM TAGUNGSHAUS DER AKADEMIE

Pünktlich um neun Uhr konnte der Präsident mit der alljährlich wiederkehrenden Mitgliederversammlung und der gewohnten Tagesordnung beginnen. Aus dem Jahresbericht, der dankend genehmigt wurde, erfuhren die nicht eben zahlreich anwesenden Mitglieder, dass unsere Mitgliederzahl um etwa ein Prozent geschrumpft ist.

In ihrem Rechnungsbericht musste die Schatzmeisterin zum ersten Mal mit Euro operieren, anstatt mit der altvertrauten Mark, was den mit Schweizer Franken rechnenden Protokollanten besonders schmerzlich berührte. Trost dafür erhielt er durch die sachkundige Kommentierung des Jahresabschlusses, der einen Überschuss auswies, und durch die Feststellung der Schatzmeisterin, sie könne alles in allem mit den positiven Zahlen zufrieden sein. Der Appell an die schlecht zahlenden Mitglieder und die Feststellung, die Zahlungsmoral dürfte besser sein, gehören seit Jahren zum »ceterum censeo« auch des Kassiers unseres Vereins.

Da sich der Vorstand mehrheitlich weiterhin zur Verfügung stellte, konnte er unter Verdankung der geleisteten Dienste in globo wieder gewählt werden. Anstelle von Guntram Brummer, der nicht mehr kandidierte, wurde Dr. Jürgen Klöckler M.A. in den Vorstand gewählt und gleichzeitig zum Schriftleiter des Jahresheftes ernannt. Sein wissenschaftlicher Werdegang zeigt einmal mehr, was für hochkarätige Leute in unserem Vorstand sitzen und ehrenamtlich für den Verein tätig sind:

1988–1992 Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Philosophie und Italianistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und an der Universität Konstanz; zugleich studentischer Mitarbeiter an der sechsbändigen Geschichte der Stadt Konstanz (20. Jahrhundert); 1992 Magister Artium (M.A.): Abschluss des Studiums mit einer Magisterarbeit zur Geschichte der Stadt Konstanz unter französischer Besatzung von 1945 bis 1949; 1993–1995 Doktorand an der Philosophischen Fakultät, Fachgruppe Geschichte der Universität Konstanz mit einer Arbeit zur Neugliederungsfrage in Südwestdeutschland unmittelbar nach 1945; 1995 Doktor der Philosophie: Abschluss des Promotionsverfahrens mit dem Rigorosum; 1996–1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Editor an der Aussenstelle Bonn des Münchner Instituts für Zeitgeschichte im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts: »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland«, Jahresbände 1966–1968; 1999 Lehrbeauftragter und Habilitand an der Geisteswissenschaftlichen Sektion, Fachbereich Geschichte und Soziologie der Universität Konstanz; 2000–2001 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Prof. Dr. Wolfgang Seibel des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Konstanz (Holocaust und »Polykratie« in Westeuropa 1940–1944); seit 2001 Leiter des Stadtarchivs Konstanz

Ursula Reck aus Friedrichshafen und Dr. Peter Eitel in Ravensburg haben zehn Jahre lang als Schriftleiter des Jahresheftes gewirkt und zehn stattliche Bände herausgegeben. Wer selber schon als Redaktor einer ähnlichen Publikation tätig war, kann ermessen, was für eine riesige, uneigennützige Arbeit hinter einem solchen »Ehrenamt« steckt. Den beiden langjährigen Vorstandsmitgliedern, die alle Hefte mit grosser Sorgfalt zusammenstellten, sei auch hier im Namen des Bodensee-Geschichtsvereins bestens für ihre Arbeit gedankt.

Als Vizepräsident wurde Dr. Wolfgang Scheffknecht und als Aktuar bzw. Schriftführer Dr. Stefan Sonderegger bestimmt. Da weder Anträge noch Wünsche vorlagen, konnte der Präsident die speditiv geleitete Versammlung gegen zehn Uhr beenden.

ÖFFENTLICHE VORTRÄGE IM TAGUNGSHAUS DER AKADEMIE

Zur öffentlichen Versammlung konnte der Präsident eine stattliche Zahl Mitglieder und Gäste, darunter Ehrenmitglieder des Vereins und die Referenten, mit folgenden Worten begrüßen:

Liebe Mitglieder des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum öffentlichen Teil des heutigen Vormittagsprogramms unserer 116. Hauptversammlung möchte ich Sie ganz herzlich begrüßen. Besonders begrüßt hätte ich gerne in unserer Mitte Herrn Dieter Bauer als Hausherr und Vertreter der Akademie, der heute vormittag leider verhindert ist. Ihm gilt unser herzlicher Dank für die Gastfreundschaft, die uns die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in ihrem Großen Saal gewährt. Und wenn ich eben den Begriff Gastfreundschaft verwende, so ist dieser – meine sehr verehrten Damen und Herren – wörtlich und im ureigensten Sinne zu verstehen, d. h. diese Gastfreundschaft ist von uns nicht in klingender Münze zu entgelten. Diese keineswegs selbstverständliche großzügige Unterstützung unseres Vereinslebens seitens der Akademie wissen wir dankbar zu würdigen.

Weiterhin begrüßen möchte ich in unserer Mitte die beiden Referenten des heutigen Vormittags, zum einen Herrn Professor Dr. Nobert Kruse von der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Er ist Germanist, wobei sein Arbeitsschwerpunkt im sprachwissenschaftlichen Bereich liegt. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Orts- und Flurnamen Oberschwabens und des Allgäus. Zum anderen begrüße ich ebenso Herrn Professor Dr. Friedrich Weller aus Ravensburg. Herr Weller ist pensionierter Professor an der Fachhochschule Nürtingen und Lehrbeauftragter an der Universität Hohenheim. Als Ökologe ist er Fachmann für die wissenschaftliche Untersuchung der Eignung von Standorten für die Landwirtschaft. Ihnen – meine sehr verehrten Damen und Herren – dürfte er zumindest namentlich bekannt sein als mehrfacher Rezensent und Autor in unseren Schriften. So schrieb er für das Jahrbuch 2001 den interessanten Beitrag »Vermindert der Bodensee die Frostgefahr in seinem Umland?«.

Ich möchte beiden Herren, die auch Mitglieder unseres Vereins sind, schon jetzt sehr herzlich dafür danken, dass Sie ihre Zeit geopfert haben und noch opfern werden, um uns aus ihrem reichen Wissens- und Erfahrungsschatz in den Vorträgen unter den Titeln »Was verraten uns die Ortsnamen? Namenslandschaft und Siedlungsgeschichte im Norden des Bodensees« und »Zur landschaftsökologischen Gliederung des nördlichen Bodenseegebiets« zwei ganz unterschiedliche Facetten der Bodenseelandschaft Oberschwabens aufzuzeigen und nahe zu bringen.

Lassen Sie mich jetzt, liebe Mitglieder und Gäste, meine Grußworte jedoch nicht beenden, ohne meinen Dank an die Organisatoren der diesjährigen Hauptversammlung zum Ausdruck gebracht zu haben. Und dieser Dank gilt Frau Susanne Hölzer und Herrn Dr. Peter Eitel. Sowohl ganz persönlich, wie auch im Namen des Vorstands und aller Mitglieder möchte ich mich ganz herzlich bei beiden für die vorzügliche Vorbereitung und Durchführung unserer Hauptversammlung bedanken. Ich zolle ihnen höchsten Respekt, wie sie dieses in jeder Hinsicht gelungene Programm neben ihren vielfältigen sonstigen Verpflichtungen auf die Reihe gebracht haben und durchführen. Mit in diesen Dank einschließen möchte ich auch ihre Helfer vor Ort.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herrn, danke ich vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

NORBERT KRUSE: WAS VERRATEN DIE ORTSNAMEN? NAMENLANDSCHAFT UND SIEDLUNGSGESCHICHTE IM NORDEN DES BODENSEES

Sein Referat leitete Professor Norbert Kruse ein mit der Definition von Ortsname und Ortsnamenforschung und erklärte, warum und wozu Ortsnamen- und überhaupt Namenforschung betrieben werde. Ortsnamen lassen Rückschlüsse auf die Geschichte zu, und an der Namenentwicklung kann Ortsgeschichte aufgezeigt werden. Einleuchtend und spannend gestaltete der Referent das Kapitel Siedlungsnamen, Siedlungsgeschichte, wobei vielen Zuhörern nicht bekannt gewesen sein dürfte, dass Ravensburg der an Siedlungen reichste Kreis von ganz Deutschland ist (1632 Quadratkilometer mit rund 257 000 Einwohnern). In weiteren Kapiteln wurden Ortsnamen, die aus der Neuzeit stammen, Ortsnamen, die aus Personennamen hervorgingen und genetivische Ortsnamen (Alberts) sowie Namenglieder nach Häufigkeit behandelt. Kirchliche Prägungen finden sich im Kreis Ravensburg, im Gegensatz zu Österreich und Frankreich, wenig, ebenso Ortsnamen, die von Kirchenpatronen herrühren (St.Gallen, St.Blasien).

Ein längeres Kapitel war dann der Namenlandschaft Oberschwabens gewidmet; da war die Rede von einer indogermanisch-alteuropäischen Namensschicht, von keltischen und römischen, von vorgermanischen Ortsnamen und von solchen aus der Zeit vor der alamannischen Landnahme. Die älteste fassbare Schicht sind die Gewässernamen, weil seit uralter Zeit die Menschen an den Flüssen wohnten und die Namen weitergegeben haben. Dass vor allem im Zusammenhang mit den Kelten auch auf diesem Gebiet viel spekuliert wurde, wundert nicht; allerdings gibt es in Oberschwaben sozusagen keine keltischen und römischen Ortsnamen.

Der Schluss des Vortrags war den Alamannen gewidmet und dem 1500 Jahre alten Ortsnamen Altdorf. Die grosse Bedeutung des Klosters St.Gallen und seine frühe schriftliche Überlieferung wurde einmal mehr unterstrichen: die älteste, im »Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen« publizierte Urkunde ist auf »ca. 700« datiert, die fünfte trägt das Datum des 27. Juni 735. Die rund 1000 Urkunden, die im Stiftsarchiv St.Gallen aus der Zeit von 700 bis 1000 aufbewahrt werden, werfen ein frühes und deutliches Licht auf die Siedlungsprozesse und sind für die Ortsnamenforschung von grösster Bedeutung.

Der Vortrag wurde beendet mit einem Abschnitt über kuriose Ortsnamen, wie Niemandsfreund, Pfärrich, Ewigkeit, Spinnenhirn, Muckenhirn.

FRIEDRICH WELLER: ZUR LANDSCHAFTSÖKOLOGISCHEN GLIEDERUNG DES NÖRDLICHEN BODENSEEGEBIETS

Den naturwissenschaftlichen Vortrag bestritt mit grosser Sachkenntnis Professor Friedrich Weller, der einleitend ausführte, nach welchen Kriterien ein Gebiet gegliedert werden kann: historisch in Länder, Kantone usw. durch Grenzen und Grenzsteine oder durch von der Landschaft vorgegebene Strukturen, die viel leichter zu erkennen sind. Die ausserordentliche

Fülle verschiedener Landschaftsformen nördlich des Bodensees wurde mit schönen Lichtbildern illustriert: die Berglandschaft im westlichen Bodenseegebiet (wobei der Schweizer Protokollant unter »Berglandschaft« mindestens den Alpstein mit dem »Vater Säntis« versteht), die Vulkanlandschaft um Singen, Kleinlandschaften usw. Bei einer ökologischen Gliederung gibt es verschiedenes zu berücksichtigen: die Wärme ist besonders wichtig und kann erfasst werden auf Klimakarten, welche die wuchsklimatische Wärmegliederung verdeutlichen; dann die Verteilung des Nebels mit Nebelbeobachtung, Beobachtung des Frosts, die Messung der Niederschlagsmengen etc. Dass sich die landwirtschaftliche Bodennutzung den klimatischen Verhältnissen seit jeher angepasst hat, ist wohl längst bekannt, und dass Karten, welche Auskunft geben über Bodenverhältnisse, Feuchtigkeit, Nährstoffangebote, geologische Gegebenheiten usw. ausserordentlich wichtig und nützlich sind, erfuhren die Zuhörer anhand vieler Beispiele auf eindruckliche Art.

Bodenübersichtskarten des südwestdeutschen Alpenvorlandes sind beispielsweise eine wertvolle Hilfe, reichen jedoch für verschiedene Erklärungen nicht aus; dafür braucht es andere weitere Untersuchungen. Darauf ging der Referent in weiteren Kapiteln ausführlich ein; dazu die folgenden Stichworte: ein Mosaik von Standortseinheiten, Standortkomplexe, Grosslandschaften, Teillandschaften, physiologisch wirksame Faktoren, Eignung für die Kulturarten, vorrangige landbauliche Nutzungsmöglichkeiten, charakteristische Leitpflanzen für den Anbau (Feldfrüchte und Obstarten); charakteristische Wärmestufen und Stufen der Kaltluftgefährdung, der Feuchtestufen, Gefährdung durch Überschwemmungen und Hangrutschungen der Standortkomplexe im Bodenseegebiet.

Aus alle dem kann dann die natürliche Eignung für den im Bodenseegebiet besonders geförderten Erwerbsobstbau in den Standortkomplexen herausgearbeitet werden sowie die vorrangigen landbaulichen Nutzungsmöglichkeiten.

Anhang vieler farbiger Karten versuchte der Referent, die teilweise recht komplizierten Zusammenhänge zu erklären, wobei klar wurde, dass nur wenige Komplexe von Problemstandorten frei sind und dass im nördlichen Bodenseegebiet eine grosse ökologische Vielfalt herrscht. Das bemerkt jedermann in der herrlichen Landschaft, wenn er vom Bodensee nach Ravensburg fährt: Vielfalt des Lebens und reicher Schatz standörtlicher Vielfalt.

EXKURSION NACH BAD SCHUSSENRIED

Nach einem vortrefflichen Mittagessen mit speditiver und freundlicher Bedienung ging es in zwei Autobussen nach Bad Schussenried, wo in drei Gruppen die Landesausstellung »Alte Klöster – Neue Herren, die Säkularisation im deutschen Südwesten 1803« besichtigt wurde. Da ein Führer nicht erschienen war, übernahm kurzerhand unser Vorstandsmitglied Peter Eitel eine Gruppe, mit welcher der Berichterstatter dann eine ausgezeichnete Einführung in die grossartige Ausstellung erhielt.

Die erste derartige Ausstellung (zu deren eingehendem Studium zwei bis drei Tage nötig wären) in Oberschwaben dokumentiert die Umwandlung geistlicher Institute in weltliche zur Zeit der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege. Damals wurde die Landkarte umgezeichnet: In keinem anderen Gebiet wurde soviel säkularisiert wie in Baden-Württemberg und Oberschwaben. Auf's Schönste war beispielsweise dokumentiert, wie die verschiedenen Klöster sich selber dargestellt haben, etwa in Widmungsbildern (Weissenau als blühender Garten); dann die Kontinuität der Klöster, oder eindrucklich die Fülle der ehemaligen Klöster, besonders der Frauenklöster, im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg. Was und wieviel bei der Säkularisation verloren ging, wurde dem Betrachter mit drastischen Beispielen vor Augen geführt. Dabei ist daran zu denken, dass die Säkularisation nicht nur ein Gewaltakt Napoleons, sondern auch ein Ausdruck des Zeitgeistes war. Zu den besonders eindrucklichen Exponaten einige Stichworte: Thron des Königs Friedrich I. von Württemberg, der mit einem Kelchvelum als Sitzfläche bezogen ist, so dass der »Dicke Friedrich« diese einst klösterliche Stickerie tatsächlich »besessen« hat; Krone der Grossherzöge von Baden von 1811, aus Säkularisationsgut angefertigt; Speiseteller aus dem Service Friedrichs von Württemberg. Für einen Sanktgaller und Freund der Stiftsbibliothek ist der prachtvolle Bibliothekssaal auch deshalb höchst eindrucksvoll, weil hier der 20 000 Bände umfassende Bücherschatz in alle Winde zerstreut wurde und nur noch gemalte Bücherrücken zu sehen sind; dass die Archive der Klöster Weissenau und Weingarten im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrt werden, erstaunt den Kenner des Stiftsarchivs St.Gallen als eingefleischter Föderalist ganz enorm. Die ausgestellte Weingartener Handschrift Hainricus Sacrista Sakramentar aus dem ersten Viertel des 13. Jahrhunderts, eine Leihgabe des Pierpont-Morgan-Museums New York beeindruckte auch den durch die zahllosen mittelalterlichen Codices verwöhnten Liebhaber der Stiftsbibliothek zu St.Gallen.

Erstaunlich war, mit welch' grosser Sachkenntnis Peter Eitel seine Gruppe durch die Ausstellung führte und ihr viel Wissenswertes teilweise humorvoll vermitteln konnte. Es sei ihm hier dafür ausdrücklich herzlich gedankt.

Die Rückfahrt am späten Nachmittag führte bei schönstem Wetter noch einmal durch jene liebliche Landschaft, über welche am Vormittag so umfassend berichtet worden war. Die wohlgelungene, abwechslungsreiche Tagung wurde um etwa 18 Uhr in Weingarten erfolgreich beendet und wird allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben.

Zum Schluss sei ausdrücklich der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart für die Gastfreundschaft mit einem grossen Lob gedankt: Sowohl die Übernachtung in den geschmackvoll eingerichteten, ruhigen Zimmern als auch das Mittagessen am Sonntag verdienen, hervorgehoben und gewürdigt zu werden. Diese Hauptversammlung in Weingarten wird den Teilnehmern in bester Erinnerung bleiben.



JOHANNES DUFT

1915–2003

Johannes Duft, am 14. Februar 1915 in St.Gallen geboren und dort am 20. Juni 2003 gestorben, Bürger von Kaltbrunn SG, Ehrenbürger (1981) von St.Gallen-Tablat, Dr. theol. (1943), Dr. phil. h.c. (1974), Dr. rer. publ. h.c. (1974), von 1943 bis 1947 Kaplan in Rorschach und von 1962 bis 1985 Honorarprofessor für Mediävistik an der Universität Innsbruck, wird den Mitgliedern des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung in Erinnerung bleiben als Stiftsbibliothekar von St.Gallen. Von 1948 bis 1981 widmete er sich dieser seiner »Lebensaufgabe«. Johannes Duft war

nicht »Direktor« dieser weltberühmten Bibliothek; er war Prälat, Monsignore – und nichts dokumentierte dies prächtiger, als wenn er in seiner ganzen geistigen und körperlichen Fülle mitten im barocken Bibliothekssaal von »seinen« uralten, kostbaren Schätzen sprach. Das war seine Stärke: Geschichte in einfacher Sprache, ohne »Akademiker-Deutsch« und »Wissenschafts-Chinesisch«, zu vermitteln, in Vorträgen und unzähligen Veröffentlichungen, sei es als Buch, Neujahrsblatt, Zeitschriftenbeitrag, Zeitungsartikel. Der begeisterte und begeisternde Rhetoriker konnte in einem Vortrag ohne weiteres auch zu singen und zu psalmisieren anheben. Was er erzählte und schrieb, war immer spannend und vor allem verständlich. (Wieviele der jetztlebenden sogenannten Gelehrten könnten sich da ein Beispiel nehmen: Philosophen und Soziologen vor allem, Kunsthistoriker, Historiker und sogar Germanisten; aber das ist ein anderes Kapitel ...)

Diese Gabe würdigte Otto P. Clavadetscher bereits 1980 anlässlich der Übergabe der Festschrift »Florilegium Sangallense« zum 65. Geburtstag von Johannes Duft. Er stellte damals fest, dass die Wahl Johannes Dufts im Jahre 1947 der Stiftsbibliothek einen geradezu idealen Hüter geschenkt habe, einen Theologen, Historiker, Kunst- und Musikfreund, der in den Räumen des ehemaligen Klosters eine einzigartige Arbeitsstätte gefunden habe, und der die aus der glücklichen Symbiose von Bibliothekar und Bibliothek gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen als Wissenschaftler, Dozent und Redner in Wort und Schrift eindrücklich weiterzugeben wisse. Reichtum und Vielfalt, und damit unschätzbare Bedeutung für zahlreiche Wissensgebiete seien, so sagte Clavadetscher, die wesentlichen Merkmale der Stifts-

bibliothek. Dieser in langer Zeit gehortete und treu gehütete Schatz vermöge aber seine kulturellen Wirkungen nur zu entfalten, wenn er in den Händen eines Bibliothekars liege, dessen Fähigkeiten, Kenntnisse und Neigungen dieser Vielfalt entsprächen.

Wer sich mit der Geschichte von Kloster, Stadt und Kanton St.Gallen oder mittelalterlicher Klostergeschichte, mit Kunstgeschichte des Barock oder der Kulturgeschichte der Bodenseelandschaft befasst, stösst immer wieder auf Arbeiten von Johannes Duft.

Aus diesem Grunde baten sein Nachfolger als Stiftsbibliothekar, Peter Ochsenbein, und der Sanktgaller Stadtarchivar Ernst Ziegler als Herausgeber Johannes Duft, zu seinem 75. Geburtstag eine Auswahl seiner Beiträge zur Erforschung sanktgallischer Handschriften in zwei Bänden gesammelt und in überarbeiteter Fassung neu zusammenzustellen. Seine Aufsätze zur Geschichte der Abtei St.Gallen sind nämlich in verschiedenen, zum Teil schwer zugänglichen Publikationen erschienen. Johannes Duft hat diesen Wunsch mit einer bewussten Beschränkung bezüglich der Anzahl seiner Veröffentlichungen und nach einer kritischen Durchsicht der schliesslich ausgewählten Beiträge erfüllt, und so erschienen unter dem Haupttitel »Die Abtei St.Gallen« 1990 Band I »Beiträge zur Erforschung ihrer Manuskripte«, 1991 Band II »Beiträge zur Kenntnis ihrer Persönlichkeiten« und schliesslich 1994 Band III »Beiträge zum Barockzeitalter«.

Zum 80. Geburtstag von J. Duft gaben die beiden eben erwähnten 1995 noch einmal eine Festschrift heraus mit dem Titel »Codices Sangallenses«. Darin widmeten elf Wissenschaftler dem Jubilar Beiträge, die sich mit Sanktgaller Handschriften aus der Stiftsbibliothek und dem Stiftsarchiv beschäftigen.

Johannes Duft gehörte von 1963 bis 1973 dem Vorstand des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung an. 1974 wurde er in Langenargen »in dankbarer Würdigung seiner grossen Verdienste um die Erforschung und Darstellung der mittelalterlichen Geistes- und Kulturgeschichte des Bodenseeraumes und seines tatkräftigen Wirkens zum Nutzen des Vereins« zum Ehrenmitglied ernannt. Als ich 1986 den Band »Kunst und Kultur um den Bodensee, Zehn Jahre Museum Langenargen« herausgab, steuerte Johannes Duft den umfangreichen Überblick »Millenarien am Bodensee« bei, und in der Festschrift für Ulrich Leiner über »Apotheken und Apotheker im Bodenseeraum«, die ich 1988 herausgeben durfte, widmete er dem gelehrten Apotheker in Konstanz seinen Aufsatz »Die Apotheke und der Heilkräutergarten im Hospital des karolingischen Klosterplanes zu St.Gallen«.

In »Kunst und Kultur um den Bodensee« schrieb er 1986: »Markdorf, Langenargen, Überlingen, Tettnang, Owingen, Wasserburg: diese und andere Gemeinden auf der deutschen Seite des Bodensees begingen in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren aufgrund erstmaliger schriftlicher Nennungen ihre Millenariumsfeiern. Mehrmals hatte der (seit 1981 emeritierte) Stiftsbibliothekar von St.Gallen die Festvorträge zu halten, die jeweils zwei nicht unbedingt gleichlautende Anliegen zum Einklang bringen sollten: Sie hatten die geschichtlichen Grundlagen des Jubiläums aufzuzeigen, sie hatten zugleich der festlichen Freude Ausdruck zu verleihen. Anders formuliert: Sie sollten Geschichtslektionen in der Festwirtschaft sein. Dass sie freundliche Aufnahme finden durften, zeigte sich in ihrer gelegentlichen Drucklegung und

zeigt sich nun auch im Wunsch, sie in »Kunst und Kultur um den Bodensee« erstmals oder nochmals, nun aber – soweit überhaupt noch vorhanden – insgesamt zu veröffentlichen. So verwandelt sich denn der Redner in den Schreiber: Er nimmt seinen Reden die Floskeln weg, die beim jeweiligen Vortrag allzu rhetorisch und allzu situationsbedingt waren; dafür gibt er ihnen in Anmerkungen eine kleine Dokumentation bei, die der jeweiligen Ortsgeschichte dienlich sein möge. Überdies werden Unebenheiten ausgebügelt, Wiederholungen nach Möglichkeit vermieden, Ungenauigkeiten stillschweigend berichtigt. Es geschieht nach dem Vorbild des Hausvaters im Evangelium, der aus seinem Schatze Nova et Vetera hervorholt (Matthäus 13,52).«

Es ist vielleicht etwas abwegig, in diesem Zusammenhang Jacob Burckhardt zu zitieren: 1875 schrieb Burckhardt seinem Freund Max Alioth aus Rom: »... in guter Gesellschaft ist noch nichts besseres erfunden worden als Hockenbleiben.« Dieser so menschliche Zug meines Freundes Johannes Duft, das Sitzen und Sitzenbleiben in heiterer Gesellschaft bei einem guten Tropfen, angeregtem Gespräch und früher oft virtuosem Klavierspiel, sollte ganz besonders den Gelehrten aller Fächer nachahmenswert sein. Dieses Hockenbleiben in guter Gesellschaft, welches ob der Geschäftigkeit unserer Tage bei so vielen Menschen zusammenschrumpft auf ein Stehenbleiben zwischen Tür und Angel und sie so zu jenen armen, gehetzten »Manager-Typen« stempelt, diese heitere Geselligkeit ist es, was für uns Johannes Duft auch zum Vorbild als Mensch machte.

Hier erinnere ich mich beispielsweise an eine Vorstandssitzung des Bodensee-Geschichtsvereins im Schloss Langenargen am 8. Juni 1977, die mit ihrem gemütlichen Teil bis gegen Mitternacht dauerte und deren Fidulität Johannes Duft mit seinem Klavierspiel verschönerte.

Wir fuhren dann mit dem Forschungsschiff »August Thienemann« über den See nach Romanshorn, wo Johannes Duft, Peter Faessler und ich glücklich den Zug längst verpasst hatten und per Taxi nach St.Gallen fahren mussten. Da im Thurgau gerade »Milchzahntag« war, hatten nicht wenige Wirtschaften am Weg Freinacht, und Johannes Duft befand, mindestens bei den vier Evangelisten – Adler, Ochsen, Löwen, Engel – müsse eingekehrt werden, was dazu führte, dass wir erst gegen den Morgen hin in St.Gallen ankamen. Nach Hause gings jedoch erst nach dem obligaten Cognac am »Schäflisberg«, zu welchem noch einmal kräftig das Piano forte traktiert wurde mit Gesang von Gaudeamus igitur bis Maria zu lieben. Im Morgengrauen erreichte ich dann endlich St.Georgen, und gegen Mittag erwachte – vermutlich mit Johannes Duft auch sein seelsorgerisches Pflichtgefühl: Er telefonierte meiner damaligen Frau und erkundigte sich besorgt, ob und wie ich denn heim gekommen sei? »Voll und ganz,« lautete die kurze Antwort. Anderntags erhielt sie eine schöne Visitenkarte von Monsignore Duft mit der Frage: »War das Ihr voller Ernst?«

In seinem Todesjahr sind von Johannes Duft »Persönliche Reminiszenzen aus den Jahren 1934 bis 1951, mit einem Beitrag aus der Geschichte »St.Galler Friedensgebet vor 200 Jahren« sowie »Worte des Abschieds« erschienen.

Sein letztes grösseres Werk wurde am 25. September 2003 anlässlich einer würdigen Feier im Chor der Kathedrale zu St.Gallen vorgestellt: »Kostbar ist der Tod«, Tröstliche Geschichten vom Sterben im mittelalterlichen Galluskloster«. (Ich durfte damals als Referent an dieser Buchvorstellung teilnehmen und »Vom Sterben im alten St.Gallen« sprechen.) In seinem »tröstlichen Vorwort« schreibt Johannes Duft, es solle der unüberblickbaren Fülle von Büchern über den Tod nicht ein weiteres Buch über den Tod beigegeben werden. »Sondern es soll ein kleines, bisher als solches noch nicht eigens hervorgehobenes Sonderkapitel den lokalhistorischen Zeugnissen der reichen, ja überreichen Geschichtsüberlieferung des Klosters St.Gallen entnommen werden: Geschichten vom Sterben im mittelalterlichen Gallus-Kloster. – Dabei handelt es sich nicht um den schreckhaften Tod. Denn trotz aller Realität des Mittelalters – um nicht zu sagen: trotz aller Härte selbst im Sterben heiliger Menschen – war dieser Tod letztlich erlösend, ja tröstlich. Er stand unter der gläubigen Erkenntnis des biblischen Psalmes, den die Sankt-Galler Mönche wöchentlich – bei Todesfällen sogar täglich – im Chor gebet so bekannten: »Kostbar ist in den Augen des Herrn der Tod seiner Heiligen.««

ERNST ZIEGLER



HANS HEIERLI

1927–2003

Am 31. Oktober 2003, kurz vor seinem 76. Geburtstag, verstarb der bekannte Schweizer Geologe Prof. Dr. Hans Heierli aus Trogen/AR nach kurzer, schwerer Krankheit. Mit seinem Namen verbunden bleibt eine lebenslange Begeisterung für die Schönheiten unserer Gebirge, im Speziellen des Alpsteinmassivs, die er als begnadeter Vermittler mit einem breiten Publikum zu teilen wusste. 1972 entstand auf seine Initiative hin der erste geologische Wanderweg der Schweiz vom Hohen Kasten zur Saxerlücke. Grosse Verdienste hat sich der Verstorbene auch bei der Wiedereröffnung des

Naturmuseums St.Gallen erworben, dessen Geschicke er zwischen 1981 und 1993 massgeblich bestimmte.

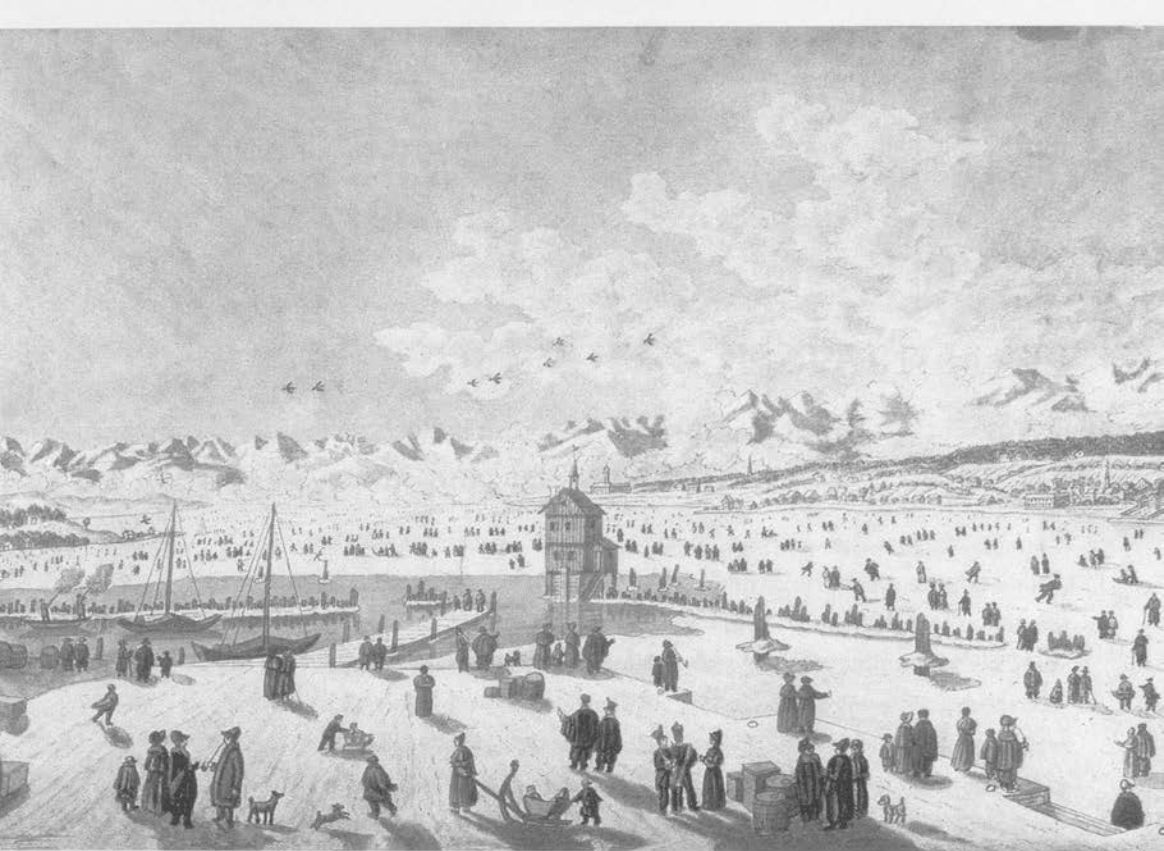
Hans Heierli wurde am 13. November 1927 als Sohn des Johannes Heierli und der Louisa, geborene Naef, in der Gemeinde Buchs im St.Galler Rheintal geboren. Nach dem Besuch der dortigen Primar- und Sekundarschule trat er 1944 in die Kantonsschule Trogen ein, wo er 1947 mit der Maturität Typus C abschloss. Anschliessend studierte er an der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der Universität Zürich Geologie im Hauptfach und Petrographie, Paläontologie und Geographie in den Nebenfächern und schloss seine Studien 1954 mit der Dissertation »Geologische Untersuchungen in der Albulazone« ab. In den folgenden Jahren war er an verschiedenen Mittelschulen in Zürich und am Technikum in Winterthur als Hilfslehrer tätig. Parallel dazu setzte er seine Studien zur Erlangung des Mittelschullehrer-Diploms in den Fächern Geographie und Chemie fort. 1954 heiratete er Heidy Weydknecht aus Glarus und 1960 wurde ihnen der Sohn Thomas Urs geboren. Zwei Jahre früher, 1958, erfolgte seine Wahl als Hauptlehrer für Chemie, Geographie und Warenkunde an der Kantonsschule Trogen, wo er bis 1984 unterrichtete. Daneben hielt er bis zu seiner Pensionierung öffentliche Vorlesungen und Kurse zur Geologie und allgemeinen Naturwissenschaft an der Volkshochschule Zürich und an der Hochschule St.Gallen.

1981 übernahm Hans Heierli zuerst teilzeitlich und dann ab 1985 vollamtlich die Leitung des damals aus baulichen Gründen geschlossenen Naturhistorischen Museums. Seine Arbeit konzentrierte sich zu Beginn auf die Betreuung und Registrierung des ausgelagerten,

umfangreichen Sammlungsgutes. Anschliessend beschäftigt ihn vor allem die Neukonzeption des in Renovation und Erweiterung stehenden Naturmuseums, das am 12. September 1987 feierlich eröffnet wurde. Hier wirkte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1993 als Konservator. Zu seinen grössten Erfolgen gehörte die 1987 gezeigte Sonderausstellung »Lebende Gifttiere«. Mit der Gründung des Vereins »Freunde des Naturmuseums St.Gallen« schuf er eine breite Basis für die Unterstützung des Museums durch die Bevölkerung. Sein grösster Coup gelang ihm mit dem Ankauf des einmaligen Entenschabel-Dinosauriers, der auch heute noch zu den wertvollsten Objekten des Museums zählt und immer wieder aufs Neue bestaunt wird.

Hans Heierli lebt weiter in einer Vielzahl von Publikationen, zu denen etwa das 1965 zusammen mit T. Kempf herausgegebene Werk »Der Bau und die Entstehung des Alpsteins«, der Kosmos Naturführer »Die Alpen« (1982) und der 1984 zusammen mit M. Stirrup publizierte Band »Grundwissen in Geologie« gehören. Den Mitgliedern des Bodensee-Geschichtsvereins wird der Verstorbene zudem durch sein Referat in Lindau in Erinnerung bleiben.

TONI BÜRGIN



BEITRÄGE

Jens Lieven

PRESENTI DIFFIDENS INSTABILITATI

Zur Frühgeschichte des Monasteriums Aadorf aus adelsgeschichtlicher Sicht

Im 13. Kapitel des ersten Buches seiner *gesta Karoli* berichtet Notker von Sankt Gallen, Karl der Große habe nach dem Tod seiner Gemahlin Hildegard dem Bruder der Königin mit Namen Udalrich, aufgrund eines Vergehens alle Ämter entzogen. Daraufhin habe ein Spielmann vor dem gutmütigen Karl ausgerufen: »Jetzt hat Udalrich seine gesamten Lehen verloren im Osten wie auch im Westen, jetzt, da seine Schwester nicht mehr lebt.« Aufgrund dieser Worte, so Notker weiter, sei der König schließlich derart zu Tränen gerührt gewesen, daß er dem Grafen die konfiszierten *honores* sofort zurückgegeben habe¹. Ob die Episode, so wie Notker sie schildert, sich tatsächlich ereignete, ist nicht auszumachen. Gleichwohl erscheint sie in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich, vermag doch das personale Netzwerk, das in ihr aufscheint, einmal mehr zu demonstrieren, welche handlungsleitenden Vorstellungen und Normen dem Funktionieren der politischen Ordnung im frühen Mittelalter zugrunde lagen: Sie zeigt, daß Einfluß und Macht frühmittelalterlicher Führungsschichten in besonderem Maße abhingen von der persönlichen Nähe ihrer Exponenten zum König². Königsnähe bedeutete soziales Prestige und bot – damit verbunden – die Möglichkeit, die Geschicke einer Adelsfamilie positiv zu beeinflussen, wie umgekehrt bei ihrem Verlust die Gefahr bestand, zugunsten anderer politische Wirkungsmöglichkeiten einzubüßen. Deutlich wird aber auch, daß der Herrscher offenbar keineswegs frei war in seiner Entscheidung, wem er seine Huld gewährte oder entzog. Denn immerhin war der in Ungnade Gefallene, wie Notker an gleicher Stelle ausführt, zuvor *ceteris causis* mit mehreren Komitaten ausgestattet worden, was durchaus nicht der ansonsten zu beobachtenden Herrschaftspraxis des späteren Kaisers entsprochen habe³.

Daß die reiche Ausstattung Udalrichs in erster Linie politisch motiviert war, machen schon die Umstände deutlich, die zur Eheverbindung Karls mit der Schwester des Grafen führten. Als im Jahr 768 Pippin der Jüngere starb, teilten seine beiden Söhne Karl und Karlmann das Reich unter sich auf, wie es der Vater mit Zustimmung der Franken vor seinem Tod verfügt hatte. Karl erhielt den nördlichen Teil des Regnums, Karlmann den Süden, namentlich Burgund, Provence, Septimanie, das Elsaß und Alemannien. Zudem erkannten sich die Brüder wechselseitig je einen Teil Aquitaniens, Neustriens und Austriens zu. Karlmann starb bereits 771, so daß aufkeimende Rivalitäten vorzeitig ihr Ende fanden. Immerhin ist aber soviel zu erkennen, daß unter den Brüdern die Vorherrschaft unter anderem in Alemannien umstritten

gewesen sein muß. Jedenfalls werden bereits seit 770 St. Galler Urkunden ausschließlich nach Karl datiert⁴, und noch zu Lebzeiten des jüngeren vermählte sich der ältere Bruder mit eben jener Hildegard, einem – wie Thegan berichtet – Mädchen aus vornehmstem alemannischem Geschlecht, das durch seine Mutter Imma von Gottfried abstammte, dem einstigen Herzog der Alemannen⁵. Vor dem Hintergrund der eigenen Herrschaftsansprüche war Karl der Große demnach offenbar bestrebt, durch seine Vermählung mit Hildegard, die neben ihrer alemannischen Abkunft auch auf fränkische Vorfahren zurückblicken konnte, der Struktur des fränkischen Reiches Rechnung zu tragen, um seine Herrschaft in einem Reichsteil des Bruders dauerhaft anerkannt zu wissen und so die Sicherung des inneren Friedens zu gewährleisten⁶.

Sichtbar wird damit die Ambivalenz im Verhältnis von Königtum und adliger Führungsschicht, das Gesetz des *do-ut-des*, das – wie Karl Ferdinand Werner mit Blick auf das Reich Karls des Großen herausstellt – überall zu finden war, und dem auch der Kaiser nicht entgehen konnte, zumal unter den Bedingungen der Expansion⁷. Wie aber wirkte diese Ambivalenz zur Zeit Notkers von St. Gallen, im späten 9. Jahrhundert also, unter gänzlich veränderten Verhältnissen? Insbesondere nach dem jähen Ende Kaiser Karls III., als sich dem vielzitierten Kommentar Reginos von Prüm zufolge die Reiche, die einst seinem Befehl gehorcht hatten, ohne gesetzmäßige Erben aus ihrem Verband in Teile auflösten, und sie nicht mehr ihren natürlichen Herrn erwarteten, sondern sich anschickten, einen König aus ihrem Inneren zu wählen; als große Kriegsunruhen ausbrachen, die keineswegs darauf zurückzuführen gewesen seien, daß den Franken Fürsten gefehlt hätten, die durch Adel, Tapferkeit und Weisheit über die Reiche hätten herrschen können, sondern vielmehr die Gleichheit der Abkunft, der Würde und der Macht unter ihnen zur Steigerung von Zwietracht geführt habe, und niemand schließlich so überlegen gewesen sei, daß die übrigen bereit gewesen wären, sich der Herrschaft des jeweils anderen zu unterwerfen⁸.

Wenn im folgenden dieser Frage am Beispiel der »Udalrichinger« nachgegangen werden soll, so ist damit zugleich die Absicht verbunden, einen Beitrag zur Frühgeschichte des thurgauischen Monasteriums Aadorf – der Grablege Udalrichs (V) und seiner Familie – aus adelsgeschichtlicher Sicht zu leisten und insofern ein seit längerem bestehendes Desiderat aufzugreifen⁹. Gerechtfertigt erscheint dies vor allem angesichts der Ergebnisse, die Karl Schmid zur Problematik von Familie, Sippe und Geschlecht, Haus und Dynastie hat liefern können und die er nach Ausweis seines gleichlautenden Aufsatzes als »Vorfragen zum Thema Adel und Herrschaft im Mittelalter« verstanden wissen wollte. Zum Aspekt »Adel und Herrschaft« gibt Schmid zwar zu bedenken, daß »aus den Begräbnisstätten der Adligen nur mit größter Vorsicht allgemeine Schlüsse gezogen werden können. Denn persönliche Wünsche und Umstände [...] dürften wohl gerade hier überaus häufig im Spiel gewesen sein«¹⁰. Gleichwohl mißt er über die Untersuchung der Motive im Einzelfall hinaus, der Gründung von Grablegen in adligen Eigenklöstern einen aus sozialgeschichtlicher Perspektive verallgemeinerbaren Stellenwert zu. Indem nämlich »eine Mehrzahl von Generationen eine gemeinsame Grabstätte findet, bleibt das Andenken an die verstorbenen Vorfahren in besonderer

Weise lebendig. Zwischen den Lebenden und Toten wird eine geistige Brücke geschlagen, die dem Selbstbewusstsein einer Familie zugute kommt. Erbbegräbnisstätten von Adelsfamilien sind daher Ausdruck des historischen Bewusstseins der Zusammengehörigkeit von aufeinanderfolgenden Generationen. Die räumliche Nähe und damit die dauernde Gegenwart der Verstorbenen verpflichtet die Lebenden. Sie bindet das Geschlecht zusammen«¹¹.

Welchen Platz die Verwandten der Königin Hildegard innerhalb der alemannischen Führungsschicht einnahmen, läßt sich auch während des 9. Jahrhunderts anhand ihrer Nähe zum Herrscher ablesen. Dabei fällt freilich auf, daß etwa das Verhältnis Gerolds (III)¹² zu Ludwig dem Frommen keineswegs von ähnlicher Intensität gewesen zu sein scheint wie noch das seines Vaters Udalrich (I) zu Karl dem Großen. Nach dem Tod Ruadperts (II)¹³, jenes *vasallus Ludowici imperatoris*, der – wie der Verfasser der *Translatio sanguinis Domini* später zu berichten weiß – *apud seniores suos* erreicht habe, *ut Reciam Curiensem in proprietatem sibi contraderet, pulsoque Adalberto, possessionem illius sibi usurparet*¹⁴, tritt jedenfalls als Graf im Linz- und Argengau, in dem zuvor Udalrich (I) neben seinem gleichnamigen Sohn amtiert hatte, Ruacher auf¹⁵. Diesem folgten dann seit 839 mit Konrad (I) und seit 849 mit Welf (II) enge Verwandte der Kaiserin Judith als Amtswalter, während Gerold (III) weitgehend auf den Süden des Bodenseegebiets beschränkt blieb. Im Zürichgau scheint er jedenfalls 821 im Auftrag Ludwigs des Frommen eine Untersuchung geleitet zu haben, die Abt Gozbert von St. Gallen wegen einiger dem Steinachkloster am südöstlichen Ufer des Zürichsees entfremdeter Güter beim Kaiser angestrengt hatte¹⁶. In diesem Zusammenhang von Ludwig bereits als *fidelis noster* bezeichnet, erscheint es durchaus denkbar, daß in ihm der gleichnamige *illustrissimus comes* zu sehen ist, welcher der *Vita Ansakarii* zufolge rund zehn Jahre später neben den Bischöfen Bernold von Straßburg und Ratold von Verona in kaiserlichem Auftrag eine Bestätigung Papst Gregors IV. für die Gründung des Bistums Hamburg einholen sollte¹⁷.

Verlieren sich mithin die Spuren der »Udalrichinger« im Umkreis des Herrschers auch zur Zeit Ludwigs des Frommen keineswegs, so treten sie freilich im nördlichen Bodenseegebiet vor allem hinter die Verwandten der Kaiserin Judith zurück. Um so bemerkenswerter erscheint es, daß Gerold (III) zwischen 834 und 839/40 mit einigen Grafenbelegen für den Thurgau, den Osten der Bertoldsbaar und den Breisgau in Verbindung gebracht werden kann¹⁸ – ein Umstand, der womöglich im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung Ludwigs des Frommen und seines gleichnamigen Sohnes um Alemannien gesehen werden muß. 829 übergab Ludwig der Fromme Karl dem Kahlen *per edictum* – wie Nithard zu berichten weiß – *terram Alamannicam et Redicam et partem aliquam Burgundiae*¹⁹. Vor allem Alemannien und das Elsaß waren bereits zuvor durch Heiratspolitik – nicht zuletzt durch die Ehe des Kaisers selbst – ganz im Sinne Ludwigs auf das Engste mit den Karolingern verbunden worden²⁰. So hatte Lothar mit Irmingard die Tochter des Grafen Hugo geehelicht, der *de stirpe cuiusdam ducis nomine Etih*²¹, also von den »Etichonen« abstammte. Adelheid, eine weitere Tochter Hugos, wurde schließlich mit Konrad (I), dem Bruder der Kaiserin vermählt, von dem Folwin schreibt, er sei *dux Raeticarum vel Iurensium partium* gewesen²². Eingebunden in dieses personelle Netzwerk scheint die Absicht des Kaisers, für seinen Sohn aus zweiter Ehe einen eigenen Herrschaftsbereich

zu schaffen, in den fraglichen Gebieten zunächst Anerkennung gefunden zu haben. Wie sich darauf dann die Ereignisse der Jahre 830 bis 833 im einzelnen auswirkten, bleibt allerdings unklar. Aufschlußreich ist aber, daß bereits zum Mai 834 Ludwig der Deutsche in St. Galler Urkunden als *rex Alammanorum* bzw. *rex Alemanniae* bezeichnet wird²³ und mit Gerold (III) einer der zuvor auf den Zürichgau beschränkten »Udalrichinger« nun nicht nur im Thurgau, in dem bereits sein Vater amtierte hatte, sondern auch wieder im Norden des Bodensees als Graf begegnet. Erst 839/40, nachdem es Ludwig dem Frommen gelungen war, seinen jüngsten Sohn aus erster Ehe auf Bayern zu beschränken, läßt sich dieser dann nicht mehr nördlich des Bodensees nachweisen.

Angesichts der Situation wie sie schon einmal Mitte der dreißiger Jahre für kurze Zeit in Alemannien bestand, verwundert es nicht, wenn nach 839 in Udalrich (IV) ein Verwandter der Königin Hildegard²⁴ erstmals wieder zur Zeit Ludwigs des Deutschen als Graf nördlich des Bodensees belegt ist.^{24a} Der Zeitpunkt seines Auftretens läßt sich freilich nicht genau bestimmen, da das Datum der Urkunde, die in diesem Zusammenhang heranzuziehen ist, zwei Auflösungen zuläßt. Ausgefertigt ist die Urkunde, mit der Abt Grimald von Sankt Gallen den Brüdern Otolf und Teothart ihren an das Steinachkloster übertragenen Besitz in *pago Linzigouve* gegen Zins verleiht, im zwölften Jahr der Herrschaft Ludwigs des Deutschen *sub Oadalricho comite*²⁵. Je nach dem, wann man den Herrschaftsantritt Ludwigs ansetzt, ergibt sich hieraus das Jahr 854/55 oder 860/61²⁶. Ohne eine der beiden Alternativen vorzuziehen, läßt sich immerhin sagen, daß sich im Linz- und Argengau ein Wechsel von den Welfen zu den »Udalrichingern« vollzog, als Ludwig der Deutsche seine Herrschaft in Alemannien deutlich zu intensivieren begann²⁷. Ein nicht unerheblicher Teil seiner Bemühungen zielte dabei auf den Erwerb des Elsaß, das 855 an Lothar II. gelangt war. Vor diesem Hintergrund dürfte nicht zuletzt auch die 861 erfolgte Eheschließung Karls III., der seit 859 als Rektor des Breisgau nachzuweisen ist²⁸, mit Richgard, der Tochter des elsässischen Grafen Erchangar, zu sehen sein²⁹. Als Morgengabe aus der Hand des Vaters wies Karl III. seiner Gemahlin Güter unter anderem in Bergen, Endigen, Bahlingen und in Sexau zu³⁰, so daß sich Ludwig der Deutsche sicher sein konnte, in den »Erchangaren« loyale Anhänger mit Einfluß im Elsaß gefunden zu haben. Ganz ähnliche Gründe mögen auch bei der Einsetzung Udalrichs (IV) als Graf im Linz- und Argengau eine Rolle gespielt haben, verfügten doch die »Udalrichinger« außer im Bodenseegebiet auch im Elsaß über umfangreichen Güterbesitz³¹, weshalb sie dort durchaus eigene Interessen verfolgt haben dürften. Einen deutlichen Hinweis darauf bietet vor allem die Eheverbindung Udalrichs (V) mit Peretheida, deren in der Vergangenheit erwogene Verwandtschaft mit den Karolingern³² zwar nach wie vor einer eingehenden und kritischen Überprüfung bedarf, die aber immerhin 877 von Karl III. als *fidelissima nostra* bezeichnet und in der Nähe ihres elsässischen Eigenbesitzes mit umfangreichem Königsgut in Müllheim, Kembs am Rhein, Sierenz und Schlierbach bedacht wurde³³.

Ein Diplom Ludwigs des Deutschen aus dem Jahr 867, mit dem der König auf Intervention des Grafen Udalrich *quidam homines de Argengau* [...] *plenam legem* [...] *sicut ceteri Alamanni* verleiht³⁴, legt die Vermutung nahe, daß nicht die engen Beziehungen der »Udalrichinger« in

das Elsaß allein maßgebend für ihre erneute Ausübung von Grafenrechten nördlich des Bodensees war. Vielmehr wird man das Epitheton *dilectus nepos noster*, das Udalrich (IV) in der zur Rede stehenden Urkunde beigeben ist, als einen Beleg dafür zu deuten haben, daß man sich der gemeinsamen Vorfahren Ludwigs und Udalrichs (IV) am Hof des Herrschers durchaus noch bewußt war³⁵ und die daraus resultierende Verpflichtung zu wechselseitiger Unterstützung³⁶ den Ausgriff der »Udalrichinger« auf Komitate am nördlichen Bodenseeuf³⁷ begünstigte. Dies gilt um so mehr, als Udalrich (IV) einerseits in seinem Amt als Graf zwar in gewisser Weise nur als »beauftragter Vertreter der königlichen Macht«³⁸ gelten konnte, andererseits aber der König im Hinblick auf die Intensität, mit der er auf die Komitate einzuwirken vermochte, in entscheidendem Maße von dem dort amtierenden Grafen abhing³⁹. Vom Stellenwert der gemeinsamen Abstammung zeugt schließlich auch das erste nach der Kaiserkrönung nördlich der Alpen mündierte Diplom Karls III., mit dem der Herrscher 882 anlässlich einer Klage der Mönche von Gorze dem Kloster zuvor durch die Metzter Kirche entfremdeten Besitz *per consultum Uuodelrici fidelissimi nostri nepotis ceterorumque nostrorum fidelium restituiert*⁴⁰. Immerhin wird Udalrich (IV), der den jüngsten Sohn Ludwigs des Deutschen möglicherweise schon zur Kaiserkrönung nach Rom begleitet hatte⁴¹, hier unter den *fideles* als einziger namentlich in über den alemannischen Raum hinausgehenden Angelegenheiten genannt.

Die Erinnerung an die gemeinsamen Vorfahren und damit das Bewußtsein für die prominente Abkunft Udalrichs (IV) blieb demnach auch nach dem Tod Ludwigs des Deutschen am Hof des Herrschers lebendig. Ein Blick auf die Wahrnehmung des alemanischen Königtums läßt dabei vermuten, daß die soziale Schätzung, die den »Udalrichingern« durch ihre Umwelt zukam, neben ihrer Verwandtschaft mit der Königin Hildegard sich zugleich auf einen zweiten – wenn auch damit eng verknüpften – Gesichtspunkt zu stützen vermochte. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang zunächst auf einen ad-hoc-Eintrag auf fol. gr des Liber memorialis von Remiremont, an dessen Spitze in Versalien *KAROLUS REX* verzeichnet ist⁴². Nimmt man mit Gerd Tellenbach an, daß der an zweiter Stelle genannte Crimolt mit Abt Grimald von St. Gallen identifiziert werden muß⁴³, so ergibt sich als terminus ante für die Anlage des Eintrags das Jahr 872⁴⁴. Demnach scheint Karl offenbar schon vor dem Tod des Vaters als *rex Alemanniae* betrachtet worden zu sein, obwohl Notker zufolge Ludwig der Deutsche mit der Reichsteilung des Jahres 865 seinen Söhnen in den ihnen jeweils zugewiesenen Gebieten *adhunc eo vivente* die Verfügungsgewalt lediglich über *denominatas curtes* und in *minores causas* zugestand, während der König sich selbst die Aufsicht über alle Bistümer, Klöster, Komitate, *publici fisci* wie auch über die *maiora iudicia* vorbehielt⁴⁵. Dem entspricht, daß Karl in der folgenden Zeit zwar als *princeps* des ihm 865 zugesprochen Alemannien begegnet, ihm zugleich aber neben der Ausübung des Rektorats im Breisgau allenfalls die Mitunterfertigung königlicher Diplome für alemannische Empfänger gestattet war⁴⁶. Trotzdem wird man den *rex*-Titel Karls III. zu Lebzeiten des Vaters ernst nehmen müssen. Immerhin stammt er mit einiger Wahrscheinlichkeit aus der Feder Liutwards von Vercelli⁴⁷, des Erzkanzlers und *summus consiliarius* des späteren Kaisers, und kann insofern als ein Zeugnis aus dem engsten Umkreis Karls III. betrachtet werden⁴⁸.

Für die Bewertung des frühen rex-Titels könnte die (spätere) Intitulatio Karls III. *Karolus ex Dei constitutione et antiquorum regum propagatione rex Alemanniae*⁴⁹, die – in der Formelsammlung Notkers von St. Gallen überliefert – sicher nicht ausschließlich als Stil-, sondern auch als Denkmuster aufzufassen ist⁵⁰, einen entscheidenden Hinweis liefern. Was damit konkret zum Ausdruck gebracht werden sollte, läßt sich vielleicht anhand eines Eintrags im Reichenauer Verbrüderungsbuch weiter präzisieren. Jedenfalls wurde auf der Seite, die für die NOMINA CANONICORUM DE CONSTANTIA reserviert war, unter der Überschrift NOMINA DEFUNCTORUM eine Königsliste eingetragen, die folgende Namen umfaßt: Tagabertus rex, Pipinus rex, Karolus rex, Hludouuicus rex und Gotafridus rex⁵¹. Mit überzeugenden Argumenten hat jüngst Alfons Zettler – entgegen älterer Vorschläge⁵² – Pippin, Karl und Ludwig mit Pippin von Italien, Karl dem Kahlen und Ludwig dem Deutschen identifiziert, so daß die fünf Namen der Königsliste nach 876 – vermutlich kurz nach dem Herrschaftsantritt Karls III. – eingetragen worden sein müssen⁵³. Was die drei Karolinger zunächst miteinander verbindet, ist ihre Herrschaft über Alemannien und der daraus resultierende Bezug zum Bistum Konstanz. In die Königsliste aufgenommen wurden ferner aber der Merowinger Dagobert⁵⁴ sowie der alemannische dux Gottfried, der hier allerdings ausdrücklich als rex bezeichnet wird, was aus Konstanzer Sicht zur Zeit Karls III. nicht notwendigerweise als Widerspruch empfunden worden sein muß. Vielmehr läßt der Umstand, daß auch Gottfried der rex-Titel zugebilligt wurde, darauf schließen, daß im Bewußtsein der Zeitgenossen Karls III. das alemannische Herzogtum durchaus königsähnliche Züge aufwies. Allenfalls die Nennung Gottfrieds an letzter Stelle des ansonsten chronologisch gegliederten Eintrags könnte darauf hindeuten, daß seine Herrschaft über Alemannien qualitativ anders bewertet wurde als die des Merowingers und der Karolinger.

Kombiniert man den Gehalt der Intitulatio Karls III. in der Formelsammlung Notkers von St. Gallen mit den Gedenkbucheinträgen aus Remiremont und Reichenau, so hat es den Anschein, als sei Karl III. bereits als *princeps Alemanniae* in der *propagatio*, der Verlängerung und Tradition, der alten alemannischen »Könige« gesehen worden. Das schließt auch den dux Alamannorum Gottfried ein, mit dem folglich ein Vorfahre der Königin Hildegard zu fassen ist, der in alemannischen Kreisen spätestens zur Zeit Karls III. als dessen Vorgänger im Königsamt betrachtet wurde. Daß diese Ausdeutung des alemannischen Königtums – neben der durch Hildegard vermittelten *consanguinitas* mit den Karolingern – die *fama* der »Udalrichinger« in besonderem Maße zu steigern und damit zugleich den Aus- bzw. Aufbau eigener Herrschaftspositionen zu begünstigen vermochte, erscheint naheliegend. Hierzu paßt jedenfalls, daß in einer Urkunde des Jahres 885, die aus Anlaß einer Güterübertragung an St. Gallen ausgefertigt wurde, ein Udalricus iunior an jener Stelle der carta begegnet, an der üblicherweise die sub-comite-Formel als Datierungselement zu erwarten wäre⁵⁵. Obwohl dies zunächst den Anschein hat, ist 885 der ältere Udalrich jedoch keineswegs durch einen jüngeren Grafen gleichen Namens im Amt abgelöst worden. Wie der Eschatokollvermerk eines St. Galler Urkundenformulars zeigt⁵⁶, dem zweifelsohne eine heute verlorene carta aus der Zeit Abtbischof Salomons III. zugrunde lag, müssen vielmehr der jüngere und der ältere Udalrich bis in die

Zeit Arnulfs von Kärnten hinein nebeneinander amtiert haben⁵⁷, was darauf schließen läßt, daß Udalrich (IV) offenbar weitgehend selbständig über Herrschaftsrechte in den ihm zugewiesenen Komitaten verfügen konnte.

Zuletzt hat vor allem Otto Gerhard Oexle in Anlehnung an Jan Assmann zeigen können, daß adlige Herrschaft und Memoria eng beieinander liegen bzw. Herrschaft vor allem Herkunft braucht⁵⁸. Denn *honor* und *fama* des Geschlechts manifestieren sich in einer Art sozialer Reproduktion in der Vergegenwärtigung der verstorbenen Vorfahren durch die Lebenden. Das Wissen um die eigene Vergangenheit, insbesondere das Bewußtsein einer besonders motivierten Dignität oder Präeminenz, ist dabei in seiner Funktion als sozialer Ordnungsfaktor kaum zu überschätzen; es konstituiert den Adel des Geschlechts und begründet seine Herrschaft⁵⁹. Neben dem selbständigen Verfügen über Grafenrechte müssen deshalb zwei weitere Urkunden, die das Totengedächtnis Udalrichs (V) betreffen, Aufmerksamkeit erregen. Mit der ersten verleihen im Jahr 886 Irmindrud et Perehdud *venerabiles abbatisse, filie Udolrici comitis et Pereheide*, eine Prekarie an Engilbirg. Diese umfaßt alle Güter, welche die Tradentin zuvor aus dem Besitz ihres Bruders Ruadpert *pro remedium animae suae et senioris eius Geroldi* an die *ecclesia sancti Alexandri* in Aadorf übergeben hatte⁶⁰. Mit der zweiten Urkunde macht Udalrich (V) 894 eine umfangreiche Stiftung an das *monasterium, quod est in Ahadorf* und überweist der geistlichen Gemeinschaft neben umfangreichem Besitz alles, was aus der dortigen Kirche zum Altar einer Begräbnisstiftung gehört, damit die *fratres, qui in ipso loco Deo deservunt*, für die Verstorbenen täglich drei Messen und einmal wöchentlich drei Psalter sowie für das Heil der Lebenden täglich eine Messe singen. Schließlich überträgt er alles *exempto aureo et argento et sercicis palliis et alia vestimenta sercia* auf den Todfall hin an das Kloster St. Gallen⁶¹.

Beide Urkunden sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. So deuten sie zunächst darauf hin, daß Udalrich (V) »über grosse, ziemlich kompakte und doch weitgestreute Besitzkomplexe« im östlichen Thurgau um Aadorf, Bichelsee und Wittershausen sowie im Alpgau um Dittlingen, Bannholz, Tiefenhäusern und Gurtweil verfügte⁶², wobei sich auch die *ecclesia sancti Alexandri* selbst in der Hand Udalrichs (V) und seiner Verwandten befunden haben muß⁶³. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Güterorte ist demnach – zwischen Thur und Limmat gelegen – in einem Gebiet zu lokalisieren, in dem mit Udalrich (I), Ruadpert (II), Gerold (III) und Udalrich (IV) immer wieder Verwandte der Königin Hildegard Grafenrechte ausgeübt hatten, bevor sie dort nach 867 von Adalbert dem Erlauchten und seinem gleichnamigen Sohn abgelöst wurden⁶⁴. Bemerkenswert erscheint ferner, daß als Schreiber beider Urkunden ein Priester namens Nordpret fungiert. Da dieser sicher nicht dem St. Galler Konvent angehörte⁶⁵, dürfte er den »Udalrichingern« in irgendeiner anderen Weise nahe gestanden haben, wofür auch die Erwähnung Aadorfs als Aktum-Ort in beiden *cartae* spricht. Demzufolge könnte es sich bei Nordpret um einen der Aadorfer *fratres* handeln, von denen in der Urkunde des Jahres 894 die Rede ist. Seine wiederholte Tätigkeit als Urkundenschreiber scheint zudem darauf hinzudeuten, daß ein Schreiberamt bei den »Udalrichingern« in Rechnung zu stellen ist, das seine »institutionelle« Verankerung in Aadorf fand⁶⁶.

Zu diesem Merkmal adelsherrschaftlicher Praxis fügt sich immerhin das Selbstverständnis des Stifters. Schließlich ließ Udalrich (V) 894 die Urkunde über seine Stiftung in eigenem Namen ausfertigen und sich in diesem Zusammenhang als *comis* bezeichnen⁶⁷, obwohl ihm nach Ausweis der *sub-comite*-Formel zu diesem Zeitpunkt eine dem Titel entsprechende Amtswaltung weder im Thurgau noch im Alpgau oblag. Verständlich wird diese Bezeichnung, bezieht man sie auf den Bereich seiner dem Aadorfer Monasterium tradierten Güter, was mit der Tendenz zur Erblichkeit des Grafenamtes, wie sie etwa zum Jahr 885 zu beobachten war, korrespondieren würde. Die reiche Ausstattung Aadorfs, mit der die Verfügungsgewalt der »Udalrichinger« über die gestifteten Güter nicht aufgegeben, sondern lediglich auf eine andere rechtliche Grundlage gestellt worden war, läßt sich insofern durchaus als ein Mittel der Herrschaftssicherung verstehen⁶⁸, zumal der sich andeutende Anspruch Udalrichs (V) auf den Grafenrang in Konkurrenz zu den Kompetenzen des »ordentlichen« Thurgaugrafen Adalbert gestanden haben dürfte. Zugleich weist die mit der Stiftung verbundene Absicht zur Intensivierung des liturgischen Totengedächtnisses aber auf einen weiteren, mit dem Aspekt der Besitzsicherung eng verknüpften Zusammenhang hin. So folgt in der Urkunde des Jahres 894 nach *Invocatio* und *Intitutio* eine arengenähnliche Formel, deren erster Teil aus dem Lukasevangelium (Luk. 6,38) zitiert: *In Dei nomine. Ego Udalricus comis divine credulus voci, qua dantibus dicitur dari [...] trado [...]*. In dem Bibelwort kommt der Glaube zum Ausdruck, Gott werde die fromme Gabe nicht vergessen, sondern sie am Ende aller Tage dem Seelenheil des Stifters zugute kommen lassen. Bei der Stiftung Udalrichs (V) handelt es sich so besehen um eine Gedenkstiftung, die Gott selbst zum Geschäftspartner hat⁶⁹. Neben dem Stifter sind jedoch auch seine lebenden und verstorbenen Verwandten in den Vertrag miteingeschlossen⁷⁰, so daß die Alexanderkirche in Aadorf als ein Ort angesprochen werden kann, an dem sich auf der Grundlage einer »religiös begründeten Ethik des Aneinander-Denkens und Füreinander-Handelns«⁷¹ die Verwandtengemeinschaft als eine »Solidargemeinschaft der Lebenden und Toten«⁷² zu erkennen gibt. Solchermaßen durch das liturgische Totengedächtnis definiert, wird die Verwandtengemeinschaft sich ihrer selbst bewußt, sie erkennt ihre relative Dauer in der Zeit und wird zu einer sozialen Gruppe, die sich aufgrund der Herkunft von ihrer Umwelt abhebt und damit zugleich den Nachweis ihrer Befähigung zur Herrschaft erbringt⁷³.

Zugleich fällt aber auf, daß Udalrich (V) seine Stiftung mit einer ganzen Anzahl detaillierter Anweisungen und sichernden Elementen versieht. Dies mag einerseits in der Sorge um die möglichst wirksame Feier der Heiligen Messe und der damit einhergehenden Totenmemoria begründet liegen. Andererseits heißt es jedoch im zweiten Teil der bereits angesprochenen Arengenformel: [...] *insuper presenti diffidens instabilitati trado*. Udalrich mißtraute also der Instabilität der eigenen Gegenwart. Daß in diesem zweiten Teil der Arenga ein überaus reales Moment zu sehen ist⁷⁴, ergibt sich aus dem dispositiven Teil der Urkunde, in dem die Vermögensverhältnisse des Monasteriums geregelt werden. Besondere Berücksichtigung erfährt dabei der Kirchenschatz, der nach Ausweis der Urkunde aus Gold, Silber und seidenen Paramenten bestand und offenbar recht bedeutend war⁷⁵. Jedenfalls wird man es als durchaus beachtlich werten dürfen, wenn noch der Verfasser der *continuatio casuum sancti Galli* in seiner Darstellung

über die Auflösung des Monasteriums zur Zeit des St. Galler Abtes Kerhard zu berichten weiß, daß Teile der Aadorfer Kultgegenstände in das Steinachkloster gelangt seien, wo sie nun ausschließlich an besonderen Festtagen Verwendung fänden⁷⁶.

Das wertvolle Inventar Aadorfs sollte nach dem Willen des Grafen ausdrücklich von der Übertragung des Monasteriums an St. Gallen ausgenommen bleiben. Statt dieser Vermögens-teile wies er dem Abt des Steinachklosters Besitz aus seinen oberrheinischen Liegenschaften zu, untersagte ihm gleichzeitig aber die Nutznießung dieser Substitute, sollte sich St. Gallen des Schatzes dennoch bemächtigen. In diesem Fall waren nach dem Willen des Stifters die ersatzweise übertragenen Güter unverzüglich *ad propinquos meos, qui mihi proximores esse videntur*, zurückzugeben⁷⁷. In engem Zusammenhang mit dieser Verfügung scheint eine weitere Urkunde vom 30. März 895 zu stehen. Ausgefertigt auf Wunsch des Grafen zur Bestärkung einer Übereinkunft mit Salomon III., bestätigt der Abt von St. Gallen *una cum omnibus ejusdem congregationis fratribus*, daß mit Blick auf Aadorf alles das, was der *serenissimus comes* dem Steinachkloster tradiert habe und ihm später in Form von Prekarien zurückgegeben worden sei, alle daraus fließenden Einkünfte Udalrichs und seiner Tochter Irmintrud, der Lebensunterhalt der Aadorfer *clerici* und was er darüber hinaus für die eigene Seelenruhe, die seiner Frau wie auch ihrer gemeinsamen Nachkommen bestimmt habe, fest und unverrückbar bleiben solle. Darüber hinaus sichert Salomon zu, daß die *ornamenta* und die durch den *princeps* zusammengetragene und künftig noch anzusammelnde *pecunia ecclesiastica* in Aadorf verbleiben werde, es sei denn, ihre Aufbewahrung erweise sich bei drohenden feindlichen Angriffen anderenorts als sicherer oder das Galluskloster selbst befinde sich in einer Notlage⁷⁸.

Über die Ursachen und Motive, die hinter diesem Unterfangen gestanden haben könnten, geben die drei Urkunden, die zum Aadorfer Monasterium erhalten sind, keine Auskunft. Bisherige Erwägungen, wie etwa das Interesse des Grafen am lebenslänglichen Besitz der Gold- und Silberstücke, die Absicht, einen Familienschatz zu sichern, oder die Bedeutung von Reliquien für die Blüte von Kirche und Kloster⁷⁹, erscheinen für sich genommen zwar einleuchtend, ein Blick auf die Spätzeit Karls III., dem die »Udalrichinger« in herausragender Weise verbunden waren, legt freilich eine sehr viel weitreichendere Vermutung nahe. Die letzten Lebensjahre des Kaisers, dessen Ehe mit Richgard ohne legitime Erben blieb, waren geprägt von verschiedenen Versuchen, das sich abzeichnende Nachfolgeproblem zu lösen⁸⁰. Die offenbar zunächst erwogene Nachfolge Karlmanns von Westfranken scheiterte, weil dieser bereits 884 starb⁸¹. Im Zusammenhang mit dem nun wieder offenen Problem, wer die Herrschaft nach dem Tod des siechen Kaisers übernehmen sollte, erscheint mit Blick auf die späteren Ereignisse im Inneren Alemanniens die folgende Nachricht der *Annales Fuldenses* bemerkenswert. In der Mainzer Rezension heißt es zum Jahr 885: Der Kaiser hatte mit den Seinen in Frankfurt eine Unterredung und lud mittels Boten, die er nach Rom schickte, Papst Hadrian nach Franken ein. Er wollte nämlich, wie ein Gerücht verbreitete, einige Bischöfe ohne Grund absetzen und Bernhard, seinen Friedelsohn, zum Erben des Reiches machen. Weil er glaubte, dies nicht von sich aus tun zu können, beschloß er dies mit Hilfe des Papstes und dessen apostolischer Autorität zu vollenden. Seine hinterlistigen Pläne wurden aber durch das Eingreifen Gottes zu Fall gebracht, denn der Papst, der Rom be-

reits verlassen und den Po überschritten hatte, beendete sein diesseitiges Leben und wurde im Kloster Nonantola beigesetzt⁸².

Mit dem vorzeitigen Tod des Papstes war aber auch die geplante Designation Bernhards zum Thronfolger gescheitert. Ein weiteres Projekt, die wohl kurz nach Ostern 887 in Kirchen erfolgte Adoption Ludwigs von Vienne⁸³, konnte zwar noch realisiert werden, blieb aber aufgrund der Verlassung Karls III. im November desselben Jahres ohne Wirkung⁸⁴. Ungeachtet dieses zweiten Versuchs, die Nachfolge zu entscheiden, scheint man jedoch in Alemannien an den Nachfolgeplänen für Bernhard festgehalten zu haben. So macht etwa Notker in seinem zweiten Buch der *gesta Karoli*, von dem Heinz Löwe mit guten Gründen annimmt, daß es im Sommer oder im Herbst 887 entstanden sein muß⁸⁵, in ganz unmißverständlicher Weise auf Bernhard und seine bevorstehende Schwertleite aufmerksam. Ein Vergleich mit der Schwertleite Karls des Kahlen, dessen Ansprüche auf ein angemessenes Erbe ebenfalls umstritten waren, bietet sich dabei an. Zu diesem Ereignis berichtet die *Vita Hludowici* des Anstronomus, Kaiser Ludwig habe seinen Sohn 838 in Quierzy mit einem Schwert umgürtet, sein Haupt mit einer Königskrone geschmückt und ihn nach Neustrien entlassen, wo sich ihm die Bewohner des Gebiets zwischen Seine und Loire kommandiert und den Treueid geleistet hätten⁸⁶. Erst damit aber waren die Bestimmungen der *ordinatio imperii* endgültig aufgehoben, ein neues Unterkönigtum wurde etabliert⁸⁷. Hatte Notker, indem er Karl III. mit seinen Zeilen auf die bevorstehende Schwertleite Bernhards aufmerksam zu machen suchte, ähnliches im Sinn? Auszuschließen ist dies jedenfalls nicht. Immerhin votierten die Alemannen – glaubt man den *Annales Fuldenses* der Regensburger Version – im Verlauf der Abfallbewegung auf dem Hoftag zu Tribur zunächst nicht für den Neffen des Kaisers, sondern traten erst auf massive Drohungen Arnulfs *timore concussi* mehrheitlich auf seine Seite⁸⁸.

Es waren nur wenige, mit denen sich der entmachtete Kaiser nach Alemannien zurückzog, um dort von den ihm zugewiesenen Gütern zu leben⁸⁹. Nach dem Tod Karls III. zu Anfang des Jahres 888 scheinen sich seine alemannischen Vertrauten – sofern sie nicht bereits zuvor auf die Seite Arnulfs übergewechselt waren – mit den neuen Verhältnissen arrangiert zu haben. So begegnen etwa mit Waldo von Freising und Salomon von Konstanz schon bald die prominentesten Angehörigen der kaiserlichen Hofkapelle im Umkreis Arnulfs⁹⁰. Auch der Priester Ruatpert, erhielt auf Fürsprache Waldos den Besitz der Martinskapelle in Klengen bestätigt⁹¹, die diesem 881 von Karl III. geschenkt worden war⁹². Mutmaßlich gehörte Ruadpert zu den engsten Vertrauten des früheren Kaisers. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist er es, der als *missus imperatoris* in unmittelbarem Zusammenhang mit dem *comitatus Nidinga* begegnet, wo er in *vicem comitis* amtierte und offenbar in kaiserlichem Auftrag federführend an dem Aufbau einer dem Herrscher in besonderer Weise unterstehenden Region in Alemannien beteiligt war⁹³. Insofern scheint es konsequent, wenn zunächst auch Udalrich (V), seinem Einfluß in Alemannien entsprechend, vom neuen Herrscher hofiert wurde und die *curtis regia* Lustenau erhielt⁹⁴. Dennoch begegnet der Graf schon bald im Umfeld jener Kreise, die mit dem neuen König aufgrund eigener Herrschaftsansprüche in Konflikt gerieten.

Dies zeigt ein insgesamt 65 Namen umfaßender ad-hoc-Eintrag auf fol. 5v des Liturgiecodex von San Salvatore in Brescia⁹⁵. Neben Udalrich und seiner Familie ist in ihm unter anderem ein *Folco ep(iscopus)* verzeichnet, der aufgrund der Seltenheit des Namens mit einiger Sicherheit als Erzbischof Fulco von Reims (882–900) identifiziert werden darf⁹⁶. 888 war dieser als Parteigänger seines Verwandten Wido von Spoleto, der nach dem Tod Karls III. zunächst versuchte gegen Odo, den Lehnsmann Arnulfs von Kärnten, im westfränkischen Reich Fuß zu fassen, hervorgetreten. Nachdem Wido sich dort jedoch nicht hatte durchsetzen können, kehrte er nach Italien zurück⁹⁷. Dort machte er – sowohl auf zahlreiche ober- und mittellitalienische Große als auch auf einen nicht unbeträchtlichen westfränkischen Anhang gestützt – dem inzwischen zum König erhobenen Berengar die Krone streitig⁹⁸. Nach einem verlustreichen Kampf bei Piacenza Anfang 889 gelang es dem Widonen schließlich, Berengar, der sich bereits ein Jahr zuvor in die Lehnsabhängigkeit Arnulfs von Kärnten begeben hatte⁹⁹, zu besiegen und auf seine Stammlande um Verona zu beschränken¹⁰⁰. Mitte Februar 889 wurde Wido in Pavia von den Großen des *regnum Italiae* zum König gewählt. In der Folgezeit konnte Berengar jedoch das Gebiet nördlich des Po bis zum Oglio unter Einschluß Cremonas behaupten, offenbar ohne daß Wido ihm dieses streitig gemacht hätte. Bereits im August desselben Jahres urkundet er jedenfalls wieder für Brescia, so daß die Anlage des Eintrags sicher noch in die erste Hälfte des Jahres 889 zu datieren sein dürfte.

Zielten die Aktivitäten Udalrichs (V) zunächst also auf das Gebiet jenseits der Alpen, so war er kaum ein Jahr später an einer Erhebung innerhalb Alemanniens beteiligt, die sich nun nicht gegen einen Vasallen des ostfränkischen Königs, sondern offen gegen diesen selbst richtete¹⁰¹. Die Hintergründe der Auflehnung sind nur schemenhaft zu fassen. Sie scheinen aber mit der Absicht des unehelichen Kaisersohnes Bernhard zusammenzuhängen, sich in den Besitz des väterlichen Erbes zu bringen. Hierzu wird in der Narratio eines Diploms, mit dem Ludwig das Kind 903 die Privilegien des Steinachklosters bestätigt, mitgeteilt, die Ablösung des St. Galler Abtes Bernhard durch Salomon III. sei einst erfolgt, weil dieser für den Friedelsohn Karls III., der dem König Widerstand geleistet hatte und infolgedessen als Eindringling in einem fremden Königreich betrachtet worden sei, Partei ergriffen habe¹⁰². Da Salomon III. als Nachfolger des Abtes von St. Gallen zuerst im August 890 urkundet¹⁰³, Bernhard dem Kloster nachweislich jedoch noch im Mai vorstand¹⁰⁴, muß die offene Opposition des Kaisersohnes für den Sommer des Jahres 890 angenommen werden¹⁰⁵. Sowohl zeitlich als auch ihrem Inhalt nach läßt sich damit eine Urkunde Arnulfs für Udalrich (V) in Verbindung bringen, die im Spätherbst des Jahres 890 in Regensburg ausgefertigt wurde¹⁰⁶. Mit ihr restituiert der König dem Grafen und seiner Gemahlin Peretheida alemannischen wie auch elsässischen Eigenbesitz, der ihnen entzogen worden war, weil sich beide *pravo consultu contra regalem maiestatem* vergangen hätten¹⁰⁷.

Offenbar sah Arnulf von Kärnten seine im November 887 nur mühsam errungene Herrschaft über Alemannien in hohem Maße gefährdet. Jedenfalls reagierte der König, wie sein Vorgehen gegen Udalrich (V) und die Einsetzung Salomons III. zum Abt von St. Gallen zeigen, schnell und durchgreifend. Diesen Eindruck vermitteln auch die *Annales Fuldenses*, wonach

Arnulf noch im Sommer des Jahres 890 von Forchheim aus über Ulm *causa orationis* die Reichenau aufsuchte¹⁰⁸, nur daß seine Aufmerksamkeit nicht so sehr dem Gebet, sondern eher solchen Maßnahmen gegolten haben dürfte, die zur Niederschlagung der Empörung geeignet waren. Jedenfalls melden die *Annales Alamannici* noch zum selben Jahr: Berenhart filius Karoli vix de Retia evasit¹⁰⁹. Auch weiß der spätmittelalterliche Kompilator Gobelinus Person, dem Paul Kehr zufolge ein heute verlorenes karolingisches Annalenwerk zur Verfügung gestanden haben muß: *Postquam Arnulfus electus erat in regem, Bernhardus filius Karoli Grossi fugit in Italiam ad Wittonem*¹¹⁰, was angesichts der Kontakte, die Udalrich (V) nach Ausweis des Brescianer Liturgiecodex zu den widonischen Kreisen unterhielt, durchaus glaubwürdig erscheint. Weitere Einzelheiten über den Verlauf der Erhebung sind aufgrund ihres geringen Niederschlags, den sie in den historiographischen Quellen gefunden hat, kaum zu ermitteln. Über die Folgen des Konflikts unterrichtet hingegen die urkundliche Überlieferung, die insbesondere im Hinblick auf die Form der Konfliktbeilegung von Interesse ist.

In den vergangenen Jahren hat vor allem Gerd Althoff zeigen können, daß Konflikte im früheren Mittelalter von bestimmten Verlaufs- und Verhaltensmustern geprägt waren, die »nur wenig mit ›Staatlichkeit‹, viel dagegen mit der Austragung von Gegensätzen auf ›privater‹ Ebene zu tun haben«¹¹¹. In diesem Zusammenhang machte Althoff insbesondere auf das Privileg der *deditio* aufmerksam. Dabei handelt es sich um ein »in allen Einzelheiten inszeniertes Ritual, das der Adel bei der Beendigung seiner Konflikte – namentlich mit dem König – nutzte«¹¹², um durch einen öffentlichen Akt demonstrativer Unterwerfung wieder in die Huld des Herrschers aufgenommen zu werden¹¹³. Art und Umfang der Genugtuung, die dem König dabei zu leisten war, um den verletzten *honor regius* wiederherzustellen, war in der Regel Gegenstand von Vorabsprachen, in welchen die Konditionen der Unterwerfung ausgehandelt wurden¹¹⁴. Die Rolle eines Unterhändlers scheint im Fall der Erhebung Bernhards vor allem Abt Hatto von Reichenau zugefallen zu sein, der nach Ausweis der *Annales Fuldenses* bereits zu Beginn der Empörung im Sommer 890 von Arnulf aufgesucht worden war und später im Zusammenhang mit der Restitution der oppositionellen Alemannen begegnet. Explizit erwähnt dies ein Diplom Ludwigs des Kindes, mit dem der König *supplicatione Hadtone venerabili episcopo* dem Priester Isanrich Güter zurückgibt, welche zuvor konfisziert worden waren, *quia ipse Isanricus Pernharto rege maiestati resistente consensit*¹¹⁵. Eine ähnlich prominente Rolle wird dem Reichenauer Abt in dem bereits angesprochenen Restitutionsdiplom Arnulfs für Udalrich (V) und Peretheida zuteil. Nach Ausweis der Urkunde waren ihm nämlich deren konfiszierte Güter zunächst in *beneficium* gegeben worden, um ihnen dann auf seine Bitten hin durch den König erneut in *proprium* verliehen zu werden¹¹⁶. Wie auch immer damit die Rolle Hattos von Reichenau zu bewerten ist, im Herbst 890 wurde der Graf in Regensburg rehabilitiert. Er und seine Gemahlin Peretheida erhielten ihre Eigengüter *excepto uno loco Tiuffen nominato* zurück¹¹⁷, und bereits ein Jahr später – im selben Jahr, in dem die *Annales Alamannici* den gewaltsamen Tod des Kaisersohnes Bernhard melden¹¹⁸ – begegnet Udalrich (V) wieder als *comes de Lintzgouwe*¹¹⁹.

Dem Grafen waren demnach in materieller Hinsicht keine nennenswerten Nachteile aus der Unterstützung Bernhards entstanden. Gleichwohl hatte das Einlenken seinen Preis, denn ungleich schwerer muß die tiefe Demütigung gewogen haben, die sich mit seiner Unterwerfung verband. Immerhin gingen die Allodialgüter Udalrichs (V) in *regiam potestatem* über, was Arnulf sinnfällig mit der Belehnung Hattos von Reichenau zum Ausdruck brachte. Umgekehrt fand die Wiedereinsetzung des Grafen in seine Eigengüter demonstrativ am Regensburger Hof des Königs statt, wobei zu bedenken ist, daß es insbesondere die Eigengüter waren, die die Geschichte einer Familie widerszupiegeln vermochten und insofern auch deren ständische Qualität markierten¹²⁰. Eindringlich vor Augen geführt wurde allen Anwesenden mit der Wiedereinsetzung Udalrichs (V) deshalb, daß der Graf fortan nicht nur die materiellen Grundlagen seiner Macht, sondern auch seinen exklusiven Rang der besonderen Gnade des Königs zu verdanken hatte.

In diese Politik des Königs fügt sich ein, daß Arnulf von Kärnten offenbar keineswegs gewillt war, Udalrich (V) in seiner alten Stellung innerhalb Alemanniens zu belassen. In aller Deutlichkeit zeigt dies eine auf August 891 zu datierende Notia, mit der die Rechte des Klosters St. Gallen im Rheingau festgeschrieben werden¹²¹. Anlaß war ein Rechtsstreit, der nach Ausweis der Urkunde entbrannte, weil Udalrich (V) seit der Übertragung der *curtis* Lustenau Ansprüche auf Besitztitel des Steinachklosters im Rheingau erhob. Aus diesem Grund kamen auf Weisung des Königs alle *principes de tribus comitatibus, id est de Turgouve, de Linzgouve et de Rhaetia Curiensi* zusammen, um unter dem Vorsitz Salomons III. über deren Rechtmäßigkeit zu befinden. Entschieden wurde zugunsten des Klosters, während Udalrich (V), dessen Komitat im Linz- und Argengau sich auch auf den Rheingau erstreckte¹²², eine empfindliche Niederlage hinnehmen mußte. Die Tragweite dieses Mißerfolgs läßt sich ermessen, zieht man in Betracht, daß im Zusammenhang mit den Vorwürfen, die von Seiten St. Gallens gegen den Grafen erhoben wurden, von seiner *domus* in Lustenouva die Rede ist, Lustenau mit seiner *curtis regia*¹²³ für Udalrich (V) also den Ausgangspunkt bildete, weitere, über seine amtsrechtliche Stellung hinausgehende Besitz- und Herrschaftsrechte zu beanspruchen. Seit der Übertragung des Königshofes war es dem Grafen im Besitz eines hervorragenden »Herrschaftszeichens«¹²⁴ demnach zunächst gelungen, sich fremde Besitztitel anzueignen, ohne daß der König sich zum Einschreiten veranlaßt gesehen hätte. Erst nach der gescheiterten Empörung Bernhards änderte sich dies; Udalrich (V) wurde nicht ohne Zutun Arnulfs aus Position verdrängt, die er bis dahin auf Kosten St. Gallens im Rheingau an sich gebracht hatte.

Wie sehr diese Maßnahmen geeignet waren, den exklusiven Rang Udalrichs (V) zu relativieren, zeigt ein für Alemannien ausgestelltes und Adalberto, Perehtoldo, Purgato, Udalrico et cunctis regni istius primatibus adressiertes Diplom Arnulfs, das aller Wahrscheinlichkeit nach 893 ausgefertigt wurde¹²⁵. Der Urkunde zufolge zählte der Linzgaugraf zwar noch zu den Großen Alemanniens, doch wird Udalrich (V) unter den namentlich erwähnten Adressaten erst an letzter Stelle genannt. Nichts erinnert hier an die noch zur Zeit Karls III. zum Ausdruck gekommene Exklusivität seines Adels, kein Wort von seiner Verwandtschaft mit den Karolingern. Im Gegenteil erscheint Udalrich (V) hier gegenüber den vor ihm Genannten, deren Rich-

terspruch er sich kurz zuvor vielleicht noch hatte beugen müssen, zurückgesetzt. In diesen Zusammenhang gehören offensichtlich auch die Ereignisse um das Monasterium in Aadorf. Sie fallen in die Zeit eines tiefgreifenden Umbruchs der Königsherrschaft in Alemannien, einer Krise, die ihre Zuspitzung in der Empörung Bernhards und seiner Anhänger fand. Mit dem Sturz Karls III., dessen Herrschaft wie die keines anderen Karolingers in Alemannien wurzelte¹²⁶, drohten die ihm nahe stehenden weltlichen Großen an politischem Gewicht und sozialem Prestige zu verlieren. Das gilt in besonderem Maße für die zum nächsten Umkreis des Kaisers gehörenden »Udalrichinger«, die aufgrund der Unterstützung für Bernhard in einen Konflikt mit Arnulf von Kärnten gerieten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen verlor Udalrich (V) seine Eigengüter, die für sein adliges Selbstverständnis offenbar von hohem Wert waren. Zwar erhielt er sein *proprium* auf Vermittlung Hattos von Reichenau zurück, doch brachte Arnulf mit dem »Gnadenakt« von Regensburg zum Ausdruck, daß mit dem wiedererlangten Besitz der Eigengüter zugleich auch die *nobilitas* des Grafen fortan gleichsam durch den König sanktioniert war, sie mit anderen Worten künftig also nur noch bedingt ihre Berechtigung in der hohen Abkunft Udalrichs (V) allein finden konnte.

Auf diesen Verlust seines exklusiven Ranges reagierte der Graf mit der Intensivierung der liturgischen Memoria in Aadorf. Wie den Urkunden der Jahre 894/95 zu entnehmen ist, sollte im Gebet der Aadorfer *fratres* außer der Lebenden auch der Verstorbenen Verwandten des Grafen gedacht werden. Seine Verwandten sind es schließlich auch, die bei einem Verstoß gegen die 895 niedergelegten Vereinbarungen Teile des Stiftungsvermögens zurückerhalten sollen, was impliziert, daß sie nach seinem Tod für die Einhaltung des Stifterwillens Sorge zu tragen hatten, sie also den Fortbestand der auf Dauer angelegten Stiftung sichern sollten. Daß dabei die retrospektive Seite des Totengedächtnisses zugleich einen prospektiv-legitimierenden Anspruch in sich birgt, deutet bereits das Protokoll der 894 ausgefertigten carta mit seiner Intitulatio an. Zum Ausdruck kommt dieser Zusammenhang aber nicht zuletzt auch in den zur Ausstattung Aadorfs verwendeten Zimelien, die als äußeres Signum der Würde ihres Stifters seine hervorragende Adelsqualität zu repräsentieren vermochten¹²⁷. Verständlich wird so auch das Bemühen des Grafen, sie als Sondervermögen des Aadorfer Monasteriums von der Übertragung an Sankt Gallen auszunehmen; sowohl der Ort, an dem das liturgische Totengedächtnis gefeiert wurde, als auch die wertvollen Pretiosen, die vom exklusiven Rang des Stifters und seiner Verwandten zeugten, sollten unauflöslichen miteinander verbunden bleiben.

Zugleich deutet aber das offene Mißtrauen Udalrichs (V) gegenüber St. Gallen ebenso wie sein Bedürfnis, die Stiftung rechtlich weiter abzusichern, auf die fortschreitende Erosion seiner politischen Einflußmöglichkeiten hin. Welchen Anteil diese Entwicklung jedoch an der Entscheidung des Grafen hatte, das Monasterium auf den Todfall hin an das Galluskloster zu übertragen, ist mit letzter Sicherheit nicht zu entscheiden. Generell wird man aber nicht nur eine Ursache hinter diesem Entschluß vermuten. So mögen etwa auch persönliche Gründe – einige Indizien legen den vorzeitigen Tod seines Sohnes Gerold und seiner Tochter Perehdrud nahe¹²⁸ – eine Rolle gespielt haben. Ferner wird man in Rechnung stellen müssen, daß auch Salomon III. ein Interesse an der *ecclesia sancti Alexandri* besessen haben dürfte; das gilt sowohl

hinsichtlich der Seelsorgeorganisation des Steinachklosters, dem Salomon seit 890 als Abt vorstand, als auch im Hinblick auf seine kanonische Autorität als Konstanzer Diözesan¹²⁹. Dessen ungeachtet ist aber die Absicht, die Udalrich (V) mit der Intensivierung des Totengedächtnisses in Aadorf verbunden haben mag, aufgegangen. Zum 13. April verzeichnet das St. Galler Nekrolog: *Ob(itus) Uodalrici comitis, regum nepotis*¹³⁰.

Anschrift des Verfassers:

Jens Lieven M.A., Platanenhof 9, 47053 Duisburg

ANMERKUNGEN

- 1 Notkeri Balbuli gesta Karoli magni imperatoris (MGH SS rer. Germ. N.S. XII). Hrsg. v. Hans F. HAEFLE. Berlin 1953. S. 17.
- 2 Vgl. zum folgenden ALTHOFF, Gerd: Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde. Darmstadt 1997. S. 204–209.
- 3 Notkeri, gesta Karoli, S. 17.
- 4 Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen. Teil I. Bearb. v. Hermann WARTMANN. Zürich 1863. Nr. 57 und Nr. 58.
- 5 Theganus. Gesta Hludowici imperatoris (MGH SS rer. Germ. LXIV). Hrsg. und übers. v. Ernst TREMP. Hannover 1995. S. 176.
- 6 Vgl. GEUENICH, Dieter: Die politischen Kräfte im Bodenseegebiet in der Zeit zwischen dem älteren und dem jüngeren alemannischen Herzogtum (746–917), in: Masser, Achim und Wolf, Alois (Hg.): Geistesleben um den Bodensee im frühen Mittelalter (Literatur und Geschichte am Oberrhein 2). Freiburg 1989. S. 36 sowie DIENEMANN-DIETRICH, Irmgard: Der fränkische Adel in Alemannien im 8. Jahrhundert, in: Grundfragen der alemannischen Geschichte (Vorträge und Forschungen I). Lindau/Konstanz 1955. S. 186ff.
- 7 Vgl. WERNER, Karl Ferdinand: Bedeutende Adelsfamilien im Reich Karls des Großen. Ein personengeschichtlicher Beitrag zum Verhältnis von Königtum und Adel im frühen Mittelalter, in: Braunfels, Wolfgang (Hg.): Karl der Große. Lebenswerk und Nachleben. Bd. 1. Düsseldorf 1967. S. 123.
- 8 Reginonis abbatis Prumensis chronicon cum continuatione Treverensi (MGH SS rer. Germ. L). Hrsg. v. Friedrich KURZE. Hannover/Leipzig 1890. S. 129.
- 9 Vgl. BORGOLTE, Michael.: Gedenkstiftungen in St. Galler Urkunden. Johanne Autenrieth zum 15. 1983, in: Schmid, Karl und Wollasch, Joachim (Hg.): Memoria. Der geschichtliche Zeugniswert des liturgischen Gedenkens im Mittelalter (Münstersche Mittelalter-Schriften 48). München 1984. S. 598, Anm. 99.
- 10 SCHMID, Karl: Zur Problematik von Familie, Sippe und Geschlecht, Haus und Dynastie. Vorfragen zum Thema »Adel und Herrschaft im Mittelalter«, in: Zeitschrift für die Geschichte des

- Oberrheins 105 (1957). S. 46. Vgl. hierzu auch dens.: Geblüt, Herrschaft, Geschlechterbewußtsein. Grundfragen zum Verständnis des Adels im Mittelalter. Hrsg. v. Thomas ZOTZ und Dieter MERTENS (Vorträge und Forschungen XLIV). Sigmaringen 1998. S. 17f.
- 11 Schmid (wie Anm. 10), S. 46f.
- 12 Vgl. zur Verwandtschaft Gerolds mit Udalrich (I) BORGOLTE, Michael: Die Grafen Alemanniens in merowingischer und karolingischer Zeit. Eine Prosopographie (Archäologie und Geschichte 2). Sigmaringen 1986. Art. »Gerold (III)«, S. 129.
- 13 Vgl. ebd., Art. »Ruadpert (II)«, S. 220.
- 14 KLÜPPEL, Theodor: Reichenauer Hagiographie zwischen Walahfrid und Berno. Mit einem Geleitwort von Walter Berschin. Sigmaringen 1980. S. 158.
- 15 Vgl. BORGOLTE, Michael: Geschichte der Grafschaften Alemanniens in fränkischer Zeit (Vorträge und Forschungen, Sonderband 31). Sigmaringen 1984. S. 193f.
- 16 Wartmann, UB Sanct Gallen I, Nr. 263.
- 17 Vita Anskarii auctore Rimberto. Accedit vita Rimberti (MGH SS rer. Germ.). Hrsg. v. Georg Waitz. Hannover 1884. S. 34f.
- 18 Vgl. Borgolte (wie Anm. 12), Art. »Gerold (III)«, S. 128.
- 19 Nithardi Historiarum libri IIII (MGH SS rer. Germ. XLIV). Hrsg. v. Ernst MÜLLER. Hannover 1907. S. 3.
- 20 Hierzu und zum folgenden vgl. auch ZOTZ, Thomas: Ludwig der Fromme, Alemannien und die Genese eines neuen Regnum, in: Köbler, Gerhard und Nehlsen, Hermann (Hg.): Wirkungen europäischer Rechtskultur. Festschrift für Karl Kroeschell zum 70. Geburtstag. München 1997. S. 1488ff. sowie VOLLMER, Franz: Die Etichonen. Ein Beitrag zur Frage der Kontinuität früher Adelsfamilien, in: Tellenbach, Gerd (Hg.): Studien und Vorarbeiten zur Geschichte des Großfränkischen Adels (Forschungen zur ober-rheinischen Landesgeschichte IV). Freiburg 1957. S. 163ff.
- 21 Thegan, Vita Hludowici, S. 216.
- 22 Folcuini gesta abbatum Lobienisium (MGH SS IV). Hrsg. v. Georg Waitz. Hannover 1841. S. 60.

23 Wartmann, UB Sanct Gallen I, Nr. 345.

24 Das genaue Filiationsverhältnis bleibt unklar. Zur Einordnung Udalrichs (IV) in die Verwandtengemeinschaft der »Udalrichinger« vgl. (mit anderer Ordnungszahl) schon KNAPP, Eberhard: Die Ulriche, ein frühmittelalterliches Grafengeschlecht am Bodensee, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 36 (1910). S. 22, dens.: Die älteste Buchhorne Urkunde. Studien zur Geschichte des Bodenseegebietes, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte N. F. 19 (1910). S. 205ff. sowie zuletzt Borgolte, Die Grafen Alemanniens (wie Anm. 12), Art. »Udalrich (III, IV, V)«, S. 260.

24a Vgl. zur Unterwerfung Alemanniens durch Ludwig jetzt BIGOTT, Boris: Ludwig der Deutsche und die Reichs-Kirche im Ostfränkischen Reich (826–876) (Historische Studien 470). Husum 2000. S. 80–84.

25 Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen. Theil II. Hrsg. v. Hermann WARTMANN. Zürich 1866. Nr. 475.

26 Vgl. BORGOLTE, Michael: Kommentar zu Ausstellungsdaten, Actum- und Güterorten der älteren St. Galler Urkunden (Wartmann I und II mit Nachträgen in III und IV), in: Ders., Geuenich, Dieter und Schmid, Karl (Hg.): Subsidia Sangallensia I. Materialien und Untersuchungen zu den Verbrüderungsbüchern und den älteren Urkunden des Stiftsarchivs St. Gallen (Sankt Galler Kultur und Geschichte 16). St. Gallen 1986. S. 407.

27 Vgl. hierzu und zum folgenden BÜTTNER, Heinrich: Geschichte des Elsaß I und ausgewählte Beiträge zur Geschichte des Elsaß im Früh- und Hochmittelalter. Hg. v. Trude ENDEMANN. Sigmaringen 1991. S. 131f., BORGOLTE, Michael: Die Geschichte der Grafengewalt im Elsaß von Dagobert I. bis Otto dem Großen, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 131 (1983). S. 30ff., GEUENICH, Dieter: Aus den Anfängen der Fraumünsterabtei Zürich, in: Brunold, Ursus (Hg.): Geschichte und Kultur Churrätens. Festschrift für Pater Iso Müller OSB zu seinem 85. Geburtstag. Disentis 1986. S. 222 ff. sowie LUDWIG, Uwe: Monastische Gebetsverbrüderung [und] Reichsteilung. Murbach und Weißenburg in ihren Gedenkbeziehungen zu St. Gallen und Reichenau, in: Eichenlaub, Jean Luc und Vogler, Werner (Hg.): L'abbaye de Saint-Gall et l'Alsace au haut moyen âge. Colmar 1997. S. 104ff.

28 Vgl. BORGOLTE, Michael: Karl III. und Neudingen. Zum Problem der Nachfolgeregelung Ludwigs des Deutschen, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 125 (1977). S. 26ff.

29 Vgl. zu dieser GEUENICH, Dieter: Richkart, ancilla dei de caenobio Sancti Stephani. Zeugnisse zur Geschichte des Straßburger Frauenklosters St. Stephan in der Karolingerzeit, in: Schnith, Karl Rudolf und Pauler, Roland (Hg.): Festschrift für Eduard Hlawitschka zum 65. Geburtstag (Münchener Historische Abhandlungen, Abteilung für Mittelalterliche Geschichte 5). Kallmünz 1993. S. 106f. – Mit einiger Wahrscheinlichkeit läßt sich Richgards Vater mit einem Sohn oder Neffen jenes Erchangarius identifizieren,

der 811 die letztwillige Verfügung Karls des Großen mitunterzeichnete. Zur Zeit Ludwigs des Frommen löste dieser den Bruder der Königin Hildegard als Graf im Breis- und Alpgau ab, bis er dort aus politischen Gründen zugunsten der »Etichonen« resignierte. Vgl. hierzu Borgolte (wie Anm. 12), Art. »Erchangar (I)«, S. 107f.

30 MGH D LdD, Nr. 108.

31 Vgl. Borgolte (wie Anm. 27), S. 23f.

32 Vgl. GOETZ, Hans-Werner: Typus einer Adels Herrschaft im späteren 9. Jahrhundert: Der Linzgaugraf Udalrich, in: St. Galler Kultur und Geschichte 11 (1983). S. 139.

33 MGH D KIII, Nr. 2.

34 MGH D LdD, Nr. 124.

35 Zur persönlichen Einflußnahme Ludwigs des Deutschen auf die Mundierung der Diplome vgl. BRESSLAU, Harry: Handbuch der Urkundenlehre für Deutschland und Italien. Bd. 2. Berlin 1915. S. 134 mit Anm. 1.

36 Vgl. hierzu ALTHOFF, Gerd: Verwandte, Freunde und Getreue. Zum politischen Stellenwert der Gruppenbindungen im frühen Mittelalter. Darmstadt 1990. S. 78f.

37 Udalrich (IV) amtierte nicht nur im Linz- und Argengau, sondern hatte darüber hinaus bald auch – zumindest zeitweise – den Komitat im Alpgau (860–868), im Rheingau (881), im Nibelgau (866–884) sowie im Klettgau (870) inne. Vgl. hierzu im einzelnen Borgolte (wie Anm. 12), Art. »Udalrich (III, IV, V)«, S. 259ff.

38 SPRANDEL, Rolf: Das Kloster St. Gallen in der Verfassung des karolingischen Reiches (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte VII). Freiburg 1958. S. 104.

39 Vgl. MAURER, Helmut: Das Land zwischen Schwarzwald und Randen im frühen und hohen Mittelalter. Königtum, Adel und Klöster als politisch wirksame Kräfte (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte XVI). Freiburg 1965. S. 41.

40 MGH D KIII, Nr. 57.

41 Erchanberti breuiarium regum Francorum. Monachi Augiensis continuatio (MGH SS II). Hrsg. v. Georg Heinrich PERTZ. Hannover 1829. S. 329f.: *Sequenti autem anno, hoc est ab incarnatione 881, indictione 14 idem clementissimus Carolus [...] cum omnibus Italiae rectoribus et multis de Francia seu Suevia Romam profectus a pontifice Romano de thesauro s. Petri apostoli corona capiti imposita ad imperium consecratus et caesar appellatus, nunc divina clementia fauente pacatissimum regit imperium [...]*.

42 Liber memorialis von Remiremont (MGH Libri Memoriales I). Bearb. v. Eduard Hlawitschka, Karl Schmid und Gerd Tellenbach. Dublin/Zürich 1970. S. 15. Bl. 9^v: *KAROLUS REX, Crimolt, Hodalrich, Abo, Abo, Pebo, Hilbogo, Liutuuar, Chadolt, Hugisind, Hugisind, Matgund, Gerhart, Hadapreth, Ruosind, Vuolfdrige, Paldger, Hatto*.

43 Zu Grimald vgl. GEUENICH, Dieter: Beobachtungen zu Grimald von St. Gallen. Erzkapellan und Oberkanzler Ludwigs des Deutschen, in: Borgolte, Michael und Spilling, Herrad (Hg.):

Litterae medii aevi. Festschrift für Johanne Autenrieth zu ihrem 65. Geburtstag. Sigmaringen 1988. S. 55–68.

44 Vgl. TELLENBACH, Gerd: Liturgische Gedenkbücher als historische Quellen, in: Gerd Tellenbach. Ausgewählte Abhandlungen und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1988. S. 436.

45 Erchanberti breviarium, S. 329.

46 Vgl. Borgolte (wie Anm. 28), S. 29f.

47 Vgl. Tellenbach (wie Anm. 44), S. 436.

48 Hierfür sprechen abgesehen von Liutuuart auch die Namen *Hodalrich* und *Chadolt*, von denen letzterer aufgrund der Seltenheit des Namens als der spätere Bischof von Novara angesprochen werden kann (Vgl. zu diesem HLAWITSCHKA, Eduard: Die Dyptichen von Novara und die Chronologie der Bischöfe dieser Stadt vom 9.–11. Jahrhundert, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 52 (1972). S. 777 sowie BEYERLE, Konrad: Aus dem liturgischen Leben der Reichenau, in: Ders. (Hg.): Die Kultur der Abtei Reichenau. Erinnerungsschrift zur zwölfhundertsten Wiederkehr des Gründungsjahres des Inselklosters 724–1924. Bd. 1. Nachdruck der Ausgabe München 1925. Aalen 1970. S. 406 und S. 419f.). Der Name *Hodalrich* könnte dagegen auf *Udalrich* (IV) hindeuten.

49 *Collectio Sangallensis Salomonis III. tempore conscripta* (MGH Formulae Merovingici et Karolini aevi). Hrsg. v. Karl ZEUMER. Hannover 1886. Nr. 5.

50 STEINEN, Wolfram von den: Notkers des Dichters Formelbuch. In: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 25 (1945). S. 459.

51 Das Verbrüderungsbuch der Abtei Reichenau (MGH Libri memoriales et Necrologia N.S. I). Hrsg. v. Johanne AUTENRIETH, Dieter Geuenich und Karl Schmid. Hannover 1979. Bl. 83^{C1–2}.

52 Vgl. SCHMID, Karl: Bemerkungen zum Konstanzer Klerus der Karolingerzeit. Mit einem Hinweis auf religiöse Bruderschaften in seinem Umkreis, in: Freiburger Diözesanarchiv 100 (1980). S. 28ff.

53 Vgl. ZETTLER, Alfons: Karolingerzeit, in: Schwarzmaier, Hansmartin (Hg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 1, 1. Von der Urzeit bis zum Ende der Staufer. Stuttgart 2001. S. 305f.

54 Zur Beziehung zwischen Dagobert I. und dem Bistum Konstanz sowie deren Ausdeutung im 9. Jahrhundert vgl. KELLER, Hagen: Fränkische Herrschaft und alemannisches Herzogtum im 6. und 7. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 124 (1976). S. 19ff.

55 Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 645.

56 *Collectio Sangallensis, Additamenta*, Nr. 4: *Haec traditio primum placita et facta est in alia feria 4, 7 Kal. Octobris, coram N. seniore comite et subscriptis proceribus ac plebiis, adque roborata est in ill. 5 die Kalendarum earundem, feria 6. coram illo comite iunior et multitudine procerum ac popularium, quorum hic pauci admodum sunt adnotati. Sig. N. et advocati eius N., qui hanc traditionem fieri iusserunt, vel decreverunt. Ego itaque N. notavi supradictos dies, annum N. regis piissimi 7, Oud[alricus] comitem.*

57 Vgl. Borgolte (wie Anm. 12), Art. »Udalrich (III, IV, V)«, S. 256f.

58 Vgl. OEXLE, Otto Gerhard: Memoria in der Gesellschaft und Kultur des Mittelalters, in: Heinze, Joachim (Hg.): Modernes Mittelalter. Neue Bilder einer populären Epoche. Frankfurt am Main/Leipzig 1994. S. 312f. sowie ASSMANN, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 2002. S. 71.

59 Vgl. OEXLE, Otto Gerhard: Aspekte der Geschichte des Adels im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Europäischer Adel 1750–1950 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 13). Göttingen 1990. S. 21ff.

60 Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 655.

61 Ebd., Nr. 691.

62 Vgl. Goetz (wie Anm. 32), S. 143f., Zitat: S. 145.

63 Die Dorsalnoten der älteren St. Galler Urkunden (Urkundenbuch der Abtei St. Gallen, 2. Ergänzungsheft). Bearb. v. Otto P. CLAVADETSCHER. St. Gallen 1970. S. 150: *Cartae de Aadorf. Reconcessio Arnoldi regis de Aadorf Vrico comiti*. Vgl. hierzu auch unten Anm. 107. – Hierfür spricht auch, daß 886 Irmintrud und Perethrud die Prekarie an Engilbirg *cum consensu amicorum nostrorum* verliehen haben, womit die als Zeugen des Rechtsgeschäfts genannten Eltern der Äbtissinnen sowie ihr Bruder Gerold gemeint sein dürften. Ob es sich bei Aadorf ursprünglich um Reichsgut gehandelt hat, läßt sich nicht mehr feststellen. Vgl. hierzu zuletzt OBERHOLZER, Paul: Vom Eigenkirchenwesen zum Patronatsrecht. Leutkirchen des Klosters St. Gallen im Früh- und Hochmittelalter (St. Galler Kultur und Geschichte 33). St. Gallen 2002. S. 201.

64 Vgl. SCHMID, Karl: Königtum, Adel und Klöster zwischen Bodensee und Schwarzwald, in: Tellenbach, Gerd (Hg.): Studien und Vorarbeiten zur Geschichte des grossfränkischen und frühdeutschen Adels (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte IV). Freiburg 1957. S. 252ff., danach Maurer (wie Anm. 39), S. 44ff. und S. 56ff. sowie zuletzt LUDWIG, Uwe: Transalpine Beziehungen der Karolingerzeit im Spiegel der Memorialüberlieferung. Prosopographische und sozialgeschichtliche Studien unter besonderer Berücksichtigung des Liber vitae von San Salvatore in Brescia und des Evangeliers von Cividale (MGH Studien und Texte 25). Hannover 1999. S. 53ff.

65 Vgl. Goetz (wie Anm. 32), S. 150 mit Anm. 98.

66 Vielleicht am ehesten in Analogie zu den »Alaholfingern«. Vgl. hierzu BORGOLTE, Michael: Die Alaholfingerurkunden. Zeugnisse vom Selbstverständnis einer adligen Verwandtengemeinschaft des frühen Mittelalters, in: Ders., Geuenich, Dieter und Schmid, Karl (Hg.): Subsidia Sangallensia I. Materialien und Untersuchungen zu den Verbrüderungsbüchern und zu den älteren Urkunden des Stiftsarchivs St. Gallen (St. Galler Kultur und Geschichte 16). St. Gallen 1986. S. 293ff.

67 Daß die *Invocatio*, die mit der *in-dei-nomine*-Formel unmittelbar an die *Intitulatio* herangerückt ist, als Devotions- bzw. Legitimationsformel zu verstehen ist, d. h. sie im Sinne einer adli-

- gen Selbstaussage – und darin dem Gehalt der *dei-gratia*-Formel vergleichbar – als Hinweis auf die von Gott verliehene Vollmacht des Ausstellers gewertet werden kann, erscheint unwahrscheinlich. Vgl. hierzu: FICHTEAU, Heinrich: Zur Geschichte der Invokationen und »Devotionsformeln«, in: Beiträge zur Mediävistik. Ausgewählte Aufsätze. Bd. 2. Urkundenforschung. Stuttgart 1977. S. 48ff. sowie dens.: Forschungen über Urkundenformeln, in: MIOG 94 (1986). S. 289. und S. 292f.
- 68 Vgl. MORAW, Peter: Über Typologie, Chronologie und Geographie der Stiftskirche im deutschen Mittelalter, in: Untersuchungen zu Kloster und Stift (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 68). Göttingen 1980. S. 26f.
- 69 Vgl. hierzu auch BORGOLTE, Michael: Art. »Stiftungen, I. Alte Kirche und Mittelalter«, in: Theologische Realenzyklopädie. Bd. XXXII. Berlin/New York 2001. S. 167.
- 70 Die Wendung *pro defunctis et [...] pro salute vivorum* auf die Verwandten Udalrichs zu beziehen, gestattet Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 697. Vgl. hierzu unten Anm. 78.
- 71 ASSMANN, Jan: Stein und Zeit. Das »monumentale« Gedächtnis der altägyptischen Kultur, in: Ders. und Tonio Hölscher (Hg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1988. S. 18.
- 72 LE GOFF, Jacques: Die Geburt des Fegefeuers. Stuttgart 1984. S. 22.
- 73 Vgl. OEXLE, Otto Gerhard: Memoria als Kultur, in: Ders. (Hg.): Memoria als Kultur (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 121). Göttingen 1995. S. 37f.
- 74 Vgl. hierzu allgemein auch FICHTEAU, Heinrich: Arenga. Spätantike und Mittelalter im Spiegel von Urkundenformeln (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband XVIII). Graz/Köln 1957. S. 8f.
- 75 Vgl. hierzu bereits MEYER-MARTHALER, Elisabeth: Zur Geschichte der Propstei Aadorf, in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte 63 (1969). S. 217ff.
- 76 Continuatio casuum sancti Galli. Hrsg. v. Gerold MEYER VON KNONAU, in: Mitteilungen für Vaterländische Geschichte XVII (1879). S. 24.
- 77 Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 691.
- 78 Ebd., Nr. 697.
- 79 Vgl. Meyer-Marthaler (wie Anm. 75), S. 218.
- 80 Vgl. hierzu im einzelnen HLAWITSCHKA, Eduard: Nachfolgeprojekte aus der Spätzeit Kaiser Karls III, in: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 34 (1978). S. 19–50.
- 81 Flodoard von Reims. Die Geschichte der Reimser Kirche (MGH SS XXXVI). Hrsg. v. Martina STRATMANN. Hannover 1998. S. 327. Vgl. hierzu auch HLAWITSCHKA, Eduard: Lotharingen und das Reich an der Schwelle der deutschen Geschichte (Schriften der MGH 21). Stuttgart 1968. S. 234, Anm. 34.
- 82 Annales Fuldenses sive Annales regni Francorum orientalis (MGH SS rer. Germ. VII). Hrsg. v. Friedrich KURZE. Hannover 1891. S. 103.
- 83 Vgl. EWIG, Eugen: Kaiser Lothars Urenkel, Ludwig von Vienne, der präsumtive Nachfolger Kaiser Karls III, in: Böhner, Kurt (Hg.): Das erste Jahrtausend. Kultur und Kunst im werdenden Abendland an Rhein und Ruhr. Textband I. Düsseldorf 1962. S. 336–343.
- 84 Vgl. KELLER, Hagen: Zum Sturz Karls III. Über die Rolle Liutwards von Vercelli und Liutberts von Mainz, Arnulfs von Kärnten und der ostfränkischen Großen bei der Absetzung des Kaisers, in: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 22 (1966). S. 333–384 sowie HLAWITSCHKA (wie Anm. 81), S. 26ff.
- 85 Vgl. LÖWE, Heinz: Das Karlsbuch Notkers von St. Gallen und sein zeitgeschichtlicher Hintergrund. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 20 (1970). S. 285f.
- 86 Astronomus. Vita Hludowici imperatoris (MGH SS rer. Germ. LXIV). Hrsg. und übers. v. Ernst TREMP. Hannover 1995. S. 526.
- 87 Vgl. BOSCHOF, Egon: Ludwig der Fromme (Gestalten des Mittelalters und der Renaissance). Darmstadt 1996. S. 235f.
- 88 Annales Fuldenses (Contin. Ratisbon.), S. 115.
- 89 Ebd.
- 90 Vgl. FLECKENSTEIN, Josef: Die Hofkapelle der deutschen Könige. 1. Teil. Grundlegung. Die karolingische Hofkapelle (Schriften der MGH 161). Stuttgart 1959. S. 199ff.
- 91 MGH DA, Nr. 11.
- 92 MGH D KIII, Nr. 38.
- 93 Vgl. Borgolte (wie Anm. 28), S. 43ff.
- 94 Wartmann UB Sanct Gallen II, Nr. 680.
- 95 Der Memorial- und Liturgiecodex von San Salvatore/Santa Giulia in Brescia (MGH Libri memoriales et necrologia N.S. IV). Hrsg. v. Dieter GEUENICH und Uwe LUDWIG. Hannover 2000. S. 143. Vgl. hierzu auch BECHER, Hartmut: Das königliche Frauenkloster San Salvatore/Santa Giulia in Brescia im Spiegel seiner Memorialüberlieferung, in: FMSt 17 (1983). S. 374f. sowie Ludwig (wie Anm. 64), S. 61.
- 96 Vgl. dens.: Zur Chronologie der Nameneinträge, in: Der Memorial- und Liturgiecodex von San Salvatore/ Santa Giulia in Brescia (MGH Libri memoriales et necrologia N.S. IV). Hrsg. v. dens. und Dieter Geuenich. Hannover 2000. S. 110.
- 97 Vgl. zum folgenden auch HIRSCH, Paul: Die Erhebung Berengars I. von Friaul zum König in Italien. Straßburg 1910. S. 168ff. sowie HLAWITSCHKA, Eduard: Franken, Alemannen, Bayern und Burgunder in Oberitalien (774–962) (Forschungen zur oberbayerischen Landesgeschichte VIII). Freiburg 1960. S. 76ff.
- 98 Die Regesten des Kaiserreichs unter den Karolingern 751–918 (926/62). Bd. 3. Die Regesten des Regnum Italiae und der burgundischen Regna, Teil 2. Das Regnum Italiae in der Zeit der Thronkämpfe und der Reichsteilungen 888 (850)–926). Bearb. v. Herbert ZIELINSKI. Köln/Weimar/Wien 1998. Nr. 868, Nr. 871 und Nr. 872.
- 99 Ebd., Nr. 874.
- 100 Ebd., Nr. 876.

- 101 Vgl. hierzu auch SCHIEFFER, Rudolf: Karl III. und Arnolf, in: Schnith, Karl Rudolf und Pauler, Roland (Hg.): Festschrift für Eduard Hlawitschka zum 65. Geburtstag (Münchener Historische Studien, Abteilung Mittelalterliche Geschichte 5). Kallmünz 1993. S. 142f. sowie Brunner, Karl: Oppositionelle Gruppen im Karolingerreich (Veröffentlichungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung XXV). Wien/Köln/Graz 1979. S. 158f.
- 102 MGH D LdK, Nr. 20. Vgl. hierzu auch Wiech, Martina: Das Amt des Abtes im Konflikt. Studien zu den Auseinandersetzungen um Äbte früh- und hochmittelalterlicher Klöster unter besonderer Berücksichtigung des Bodenseegebiets (Bonner Historische Forschungen 59). Siegburg 1999. S. 161ff.
- 103 Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 679.
- 104 Ebd., Nr. 677.
- 105 Vgl. ZELLER, Ulrich: Bischof Salomo III. von Konstanz, Abt von St. Gallen (Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance 10). Leipzig/Berlin 1910. S. 48f.
- 106 Vgl. hierzu auch Krah, Adelheid: Absetzungsverfahren als Spiegelbild von Königsmacht. Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Königtum und Adel im Karolingerreich und seinen Nachfolgestaaten (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte N.F. 26). Aalen 1987. S. 210f.
- 107 MGH DA, Nr. 81.
- 108 Annales Fuldenses (Contin. Ratisbon.), S. 119.
- 109 Annales Laureshamenses, Alamannici, Guelferbytani et Nazariani (MGH SS I). Hrsg. v. Georg Heinrich PERTZ. Hannover 1826. S. 52.
- 110 Cosmidromius Gobelini Person (Veröffentlichungen der historischen Kommission der Provinz Westfalen). Hrsg. v. Max JANSEN. Münster 1900. S. 20f. Vgl. hierzu auch Kehr, Paul: Ein verschollenes karolingisches Annalenwerk, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 28 (1903). S. 330f.
- 111 Althoff (wie Anm. 2), S. 53.
- 112 Ebd., S. 101.
- 113 Vgl. zum Schema der *editio* jetzt auch BECHER, Matthias: »Cum lacrimis et gemitu«. Vom Weinen der Sieger und Besiegten im frühen und hohen Mittelalter, in: Althoff, G. (Hg.): Formen und Funktionen öffentlicher Kommunikation im Mittelalter (Vorträge und Forschungen LI). Stuttgart 2001. S. 30ff. sowie SCHREINER, Klaus: »Nudis pedibus«. Barfüßigkeit als religiöses und politisches Ritual, in: ebd. S. 111ff.
- 114 Vgl. ALTHOFF, Gerd: Genugtuung (*satisfactio*). Zur Eigenart göttlicher Konfliktbeilegung im Mittelalter, in: Heinze, Joachim (Hg.): Modernes Mittelalter. Neue Bilder einer populären Epoche. Frankfurt am Main/Leipzig 1994. S. 250f. sowie KAMP, Hermann: Friedensstifter und Vermittler im Mittelalter (Symbolische Kommunikation in der Vormoderne. Studien zur Geschichte, Literatur und Kunst). Darmstadt 2001. S. 110ff.
- 115 MGH D LdK, Nr. 34.
- 116 MGH DA, Nr. 81: *Postea quoque idem venerabilis ac fidelis abba noster aures serenitatis nostre precatus est, quatenus supra dictas res prelibato Odalrico uxori suae denuo in proprium concederemus.*
- 117 MGH DA, Nr. 81.
- 118 Annales Alamannici, S. 52.
- 119 Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 680.
- 120 Zum Ausdruck bringt diesen Sachverhalt etwa der unabhängig von der Amtswaltung Udalrichs (V) geführte comes-Titel, der sich offenbar auf die dem Monasterium Aadorf tradierten Güter bezog. Vgl. hierzu allgemein auch HALBWACHS, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Berlin/Neuwied 1966. S. 301.
- 121 Wartmann, UB Sanct Gallen II, Nr. 680. Vgl. zur Datierung Borgolte (wie Anm. 26), S. 437; anders Krah (wie Anm. 106), S. 210.
- 122 Vgl. Borgolte (wie Anm. 15), S. 195.
- 123 MGH DD KIII, Nr. 164–169.
- 124 Zur Bedeutung etwa der Pfalz Bodmann vgl. MAURER, Helmut: Der Herzog von Schwaben. Grundlagen, Wirkungen und Wesen seiner Herrschaft in ottonischer, salischer und staufischer Zeit. Sigmaringen 1978. S. 33ff. sowie allgemein ZOTZ, Thomas: Art. »Pfalz, Palast«, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. VI. München/Zürich 1993. Sp. 1994f. Zu den alemannischen *curtes regiae* vgl. FLECKENSTEIN, Josef: Über Pfalzen und Königshöfe im karolingischen Alemannien, in: Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde in Baden-Württemberg. Stuttgart 1979. S. 106ff.
- 125 MGH DA, Nr. 111.
- 126 Vgl. ZOTZ, Thomas: Grundlagen und Zentren der Königsherrschaft im deutschen Südwesten in karolingischer und ottonischer Zeit, in: Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends in Südwestdeutschland (Archäologie und Geschichte 1). Sigmaringen 1990. S. 285ff. sowie jüngst ZETTLER, Alfons: Der Zusammenhang des Raumes beiderseits der Alpen in karolingischer Zeit. Amtsträger, Klöster und die Herrschaft Karls III., in: Maurer, Helmut, Schwarzmaier, Hansmartin und Zotz, Thomas (Hg.): Schwaben und Italien im Hochmittelalter (Vorträge und Forschungen LII). Stuttgart 2001. S. 26ff.
- 127 Vgl. hierzu RICHÉ, Pierre: Trésors et Collections d'aristocrates laïcs carolingiens, in: Cahiers archéologiques 22 (1972). S. 39–46, SCHRÄMM, Percy Ernst: Herrschaftszeichen: gestiftet, verschenkt, verkauft, verpfändet (Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen I. phil.-hist. Klasse Nr. 5). Göttingen 1957. S. 206ff. sowie FICHTEAU, Heinrich: Lebensordnungen des 10. Jahrhunderts. Studien über Denkart und Existenz im einstigen Karolingerreich (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 30/I). Stuttgart 1984. S. 92ff.
- 128 Vgl. Borgolte (wie Anm. 9), S. 598.
- 129 Vgl. Moraw (wie Anm. 68), S. 16ff.
- 130 Necrologia Germaniae. Diocesis Augustensis, Constantiensis, Curiensis (MGH Ant. I). Hrsg. v. Franz Ludwig BAUMANN. Berlin 1888. S. 471.

Stefan Sonderegger

DIE VORGESCHICHTE DER APPENZELLER KRIEGE 1403 UND 1405

Zur Rolle der Städte und ihrer Bündnisse¹

Die Appenzeller Freiheitskriege werden oft mit den Eidgenössischen Befreiungskriegen in Verbindung gebracht. Es werden Parallelen gezogen zwischen den von Kraft, Ehre und Tapferkeit geprägten »Urschweizern« und den Appenzellern, die sich von den vermeintlich bösen Vögten bzw. vom bösen Abt und den Österreichern befreit haben sollen. Der eidgenössischen Freiheitsfigur Wilhelm Tell steht auf appenzellischer Seite Ueli Rotach gegenüber, der angeblich im heldenhaften Kampf sein Leben gelassen hat. Stellvertretend für andere sei das folgende Zitat aus dem Buch mit dem Titel »Die Schweizerschlachten« von Hans Rudolf Kurz zitiert: »Das heisse Streben, sich von der Macht der Fürsten zu befreien und selbst ihre Geschicke zu lenken, das im 14. Jahrhundert Sinn und Handeln der Länder und Städte der Acht Eidgenössischen Orte bestimmte und das in ihren Befreiungskriegen zur gewaltsamen Entscheidung drängte, führte auch im Ländchen Appenzell zur blutigen Auseinandersetzung mit dem Fürstabt von St. Gallen.[...] Die im selben Geist errungenen Siege von Morgarten, Sempach und Näfels gaben dem Freiheitsstreben der Appenzeller mächtigen Ansporn. [...] In einer erstaunlichen inneren und äusseren Gleichheit hat sich in den beiden Appenzeller Schlachten der Freiheitskampf der Waldstätter und Glarner wiederholt. Hier wie dort steht ein vom Freiheitsstreben erfülltes Volk gegen seine Unterdrücker auf und wählt lieber den Tod in der Schlacht als das Fortdauern der unerträglichen Herrschaft.«²

DIE DAMALIGEN POLITISCHEN UMSTÄNDE

Diese Sichtweise ist stark geprägt von der Nationalgeschichtsschreibung und zu wenig differenziert. Allein die Tatsache, dass rund hundert Jahre zwischen diesen Ereignissen liegen, lässt erahnen, dass die Umstände anders waren. Zur Zeit der Appenzeller Kriege, also Ende des 14. und zu Beginn des 15. Jahrhunderts haben die Städte an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen und sind nebst den weltlichen und geistlichen Herrschaften zu bestimmenden

Machtfaktoren geworden. Das war im 13. Jahrhundert noch nicht oder nicht so ausgeprägt der Fall. Die Verhältnisse in der Innerschweiz Ende des 13. Jahrhunderts unterscheiden sich von jenen in der Nordostschweiz Ende des 14. bzw. zu Beginn des 15. Jahrhunderts. Es empfiehlt sich daher, die Appenzeller Kriege mit Distanz zu Geschichte und Geschichten der frühen Eidgenossenschaft zu betrachten.

Konflikte haben eine Vorgeschichte, so auch im Fall der Appenzeller Kriege. Um einigermaßen verstehen zu können, wie es zu den Schlachten an der Vögelinsegg 1403 und zu jener am Stoss 1405 kam, muss vorweg nach den Gründen, die dazu führten, gefragt werden.

In der Wahrnehmung der Einheimischen gilt die Schlacht am Stoss als Glanzstück der Appenzeller Vorfahren. Jene an der Vögelinsegg hingegen wird intuitiv mit St.Gallen in Verbindung gebracht. Ob das allein schon ihren Glanz mindert, sei dahingestellt; viel wichtiger ist, dass der Blick auf beide Beteiligten gerichtet wird. Die Appenzeller Kriege müssen nämlich aus der engen Verflechtung zwischen dem heutigen Appenzellerland und der Stadt St.Gallen beurteilt werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sie der gleichen Herrschaft, nämlich dem Kloster St.Gallen, angehörten und dass sie in die Städtelandschaft des Bodenseegebietes eingebettet waren. In diesem Aufsatz geht es darum, dies aufzuzeigen. Hierzu ist es notwendig, zuerst die politischen und wirtschaftlichen Zustände des 14. Jahrhunderts im Untersuchungsgebiet darzustellen. Das bedingt, nicht nur das Verhältnis zwischen dem Kloster und dem Appenzellerland, sondern auch das zwischen dem Kloster und der Stadt St.Gallen sowie jenes zwischen der Stadt und dem nahen Appenzellerland zu untersuchen. Wo bestehen Gegensätze, wo sind gemeinsame Interessen ausfindig zu machen? Was trug St.Gallen zu diesem Konflikt bei, der begrifflich (»Appenzeller Freiheitskriege«), wie noch gezeigt wird, zu einseitig nur mit den Appenzellern in Verbindung gebracht wird?

Der Blick muss zudem über St.Gallen und das Appenzellerland hinaus gerichtet werden. Die Nordostschweiz war bis zum Ende des Mittelalters eng verbunden mit den Städten und Landschaften um den Bodensee. Es ist deshalb auch nach dem Einfluss benachbarter Städte sowie von Städtebündnissen auf die Entwicklungen in der Stadt St.Gallen und im Appenzellerland zu fragen, die mitunter zu den Kriegen 1403 und 1405 führten. Dabei interessiert insbesondere die Frage, seit wann im Gebiet des heutigen Appenzellerlandes Spuren einer rechtlichen und politischen Verfassung fassbar werden – Spuren eines »Landes Appenzell«, das sich gegen die Herrschaft hätte erhoben haben können.

DIE HERRSCHAFTLICHEN ZUSTÄNDE

Die für das heutige Appenzellerland, für weite Teile der heutigen Kantone St.Gallen und Thurgau sowie für Gebiete Süddeutschlands und Vorarlbergs bestimmende Herrschaft war

das Kloster St.Gallen. Das Appenzellerland und die Stadt St.Gallen gehörten zum Kerngebiet der Abtei St.Gallen im 13. Jahrhundert.³ In der Kapitelseinteilung des Klosters stehen sie an erster Stelle. Die Orte Appenzell, Hundwil, Teufen, Wittenbach, Engetschwil bei Gossau und Rotmonten gehörten zur äbtischen Vogtei St.Gallen. Dieser Teil des Herrschaftsgebietes war von daher gesehen wohl enger mit der »Zentrale«, dem Kloster, verbunden als andere Gebiete weiter weg.

Die Erwähnung appenzellischer Örtlichkeiten in den Urkunden des Klosters St.Gallen belegen, dass das Appenzellerland schon früh zum Einflussbereich des Klosters gehörte, die Besiedlung womöglich durch das Kloster gefördert wurde. Ein Hinweis darauf ist der Name Appenzell selber. Die früheste Erwähnung des Ortes Appenzell zeigt die enge Verbindung zum Kloster. Abt Norbert von St.Gallen stattete 1071 die von ihm gegründete und vom Churer Bischof geweihte Kirche Appenzell aus. Neben Alpen des Alpsteins wird die Kirche *Abbacella*, also *abbatis cella*, genannt. Diese *cella* des Abtes ist das Zentrum der klösterlichen Verwaltung in diesem Teil des äbtischen Herrschaftsgebiets.⁴

Die enge Verflechtung von Kloster und Stadt St.Gallen hingegen ergibt sich schon aus den örtlichen Gegebenheiten. Die Stadt St.Gallen gehört zu jenen Siedlungen, die um ein geistliches Zentrum gewachsen sind. Die ältesten Teile der Stadt grenzen unmittelbar an das ehemalige Kloster an. Das im frühen Mittelalter zu einem geistigen und kulturellen Zentrum herangewachsene Benediktinerkloster verlieh der Region auch wirtschaftliche Impulse: östlich, nördlich und westlich davon wuchs eine weltliche Siedlung heran, die im Spätmittelalter mit ihren 3000 bis 4000 Einwohnern zwar nur eine mittelgrosse Stadt bildete, ab der Mitte des 15. Jahrhunderts aber zum Textilproduktions- und handelszentrum in der Region Bodensee wurde. St.Gallen hatte Konstanz den ersten Rang abgelassen und konnte ihn über Jahrhunderte erfolgreich behaupten. Zudem erfüllte St.Gallen mit seinem Markt und seinen Institutionen wie dem städtischen Spital mit wirtschaftlichen Aufgaben zentralörtliche Funktionen. Landwirtschaftliche Güter des Umlands wurden auf dem Markt verkauft oder direkt in der Stadt umgesetzt. Umgekehrt diente das städtische Handwerk der Versorgung der Landschaft mit gewerblichen oder Import-Produkten.

Bis zur Anerkennung der Unabhängigkeit gegenüber der Abtei durch eidgenössische Schiedssprüche 1457 gehörte die Stadt in das klösterliche Herrschaftsgebiet.⁵ De facto war sie aber bereits früher mit Freiheiten ausgestattet, die ihr einen hohen Grad an Unabhängigkeit und Selbstverwaltung gewährten. Im 14. Jahrhundert gelang es der Stadt, sich weitgehend vom Kloster zu emanzipieren. Stadt und Land standen in engem wirtschaftlichem Kontakt miteinander, so auch St.Gallen und das Appenzellerland als Teil des städtischen Umlandes. Zudem waren viele Stadtbürger und auch das städtische Spital Besitzer von abgabepflichtigen Gütern.⁶

Diese über Jahrhunderte gewachsene enge Verflechtung von Stadt und Landschaft gilt es bei der Aufarbeitung der Vorgeschichte der Appenzeller Kriege zu berücksichtigen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf das 14. Jahrhundert zu richten. In der Stadt St.Gallen wer-

den Organe der Selbstverwaltung geschaffen oder treten in jener Zeit klar zum Vorschein. Sie sind der Beweis für grosse Handlungsfreiheiten gegenüber dem Kloster, Stationen auf dem Weg der Loslösung aus der herrschaftlichen Abhängigkeit. Schriftlich festgehaltene Zeugnisse städtischer Selbstverwaltung reichen zurück ins 13. Jahrhundert. Dazu gehören die Handfesten von 1272 bzw. 1273⁷ und 1291⁸, eine Art von Stadtverfassung. In der Urkunde von 1291 wird der Begriff Bürger der Stadt St.Gallen verwendet, was bereits im königlichen Freiheitsbrief von 1281 der Fall ist.⁹

Das älteste bekannte Stadtsiegel geht auf 1294 zurück. Vielleicht gab es bereits damals ein Gremium im Sinne eines städtischen Rats, erwähnt wird er erst in einer Urkunde vom 14. Mai 1312, in welcher sich die Städte Konstanz, Zürich, St.Gallen und Schaffhausen auf Geheiss des Königs für vier Jahre verbündeten. Dass ausgerechnet in einer Bündnisurkunde ein Rat erwähnt wird, erstaunt nicht, weil die städtischen Räte jene Organe waren, welche als Vertreter der Stadt gegen aussen und somit als Ansprechorgane auftraten.¹⁰

Daneben haben Räte die städtische Rechtsentwicklung geprägt; von ihnen wurden Gesetzgebungen eingeleitet und begleitet. Der Kontakt mit den anderen Städten, gewissermassen St.Gallens Aussenbeziehungen in der seit 1312 nachweisbaren Bündnispolitik, war anscheinend befruchtend. Die ältesten Satzungen im ersten erhaltenen Stadtsatzungsbuch gehen nämlich auf diese Zeit zurück. Die ersten Einträge gehören nach Magdalen Bless-Grabher zu einer Familie analoger »Richtebriefe« der Städte Zürich, Konstanz und Schaffhausen.¹¹ Das ist plausibel, denn es waren ja dieselben Städte, welche am 24. Mai 1312 mit St.Gallen ein Bündnis schlossen, also Kontakte untereinander pflegten.¹²

Das Stadtsatzungsbuch dokumentiert am besten die eigenständige, von der Abtei losgelöste gesetzgeberische Tätigkeit sowie die Entwicklung der Verwaltung. Abrechnungen für Steuern, für Ungeld, für städtische Bauten usw. zeigen, dass sich langsam feste Zuständigkeiten ausbildeten. Nach 1400 wurde dann eine separate, von der Art her amtsbezogene Buchführung angelegt. Zum ältesten überlieferten Verwaltungsschriftgut der Stadt gehören die Steuer- und Seckelamtsbücher (1402 und 1401), die Bauamtsrechnungen (1419) und die Jahrrechnungen (1425).¹³

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Stadt im Laufe des 14. Jahrhunderts ihre politischen, rechtlichen und Verwaltungsstrukturen stark entwickeln konnte. Dadurch konnte sich St.Gallen weitgehende Freiheiten gegenüber seiner Herrschaft, dem im Vergleich dazu in jener Zeit eher schwach wirkenden Kloster St.Gallen¹⁴, aneignen. Das waren gute Voraussetzungen für die Erlangung der Selbständigkeit.

ST.GALLEN UND KONSTANZ

St.Gallen war kein Einzel- oder gar Sonderfall, die Stadt folgte einer überregionalen Entwicklung. Im Laufe des Hoch- und Spätmittelalters konnten sich viele Städte gegenüber ihren Herren weitgehend verselbständigen. Die Städte wuchsen und gewannen als wirtschaftliche Zentren an Bedeutung. Ihre Märkte und der von Städtern getragene Handel verlieh ihnen zunehmend die Bedeutung eines Orts des Austausches zwischen der Stadt und der Landschaft. Die »Städtelandschaft« der Bodenseeregion hatte sich während des 11. und 12. Jahrhunderts prägend herausgebildet: Zu den aus Märkten oder weltlichen Siedlungen um Klöster wie St.Gallen herangewachsenen »alten« Städten Konstanz, St.Gallen, Lindau, Stein am Rhein und Schaffhausen kamen im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts Arbon, Bregenz, Friedrichshafen, Tett nang, Ravensburg, Markdorf, Pfullendorf, Meersburg, Überlingen und Diesenhofen dazu. Zu Reichsstädten mit besonderen Rechten des Königs oder Kaisers brachten es aber nur Konstanz, St.Gallen, Lindau, Ravensburg, Überlingen und Schaffhausen, und dies trotz zum Teil geistlicher Herrschaft über ihnen wie im Falle St.Gallens, wo der Abt bis ins 15. Jahrhundert auch über die Stadt die Herrschaft innehatte.¹⁵ Die spätmittelalterliche Städtelandschaft um den Bodensee war geprägt von bedeutenden und kleineren Städten bzw. Reichsstädten, die über Landfriedensverträge sowie Bündnisse und vielfältige andere Berührungspunkte vor allem im wirtschaftlichen Bereich miteinander in Kontakt standen. Das führte zu Parallelen in der rechtlichen und politischen Entwicklung.

Dass die ersten Einträge im St.Galler Stadtsatzungsbuch mit dem Bündnis der Städte Konstanz, Zürich, Schaffhausen und St.Gallen zusammenfallen, ist denn auch kein Zufall. Dies beweist, dass die Städte im Zusammenhang mit ihren Bündnissen und anderen Kontakten ihre Stadtrechte aufeinander abstimmten und dies Impulse auf ihre Gesetzgebungen auslöste.¹⁶ Das lässt sich am Beispiel der Kontakte zwischen Konstanz und St.Gallen zeigen.

Im Vordergrund zu St.Gallens Beziehungen mit den Städten um den See steht die Stadt Konstanz, der in manchen Belangen die Rolle eines Vorbilds zufiel. In der Gestaltung des Erb- und Leihrechts in der St.Galler Handfeste von 1272/73 bzw. 1291 beispielsweise wird explizit auf Konstanz Bezug genommen. Konstanzer Stadtrechtssätze des 13. Jahrhunderts sind wohl in die St.Galler Stadtsatzungen des 14. Jahrhunderts eingeflossen. Aus den achtziger Jahren des 13. Jahrhunderts datieren in Konstanz die ältesten Ratsgesetze für den Leinwandhandel. Der Konstanzer Richtebrief, eine Sammlung von Satzungen, entstand wohl um 1300.¹⁷ In der St.Galler Leinwandsatzung aus der Zeit vor 1364 wird auf das Konstanzer Vorbild Bezug genommen.¹⁸ Die entsprechenden Satzungen für Konstanz sind nicht erhalten.¹⁹ Im Leinwandgewerbe war Konstanz im 13., 14. und beginnenden 15. Jahrhundert die unbestrittene Führerin des Leinwandgebietes um den Bodensee gewesen. Noch in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts war der Ruf der Konstanzer Leinwand so gut, dass St.Galler Leinwand in Spanien unter der Bezeichnung *Constances* verkauft wurde.²⁰ Ab Mitte des 15. Jahrhunderts lief St.Gallen Konstanz jedoch den ersten Rang ab. Fortan war das wirtschaftliche Verhältnis zwischen diesen beiden Städten geprägt von Konkurrenz.

Es gab Familien, die sowohl in St.Gallen als auch in Konstanz das Bürgerrecht besaßen. Ein prominentes Beispiel sind die Blarer. Hier wie dort gehörten Mitglieder dieses weitverzweigten Geschlechts zu den politisch und gesellschaftlich Führenden.²¹

Um 1225 gründeten Ulrich Blarer und Heinrich von Bitzenhofen, zwei Konstanzer Bürger, das Heiliggeistspital, also das städtische Spital, Konstanz.²² Der gleiche Ulrich Blarer, diesmal als St.Galler Bürger ausgewiesen, gehörte drei Jahre später zu den Gründern des St.Galler Heiliggeistspitals.²³

Diese Beispiele lassen den Eindruck der Vorbildfunktion von Konstanz gegenüber St.Gallen entstehen. St.Gallen hat in der Entwicklung der Rechtsetzung, der Wirtschaft und wohl auch im Ausbau früher Verwaltungsstrukturen von Konstanz profitiert – und die »Zieh-mutter«, was das Leinengewerbe und den –handel angeht, schliesslich überflügelt. Losgelöst von der Frage der Vorrangstellung kann festgehalten werden, dass die Kontakte der Städte untereinander mithalfen, deren rechtliche und politische Verfassung auszubilden. Auf diese Weise wurden St.Gallen und mit ihm – wie weiter unten darzulegen ist – benachbarte appenzellische Gebiete im Loslösungsprozess vom Kloster unterstützt.

DIE STÄDTE ALS ORDNENDE MACHT

Diese auf direkten Beziehungen basierende Entwicklung wurde noch dadurch verstärkt, dass viele Städte um den See in ein gleichsam übergeordnetes System von Bündnissen eingebunden waren, dem sowohl St.Gallen als auch Konstanz schon früh angehörten und in das wenige Jahrzehnte vor den sogenannten Appenzeller Freiheitskriegen auch die Appenzeller aufgenommen wurden.

Als wichtigstes gemeinsames Ziel wird in den städtischen Bündnisurkunden die Erhaltung des Landfriedens angeführt, unter anderem aus wirtschaftlichen Interessen. Fehden sollten möglichst verhindert, Strassen und Handelswege kontrolliert und gegenseitige Hilfe bei der Verbrechensbekämpfung zugesichert werden. Weiter wirkten Städtebünde in Konflikten oft als Schiedsgerichte. Schliesslich ging es auch darum, den eigenen Einflussbereich zu vergrössern. Der Beitritt von immer mehr Städten zeigt den Erfolg; bei der Gründung des Schwäbischen Städtebundes waren es 14, am 20. Dezember 1377 bereits 27 Mitglieder.²⁴ Am grössten war der Schwäbische Städtebund im Jahre 1385 mit 40 Mitgliedern.²⁵

Am 26. September 1377 verbündeten sich die Landleute zu Appenzell, Hundwil, Urnäsch, Gais und Teufen mit 15 schwäbischen Reichsstädten, darunter mit St.Gallen. Diese lendlin, wie es in der Originalsprache heisst, waren die einzigen und ersten Nichtstädte, die dazu kamen. Dabei standen die nahe Stadt St.Gallen und via diese auch Konstanz Pate. Den Grund dafür sehe ich in der oben dargelegten engen Verflechtung zwischen der Stadt und diesem Teil der Landschaft bzw. im gemeinsamen Interesse, sich aus der Herrschaft des Klosters zu lösen. Wo liegen die Gründe dieser Loslösungsbestrebungen?

In der Literatur wird allgemein auf die Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen der Stadt St.Gallen und später auch von Wil, Wangen sowie Appenzell und Hundwil hingewiesen.²⁶ Der Kaiser musste gleich zu Beginn des Regierungsantritts von Abt Georg von Wildenstein (1360–1379) der Stadt St.Gallen befehlen, dem Abt gehorsam zu sein und das Kloster in seinen Rechten und Freiheiten nicht zu beeinträchtigen.²⁷ Auch mit Wangen gab es Streit wegen der Huldigung, der durch die Vermittlung von Konstanz, Überlingen, Lindau und St.Gallen beigelegt werden konnte.²⁸ Und am 10. Oktober 1367 mussten sich die Landleute der Ämter Appenzell und Hundwil verpflichten, sich zu Lebzeiten des Abtes Georg von Wildenstein mit niemandem zu verbünden.²⁹ Darin klare Hinweise auf eine äbtische Gewaltherrschaft, die einen Befreiungsakt provoziert hätte, zu sehen, greift jedoch zu weit.³⁰ Hinzu kommt, dass mit dem derzeitigen, zweifelsohne noch mangelhaften Wissensstand keine Be- weise dafür geliefert werden können, dass der Abt die Belastungen im Sinne von bäuerlichen Abgaben, die für den Einzelnen unmittelbar spürbar waren, erhöht hätte. Nachweise für eine Verdichtung der Herrschaft können, was diesen Bereich von Herrschaftsrechten angeht, nicht geliefert werden. Allerdings muss hier betont werden, dass in dieser Frage alle verfügbaren Quellen einmal genau geprüft werden müssten. Nebst den Urkunden sollten vor allem die Rödel und Urbare untersucht werden. Diese Arbeit kann nur im Rahmen einer Spezialunter- suchung geleistet werden, da die Bearbeitung und Auswertung dieser zum Teil nicht einmal datierten Wirtschaftsquellen besondere Kenntnisse voraussetzen.³¹

Hinweise in Richtung Verdichtung der Herrschaft des Klosters vermag ich dennoch zu erken- nen. Sie treffen sich mit einem der zentralen Anliegen der Städtebündnisse. Einer der wich- tigsten Gründe für die Bildung von Städtebünden war der Kampf der Städte gegen Verpfän- dungen durch ihre Herrschaft. In dieser Sache wurde sogar an den König gelangt, wie dessen Freiheitsbrief von 1281 zeigt. Darin findet sich die Bestimmung, die Stadt St.Gallen dürfe vom Abt nicht verpfändet werden. Aber nicht nur die Stadt, sondern auch Teile der appenzellischen Landschaft wurden während des 14. Jahrhunderts verpfändet und ausgelöst.³² Dass die Betrof- fenen sich dagegen wehrten, wird vor dem Hintergrund der Bedeutung des mittelalterlichen Pfands verständlich: Im Mittelalter wurden Herrschaftsrechte verpfändet.³³ Dies drückt ein Herrschaftsverständnis aus, das dem Herrn als Verpfänder ein weitgehendes Verfügungsrecht über die Rechte zugesteht. Verpfändungen und deren Auslösung wurden im 13. und massiv im 14. Jahrhundert von Landesherren in der Territorialpolitik eingesetzt.

Weil durch die Pfandlösung eine Sache oder ein Recht von der Herrschaft jederzeit wie- der zurückgekauft werden konnte, stellt die Verpfändung aus der Sicht der Herrschaft zwar keine Entfremdung der Herrschaftsrechte dar, sondern eine befristete Herrschaftsdelegation. Trotzdem wird der Pfandnehmer – in unserem Fall der Abt von St.Gallen – handfeste Interes- sen verfolgt haben. Durch den Erwerb der Vogteirechte gelangte die Abtei St.Gallen 1345 in den Besitz eines wichtigen Herrschaftsinstruments; das Kloster St.Gallen strebte dadurch wohl die Landesherrschaft über die Appenzeller Orte an.³⁴

Zudem liess sich ein Pfand über die Pfandsumme hinaus mehrbelasten. Während das für den Pfandnehmer interessant sein konnte, hatten die Betroffenen wohl früher oder später die Mehrbelastung der Verpfändung zu tragen. Dagegen wehrten sich die Städte mit ihren Zusammenschlüssen und mit ihnen die appenzellischen Orte, welche als Pfandobjekte beispielsweise die Abgaben der Reichsvogtei zu zahlen hatten. Letzteres zeigt der Umstand, dass der Abt, nachdem er am 1. Mai 1345 vom Kaiser die Vogtei zu Appenzell, Hundwil und Teufen verpfändet bekommen hatte, am 23. Juni desselben Jahres den ihm vom Reich verpfändeten Leuten versprechen musste, sie bei den bisherigen Steuern, Diensten und Rechten zu belassen.³⁵ Dasselbe hatte ihnen ein Jahr später Ulrich von Enne, Pfleger, Propst und Portner von St.Gallen, zu garantieren³⁶ und nochmals 1360, im Jahr des Amtsantritts von Abt Georg von Wildenstein, der Pfleger Albrecht von Zimmern.³⁷ Die Gefahr der Mehrbelastung beim Wechsel eines Pfandnehmers oder bei einem neuen Herren-Amtsantritt bestand also. Solche Wechsel bedeuteten Situationen der Unsicherheit und der Angst auf Seiten der Verpfändeten. Denn Pfandnehmer hatten in das Pfand Anstrengungen und Geld investiert und wollten daher die Pfandherrschaft möglichst gewinnbringend nutzen oder ihre Ausgaben ausgleichen. Es musste nicht zwangsläufig zu Abgabenerhöhungen kommen, aber allein der Umstand, dass der neue Pfandherr die bisherigen Abgaben womöglich konsequent einforderte, konnte empfindlich spürbar werden,³⁸ wie das folgende Beispiel zeigt: Kaiser Ludwig der Bayer verpfändete am 11. Juni 1334 an Arnold von Bürglen einen jährlichen Zins aus der Steuer von Appenzell und Hundwil und allen zur Vogtei St.Gallen gehörenden Ämtern. Zahlten diese nicht bis auf den festgesetzten Tag, so war Arnold vom Kaiser aus berechtigt, *alle die angriffen vnd benöten, die in die vorgeantanten telre vnd ampter gehören*.³⁹

Die zahlreichen Verpfändungen bzw. Auslösungen im Zusammenhang mit Appenzell lassen den Eindruck entstehen, sie hätten erst seit der Regierungszeit Hermanns von Bonstetten (1333–1360) der Herrschaftsverdichtung gedient. Dieser Eindruck wird bestätigt durch die allgemeine Tendenz in der Abtei St.Gallen. In der Zeit Abt Georgs von Wildenstein (1360–1379) stehen einer Verpfändung über ein Dutzend Auslösungen versetzter Güter gegenüber.⁴⁰ Anhand der Auslösung von Verpfändungen durch die Abtei kann also eine Herrschaftsverdichtung festgestellt werden, die sich im Falle der Appenzeller Orte vor allem auf die mit der Vogtei verbundenen Rechte der Herrschaft erstreckte. Gegen die Verpfändungen wehrten sich die Stadt St.Gallen und die Appenzeller lendlin. Diese Haltung deckt sich mit einem der ersten Anliegen des Städtebunds, in dem sich St.Gallen und die Appenzeller befanden und von dem sie Schützenhilfe erwarteten. Ihr Widerstand richtete sich gegen den gemeinsamen Herrn, den Abt von St.Gallen, an den seit 1345 durch Verpfändung die Reichsvogtei in der appenzellischen Landschaft fiel.

UNTER DER OBHUT VON ST.GALLEN UND KONSTANZ

Die Bedingungen im Zusammenhang mit der Aufnahme der appenzellischen Ländlein wurden in einer separaten Urkunde vom 22. Mai 1378 geregelt. Sie lassen vorsichtige Schlüsse über die Verfassungszustände zu.

Den vier Ländlein Appenzell, Hundwil, Urnäsch und Teufen sollten Konstanz und St.Gallen beistehen und sie an den Zusammenkünften vertreten. Die Appenzeller wurden demnach unter die Obhut von St.Gallen und Konstanz gestellt. St.Gallen und Konstanz hatten zudem dafür zu sorgen, dass die Ländlein etwa dreizehn Männer wählten, welche die Geschäfte erledigten und verhandelten. Diese hatten auch dafür zu sorgen, dass die *gewonliche stur* ausgerichtet wurde. Dabei handelte es sich wohl um eine Abgabe zugunsten des Städtebundes zur Deckung von Unkosten.⁴¹ Weiter sollten die dreizehn Vertreter bei Hilfeleistungsforderungen des Bundes auf eine ausgeglichene Lastenverteilung achten. Zudem hatten sie bei Bedarf für Geheimhaltung zu sorgen. Die dreizehn Vertreter konnten jährlich gewechselt oder im Amt belassen werden. Soweit die urkundlichen Bestimmungen zwischen den Ländlein und dem Städtebund.

Im zweiten Teil dieser Urkunde verpflichteten die Städte die appenzellischen Ländlein, die Steuer, die sie *von alter* schuldig waren, zu leisten. Wahrscheinlich war damit die Steuer für die Reichsvogtei an den Abt gemeint. Den herrschaftlichen Verpflichtungen hatten sie also weiterhin nachzukommen, gegen Erhöhungen hingegen und gegen Angriffe sollten sie sich wehren dürfen. Waren sie dazu nicht genügend in der Lage, sollten sie bei Konstanz und St.Gallen Rat und Hilfe holen. Wären aber auch jene überfordert, so sollten Konstanz und St.Gallen beim Städtebund um Hilfe nachsuchen. Konstanz und St.Gallen wurden als »Schutzmächte« mit umfänglichen Handlungskompetenzen des Städtebundes ausgestattet und von diesem auch gedeckt.

Der Städtebund definierte in dieser Urkunde unmissverständlich die Voraussetzungen, welche die neu Aufzunehmenden erfüllen mussten. Dabei orientierte er sich an seinen Massstäben, was die Forderung nach einem Gremium von dreizehn Männern zeigt. In den Städten waren es die Räte, welche die Stadt gegen innen und aussen vertraten. Diese oder besser gesagt Delegationen von ihnen, waren die Ansprechpartner auf den Zusammenkünften der verbündeten Städte. Sie hatten auch dafür zu sorgen, dass Beschlossenes weitergeleitet wurde. Sie waren das Bindeglied zwischen dem jeweiligen einzelnen Bundesmitglied und dem Städtebund als Gremium. An die dreizehn zu Wählenden erhoben die Städte wohl die Erwartung, die sie an die Stadträte stellten. Da diese dreizehn Vertreter explizit auf Wunsch des Städtebundes bestellt werden sollten, ist zu vermuten, die Appenzeller hätten noch über kein ratsähnliches Gremium verfügt. Die erwartete Funktion ist denn auch in erster Linie eng im Zusammenhang mit Bundesangelegenheiten zu sehen. Jedenfalls kann ich darin noch keinen Landsrat im Sinne eines gemeinsamen Selbstverwaltungsorgans der Gemeinden, gewissermassen einen Rat des Landes Appenzell, erkennen. Die erste Erwähnung von Räten zu Appenzell fällt in das Jahr 1402.⁴²

Auch die in den Urkunden verwendeten Begriffe wie Tal, Amt, Ländlein oder Land können nicht als Beweise einer bereits bestehenden politischen und rechtlichen Einheit angenommen werden. Es sind keine klaren inhaltlichen Zuweisungen möglich; für das Gleiche wurden in den Urkunden verschiedene Begriffe verwendet. In Bezug auf die Verwendung des Begriffs »Appenzell das Land« in den Bündnisurkunden nach der Aufnahme der Appenzeller könnte es ähnlich wie im Fall des dreizehnköpfigen Gremiums sein: Der Städtebund nahm sich selber als Zusammenschluss von einzelnen Gemeinwesen wahr, deren rechtliche und politische Organe in den meisten Fällen wohl bereits weit ausgebildet waren. Das entspricht der Verfassungsentwicklung der Städte im 14. Jahrhundert, aber wohl kaum jener auf dem Land. Dass in den Bündnisurkunden nebst dem Begriff »Stadt« nun das »Land Appenzell« verwendet wird, sagt noch nichts aus über die innere Verwaltungsorganisation des damit bezeichneten Gebiets. Es drückt lediglich aus, dass die Städte dieses ländliche Gebiet, wie sich selber, als Teilelement eines grösseren Ganzen verstanden.

Vor dem Hintergrund des Gesagten komme ich zu folgendem Schluss: Für die Zeit vor der Aufnahme in den Schwäbischen Bund sind kaum Spuren eines »Landes Appenzell« mit Organen einer politischen und rechtlichen Verfassung zu erkennen. Hingegen scheint der Kontakt mit der Stadt St.Gallen, deren Verfassung sich seit der Mitte des 14. Jahrhunderts stark ausbildete, befruchtend gewesen zu sein. Über St.Gallen und Konstanz liefen auch die Kontakte zum Städtebund. Wie Konstanz für St.Gallen könnte St.Gallen für die appenzellische Landschaft Vorbild gewesen sein. Die Aufnahme in den Städtebund setzte nun eine Entwicklung in Gang: Die Städte verlangten die Erhebung eines dreizehnköpfigen Gremiums, das sowohl gegen aussen – also im Kontakt mit ihnen – als auch gegen innen handlungs- und beschlussfähig sein sollte. Das sind Aufgaben, die andernorts von Räten wahrgenommen wurden. Was sich hier präsentiert, sind erst die Anfänge einer verfassungsmässigen Entwicklung des Appenzellerlandes und nicht bereits bestehende Strukturen. St.Gallen und der Schwäbische Städtebund sind gewissermassen die Geburtshelfer.

Das Gesagte wird durch folgende, im Zusammenhang mit der Urkundenbearbeitung im Projekt Chartularium Sangallense gemachte Entdeckung bestätigt: Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München liegen zwei Originale des am 4. Juli 1379 geschlossenen Bündnisses der 32 Reichsstädte, darunter St.Gallen und Wil, sowie des Landes Appenzell mit den Herzögen von Bayern, Pfalzgrafen bei Rhein, und den Markgrafen von Baden.⁴³ Daran hängt das äl-



Das älteste Siegel des Landes Appenzell hängt an den im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München liegenden Städtebunds-urkunden vom 4. Juli 1379 und trägt die Umschrift S(IGILLUM) COMUNITATIS IN ABBATISCELLA.



Am 26. September 1377 verbündeten sich die lendlin Appenzell, Hundwil, Urnäsch, Gais und Teufen mit 15 schwäbischen Reichsstädten, darunter mit St.Gallen. Die Urkunde befindet sich im Stadtarchiv der Ortsbürgergemeinde St.Gallen.

teste Siegel Appenzells mit der Umschrift S(IGILLUM) COMUNITATIS IN ABBATISCELLA. Bislang wurde angenommen, das älteste Siegel hänge an einer Urkunde, die kurz nach der Schlacht an der Vögelinsegg ausgestellt wurde, nämlich am 10. Oktober 1403. Der Verfasser der Appenzeller Geschichte, Walter Schläpfer, sieht in der Existenz eines Landessiegels ein Zeugnis für die Staatswerdung Appenzells.⁴⁴ Mit der Betonung auf »Werdung« ist dem beizupflichten und auch auf 1379 zu übertragen. An der Urkunde von 1377, als die Appenzeller dem Städtebund beitraten, hängen die Siegel von Ulrich Häch, Ammann zu Appenzell, Heinrich auf der Halten, Ammann zu Hundwil und Ulrich Geppensteiner, Ammann zu Gais. Es ist anzunehmen, dass zu jener Zeit noch kein Landessiegel existierte. Die Städte hingen ihre Siegel an viele Bündnisurkunden; als neues Mitglied hatten sich die Appenzeller ebenfalls eines zu beschaffen, das sie wie die Städte als Körperschaft ausweisen sollte. Wie im Fall des Gremiums der dreizehn Männer mit ratsähnlicher Funktion sagt aber allein die Existenz eines Landessiegels noch nichts aus über das Land selber. Dass dieses erste Appenzeller Körperschafts-Siegel an einer Städtebundsurkunde hängt, ist jedoch kein Zufall. Das Siegeln als Gemeinschaft wurde von den Städten übernommen oder wohl eher verlangt; es ist also nicht das Ergebnis einer vorangegangenen Entwicklung. Insofern kann ich mit diesen zur Verfügung stehenden Quelleninformationen keine kommunale Bewegung von innen oder von unten erkennen, wie dies die Nationalgeschichtsschreibung propagiert, sondern vielmehr eine von

aussen in Gang gesetzte und geleitete. Aber die Aufnahme der Appenzeller in den Städtebund ein Vierteljahrhundert vor den Schlachten an der Vögelinsegg und am Stoss hatte eine entscheidende Voraussetzung für die Appenzeller Kriege geschaffen: Die Appenzeller und St.Galler verfolgten ein gemeinsames Interesse, nämlich die Loslösung aus der gemeinsamen Herrschaft, dem Kloster St.Gallen. Und sie befanden sich zusammen in einem übergeordneten Bündnissystem, das für mehr herrschaftliche Unabhängigkeit focht. Bekanntlich schliessen gemeinsame Interessen Einzelinteressen aber nicht aus. Im Sinne einer Aufforderung zu weitergehenden Forschungen ist deshalb die Frage zu stellen, inwieweit die Stadt St.Gallen als vom Städtebund delegierte »Schutzmacht« dabei eigene Interessen verfolgte. Immerhin gehörte das Appenzellerland zum wirtschaftlichen Versorgungs- und Einflussgebiet der Stadt. Und inwiefern eine politisch führende Gruppe im Appenzellerland und einzelne Vertreter daraus wie beispielsweise die in der Bündnisurkunde von 1377 siegelnden Ammänner Häch, auf der Halten und Geppensteiner eigene Interessen verfolgten, wird ebenfalls noch zu untersuchen sein.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Stefan Sonderegger, Stadtarchiv der Ortsbürgergemeinde, Notkerstr. 22, CH-9000 St. Gallen

ANMERKUNGEN

1 Leicht überarbeiteter Text des Vortrages anlässlich der Vereinstagung zu den Appenzeller Kriegen vom 15. November 2003. Ich danke Dorothee Guggenheimer, Stadtarchiv der Ortsbürgergemeinde St.Gallen, für Kritik und Anregungen.

2 KURZ, Hans Rudolf: Schweizer Schlachten, Bern 1977², S. 50. Vgl. zudem die Beiträge von NIEDERSTÄTTER, Alois: »... dass sie alle Appenzeller wolten sin«. Bemerkungen zu den Appenzellerkriegen aus Vorarlberger Sicht, und SONDEREGGER, Stefan: Appenzell, Teil der Bodenseeregion, in: Stefan Sonderegger (Hg.), Begegnung Appenzell Ausserrhoden und Vorarlberg, Friedrichshafen 1992.

3 MÜLLER, Walter: Zur ländlichen Verfassung im ostschweizerischen Herrschaftsgebiet der Fürstabtei St.Gallen, in: Montfort 3/4, 1969, S. 377.

4 Chartularium Sangallense III (1000–1265). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER, St. Gallen 1983, Nr. 882.

5 EHRENZELLER, Ernst: Geschichte der Stadt St.Gallen, St.Gallen 1988, S. 77ff.

6 SONDEREGGER, Stefan: Landwirtschaftliche Entwicklung in der spätmittelalterlichen Nordostschweiz, St.Gallen 1994. SONDEREGGER, Stefan/WEISHAUPT, Matthias, Spätmittelalterliche Landwirtschaft in der Nordostschweiz, in: Appenzellische Jahrbücher, 115. Heft, Trogen 1988.

7 Chartularium Sangallense IV (1266–1299). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER, St.Gallen 1985, Nr. 1920.

8 Chartularium (wie Anm. 7), Nr. 2279.

9 ZIEGLER, Ernst: Kostbarkeiten aus dem Stadtarchiv St.Gallen in Abbildungen und Texten, St.Gallen 1983, S. 19ff.

10 Vgl. dazu Chartularium VI (1327–1347). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER, St.Gallen 1990, Nr. 4054. Am 3. November 1347 gestatteten die Städte Zürich, Konstanz und Schaffhausen der Stadt St.Gallen, Bürger zur Erfüllung der im Bündnis festgelegten Aufgaben zu ernennen, falls es in St.Gallen keinen Rat gäbe. In der Regel waren das also Aufgaben des Rats.

11 Die Rechtsquellen des Kantons St.Gallen, Die Stadtbücher des 14. bis frühen 17. Jahrhunderts. Bearbeitet von Magdalen BLESSGRABHER, unter Mitarbeit von Stefan SONDEREGGER, Aarau 1995, S. XIII.

12 Chartularium Sangallense V (1300–1326). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER, St.Gallen 1988, Nr. 2822.

13 SONDEREGGER (wie Anm. 6), S. 185.

14 Einen guten Überblick über die Klostergeschichte des Spätmittelalters liefert ZANGGER, Alfred: Die sankt-gallische Klosterherrschaft im Umbruch, in: Sankt-Galler Geschichte 2003, Bd. 2, St.Gallen 2003, S. 155–180.

- 15 MAURER, Helmut: Die Beziehungen innerhalb der Bodensee-region im Früh- und Hochmittelalter, in: Sankt-Galler Geschichte 2003, Bd. 2, St.Gallen 2003, S. 293.
- 16 LEIPOLD-SCHNEIDER, Gerda: Das mittelalterliche Stadtrecht von Feldkirch, Überlieferung und Edition, unveröffentlichte Dissertation 2001, S. 10.
- 17 KAMML, Peter F.: Kaiser Friedrich III. und die Reichsstadt Konstanz (1440–1493). Die Bodenseemetropole am Ausgang des Mittelalters, Sigmaringen 1985, S. 19.
- 18 BLESS/SONDEREGGER (wie Anm. 11), S. 43.
- 19 WIELANDT, Friedrich: Das Konstanzer Leinengewerbe, II/1: Geschichte und Organisation, Konstanz 1950, S. 24.
- 20 PEYER, Hans Conrad: Leinwandgewerbe und Fernhandel der Stadt St.Gallen von den Anfängen bis 1520, Bd. 2, St.Gallen 1960, S. 8. Siehe auch WIELANDT (wie Anm. 19), S. 37f.
- 21 STAERKLE, Paul: Zur Familiengeschichte der Blarer, in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte, 1949. MAURER, Helmut: Konstanz im Mittelalter, Bd. 2, Konstanz 1989, S. 125f.
- 22 MAURER, Helmut: Konstanz im Mittelalter, Bd. 1, Konstanz 1989, S. 126ff.
- 23 Chartularium (wie Anm. 4), Nr. 1158. Vgl. zur Gründungsurkunde CLAVADETSCHER, Otto P., in: Ad infirmorum custodiam, Festschrift zur Erweiterung der Geriatriischen Klinik. 750 Jahre Heiliggeist- und Bürgerspital in St.Gallen, St.Gallen 1980, S. 16ff.
- 24 Chartularium Sangallense IX (1373–1381). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER und Stefan SONDEREGGER, St. Gallen 2003, Nr. 5626.
- 25 SCHILDHAUER, Johannes: Der Schwäbische Städtebund – Ausdruck der Kraftentfaltung des deutschen Bürgertums in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, Berlin 1977.
- 26 Vgl. DUFT, Johannes/GÖSSI, Anton/VOGLER, Werner, Die Abtei St.Gallen, St.Gallen 1986, S. 141ff.
- 27 Chartularium Sangallense VII (1348–1361). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER, St.Gallen 1993, Nr. 4777.
- 28 Chartularium Sangallense VIII (1362–1372). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER und Stefan SONDEREGGER, St. Gallen 1998, Nr. 4808.
- 29 Ebenda, Nr. 5094.
- 30 So auch NIEDERSTÄTTER (wie Anm. 2), S. 12.
- 31 Vgl. Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen III (920–1360). Bearbeitet von HERMANN WARTMANN, St.Gallen 1882, B. Oekonomisches, S. 734ff.
- 32 Die Quellenbelege finden sich bei SONDEREGGER, Stefan: Die Aufnahme der Appenzeller »lendlin« in den Schwäbischen Städtebund, in: Peter BLICKLE/Peter WITSCHI (HG.), Appenzell – Oberschwaben. Begegnungen zweier Regionen in sieben Jahrhunderten, Konstanz 1997, S. 59ff.
- 33 Vgl. den Artikel »Pfandschaft« im Handwörterbuch der Deutschen Rechtsgeschichte. Herausgegeben von Adalbert ERLER und Ekkehard KAUFMANN, Bd. 3, 1984.
- 34 NIEDERSTÄTTER (wie Anm. 2), S. 12.
- 35 Chartularium Sangallense VI (1327–1347). Bearbeitet von Otto P. CLAVADETSCHER, St. Gallen 1990, Nr. 3932.
- 36 Ebenda, Nr. 3974.
- 37 Chartularium (wie Anm. 27), Nr. 4701.
- 38 MARCHAL, Guy P., Luzern und die österreichische Landesherrschaft zur Zeit der Schlacht bei Sempach, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Luzern, Band 4, Luzern 1986, S. 41.
- 39 Chartularium (wie Anm. 35), Nr. 3552.
- 40 DUFT/GÖSSI/VOGLER (wie Anm. 26), S. 143.
- 41 Eine von Konstanz quittierte Zahlung St.Gallens an den Bund ob dem Bodensee vom 6. Juli 1391 ist erhalten. Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen IV (1360–1411). Bearbeitet von Hermann WARTMANN, St.Gallen 1899, Nr. 2020.
- 42 KUNZ, Michael: Zugang zu den Ämtern? – Eine Frage der Verwandtschaft! Appenzeller Politik und ihr Umfeld am Übergang zur Neuzeit, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 1994, S. 37.
- 43 Chartularium (wie Anm. 24), Nr. 5721.
- 44 Appenzeller Geschichte, Bd. 1, verfasst v. FISCHER, Rainald, SCHLÄPFER, Walter und STARK, Franz, unter Mitarbeit v. GROSSER, Hermann und GISLER, Johannes, 1976 (zweite Auflage), S. 200.

Peter Niederhäuser

DURCH DER HERSCHAFFT WILLEN LIP UND GUOT GEWAGET

Winterthur im Appenzellerkrieg

Anno domini 1405, do die Appenzeller sich iren herren abgeworfen und inen nit wollten gehorsam sin, hat die herrschaft von Österrich sij wellen mitt gwallt gehorsam machen; verordnet die herrschafft ein grossen züg an die Appenzeller. Also zügend vil herren, ritter und knecht, wolten die Appenzeller straffen. Do empfiengends die Appenzeller und schlügents, behielten das feld und den sig. Da verlürend die von Winterthûr 95 man, unnder inen ward ouch erschlagen juncker Larentz von Saal, schültheiß und hoptman deren von Winterthûr.¹

Mit wenigen Zeilen nur streifte Laurenz Bosshart, Geistlicher im Augustinerchorherrenstift Heiligberg bei Winterthur, in seiner kurz nach 1530 abgeschlossenen Winterthurer Chronik die als Appenzellerkriege bekannt gewordenen Ereignisse. Im Zentrum stand die Schlacht am Stoss vom 17. Juni 1405, die für die habsburgischen Truppen und damit für den Winterthurer Auszug mit einer vernichtenden Niederlage endete. Über die Wahrnehmung oder die Auswirkungen dieses Ereignisses im städtischen Alltag schwieg sich der Chronist hingegen aus. Bei seiner Schilderung hielt sich Bosshart an andere, wohl in zürcherischem Umfeld entstandene Vorlagen, in erster Linie an die »Klingenbergerchronik«, die der Schlacht am Stoss einen längeren Abschnitt widmete und dabei festhielt: Es verlurent von Wintertur erber redlich lüt, die iren harnasch truogent, 95 manen. Die selb statt verlur allerswarlichost [schwerstens, P. N.].² Unter den Opfern, so berichtete die »Klingenbergerchronik« weiter, befanden sich der Winterthurer Schultheiss Laurenz von Sal und verschiedene, mit der Stadt enger verbundene Adlige wie Hans von Seen oder Walter von Gachnang. Winterthur stand mit diesen für eine Kleinstadt enormen Verlusten nicht alleine, hatte doch auch Feldkirch rund 80 Tote zu beklagen.³

Es lohnt sich deshalb, die Appenzellerkriege für einmal aus anderer Perspektive zu betrachten und nach den Auswirkungen der Wirren auf kleinstädtische Politik und Gesellschaft zu fragen. Die blutigen Auseinandersetzungen um die Herrschaftsverhältnisse in der Ostschweiz wurden bisher, in Anlehnung an die »Klingenbergerchronik«, auf eine Konfrontation zwischen adligen Ritterheeren und ländlich-bäuerlichem Aufgebot zugespitzt. Vergessen gingen dabei die militärischen Leistungen der Habsburgerstädte, wie die Schlacht am Stoss deutlich macht, aber auch anderer nichtadliger habsburgischer Untertanen, zählte doch

das »Reisen«, also der Kriegsdienst, zu den Pflichten landesherrlicher Städte wie Landschaften.

Eine Bestandesaufnahme fällt allerdings nicht gerade leicht: Während auf der Seite des Adels die Namen der Opfer dank Chroniken, Stiftungen und anderen Memorialhinweisen recht gut bekannt sind, fehlen für die städtischen Verluste – abgesehen allenfalls von dünnen Zahlen – entsprechende Aufzählungen. Die militärischen Leistungen von Städten lassen sich auch deshalb nur schwer fassen, weil die Überlieferung im Falle der Ostschweizer Landstädtchen sich bis ins 15. Jahrhundert als höchst lückenhaft erweist, dem bescheidenen politischen Gewicht der landesherrlichen Orte entsprechend.⁴ Diese waren, mit Ausnahme des immer eigenständigeren St. Gallen, auf der regionalen Ebene bestenfalls Nebenakteure, die nur am Rande auf die Auseinandersetzungen Einfluss nehmen konnten und in einen Konflikt hineingezogen wurden, der ihnen je länger, je weniger Spielraum gewährte. Fiel der landesherrliche Schirm weg, hatten sie den anstürmenden appenzellischen »Bauern« kaum etwas entgegenzusetzen.⁵ Eine Annäherung ist auch deshalb schwierig, weil die habsburgische Landesherrschaft in der Ostschweiz um 1400 vergleichsweise schwach ausgeprägt war und die Integration der Kleinstädte in die herrschaftlichen Netzwerke damit kaum erfasst werden kann. Das durch familieninterne Konflikte gesplante Haus Habsburg orientierte sich seit längerer Zeit weitgehend nach Osten und interessierte sich höchstens aus finanziellen und militärischen Gründen für seine Städte in den vorderen Landen.⁶ War es deshalb kaum Zufall, dass Orte wie Feldkirch oder Winterthur in der Schlacht am Stoss die Hauptlast der Verluste erleiden mussten?

Kriege waren und sind immer auch eine Zeit der Krisen, die, wie in der Ostschweiz des frühen 15. Jahrhunderts, einen langfristigen Wandlungsprozess begleiten können. Es liegt deshalb auf der Hand, dass die Ereignisse in den Jahren nach 1400 nicht nur die Herrschaftsstrukturen, sondern auch die – bisher wenig erforschte – Städtelandschaft in Mitleidenschaft gezogen haben. Dabei stellt sich allerdings die Frage, welche Aussagen überhaupt möglich sind und wie stark sich Stadt- und Kriegsgeschichte gegenseitig bedingen.

Obwohl scheinbar peripher gelegen, bietet sich die habsburgische Landstadt Winterthur für weitergehende Forschungen an. Im Vergleich mit anderen Kleinstädten erweist sich die kommunale Überlieferung als erstaunlich reichhaltig, so dass Rückschlüsse auf Begleiterscheinungen und Folgen des Krieges möglich werden, die weit über den militärischen Aspekt hinausreichen und einen neuen Blick auf Träger der städtischen Politik freigeben. Das Beispiel Winterthur ist auch deshalb lohnend, weil der Ort zu Beginn des 15. Jahrhunderts zu jenen habsburgischen Städten zählte, die in der Ostschweiz zentralere Aufgaben wahrnehmen konnten und so deutlich mehr Gewicht besaßen als landesherrliche Kleinstädtchen wie Bülach, Kyburg oder Frauenfeld. Um 1400 lässt sich in dieser Beziehung in Winterthur ein deutlicher Entwicklungsschub feststellen: Die Ausgliederung aus der Grafschaft Kyburg, die Verleihung neuer Privilegien und die Bindung des thurgauischen Landgerichts an den städtischen Rat verschafften dem Ort mit seinen vielleicht 1500 Einwohnern eine Eigenständigkeit, die sich auch in der Verfestigung des städtischen Gemeinwesens und einer auffallend aktiven

Burgrechtspolitik niederschlug.⁷ Ohne wirtschaftlich oder strategisch eine wichtigere Rolle zu spielen, nahm Winterthur innerhalb der habsburgischen Ostschweiz doch eine besondere Stellung ein.

Diese Einbindung in die Landesherrschaft war zweifellos mitverantwortlich, dass Winterthurer Bürger in der Schlacht am Stoss einen besonders hohen Blutzoll entrichten mussten. Die Schlacht am Stoss und ihre unmittelbaren Auswirkungen bilden jedoch nur einen Aspekt. Ein zweiter Abschnitt geht der Frage nach, wie der eigentlich weit vom Konfliktherd entfernte Ort in die Wirren verstrickt wurde, während ein dritter und letzter Teil die längerfristigen Folgen der Niederlage untersucht. Die Vorgänge in und um Winterthur geben damit nicht nur Aufschluss über eine Stadt in Kriegszeiten, sondern auch über die Einbindung der Städte in die habsburgische Landesherrschaft. Der Appenzellerkrieg wird auf diese Weise für einmal vom Rande her und aus dem Blickwinkel einer nur mit Einschränkung als Kriegspartei zu bezeichnenden Kraft betrachtet.

DER KRIEG ALS KATASTROPHE

Wissend ôch, lieben frünt, das ôch uf die selben mitwochen wol viertusend man uss dem Rintal an den Stoss gegen Appenzell gezogen sint. Also hant die von Appenzell wol tusent man lăssen ziehen in ir letzi und hant si da angriffen und vil erschlagen, daz si ietzo hand ob 2 1/2 hundert panzern an der bütung [Beute, P. N.] und findent all tag me; so sint ir vil ertrunken.⁸ Kurze Zeit nach der Schlacht am Stoss verfasst, schildert dieses von St. Gallen vermutlich an Schwyz gerichtete Schreiben als einziger erhaltener »Augenzeugenbericht« die Vorgänge vom 17. Juni 1405 oberhalb von Altstätten. Der Brief, der von 250 erbeuteten Rüstungen spricht, passt zur chronikalischen Überlieferung, die von 350 Toten berichtet, unter denen sich, wie bereits erwähnt, 95 Winterthurer befunden haben sollen. Doch wie zuverlässig ist diese Zahl? Während die Namen zahlreicher bei diesem Kriegszug umgekommener Adliger bekannt sind, fehlen für die Stadtbürger, mit Ausnahme des Schultheissen, entsprechende Hinweise. Zudem weist Winterthur um 1400 vielleicht 300 Haushaltungen auf – hatte wirklich jede dritte Familie ein Opfer zu beklagen?⁹

Ein Blick auf die Jahrzeiten nährt allfällige Skepsis: Der 17. Juni ist im Jahrzeitenbuch nicht hervorgehoben; eine städtische Jahrzeit für die Gefallenen, wie beispielsweise in Rapperswil, fehlt. Die Schlacht war damit nicht, wie eigentlich bei diesem einschneidenden Ereignis zu erwarten wäre, direkt im städtischen Gedenken verankert.¹⁰ Über das ganze Jahr verteilt, finden sich im Jahrzeitenbuch insgesamt nur gerade sechs Einträge von Personen, die in Appenzell ums Leben gekommen waren, nämlich der Schneider Heinrich Schwarz, Johannes Leman, Walter Hugli, der Metzger Johannes Matzinger, Rudolf Hünikon und Schultheiss Laurenz von Sal.¹¹ Drei dieser Männer gehörten dem Kleinen Rat an, zählten also zur Oberschicht. Wo aber bleiben die übrigen beinahe 90 Winterthurer?

Die Schlacht hat tatsächlich Spuren hinterlassen, wenn auch an anderer Stelle: An Ostern 1405 setzt das älteste Ratsprotokoll ein, ein Buch, das städtische Abrechnungen, Burgrechtsaufnahmen, Satzungen und Wahlen in Ämter verzeichnet. Belege für ältere entsprechende Schriftstücke fehlen, was darauf hinweist, dass Ratsprotokolle erst 1405 eingeführt wurden, als Antwort vermutlich auf grundlegende Wandlungen inner- wie ausserhalb der Stadt, die mit dem Krieg und der Frage der Finanzkontrolle zusammenhingen.

Einer der ersten Einträge datiert vom 3. Juni 1405. Genau zwei Wochen vor der Schlacht am Stoss liess der Winterthurer Rat die Harnische »anleiten«, also besteuern.¹² Im Vorfeld des Auszugs des städtischen Aufgebots wurde ein Verzeichnis angelegt, das Harnische, Panzer, Handschuhe und Huben (Helme) auflistete. Erwähnt wurden gegen 300 Personen, unter ihnen auch Frauen. Ins Auge stechen grosse wirtschaftliche und politische Unterschiede. Rund 50 Winterthurerinnen und Winterthurer kamen für einen Panzer auf, also eine vollständige Rüstung, gegen 30 für mehr als zwei Harnische. Ein Grossteil dieser Männer gehörte dem Grossen oder Kleinen Rat an; allein die Kleinräte wurden in ihrer Mehrheit mit je drei bis acht Harnischen veranschlagt. Auch wenn die Grundlage dieses Verzeichnisses offen bleiben muss – listet es wirklich vorhandene Rüstungsgegenstände auf oder wurde den Bürgern eine dem Vermögen entsprechende Ausrüstung auferlegt, wofür der Einbezug von zwei Klöstern sprechen würde? –, so macht es doch den Zusammenhang von ökonomischer Potenz und politischer Mitsprache sichtbar. Fassbar wird zudem das zahlenmässige Gewicht der städtischen Truppen, die das landesherrliche Aufgebot zumindest quantitativ verstärkten.

Eine nachträgliche Neu-Nutzung der Liste gibt den Blick auf die Katastrophe frei. Im Dezember 1405 verfügte der Rat nämlich eine weitere Harnischanleite, wobei der Schreiber sich auf das bisherige Verzeichnis abstützte und Änderungen direkt in den Text flickte. Weil er eine deutlich kräftigere Tinte verwendete, sind die Abweichungen klar zu erkennen. Einige Namen wurden durchgestrichen, bei anderen hatte sich die Ausrüstung beispielsweise von einem zu einem halben Harnisch reduziert, verschiedene Einträge ergänzte der Schreiber mit *uxor* (Frau), *kind* oder der weiblichen Endung *-in* – Belege für den in der Zwischenzeit erfolgten Tod des männlichen Familienvorstandes. Ein Vergleich der beiden ein halbes Jahr auseinander liegenden Listen zeigt bei über 50 Personen Abweichungen in der Namensgebung. Nicht alle Änderungen müssen mit der Schlacht am Stoss zusammenhängen, das Ausmass der Katastrophe tritt hier aber deutlich ans Tageslicht. Falls die Harnischanleite nur die Haushaltsvorstände, nicht aber im gleichen Haus wohnende Söhne erfasst hatte, so könnten die chronikalischen Berichte mit ihren 95 Toten durchaus zutreffen. Praktisch alle Familien dürften von der Niederlage betroffen gewesen sein.

Der 17. Juni 1405 hat zusätzliche Spuren hinterlassen. In den Monaten nach der Schlacht kommen in den Quellen auffallend häufig Nachlassregelungen und Erbfragen zur Sprache. Im August beispielsweise verliess Herzog Friedrich in Schaffhausen einer Winterthur Witwe habsburgische Lehen und vermittelte der städtische Rat im Erbstreit zwischen einer Witwe und ihren Stiefsöhnen. Ende 1405 urteilte der Rat in der Auseinandersetzung zwischen einer Witwe und ihrem Grossvater um Verschreibungen, im Frühjahr 1406 schliesslich bestä-

tigte der Abt von St. Gallen in Winterthur Vergabungen einer Witwe, deren Mann inwendig jaresfrist von todes wegen abgangen ist.¹³ Ebenso aufschlussreich für die »Bewältigung« der Niederlage sind Abrechnungen in den Ratsprotokollen, die einen Blick auf die finanziellen Folgen des landesherrlichen Kriegszuges für die Kleinstadt freigeben. Ende August wurde dem Priester, der die ünsern ze Altstetten vergrub, zwölf Gulden überwiesen, wenig später rechneten einige Bürger, manchmal im Namen ihrer verstorbenen Verwandten, mit dem Rat wegen Soldforderungen ab, die in Zusammenhang standen mit dem Auszug nach Bregenz, Altstätten, Sargans und an den Stoss.¹⁴ Ein weiterer Bereich betraf die Gefangenen: Mehrere in Appenzell festgehaltene Winterthurer wurden gegen 600 Pfund Kautio freigelassen, zwei in Winterthur inhaftierte Appenzeller sollten gegen die Zahlung von 90 Pfund freikommen.¹⁵

Bisher nicht thematisiert wurde ein Faktum, dessen Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. In der Schlacht fiel Laurenz von Sal, der seit 1397 ohne Unterbruch das Schultheissenamt ausgeübt hatte, zusammen mit den Kleinräten Rudolf Hünikon und Walter Hugi – für die städtische Politik ein spürbarer Aderlass. Die jahrzehntelange Vorherrschaft der Adelsfamilie von Sal endete abrupt. Eine grössere Umschichtung zeichnete sich im Rat ab, die am 28. Juni 1405 in der – von Herzog Friedrich nachträglich bestätigten – Wahl von Götz Schultheiss unterm Schopf zum Schultheissen und am 30. Juni in der weitgehenden Neubesetzung der Ratssitze ihren Ausdruck fand.¹⁶ Zählte Laurenz von Sal vor der Schlacht zu den wichtigsten Trägern der Winterthurer Politik, so stand Götz Schultheiss ab Juni 1405 dem Rat beinahe ebenso unangefochten vor. Es lohnt sich deshalb, die Vor- und Nachgeschichte genauer zu untersuchen, die am Beispiel der beiden Hauptpersonen Auskunft über den Spielraum städtischer Politik in Krisenzeiten und den Einfluss einzelner Persönlichkeiten auf die Entscheidungsfindung innerhalb der Stadtmauern geben können. Blenden wir zuerst zur Vorgeschichte zurück, die eng mit der Person von Laurenz von Sal verbunden ist.

BEZIEHUNGSNETZE UND REGIONALPOLITIK

Den Herren von Sal war es in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts gelungen, in Winterthur eine dominante Stellung zu erringen, was in der städtischen Gesellschaft mit ihrer recht breit abgestützten Führungsgruppe keine Selbstverständlichkeit darstellte. Nachdem Hans von Sal zwischen 1340 und 1350 verschiedentlich als Stadtoberhaupt nachweisbar ist, übte sein Sohn Konrad von Sal von 1364 bis 1396 ohne Unterbruch das Schultheissenamt aus – so lange wie kein Winterthurer vor und nach ihm.¹⁷ Inhaber von Habsburger, Hohenklinger, Sanktgaller und Reichenauer Lehen und verwandt mit Familien des Landadels und der städtischen Oberschicht, war Konrad von Sal auch ausserhalb der Stadt hoch angesehen. Eng mit der österreichischen Landesherrschaft verbunden, zählte er zwischen 1389 und 1395 als herzoglicher Rat zu den einflussreichsten Männern der habsburgischen Ostschweiz.¹⁸

Symbol dieser Integration ins fürstliche Gefolge war die Heirat seines Sohnes Laurenz mit Ursula von Ems, Tochter des bei Sempach umgekommenen habsburgischen Vogtes Eglolf von Ems.¹⁹ Diese Heirat könnte im Dezember 1393 stattgefunden haben, als sich Herzog Leopold mit seinem Landvogt Engelhard von Weinsberg und dem Hofstaat in Winterthur aufhielt. Anwesend war neben dem Winterthurer Schultheissen und habsburgischen Rat Konrad von Sal nämlich auch Ulrich von Ems, Onkel (und Vormund?) von Ursula, österreichischer Vogt in Feldkirch und habsburgischer Rat – eine ideale Gelegenheit für eine standesgemässe Eheverbindung innerhalb der habsburgischen Klientel.²⁰

Nach dem Hinschied seines Vater trat Laurenz von Sal sofort in dessen Fussstapfen. Von 1397 bis zu seinem Tod in der Schlacht am Stoss ist er ohne Unterbruch als Schultheiss nachweisbar; gleichzeitig stand er in enger Beziehung zu Herzog Leopold. So regelte er 1399 habsburgische Schulden in Rapperswil, nahm Einfluss auf die österreichische Verwaltung und Kriegführung im Thurgau und reiste 1403 zum Fürsten nach Graz.²¹ Überraschender – und ein deutliches Indiz für sein regionales Ansehen – sind Kontakte zu den Grafen von Toggenburg und zur Abtei St. Gallen. Obwohl Schultheiss, agierte Laurenz von Sal, sich auf verwandtschaftliche, landesherrliche und lehensrechtliche Netzwerke abstützend, weit über den städtischen Rahmen hinaus. Die Nähe zu den Herren von Ems, deren ansehnlicher Besitz im Rheintal von den Appenzellern unmittelbar bedroht war, liess ihn denn auch direkt in den Appenzellerkrieg eingreifen. Im Frühjahr 1402 besiegelte er ein Übereinkommen des bei Winterthur sesshaften Heinrich von Gachnang mit St. Gallen und Appenzell, Anfang 1403 erschien er als Anwalt habsburgischer Interessen auf dem Tag der Reichsstädte, und Ende 1403 vertrat er bei weiteren Friedensverhandlungen in Zürich die Anliegen des Abtes von St. Gallen Appenzell gegenüber.²²

Zusammen mit Laurenz von Sal findet häufig Hans von Seen Erwähnung, Mitbesitzer der Herrschaft Wülflingen bei Winterthur und eines ansehnlichen Stadthofes in Winterthur, wo er verbürgrechtet war. Das Leben der beiden Adligen weist Parallelen auf, zählte doch das Geschlecht der von Seen zu den wichtigen Parteigängern Habsburgs, stand in engem Kontakt mit dem Abt von St. Gallen, der sich 1406 im Winterthurer Stadthaus der Herren von Seen aufhielt, und war über Klara von Seen, eine Base von Hans, mit den Herren von Rosenberg verwandtschaftlich verbunden, einer Familie, die Herrschaftsrechte im Rheintal besass und ihrerseits mit den Ems verschwägert war.²³ Politische und familiäre Interessen gingen damit Hand in Hand. Die Herren von Ems, Rosenberg, Sal und Seen bildeten einen »Clan« mit gleichen Grundlagen und Interessen, der in den Appenzellerwirren ebenso klar zugunsten der Abtei St. Gallen und Habsburgs Stellung bezog, wie er von den beiden Mächten als Vertreter der Herrschaft vor Ort gestützt wurde. So amtierte der Schwager von Laurenz von Sal, Ulrich der Jüngere von Ems, seit spätestens 1398 als österreichischer Vogt in Rheineck, während dessen Onkel als Vogt in Feldkirch residierte.²⁴ Dermassen eng mit der Landesherrschaft verknüpft, stand für die Herren von Ems und Rosenberg das eigene Überleben im Rheintal auf dem Spiel. Die Anlehnung an die beiden tonangebenden Mächte bot Chancen, barg aber vor allem Risiken: In der Schlacht am Stoss verloren neben Laurenz von Sal auch Hans von Seen, Gosswig

von Ems, Ulrich von Rosenberg und Walter von Gachnang ihr Leben. Dieser Aderlass setzte dem verwandtschaftlichen Netzwerk praktisch ein Ende.²⁵

Angesichts der Verbindung von Herrschaft und Familie gewann die erste Phase des Appenzellerkrieges für Winterthur eine überraschende Färbung. Die Stadt kam nicht, wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre, über die landesherrliche Politik mit dem Krieg in Berührung. Vielmehr kann die Schlacht am Stoss als Höhe- und Endpunkt einer Politik verstanden werden, die in erster Linie vom Schultheissen und einzelnen adligen Ausburgern getragen wurde. Der auffallend aktive Laurenz von Sal handelte weniger als Vertreter der Stadt, die immerhin einmal als Ort schiedsgerichtlicher Verhandlungen diente, denn als Wahrer familiärer Interessen und als Parteigänger des Abtes. Als Winterthurer Bürger hätte Abt Kuno von St. Gallen allerdings durchaus Anspruch auf städtische Hilfe geltend machen können.²⁶ Der erstaunliche Spielraum des Schultheissen hing überdies vom Haus Habsburg ab, das bis 1404 durch innere Auseinandersetzungen gespalten war und sich in der Ostschweiz überaus passiv verhielt. Eigentlich ein Amts- und Vertrauensmann der Herrschaft, trat Laurenz von Sal auf regionaler Ebene überaus eigenständig auf, was sich mit dem Herrschaftsantritt von Herzog Friedrich im Frühsommer 1404 jedoch schlagartig änderte. Unter der Leitung des Fürsten wurden die Vorbereitungen für einen Kriegszug gegen Appenzell von Schaffhausen aus, der provisorischen Residenz des Fürsten, energisch vorangetrieben, während die Winterthurer Politik, worauf die Harnischanleihe hinweist, in den Sog herzoglichen Krisenmanagements geriet – oder doch nicht ganz?

Als Herzog Friedrich mit der Belagerung von St. Gallen und der Entsetzung des bedrohten Altstätten einen Zangenangriff auf das Appenzellerland einleitete, schickte er ausgerechnet das Winterthurer Aufgebot ins Rheintal. Was für Feldkirch und das vorarlbergische Aufgebot durchaus Sinn machte, war für Winterthur mit einem beträchtlichen Mehraufwand verbunden, der vor dem Hintergrund der oben dargestellten verwandtschaftlicher Netzwerke in ein neues Licht rückt. Bei Altstätten befand sich einer der herrschaftlichen Stützpunkte der Herren von Ems, und die Verlustliste zeigt denn auch deutlich das gemeinsame Vorgehen des oben skizzierten »Clans«. Hatte der Schultheiss Laurenz von Sal für eine Verlegung des Winterthurer Auszugs ins Rheintal plädiert, um so die Interessen seiner Verwandten besser verteidigen zu können?

Welche Pläne auch immer geschmiedet wurden, mit der Niederlage vom 17. Juni 1405 verschwand Habsburg für längere Zeit als Ordnungsmacht von der Bildfläche. Im Machtvakuum entstand der »Bund ob dem See«, der nun erfolgreich die Initiative an sich riss.²⁷ Winterthur hingegen schien plötzlich weit entfernt vom Krisengebiet und war bei der personellen Bewältigung der Katastrophe vorerst allzu stark mit sich selber beschäftigt, um in der Regionalpolitik mitwirken zu können. Zwar wohnte der Abt von St. Gallen im Frühjahr 1406 vorübergehend im Haus der Herren von Seen in Winterthur und erhielt die Stadt als Dank für die *grossen mue* [Mühe, P. N.] und *arbeit* [...] in den *gegenwürttigen leuffen* [Unruhen, P. N.] von Herzog Leopold die Gnade, Bussen und Fälle für Befestigungsarbeiten nutzen zu können, während Herzog Friedrich Ende 1406 Rechte und Freiheiten bestätigte. Weitere Berührungspunkte sind

jedoch weder mit dem geistlichen Bürger noch mit dem Stadtherrn überliefert.²⁸ Zudem bewegte sich Winterthur wieder in einem ganz anderen Umfeld. Mit dem Tod von Laurenz von Sal war jene Familie, die über Jahrzehnte die städtische Politik wie keine zweite geprägt hatte, vorübergehend ausgeschaltet; damit brachen die Kontakte in Richtung Rheintal und Vorarlberg ab.

Winterthur kam aber nicht zur Ruhe, auch wenn das städtische Aufgebot vorerst nicht mehr in den Krieg zu ziehen hatte. Vielmehr brachen die Wirren im Sommer 1407 unvermittelt über die Stadt herein, als appenzellische Truppen bis praktisch vor ihre Tore zogen – eine Herausforderung, die überleitet zu einer dritten Annäherung an das Thema Stadt im Krieg und einen präziseren Blick auf die politischen Verhältnisse innerhalb der Stadtmauern ermöglicht.

ZÜRICH ODER ÖSTERREICH?

Am 2. September 1407 schloss Winterthur unter dem Eindruck eines appenzellschwyzerischen Vorstosses in die Umgebung Winterthurs ein ewiges Burgrecht mit Zürich, ein Bündnis, mit dem die städtische Führung eine Option ins Spiel brachte, die bisher nie auch nur entfernt zur Diskussion gestanden hatte. Für den Zürcher Rat, der sich seit einiger Zeit als neue Ordnungsmacht der Ostschweiz verstand, war dies zweifellos ein grosser Erfolg. Und für Winterthur? Mit diesem Vertrag stand die Stadt nicht alleine: Zum selben Zeitpunkt traten Ulrich von Landenberg mit der Burg Alt-Regensburg, Verena von Ebersberg mit Weisslingen und Wetzikon, Hans von Bonstetten mit Uster, Wilberg und Gündisau sowie Hermann von Hohenlandenberg, etwas später Beringer von Landenberg und das Städtchen Neu-Regensburg in das Burgrecht Zürichs und sicherten dem Rat der Limmatstadt die Nutzung der Burgen oder – bei Konflikten mit Habsburg – allenfalls Neutralität zu.²⁹ Wenig später lehnte sich der habsburgische Aargau bei Bern an. Nachdem Zürich bereits früher wichtige österreichische Pfandschaften erworben hatte, schien die endgültige Auflösung der habsburgischen Landesherrschaft in der weiteren Umgebung von Zürich nur noch eine Frage der Zeit.

Wenige Monate später waren diese Bündnisse jedoch weitgehend Makulatur. Nach der Niederlage des Bundes ob dem See vor Bregenz Anfang 1408 schlug das Pendel wieder in die andere Richtung aus. Mit Hilfe der Ritterschaft zum Georgenschild vermochte Habsburg seine höchst angeschlagene Position in der Ostschweiz erneut zu festigen; Zürich hatte das Nachsehen. Im März 1408 beispielsweise billigte Herzog Friedrich nachträglich das Burgrecht seines Dienstmanns Hans von Bonstetten mit Zürich, um es von der fürstlichen Gnade abhängig zu machen, während das ewige Winterthurer Burgrecht sang- und klanglos verschwand.³⁰ Die Zäsur schien im Falle von Winterthur aber tiefer zu gehen als anderswo. So berichtet die »Klingenbergerchronik«, dass die von winterthur burger ze zürich wurdend, doch ward es falschlich und haimlichen angetragen, wan es was ze wintertur nit jederman lieb, und besunder der gemaind. Es ward

och der gewaltigost ze wintertur darumb offentlich ertrenkt, hiess götz schulthaiss, und tät das graff herman von sulz, des hertzogen landtvogt³¹ Ein falsches Bündnis und ein Burgrecht gegen den Willen vieler Winterthurer, dazu ein allzu eigenmächtiger Schultheiss, der auf merkwürdige Weise dafür büssen musste – die Chronik zeichnet ein Bild, das die Ereignisse in Winterthur in einem höchst dramatischen Licht darstellt. Was genau hatte sich aber in den wenigen Monaten zwischen Sommer 1407 und Frühjahr 1408 tatsächlich abgespielt?

Dass die Annäherung der beiden benachbarten Städte kaum freiwillig erfolgt war, macht der Burgrechtsvertrag deutlich, der einige höchst bemerkenswerte Eigenheiten aufweist. Auffallend ist zunächst einmal eine Einleitung, die einen guten Drittel des Textes umfasst und weitschweifig die Gründe für das Burgrecht erläutert. Zürich verkündete, dass die stat Wintertur uns ze wissen getan und fürbracht hant, dass Österreich in Krieg mit Appenzell kam und deswegen viel Schaden entstand. So hätten Herren und Städte wie Winterthur durch der selben ir herschaft willen lip und guot gewaget und wê getan. Jetzt seien die Appenzeller und die mit ihnen verbündeten Schwyzer in den Thurgau gezogen und hätten die Stadt Wil und die Burgen Sonnenberg, Spiegelberg, Tannegg, Bichelsee und Elgg erobert wie auch die vesti und das ampt ze Kiburg, daz selb ampt ze allen siten an si [die Winterthurer] stiesse. Auch hätten verschiedene Adlige zu Appenzell schwören müssen, um Leib und Gut zu bewahren, da von Habsburg kein entschütung [Entsetzung, P. N.], hilfe noch schirm zu erwarten sei. Um dester bas bi der egenanten ir herschaft beliben zu können und von ir nicht getrengt zu werden, wolle Winterthur ein ewiges Burgrecht mit Zürich schliessen.³² Die unmittelbare Bedrohung durch die Appenzeller und der fehlende Schirm der Stadtherrschaft waren jene Argumente, die das Winterthurer Vorgehen zu bestimmen schienen. Dazu passt, dass im ersten Absatz des eigentlichen Vertragstextes die Rechte Habsburgs ausdrücklich vorbehalten wurden. Doch bereits der dritte Abschnitt schrieb die Neutralität Winterthurs in einem allfälligen Krieg zwischen Zürich und Österreich fest. Die Unterschutzstellung unter den eidgenössischen Ort und der Wunsch, weiterhin bei der alten Stadtherrschaft verbleiben zu können, standen in einem unauflöslichen Widerspruch und lassen den Eindruck entstehen, das ewige Bündnis sei von den sich überstürzenden Ereignissen und divergierenden Interessen diktiert worden.

Der Burgrechtsbrief fällt nicht nur durch seinen Inhalt aus dem Rahmen vergleichbarer Abkommen. Ins Auge sticht auch die Überlieferungssituation. Das einzige erhaltene Original befindet sich im Staatsarchiv Zürich und ist nur mit dem Zürcher Siegel beglaubigt; von einer von Winterthur besiegelten Ausfertigung fehlt hingegen jede Spur.³³ Offensichtlich wurden die beiden von je einer Partei besiegelten Ausfertigungen nie, wie bei einer »Ratifizierung« üblich, ausgetauscht. Damit stellt sich aber die Frage, ob dieses Burgrecht wirklich Rechtsgültigkeit erlangt und in Winterthur der schultheiss, der rat und all burger gemeinlich einen Eid auf den Vertrag abgelegt hatten.

Verschiedene Hinweise sprechen dafür, dass Zürich im Herbst 1407 Winterthur als Bündnispartner verstand – und umgekehrt. Während das Winterthurer Ratsprotokoll eine vermutlich Ende September oder Anfang Oktober 1407 erstellte Liste jener Ausburger enthält, die das Burgrecht mit Zürich beschwören sollten, und ein adliger Ausburger im Oktober aus-

drücklich och daz burgrecht Zurich gesworn hett untz an eins schultheissen und ratz absagen, bezeichnete die Limmatstadt am 23. Oktober in einem Brief an Schwyz die Winterthurer als ihre Bürger.³⁴ Doch bereits am 20. Oktober forderte der habsburgische Landvogt Winterthur zur Hilfe gegen die Appenzeller auf, ohne das Burgrecht auch nur zu erwähnen.³⁵ War es möglich, dass die Annäherung Winterthurs an Zürich bereits wenige Wochen nach Abschluss des Bündnisses hinfällig geworden war?

Greifbarer werden die Verhältnisse in Winterthur erst im Frühjahr 1408. Am 25. März – und nicht wie bis anhin üblich im Juni – wurde der Rat nach *des landvogtz und gemeiner burger ze Winterthur [...] willen und erkantnust also besetzt* [bestimmt, P. N.], wobei Götz Schultheiss unterm Schopf, der nach dem Tod von Laurenz von Sal das Schultheissenamt über längere Zeit ausgeübt hatte, spurlos aus den Quellen verschwand.³⁶ Hatte der Schultheiss und seine Familie »im Zusammenhang mit einem politischen Richtungswechsel ihre Führungsrolle verloren«?³⁷ Oder wurde der Winterthurer Stadtadlige tatsächlich vom Landvogt öffentlich ertränkt, wie die »Klingenbergerchronik« ausführt – »ein Opfer österreichischer (sic!) Ohnmacht, adeliger Willkür und persönlichen Hasses« und damit »ein Märtyrer Winterthurs«?³⁸ Und musste Winterthur auf Druck des Landvogts wirklich dem Burgrecht mit Zürich abschwören?³⁹

ZWISCHEN HERRSCHAFT UND AUTONOMIE

Die Wahlen im März 1408 und die damit verbundenen Vorgänge bedeuteten nach der Schlacht am Stoss zweifellos einen zweiten Eckpunkt in der Geschichte Winterthurs zur Zeit der Appenzellerkriege. Die Niederlage, verbunden mit der Neuverteilung der Macht innerhalb der Stadt und dem offensichtlichen Versagen Habsburgs als Ordnungsmacht, hatte unter dem Eindruck des Siegeszuges von appenzellischen Truppen bis vor die Tore Winterthurs die Herrschaftsverhältnisse inner- wie ausserhalb der Stadtmauern gefährlich ins Wanken gebracht. Ohne unbedingt einen Machtwechsel anzustreben, suchte der Winterthurer Rat »neue Beziehungen zu potenten Herrschaftsträgern in der unmittelbaren Nachbarschaft« und schloss ein Burgrecht mit Zürich, das zwar vordergründig die habsburgischen Rechte stützte, insgesamt aber kaum im Interesse der Stadtherrschaft war.⁴⁰ Die Option einer neuen Schutzmacht war ein weiterer Schritt in Richtung Emanzipation von der bisherigen Herrschaft, ohne aber vorerst eine neue Entwicklung einzuleiten, da die Niederlage der Appenzeller vor Bregenz das Rad zurückdrehte. Mit der Einsetzung eines erneuerten Rates nahm Habsburg wieder Einfluss auf die städtische Politik.

Die Ereignisse in den Jahren 1407 und 1408 wurden bisher weitgehend über die chronikalische Überlieferung wahrgenommen, die Götz Schultheiss als mehr oder weniger willkürliches Opfer des Richtungswechsels bezeichnet. Ein in Innsbruck erhaltenes Kopialheft mit Briefen des Grafen Hermann von Sulz, habsburgischer Landvogt von 1406 bis 1411/12, gibt

jedoch unmittelbar Aufschluss über die Vorgänge und wirft – zusammen mit weiteren Quellen – Licht auf die schwankenden Beziehungen zwischen der Stadt und ihrer Herrschaft, Beziehungen wohlverstanden, die trotz des Burgrechts nie abgebrochen waren, wie der oben erwähnte Brief des Landvogts an Winterthur deutlich macht.⁴¹ Doch was spielte sich in diesen Tagen in Winterthur ab?

Laut einer um 1420 entstandenen Fassung der Chronik der Stadt Zürich kam der Landvogt am 24. März 1408 nach Winterthur und liess angeblich die Bürger das Burgrecht abschwören. Am folgenden Tag fanden, belegt durch Einträge im Ratsprotokoll, die Wahlen der Räten statt, wenn nicht unbedingt mit Beteiligung, so doch mit Willen des Landvogts. Nicht gewählt oder bestätigt wurde in Abweichung vom üblichen Vorgehen der Schultheiss; der im Frühsommer 1407 gewählte Heinrich von Huntzikon blieb aber nicht im Amt, sondern wurde zu einem unbestimmten Zeitpunkt durch Heinrich Rüdger den Älteren ersetzt.⁴² Die Anwesenheit des Landvogts ist urkundlich allerdings erst einen Monat später dokumentiert. In drei am 25. April 1408 aus Winterthur abgeschickten Briefen brachte Hermann von Sulz Zürich gegenüber Verstösse gegen den Frieden, die schlechte Behandlung von Winterthur und schliesslich Götz Schultheiss zur Sprache – die einzige zeitgenössische Quelle, die das Schicksal des Winterthurers benannt. Der Landvogt wünschte nämlich Klarheit über das Gerede, dass er vor der Limmatstadt nicht sicher sei, weil er *geheissen und enpfolhen hab Götz Schultheissen von Winterthur ertrenken, der ein verschulter man gewesen ist gen miner gnediger herschafft von Österrich von söllichs unredlichs handels wegen*.⁴³ Das Verschulden des Schultheissen kann sich nur auf das Burgrecht beziehen, das laut »Klingenbergerchronik« *falschlich und haimlichen angetragen und nit jederman lieb war*.⁴⁴ Dafür musste der Winterthurer Ratsherr, so merkwürdig das klingen mag, mit dem schmähhlichen Tod durch Ertrinken büssen. Das Handeln von Götz Schultheiss erregte vielleicht gerade deshalb Anstoss, weil er aus einer der alten Ratsfamilien stammte, eng mit dem Landadel verschwägert war und über bedeutende habsburgische Lehen verfügte, die er sich noch Anfang 1407 von Herzog Friedrich bestätigen liess.⁴⁵ Der Winterthurer schien – so der mögliche Eindruck – seinen Herrn verraten zu haben.

Unklar bleibt jedoch die chronologische Abfolge der Ereignisse. Die Ertränkung könnte noch vor dem Machtwechsel im Frühjahr 1408 stattgefunden haben. Eine am 3. Oktober 1407 in Winterthur ausgestellte Urkunde erwähnt Götz Schultheiss als verstorben – scheint die Bestrafung des in den Augen des habsburgischen Landvogtes allzu treulosen Mannes deshalb unmittelbar nach Abschluss des Burgrechtes erfolgt zu sein?⁴⁶ Tatsächlich befand sich Hermann von Sulz im September und Oktober in der Ostschweiz: Am 2. September wehrte er in Frauenfeld einen Angriff der appenzellisch-schwyzerischen Truppen ab, am 17. Oktober bat er Freiburg von Diessenhofen aus um Hilfe. Am 20. Oktober schliesslich forderte er von Frauenfeld aus Winterthur zu Leistungen auf und bezog sich auf ein kürzlich stattgefundenes Treffen mit Winterthurer Boten in Diessenhofen.⁴⁷ Gut möglich, dass Götz Schultheiss im September 1407 entweder in Frauenfeld oder in Diessenhofen den Landvogt traf und als Sündenbock für das Burgrecht büssen musste. Nur – war damit die Ver-

antwortung für die Annäherung an Zürich geklärt und Winterthur wieder ein habsburgischer Ort?

Aus landesherrlicher Sicht spielte die Wahrung der herrschaftlichen Interessen mit der Einsetzung eines loyalen Rates im Frühjahr 1408 zweifellos eine wichtigere Rolle als die Ertränkung von Götz Schultheiss, die nicht unbedingt mit Wissen des Herzogs geschehen sein musste. Bei der Wahl der Ratsherren hingegen handelte der Landvogt wahrscheinlich in direktem Auftrag des Fürsten, der sich zu diesem Zeitpunkt in Konstanz aufhielt und die Verhältnisse in Winterthur sicher kannte.⁴⁸ Die Einflussnahme in Winterthur macht denn auch deutlich, mit welchen Mitteln die Herrschaft im Notfall ihre Interessen durchzusetzen und die städtische Politik zu steuern verstand. Die Erneuerung des Rates ging nämlich tiefer als sonst üblich. Neben Götz Schultheiss schieden vier weitere Ratsherren aus, Hans Thürr, Hans Nudung, Heinrich Sirnacher und Rudi Lochli – ein auffälliger Aderlass in einem zwölfköpfigen Rat. In Anlehnung an die »Klingenbergerchronik«, die von Opposition gegen den Abschluss des Burgrechtes mit Zürich berichtet, kann diese Erneuerung des Rates nicht nur als Zeichen habsburgischer Macht, sondern auch als Indiz für eine Spaltung von Rat und Stadt verstanden werden. Praktisch alle der 1408 ausgeschlossenen Ratsherren urkundeten wiederholt mit Götz Schultheiss zusammen.⁴⁹ Zu dieser »Fraktion« gehörte zudem Hans Bassersdorf, der als Stadtknecht die rechte Hand und gelegentlich Statthalter des Schultheissen war und deshalb eng mit Götz Schultheiss zusammenarbeitete.⁵⁰ Da ist es kaum Zufall, dass Bassersdorf nach dem Richtungswechsel in den Dienst Zürichs trat – offensichtlich ohne Billigung Winterthurs, das die Güter des abtrünnigen Stadtknechtes in Haft legen liess – und sich im Frühjahr 1409 gegen das Gerede zur Wehr setzen musste, er hab die von Winterthur verraten und gang hie ob er die von Zürich oech verraten möcht!⁵¹ Auch der Sohn von Götz Schultheiss, Rudolf, zog noch vor Erreichen der Volljährigkeit nach Zürich, wo er um 1430 Schultheiss wurde und langsam in die Führungsgruppe aufstieg.⁵² Diese Indizien weisen darauf hin, dass eine Gruppe um Götz Schultheiss sich 1407 tatsächlich auf Zürich auszurichten begann.

Die Ersetzung des Rates 1408 richtete die Winterthurer Politik neu aus; Zürich war nicht mehr der (schwergewichtige) Partner, sondern ein Gegner geworden. Mit der Festigung der habsburgischen Landesherrschaft in der Ostschweiz orientierte sich die Limmatstadt wieder stärker auf die Eidgenossenschaft. Spannungen mit den umliegenden österreichischen Gebieten waren die Folge, so auch mit Winterthur, das vergeblich von Zürich Recht forderte und schliesslich Zürcher Knechte gefangennahm oder berauben wollte.⁵³ In diesen unsicheren Zeiten erwies sich Habsburg bei seinen Eingriffen in die Winterthurer Politik als erstaunlich flexibel. Auf der einen Seite wurden missliebige Ratsherren ausgeschlossen, auf der anderen Seite ausgerechnet den Handwerkern grösseren Einfluss eingeräumt. Wochen nach der Neubesetzung des Rates legte das Regiment fest, dass jedes Handwerk eine Person delegieren könne, die zusammen mit Schultheiss und Ratsvertretern von der statt wegen rechnung innemen sont – eine Aufgabe, die Gross- und Kleinrat bisher alleine gehandhabt hatten.⁵⁴ Mit dieser Neuerung, die kaum ohne habsburgische Billigung eingeführt wurde, gewannen die Hand-

werke grösseren Einfluss auf die Politik, ohne dass sich Winterthur aber zu einer eigentlichen Zunftstadt entwickelt hätte.

Die Einbindung von Gruppierungen, die von der politischen Entscheidungsfindung bisher ausgeschlossen waren, entsprach einer geschickten taktischen Massnahme, um die Situation in Winterthur nach dem Richtungswechsel vom Frühjahr 1408 zu beruhigen. Eine zweite Massnahme, die allerdings schon etwas früher einsetzte, bestand in der »Delegation« besonderer Vertrauensleute in den Rat. Bereits bei den Wahlen 1407, also noch vor Abschluss des Burgrechtes, tauchen zwei Personen auf, die zwar aus Winterthur stammten, bisher aber kaum in der Stadt in Erscheinung getreten waren. Diese beiden Männer, Hans von Sal und Heinrich von Huntzikon, zählten in den folgenden Jahrzehnten zu den einflussreichsten Winterthurer überhaupt. Hans von Sal war der Bruder des am Stoss umgekommenen Laurenz von Sal und könnte sich, da praktisch nie in Ostschweizer Quellen erwähnt, bis 1405 in habsburgischen Diensten aufgehalten haben.⁵⁵ Heinrich von Huntzikon, der 1407 – ohne je Rats herr gewesen zu sein – direkt das Schultheissenamt übernahm, stammte aus einer Winterthurer Ratsherrenfamilie mit habsburgischen Lehen. Während sein Bruder Johannes, Chorrherr im Stift Heiligberg, Pfründen im Südtirol erhielt, trat Heinrich in den habsburgischen Dienst, wurde Pfleger der Burg Tirol bei Meran und später Küchenmeister von Herzog Friedrich.⁵⁶ Im Herbst 1406 verliess er das fürstliche Gefolge und erwarb umfangreichere österreichische Pfänder in der Grafschaft Kyburg, um sich dann in Winterthur niederzulassen. Dem Hause Habsburg eng verbunden, hatten die beiden mit dem Einsitz im Rat die herrschaftlichen Interessen in Winterthur zu wahren. Wie weit sie am wenige Wochen später abgeschlossenen Burgrecht mit Zürich beteiligt waren, muss offen bleiben. Die Tatsache allerdings, dass Heinrich von Huntzikon 1408 als Schultheiss nicht im Amt blieb, könnte durchaus als (vorübergehendes) Zeichen herrschaftlichen Misstrauens gewertet werden.

Ohne die Situation in der Ostschweiz wirklich unter Kontrolle zu bringen, gelang es Herzog Friedrich in Winterthur, mit verschiedenen Massnahmen 1408 Ruhe und Ordnung zu schaffen. Damit kamen die Turbulenzen der Appenzellerwirren innerhalb der Stadtmauern an ein Ende, der Ort blieb – wenigstens bis zum Zusammenbruch der österreichischen Herrschaft 1415 in den Vorlanden – habsburgisch. Das Wissen um die Bedrohung und die Opfer hingegen dauerte fort. Hatte bereits der Burgrechtsvertrag von 1407 bemerkt, dass Winterthur durch der selben ir herschaft willen lip und guot gewaget und wê getan hettin, so wies noch der Zürcher Chronist Johannes Stumpf in der Mitte des 16. Jahrhunderts auf das besondere Verdienst der Bürgerschaft hin, die der herrschafft von oesterreich zedienst nit allein jr eer, guot und bluot unverdrosenlich dargespannen, sonder auch etwan darmit jr statt und gemeinen nutz hoch beschwärt hätten.⁵⁷ Wie selbstverständlich war jedoch dieses Verdienst, das keineswegs nur Winterthur zuzuschreiben wäre und das auf die Kehrseite allzu grosser Herrschaftstreue hinweist?

Für die Beziehungen zwischen Winterthur und Habsburg stellte der Appenzellerkrieg zweifellos eine harte Probe dar, die Aufschluss gibt auf das schwierige Zusammengehen von Landstadt und Stadtherrschaft. Der Freiraum einer Stadt hing massgeblich von der Präsenz des

Stadtherrn ab. Im Falle der Ostschweiz in den Jahren vor und nach 1400 bestimmten grosse Schwankungen die Intensität der Landesherrschaft; die Herrschaftsverhältnisse unterlagen einem raschen Wandel. Regionale, landesherrliche und städtische Perspektive standen aber immer in unmittelbarer Nachbarschaft. War Habsburg an einer loyalen Stadt interessiert, die als Zentrum der regionalen Verwaltung dienen und Truppen wie Geld stellen konnte, so stand für den Winterthurer Rat die Wahrung von Frieden als Grundlage von Prosperität und (bescheidener) Autonomie im Vordergrund. Schliesslich kamen auch persönliche Interessen einzelner Protagonisten der städtischen Politik ins Spiel, die sich nicht allein Habsburg, sondern auch anderen Mächten und Personen gegenüber verpflichtet fühlten. Erst der Druck der kriegerischen Ereignisse liess diese unterschiedlichen Vorstellungen und Bindungen deutlicher hervortreten und schliesslich in eine Eskalation münden.

Entgegen den Erwartungen scheint die Schlacht am Stoss trotz des Blutzolls des Winterthurer Aufgebots die Stadtherrschaft kaum nachhaltig beeinflusst zu haben. Kriegsdienst für den Fürsten war Teil der städtischen Pflicht und – allen bewusst – mit Gefahren verbunden, ohne dass Widerstand dagegen bekannt geworden wäre. Spätestens 1411 zog bereits wieder ein Winterthurer Aufgebot unter dem habsburgischen Landvogt zusammen mit Truppen aus anderen ostschweizerischen Städten vor Rheineck, das vorübergehend von den Appenzelern besetzt worden war.⁵⁸ Notfalls sorgten herzogliche Gunstbeweise wie eine neue Stadtverfassung in Schaffhausen oder das Rapperswil gewährte Privileg, den Schultheissen selber wählen und Ausburger aufnehmen zu können, für die Loyalität der Bürgerschaft in Krisenzeiten.⁵⁹

Entscheidender war hingegen das offensichtliche Versagen Habsburgs, die Unruhen zu beenden. Spätestens mit dem Vorstoss appenzellischer Truppen bis vor die Tore Winterthurs stand die Legitimität der Landesherrschaft auf dem Spiel; als Antwort wurde mit Zürich ein Burgrecht abgeschlossen. Eine neue, bisher nie zur Diskussion gestandene Option trat damit in die städtische Politik, eine Option, die auch andere habsburgische Parteigänger wählten. Erst mit der familieninternen Regelung der Herrschaftsverteilung und dem Sieg bei Bregenz konnte Herzog Friedrich jene Stärke markieren, die bereits früher erwartet worden war. Die Ausschaltung der »zürcherischen« Fraktion im Kleinrat und Zugeständnisse an die Handwerke, verbunden mit einer klaren Position gegenüber Zürich, bereinigte die Situation in Winterthur, das damit wieder auf einen klar habsburgischen Kurs einschwenkte.⁶⁰

Wie wichtig der Stadtherrschaft die Kontrolle der städtischen Verfassung und des Rates war, zeigen die mit den Appenzellerkriegen indirekt verknüpften Vorgänge einige Jahre später. 1413/14 beurteilte ein habsburgisches Schiedsgericht einen Streit zwischen Winterthur und Personen, die trotz eines früher geleisteten Versprechens versucht hatten, im Rat Einsitz zu nehmen. Dabei handelte es sich bezeichnenderweise um jene Ratsherren, die 1408 unter dem Druck des Landvogtes ausgeschlossen worden waren – die städtische Gemeinde blieb offensichtlich gespalten. Die Richter legten dabei unmissverständlich fest, dass Änderungen an diesem Verfassungsbrief nur von der Herrschaft, nicht aber von der Stadt vorgenommen werden könnten.⁶¹

Mit der Wiederherstellung des städtischen Friedens und der (vorübergehenden) Festigung der österreichischen Landesherrschaft schienen die Appenzellerwirren in Winterthur und in der Ostschweiz rasch überwunden. Eine Erinnerung blieb jedoch bestehen. Als die vier eidgenössischen Schirmorte nach dem Rorschacher Klosterbruch 1490 gegen St. Gallen und Appenzell zogen, verstärkten auch Winterthurer die zürcherischen Truppen. Seit 1467 unter der Hoheit der Limmatstadt, stand Winterthur damit auf der Seite der Sieger und brachte bei den Friedensverhandlungen zusammen mit Schaffhausen und Sargans die Forderung vor, Appenzell müsse ihre *paner oder fenly haruss [...] geben*.⁶² Bei dieser Fahne konnte es sich nur um jenes Feldzeichen handeln, das laut Chroniken am Stoss verloren gegangen war. Appenzell lehnte zwar eine vertraglich festgelegte Rückgabe der Beutestücke ab, sicherte aber bei einer freundlichen Bitte sein Entgegenkommen an. Damit verschwand diese Angelegenheit aus den freundeidgenössischen Akten und verlief wohl im Sand, wie ein Augenschein in Appenzell zeigt. Bis zum Neubau der Pfarrkirche St. Mauritius 1822/23 hingen verschiedene heute im Historischen Museum aufbewahrte Beutefahnen in der Hauptkirche des Landes, allerdings seit der Mitte des 17. Jahrhunderts als Kopien, da die allzu schadhafte Originale ersetzt werden mussten.⁶³ Darunter befinden sich auch die Banner von Feldkirch und Winterthur. Heraldisch bei der Erneuerung von 1640 nicht ganz korrekt wiedergegeben, steht die Kopie der Winterthurer Fahne heute weniger für ein Siegeszeichen denn für ein Mahnmal an eine Zeit, die weit über das Appenzellerland hinaus ihre Spuren hinterlassen und die Grundlagen zu einer langfristigen Neuausrichtung von Stadt und Politik gelegt hat. Mit der Krise zu Beginn des 15. Jahrhunderts begann für Winterthur – zumindest aus dem Rückblick – der Jahrzehnte dauernde und nicht unbedingt freiwillig verlaufende Weg vom habsburgischen Thurgau zu Zürich. Waren die Opfer für die Herrschaft damit umsonst?

ANHANG

Kopialheft mit Abschriften eines Briefwechsels zwischen Graf Hermann von Sulz, österreichischer Landvogt, und Zürich; Ende April/Anfang Mai 1408. Insgesamt vier Papierblätter, von einer Hand geschrieben, ca. 30 auf 21 cm gross.

Tiroler Landesarchiv Innsbruck Sigmundiana 4b.55 Nr. 14

Graf Hermann von Sulz schreibt am 25. April (Markustag) an Zürich:

Zürich hatte ihm geschrieben, dass es gerne mit dem Herzog von Österreich tagen wolle nach den Artikeln des Friedbriefes, der oft gebrochen worden sei. Der Landvogt hat den Herzog entsprechend informiert; jener beklagt sich allerdings darüber, »wie dz ir [Zürich, P. N.] dz gar vast und groblich an jm getaen habint und noch taeglich tuegint, besunder so habint ir

jm sin herren, ritter und kneht, stett doerffer, land und lût ze burger empfangen und habint jm die gewaltecklich vor, wider des fridbriefs lût und sag, den er von ûch versigelt haet, der doch gar luter und klaerlich wiset, dz ir minem gnedigen herren von Oesterreich etc. keinen ze burger empfahren soellint, denn der by ûch jn ûwer statt sesshaft sige«. Der Herzog sei bereit, den Inhalt des Friedbriefes und damit die gegenseitigen Verpflichtungen von König Ruprecht klären zu lassen. Ziehe Zürich nicht mit, wolle er deswegen Klage vorbringen. Der Graf bittet um eine schriftliche Antwort.

Graf Hermann schreibt am 25. April (Markustag) an Zürich:

Er hatte Zürich geschrieben wegen den Leuten von Winterthur; Zürich wollte jedoch keine Antwort geben, weil zuviele Ratsherren abwesend seien. Da dies schon einige Zeit zurückliege, bittet er erneut um eine Antwort. »Verzugint ir dz aber füro mer, so duchte die obgenannten von Wintertur, wie ir nit gueten willen noch meinung zue jnen hettint, und woeltint ouch davrum ravn haben, was jnen darzue geburte ze tuend.« Gegeben zu Winterthur.

Graf Hermann schreibt am 25. April (Markustag) an Zürich:

Er hatte von einem lieben »fründ« vernommen, »wie dz die ûwern [die Zürcher, P. N.] soelliche wort redint, da mit jch nit sicher syg vor ûch und den ûwern umb dz, dz ich geheissen und enpfolhen hab Goetz Schultheissen von Wintertur ertrenken, der ein verschulten man gewesen ist gen miner gnedigen herrschaft von Oesterreich etc, von soellichs unredlichs handels wegen, so er getan havt«. Er wünscht von Zürich zu wissen, ob er sicher gesagt werde. Erhält er nicht unverzüglich eine Antwort, will er seinerseits Zürich nicht sicher sagen. Gegeben zu Winterthur.

Diese obgeschriebene Briefe sandte Graf Hermann in einem Mal nach Zürich. Darauf erhielt er folgenden Brief:

Die Boten von Bern, Solothurn, Luzern, Zug, Uri, Schwyz, Unterwalden und Glarus, die jetzt in Zürich versammelt sind, schreiben dem Landvogt am 24. April (Dienstag nach Georg) 1408:

Ihre guten Freunde und Eidgenossen, der Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich, hatten ihnen vor kurzem geklagt, dass ihnen von der Herrschaft Österreich viel Schlechtes geschehen sei und immer noch geschehe. Zürich bat deswegen die Eidgenossen um Hilfe und Rat. Sie schlagen jetzt dem Landvogt einen freundlichen Tag im Kloster Fahr [zwischen Zürich und Baden, P. N.] vor. Zürich und die Eidgenossen seien »zueinander mit eyden und gelübten verbunden ewenlich, dz wir jnen und sie uns sullen und muoßen ietweder teyl dem ander bystaendig und hilfflichen sin navch der geschwornen buntbriefen wisung, die wir gen einander haben«. Deshalb bitten sie den Landvogt, zu einem Tag nach Fahr zu kommen und Räte der Herrschaft Österreich mitzunehmen. Er soll den Tag vorher Luzern ankünden, so dass alle Eidgenossen ihre Boten dorthin schicken können. Auf diese Weise soll der Streit beigelegt und grosser Schaden vermieden werden. Beide Parteien sollen einander für den Tag sicher sagen. Die Boten bitten um eine schriftliche Antwort. Besiegelt von Rudolf von

Rot von Luzern, Walter Reuler, Altamann von Uri, und Albrecht Vogel, Ammann zu Glarus.

Die Antwort des Landvogts an die eidgenössischen Boten vom 28. April (Samstag nach Markus):

Die eidgenössischen Boten hatten ihm geschrieben wegen der Klage Zürichs gegen die Herrschaft Österreich und ihn aufgefordert, mit Räten nach Fahr zu kommen. Er hatte jedoch, noch bevor er den Brief der eidgenössischen Boten erhalten hatte, im Namen Habsburgs Zürich zu einem Rechtstag vor den Römischen König aufgefordert, zu dem beide Parteien gehören; er legt eine Abschrift dieses Briefes bei. Er bittet nun die Boten, Zürich anzuweisen, vor den König zu kommen, damit »land und lût in frûntschafft, friden und eren belib«. Ausgestellt in Winterthur.

Bürgermeister und Rat von Zürich schreiben dem Landvogt am 28. April 1408 (Samstag vor Maitag):

Er hatte Zürich geschrieben, dass er von einem »fründ« gehört habe, das er vor den Zürchern nicht sicher sei. Darauf möchte Zürich antworten: »villicht ist es îwern gnawden ouch wol ze wissent, dz wir und die unsern uß unser herrschaft von Oesterreich stetten und land und wider dar jn angriffen und geschadget werdent, dz doch luter wider den frid ist.« Zürich wolle aber mit ihm und den Seinen nur Gutes zu schaffen haben; solange es ihm nicht ehrbar absage, sei er sicher. Es erwarte aber auch Sicherheit von seiner Seite, solange keine Absage erfolge. Zürich könne dabei aber nur für sich sprechen und nicht für jene, die sonst mit Österreich zu tun haben. Es hat die zwei Briefe von ihm erhalten mit der Klage über die Verletzung des Friedens und der Vorladung vor den Römischen König sowie mit der Klage Winterthurs. Es will beide Briefe den eidgenössischen Boten vorlegen und deren Rat einholen, da jene ebenfalls in den Frieden einbezogen sind. Der Landvogt schulde Zürich übrigens noch 200 Gulden, die es ihm vor einiger Zeit ausgeliehen hatte. Es sendet ihm jetzt eine Abschrift des Schuldbriefes, nachdem der Landvogt Genugtuung zugesichert hatte. Falls er jemand mit der Tilgung der Schuld beauftragt habe, sei dies bisher nicht geschehen. Zürich bittet nochmals um Rückzahlung des Geldes oder um Leistung der üblichen Pflichten und wünscht eine schriftliche Antwort beim Boten.

Graf Hermann von Sulz schreibt am 29. April 1408 (Sonntag vor Maitag) an Zürich:

Er hatte Zürich geschrieben, die Sache mit dem Friedbrief vor König Rupprecht zu bringen, weshalb er sich wundert, dass es ihm antworte, den Streit vor die Eidgenossen zu tragen. Das bringe seiner Herrschaft grossen Schaden, zumal weiterhin Zugriffe geschehen, »mit sunderheit von den, die ir nit zeschirmen haend vor miner herrschaft navch des friedbriefs lut und sag.« Wolle Zürich tatsächlich die Sache verziehen, wisse er nicht, wie er sich den Friedensbrecher gegenüber verhalten solle und überhaupt auf Hilfe Zürichs zählen könne. Ausgestellt in Rapperswil.

Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich schreiben am 1. Mai (Maitag) 1408 dem Landvogt: Zürich habe erfahren, dass der Landvogt die Städte im Aargau aufgefordert habe, Zürich keinen Kauf zu geben – entgegen seiner Zusicherung gegenüber dem Zürcher Boten in Baden, freien Kauf zu gewähren. Es selber hätte niemand den Kauf verweigert, ausser jetzt, als es eingeführtes Korn in Zürich beschlagnahmte, nachdem es erfahren hatte, dass den Seinen der Kauf verweigert werde. Zürich bittet um Antwort in Bezug auf den Kauf.

Graf Hermann schreibt am 2. Mai 1408 (Mittwoch nach Maitag) an Zürich:

Antwortet Zürich auf dessen Schreiben wegen des freien Kaufes und seines Versprechens an den Boten in Baden. Er sichert Zürich den freien Kauf nach Wortlauf des Friedbriefes zu. Er erinnert es aber daran, dass er es gemäss Friedbrief im Namen Habsburgs wegen Verstössen zu einem Rechtstag aufgefordert habe, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben. Er wünscht einen Austrag der Sache, »besunder von der von Wintertur wegen, die jr vechent und nit sicher sagen wend nouch ußsorgen laßen, dz doch gentzlich wider den friden ist.« Er wundert sich über das Verhalten Zürichs und über das Verzögern eines Rechtstages und sieht keine Notwendigkeit, auf den letzten Brief zu antworten, solange Österreich von Zürich nicht »wandel und kerung« geschehe. Ausgestellt in Rapperswil.

Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich schreiben am 3. Mai 1408 (Feria quinta post Philippi et Jacobi) dem Landvogt:

Der Landvogt hatte Zürich geschrieben in Bezug auf Leute, die Zürich wider den Friedbrief schirme. Zürich wünscht nun Namen, da es nicht wisse, auf wen er sich beziehe, und sichert anschliessend eine ausführlichere Antwort zu. Es bittet um Antwort beim Boten.

Graf Hermann von Sulz schreibt am 3. Mai 1408 (Crucis) an Zürich:

Zürich wünschte die Namen jener Leute, die es nicht zu schirmen habe. Er meine alle diejenigen, »si ir [Zürich, P. N.] ze burger empfangen havnd, es sygent herren, ritter oder knecht, stett, doerffer, land und lût, die nit hus und hablich in ûwer statt Zürich seßhaft sind, die jr nit ze schirmend havnd navch des fridbriefs wisung.« Verstehe Zürich den Friedbrief anders, so sei er gerne bereit, der Stadt in Fahr den Wortlaut erläutern zu lassen. Ausgestellt in Rapperswil.

Anschrift des Verfassers:

Peter Niederhäuser, lic. phil. I, Brauerstr. 36, CH-8400 Winterthur

ANMERKUNGEN

* Der Aufsatz beruht auf einem vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Projekt über »städtische Führungsgruppen und regionale Verflechtungen im Spätmittelalter am Beispiel von Winterthur«. Für kritische Anmerkungen danke ich Andreas Meyerhans und Rudolf Gamper.

1 Die Chronik des Laurencius Bosshart von Winterthur, 1185–1532. Hg. von Kaspar HAUSER (Quellen zur schweizerischen Reformationgeschichte III) Basel 1905, S. 20f.

2 Die Klingenberger Chronik. Hg. von Anton HENNE, Gotha 1861, S. 161. Zum Umfeld dieser Chronik neuerdings GAMPER, Rudolf: Der Adel in den Zürcher Chroniken, in: Niederhäuser, Peter (Hg.): Alter Adel – neuer Adel? Zürcher Adel zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 70) Zürich 2003, S. 125–141.

3 WINKLER, Gerhard: Die Chronik des Ulrich Tränkle von Feldkirch, in: Geschichtsschreibung in Vorarlberg. Katalog der Ausstellung (Ausstellungskatalog des Vorarlberger Landesmuseums 59) Bregenz 1973, S. 11–48, hier S. 35. Auch NIEDERSTÄTTER, Alois: »... dass sie alle Appenzeller wolten sin«. Bemerkungen zu den Appenzellerkriegen aus Vorarlberger Sicht, in: Schrr VG Bodensee 110 (1992), S. 10–30, hier S. 18.

Für die Geschichte des Appenzellerkriegs sei zudem grundsätzlich verwiesen auf FISCHER, P. Rainald/SCHLÄPFER, Walter/STARK, Franz: Appenzeller Geschichte. Zur 450-Jahrfeier des Appenzellerbundes 1513–1963, Bd. 1: Das ungeteilte Land (Von der Urzeit bis 1597), Appenzell 1964; BILGERI, Benedikt: Der Bund ob dem See. Vorarlberg im Appenzellerkrieg, Stuttgart u. a. 1968; BLICKLE, Peter (Hg.): Aufruhr und Empörung? Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich, München 1980; STETTLER, Bernhard: Landfriedenswahrung in schwieriger Zeit – Zürichs äussere Politik zu Beginn des 15. Jahrhunderts, in: Aegidius Tschudi, Chronicon Helveticum, 7. Teil. Bearb. von Bernhard Stettler (Quellen zur Schweizer Geschichte, n. F., 1. Abt. Chroniken, Bd. VII/7) Bern 1988, S. 11*–119*; BLICKLE, Peter/WITSCHI, Peter (Hg.): Appenzell – Oberschwaben. Begegnungen zweier Regionen in sieben Jahrhunderten, Konstanz 1997; SABLONIER, Roger: Schweizer Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert. Staatlichkeit, Politik und Selbstverständnis, in: Wiget, Josef (Hg.): Die Entstehung der Schweiz. Vom Bundesbrief 1291 zur nationalen Geschichtskultur des 20. Jahrhunderts, Schwyz 1999, S. 9–42. Und aus Winterthurer Sicht: HAUSER, Kaspar: Winterthur zur Zeit des Appenzellerkrieges, Winterthur 1899.

4 Hinweise bei STERCKEN, Martina: Kleine Städte und Landesherrschaft. Stadtgenese und habsburgischer Landesausbau zwischen Bodensee, Rhein und Alpen im 13. und 14. Jahrhundert, Habilitationsschrift (Typoskript), Zürich 2002, S. 263f. Allgemein: KIRCHGÄSSNER, Bernhard/SCHOLZ, Günter: Stadt und Krieg (Stadt in der Geschichte, Bd. 15; Arbeitstagung/Südwestdeut-

scher Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung 25) Sigmaringen 1989.

5 NIEDERSTÄTTER (wie Anm. 3), S. 20–22.

6 Zu Herrschaft und Raum neuerdings STERCKEN, Martina: Klein-stadtgenese und herrschaftliche Raumerfassung in habsburgischen Gebieten westlich des Arlbergs, in: Moraw, Peter (Hg.): Raumerfassung und Raumbewusstsein im späteren Mittelalter (Vorträge und Forschungen XLIX), Stuttgart 2002, S. 233–273, und ZANGGER, Alfred: Zentrale Orte der St. Galler Klosterherrschaft im hohen und späten Mittelalter, in: Gilomen, Hans-Jörg/Stercken, Martina (Hg.): Zentren. Ausstrahlung, Einzugsbereich und Anziehungskraft von Städten und Siedlungen zwischen Rhein und Alpen, Zürich 2001, S. 157–164. Stellvertretend für die Literatur zur habsburgischen Herrschaft sei verwiesen auf MEYER, Werner: Die Verwaltung des Reiches und des Hauses Habsburg-Österreich im Gebiete der Ostschweiz 1264–1460, Affoltern/Albis 1933, MARCHAL, Guy P.: Sempach 1386. Von den Anfängen des Territorialstaates Luzern. Beiträge zur Frühgeschichte des Kantons Luzern. Mit einer Studie von Waltraud Hörsch: Adel im Bannkreis Österreichs, Basel 1986, KÖHN, Rolf: Regesten zu den beiden ältesten Registern Herzog Friedrichs IV. von Österreich, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 1994, S. 41–99, LACKNER, Christian: Hof und Herrschaft. Rat, Kanzlei und Regierung der österreichischen Herzöge (1365–1406) (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 41) Wien/München 2002, und für den ereignisgeschichtlichen Überblick BAUM, Wilhelm: Die Habsburger in den Vorlanden 1386–1486. Krise und Höhepunkt der habsburgischen Machtstellung in Schwaben am Ausgang des Mittelalters, Wien u. a. 1993.

7 Für die Winterthurer Geschichte weiterhin grundlegend: GANZ, Werner: Winterthur. Einführung in seine Geschichte von den Anfängen bis 1798 (292. Neujaahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur) Winterthur 1960. Für eine Neueinschätzung aus habsburgischer Sicht siehe Literatur unter Anm. 6; zu Winterthur im Spätmittelalter ist vom Autor eine Dissertation in Vorbereitung.

8 Staatsarchiv Zürich (StAZ) A 239 Nr. 1; abgedruckt in: Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen (UBSG). Bearbeitet von Hermann Wartmann, Bd. IV, St. Gallen 1892, Nr. 2341, und im Appenzeller Urkundenbuch (AUB), 1. Band, bis zum Eintritt Appenzells in den Bund der Eidgenossen 1513. Bearbeitet von Traugott SCHIESS, Trogen 1913, Nr. 227.

9 Die Zahl der Haushalte erschliesst sich indirekt durch eine »Harnischanleihe« von 1405, auf die noch zurückzukommen ist und die knapp 300 Winterthurerinnen und Winterthurer mit Waffen auflistet; abgedruckt in HAUSER (wie Anm. 3), Beilage 2. Auf eine ähnliche Zahl von Bewohner weist der erste erhaltene Steuerrodel aus den 1440er Jahren hin, der rund 330 steuerpflichtige

Häuser sowie gegen 150 »Hausleute«, also Mieter und wohl auch Dienstpersonal, auflistet: Stadtarchiv Winterthur (StAW) B 3f/121.
 10 AUB (wie Anm. 8), Anhang 3, S. 721. Zum städtischen Kriegsgedenken (mit weiterführenden Literaturhinweisen) siehe Graf, Klaus: Schlachtengedenken in der Stadt, in: Kirchgässner/Scholz (wie Anm. 4), S. 83–104, und GRAF, Klaus: Schlachtengedenken im Spätmittelalter. Riten und Medien der Präsentation kollektiver Identität, in: Altenburg, Detlef/Jarnut, Jörg u. a. (Hg.): Feste und Feiern im Mittelalter, Sigmaringen 1991, S. 63–69.

11 StAW, Ki 50, F. 48, 57, 138, 143f., 157 und 177. Zum Teil erfasst bei Schneller, Joseph: Jahrzeitenbücher des Mittelalters, 9. der St. Laurenzen-Kirche in Winterthur, in: Der Geschichtsfreund. Mittheilungen des historischen Vereins der fünf Orte 14 (1858), S. 193–218. Auch HAUSER (wie Anm. 3), S. 26f.

12 StAW, B 2/1, F. 2–3v; abgedruckt bei HAUSER (wie Anm. 3), Beilage 2, und Kommentar S. 21f. »Anleiten« oder »anlegen« kann »besteuern, einen Steueranteil belasten« bedeuten: Schweizerisches Idiotikon. Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache, Bd. III, Frauenfeld 1985, Sp. 1181 und 1494f. Ob allenfalls die Harnischanleite einer Harnischschau gleichkommt, muss offen bleiben. Zur Begrifflichkeit auch SCHNEIDER, Hugo: Beiträge zur Geschichte der zürcherischen Bewaffnung im 16. Jahrhundert, Diss. Zürich 1942, S. 46–63.

13 StAZ C II 16 Nr. 240f.; StAW Urkunden Nr. 423 und 397a, abgedruckt in AUB (wie Anm. 8) Nr. 2359. Weitere Hinweise wie Abrechnungen mit Waisen im Ratsprotokoll: StAW B 2/1, F. 11, 11v, 14v, 15. Für die folgenden Ausführungen auch HAUSER (wie Anm. 3).

14 StAW B 2/1, F. 7–9; abgedruckt in: AUB (wie Anm. 8), Anhang Nr. 4, S. 722f. Für den städtischen Haushalt fehlen bis weit in die Neuzeit hinein Überblickszahlen, als Orientierung lohnend FOUQUET, Gerhard: Die Finanzierung von Krieg und Verteidigung in oberdeutschen Städten des späten Mittelalters (1400–1500), in: Kirchgässner/Scholz (wie Anm. 4), S. 41–82.

15 StAW B 2/1, F. 6f.; abgedruckt in AUB (wie Anm. 8) Anhang Nr. 4, S. 722.

16 HAUSER (wie Anm. 3), S. 31f.; zu den Herren von Sal und Hünikon (veraltet): Stauber, Emil: Die Burgen des Bezirkes Winterthur und ihre Geschlechter (285. Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur), Winterthur 1953, S. 123–134 und 229–256; zu den Hünikon neuerdings knapp: LEONHARD, Martin/NIEDERHÄUSER, Peter: Zwischen Autonomie und Einbindung. Adlige Witwen im Spätmittelalter, in: Niederhäuser (wie Anm. 2), S. 105–113, hier S. 106.

17 Zu den Sal siehe STAUBER (wie Anm. 16). Die »Erfolgsgeschichte« der Familie um 1400 relativiert Rückschlüsse über alte und neue Führungsschichten und die »Verbürgerlichung« des Adels, vgl. STERCKEN, Martina: Bürger als Akteure: Zum Verhältnis von habsburgischen Landesherren und ihren Städten zwischen Oberrhein und Alpen im 13. und 14. Jahrhundert, in: Das Markgräfler-

land. Burgen, Märkte, kleine Städte. Mittelalterliche Herrschaftsbildung am südlichen Oberrhein (Das Markgräflerland 2) 2003, S. 141–163, hier S. 154f., mit Verweis auf Meyer (wie Anm. 6), S. 208. Verzeichnis der Winterthurer Schultheissen (nicht immer korrekt) bei ZIEGLER, Alfred: Albanitag und Albanifeier in Winterthur 1264–1874. Ein Beitrag zu Winterthurs Verfassungs- und Sittengeschichte (253. Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur) Winterthur 1919, S. 84–98.

18 Habsburgischer Rat: StAZ C II 4 Nr. 356, C II 13 Nr. 383f., und CV 61 Nr. 23; Urkunden zur Schweizer Geschichte aus österreichischen Archiven. Bearbeitet von Rudolf THOMMEN, Band 2: 1371–1410, Basel 1900, Nr. 314 und 323.

19 Zur Familie von Ems WELTI, Ludwig: Geschichte der Reichsgrafschaft Hohenems und des Reichshofes Lustenau (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs und Liechtensteins 4) Innsbruck 1930.

20 StAZ C II 7 Nr. 7 und C II 13 Nr. 380; THOMMEN (wie Anm. 18), Nr. 323; Die Regesten der Benedictiner-Abtei Pfäfers (sic!) und der Landschaft Sargans. Bearb. von Karl WEGELIN, Chur 1850, Nr. 316.

21 StAW Urkunden Nr. 328, 366 und 368; AUB (wie Anm. 8), Nr. 185; Fürstenbergisches Urkundenbuch, IV. Band. Bearb. von Sigmund RIEZLER, Tübingen 1879, Nr. 461, Anm. 3.

22 UBSG (wie Anm. 8), Nr. 2242 und 2305; AUB (wie Anm. 8), Nr. 185; StAW Urkunden Nr. 370–372, abgedruckt in UBSG (wie Anm. 8), Nr. 691. Und am 12. Mai 1404 vermittelten die Reichsstädte am Bodensee zwischen der Stadt St. Gallen und Laurenz von Sal sowie Hans von Seen: UBSG (wie Anm. 8), Nr. 714.

23 Zu den Herren von Seen: KLÄUI, Hans: Seen im Mittelalter (324. Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur), Winterthur 1993, S. 73–112. Der dort – ohne Beleg – als Mann der Klara von Seen erwähnte Ulrich von Rosenberg lässt sich urkundlich nicht nachweisen und taucht nur in der Gefallenenliste der Schlacht am Stoss auf, vgl. Klingenbergerchronik (wie Anm. 2), S. 161. Zu Klara von Rosenberg-Seen siehe StAW Urkunden Nr. 418 und 438. Eine Aufarbeitung der Geschichte der Herren von Rosenberg fehlt. Hinweise zu diesen Adligen auch in der zeitgenössischen Reimchronik: Reimchronik des Appenzellerkrieges (1400–1404). Hg. von Traugott SCHIESS, St. Gallen 1913, V. 618, 808, 855, 1972, 2435 oder 3655; im Kommentar (S. 20) wird Hans von Seen – ohne Beleg – als österreichischer Unterlandvogt im Thurgau bezeichnet.

24 UBSG (wie Anm. 8), Nr. 2164.1 und 2168; Vorarlberger Landesarchiv Bregenz, Archiv Hohenems, Urkunde Nr. 920.

25 Verlustliste in der Klingenbergerchronik (wie Anm. 2), S. 161.

26 Zum Burgrecht des Abtes: Die Briefe der Feste Baden. Hg. von Rudolf THOMMEN, Basel 1941, Nr. 1365; auch Klingenbergerchronik (wie Anm. 2), S. 159. Auf eine denkbare Hilfe Winterthurs für seinen geistlichen Bürger machte erstmals Tschudi aufmerksam: Chronicon (wie Anm. 3), S. 81. Der urkundlich nicht fassbare Tag

in Winterthur 1403/04 wird erwähnt in der Reimchronik (wie Anm. 23), S. 113.

27 Ereignisgeschichtlicher Rahmen bei NIEDERSTÄTTER (wie Anm. 3), S. 18ff., BILGERI (wie Anm. 3) und Chronicon (wie Anm. 3), S. 54*ff.

28 Abt in Winterthur: StAW Urkunden Nr. 397a und b, abgedruckt in UBSG IV (wie Anm. 8), Nr. 2359; Privilegien: StAW Urkunden Nr. 400f. (Zitat) und Tiroler Landesarchiv Innsbruck (TLA), *libri fragmentorum* I, F. 366. Eine vergleichbare Privilegienpolitik betrieben die Herzöge etwa gegenüber Schaffhausen und Rapperswil, die – zweifellos aus strategischen Gründen – ebenfalls in den Genuss von Gnaden kamen.

29 StAZ C I Nr. 255–259, 2670 und 3148 (Winterthur); zum Hintergrund siehe Chronicon (wie Anm. 3), S. 70*–78*, und HAUSER (wie Anm. 3), S. 59–64. Das Winterthurer Burgrecht ist abgedruckt in: UBSG IV (wie Anm. 8), Nr. 2400. Ob das Winterthurer Bündnis mit der angeblichen Verpfändung Rapperswils an Zürich zusammenhängt, muss offen bleiben; siehe THOMMEN (wie Anm. 18), Nr. 649.

30 Bonstetten: TLA *libri fragmentorum* I, F. 402v.

31 Klingenbergerchronik (wie Anm. 2), S. 164; zur nachträglichen historiografischen Ausschmückung siehe Chronicon (wie Anm. 3), S. 137f.

32 StAZ C I Nr. 3148, abgedruckt in: UBSG (wie Anm. 8), Nr. 2400. Siehe auch STERCKEN (wie Anm. 17), S. 146f., und HAUSER (wie Anm. 3), S. 59–62. Der Vorstoss der Appenzeller und Schwyzer findet interessanterweise nur im Winterthurer Burgrechtsbrief, nicht aber in anderen zeitgenössischen Schriftstücken Erwähnung.

33 Weder in Innsbruck noch in Wien finden sich von allfälligen kassierten Schriftstücken Spuren; in Winterthur sind nur Abschriften erhalten (StAW Urkunden Nr. 422 und 425). Übersehen wurde bisher jedoch, dass eine Abschrift das Burgrecht in der Zürcher (Nr. 422), eine in der Winterthurer Version (Nr. 425) wiedergibt. Die beiden Texte sind praktisch identisch, nur dass die Winterthurer Version das Stadtsiegel von Winterthur ankündigt. Die Winterthurer Version befindet sich in einem Kopialheft mit zumeist undatierten, wohl aber von 1407/08 stammenden Einträgen; der letzte datierte Eintrag stammt von Mitte April 1408. Es wäre deshalb durchaus denkbar, dass das Winterthurer Original, das entgegen der Usanz nie nach Zürich gelangte, vom Landvogt behändigt worden war. Die Überlieferungssituation steht in deutlichem Widerspruch zu einer um 1420 entstandenen Version der Zürcher Chronik, die Winterthur den Bruch des Burgrechts vorwirft und anfügt, dass *wir [Zürich] noch des guts brief hant mit ir [gemeint ist Winterthur, P. N.] insigel besiglet*; zitiert nach Chronicon (wie Anm. 3), S. 138. Die Burgrechtsbriefe der Adligen hingegen, die in Zürich aufbewahrt werden, weisen, wie eigentlich üblich, die Siegel der Adligen auf. Dass Zürich die Kassierung des Burgrechtsbriefes noch lange als Verrat empfunden hat, könnte auch dazu geführt haben, dass die Beziehungen der beiden Städte lange belastet

waren und die Verpfändung Winterthurs an Zürich 1467 ausgerechnet am 1./2. September verkündet wurde – ein Datum, das wohl kaum zufällig ausgewählt worden war.

34 StAW B 2/1, F. 18f. und 20v; UBSG IV (wie Anm. 8), Nr. 2403. Und noch 1419 erinnerte sich ein Leinenweber in Zürich daran, dass er in Zürich das Burgrecht mit Winterthur beschworen hatte: StAZ X 172/1 Nr. 235.

35 TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 11.

36 StAW B 2/1, F. 23.

37 Chronicon (wie Anm. 3), S. 138, das die Ertränkung des Schultheissen als spätere Zutat wertet.

38 HAUSER (wie Anm. 3), S. 79.

39 Nach Chronicon (wie Anm. 3), S. 138.

40 STERCKEN (wie Anm. 17), S. 147.

41 Zu Hermann von Sulz: RÉKA MÁTHE, Piroška: »Österreich contra Sulz 1412«. Verwaltung und Politik im Aargau unter Landvogt Graf Hermann von Sulz und der Streit um das Laufenburger Erbe, in: Argovia 99 (1987), S. 5–39; allgemein KÖHN, Rolf: Der Landvogt in den spätmittelalterlichen Vorlanden: Kreatur des Herzogs und Tyrann der Untertanen? in: Quarthal, Franz/Faix, Gerhard (Hg.): Die Habsburger im deutschen Südwesten. Neue Forschungen zur Geschichte Vorderösterreichs, Stuttgart 2000, S. 153–198. Kopialheft: TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 14 (siehe Anhang).

42 StAW B 2/1, F. 23f., und Urkunde Nr. 436; auch Chronicon (wie Anm. 3), S. 138. Rüdger war zu diesem Zeitpunkt vermutlich bereits Schreiber des Landgerichts Thurgaus und damit ein »Beamter« Habsburgs: StAW Urkunde Nr. 455; siehe Ziegler (wie Anm. 17), S. 88f.

43 TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 14, S. 1. Die Ertränkung von Götz Schultheiss geht noch aus einer zweiten, deutlich späteren Quelle hervor: In einem Streit scheint 1431 der reiche piemontesische Geldhändler Thomas Pelleta dem Sohn von Götz Schultheiss nachgerufen haben, er solle *sin vatter jm wasser suochen da er er-trenkt were...!* StAZ B VI 209, Bl. 314v.

44 Klingenberger Chronik (wie Anm. 2), S. 164.

45 StAW Urkunde Nr. 409.

46 StAW Urkunde Nr. 423: Götz Schultheiss sällig. Die Überlieferung ist allerdings nicht eindeutig: Die gleiche Urkunde, wie auch ein Schriftstück von Ende November (Nr. 424), führt unter den Namen der siegelnden Ratsherren den angeblich Verstorbenen auf. Und laut Ratsprotokoll rechnete Götz Schultheiss noch im Dezember 1407 mit dem Rat über Ritte und Kornlieferungen ab: StAW B 2/1, F. 21v. Dieser Widerspruch könnte einerseits mit einer nachträglichen Verschriftlichung von Rechtsgeschäften und der pauschalen Auflistung der gewählten Ratsherren, andererseits mit der auch an anderen Stellen zu beobachtenden »Ungenauigkeit« von Datierungen im Ratsprotokoll zusammenhängen. Nach Mitte Dezember 1407 taucht Götz Schultheiss auf jeden Fall in Quellen nicht mehr auf.

- 47 AUB (wie Anm. 8), Nr. 265 und 267; TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 11.
- 48 TLA libri fragmentorum I, F. 402f.
- 49 Hinweise auf eine engere Zusammenarbeit mit Götz Schultheiss: StAW Urkunden Nr. 399 und 420, sowie StAZ C II 16 Nr. 243. Dazu passt auch, dass Rudi Lochli später als Vogt des Sohnes von Götz Schultheiss amtierte: StAW Urkunde Nr. 459.
- 50 So zum Beispiel StAW Urkunden Nr. 379, 391 oder 418; Bassersdorf ist überdies mit Lochli verwandt: StAW Urkunde Nr. 364. Drei der vier ausgeschlossenen Ratsherren tauchen beziehungsweise im Frühsommer 1414 in einem binnenstädtischen Konflikt erneut auf, weil sie entgegen früherer Verzichtserklärungen versucht hatten, wieder im Rat Einsitz zu nehmen: StAW Urkunde Nr. 484 und StAZ C I Nr. 3149; siehe unten.
- 51 TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 17; StAZ B VI 200, F. 36. Bassersdorf ist 1410 und 1412 in den Zürcher Steuerbüchern erwähnt: Die Steuerbücher von Stadt und Landschaft Zürich des XIV. und XV. Jahrhunderts, Bd. II. Bearb. von Hans Nabholz und Edwin Hauser, Zürich 1939, S. 217 und 295.
- 52 Anscheinend zog Rudolf Schultheiss um 1411 nach Zürich, sein Vermögen blieb jedoch als Unterpfand in Winterthur: TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 16. Erste klare Erwähnung in Zürich: StAZ B VI 201, F. 91 (1412); auch Steuerbücher (wie Anm. 51), S. 380 (Ausburger, 1417) und 441 (1425). Liquidation des Winterthurer Besitzes 1425: StAW Urkunden Nr. 624f. Bezüglich Schultheissenamt kurzer Hinweis in: Bauhofer, Arthur: Geschichte des Stadtgerichts von Zürich, Zürich 1943, S. 204.
- Zum Umzug nach Zürich könnte der aus Winterthur stammende Rudolf Schultheiss, Chorherr an Propstei und Fraumünster, beigegeben haben, wohl ein Verwandter (Onkel?) des minderjährigen Rudolf, siehe MEYER, Andreas: Zürich und Rom. Ordentliche Kollatur und päpstliche Provisionen am Frau- und Grossmünster 1316–1523 (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 64) Tübingen 1986, S. 479. Eine Geschichte des im 16. Jahrhundert aussterbenden Geschlechts Schultheiss unterm/vom Schopf fehlt.
- 53 TLA Sigmundiana 4b.55 Nr. 14 und 16f.; zum Umfeld Chronicon (wie Anm. 3), S. 84*–99*. Ein anschauliches Bild der Krise nach der vorläufigen Beilegung der Appenzellerwirren zeichnen die Klageschriften von 1411: HOTTINGER, J. J.: Siebenzehn Beschwerdeschriften dem Herzog Friedrich von Oestreich (sic!) im Jahr 1411 aus seinen Herrschaften «der vordern Lande» eingereicht, in: Anzeiger für Schweizer Geschichte 6 (1849), S. 123–157.
- 54 StAW B 2/1, F. 24v. Zum Hintergrund nicht immer korrekt ROZYCKI, Marek: Die Handwerker und ihre Vereinigungen im Alten Winterthur (bis 1798) (279. Neujaahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur) Winterthur 1946, S. 13–17.
- 55 Bruder von Laurenz von Sal: StAZ W 1 Nr. 1067 und C II 7 Nr. 88.
- 56 StAW Urkunden Nr. 329 und 406; TLA Urkunden II Nr. 1490 und 1314. Später heiratete er ausgerechnet die Witwe von Götz Schultheiss, Verena Heggenzi – ein Schritt, um die Erinnerung an den »verräterischen« Schultheissen zu verdrängen oder zu instrumentalisieren? Siehe StAW Ki 50, F. 125.
- 57 UBSG (wie Anm. 8), Nr. 2400; STUMPF, Johannes: Gemeiner loblicher Eydgnoschaft stetten, landen und völkere chronick wirdiger thaaten beschreybung, Zürich 1547, 5. Buch, Bl. 110v.
- 58 WINKLER (wie Anm. 3), S. 40; Soldabrechnung in Generallandesarchiv Karlsruhe 67/1514, Bl. 67f.
- 59 Staatsarchiv Schaffhausen Urkunde Nr. 1447 (August 1405); Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien Allg. Urkundenreihe: Urkunden vom 17. Februar und 15. Dezember 1406, ebenso Stadtarchiv Rapperswil Urkunden Nr. 104 und 107. Dazu passt auch – gegenüber Winterthur – die oben erwähnte Verleihung von Bussen für den Bau (Befestigung) der Stadt und die Bestätigung der Privilegien: StAW Urkunden Nr. 401 und 408.
- 60 Siehe auch HAUSER (wie Anm. 3), S. 83–108, und Chronicon (wie Anm. 3). Über die Entwicklung in Winterthur nach 1450 und die Beziehungen zu Zürich siehe NIEDERHÄUSER, Peter: »Wider Gott, Ehre und Recht« – Die Belagerung von Winterthur 1460, in: Niederhäuser, Peter/Thalmann, Jörg/Waldvogel, Marianne (Hg.): Friedebüete in Winterthur. Von der Belagerung 1460 zum Freilichtspiel 2002, Zürich 2002, S. 9–27, und NIEDERHÄUSER, Peter: Zweien »gnädigen Herren« untertan: Das spätmittelalterliche Winterthur zwischen Österreich und Zürich, in: Zürcher Taschenbuch 1996, S. 135–175.
- 61 StAW Urkunden Nr. 484 und 491; Gegenbrief: StAZ C I Nr. 3149. Das erste Urteil ist abgedruckt in: Urkunden zur Schweizer Geschichte aus österreichischen Archiven. Bearbeitet von Rudolf THOMMEN, Bd. III: 1411–1439, Basel 1928, Nr. 39. Vgl. HAUSER (wie Anm. 3), S. 105–107. Die Haltung Habsburgs in bezug auf Verfassungsänderungen wurde allerdings auch vom Geldbeutel diktiert: Nachdem Herzog Friedrich 1405 Schaffhausen eine neue Verfassung bestätigt hatte, gewährte er dieser Stadt schon 1411 gegen eine Zahlung von 3000 Gulden die Gnade, herrschaftliches Recht an sich zu ziehen und selber Ordnungen zu setzen: Staatsarchiv Schaffhausen Urkunden Nr. 1447 und 1517.
- 62 AUB (wie Anm. 8), Nr. 1350; auch Nr. 1373 und 1386 sowie StAW Urkunde Nr. 1672.
- 63 FISCHER, P. Rinald: Die Kunstdenkmäler des Kantons Appenzell Innerrhoden (Die Kunstdenkmäler der Schweiz 74) Basel 1984, S. 210–215; auch BISCHOFBERGER, Hermann: Beutefahren aus Tirol und Vorarlberg. Zur Staatssymbolik des Landsgemeindekantons Appenzell I. Rh., in: Forschungen zur Rechtsarchäologie und Rechtlichen Volkskunde, 15. Festgabe der Internationalen Gesellschaft für Rechtliche Volkskunde für Nikolaus Grass zum 80. Geburtstag, Zürich 1993, S. 59–84; allgemein SCHMID, Regula: Fahngeschichten. Erinnern in der spätmittelalterlichen Gemeinde, in: Traverse 1999/1, S. 39–48.

Harald Rainer Derschka

MÜNZEN AUS EINER SPÄTMITTEL- ALTERLICHEN TRUHE

Ein Fund im Pfarrhaus von Büßlingen, Stadt Tengen,
Kreis Konstanz

Im Pfarrhaus von Büßlingen steht eine mächtige gotische Truhe, die in den Jahren 2002 und 2003 im Auftrag von Pfarrer Fritz Ott durch Angelika Greis in Konstanz umfassend restauriert wurde; dabei fanden sich in den Spannungsrissen des Holzes dreißig Münzen. Bei der Truhe handelt es sich um eine Stollentruhe aus Nußbaumholz; sie ist dicht mit Eisenbändern beschlagen, welche in lilienförmige Enden auslaufen. Im ursprünglichen Zustand war die Truhe nicht mit Farbe gefaßt; später erhielten die Eisenbänder einen roten und das Holz einen grünlichen Anstrich. Zwei (von ursprünglich drei) Überfallen sowie ein nachträglich eingebautes eisernes Schloß schließen die Truhe.¹

Die dreißig Münzen aus der Truhe bilden keinen geschlossenen Komplex; vielmehr gingen sie während ungefähr vier Jahrhunderten nach und nach zufällig verloren. Die solide Bauweise der Truhe läßt vermuten, daß sie zum Verwahren von Wertsachen diente; also mochte man in ihr auch Bargeld niedergelegt haben. Beim Hantieren mit den Münzen



Spätmittelalterliche Stollentruhe aus dem Pfarrhaus von Büßlingen

konnten insbesondere dünne Stücke leicht in den Ritzen verschwinden; da sie keinen allzu hohen materiellen Wert darstellten, mag ihr Verlust nicht bemerkt worden sein. Die Überlieferung mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Münzen durch Spalten und Risse im Holz kommt übrigens häufiger vor. Das prominenteste Vergleichsstück zur Büßlinger Truhe dürfte der frühneuzeitliche Opferstock aus der Dorfkirche von Rohr (Kreis Suhl) in Thüringen sein; aus seinen Ritzen konnten vor einigen Jahren insgesamt 143 Münzen, vornehmlich des 17. Jahrhunderts, geborgen werden.² Eine verwandte Fundgattung sind die Fundmünzen aus Gebäudehohlräumen, die für gewöhnlich durch Spalten in Holzböden in die Zwischendecken geraten.³

Die ältesten Fundstücke aus der Büßlinger Truhe gehören einem Münztyp an, der für die Münzprägung im Bodenseeraum vom späteren 12. bis ins frühere 14. Jahrhundert charakteristisch war: Es handelt sich um Bodenseebrakteaten, *denarii Constantiensis*, die nach dem Vorbild der bischöflich konstanztischen Pfennige einseitig auf dünnes Silberblech geprägt wurden; sie zeigen das Kennzeichen ihrer Münzstätte, umgeben von einem Wulstkreis und einem Perlkreis. Die Büßlinger Stücke gehören der letzten Emission in dieser Tradition an, dem Typ des Ewigen Pfennigs, welcher auf der Grundlage eines Vertrages zwischen dem Bischof und der Stadt Konstanz von 1295 bis 1335 geprägt wurde.⁴ Allerdings handelt es sich bei den Brakteaten aus der Büßlinger Truhe nicht um Pfennige, sondern um halbe Pfennige (Hälblinge), die dem alltäglichen Kleinverkehr dienten, nämlich um einen Hälbling der Reichsmünzstätte Lindau mit dem charakteristischen Lindenbaum (Nr. 4) und einen Hälbling der Abtei St. Gallen mit dem Gotteslamm (Nr. 13).⁵ Stilistisch eng verwandt ist ein vielleicht etwas jüngerer Hälbling aus Schaffhausen, erkennbar am typischen Schaffhauser Widder, der aus einem Torturm springt (Nr. 15).⁶

Im Verlaufe des 14. Jahrhunderts wurden diese Brakteaten als alltägliches Münzgeld im Bodenseeraum von den schwäbischen Hellern verdrängt.⁷ Ursprünglich waren das die Pfennige der – namengebenden – Reichsmünzstätte Schwäbisch Hall, wo in der Mitte des 12. Jahrhunderts eine Massenproduktion dieser Münzen einsetzte. Da die Heller kleiner und leichter als die meisten anderen Pfennigtypen waren, entsprachen sie dem Bedürfnis nach geringwertigen Münzen für den Kleinverkehr und übernahmen allmählich die Funktion des Hälblings. So erlangten sie nach und nach eine allgemeine Verbreitung in ganz Südwestdeutschland. Am Bodensee setzten sich die Heller allerdings erst spät durch; daher gehören die acht Fundheller (Nr. 17–24) allesamt einem späten Schwäbisch Haller Hellertyp an, dem sogenannten Radkreuz-Typ: Dieser zeigt auf der einen Seite eine Hand, auf der anderen Seite das namengebende, in einen Kreis eingeschriebene Gabelkreuz. Herkömmlich wird dieser Hellertyp in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts datiert; allerdings beweisen Fundstücke aus Konstanz und Kempten seine Umlaufzeit bis wenigstens um 1400.⁸

Bei einem weiteren Heller (Nr. 25) ist die Hand nur schwach ausgeprägt; es ist nicht auszuschließen, daß auf der Handfläche ein kleines Zeichen angebracht ist. Damit könnte er bereits einem jüngeren Hellertyp angehören: Denn der Erfolg der Heller aus Schwäbisch Hall veranlaßte zahlreiche süddeutsche Münzherrschaften, eigene Münzen nach diesem Vorbild

auszugeben. Im Jahre 1356 wurde reichsrechtlich festgelegt, daß diese Heller-Nachprägungen mit Kennzeichen versehen werden sollten, die eine sichere Identifikation der Münzstätte erlaubten. Die Büßlinger Truhe überliefert insgesamt zehn solcher Heller, deren besondere Merkmale (Beizeichen) ihre Herkunft ausweisen. Für die älteren Heller-Nachprägungen aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts hielt man zumeist am bekannten Münzbild mit der Hand und dem Kreuz fest; das Beizeichen tritt noch sehr diskret in Erscheinung, etwa als kleiner Buchstabe auf der Handfläche. Auf den jüngeren Heller-Nachprägungen der Zeit um 1400 rückt, häufig auf Kosten der Hand, das Erkennungsmerkmal der Münzherrschaft in den Vordergrund.⁹ Aus Büßlingen liegen gleich zwei Beispiele für diese Entwicklung vor:

Da wären zunächst zwei Heller der Reichsmünzstätte Nürnberg, deren Kennzeichen der spiegelverkehrte Initialbuchstabe N ist: Der ältere Heller (Nr. 7, 1356–1385) zeigt dieses N klein und kaum erkennbar auf der Handfläche; auf dem jüngeren Heller (Nr. 8, 1396–1424) ersetzt das N die ganze Hand. Ähnlich verhält es sich mit den zwei Hellern aus der österreichischen Münzstätte Rottenburg am Neckar: Während der ältere der beiden das hergebrachte Münzbild um ein kleines O auf der Handfläche und um einen kleinen österreichischen Wappenschild auf dem Kreuz ergänzt (Nr. 9, 1380er Jahre), zeigt der jüngere an Stelle der Hand einen großen österreichischen Schild (Nr. 10, 1396–1420).

Daneben liegen zwei weitere Heller vor, die als Beizeichen ein O auf der Handfläche aufweisen; auf der Rückseite tragen sie das Hellerkreuz ohne irgendeine Veränderung (Nrn. 29 u. 30). Ihre Herkunft ist noch nicht geklärt. Das O könnte, wie auf den eben genannten Stücken, für die Herzöge von Österreich und deren Münzstätte in Rottenburg stehen. Allerdings ließen auch die Grafen von Öttingen und die Grafen von Hohenlohe (in Öhringen) Heller prägen, weshalb das O ebensogut auf diese Münzherren bezogen werden mag.¹⁰

Unstrittig ist dagegen die Zuweisung der verbleibenden Heller, die sich jeweils durch ihr charakteristisches Wappen zu erkennen geben. Der gespaltene Schild mit der gerauhten linken Seite – »links« meint hier heraldisch links, also nicht vom Betrachter, sondern vom Schildträger aus gesehen – steht für das Hochstift Augsburg (Nrn. 1 u. 2, ab 1396), der geteilte Schild mit der gerauhten oberen Hälfte für die Stadt Ulm (Nrn. 26 u. 27, 1404–1423).

Die meisten der vorstehend aufgeführten Heller wurden in schwäbischen Münzstätten geprägt; mit den beiden Nürnberger Stücken liegen darüber hinaus Heller aus Franken vor. In Franken wurde der Heller seit der Mitte des 14. Jahrhunderts allmählich von den Pfennigen des Würzburger Schlates verdrängt; diese Münzen waren nach dem Muster der bischöflich würzburgischen Pfennige gestaltet. Die Büßlinger Truhe überliefert ein solches Stück, nämlich einen Pfennig des Kurfürsten Ruprecht I. von der Pfalz (Nr. 11, um 1360/70) aus Amberg. Er zeigt auf der Vorderseite das stilisierte Brustbild Ruprechts; die Rückseite, auf der man den Pfälzer Löwen erwarten würde, ist nicht beprägt.¹¹

Ebenfalls kurpfälzisch ist ein einseitiger Pfennig der Zeit um 1400, der den wittelsbachischen Rautenschild zeigt und dessen Schüsselform für den Ober- und Mittelrheinraum charakteristisch ist (Nr. 12). Neben dem Wappenschild besitzt er keine weiteren spezifizierenden Merkmale; vielleicht wurde er in der kurpfälzischen Münzstätte Heidelberg geprägt.¹²

Das frühe 15. Jahrhundert ist ferner noch durch drei einheimische Pfennige vertreten. Ein einseitiger Hohlpfennig zeigt das Haupt eines Bischofs von vorn zwischen einem Halbmond und einem Stern (Nr. 3). Vielleicht stellt dieser Bischof den Heiligen Konrad als Patron des Bistums und der Stadt Konstanz dar, vielleicht auch den Konstanzer Bischof als Inhaber des Münzregals. Die Literatur weist diesen Pfennigtyp überwiegend der Stadt Konstanz zu; indes spricht manches dafür, daß er in der bischöflichen Münzstätte geprägt wurde.¹³ Ein weiterer kleiner Hohlpfennig (Nr. 14) zeigt das Gotteslamm ganz ähnlich wie der oben besprochene Hälbling der Abtei St. Gallen (Nr. 13). Dabei handelt es sich um eine Münze der Stadt St. Gallen; die Bürger von St. Gallen gingen seit dem späten 14. Jahrhundert daran, das Münzrecht der Abtei an sich zu ziehen.¹⁴ Aus Zürich kommt der Angster (Pfennig) mit dem Brustbild der Fraumünsteräbtissin (Nr. 28, nach 1425); wie in St. Gallen, so hatten in Zürich die Bürger mit der Münzprägung ebenfalls das Münzbild der geistlichen Münzherrschaft übernommen.¹⁵

Einen eigenen Akzent setzen drei barocke Münzen, mit denen die Reihe der Münzen aus der Büßlinger Truhe ausläuft. Der stark kupferhaltige Luzerner Schilling von 1623 (Nr. 5) zeigt einerseits den Stadtheiligen St. Leodegar mit Bischofsstab und Bohrer als den Zeichen seines Amtes und seines Martyriums: Leodegar war im 7. Jahrhundert Bischof von Autun; vor seiner Enthauptung soll er mit einem Bohrer geblendet worden sein.¹⁶ Andererseits betont der Reichsadler zweieinviertel Jahrhunderte nach dem Basler Frieden und ein Vierteljahrhundert vor dem Westfälischen Frieden die Bindung Luzerns an Kaiser und Reich.¹⁷ Der Dreikreuzer Herzog Ludwigs IV. von Liegnitz-Brieg (Nr. 16, 1662) legte von allen vorliegenden Münzen den weitesten Weg bis nach Büßlingen zurück. Gleichwohl handelt es sich um keinen »Irrläufer«. Für den Geldumlauf des 17. Jahrhunderts in Südwestdeutschland ist ein verstärktes Einfließen von Münzen aus dem Osten des Reiches charakteristisch, vor allem aus den habsburgischen Landen und den von ihnen abhängigen Gebieten. Auf diesem Wege gelangte immer wieder schlesisches Geld an den Bodensee.¹⁸ Die jüngste Münze ist demgegenüber wieder ein einheimisches Erzeugnis, nämlich ein Kreuzer des Grafen Anton von Montfort aus seiner Münzstätte Langenargen (Nr. 6, 1724). Er rechtfertigt die Abneigung der Zeitgenossen gegen die minderwertigen Montforter Münzen.¹⁹

Als Ergebnis der vorstehenden Münzbestimmungen halten wir fest, daß die Truhe aus dem Pfarrhaus von Büßlingen vor allem in den Jahrzehnten um 1400 als Geldkasten diente und wohl auch später noch dann und wann zur Aufbewahrung von Bargeld genutzt wurde. Das Spektrum der Fundmünzen dokumentiert die Veränderung, welche die Zusammensetzung des Kleingeldumlaufes im Bodenseeraum während des 14. Jahrhunderts erfuhr: Die ältesten Münzen des Fundensembles datieren vom beginnenden 14. Jahrhundert; es handelt sich um einseitig geprägte Hälblinge aus dem engeren Bodenseeraum (Lindau, St. Gallen und Schaffhausen). Auf sie folgen die Heller, die spätestens seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts den Umlauf dominierten und im Befund hauptsächlich aus dem nördlicheren Schwaben stammen (Schwäbisch Hall, Rottenburg am Neckar, Augsburg, Ulm und vielleicht Öttingen

oder Öhringen; hinzu kommt Nürnberg). Daneben stehen als typische Vertreter benachbarter Währungsräume ein Pfennig Würzburger Schlates und ein rheinischer Schüsselpfennig (beide Kurpfalz). Seit etwa 1400 erfolgte eine Steigerung der Münzprägung im weiteren Bodenseeraum; sie schlägt sich mit den drei Pfennigen aus Konstanz, St. Gallen und Zürich im Befund nieder. Die drei frühneuzeitlichen Münzen aus der Büßlinger Truhe erlauben in ihrer Vereinzelung keine geldgeschichtlichen Aussagen.

Überraschungen bietet das Büßlinger Münzenensemble nicht. Vielmehr bestätigt es unser Bild vom Kleingeldumlauf des 14. und beginnenden 15. Jahrhunderts im Bodenseeraum, welches aus den bislang bekannten Fundmünzenkomplexen gewonnen wurde; daraus geht nebenbei mit einiger Wahrscheinlichkeit hervor, daß die Truhe seit jeher am Bodensee beheimatet ist. Damit leistet dieses Münzenensemble seinen eigenen kleinen Beitrag zu unserer Kenntnis des Geldumlaufs vergangener Zeiten. Anders als bewußt gehortete Schatzfunde stellt es eine zufällig zustandengekommene Stichprobe aus dem Münzumlauf dar; zudem überliefert es die – in Schatzfunden üblicherweise unterrepräsentierten – kleinsten Werte vom unteren Rand des Nominalspektrums.²⁰

KATALOG²¹

1. Augsburg, Hochstift, Bf. Burkard von Ellenbach. Heller, Dillingen, nach 1396.



Vs.: Wappenschild (gespalten, links geraucht), flankiert von C – S, darüber Rosette.

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln, Fadenkreis.

Bl: 0,32 g; 18,1/17,1 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: STEINHILBER, Nr. 152, S. 133.²²

2. Augsburg, Hochstift, Bf. Burkard von Ellenbach. Heller, Dillingen, nach 1396.



Vs.: Wappenschild (gespalten, links geraucht).

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln (?), Fadenkreis.

Bl: 0,41 g; 15,8/14,0 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: STEINHILBER (wie Anm. 22), Nr. 154, S. 133.

3. Konstanz, Hochstift? Pfennig, unbestimmte Münzstätte, um 1400.



Vs.: Bischofshaupt von vorn zwischen Mondsichel und Stern, Wulstring.

Bl: 0,36 g; 18,4/16,9 mm; einseitig; unregelmäßiger Schrötling.

Ref.: vgl. KLEIN/ULMER, CC (wie Anm. 5), Nr. 54, S. 62 f.

CAHN (wie Anm. 4), Nr. 103, S. 437 u. Abb. Taf. V.

4. Lindau, Reichsmünzstätte. Hälbling, Lindau, nach 1295.



Vs.: Linde mit drei Blättern und drei Wurzeln, in den vier Zwickeln je eine dreikugelige Blüte; Wulstring und Perland.
 BI; 0,34 g; 17,8/16,1 mm; einseitig; oberer Rand ausgebrochen.

Ref.: KLEIN/ULMER, CC (wie Anm. 5), Nr. 98, S. 81.

5. Luzern, Stadt. Schilling, Luzern, 1623.



Vs.: MONVTCERNENSIS; nimbierter gekrönter Doppeladler im Schnurkreis, im unteren Abschnitt Stadtschild (gespalten) zwischen 16–Z3.

Rs.: SANCTLEODEGARI; nimbierter Bischof von vorn mit Bohrer und Hirtenstab, Schnurkreis.

BI; 1,09 g; 21,2/21,2 mm; 30°.

Ref.: DIVO/TOBLER 17. Jh., Nr. 1184 a, S. 109.²³

6. Montfort, Grafschaft, Anton III. Kreuzer, Langenargen, 1724.



Vs.: ANT·C·I·MONTFORT; gekrönter ovaler Wappenschild (Kirchenfahne) in Kartusche.

Rs.: CAR·VI·D·G·R·I·S·A·I724; gekrönter Doppeladler mit Reichsapfel auf der Brust, darin Wertzahl 1.

BI; 0,56 g; 16,8/15,2 mm; 180°; unregelmäßiger Schrötling, Zainende.

Ref.: BINDER/EBNER (wie Anm. 19), Nr. 225, S. 131.

7. Nürnberg, Reichsmünzstätte. Heller, Nürnberg, 1356–1385.



Vs.: Hand, auf der Handfläche Beizeichen N (spiegelverkehrt).

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln, Fadenkreis.

BI; 0,34 g; 17,3/15,4 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: vgl. ERLANGER, Nr. 94 h, S. 151.²⁴

8. Nürnberg, Reichsmünzstätte. Heller, Nürnberg, 1396–1424.



Vs.: Buchstabe N (spiegelverkehrt) im Fadenkreis.

Rs.: Gabelkreuz mit blattartigen Enden im Vierschlag, Reste eines Fadenkreises.

BI; 0,32 g; 13,5/12,7 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: vgl. ERLANGER (wie Anm. 24), Nr. 98, S. 152.

9. Österreich, Grafschaft Hohenberg, Herzog Leopold III. von Österreich oder Graf Rudolf III. von Hohenberg. Heller, Rottenburg am Neckar, nach 1381.



Vs.: Hand, Buchstabe O auf der Handfläche.

Rs.: Bindenschild vor Gabelkreuz, Fadenkreis.

Bl: 0,41 g; 16,6/14,9 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: KOCH, CNA I (wie Anm. 6), Nr. M 6/1, S. 383.

10. Österreich, Grafschaft Hohenberg, Herzog Leopold IV. Heller, Rottenburg am Neckar, um 1396–1420.



Vs.: Bindenschild im Vierschlag.

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln, Fadenkreis.

Bl: 0,45 g; 15,8/14,2 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: KOCH, CNA I (wie Anm. 6), Nr. M 6/6, S. 383 f.

11. Pfalz, Kurfürstentum, Herzog Ruprecht I. Pfennig, Amberg, um 1360/70.



Vs.: [JX·RVP[] ; Büste von vorn mit Hut und spitzen Kragenenden.

Bl: 0,27 g; 14,6/13,7 mm; wohl einseitig; unregelmäßiger Schrötling; abgegriffen.

Ref.: STEINHILBER (wie Anm. 11), Nr. 135, S. 208 f. Vgl.

ALBRECHT, Nr. 2114, S. 15.²⁵

12. Pfalz, Kurfürstentum. Pfennig, Heidelberg (?), um 1400.



Vs.: Rautenschild im Punktkreis.

Bl: 0,39 g; 13,9/13,4 mm; einseitig; schüsselförmig.

Ref.: vgl. ROLLER (wie Anm. 12), Nr. II b 1, S. 52.

FIKENTSCHER (wie Anm. 12), Nr. 1–8, S. 49.

ALBRECHT (wie Anm. 25), Nr. 2123, S. 16.

13. St. Gallen, Abtei. Hälbling, St. Gallen, nach 1295.



Vs.: Nimbiertes Lamm mit Kirchenfahne und zurückgewandtem Kopf, nach links schreitend; Wulstring und Perlrand.

Bl: 0,29 g; 18,9/18,1 mm; einseitig; flachgedrückt.

Ref.: KLEIN/ULMER, CC (wie Anm. 5), Nr. 80, S. 73.

14. St. Gallen, Stadt. Pfennig, St. Gallen, um 1400.



Vs.: Lamm mit Kirchenfahne und zurückgewandtem Kopf, nach links schreitend; Wulstring.

Bl; 0,31 g; 16,4/15,0 g; einseitig; ausgebrochen.

Ref.: GEIGER (wie Anm. 14), Abb. 12, S. 143.

15. Schaffhausen, Stadt (unter habsburgischer Herrschaft). Hälbling, Schaffhausen, nach 1330.



Vs.: Widder mit angewinkelten Vorderläufen nach links aus einem Turm mit drei Zinnen springend, Wulstring und Perlrand.

Bl; 0,27 g; 17,5/16,7 mm; einseitig; eingerissen, verbogen.

Ref.: KOCH, CNA I (wie Anm. 6), Nr. 8/3, S. 385.

16. Schlesien-Liegnitz-Brieg, Herzogtum, Ludwig IV. 3 Kreuzer, Liegnitz, 1662.



Vs.: D:G-LVDOVIC-DVX-S-L-B-&GOLD; Büste nach rechts im Fadenkreis, darunter Wertzahl 3 im Oval.

Rs.: Unkenntliches Münzzeichen; MONETA-NOVA-ARGENT-1662; schlesischer Adler nach herald. rechts.

AR; 1,45 g; 20,2/20,1 mm; 360°.

Ref.: FRIEDENSBURG/SEGER, Nr. 1884, S. 30.²⁶

17. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Vs.: Hand mit tief gegabelten Fingerwurzeln, Fadenkreis.

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln, Fadenkreis.

Bl; 0,34 g; 18,0/17,3 mm; Stempelstellung unbestimmt; dezentriert. Radkreuz-Typ.

Ref.: RAFF (wie Anm. 9), Nr. 18, S. 41.

18. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

Bl; 0,46 g; 16,3/15,7 mm; Stempelstellung unbestimmt; verbogen. Radkreuz-Typ.

19. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

Bl; 0,49 g; 16,4/14,6 mm; Stempelstellung unbestimmt; knapper Schrötling. Radkreuz-Typ.

20. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

BI; 0,40 g; 17,9/16,2 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Radkreuz-Typ.

21. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

BI; 0,36 g; 16,1/14,6 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Radkreuz-Typ.

22. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

BI; 0,44 g; 15,9/15,2 mm; Stempelstellung unbestimmt;

engerissen. Radkreuz-Typ.

23. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

BI; 0,57 g; 16,5/14,7 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Radkreuz-Typ.

24. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte. Heller, Schwäbisch Hall, um 1300–1356.



Typ wie vor.

BI; 0,43 g; 16,5/14,6 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Radkreuz-Typ.

25. Schwäbisch Hall, Reichsmünzstätte? Heller, Schwäbisch Hall? 14. Jahrhundert.



Typ wie vor;

auf der Handfläche evtl. Reste eines Beizeichens.

BI; 0,35 g; 16,9/15,1 mm; Stempelstellung unbestimmt;

schwach geprägt. Radkreuz-Typ.

26. Ulm, Stadt. Heller, Ulm, um 1404–1423.



Vs.: Stadtschild (geteilt, oben geraut).

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln, Fadenkreis.

BI; 0,55 g; 15,8/14,9 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Ref.: NAU, Nr. 6, S. 68.²⁷

27. Ulm, Stadt. Heller, Ulm, um 1404–1423.



Typ wie vor.

BI; 0,35 g; 15,0/14,4 mm; Stempelstellung unbestimmt;

korrodiert, eingerissen.

28. Zürich, Stadt. Angster, Zürich, nach 1425.



Vs.: Büste der Fraumünsteräbtissin mit Haube von vorn zwischen Z-I/V, Wulstkreis.

BI; 0,57 g; 16,8/16,5 mm; einseitig.

Ref.: vgl. SCHWARZ (wie Anm. 15), Nr. 37, S. 138.

HÜRLIMANN, Nr. 63, S. 156.²⁸

29. Unbestimmter südwestdeutscher Münzherr (Graf von Öttingen?). Heller, unbestimmte Hellermünzstätte, zweite Hälfte 14. Jahrhundert.



Vs.: Hand, Buchstabe O auf der Handfläche.

Rs.: Gabelkreuz mit Punkten in den Gabeln, Fadenkreis.

BI; 0,41 g; 16,6/15,0 mm; Stempelstellung unbestimmt; eingerissen.

Ref.: NAU (wie Anm. 7), Nr. 11, S. 73.

LÖFFELHOLZ, Nr. 1, S. 8.²⁹

30. Unbestimmter südwestdeutscher Münzherr (Graf von Öttingen?). Heller, unbestimmte Hellermünzstätte, zweite Hälfte 14. Jahrhundert.



Typ wie vor.

BI; 0,43 g; 16,3/14,5 mm; Stempelstellung unbestimmt.

Bildnachweis: Textabbildung: Restaurierungs-Atelier Angelika Greis, Konstanz;

Münzabbildungen: Manuela Schreiner, Archäologisches Landesmuseum, Konstanz

Anschrift des Verfassers:

Dr. Harald Derschka, Zur Friedrichshöhe 28, D-78464 Konstanz

ANMERKUNGEN

- 1 Die Truhe mißt in der Breite 1,07 m, in der Tiefe 0,56 m und in der Höhe 0,545 m; für die Details vgl. die Objektbeschreibung im maschinenschriftlichen Restaurierungsgutachten von A. Greis. Zur Klassifikation mittelalterlicher Truhen vgl. STÜLPNAGEL, Karl Heinrich v. Die gotischen Truhen der Lüneburger Heideklöster (Quellen und Studien zur Regionalgeschichte Niedersachsens 6). Cloppenburg 2000, insbes. S. 24 ff. – In Büßlingen befindet sich noch eine zweite, wohl renaissancezeitliche Truhe, die bei dieser Gelegenheit ebenfalls im Atelier von A. Greis restauriert wurde. Beide Truhen sind bereits bei F. X. Kraus als Inventar des Pfarrhauses verzeichnet: KRAUS, Franz Xaver. Die Kunstdenkmäler des Kreises Konstanz, beschreibende Statistik (Die Kunstdenkmäler des Großherzogthums Baden 1). Freiburg i. Br. 1887, S. 16: »Stiftungskisten«.
- 2 KLÜSENDORF, Niklot. »Gelt, so in Klingelsack gefalt« – Das evangelische Kirchenopfer der Frühneuzeit im Lichte des Opferstockes von Rohr (Thüringen) (Mitteldeutsche Forschungen 110). Weimar u. a. 1993, S. 1 ff. – Zum Opferstock von Waldkappel (Hessen): DERS. Münzfundbericht des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde, Marburg, Nr. 8: 1992 bis 1996. Vorabdruck aus: Fundberichte aus Hessen 36 (1996), mit eigener Paginierung. Wiesbaden 1998, S. 8–10, S. 26–28 (15 Münzen v. a. des 17. Jh.s). – Über einen nicht lokalisierbaren Opferstock aus dem Maasland: VAN LAERE, Raf. Muntvondst in een Maaslands offerblok uit de 16de eeuw. In: *Revue Belge d'archéologie et d'histoire de l'art* 66 (1997), S. 201–208 (14 Münzen des 16. Jh.s). – Ein Ensemble von 46 Brakteaten des 12. und 13. Jh.s sowie 39 spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Kleinmünzen soll in den 1860er Jahren in einem Opferstock aus der Gegend von Schwäbisch Gmünd zutage gekommen sein; trifft diese Notiz zu, lagen wohl ähnliche Fundumstände vor: KLEIN, Ulrich; ULMER, Rainer: Der »Opferstock«-Fund von Schwäbisch Gmünd. In: Schweizer Münzblätter 165 (1992), S. 1–14.
- 3 Fundkomplexen aus Gebäudehöhlräumen wird in neuerer Zeit größere Aufmerksamkeit zuteil. Sie überliefern in zuweilen erheblichem Umfang Sachquellen (nämlich Handwerksabfälle aller Art sowie Reste von Alltagsgegenständen), gelegentlich auch Schriftquellen. Allerdings werden Kleinfunde wie Münzen aus Fehlbodenverfüllungen bei einer oberflächlichen Prospektion nicht erkannt. Ihre Auffindung setzt voraus, daß gezielt nach ihnen gesucht und das Material gesiebt wird. Wo Fehlbodenverfüllungen regelmäßig gesiebt werden, lassen sich große Fundmünzenkomplexe sichern. Beispielhaft sind die bauarchäologischen Untersuchungen in Kempten (Allgäu), wo aus den Fehlbodenverfüllungen mancher unscheinbarer Altstadthäuser hunderte von Kleinmünzen gesiebt wurden, die ihrerseits eine wertvolle Quelle zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte darstellen; hierzu vorläufig: DERSCHKA, Harald Rainer. Fundmün-

- zen aus Kempten: Zwischenbericht zu einem laufenden Forschungsvorhaben. In: *Allgäuer Geschichtsfreund* 102 (2002), S. 105–116; hier S. 107 f.
- 4 CAHN, Julius. Münz- und Geldgeschichte von Konstanz und des Bodenseegebiets im Mittelalter bis zum Reichsmünzgesetz von 1559. Heidelberg 1911, S. 156 ff.
- 5 KLEIN, Ulrich; ULMER, Rainer. *Concordantiae Constantiensis* (CC). Tabellarischer Katalog der Bodensee-Brakteaten. In: Beiträge zur süddeutschen Münzgeschichte 2001. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Württembergischen Vereins für Münzkunde e. V. Stuttgart 2001, S. 27–160; auf S. 72 f. und S. 80 f. sind jeweils nur vereinzelte Hälblinge dieser beiden Typen neben Dutzenden der entsprechenden Pfennige nachgewiesen.
- 6 Der Datierungsansatz für diesen Typ schwankt: Für die zweite Hälfte des 13. Jh.s CAHN (wie Anm. 4), Nr. 172, S. 444 u. Abb. Taf. IX.; für das frühe 15. Jh. WIELANDT, Friedrich. Schaffhauser Münz- und Geldgeschichte. Schaffhausen 1959, Nr. 19, S. 162, mit Verweis auf die ähnliche Machart der Basler Stäbler. Für den späteren Ansatz sprechen auch die differenzierte Darstellung des Widders (ausgearbeitete Vorderläufe und Hörner; vgl. die Heller vom Typ Derschka/Wyprächtiger, Nr. 2, in: DERSCHKA, Harald Rainer. Die Fundmünzen von den Innenstadtgrabungen des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg in Konstanz, Fundkatalog und Auswertung. In: Fundberichte aus Baden-Württemberg 23 (1999), S. 845–1004, hier S. 872–874, aus dem ersten Drittel des 16. Jh.s) sowie der Turm, welcher Darstellungen auf Pfennigen der Stadt Ravensburg vom Beginn des 15. Jh.s ähnelt: KLEIN/ULMER, CC (wie Anm. 5), Nrn. 219–221, S. 129 f. – Derzeit maßgeblich ist die Auffassung von KOCH, Bernhard. *Corpus Nummorum Austriacorum*, Bd. I: Mittelalter. Wien 1994 (CNA I), S. 385 (zu Nr. 8/3), der eine vermittelnde Position einnimmt und diesen Typ in die Zeit der habsburgischen Pfandherrschaft über Schaffhausen (ab 1330) datiert.
- 7 Zum Vorgang NAU, Elisabeth. Die Heller. In: Schwäbische Heimat 4 (1953), H. 2, S. 71–75. WIELANDT, Friedrich. Der Heller am Oberrhein. In: *Hamburger Beiträge zur Numismatik* 5 (1951), S. 32–61.
- 8 Vgl. für Konstanz DERSCHKA (wie Anm. 6), S. 876; eine Gesamtpublikation der mittelalterlichen und neuzeitlichen Fundmünzen aus Kempten ist in Vorbereitung. Vgl. ferner ZÄCH, Benedikt. Münzfunde und Geldumlauf im mittelalterlichen Alpenrheintal. In: *Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein* 92 (1994), S. 201–240; hier S. 222–224. – Analoge Verhältnisse zeichnen sich am Nordrand des Heller-Verbreitungsgebietes ab: KLÜSENDORF, Niklot. Münzfundbericht des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde, Marburg, Nr. 8: 1992 bis 1996. Vorabdruck aus: Fundberichte aus Hessen 36 (1996). Wiesbaden 1998, S. 11.

- 9 Für die Datierung RAFF, Albert. Die Münzen und Medaillen der Stadt Schwäbisch Hall (Die Münzen und Medaillen der niederschwäbischen Städte 1). Freiburg i. Br. 1986, S. 11.
- 10 Eine Abwägung der Argumente bei SCHÄHL, Adolf. Neue Hellerfunde aus Württemberg. In: Deutsche Münzblätter 61, Nr. 458 (Febr. 1941), S. 209–215, S. 234–238; hier S. 235.
- 11 Die zweiseitige Prägung der Pfennige des Würzburger Schlages war nicht zwingend: STEINHILBER, Dirk. Die Pfennige des Würzburger Schlages. In: Jahrbuch für Numismatik und Geldgeschichte 10 (1959/60), S. 165–237 u. Taf. VIII–XIII; hier S. 167.
- 12 Für die Datierung FIKENTSCHER, Ludwig. Der Münzfund von Dillenberg und die Silbermünzen des Münzfundes von Remlingen. In: Mitteilungen der Bayerischen Numismatischen Gesellschaft 5 (1886), S. 1–68 u. Taf. I–III; hier Nr. 1–8, S. 49 u. Taf. III, Nr. 24–26. ROLLER, Otto Konrad. Pfennigfund von Weingarten bei Durlach. In: Frankfurter Münzzeitung 10 (1910), S. 50–55 u. Taf. 73; hier S. 54 f. Eine ähnliche Machart weisen Pfalz-Simmerner Pfennige des 15. Jh.s auf: FELKE, Günter. Die Münzen der Herzöge von Simmern. Simmern 1981, S. 8.
- 13 Für die Argumentation DERSCHKA (wie Anm. 6), S. 878.
- 14 GEIGER, Hans-Ulrich. Moneta Sancti Galli. Die Münzprägung St. Gallens im Mittelalter. In: Schrr VG Bodensee 106 (1988), S. 131–144; hier S. 142 f.
- 15 Zum Vorgang: SCHWARZ, Dietrich. Münz- und Geldgeschichte Zürichs im Mittelalter. Aarau 1940, S. 70 f.
- 16 Lexikon der Christlichen Ikonographie. Hg. BRAUNFELS, Wolfgang. Bd. 7. Freiburg i. Br. 1994, Sp. 391 f. s. v. Leodegar (P. STINZI).
- 17 Vgl. MELES, Brigitte. Das Verschwinden des Reichsadlers. In: JORIO, Marco (Hg.). 1648 – Die Schweiz und Europa. Außenpolitik zur Zeit des Westfälischen Friedens. Zürich 1999, S. 147–161.
- 18 Z. B. der Einzelfund einer Liegnitzer Münze des 17. Jh.s bei Montlingen: ZÄCH, Benedikt. Kanton St. Gallen I: Mittelalterliche und neuzeitliche Münzfunde (Inventar der Fundmünzen der Schweiz 6). Bern 2001, S. 151, SFI 3254–4: 1. Aus Kempten liegen 6 schlesische Fundmünzen des 17. Jh.s vor (oben Anm. 8).
- 19 BINDER, Christian; Bearb. EBNER, Julius. Württembergische Münz- und Medaillen-Kunde, Bd. II, Heft 2. Stuttgart 1915, Nachdr. 1969, S. 114 ff.
- 20 Gerade die Münzen der kleinsten Wertstufen sind für viele Münzstätten noch nicht mit hinreichender Gründlichkeit erforscht. Zu diesem Defizit ZÄCH, Benedikt. Die Angster und Haller der Stadt Luzern. Versuch einer Typologie. In: Schweizerische Numismatische Rundschau 67 (1988), S. 311–355; hier S. 311 f.
- 21 Die Katalogeinträge folgen einem einheitlichen Schema: Katalognummer. Münzherrschaft, ggf. Münzherr. Nominal (d. h. die Wertstufe), Münzstätte, Datierung. Umschriften und Bilder der Vorder- und, bei beidseitig geprägten Münzen, der Rückseite. Münzmetall (AR: Silber; BL: Billon, eine stark kupferhaltige Silber-Kupfer-Legierung); Gewicht; größter/kleinsten Durchmesser; Stempelstellung (Stellung der Münzbildachsen von Vorder- und Rückseite in Grad); ggf. Bemerkungen. Referenzzitat (aus Katalogwerken oder sonstiger einschlägiger Literatur).
- 22 STEINHILBER, Dirk. Geld- und Münzgeschichte Augsburgs im Mittelalter. In: Jahrbuch für Numismatik und Geldgeschichte 5/6 (1954/55), S. 5–142, 8 Taf.
- 23 DIVO, Jean-Paul; TOBLER, Edwin. Die Münzen der Schweiz im 17. Jahrhundert. Zürich 1987.
- 24 ERLANGER, Herbert J. Die Reichsmünzstätte in Nürnberg (Nürnberger Forschungen 22). Nürnberg 1979.
- 25 ALBRECHT, Wilfried. Pfalz, pfälzische Nebenlinien. Privatsammlung aus dem Besitz eines pfälzischen Gelehrten (Münz Zentrum Auktion XXXV). Köln 1979.
- 26 FRIEDENSBURG, Ferdinand; SEGER, Hans. Schlesiens Münzen und Medaillen der neueren Zeit. Breslau 1901.
- 27 NAU, Elisabeth. Die Münzen und Medaillen der oberschwäbischen Städte. Freiburg i. Br. 1964.
- 28 HÜRLIMANN, Hans. Zürcher Münzgeschichte. Zürich 1966.
- 29 LÖFFELHOLZ VON KOLBERG, Wilhelm Frhr. Oettingana. Neuer Beitrag zur öttingischen Geschichte insbesondere des öttingischen Münzwesens. Nördlingen 1883.

Kurt Brunner

DIE SEEGRÖRNEN DES BODENSEES

Eine Dokumentation in Bilddarstellungen

EINLEITUNG

Vom 9. Februar bis zum 10. März 1963 war der Bodensee zur Gänze zugefroren. Solche Überfrierungen des Sees, wofür Mundart und Umgangssprache den Ausdruck »Seegrörne« bewahrt hat¹, traten immer wieder auf, wenn große Kälte lange anhielt; im 20. Jahrhundert war dies nur einmal der Fall, im 19. Jahrhundert mit 1830 und 1880 zweimal. Der Überlieferung nach und auch in Chroniken festgehalten gab es am Bodensee seit dem Jahre 875 mehr als dreißig Seegrörnen. Der Untersee allein war naturgemäß wesentlich öfter zugefroren; im 20. Jahrhundert fast zwanzig mal. Freilich sind diese Naturereignisse in den ersten Jahrhunderten nicht belegt, wie gerade jüngst wieder festgestellt wurde². Erst im 15. Jahrhundert ist für den Winter 1435 eine Seegrörne einigermaßen sicher durch Berichte in Chroniken nachgewiesen. Ab 1695 sind die Seegrörnen des Bodensees zusätzlich durch Bilddarstellungen dokumentiert.

Im Folgenden sollen die Seegrörnen des Bodensees und zum Teil auch jene des Zürichsees³ im Kontext der Klimageschichte betrachtet werden. Weiterhin werden Bilddarstellungen von Bodenseegrörnen, die es seit 1695 gibt, in Abbildungen gezeigt bzw. wird auf sie verwiesen.

SEEGRÖRNE VON BODENSEE UND ZÜRICHSEE

In Tab. 1 sind die überlieferten Seegrörnen des Bodensees⁴ und des Zürichsees⁵ nach Jahrhunderten geordnet zusammengestellt. Nicht durch Aufzeichnungen belegte sind in kursiven, belegte mit stehenden Jahreszahlen angegeben. Jahre mit Bilddarstellungen der Bodenseegrörne sind fett gedruckt. Die Spalten der Tabelle ergeben eine gute Häufigkeitsverteilung.

Seegfrörnen Bodensee

875	928	1074	1108	1217	1323	1409	1512	1684	1788	1830	1963
895		1076		1227	1325	1431	1553	1695		1880	
				1277	1378	1435	1560				
					1379	1460	1564				
					1383	1465	1565				
						1470	1571				
						1497	1573				

Seegfrörni Zürichsee

860	974	1063	1126	1234	1363	1407	1507	1600	1702	1810	1929
			1163	1259		1435	1514	1649	1709	1830	1963
						1443	1517	1660	1716	1880	
						1470	1551	1675	1718	1891	
						1491	1563	1684	1740		
							1567	1691	1755		
							1571		1763		
							1573		1776		
							1587		1788		
									1799		

»Mittelalterliches Klimaoptimum«

»Kleine Eiszeit«

Tab. 1 Seegfrörnen des Bodensees und des Zürichsees seit 800 nach Jahrhunderten geordnet

Von Seegfrörnen des Bodensees wissen wir seit 875; Seegfrörni⁶ des Zürichsees sind seit dem 5. Jahrhundert überliefert; hier sollen sie zweimal (443 und 463) aufgetreten sein, wobei die von 463 gesichert sein dürfte. Weitere gab es 545 und 763⁷; ab dem 9. Jahrhundert sind sie dann in Tabelle 1 zu finden.

Die Häufigkeiten der Seegfrörnen von Bodensee und Zürichsee passen insgesamt recht gut zu unserem Wissen über die europäische Klimageschichte: Nach dem sog. »Klimaoptimum der Römerzeit« vom 1. bis zum 4. Jahrhundert n. Chr. folgte von etwa 400 bis 800 n. Chr. das »Klimapessimum« der Germanischen Völkerwanderung. Ab dem 9. bis zum 14. Jahrhundert bringt das »Mittelalterliche Klimaoptimum« in Europa eine Warmphase mit trockenen Sommern und milden Wintern mit einem Höhepunkt im 12. Jahrhundert. In diese Zeit fallen hohe Ernteerträge und wirtschaftliche Prosperität der Städte, mit Bauten von Kathedralen (oder zumindest ihrem Beginn), sowie die Besiedlung oberer Talstufen der Alpen und die Kolonialisierung Grönlands durch die Wikinger. Die geringe Anzahl der Seegfrörnen jener Zeit (Tab. 1) unterstreicht dies deutlich.

Nach 1300 setzt europaweit mit einer Abkühlungsphase eine Klimawende ein, die dann nach 1400 zum Beginn der sog. »Kleinen Eiszeit« führt. Diese durch schriftliche Belege und

Proxydaten^{8,9} belegte Periode reicht bis etwa 1850. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts beginnt unser »Modernes Klimaoptimum«. Die Anzahl der Seegfrörnen von Bodensee und insbesondere vom Zürichsee passt also recht gut (Tab. 1).

BEGINN DER »KLEINEN EISZEIT«

Im 14. Jahrhundert häufen sich die Seegfrörnen am Bodensee; sie sind allerdings allesamt nicht belegt. Der Zürichsee ist in diesem Jahrhundert lediglich einmal, im Winter 1363 zugefroren. Im ersten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts tritt sowohl am Bodensee, als auch am Zürichsee eine Seegfrörne ein; insgesamt sind es dann sieben, bzw. fünf in diesem Jahrhundert. Die »Kleine Eiszeit« hat begonnen.

Der Auftakt der »Kleinen Eiszeit« ist übrigens neben Proxydaten und Berichten recht gut auch durch Bilddarstellungen mit Schnee und Eis belegt. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts führten strenge schneereiche Winter zu erstmaliger realistischer Darstellung von Schnee in der Malerei. Schlagartig und unabhängig von einander treten nämlich Winterbilder mit Schnee und Eis auf^{10,11}. Im Torre Aquila des Castello del Buon Consiglio in Trient sind großflächige Bildfelder mit Monatsbildern erhalten, die zwischen 1404 und 1407 entstanden^{12,13}; das Januarbild zeigt eine Schneeballschlacht adeliger Personen. Im Stundenbuch des Herzogs Jean de Berry der Gebrüder Berry finden sich Handschriften mit Monatsdarstellungen: das Februarbild zeigt einen winterlichen Bauernhof; im Vordergrund wärmen sich Personen am Feuer, im Hintergrund ist beachtlich realistisch eine verschneite Winterlandschaft zu sehen^{14,15}. Ältere Darstellungen von Schnee und Eis sind nicht bekannt; erst zu Beginn des 15. Jahrhunderts scheint Schnee zur wiederholten Erfahrung der Menschen zu gehören, so dass Künstler dies realistisch malen konnten.

Weitere Bilder mit Schnee und Eis – jetzt Bilder mit religiösen Szenen – tauchen dann hundert Jahre später zu Beginn des 16. Jahrhunderts auf¹⁶; Anlass sind strenge kalte Winter am Anfang des Jahrhunderts, die sich auch in der dichten Folge der Seegfröni (1507, 1514 und 1517) des Zürichsees dokumentieren (siehe Tab. 1).

Im 16. Jahrhundert, in welchem manche Klimahistoriker die »Kleine Eiszeit« erst beginnen lassen, sind am Bodensee – wie schon im 15. Jahrhundert – sieben Seegfrörnen bekannt; dies ist die größte Anzahl in einem Jahrhundert. Der Zürichsee kann zehn Seegfröni aufweisen; dies wird lediglich im 18. Jahrhundert durch elf übertroffen.

EIN HÖHEPUNKT DER »KLEINEN EISZEIT«

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts häufen sich dann die Gfrörnen; die zweite Hochphase der »Kleinen Eiszeit« setzt ein. Es wird von Überquerungen des Bodensees berichtet, aber meist handelte es sich bestenfalls um Teilgfrörne¹⁷. Die Seegfrörne von 1565¹⁸ könnte jedoch deutlich ausgefallen sein, wissen wir doch um besonders strenge Winter in jener Zeit. So ließen strenge Winter im Südwesten Deutschlands Bäume und Reben erfrieren¹⁹ und Fließgewässer zufrieren. So illustriert 1565 der Holzschnitt »De bevoren Schelde te Amsterdam« von J. I. Molijns die zugefrorene Schelde.

Die Folge kalter Winter ab 1565 war wohl auch Anlass und Quelle für die Winterlandschaften von Pieter Brueghel d. Ä. (1526/30–1569), dem wohl bedeutendsten flämischen Maler der Hochrenaissance²⁰. 1565 malte er als abschließendes Bild einer Jahreszeitenfolge das Bild »Die Jäger im Schnee«²¹: mit magerer Beute kehren Jäger durch schneebedeckte Landschaft ins tiefer gelegene Dorf zurück. Das Bild assoziiert in Inhalt und Stimmung Winter; im rechten Bildteil werden Vergnügungen auf dem Eis dargestellt. Nach diesem klimahistorisch wichtigen Bild folgt noch eine Reihe von Winterbildern. So entsteht 1567 die »Anbetung der Könige« mit der erstmaligen Darstellung eines Schneegestöbers²².

Erst 1573 haben wir für den Bodensee (und auch dem Zürichsee) wieder eine »echte« Seegfrörne; der gesamte See war also gefroren. Dies ist für den Bodensee mehrfach belegt; so berichtet hierüber das Kirchenbuch von Stein am Rhein²³. Das Ereignis ist auch in einer von drei Schrifttafeln an den Pfeilern im Mittelschiff der Kirche St. Georg in Wasserburg beschrieben (Abb. 1) und beinhaltet in modernem Deutsch:

»Im Jahre 1573 ist der ganze Bodensee überfrozen, so dass man aus allen und besonders aus den umliegenden Städten zu Fuß darauf gewandelt ist«.

Die beiden anderen Tafeln berichten über die Seegfrörne von 1830 und 1963.

1573 fand auch die erste Eisprozession vom badischen Hagnau ans Schweizer Ufer nach Münsterlingen statt. 1573 ist zudem die erste bekannte Bilddarstellung einer Seegfrörne zu verzeichnen, allerdings nicht vom Bodensee, sondern vom Zürichsee: die Graphische Sammlung der Zentralbibliothek Zürich besitzt das Tagebuch eines Johann Jakob Wick mit einem Bericht und vor allem mit einer Zeichnung eines Fuchses, der auf dem Eis des Zürichsees erfroren²⁴.

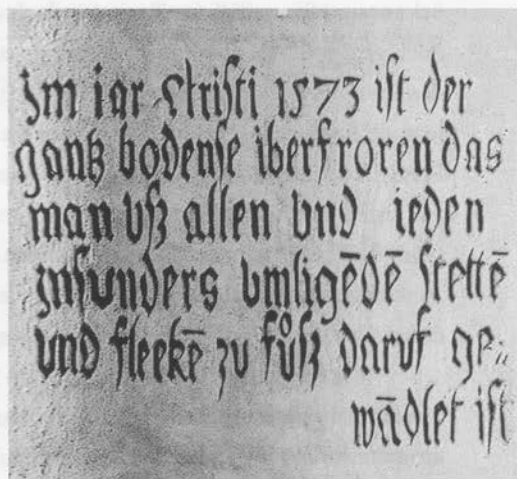


Abb. 1 Schrifttafel in der Kirche St. Georg in Wasserburg zur Seegfrörne 1573

DAS 17. JAHRHUNDERT

Im 17. Jahrhundert kennen wir lediglich zwei Seegrörne des gesamten Bodensees: 1684 und 1695. Über erstere berichtet Medard Reutlinger in der Überlinger Chronik²⁵; letztere ist umfangreich durch bildhafte Darstellungen dokumentiert; darauf ist einzugehen. Zunächst aber zum Zürichsee: hier zählte man in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sieben Seegrörni: 1600, 1649, 1660, 1663, 1675, 1684 und 1691. Die Seegrörni von 1649 ist durch ein gedrucktes Dokument festgehalten, welches wiederum die Graphische Sammlung der Zentralbibliothek Zürich verwahrt²⁶: ein Liederblatt bringt neben einem Gedicht in sieben Versen samt Musiknoten auch ein Winterbild mit einem zugefrorenen Seerand, auf dem Eisvergnügen stattfindet. Allerdings gibt es auch Zweifel, ob der See hier 1649 tatsächlich zugefroren war²⁷. Nach der gleichen Quelle war der Zürichsee 1660 über drei Monate lang gefroren.

Fünf der sechs Seegrörni des Zürichsees und die beiden des Bodensees liegen somit in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Um 1660 dürfte es auch sonst in Europa strenge Winter gegeben haben; denn auch diesmal gibt es Nachweise über andere zugefrorene Wasserflächen. So dokumentieren einige bemerkenswerte Veduten strenge Winterkälte: 1660 zeigt der Holzschnitt »Frost Fair« die zugefrorene Themse²⁸. Vom Winterfeldzug 1678/79 des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm gegen die Schweden im zugefrorenem kurischen und frieschen Haff kennen wir Kupferstiche, die diese Militäraktion illustrieren: den Aufmarsch der brandenburgischen Truppen zeigt ein Stich von Matthäus Merian d.J. (1621–1687)²⁹.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts treten auch wieder Monatsdarstellungen mit Winterbildern auf, die durchwegs Kälte durch die Darstellung von Schnee und Eis dokumentieren. In diesem Zeitraum waren die Winter insgesamt kalt und trocken, was neben Proxydaten auch durch erste brauchbare Instrumentenmessungen festgehalten wurde. Verantwortlich ist möglicherweise eine abgeschwächte Sonnenstrahlung durch ein Minimum der Sonnenfleckenaktivität am Ende des 17. Jahrhunderts (»Maunder-Minimum«); in diesem Zeitraum treten zwei Seegrörnen des Bodensees und reichliche Seegrörni des Zürichsees auf (Tab. 1).

Im gesamten 17. Jahrhundert widmen sich im Übrigen holländische Landschaftsmaler intensiv der Darstellung von Winterszenen³⁰. Sie malen dabei zumeist »Eisvergnügen«, also die Nutzung zugefrorener Gewässer zum Schlitten- und Schlittschuhlaufen^{31 32}.

BILD- UND TEXTDARSTELLUNGEN

DER SEEGFRÖRNE DES BODENSEES VON 1695

Nun aber zum Seegfrörne des Bodensees vom Jahre 1695, welches durch Bilddarstellungen gut belegt ist. In der Schnellschen Chronik von Lindau vom Jahre 1750, die das Stadtarchiv Lindau verwahrt, findet sich eine lavierte Zeichnung, die den zugefrorenen See mit aufgebrochenen Eisschollen vor der stark stilisierten Stadtsilhouette Lindaus zeigt (Abb. 2)³³.

Eine Seeüberquerung zwischen Immenstaad und dem Schweizer Ufer (Abb. 3) malte J. X. Ziegler³⁴. Das Ölgemälde, das vom Rosgartenmuseum in Konstanz verwahrt wird³⁵, zeigt den Immenstaader Bürger Johann Grece, der am 10. Februar 1695 mit seinen zwei Kindern von Immenstaad nach Münsterlingen gegangen ist und mit einem Faß Wein und 40 Pfund Fleisch über den See gekommen ist. So erklärt es zumindest die Textvedute unten rechts. Ein ähnliches Bild, das die Bodenseeüberquerung inhaltlich weitgehend identisch wiedergibt, aber geringe Unterschiede im Hintergrund und große Abweichungen im Vordergrund aufweist – hier ist links vorne die Michaelskapelle von Immenstaad zu sehen – hängt im Ratssaal von Immenstaad. Diese Tafel mit der Darstellung der Michaelskapelle wurde 1703 von Johannes Michael von Brugger gestiftet³⁶.

Auf Veranlassung der Magistraten von Lindau wurde anlässlich der Seegfrörne von 1695 sogar eine Kartenvedute hergestellt (Abb. 4)³⁷; dieses Ölgemälde ist mit Jacob Mayer signiert und befindet sich gegenwärtig im Historischen Museum Arbon. Links oben ist der Reichsadler mit österreichischem Wappenschild, umgeben von Wappen der Ratsherren des Jahres 1695 dargestellt. Rechts oben beschreibt eine Textvedute das Geschehen³⁸. Die Karte illustriert auf blauer Eisfläche die Eisprozession von Münsterlingen nach Hagnau sowie weitere Querungen mittels Schlitten und Fuhrwerken. Im Westen ist ein Schifffahrtskanal von



Abb. 2 Stadtsilhouette Lindaus mit zugefrorenem See und aufbrechenden Eisschollen während der Seegfrörne von 1695. Zeichnung aus der Schnellschen Chronik.

Überlingen nach Dingelsdorf zu erkennen. Die kartographische Grundlage der Vedute ist nicht bekannt.

Das Museum in Arbon besitzt weiterhin zwei gemalte Tafeln, auf denen die Seegfrörne von 1695 umfangreich beschrieben ist. Die Inschrift der ersten Tafel (Abb. 5) erläutert übertragen in modernes Deutsch (Museum Arbon):

»Im Jahre Christi, als man den 5. Februar 1695 zählte, war der Bodensee völlig überfrozen, dergestalt, dass man auf demselben überall gehen und mit geladenen Schlitten fahren konnte. Dieses Eis hielt so lange, dass man den ganzen Hornung und März hindurch von hier aus nach Lindau und andern Orten des Schwabenlandes mit schweren Lasten auf dem Eis über den See hat fahren können. Man hat auch die Breite des Sees gemessen und gefunden, dass von Arbon bis Langenargen es 7 425 Klafter oder 44 550 Schuh gewesen sind. Das Eis ist hernach mit solchem Krachen gebrochen, dass man es auf etliche Stunden weit hören konnte und die Eisstücke türmten sich an etlichen Orten zu kleinen Bergen auf. Es hat sich zu dieser Zeit auch eine wunderbare Begebenheit zugetragen, die auf nebenstehender Tafel zu ersehen ist«.

Jene der zweiten erklärt³⁹ (Abb. 6):

»Aus jener Zeit mag zu einem immerwährenden Angedenken auch verzeichnet werden, was sich allhier zu Arbon beim Überfrieren des Bodensees als wunderseltames Schauspiel in Gegenwart etlicher glaubwürdiger Personen zugetragen hat.

Am 14. März des Jahres 1695 morgens zwischen 8 und 9 Uhr warf sich ein unweit der Stadtmauern gelegener Stein, die Sau genannt, samt dem ihn umgebenden Eis 25 Schritt weit über das Eis auf das trockene Land hinaus. Dieser Stein maß in der Breite 6, in der Länge 8 und in der Höhe 5 Schuh, so dass man sein Gewicht auf ungefähr 150 Zentner schätzte. Man hat ihn nachher gesprengt und in 7 namhaften Fuhren weggeführt. An dem gleichen Tag, als der See überfror, bezog der Hochwohlgeborene Herr Marquart Joseph, Baron von Bernhausen, die Obervogtei Arbon. Es wurden Anstalten gemacht, ein Freischiessen auf dem See abzuhalten, wozu der gnädige Herr Obervogt, ein löblicher Magistrat und Herr Höchinger von Horn beisteuerten. Es wurde am Fastnacht-Sonntag, den 13. Februar dergestalt durchgeführt, dass die Bürgerschaft mit Trommeln, Pfeifen und fliegenden Fahnen auf den See zog«.

Der Rest der Inschrift ist weitgehend unleserlich.

DAS ENDE DER »KLEINEN EISZEIT«

Im 18. Jahrhundert ist für den Bodensee nur eine Seegfrörne belegt (1788), von der kein Bildmaterial bekannt ist. Vom Zürichsee wissen wir jedoch von elf Gfrörni. Für die Jahre 1702, 1740 und 1799 sind diese Seegfrörni in Druckgraphiken festgehalten, welche wiederum die

Im Jahr Christi M¹⁶⁹⁵ M¹⁶⁹⁵ M¹⁶⁹⁵ den 5 Febr.
 ware der Bodenser Eiszöllig überfroren daß man solch
 en alweg hat wandern End mit Beladenen Schiffen fahren können
 End hie dikes Eyß so lang gedauert daß man den Ganzen Hörning,
 2 End Akerben noch, von Hier aus Bis auf Lindau, und anderen Orten
 Des Schwabenlandes, Bis schweren Lasten, Bis dem Eyß über den
 selben hat fahren können. Man hat auch die breite des Sees gemessen, und hat
 sich gefunden, das von Arbon bis Wangenargen 74 25. Schaffer, oder 44 550.
 Schuh gewesen. Das Eyß ist hernach mit solchem Krachen gebrochen, das man es auf
 etlich Stund weit hören können, End die Eyßstücke sich an etlichen Orten wie kleine
 berge Aufgeschwelle. Es hat sich bey so bewanten Zeiten, Auch eine Wunderlich
 Wegebretheit Zugesagen, Wie solches auf nebenstehender Taffel Zuersehen ist.

Abb. 5 Gemalte Schrifttafel zur Seegrörne 1695; erste Tafel

Fürstlicher Rathe Herr Johann von Sickingen
 abgedruckten auch Verzeichnet werden. Das sich alhier zu Arbon bey
 der Eyrung des Bodensees Ein wunderliches Spectacul in Augenwart
 welche Verloben Glaubwürdig Zugesagen. Als den 14. Marty St. N. des
 1695. ten Jahres Morgens zwölben 8. und 9. Uhren hat sich ein Stein so
 weit der stattmäßen Belegen, konnten die Frau Venant, von Freym auß dem
 See laubt dem Umbgehabten Eyß Erhaben, End warffte sich selbst auf 25
 schritt weit, über das Eyß auf die Trüchne Landt hinaus. Dike hieße dabe
 die hohe. 3. R. in Breite 6. und in die Länge. O. Weret schne, würdet vor vorge
 auf. 150. Schutte schwerer gestimert. den Mann hernach Verstrengt was
 7. Staubaffen fahren hinweggeführt.

Ich bin oben Tag da die See überfroren, hat der Herr Reichs Raths Rath Herr Margard Jodis Baron v. Sickingen in
 Oberösterreich, wurde auch mit ihm anstalt gemacht Ein freischreiben, als den See anstehen, wurde der Herr Baron her. Es ist sagt. Ein solch. Magistat und
 an Vorhingen die Vorn Zugesagen, welche den den. 15. Februar auf volgend, was an dabe nach Sonntag. Es ist gesagt, die die Vorn ist mit Trümmen
 auch hier. Es ist sagt, auf der See gezogen. Den weitem schreiben. Es ist gesagt, die Vorn ist mit Trümmen. Es ist gesagt, die Vorn ist mit Trümmen.

Abb. 6 Gemalte Schrifttafel zur Seegrörne 1695; zweite Tafel

Graphische Sammlung der Zentralbibliothek Zürich besitzt. Zwischen 1744 und 1784 wissen wir von katastrophalen Eishochwassern am Rhein; 1784 wird die Heidelberger »Alte Brücke« durch Eisgang zerstört, was auch in Bilddarstellungen festgehalten wurde⁴⁰. 1788 sind Bodensee und Zürichsee zugefroren; in diesem Winter ist auch die Lagune Venedigs gefroren, was eine zeitgenössische Zeichnung belegt.

Im 19. Jahrhundert ist der Bodensee nur zweimal, nämlich 1830 und 1880 zur Gänze zugefroren.

BILD- UND TEXTDARSTELLUNGEN VOM SEEGRÖRNE DES BODENSEES 1830

Vom Seegrörne 1830 gibt es umfangreich Malerei und Druckgraphik. Die meisten dem Verfasser bekannten Bilddarstellungen der Seegrörne von 1830 zeigen die Seegrörne im Konstanzer Hafen; zumeist sind es Ansichten von Westen aus. Mehrheitlich stammen diese Illustrationen vom Verleger, Maler und Kupferstecher Nicolaus Hug (1771–1852); sie befinden sich im Konstanzer Rosgartenmuseum und sind gut in Katalogen beschrieben. Abb. 7 gibt eine erste aquarellierte Federzeichnung von Hug wieder⁴¹. Diese Federzeichnung war Vorlage zu Umrissradierungen von Nicolaus Hug in verschiedenen Formaten. Davon stammt die von E. Eifelberger kolorierte Radierung »Aufsicht auf den Damm von Constanz ... im Jahre 1830« mit einer sechszeiligen Beschreibung am unteren Bildrand⁴². Eine Umrissradierung in etwas kleinerem Format gibt es sowohl als unkolorierte, als auch als kolorierte Ansicht⁴³. Weiterhin war die aquarellierte Federzeichnung Vorlage für eine Lithographie von B. Eschenbacher⁴⁴ und schließlich noch Vorlage für ein Ölbild auf Holz, welches Nicolaus Hug 1849 selbst schuf⁴⁵. Von Gebhard Gagg gibt es als freie Nachbildung der Darstellungen von Hug die grau lavierte Federzeichnung »Der gefrorene Bodensee im Jahr 1830«⁴⁶.

Eine Ansicht von Südwesten des Hafens malte Wendelin Mosbrugger in Öl (Abb. 8). Das Ölgemälde auf Leinwand gewährt einen Blick vom Damm auf den zugefrorenen Obersee mit zahlreichen Spaziergängern und Schlittschuhläufern⁴⁷. Eine Lithographie von F. Pecht und eine weitere Ansicht zeigen das dicht begangene bzw. befahrene Eis vor dem Konstanzer Hafen mit Blick auf Konstanz⁴⁸.

Die seit 1573 stattfindende Eisprozession zwischen Hagnau und Münsterlingen ist für das Jahr 1830 vom Hagnauer Ratsschreiber Franz Josef Model in einer schönen Zeichnung festgehalten; von dieser Zeichnung existieren zwei Versionen. Eine erste Version⁴⁹ beinhaltet unterhalb der Zeichnung folgenden, in lesbares Deutsch übertragenen Text⁵⁰:

»Im Jahre 1830 auf Dienstag den 2^{ten} Hornung überfror der Boden-See dermaßen stark, dass die Eis-Decke 14 Zoll dick wurde, und man ohne Gefahr mit Schlitten und Wagen von einem Gestade zum Andern fahren konnte, was auch in der That von Inn- und Ausländern geschehen ist. Zum Andenken dieses ausserordentlichen Ereignisses führten die damaligen Orts-Vorstände der löblichen Gemeinde Hagnau, als: Der Hochwürdig und Wohlgeborne Herr Johann Baptist Fink, Kapitels Definitior und Pfarrer daselbst, Herr Franz Jakob Gseller, Kaplan; sodann Orts-Vogt Ainser, Schullehrer Länder, nebst den Gerichtsmännern, die Schul-Jugend, 110 Kinder, am Samstag, den 6^{ten} nämlichen Monats über das Eis nach der benachbarten Frauen-Abtey Münsterlingen woselbst Ihnen das Brust-Bild des heiligen Evangelisten Johann zum 3^{ten} mal in einem Zeitraum von 300 Jahren vertragsgemäß, wenn der Boden-See überfrieren sollte, übergeben wurde. Abends 6 Uhr kam der Zug unter Glockengeläut wieder in Hagnau an, wo sodann besagtes Bild in der Pfarr-Kirche daselbst feierlich auf einen Seiten-Altar aufgestellt wurde«.

Die zweite Version der Zeichnung⁵¹ bringt eine inhaltlich weitgehende identische Zeichnung und einen kürzeren Text.

DIE LETZTEN SEEGFRÖRNEN

Von der Seegfrörne von 1880 besitzen wir umfangreich Druckgraphik und erstmals auch Photographien. Die letzte Seegfrörne des Bodensees (1963) wurde umfassend in den modernen Medien Photographie, Film und Fernsehen präsentiert und dokumentiert; die Hand des Künstlers war nicht mehr gefragt. Diese Dokumentationen sollen hier nicht betrachtet werden.

Dafür gibt es von einem Teilgrörne des Bodensees, dem zugefrorenen Untersee vom Jahre 1940 ein herrliches Bild von Otto Dix mit aufbrechendem Eis und einem Regenbogen über Steckborn⁵². Dix, der ab 1933 am Bodensee wirkte, malte hier von 1933 bis 1945 häufig altmeisterlich Landschaften.

SCHLUSS

Chroniken zugefrorener Seeoberflächen sind bestens geeignete Proxydaten zur Klimageschichte. Die Zeitreihe der Seegfrörnen von Bodensee und Zürichsee werden aber in der Klimageschichte kaum beachtet. Deshalb wurde hier der Versuch gemacht, die Seegfrörnen in die Klimageschichte einzuordnen, was zu guter Übereinstimmung führte.



Abb. 7 Zugefrorener Konstanzer Hafen von 1830, Ansicht von Westen. Aquarellierte Federzeichnung von Nicolaus Hug.



Abb. 8 Zugefrorener Konstanzer Hafen von 1830, Ansicht von Südwesten. Ölgemälde von Wendelin Mosbrugger.

Bilder und Graphiken dokumentieren des öfteren Klimageschichte; davon nehmen allerdings sowohl Kunstgeschichte und auch Klimahistorie wenig Notiz. Seit rund drei Jahrhunderten existieren vom Bodensee bemerkenswerte Bilddarstellungen, die somit auch insgesamt Klimageschichte in Mitteleuropa illustrieren.

Auf Darstellungen künftiger Seegrörne und die Rückkehr der Büste des hl. Johannes nach Hagnau werden wir wohl noch sehr lange warten müssen. Genügend Zeit also, die Geschichte der Seegrörnen in alten Chroniken und Texten und in Bildern zu studieren.

Anschrift des Verfassers:

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt Brunner, Lehrstuhl für Kartographie und Topographie,
Universität der Bundeswehr München, D-85577 Neubiberg.

ANMERKUNGEN

- 1 MEICHLE, Friedrich: Seegrörne und Eisprozession in Vergangenheit und Gegenwart, in: Schrr VG Bodensee 81, 1963, S. 146.
- 2 DOBRAS, Werner: Wie ist das Eis so heiß. Die Geschichte der Seegrörnen ab 875. Bergatreute 2003.
- 3 Hier sind allerdings die unterschiedlichen Größen der Seeflächen zu berücksichtigen: der Bodensee hat 540 km², der Zürichsee lediglich 90 km².
- 4 Nach MEICHLE (siehe Anm. 1), S. 146 und auch Dobras (wie Anm. 2).
- 5 RIHNER, Fred: Die Vereisung des Zürichsees in historischer Sicht, in: Mühlheim, Ernst und Walther, Hans: Seegrörni. Verlag der Zürichsee-Zeitung, Stäfa 1963, S. 3–19.
- 6 In der Schweiz spricht man bekanntlich vom »Seegrörni«.
- 7 Nach RIHNER (wie Anm. 5).
- 8 Unter Proxydaten versteht man in der Klimageschichte indirekte Klimainformationen, wie der Beginn phänologischer Phasen, Ernteertragszahlen, aber auch Belege über Vereisungen.
- 9 GLASER, Rüdiger: Klimageschichte Mitteleuropas. Darmstadt 2001, S. 13–27.
- 10 BRUNNER, Kurt: Ein buntes Klimaarchiv – Malerei, Graphik und Kartographie als Klimazeugen, in: Naturwissenschaftliche Rundschau 56, Heft 4 (2003), S. 181–186.
- 11 BRUNNER, Kurt: Dokumentation von Kälteperioden in Landschaftsbildern, Druckgraphik und Karten, in: 6. Deutsche Klimatagung – Klimavariabilität. Terra Nostra, 6 (2003), S. 82–83.
- 12 PÉREZ-HIGUERA, Teresa: Chronos. Die Zeit in der Kunst des Mittelalters. Würzburg 1997, S. 181.
- 13 STEINGRÄBER, Erich: Zweitausend Jahre europäische Landschaftsmalerei. München 1985, S. 66.
- 14 STEINGRÄBER (wie Anm. 13), S. 67.
- 15 SCHACHERL, Lillian: Luxus des Lebens. Die »Très Riches Heures« des Herzogs von Berry. München – New York 1997, S. 46–49.
- 16 BRUNNER (wie Anm. 10) S. 182.
- 17 DOBRAS (wie Anm. 2) S. 20.
- 18 Die Seegrörne von 1565 trat allerdings nur am Bodensee, nicht jedoch am Zürichsee auf.
- 19 DÜWEL-HÖSSELBARTH, Waltraud: Ernteglück und Hungersnot. 800 Jahre Klima und Leben in Württemberg. Stuttgart 2002, S. 52.
- 20 BRUNNER (wie Anm. 10), S. 183.
- 21 HEROLD, Inge: Pieter Bruegel. Die Jahreszeiten. München/London/New York 2002, S. 79–83.
- 22 SEIDEL, Max, MARIJINISSEN, R.H.: Bruegel. Stuttgart 1984, S. 278.
- 23 BOLT, Ferdinand: Winter am Bodensee. Die Bodenseegrörni in alten Chroniken; Brauchtum und Geschichte, in Bodensee-Hefte 1962, S. 457.
- 24 Eine Wiedergabe dieser Zeichnung findet sich in RIHNER (Anm. 5), S. 5.
- 25 WOHLER, Joseph Ludolph: Die Vereisung des Bodensees im Februar 1684, in: Hoenn, Karl: Das Bodenseebuch 1948/49. Friedrichshafen 1949, S. 9.
- 26 Das Liederblatt findet sich gleichfalls in RIHNER (Anm. 5), S. 6.
- 27 RIHNER (siehe Anm. 5), S. 6.
- 28 GLASER (siehe Anm. 9), S. 157.
- 29 DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM: Preußen 1701. Eine europäische Geschichte. I. Katalog. Berlin 2001, S. 40.
- 30 BRUNNER (siehe Anm. 10), S. 184.
- 31 BUDDÉ, Michael: Eisvergnügen und andere Lebenswirklichkeiten. Bedeutungsebenen holländischer Winterlandschaften, in: Gemäldegalerie Berlin: Die »Kleine Eiszeit«. Holländische Landschaftsmalerei im 17. Jahrhundert. Berlin 2001, S. 64–85.
- 32 SUCHTELEN, Ariane van: Holland Frozen Time. The Dutch Winter Landscape in the Golden Age. Den Haag 2001.

- 33 Eine unretuschierte Abbildung dieser Zeichnung findet sich in DOBRAS, Werner: Seegfrörne. Die spannende Geschichte der Seegfrörnen von 833 bis heute. Konstanz 1992, S. 9.
- 34 Ziegler ist als Maler sonst nicht ausgewiesen.
- 35 KOMMER, Björn R. (Hg.): Rosgartenmuseum Konstanz. Der Bodensee in alten Ansichten (ohne Konstanz). Konstanz 1991, S. 23.
- 36 SCHULZ, Eveline, KUHN, Elmar, L. und TROGUS, Wolfgang: Immenstaad. Geschichte einer Seegemeinde, Konstanz 1995, S. 350–151.
- 37 Eine Abbildung dieser Kartenvedute findet sich in BOLT (siehe Anm. 23), S. 459.
- 38 BOLT (siehe Anm. 23), S. 459.
- 39 Diese Tafel ist – stark verkleinert – in BOLT (siehe Anm. 23), S. 457 wiedergegeben.
- 40 FRICKE, Werner: Der Bericht von E. F. Deurer über das Eishochwasser von 1784. in: Prückner, Helmut (Hg.): Die alte Brücke in Heidelberg. Heidelberg 1968, S. 41–56.
- 41 KOMMER, Björn R. (Hg.): Konstanzer Museumskataloge 1,2: Konstanz in alten Ansichten. Kaufhaus und Hafen. Konstanz 1988, S. 75 und 88 (Nr. 2.1.3.1).
- 42 KOMMER (siehe Anm. 41), S. 88 (Nr. 2.1.3.2).
- 43 KOMMER (siehe Anm. 41), S. 89 (Nr. 2.1.3.4 und 2.1.3.4a).
- 44 KOMMER (siehe Anm. 41), S. 89 (Nr. 2.1.3.3).
- 45 KOMMER (siehe Anm. 41), S. 89 (Nr. 2.1.3.5).
- 46 KOMMER (siehe Anm. 41), S. 90 (Nr. 2.1.3.6).
- 47 Ein weitgehend identisches Ölgemälde, jedoch ohne Stadtwappen ist abgebildet in DOBRAS (siehe Anm. 33), S. 25.
- 48 DOBRAS (siehe Anm. 33), S. 31 und 33.
- 49 Reproduziert in MÜLLER, Hermann: Chronik der Pfarrgemeinde St. Johannes Baptist zu Hagnau am Bodensee. Regensburg 1983, S. 91 und in DOBRAS (siehe Anm. 1992), S. 15.
- 50 Nach MÜLLER (siehe Anm. 49), S. 91.
- 51 Abgebildet in BOLT (Anm. 23), S. 460 und in MEICHLE (Anm. 1), S. 167.
- 52 Sturzenegger-Stiftung, Museum Allerheiligen, Schaffhausen. Das Bild in Mischtechnik auf Holz war 2003 in der Ausstellung »Dix im Hagnau und am Bodensee 1933–69« zu sehen. Katalog: BAUER, Christoph (Hg.): Otto Dix. Werke von 1933 bis 1969. Singen, S. 52.

BILDNACHWEIS

Abb. 1 Photographie Theo Geiss; Bildarchiv Brunner.

Abb. 2 Stadtarchiv – Stadtbibliothek Lindau.

Abb. 3 Rosgartenmuseum Konstanz

Abb. 4 Historisches Museum Schloss Arbon (Leihgabe Rosgartenmuseum Konstanz).

Abb. 5, Abb. 6 Historisches Museum Schloss Arbon.

Abb. 7, Abb. 8 Rosgartenmuseum Konstanz.

Michael Bärmann

IN SACHEN BENEDIKT GILLMANN

Nachgetragenes zu einer Figur

aus Heinrich Hansjakobs Erzählung ›Der Vogtsbur‹

Im 122. Jahresheft der Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins »Schau-ins-Land« erschien kürzlich ein Aufsatz, in dessen Mittelpunkt Benedikt Gillmann (1823–1897), ein in den Jahren 1871 bis 1874 als Verwalter (›Verweser‹) der Schwarzwaldpfarrei Wittichen (nord-östlich von Haslach i.K.) nachweisbarer Priesterkollege des Kinzigtäler Volksschriftstellers Heinrich Hansjakob (1837–1916), stand.¹ Die im Rahmen dieses Beitrags referierten Forschungsergebnisse konfrontierten uns unter anderem mit dem Problem, ob ein Hinweis dieses über Jahre hinweg auch am Bodensee tätigen Heimatdichters, der sich in seiner im Todesjahr Gillmanns veröffentlichten Erzählung ›Der Fürst vom Teufelstein‹ findet, unabhängig von der schon seit geraumer Zeit kontrovers diskutierten Frage nach den illegitimen Nachkommen des Autors zu interpretieren ist oder aber Bezüge errahnen läßt, die, recht besehen, neue Aspekte dieser berühmt-berüchtigten »wunden Stelle« im Leben Heinrich Hansjakobs zu Tage fördern könnten.² Vor allem die im Erzbischöflichen Archiv Freiburg lagernde Personalakte Benedikt Gillmanns erwies sich nun bei der fortgesetzten Spurensuche als außergewöhnlich ergiebig, so daß ich mich im Anschluß an die weitere Durchsicht dieses in jeder Hinsicht als gewichtig zu bezeichnenden Konvoluts nun in die glückliche Lage versetzt sehe, das bewegte – um nicht zu sagen: spektakuläre – ›Vorleben‹ des Witticher Pfarrverwalters, den Hansjakob in seiner Erzählung ›Der Vogtsbur‹ an markanter Stelle in Erscheinung treten läßt,³ eingehender würdigen zu können, als dies auf der Basis der bislang bekannt gewordenen Quellenzeugnisse möglich war.

1. EINLEITUNG: EIN AMTSBRUDER HEINRICH HANSJAKOBS IN ÜBERLINGEN AM RIED

Um es vorwegzunehmen: Gillmanns Amtszeit als Verweser der abgelegenen Kinzigtäler Pfarrei Wittichen ist zumindest indirekt als Folge eines handfesten Skandals zu begreifen, der sich, soweit sich dies der überaus reichhaltigen und vielschichtigen ar-

chivalischen Überlieferung entnehmen läßt, in seinen Hauptzügen in dem unweit des Bodensees gelegenen Dorf Überlingen am Ried (südöstlich von Singen), also weitab von dem späteren Wirkungsort des Geistlichen, ereignet hat. Hier, im Bereich des Dekanats Hegau, versah Hansjakobs Amtsbruder in den Jahren 1868 bis 1870 erstmals in seinem durch zahlreiche Wechselfälle überschatteten Leben ein vollwertiges Pfarramt,⁴ um im Verlauf einer sich sowohl für ihn selbst als auch für sein Hauspersonal überaus peinlich entwickelnden Affäre, die, wie die betreffenden Akten zu erkennen geben, nicht nur die geistlichen und weltlichen Behörden, sondern auch einen Großteil der Überlinger Einwohnerschaft über Monate hinweg irritierte, zunächst seines Postens enthoben, sodann zum Pfarrverweser degradiert und, nach einem kurzen Zwischenspiel in Saig (Dorf bei Titisee), schließlich in einen abgelegenen Flecken des Kinzigtals versetzt zu werden, wo er in den Folgejahren mit verschiedenen Persönlichkeiten in Berührung kam, die viele Jahre später als Figuren Hansjakobscher Erzählungen fröhliche Urständ feiern sollten.⁵

Was aber war im Hegau nun eigentlich vorgefallen, und welche Gründe bewogen die Kirchenoberen, den Überlinger Pfarrer nach einer nicht enden wollenden Serie kleinerer wie größerer Scharmützel nicht nur mit einer ganzen Reihe von durchaus angesehenen Privatpersonen, sondern auch mit verschiedenen Behördenvertretern aus der Bodenseeregion abziehen, um ihn zumindest vorübergehend in einer kleinen Titiseegemeinde ein mehr oder weniger als kümmerlich zu bezeichnendes Pfarrverwalterdasein fristen zu lassen? Außer dem Vorwurf, einen – um es gelinde auszudrücken – gewissen Hang zur Sparsamkeit an den Tag zu legen – übrigens ein Charakterzug, der dem Geistlichen bereits zu Zeiten seines Theologiestudiums zur Last gelegt worden war⁶ und noch die testamentarischen Verfügungen des in einer Freiburger Privatwohnung lebenden Pensionärs überschatten sollte⁷ –, war es auch und vor allem die mysteriöse Schwangerschaft und Niederkunft seiner Haushälterin Katharina Hug, die dem Priester nach Wochen und Monaten zähen Ringens sowie erbitterten Auseinandersetzungen mit geistlichen und weltlichen Instanzen schließlich das Amt kostete und seine vorläufige Versetzung in den Südschwarzwald zur Folge hatte.

Der Komplexität, ja Vielschichtigkeit dieses ›Falles‹ im Rahmen eines kurzen Überblicks, wie er im Folgenden geboten werden soll, auch nur annähernd gerecht zu werden, fällt angesichts der geradezu erdrückenden Fülle des überlieferten Aktenmaterials außerordentlich schwer, wobei der Umstand, daß das im Erzbischöflichen Archiv verwahrte Personaldossier nicht nur offizielle Gerichtsprotokolle, amtliche Gutachten sowie schriftlich fixierte Aussagen von durchaus als glaubwürdig einzustufenden Augen- und Ohrenzeugen umfaßt, sondern auch Dokumente enthält, deren Inhalte an der Korrektheit und Rechtmäßigkeit zumindest einzelner Teile des Verfahrens doch gewisse Zweifel aufkommen lassen, angesichts der großen zeitlichen Distanz zu den historischen Vorgängen unser Vorhaben nicht eben erleichtert. Ich beschränke mich daher notgedrungen auf eine kursorische Durchsicht der aussagekräftigsten Dokumente, die den ›Fall Gillmann‹ zumindest in seinen Grundzügen nachvollziehbar werden lassen sollen.

2. AUFTAKT IN BOHLINGEN:

EIN DEKAN IN BEDRÄNGNIS

Soweit sich die einzelnen Ereignisse auf der Basis der in der Gillmannschen Personalakte überlieferten Quellendokumente rekonstruieren lassen, beginnt der quasi offizielle Teil der eigentlichen ›Skandalchronik‹ am 22. Mai 1870 im Bodenseedorf Bohlingen, dem nur wenige Kilometer südlich von Gillmanns Pfarrei gelegenen Amtssitz des Hegauer Dekans Franz Xaver Pfirsig (1810–1894),⁸ als vier Honoratioren der Gemeinde Überlingen am Ried (namentlich Altbürgermeister Max Koch, Gemeinderat und Kirchenrechner Joachim Brutscher, Gemeinderat und Stiftungsmitglied Leo Gnädig sowie Gemeindeausschuß- und Stiftungsmitglied Josef Koch) vorstellig werden, um eine ganze Reihe von Beschwerden gegen ihren Ortsgeistlichen zu Protokoll zu geben. Die Liste der hierbei erhobenen Vorwürfe beginnt mit jenem Punkt, der Gillmann schließlich zum Verhängnis werden sollte:

[...] es ist das allgemeine Gerücht im Ort, daß seine Haushälterin in der Schwangerschaft sich befinden solle; ihr Name ist: Katharina Hug. Seit einigen Tagen soll sie fort sein, ohne daß bekannt ist, wohin; insweilen [sic!] hilft ihre Schwester aus, die schon längere Zeit da sich befindet.

Gewissermaßen als Kronzeugin für die angeblichen Beziehungen zwischen dem Überlinger Dorfpfarrer und seiner Bediensteten – denn dies war der eigentliche Stein des Anstoßes – bemühten die Beschwerdeführer Klara Gillmann geborene Faber (1789–1872),⁹ die zum Zeitpunkt der Protokollaufnahme allem Anschein nach bereits senile Mutter des Amtsinhabers, die gemäß den Aussagen der in Bohlingen erschienenen Vertreter der Pfarrgemeinde als vorübergehende Mitbewohnerin des Pfarrhauses nicht nur verdächtige Beobachtungen angestellt, sondern prompt auch in die Öffentlichkeit getragen hatte, wird bezüglich der hochbetagten Dame doch gegen Schluß des Protokolls ausdrücklich vermerkt:

Daß Herr Pfarrer in der Gemeinde das Zutrauen verlor, wurde durch die eigene Mutter, welche bei ihm war, befördert, welche da und dort selbst bei dem Bürgermeister sich beklagte, und unter Andern [sic!] erzählte, Daß »mein kleiner Bub |: damit meint sie den Herrn Pfarrer :| ist mit dem Meidle ganz vernarrt«. Solches u. ähnliches redete sie aus. |: Unter dem Meidle verstand sie die Haushälterin :|.

Daß diese und weitere schwer wiegende Vorwürfe, die sich auf verschiedene Nachlässigkeiten bei der Ausübung des geistlichen Amtes bezogen, Gillmann gleichsam wie ein Blitz aus heiterem Himmel trafen, ist eher unwahrscheinlich, ist doch einem bereits am 10. Mai 1870 abgefaßten Brief des Beschuldigten an den Bohlinger Dekan, der auf eine Zuschrift vom 6. d[ieses] M[onats] antwortet, unmißverständlich zu entnehmen, daß der Überlinger Geistliche aufgrund seiner Beziehungen zu seinem Hauspersonal schon viel früher ins Gerede gekommen war.¹⁰ In seinem Antwortbrief an den Vorgesetzten erteilt er nicht nur präzise biographische Auskünfte über die beiden in seinem Haushalt beschäftigten Schwestern, sondern zeigt sich auch sichtlich bemüht, deren Präsenz im Pfarrhaus zu rechtfertigen. Erfreulicherweise lassen sich dem Schreiben nähere Informationen zu den Geburtsorten und -daten der Hausangestellten entnehmen: Sowohl die am 8. März 1845 geborene Katharina Hug

als auch ihre am 25. März 1843 geborene Schwester Mechtild stammten zwar ursprünglich aus Gottmadingen (südwestlich von Singen),¹¹ hatten jedoch seit Ende des Jahres 1852 in Wirmetsweiler (bei Markdorf, nordwestlich von Friedrichshafen) gelebt, wo ihre Eltern, Andreas Hug (1809–1891) und Regina geborene Kessinger (1812–1880), einen Bauernhof bewirtschafteten.¹² Mehr noch: Gillmanns Hinweise zur Herkunft seiner beiden Haushälterinnen liefern zugleich eine Erklärung für das Zustandekommen der Dienstverhältnisse, liegt doch das Dorf Bermatingen, wo der Geistliche in früheren Jahren (seit 1864) als Kaplaneiverweser fungiert hatte, bis er im Frühjahr 1868 schließlich die Pfarrei Überlingen am Ried übertragen bekam, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Markdorf. Somit kann es kaum verwundern, daß Gillmanns Beziehungen zu Katharina Hug bis in die Bermatinger Periode zurückreichen.¹³

3. DER ›FALL GILLMANN‹ ZIEHT SEINE KREISE

Mit der im vorausgehenden Abschnitt behandelten Protokollaufnahme wurde ein Untersuchungsverfahren in Gang gesetzt, das, wie eingangs bereits angedeutet wurde, in den darauffolgenden Wochen und Monaten nicht nur die Pfarrgemeinde Überlingen, sondern auch die kirchlichen und weltlichen Behörden wiederholt in Aufregung versetzte. Erste Details zu den weiteren Entwicklungen der Affäre sind einem traurigen Bericht zu entnehmen, den Franz Xaver Pfirsig mit Datum vom 3. Juni 1870 an das Erzbischöfliche Kapitelsvikariat in Freiburg übersandte und in dem sich ein Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse der auf die Fertigung des Protokolls folgenden Tage in zusammengefaßter Form wiederfindet. So weiß der Bohlinger Dekan im Anschluß an einen Hinweis auf die anscheinend schon seit längerem vor Ort kursierenden Gerüchte über die angebliche Schwangerschaft der Katharina Hug zu berichten, Gillmann habe auf seine Anfrage hin erklärt, [...] daß er dieses nicht glaube. Es handle sich hierbei, so der Angeschuldigte weiter, um Verspottungen, die in der Feindseligkeit gewisser Personen gründeten. Unter Bezugnahme auf das Bohlinger Protokoll, das Pfirsig seinem Rapport beilegt, teilt der Würdenträger seinen Freiburger Vorgesetzten darüber hinaus mit, daß er am 31. Mai Gillmann die Aussagen der vier Überlinger Beschwerdeführer vorgelesen, der Beschuldigte jedoch nicht die leiseste Ahnung von einer Schwangerschaft seiner Haushälterin an den Tag gelegt habe. Allerdings – und dieser Punkt ist entscheidend – hatte Katharina Hug in der Zwischenzeit (am 20. Mai 1870) in dem nördlich von Stockach gelegenen Dorf Hecheln bei Verwandten ein Mädchen zur Welt gebracht, das tags darauf auf den Namen Helene Hug getauft worden war.¹⁴ Die Nachricht von der Niederkunft der Haushälterin hatte das Dekanat allerdings erst am 2. Juni erreicht und dort eine gewisse Ratlosigkeit hinterlassen, hatte Pfirsig angesichts der umlaufenden Gerüchte doch von Katharinas Dienstherrn ein amtsärztliches Zeugnis darüber verlangt, ob die Haushälterin denn

nun wirklich schwanger wäre oder nicht, und paradoxerweise war dem Dekan am 2. Juni ein ›entlastendes‹ Gutachten¹⁵ übergeben worden – um noch am gleichen Tag widerlegt zu werden, waren doch noch am Nachmittag des 2. Juni sowohl der Amtsrichter Heiß (nebst einem Rechtspraktikanten) als auch Staatsanwalt Fieser¹⁶ sowie ein Assistenzarzt namens Dr. Mader in Überlingen eingetroffen, hatten die Beschuldigten sodann vor Ort einem eingehenden Verhör unterzogen und Katharina Hug zu einer erneuten ärztlichen Untersuchung genötigt, die nun das gegenteilige Resultat zutage förderte.¹⁷ Mehr noch: Laut Protokoll hatte die Wöchnerin nach anfänglichem Leugnen schließlich zugegeben, [...] daß Herr Pfarrer Gillman der Vater sei, er habe an dem u. dem Tag bei ihr im Bett gelegen. Vor allem Katharinas Geständnis veranlaßte nun den Dekan zu der dringlichen Bitte an die Freiburger Kirchenbehörde, den angeblichen Vater des Kindes doch möglichst rasch von Überlingen abzurufen, ihn durch einen Pfarrverweser zu ersetzen¹⁸ und hierbei [...] auf einen nicht nur allein sittlich ganz reinen, sondern auch sonst fähigen Priester zu denken, um den in mancher Hinsicht gesunkenen Zustand Ueberlingens wieder zu heben. Leider sind fast bei allen ihren Pfarrern Uibelstände und Klagen zum Vorschein gekommen.

Nun wird man aus dem am 2. Juni zu Protokoll gegebenen Geständnis der Haushälterin gewiß nicht den sicheren Schluß ziehen dürfen, daß Benedikt Gillmann tatsächlich der Vater Helene Hugs war, zumal sowohl die Mutter des neugeborenen Mädchens als auch der Überlinger Pfarrer in den darauf folgenden Wochen und Monaten immer wieder mit Nachdruck behaupteten, nicht ein Verstoß gegen den priesterlichen Zölibat, sondern eine aufgrund von Angst und Scham verheimlichte Vergewaltigung durch eine unbekannte Drittperson hätte die Schwangerschaft verursacht und die am 2. Juni gemachten Aussagen seien nicht zuletzt aufgrund massiver Drohungen und Einschüchterungen seitens der Behördenvertreter zustande gekommen.¹⁹ Allerdings: Für Dekan Pfirsig lag, wie die erhaltenen Zeugnisse zu erkennen geben, allem Anschein nach ein klarer Fall vor. Seine aus heutiger Sicht merkwürdig übereilt anmutende Parteinahme gegen den Angeschuldigten wird aus seinem Rapport klar ersichtlich, wenn er schreibt:

Das ist nun das Traurige, daß Pfarrer Gillman der Vater selbst ist, daß er die Thatsache läugnete, daß er in der Gemeinde jenen mit Klage drohte, welche noch solches von der Hug sagen würden, daß sie schwanger sei oder gar geboren habe, daß er und die schuldige Person den Muth hatten, das unwahre Zeugniß sich zu erwerben,²⁰ wo doch die Geburt vielleicht[t] schon geschehen, und es uns vorzulegen und so die vorgesetzte Stelle und beziehungsweise das Hochwürdigste Ordinariat zu täuschen. Letzteres wird in der Gemeinde noch übler ausgelegt als selbst der sündhafte Umgang.

Man kann sich denken, welch eine Aufregung nun in Ueberlingen herrscht, Bürgermeister allda ersuchte uns, doch auf die Feyertag einen andern Geistlichen zu senden; sie könnten einmal nicht mehr dem Gottesdienst des Pfarrers beiwohnen. Wir mußten erklären, daß wir dazu keine Vollmacht hätten, konten bloß versprechen, das Hochwürdigste Erzb. Ordinariat um schnelle Abhilfe zu bitten.

4. DIE MASSNAHMEN DER KIRCHENOBEREN

In Freiburg, fernab vom Ort des Geschehens, bewertete man die Vorgänge anscheinend weitaus sachlicher, lagen doch bislang keinerlei eindeutige Beweise für eine Schuld des Überlinger Dorfpfarrers vor. Als Reaktion auf den Bericht des Bohlinger Dekans faßte das Erzbischöfliche Kapitelsvikariat mit Datum vom 9. Juni 1870 zunächst den Beschluß, Gillmann für die Dauer der gegen ihn laufenden Untersuchung vom Dienst zu suspendieren und die Pfarrei Überlingen einstweilen durch den im Nachbardorf Worblingen wirkenden Pfarrer Konrad Friedrich Mohr (1831–1894)²¹ versehen zu lassen. Auch die in der Folgezeit von den Kirchenoberen ergriffenen Maßnahmen zeugen insgesamt von Umsicht und Zurückhaltung im Umgang mit der Affäre: So verfügte das Kapitelsvikariat wenige Tage später, am 15. Juni 1870, über das für den angeblichen Geburtsort der Helene Hug zuständige Pfarramt Mühlingen (bei Hecheln) nähere Informationen über etwaige von Amts wegen in die örtlichen Kirchenbücher erfolgte Geburts- und Taufeinträge einholen zu lassen, um so gegebenenfalls weiterführende Hinweise zum Vater des unehelichen Kindes zu erhalten. Darüber hinaus wurde das Pfarramt Bermatingen, wo der Beschuldigte, wie bereits bemerkt wurde, vor seiner 1868 erfolgten Versetzung nach Überlingen jahrelang als Kaplaneiverweser gewirkt hatte, angewiesen, nicht nur über Gillmanns selbst, sondern auch über dessen damaliges Hauspersonal detaillierte Auskünfte zu erteilen. Außerdem erteilte man dem Dekan den Auftrag, über den Verbleib der bereits im Bohlinger Protokoll vom 22. Mai 1870 als wichtige Zeugin benannten Mutter Benedikt Gillmanns Nachforschungen anzustellen, lagen doch über den aktuellen Aufenthaltsort Klara Gillmanns keinerlei sichere Anhaltspunkte vor.²² Und schließlich ersuchte man das Großherzogliche Amtsgericht Radolfzell um Einsicht in jene Untersuchungsakten, die im Zuge des Überlinger Lokaltermins vom 2. Juni angelegt worden waren.

Aber auch der Beschuldigte selbst war in der Zwischenzeit nicht untätig geblieben: Einer an die Adresse des Bohlinger Dekanats gerichteten Mitteilung vom 13. Juni 1870 zufolge legte Gillmann gegen seine am 9. Juni verfügte *Suspensio ab omni officio parochiali et sacerdotali* Berufung (»Appellation«) ein, wobei er zugleich darauf hinwies, daß er bereits am 8. Juni eine Nichtigkeitserklärung sowohl gegen die beim Radolfzeller Amtsgericht hängige Klage als auch gegen das Protokoll eingeleitet sowie einen Advokaten mit der Abwicklung des gegen ihn laufenden Strafverfahrens beauftragt hätte. Wiederum vom 13. Juni 1870 datiert ein weiterer umfassender Bericht Franz Xaver Pfirsigs an die Adresse des Freiburger Kapitelsvikariats, der die inzwischen eingeleiteten Maßnahmen kurz zusammenfaßt. In diesem Rapport charakterisiert der Bohlinger Dekan einmal mehr Gillmanns Verteidigungsstrategie als bloßes Täuschungsmanöver und legt dem Beschuldigten darüber hinaus zur Last, die bereits aus dem Dienstverhältnis entfernte und aus Überlingen ausgewiesene Katharina Hug in rechtswidriger Weise auch weiterhin in seinem Pfarrhaus beherbergt zu haben. Für den Fortgang des gegen den Überlinger Geistlichen eingeleiteten Untersuchungsverfahrens bei weitem bedeutsamer sind jedoch eine Reihe neuerlich gefaßter Beschlüsse, die das Kapitelsvikariat nach Erhalt des soeben ins Feld geführten Berichts faßte, wird mit Datum vom 20. Juni 1870 doch

festgestellt, die von dem Beschuldigten am 13. Juni angezeigte Appellation sei rechtskräftig, und zugleich verfügt, Gillmann sei eine dreißigtägige Frist einzuräumen, innerhalb derer die erforderlichen Unterlagen [...] bei dem päpstl. delegierten Richter II. Instanz, dem Hochwürdigsten Herrn Bischof Carl Joseph von Rottenburg, bzw. bei dem Hochw. Bischöflichen Ordinariate Rottenburg [...] einzureichen seien.²³

5. DER 2. JUNI 1870 UND DIE FOLGEN

Unsere bisherige Durchsicht der erhaltenen Zeugnisse zum ›Fall Gillmann‹ zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Ereignisse vom 2. Juni 1870 in einen Prozess der (bereits seit längerer Zeit schwelenden)²⁴ Auseinandersetzung zwischen der Dorfgemeinschaft von Überlingen und ihrem Pfarrer einmündeten, in dessen weiterem Verlauf sämtliche Irritationen aus früherer Zeit bei weitem überboten wurden und zwischen Gillmann und seinen Pfarrkindern eine unüberbrückbare Kluft entstand. Wie spektakulär das Eingreifen der weltlichen Behörden vor Ort gewirkt haben muß, zeigen nicht zuletzt die von Amts wegen gefertigten Protokolle. Allerdings scheint man bereits im Vorfeld des 2. Juni in der Umgebung des Pfarrhauses einzelne Vorkommnisse mit besonderer Aufmerksamkeit registriert zu haben. So wußte der zuständige Wachtmeister Kuhn vom Großherzoglichen Badischen Gendarmeriekorps (Distrikt Konstanz/Bezirk Radolfzell) beispielsweise zu berichten, ein Zeuge namens Peter Koch – er wohnte in unmittelbarer Nachbarschaft des Pfarrhauses – habe am Vorabend des genannten Tages beobachtet, wie sich Gillmanns Haushälterinnen im Schweinestall, wo doch gar kein Vieh untergebracht gewesen sei, zu schaffen gemacht hätten. Und weiter:

Ich [sc. Wachtmeister Kuhn] fragte ihn [sc. Peter Koch], ob er etwa ein Verbrechen vermuthe, worauf er sagte: ja, das könne er doch nicht sagen.

Kein Zweifel: Aus der Sicht des Polizisten war hier Gefahr im Verzug, was das Eingreifen der Behörden wohl zusätzlich beschleunigte und zugleich erahnen läßt, worüber sich Amtsrichter Heiß und Staatsanwalt Fieser am Morgen des 2. Juni unterhielten,²⁵ bevor man sich mit der Kutsche nach Überlingen begab, um die Bewohner des Pfarrhauses einem eingehenden Verhör zu unterziehen und Katharina Hug in einem Zimmer des Wirtshauses ›Zum Kreuz‹ zu einer erneuten medizinischen Untersuchung zu nötigen, wodurch die letzten Zweifel an der Schwangerschaft und Niederkunft der Haushälterin endgültig ausgeräumt werden konnten. Immerhin beseitigten die gleichzeitig aus Hecheln/Mühlingen eingetroffenen Informationen zur Unversehrtheit des neugeborenen Mädchens den Verdacht, es könnte unter Umständen ein Verbrechen – etwa ein Kindsmord – vorliegen, so daß man beschloß, die geständige Wöchnerin aus dem Polizeigewahrsam zu entlassen und sich nunmehr ganz auf das heikle Problem der Vaterschaft zu konzentrieren. Dabei zeigten sich die Beschuldigten in der Folgezeit sichtlich bemüht, die zunächst zu Protokoll gegebenen Aussagen durch eine anders

lautende Version zu ersetzen, die letztlich darauf abzielte, sowohl den Pfarrer als auch seine Haushälterin weitgehend zu entlasten. Das ursprüngliche Geständnis der Wöchnerin lautet folgendermaßen:

Ich ließ mich im vorigen Jahre mit H. Pfarrer Gillmann geschlechtsvertraulich ein. Er kam eines Abends im August in meine Schlafkammer u. nöthigte mich dort zum Beischlafe. Er war damals von 8 1/2 Abends bis Nachts 12 Uhr bei mir in meinem Bett. In Folge dessen wurde ich schwanger, verheimlichte aber diesen Zustand, weil ich mich schämte. Nicht einmal dem Herrn Pfarrer Gillmann verrieth ich meine Schwangerschaft bis 14 Tage vor der Niederkunft. Ich erklärte meinem Dienstherrn, daß ich nicht nach Hause dürfe, weil mein Vater ein heftiger Mann ist u. ich von ihm Mißhandlungen fürchtete. Meine Eltern wissen heute noch nichts von dieser Sache. Ich verabredete deshalb mit Pfarrer Gillmann, daß ich bei meiner Tante der Ehefrau des Franz Fuchs von Hecheln Katharina geb. Kessinger, einer Schwester meiner Mutter meine Entbindung abwarten solle.

Am letzten Sonntag vor 14 Tagen ging ich von hier fort u. begab mich zu den Franz Fuchs Eheleuten nach Hecheln. Dort kam ich am Freitag den 21 v. Mts Nachmittags 2 Uhr mit einem gesunden Mädchen nieder. Dieses Kind wurde am Samstag den 22 v. Mts. in der Kirche in Mühlingen auf den Namen Helene getauft.²⁶

Meiner Entbindung wohnten meine Tante, Frau Fuchs u. die Hebamme von Gallmannsweil²⁷ an. Auch wurde das Kind sofort von Franz Fuchs bei dem Bürgermeister in Hecheln behufs Vornahme des Eintrags in das Standesbuch angemeldet.

Heute vor 8 Tagen kam ich Abends mit dem 7 Uhr=Zug nach Radolfzell zurück resp. nach Rickelshausen²⁸ u. ging sofort wieder in das hiesige Pfarrhaus.²⁹

Die »alternative Version« dieser Geschichte wurde, wie es den Anschein hat, zwar von Katharina Hug in Umlauf gesetzt, jedoch erstmals von ihrer Schwester Mechtild zu Prokoll gegeben, wußte letztere doch bereits am 2. Juni Folgendes zu berichten:

Am letzten Sonntag vor 14 Tagen gieng meine Schwester nach Hecheln, um wie sie mir sagte, dort unsere Verwandte zu besuchen.

Heute vor 8 Tagen kam sie wieder hierher [sc. nach Überlingen] zurück u. erzählte mir dann, sie habe in Hecheln ein Mädchen geboren. Sie sei am vorigen Sommer od. Herbst in Singen gewesen u. habe 3–400 fl³⁰ Geld bei sich gehabt. Da sei sie, als sie in den Wald gekommen von einem Manne angepaßt u. zum Beischlafgenöthigt worden.

Sie habe das über sich ergehen lassen, weil sie gefürchtet habe, der Mann könne ihr noch am Ende das Geld dazunehmen.

Ich habe dies meiner Schwester geglaubt.

Sonst habe ich nichts anzugeben. Daß H. Pfarrer Gillmann mit meiner Schwester im Verhältniß war, merkte ich nicht.³¹

Soweit die beiden sich in den Kernaussagen widersprechenden Versionen des »Tathergangs«, die sich aus einer zeitlichen Distanz von mehr als 130 Jahren auf der Basis der erhaltenen Quellenzeugnisse weder eindeutig verifizieren noch falsifizieren lassen. Welche weiteren

Entwicklungen durchlief die Überlinger Affäre nun in den darauf folgenden Wochen und Monaten? Die Gillmannsche Personalakte überliefert eine Vielzahl von Dokumenten, die uns detaillierte Einblicke in die Vorgehensweisen der in den Skandal involvierten Personen und Institutionen gewähren. So hat sich mit Datum vom 7. Juni 1870 eine an die Adresse des Radolfzeller Amtsgerichts gerichtete Eingabe des Großherzoglichen Staatsanwalts Fieser erhalten, aus der hervorgeht, daß man aufgrund der vorliegenden Ermittlungsergebnisse zunächst keinerlei Veranlassung sah, ein Gerichtsverfahren in die Wege zu leiten. Hingegen sollte jedoch geprüft werden, ob das für den vorliegenden Fall zuständige Bezirksamt Radolfzell gegen die betroffenen Personen eine polizeiliche Anklage wegen außerehelicher Beziehungen zu erheben hätte. Das Resultat dieser Prüfung fiel positiv aus, so daß bereits am 20. Juni 1870 das Amtsgericht Radolfzell das Erzbischöfliche Kapitelsvikariat darüber in Kenntnis setzte, daß [...] eine Polizeiverklage gegen Pfarrer Gillmann wegen Concubinats dahier eingekommen ist [...].³² Die Freiburger Kirchenoberen brachten in ihren als Reaktion auf diese Maßnahme am 23. Juni 1870 getroffenen Entscheidungen nicht nur das volle Verständnis für das Vorgehen der weltlichen Behörden zum Ausdruck, sondern äußerten darüber hinaus auch die Bitte, man möge doch von Amts wegen sowohl Katharina als auch Mechtild Hug mit jenem Bezirksarzt konfrontieren, der am 1. Juni 1870 das vermeintlich entlastende Gutachten ausgestellt hatte. Die im Verlauf der Untersuchung zutage getretenen Widersprüche sollten also, wie es scheint, durch eine direkte Gegenüberstellung der betroffenen Akteure aufgehoben werden. Inzwischen (22. Juni 1870) war in Freiburg auch ein am 20. Juni abgefaßter Bericht des in Bermatingen wirkenden Pfarrers Johann Friedrich Katzenmaier (1806–1876)³³ über die einstige Amtsführung Benedikt Gillmanns als Kaplaneiverweser eingetroffen. Der Rapport ließ am sittlichen Betragen des angefeindeten Priesters keinerlei Zweifel aufkommen und bemängelte lediglich die nicht besondere Geistesbegabung des Beschuldigten sowie dessen [...] übermäßige Häuslichkeit, die wie ein Mehlthau alle seelsorgliche Amtswirksamkeit verdorben hat [...]. Aufgrund dieser nebulösen Andeutungen des Berichterstatters sah sich das Kapitelsvikariat sogleich dazu veranlaßt, weitere Nachforschungen anstellen zu lassen und den Bermatinger Pfarrer um entsprechende Präzisierungen anzugehen. Vom 21. Juni 1870 datiert sodann ein weiterer Bericht Franz Xaver Pfirsigs, der nicht nur über den aktuellen Aufenthaltsort von Gillmanns Mutter – Klara hatte sich wieder in ihrem Heimatdorf Merdingen niedergelassen –,³⁴ sondern auch über den Beginn der Dienstverhältnisse der beiden Hug-Schwestern bei Pfarrer Gillmann Auskunft gibt. Nach wie vor scheint sich der Bohlinger Dekan mit einem klaren Fall konfrontiert gesehen zu haben, äußert Pfirsig in seinem Rapport unter anderem doch freimütig den Verdacht, Mechtild Hug sei Ende des Jahres 1869 wohl nur deshalb in Gillmanns Dienste getreten, um ihrer aufgrund der Schwangerschaft zunehmend in Anspruch genommenen Schwester tatkräftig unter die Arme greifen zu können.³⁵ Als unmittelbare Reaktion auf den Bericht des Dekans faßte das Kapitelsvikariat am 23. Juni 1870 gestützt auf das geltende Kirchenrecht den Beschluß, Katharina Hug mit sofortiger Wirkung, Mechtild Hug hingegen unter Setzung einer Frist von sechs Wochen aus dem Pfarrdienst entfernen zu lassen.

Gegen Ende des Monats traf in Freiburg ein von dem Mühlinger Pfarrer Johann Baptist Huber (1805–1877) übersandter Auszug aus dem Standesregister der Gemeinde Hecheln ein.³⁶ Dem amtlichen Dokument ließen sich jedoch keinerlei Hinweise zur Identität des Vaters der Helene Hug entnehmen.

Ernsthafte Zweifel am Wahrheitsgehalt des am 2. Juni 1870 abgelegten Geständnisses der Katharina Hug weckten sodann schriftliche Bestätigungen der beim Überlinger Lokaltermin in Erscheinung getretenen Mediziner, geht aus den entsprechenden Schriftstücken doch klar hervor, daß die Wöchnerin bereits im Kontext ihrer Vernehmung behauptet hatte, [...] der Herr Pfarrer sei nicht schuld, es sei in Singen geschehen!, was wohl auf die von Mechtild Hug zu Protokoll gegebene Version des ›Tathergangs‹ zu beziehen sein dürfte.³⁷ Die besagten Dokumente waren auf Verlangen Gillmanns ausgestellt worden und gelangten – zusammen mit einem gleichzeitig gefertigten Antrag des Beschuldigten, die über ihn verhängte Amtsenthebung rückgängig zu machen – an die Adresse des Freiburger Kapitelsvikariats. Über den sachlichen Gehalt hinaus gewährt diese Eingabe Gillmanns Einblick in seine innere Haltung gegenüber den weltlichen Behörden, wenn es unter anderem heißt:

Katharina Hug ist durch den in der freien Stimme und badischen Beobachter im Juli und August v. J.³⁸ besprochenen, notorischen Feind der Großdeutschen, Ultramontanen und der katholischen Geistlichkeit Amtsrichter H[eiss] und deßsen Actuar, Rechtspraktikant F[riederich] beide Protestanten in eine Angst und Verwirrung gebracht worden, welche ihr die Bestimmung vollständig raubte, da ihr nichts Rechtfertigendes geglaubt wurde und sie das erste Mal in ihrem Leben vor Gericht war.³⁹

Gillmanns Hinweise auf die politischen Gräben zwischen katholisch bzw. protestantisch gesinnten Parteien scheinen bei den Freiburger Kirchenoberen keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen zu haben, faßte das Kapitelsvikariat doch mit Datum vom 7. Juli 1870 den Beschluß, die Suspension aufrechtzuerhalten und den Beschuldigten hinsichtlich seiner Appellation an die Adresse der nächst höheren Instanz zu verweisen.

Noch am Morgen des gleichen Tages kam es in Radolfzell vor dem Großherzoglichen Oberamtmann Eschborn auch zu jener Gegenüberstellung zwischen dem Bezirksarzt Dürr und den beiden Hug-Schwestern, um die das Freiburger Vikariat bereits am 23. Juni nachgefragt hatte.⁴⁰ Das Resultat dieser Konfrontation war bestürzend: Ohne Umschweife erklärte Dürr, die von ihm am 1. Juni untersuchte Patientin sei nicht Katharina Hug, sondern deren Schwester gewesen. Im Rahmen der besagten Konsultation hätte Mechtild ihm sogar einen auf den Namen der Katharina Hug ausgestellten Impfschein vorgelegt. Die Aussage des Mediziners scheint das von den beiden Schwestern errichtete Lügengebäude mit einem Schlag zum Einsturz gebracht zu haben, erklärte Mechtild doch nun freimütig, sie habe Dürr bewußt getäuscht, um sich ein entlastendes Gutachten für ihre Schwester zu erschleichen. Allerdings – und diese Behauptung Mechtilds verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden – sei das Täuschungsmanöver nicht auf Betreiben ihres Dienstherrn erfolgt, sondern vielmehr durch das Mitleid, das Mechtild für ihre ins Gerede gekommene Schwester empfunden hätte, moti-

viert gewesen. So sei nicht nur der Bezirksarzt, sondern auch Pfarrer Gillmann letztlich hinters Licht geführt worden.

Eine Reaktion des Kapitelsvikariats ließ nicht lange auf sich warten: Nach der Kenntnisaufnahme des Sachverhalts faßte man mit Datum vom 22. Juli 1870 den Beschluß, die am 23. Juni getroffene Entscheidung bezüglich einer fristgemäßen Entlassung Mechtilds aus Gillmanns Diensten zu revidieren und deren Entfernung innerhalb dreier Tage anzuordnen. Darüber hinaus wurde Mechtilds Dienstherrn unter Strafandrohung ausdrücklich untersagt, Katharinas Schwester jemals wiederzusehen oder sonstige Kontakte mit der Betrügerin zu pflegen.

In der Zwischenzeit hatte der vom Dienst suspendierte Geistliche einen Versuch unternommen, die ihm von höherer Stelle aus gesetzte Appellationsfrist um insgesamt vierzehn Tage zu verlängern.⁴¹ Als Grund für dieses Ersuchen führte Gillmann ins Feld, er hätte gegen die zu jenem Zeitpunkt in Hecheln weilende Katharina Hug in Radolfzell eine Klage wegen Ehrenkränkung eingereicht, die noch hängig wäre.⁴² Diese Begründung scheint die Kirchenoberen allerdings kaum beeindruckt zu haben, faßte man doch am 22. Juli 1870 den Beschluß, den Antrag des Beschuldigten zurückzuweisen und die gesetzte Appellationsfrist beizubehalten.

Aber auch in Überlingen hatte der »Fall Gillmann« für weitere Unruhe gesorgt: Am 28. Juli 1870 traf beim Freiburger Kapitelsvikariat eine kurze Mitteilung Franz Xaver Pfirsigs vom 26. Juli ein, aus der hervorgeht, daß am 24. Juli am einstigen Wirkungsort des vom Dienst suspendierten Pfarrers eine Gemeindeversammlung abgehalten worden war, in deren Verlauf man den Beschluß gefaßt hatte, Gillmann zum Verlassen des Überlinger Pfarrhauses aufzufordern.⁴³ Dieser Gemeindeentscheid veranlaßte Pfirsig zu der an die Adresse seiner Freiburger Vorgesetzten gerichteten Mitteilung, [...] daß es nothwendig wäre, wenn derselbe [sc. Gillmann] den Ort sobald als möglich zu verlassen hätte. Doch nicht nur vor Ort scheint sich die Situation allmählich zugespitzt zu haben, auch die Freiburger Kirchenbehörden gingen nun zum Frontalangriff über. Beredtes Zeugnis hiervon gibt ein mehr als 60 Seiten umfassendes Vernehmungsprotokoll, das am 2. und 3. August 1870 gefertigt wurde, eine in Freiburg erfolgte Einvernahme des Beschuldigten durch den Erzbischöflichen Offizialratsrat und Kanzleidirektor Dr. Maas sowie den Erzbischöflichen Ordinariatsassessor Krauth⁴⁴ Punkt für Punkt in minuziöser Form festhält und damit die entscheidenden Phasen der Überlinger Affäre nochmals in detaillierter Form aufbereitet. Im Rahmen dieses Verhörs beteuerte Gillmann mit Nachdruck, erst im nachhinein von der Schwangerschaft und Niederkunft seiner Bedienten Kenntnis erhalten und sowohl die in Überlingen kursierenden Gerüchte als auch einzelne Vorfälle, die sich in der Umgebung des Pfarrhauses ereignet hatten und wohl als böseartige Anspielungen auf die Geburt des unehelichen Kindes zu verstehen gewesen waren,⁴⁵ schlichtweg ignoriert zu haben. Der besondere Reiz bei der Durchsicht dieses Protokolls liegt in der spezifischen Art und Weise, wie Maas und Krauth den Beschuldigten ganz gezielt in Widersprüche zu verwickeln wußten und wie Gillmann sich krampfhaft bemühte, mittels abschweifender Bemerkungen und ausweichender Antworten das Bild eines völlig ah-

nungslosen Opfers zu vermitteln, bis er sich schließlich derart in die Enge getrieben sah, daß er sogar die Aussage verweigerte. Am Ende blieb dem Beschuldigten nichts anderes übrig, als zumindest sein Mitwissen an den Täuschungsmanövern der beiden Haushälterinnen einzugestehen, auch wenn er sich nach wie vor nicht dazu durchringen konnte, sich offen zur Vaterschaft Helene Hugs zu bekennen. Insgesamt gesehen hinterläßt das Protokoll den Eindruck, daß Gillmann im Zuge der besagten Vernehmung auch bei seinen Vorgesetzten erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben muß und sich seit dem 2./3. August auch in Freiburg der Verdacht erhärtet haben dürfte, daß der Geistliche schuldig war.⁴⁶

Doch mit der soeben behandelten Einvernahme gaben sich die Kirchenoberen bei weitem nicht zufrieden: Bereits am 4. August 1870 faßte das Kapitelsvikariat den Beschluß, den Bohlinger Dekan nochmals um eine eingehende Stellungnahme zu bitten, wobei nun vor allem nähere Details zu den im Zuge der Affäre zwischen Pfirsig und Gillmann ausgetauschten Informationen in den Mittelpunkt rückten.⁴⁷ Darüber hinaus ordnete man an, verschiedene Überlinger Bürger einzuvernehmen, um so nähere Einzelheiten über die bereits im Protokoll vom 22. Mai beschriebenen verräterischen Äußerungen der Mutter des Angeeschuldigten zu erfahren. Und schließlich war der Kirchenbehörde mitgeteilt worden, Katharina Hug sei trotz ihrer Ausweisung wieder im Überlinger Pfarrhaus aufgetaucht. Lagen hierfür handfeste Beweise vor? Nachdem der Bohlinger Dekan selbst schon auf eine möglichst rasche Erledigung des ›Falles Gillmann‹ gedrängt hatte, sah man nunmehr auch bei höherer Stelle [...] dem Vollzug unseres Auftrags in thunlichster Bälde entgegen. Die mit Datum vom 16. bzw. 18. August 1870 gefertigten Protokolle, die Pfirsig seinen Vorgesetzten übersandte,⁴⁸ ließen anscheinend immer noch zu wünschen übrig, wurde der Dekan doch am 1. September 1870 angewiesen, die z. T. bereits einvernommenen Zeugen nochmals unter Eid die zu Protokoll gegebenen Aussagen bekräftigen und diese anschließend persönlich unterschreiben zu lassen.⁴⁹ Darüber hinaus rang man sich nun auch endlich zu dem Entschluß durch, Gillmann die Anordnung zu erteilen, das Überlinger Pfarrhaus innerhalb einer zweiwöchigen Frist zu räumen, um einem Pfarrverweser, der die Amtsfunktionen des vom Dienst suspendierten Dorfpfarrers wahrnehmen sollte, Platz zu machen.

6. DIE VERTEIDIGUNG

Was den Beschuldigten betrifft, hatte dieser in der Zwischenzeit die gesamte Angelegenheit dem Freiburger Rechtsanwalt Felix Hoßner übergeben,⁵⁰ der mit Datum vom 5. August 1870 beim Freiburger Offizialat um Akteneinsicht nachsuchte. Mehr als einen Monat später, am 9. September 1870, stellte Gillmann beim Kapitelsvikariat den Antrag, Katharina Hug einvernehmen zu lassen. Diese Eingabe des Beschuldigten verdient nicht zuletzt deshalb Interesse, weil Gillmann im Text seines Gesuchs den aktuellen Aufenthaltsort seiner

ehemaligen Haushälterin aufführt: den Ort Leimbach (bei Markdorf), wo Katharina bei ihrem Schwager Richard Kessler untergekommen war.⁵¹ Inzwischen hatte Gillmann die Verfügung erreicht, das Überlinger Pfarrhaus zu verlassen, was der Betroffene alsbald⁵² mit der Bitte an das Kapitelsvikariat quittierte, ihn aufgrund der Komplikationen, die ein plötzlicher Umzug mit sich brächte, zumindest bis zum Einzug eines Pfarrverwalters an seinem einstigen Dienstort wohnen zu lassen. Dieser Bitte wurde am 15. September, nicht zuletzt in Folge einer weiteren Eingabe des Beschuldigten, die direkt an Weihbischof und Erzbistumsverweser Lothar von Kübel adressiert war,⁵³ stattgegeben. Zuvor, am 13. und 14. September 1870, war Gillmann in Böhlingen bei Dekan Pfirsig und Pfarrer Mohr vorstellig geworden, um zu den am 9. September unter Eid abgelegten Aussagen verschiedener Überlinger Bürgerinnen und Bürger, die ihn schwer belasteten,⁵⁴ ausführlich Stellung zu nehmen und einmal mehr jede Schuld abzustreiten.⁵⁵ Insbesondere den im Rahmen der Zeugeneinvernahme erhobenen Vorwurf, Katharina Hug hätte sich auch nach ihrer Ausweisung aus Überlingen wieder im dortigen Pfarrhaus aufgehalten, wies er kategorisch zurück.

Die Untersuchungsakten wurden sowohl Gillmann als auch Hoßner zur Einsicht vorgelegt, damit letzterer Gelegenheit erhielt, innerhalb einer Frist von drei Wochen eine Verteidigungsschrift aufzusetzen und diese sodann beim Erzbischöflichen Offizialat einzureichen.⁵⁶ Zugleich verhängte man über den Beschuldigten eine ›Ungehorsamsstrafe‹ in Höhe von 15 Gulden, weil sich Mechtild Hug entgegen der kirchenbehördlichen Anordnung nach wie vor bei Gillmann aufhielt und keinerlei Bereitschaft signalisierte, ihren ehemaligen Dienstherrn zu verlassen. Die Verhängung der Geldbuße dürfte Gillmann empfindlich getroffen haben, war sein ausgeprägter Hang zur Sparsamkeit doch, wie man aus einer ganzen Reihe von Dokumenten (bis hin zu Hansjakobs ironischem Seitenhieb im ›Vogtsburc‹) entnehmen kann, notorisch, um nicht zu sagen: berüchtigt. Für dieses Mal kam die disziplinarische Maßnahme allerdings zu spät, ist einer am 7. Oktober 1870 verfaßten Mitteilung des Böhlinger Dekans doch zu entnehmen, daß der vom Dienst suspendierte Pfarrer bereits am 22. September die Pfarrei Überlingen verlassen und sich in Rielasingen (südlich von Singen) niedergelassen hatte, während Mechtild Hug anscheinend in ihren Heimatort Wirmetsweiler zurückgekehrt war.⁵⁷

Eine Woche später wurde Gillmanns Anwalt wieder aktiv: Mit Datum vom 14. Oktober 1870 wandte er sich mit einer Erklärung an das Erzbischöfliche Offizialat, indem er das am 2. Juni 1870 von Katharina Hug abgelegte Geständnis als die [...] den Angeklagten am meisten belastende Aussage [...] herausstrich und zugleich hervorhob, daß die Wöchnerin ihre im Rahmen des Überlinger Lokaltermins zu Protokoll gegebenen Aussagen später widerrufen hätte.⁵⁸ Unter Hinweis auf die gesetzlichen Rahmenrichtlinien äußerte Hoßner zugleich die Ansicht, es erscheine aus mehreren Gründen gerechtfertigt, Katharina Hug durch die Vertreter der Freiburger Kirchenbehörde vernehmen zu lassen. Der Vorschlag des Anwalts scheint beim Offizialat Resonanz gefunden zu haben, faßte man doch am 22. Oktober den Beschluß, die nach wie vor bei ihrem in Leimbach ansässigen Schwager wohnhafte Katharina durch das Stadtpfarramt Markdorf für den 4. November 1870 nach Freiburg zu einer Anhörung vorladen zu lassen.⁵⁹

Zuvor kam es in Bohlingen noch zu einer Einvernahme sowohl des Franz Fuchs als auch dessen Tochter Monika, die im Frühjahr 1870 als Taufpatin der Helene Hug fungiert hatte.⁶⁰ Der Lokaltermin wurde auf den 24. Oktober anberaumt, wobei nicht nur Dekan Pfirsig, sondern auch der Kaplan Casimir Fieger anwesend waren.⁶¹ Der Zweck dieses neuerlichen Verhörs bestand darin, von kirchlicher Seite her Klarheit über Katharina Hugs Aufenthaltsorte nach deren Ausweisung aus Überlingen zu gewinnen. Den protokollierten Aussagen zufolge hatte sich die Wöchnerin seit dem 25. Juli in Stockach in einem neuen Dienstverhältnis befunden, diese Tätigkeit jedoch schon nach kurzer Zeit wieder aufgegeben, weil ihr die Arbeitsbedingungen zu hart erschienen waren. Im übrigen läßt sich den Aussagen der beiden Zeugen nicht entnehmen, daß Katharina Hug sich nach ihrer Ausweisung aus Überlingen wieder in Gillmanns Nähe aufgehalten hatte.

Am 4. November war es dann endlich soweit: In Freiburg erschien vor Heinrich Maas, seinem Assessor Krauth sowie vor dem Sekretär Vögele Katharina Hug, um ihre Sicht der Dinge zu Protokoll zu geben. Die insgesamt sechs Seiten umfassende Niederschrift ihrer Aussagen zu den zurückliegenden Ereignissen dokumentiert einmal mehr den Widerruf des am 2. Juni 1870 in Überlingen abgelegten Geständnisses zur Vaterschaft ihrer Tochter. Allerdings – und dies brachte die Glaubwürdigkeit ihres früheren Dienstherrn erneut ins Wanken – ist dem Protokoll jedoch auch zu entnehmen, daß Gillmann an dem Betrugsmanöver der beiden Schwestern, das zur Ausstellung des ärztlichen Gutachtens vom 1. Juni 1870 geführt hatte, aktiv beteiligt gewesen war.

Mit der Einvernahme Katharina Hugs war die Beweisaufnahme nun endgültig abgeschlossen, und das Erzbischöfliche Offizialat faßte am 5. November den Beschluß, Gillmanns Anwalt für die Dauer von zwei Wochen Akteneinsicht zu gewähren. Dieser Zeitraum wurde der beklagten Partei zugleich als Frist für die Einreichung der noch ausstehenden Verteidigungsschrift gesetzt.⁶² Dieses Dokument – es umfaßt insgesamt zehn Seiten – wurde am 15. November 1870 gefertigt und erreichte das Erzbischöfliche Offizialat drei Tage später. Wie nicht anders zu erwarten, finden sich in diesem Schriftstück weder Hinweise auf bislang unbekannt bzw. unberücksichtigt gebliebene Fakten noch neue Aussagen, beschränkte sich Hoßner in seinen Ausführungen doch auf eine übersichtlich strukturierte »Widerlegung« der gegen seinen Mandanten erhobenen Vorwürfe, wobei einmal mehr das Hauptschergewicht der Argumentation auf Katharinas Widerruf beruhte. Darüber hinaus versuchte der Rechtsbeistand, sowohl die belastenden Äußerungen der senilen Mutter des Beschuldigten als auch die in den Reihen der Überlinger Pfarrkinder kursierenden Gerüchte zu entkräften, indem er den einzelnen Aussagen jegliche Beweiskraft absprach. Neben dem widerrufenen Geständnis der Wöchnerin stand jedoch noch ein zweites, schwer wiegendes Belastungsmoment im Raum: das Täuschungsmanöver der beiden Hug-Schwestern. Auch in diesem Punkt stellte der Freiburger Anwalt jede Beteiligung seines Mandanten entschieden in Abrede, indem er die gesamte Angelegenheit im Sinne einer Hilfeleistung der Mechtild Hug zugunsten Katharinas auslegte. Und schließlich wies Hoßner darauf hin, daß das geltende Polizeistrafgesetz für das Vergehen des »Concubinats« lediglich eine Geldstrafe oder aber eine Gefängnisstrafe bis zu

14 Tagen vorsah, wobei das deutsche Kirchenrecht die genannte Verfehlung nicht als Amtsverbrechen im eigentlichen Sinn, sondern als bloßen Exceß einstuft, [...] dessen Bestrafung dem Ermessen des geistlichen Gerichtes anheim gestellt ist. Eine solche Ahndung sei – so der Anwalt weiter – jedoch längst erfolgt: Eine Strafe erleidet der Angeschuldigte schon durch seine bisherige *suspensio ab officio*, so daß, wenn er als schuldig befunden würde, mit dieser Suspension und seiner Versetzung auf eine andere Pfarrei die ihm zur Last fallende Gesetzesübertretung als hinreichend gesühnt angesehen werden dürfte. Die Verteidigungsschrift mündet konsequenterweise ein in den Antrag, [...] 1.) den Angeklagten unter Verschonung mit den Kosten freizusprechen, eventuell, 2.) ihm mildernde Umstände zuzubewilligen.

Doch selbst den Vorwurf, sich des Vergehens des »Concubinats« schuldig gemacht zu haben, ließ Gillmann nicht auf sich sitzen: Mit Datum vom 5. Dezember 1870 wandte sich der (inzwischen in der Freiburger Bernhardstraße 3 ansässig gewordene⁶³) Priester erneut in brieflicher Form an das Kapitelsvikariat und erklärte, sein Rechtsbeistand habe ihm zwei Tage zuvor mitgeteilt, er hätte in seiner Verteidigungsschrift vergessen darauf hinzuweisen, daß nicht ein Concubinat, sondern ein einfaches Stuprum (lat.: »Schändung«, »Entehrung«) Gegenstand der Untersuchung sei, [...] das nach unsern Gesetzen am Manne nicht ein mal strafbar ist. Der Vorwurf des Konkubinats sei von der Polizei nur deshalb erhoben worden, um strafend einschreiten zu können. Und weiter: Von einer Fornication kann ebenfalls durchaus keine Rede sein laut Civilgesetzen, weil jene eine öffentliche Dirne voraussetzen würde, die unbestritten hier nicht existirt.⁶⁴

7. DAS URTEIL

Doch weder Hoßners Verteidigungsschrift noch die im Nachhinein eingereichten Modifikationen seines Mandanten hinterließen bei den Kirchenoberen den Eindruck, ein unschuldiges Opfer finsterer Machenschaften vor sich zu haben: Wenige Tage vor Weihnachten, am 21. Dezember 1870, hielt Heinrich Maas, der bereits das am 2. und 3. August 1870 durchgeführte Verhör Gillmanns geleitet und am 4. November Katharina Hug einvernommen hatte, in Freiburg ein ausführliches Referat zum »Fall Gillmann«. Im Rahmen dieses Vortrags präsentierte der Erzbischöfliche Officialatsrat und Kanzleidirektor im Anschluß an einen detaillierten Vorbericht über eine Vielzahl kleinerer und größerer Konflikte, die der Beschuldigte während seiner Amtsjahre als Pfarrverweser und Pfarrer durchlebt hatte, nochmals minuziös die für den Fortgang des laufenden Untersuchungsverfahrens relevanten Einzelheiten der Überlinger Affäre, wobei er nicht zuletzt die widersprüchlichen Aussagen der beteiligten Personen in den Vordergrund zu rücken wußte. Auf diese Ausführungen folgte ein detailliertes Rechtsgutachten, das erwartungsgemäß in einen Antrag auf einen vollumfänglichen Schuldspruch mündete. Das erst einen Monat später gefällte Urteil, das von dem Domkapitular Dr. Johann Baptist Orbin (1806–1886), der zu jenem Zeitpunkt (seit 1867) als Official amtierte, unterzeichnet wurde,⁶⁵ folgte sowohl hinsichtlich des verhängten Strafmaßes als

auch hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen den am 21. Dezember 1870 referierten Sachverhalten: Gillmann wurde nicht nur des *stuprum* seiner Haushälterin für schuldig befunden, auch das Vergehen des *falsum in iudicio* wurde ihm zur Last gelegt. Seine anhand verschiedener Vorkommnisse als erwiesen erachtete Liebe zum Geld, die den Geistlichen – um nur ein Beispiel zu nennen – dazu verleitet hatten, einem notleidenden Amtsbruder ein Darlehen zu unfairen Bedingungen zu gewähren,⁶⁶ führten darüber hinaus zu einer Verurteilung wegen *avaritia* und *usura*. Entsprechend hart fiel das Urteil aus: Gillmann verlor nicht nur endgültig seine Pfarrei, über ihn wurde auch eine dreiwöchige »Discoloriumsstrafe« (in II Kostklasse) verhängt.⁶⁷ Zwecks Wiedergutmachung der seinem Amtskollegen zugefügten finanziellen Schäden erlegte man dem Verurteilten darüber hinaus die Rückerstattung der durch Zinswucher entstandenen Verluste auf. Und schließlich wurde Gillmann dazu verpflichtet, die im Verlauf der durchgeführten Strafuntersuchung angefallenen Kosten zu übernehmen.

Noch am 21. Januar 1871 faßte das Kapitelsvikariat den Beschluß, Gillmann eine Niederschrift des soeben gefällten Urteils zukommen zu lassen, wobei man den Verurteilten explizit darauf hinwies, daß [...] demselben die Appellation hiegegen an den hochwürdigsten Herrn Bischof von Rottenburg als päpstlich delegierten Richter II. Instanz zustehe und ihm andurch die vom Tage der Eröffnung an laufende Nothfrist von 10 Tagen zur Anzeige der Appellation und von 30 Tagen zur Einholung der Apostoli bei erzb. Officialate gegeben werde.⁶⁸ Das Urteil sollte Gillmann quasi auf dem Dienstweg zugestellt werden und erreichte den Bohlinger Dekan wenige Tage später. Pfrirsig sah sich allerdings außerstande, den Verurteilten zur Verlesung des Schuldspruchs vorzuladen, mußte der Dekan am 1. Februar 1871 seinen Vorgesetzten doch brieflich mitteilen:

Wir haben dem Pfarramt in Hausen⁶⁹ geschrieben, Herrn Pfarrer Gillman zu eröffnen, daß er gestern den 31st hier zur Vernehmung des Urtheils erscheinen solle, erhielten aber von jenem die Nachricht, daß derselbe sich nicht mehr in Hausen aufhalte und man auch nicht wisse, wo er sich nun aufhalte. Im Kapitel ist er nirgens; er zieht herum, wo ihn Jemand für kurze Zeit aufnimmt, da man ihn wegen seiner Knauserei nirgens gern lang hat.

Da es uns nun nicht möglich ist, die Eröffnung zu besorgen, so senden wir die Akten zurück.

Wo hielt sich Gillmann zu diesem Zeitpunkt auf? War er in sein Heimatdorf Merdingen zurückgekehrt, wo sich auch seine Mutter Klara nach ihrem Ausscheiden aus dem Pfarrdienst im Frühjahr 1869 niedergelassen hatte? Eine Eingabe des Weilheimer (nördlich von Waldshut) Pfarrers Wilhelm August Benz, der als einstiger Kaplan von Markdorf (und früherer Dienstherr Katharina Hugs!)⁷⁰ allem Anschein nach freundschaftliche Beziehungen zu Gillmann pflegte, belehrt uns eines Besseren, stellte der Geistliche doch mit Datum vom 1. Januar 1871 beim Kapitelsvikariat den Antrag, die Suspension seines Amtsbruders, der sich seit dem 23. Dezember 1870 wohl im Weilheimer Pfarrhaus aufhielt⁷¹ und den sein Gastgeber gerade auch in puncto Sittlichkeit ausdrücklich in Schutz nahm, aufzuheben, damit er ihm vor Ort bei der Erfüllung der vielfältigen priesterlichen Amtspflichten tatkräftig zur Hand gehen könne. Dieses Bittgesuch kam, wie wir soeben gesehen haben, zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, war das gegen Gillmann laufende Untersuchungsverfahren doch soeben erst in eine entschei-

dende Phase getreten. Somit kann es kaum verwundern, daß die Freiburger Kirchenbehörde am 19. Januar 1871, also zwei Tage vor der Fällung des Urteils, den Beschluß faßte, die besagte Eingabe zurückzuweisen.⁷² Dasselbe Schicksal war – wohl aus demselben Grund – einem am 16. Januar 1871 von Gillmann selbst gestellten Antrag auf Aufhebung der Suspension beschieden, der (ohne nähere Erläuterung!) mit dem Dienstvermerk *Ad acta* versehen und den Personalunterlagen beigelegt wurde.

8. DIE APPELLATION

Wenigstens war nun der aktuelle Aufenthaltsort Gillmanns bekannt, so daß die Freiburger Kirchenoberen am 3. Februar 1871 den Beschluß fassen konnten, das am 21. Januar gefällte Urteil dem Weilheimer Pfarramt zustellen zu lassen und Wilhelm August Benz anzuweisen, den Verurteilten über den Inhalt des Schuldspruchs in Kenntnis zu setzen. Die Eröffnung erfolgte, wie eine entsprechende Bescheinigung Gillmanns belegt,⁷³ am 9. Februar, wobei der seiner Pfarrei nun endgültig beraubte Geistliche zugleich die ihm bei der Fällung des Urteils zugestandene Appellation bei der nächsthöheren Instanz anzeigte. Auch Gillmanns Anwalt, der bereits am 15. Februar 1871 das Erzbischöfliche Offizialat darum gebeten hatte, ihm, falls bereits ein Urteil gefällt worden sein sollte, eine Abschrift des Entscheids zukommen zu lassen,⁷⁴ erhielt nun Kenntnis von den richterlichen Verfügungen und bekam zugleich vom Kapitelsvikariat mitgeteilt, daß sein Mandant Berufung eingelegt hätte. Die entsprechenden Schritte unternahm Gillmann allerdings nicht mehr von Weilheim aus, hatte sich der Verurteilte doch inzwischen nach Weiterdingen (nordwestlich von Singen) begeben, wo er in einem sogenannten »Demeritenhaus«, einer Korrekptionsanstalt für straffällig gewordene Priester, die über ihn verhängte »Discoloriumsstrafe« absaß. Hier war Gillmann am Abend des 28. Februar 1871 eingetroffen, um, wie ein Bericht des verantwortlichen Direktors, Pfarrer Valentin Wiest (1833–1904), festhält,⁷⁵ [...] etwa acht Tage dahier zu verweilen und eine Recollection zu machen [...].⁷⁶ Seinen Aufenthalt in der Weiterdinger Anstalt nutzte der Verurteilte zum einen für die Abfassung eines Antrags an das Erzbischöfliche Offizialat um Ausund Zufertigung der für die Appellation notwendigen Apostoli,⁷⁷ darüber hinaus bemühte er sich jedoch auch darum, während der Exerzitienzeit celebrieren zu dürfen, ein Ersuchen, das zwar zunächst von der Direktion zurückgewiesen wurde,⁷⁸ dem jedoch aufgrund eines am 3. März 1871 vom Freiburger Kapitelsvikariat gefaßten Beschlusses – wenn auch nur unter strengen Auflagen⁷⁹ – entsprochen werden konnte.

Die von Gillmann eingelegte Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil vom 21. Januar 1871 leitet das Schlußkapitel der Überlinger Affäre ein. Im Gegensatz zu den Ereignissen der vorausgehenden Wochen und Monate verlief die Appellation völlig unspektakulär und zeitigte ein für den Verurteilten überwiegend nachteiliges Resultat: Noch während Gillmanns Aufent-

halt im Weiterdinger Demeritenhaus ergriff der Freiburger Domkapitular Weickum (als »Erzbischöflicher Promotor«) die Initiative und richtete eine mehrseitige Appellations=Adhäsion an den Rottenburger Bischof, in der mit Nachdruck um eine Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils ersucht wurde.⁸⁰ Vor allem die anstößigen Beziehungen des Appellanten zu Katharina Hug scheinen dem Würdenträger nicht nur ein Dorn im Auge gewesen zu sein, sondern geradezu auch exemplarische Bedeutung erlangt zu haben, bemerkt Weickum doch eingangs seiner Adhäsion: *Unsere Erzdiözese bedarf insbesondere bezüglich der Fleischesvergehen der Geistlichen einer ernsten Disziplin, weil Letztere leider nicht selten verübt werden.* Die Ausführungen des Domkapitulars zum Fall Gillmann wurden mit Datum vom 11. März 1871 zusammen mit einer Abschrift des erstinstanzlichen Urteils, den einschlägigen Untersuchungsakten sowie einer Appellationsjustificationsschrift des Beschuldigten⁸¹ nach Rottenburg übersandt, wobei die Akten zu erkennen geben, daß sich das Freiburger Offizialat ausdrücklich der Haltung des Erzbischöflichen Promotors anschloß.

Gillmann selbst verließ wenige Tage nach der Übersendung des besagten Dossiers das Demeritenhaus, um sich vorübergehend in Freiburg niederzulassen, wo er am 16. März 1871 den Erzbistumsverweser Lothar von Kübel in schriftlicher Form darum bat, die über ihn verhängte Suspension aufzuheben und ihm eine neue Stelle zuzuweisen.⁸² Diesem Gesuch konnte – mit Hinweis auf das hängige Berufungsverfahren – nicht stattgegeben werden.⁸³ Die materielle Situation des Appellanten scheint nun zunehmend prekär geworden zu sein, weist Gillmann doch selbst in einer am 26. April 1871 verfaßten erneuten Bitte an das Kapitelsvikariat um die Zuweisung einer Pfarrverwaltung⁸⁴ darauf hin, daß seine finanziellen Mittel zur Neige gehen würden: *Je länger ich mit dem geringen Reste meines Pfarreinkommens mich begnügen muß, desto mehr bin ich genöthigt zu sparen.*

Die persönliche Situation, in welcher sich der Verurteilte zu dieser Zeit an seinem ehemaligen Schul- und Studienort befand, dürfte wohl allerspätstens am 22. Mai 1871 noch beklemmender geworden sein, wurde ihm doch an diesem Tag das am 12. Mai 1871 von Bischof Carl Joseph von Rottenburg gefällte zweitinstanzliche Urteil eröffnet, das die erstinstanzliche Verurteilung weitgehend bestätigte.⁸⁵ Der Richterspruch läßt allerdings auch einen Lichtblick erkennen, wenn es im Schlußsatz heißt:

[...] es sollte derselbe [sc. Gillmann] aber in Rücksicht auf die lange Dauer der über ihn verhängten suspensio ab ordine et officio nach erschrittener Rechtskraft dieses Urtheils in provisorischer Weise wieder im Kirchendienst verwendet werden.

Wie das Freiburger Offizialat dem Verurteilten mit Datum vom 20. Mai 1871 mitteilte, stand Gillmann nun die Oberappellation an den päpstlich delegierten Richter III. Instanz, den Erzbischof von Köln, offen, eine Option, auf die der Verurteilte, wie die überlieferten Akten belegen, verzichtete.⁸⁶ Mit diesem Verzicht erlangte das Urteil Rechtskraft und die Pfarrei Überlingen am Ried, die, wie bereits bemerkt wurde, schon seit längerer Zeit von einem Pfarrverweser verwaltet wurde, konnte neu besetzt werden. Gillmann selbst kam nun vorläufig in den Genuß des sogenannten »Tischtitels«, der sich auf eine jährliche Zahlung in Höhe von ins-

gesamt 400 Gulden belief⁸⁷ und dem ›Tischtitulanten‹ zumindest die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse erlaubte.

9. SAIG

Bereits am 24. Mai 1871, also nur wenige Tage nach dem ›offiziellen‹ Ende der Überlinger Affäre, wurde der rechtskräftig Verurteilte ein weiteres Mal aktiv und richtete an seine Vorgesetzten eine Gehorsamste Bitte [...] um hochgefalligste Wiederverwendung. Erstaunlich rasch, nämlich schon am 30. Mai, faßte das Kapitelsvikariat den Beschluß, den Bittsteller als Pfarrverweser in das in der Nähe des Titisees gelegene Dorf Saig (Dekanat Stühlingen) zu entsenden.

Allerdings: Gillmanns Wiederaufnahme in die kirchlichen Dienste konfrontierte die Freiburger Kirchenbehörde einmal mehr mit der heiklen Frage der Haushaltsführung. Wohl nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen in Überlingen am Ried ließ Lothar von Kübel bereits wenige Tage nach der Entsendung Gillmanns nach Saig in brieflicher Form anfragen, welche Haushälterin der Pfarrverwalter in seine Dienste aufzunehmen gedenke.⁸⁸ Ein detaillierter Rapport Gillmanns, der zwischen dem 6. und dem 20. Juli 1871 erstellt und an die Adresse des Freiburger Kapitelsvikariates gerichtet wurde, ließ nichts Gutes erahnen, trug der Berichterstatter in seinem Schreiben doch unter anderem die Bitte vor, die am 3. März 1871 über ihn verhängten strengen Auflagen⁸⁹ dahingehend abzumildern, daß es ihm möglich sei, sowohl mit dem Schwager als auch mit den Eltern der beiden Hug-Schwestern in unmittelbaren Kontakt zu treten, befände sich doch nach wie vor ein Teil seines Hausrats bei den genannten Personen in Verwahrung. Darüber hinaus, so Gillmann weiter, sei es der Wille von Katharinas Eltern, [...] daß diese [sc. Katharina Hug] wieder zu mir in Diensten trete, da sie in Angst und Verwirrung mich sehr beschädigt und ihr dreifacher Widerruf keinen Glauben fand, wenn er gleich zu ihren Ungunsten war, da sie hierdurch auf Ersatz der Alimentation ihrer Tochter verzichtete, und weil sie sonst keinen, ihrer Kränklichkeit und Geschicklichkeit entsprechenden Dienst findet [...]. Als Alternative hierzu schlägt der Gesuchsteller, der trotz aller Verbote die Wiedereinsetzung seiner früheren Haushälterin in seine Dienste für möglich erachtet zu haben scheint, vor:

Sollte wider Vermuthen weder Katharina Hug, die Haushaltungs- und Feldgeschäfte von ihren Geschwistern am besten versteht, noch Mechtild nicht meine Hauswirtschaft besorgen dürfen, so würde es die Schwester Ihres [Vaters?⁹⁰], oder sogar ihre Mutter, wie ich v. J. erfuhr, thun.

Eine Antwort der Kirchenbehörde ließ nicht lange auf sich warten. Mit Datum vom 3. August 1871 ließ man Gillmann über das für Saig zuständige Dekanat Stühlingen (nordöstlich von Waldshut) unter anderem mitteilen:

Die Wiederaufnahme der Kath. u. Mechtilde Hug, u. jeder Verkehr mit denselben bleibt dem Pfarrverweser Gillmann untersagt; u. werden wir in Gemäßheit unseres Erlasses vom 3. März 1871 N° 2142 die Suspension über ihn verhängen, falls er dieses Verbot übertreten sollte. Wir können ihm auch nicht gestatten die Mutter oder eine Schwester der genannten Personen, oder sonst eine nahe Verwandte derselben als Haushälterin aufzunehmen, weil uns diese Vorsicht geboten erscheint, zu verhindern, daß Pfarrverweser Gillmann der Katharina u. Mechtilde Hug nicht heimlichen Aufenthalt gewähre.

Diese Drohgebärden zeitigten offenbar Wirkung, teilte Gillmann in einem am 24. August 1871 verfaßten Schreiben dem Freiburger Kapitelsvikariat doch unter anderem mit, daß er seine Mahlzeiten in einem örtlichen Gasthof einzunehmen pflege, was die Vermutung nahe legt, daß der Pfarrverwalter nach wie vor über kein fest angestelltes Hauspersonal verfügte.⁹¹ Daß Gillmann seinen Pfarrhaushalt selbst mehrere Monate nach seinem Dienstantritt in Saig immer noch in eigener Regie führte, könnte unter anderem auch mit seiner sparsamen Lebensführung zusammenhängen. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß der Pfarrverweser seinen neuen Posten lediglich als Durchgangsstation betrachtete und sich schon bald nach der Aufnahme seiner Tätigkeit nach einer vollwertigen und für ihn einträglicheren Pfarrei umzusehen begann. Beredtes Zeugnis hiervon gibt ein (lediglich in abschriftlicher Form erhaltenes) Schreiben an den badischen Großherzog Friedrich I. (1826–1907, Großherzog seit 1856), das vom 7. November 1871 datiert und eine Allerunterthänigste Bitte [...] um allergnädigste Präsentation auf die vakante Pfarrei Höchenschwand (südöstlich von St. Blasien) oder allergnädigste Designation auf die Pfarrei Haueneberstein (zwischen Rastatt und Baden-Baden) zum Gegenstand hat.⁹² Während diesem Gesuch allem Anschein nach kein Erfolg beschieden war, kam es aus Gründen, die sich auf der relativ dürftigen Materialbasis der in der Gillmannschen Personalakte überlieferten Quellenzeugnisse nicht mehr präzise bestimmen lassen, am 25. November 1871 plötzlich doch noch zu einem Stellenwechsel, in dessen Verlauf Gillmann die Verwaltung der Pfarrei Wittichen übertragen bekam.⁹³

10. IN EINEM UNGESUNDEN, MIASMATISCHEN LOCHE, IN EINEM DER THEUERSTEN BEZIRKE DES LANDES GELEGEN: WITTICHEN

Bedauerlicherweise liegen über Gillmanns erste Dienstmonate in Wittichen kaum nähere Informationen vor. Die Quellenzeugnisse zur Amtsführung des Pfarrverwalters beginnen sich erst wieder in den Jahren 1872/73 zu verdichten, als sich der Geistliche neben erneuten (wiederum fehlgeschlagenen) Versuchen, sich von dem abgelegenen Schwarzwaldflecken wegzubewerben,⁹⁴ hartnäckig um eine Aufbesserung seines kärglichen Gehalts bemühte, das mit einem Tagessatz von einem Gulden und 30 Kreuzern zwischen der Entlohnung eines

Handlangers (1 Gulden und 12 Kreuzer) und derjenigen eines Maurers (1 Gulden und 36 Kreuzer) lag.⁹⁵ So kann es denn auch kaum verwundern, wenn Gillmann am 23. September 1873 an das Freiburger Kapitelsvikariat schreibt:

Obschon Wittichen in einem ungesunden, miasmatischen Loche, in einem der theuersten Bezirke des Landes gelegen, und die Gemeinde mit meinem Wirken und Wandel zufrieden, und ich nothgedrungen um die Pfarrei eingekommen, so will man mir sie doch nicht geben, damit die Leute mit Händen greifen können, es laste auf mir der Zorn Gewaltiger in Freiburg, wenn auch Wirksamkeit und Ansehen des Standes noch so sehr darunter leiden.

Die Wirkung dieses Briefes, der übrigens auf den Tag genau zwei Monate nach der in Heinrich Hansjakobs Erzählung ›Der Vogtsbur‹ beschriebenen Beerdigung des Kinzigtäler Vogtsbauern Andreas Harter durch den Witticher Pfarrverweser entstand,⁹⁶ muß als geradezu verheerend bezeichnet werden, hatten Gillmanns fortgesetzte Klagen doch eine Begutachtung der priesterlichen Amtsführung zur Folge, der schon kurze Zeit später eine zweite Amts-enthebung folgte:

Am 2. Oktober 1873 faßte das Kapitelsvikariat den Beschluß, das für die Pfarrei Wittichen zuständige Dekanat Triberg im Schwarzwald zu beauftragen, nicht nur Einzelheiten über das Verhalten und die Dienstführung Gillmanns nach Freiburg zu übermitteln, sondern auch – mit der nöthigen Vorsicht, wie es in dem Erlaß ausdrücklich heißt – Erkundigungen über eine eventuelle Anwesenheit Katharinas bzw. Mechtild Hugs im Witticher Pfarrhaus einzuziehen. Mit Datum vom 13. Oktober 1873 konnte der Triberger Stadtpfarrer und Dekan Joseph Beck (1810–1887) seinen Freiburger Vorgesetzten zwar mitteilen, daß Gillmann sein Priesteramt zufriedenstellend ausübte, mußte die Kirchenoberen jedoch zugleich davon in Kenntnis setzen, daß das Hauswesen des Witticher Pfarrverwesers von zwei Weibspersonen, Namens Katharina u. Mathilde besorgt wurde, deren Geschlechtsnamen und etwaiges Verwandtschaftsverhältnis bis dato nicht eruiert werden konnten. Becks Rapport scheint die Freiburger nicht allzu sehr beunruhigt zu haben, faßte man doch erst mit Datum vom 21. November 1873 den Beschluß, mittels der weltlichen Behörden die Identität der beiden Haushälterinnen in Erfahrung zu bringen. Am 22. Dezember 1873 traf schließlich ein am 18. Dezember erstellter Bericht des Bürgermeisteramtes Kaltbrunn (bei Wittichen) in Freiburg ein, der den Verdacht bestätigte, daß die besagten Weibspersonen mit den beiden Hug-Schwestern identisch waren. Noch am letzten Tag des genannten Jahres wies das Kapitelsvikariat den Triberger Dekan an, Gillmann vorzuladen und einzuvernehmen. Das Verhör fand am 20. Januar 1874 in Triberg statt. Das im Rahmen dieses Lokaltermins gefertigte Protokoll dokumentiert zum einen eindrücklich die angeblichen Bemühungen des erneut ins Visier der Kirchenoberen geratenen Witticher Geistlichen, geeignetes Hauspersonal ausfindig zu machen, andererseits aber auch Gillmanns Entschluß, die zwischenzeitlich offenbar schwer erkrankte Katharina Hug allen Verboten zum Trotz wieder in seine Dienste aufzunehmen.⁹⁷ Die Beteuerungen des Pfarrverwalters, mit der Wiedereinstellung seiner früheren Haushälterin lediglich ein gottgefälliges Werk der Barmherzigkeit vollbracht zu haben, fruchteten allerdings wenig:

Am 26. Februar 1874 beschloß die Freiburger Kirchenbehörde, den quasi rückfällig gewordenen Geistlichen wiederum seines Amtes zu entheben und, sollte er Katharina und Mechtild Hug nicht alsbald aus seinem Dienst entfernen, gegen ihn die *Deposito* (Absetzung)⁹⁸ auszusprechen. Darüber hinaus wurde Gillmann dazu verpflichtet, sich ein zweites Mal ins Weiterdinger Demeritenhaus zu begeben, während die priesterlichen Amtspflichten vorläufig von einem Amtsbruder ausgeübt werden sollten.⁹⁹ Mit diesem Entscheid und dem Abzug Gillmanns aus dem Kinzigtal¹⁰⁰ endet der Witticher Abschnitt einer ungemein bewegten Priesterlaufbahn. Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit wurde Hansjakobs Amtsbruder zum Tischtitulanten,¹⁰¹ nun allerdings für einen Zeitraum von mehreren Jahren, bis er – nach kurzen Aushilfstätigkeiten in Villingen, Rietheim (bei Villingen) und Freiburg (Stadtpfarramt St. Martin) – im April 1877 vorübergehend in Stetten (Dekanat Geisingen, südöstlich von Donaueschingen) eine Anstellung als Pfarrverweser fand.¹⁰²

11. ZUSAMMENFASSUNG

Der im Rahmen des vorliegenden Beitrags referierte ›Fall Gillmann‹ gewährt nicht nur einige interessante Einblicke in ein nahezu vergessenes Kapitel der jüngeren Diözesangeschichte, die ›Überlinger Affäre‹ führt uns meines Erachtens auch in exemplarischer Form vor Augen, welche Folgen die in manchen Kreisen nach wie vor hartnäckig verläugnete und verdrängte ›wunde Stelle‹ im Leben und Wirken Heinrich Hansjakobs für den mancherorts fast schon als ›Schwarzwälder Heimatdenkmal‹ angesehenen Dichter nach sich gezogen haben könnte, wären, wie sich anhand des vorliegenden Falles zeigen ließ, bereits zu Lebzeiten des Haslacher Volksschriftstellers Kläger und Richter auf den Plan getreten, um die zu Gebote stehenden Rechtsmittel einzulegen und ein Untersuchungsverfahren in die Wege zu leiten. Die Überlinger Affäre, die Benedikt Gillmann im Frühjahr 1870 zu Fall brachte und noch dessen Witticher Jahre überschattete, nötigte dessen publizistisch umtriebigen Amtsbruder in der nahezu drei Jahrzehnte nach dem Skandal veröffentlichten Erzählung ›Der Vogtsbur‹ wohl nicht ganz ohne Grund kaum mehr als einen unverfänglichen Seitenhieb auf dessen Sparverhalten ab, hätte sich Hansjakob doch, wenn er ein vollständiges Charakterbild seines Bekannten nachzuzeichnen bemüht gewesen wäre, doch unweigerlich eigene Fehlritte vor Augen halten müssen, die sich letztlich, wie wir gerade aufgrund der jüngeren Forschung wissen, nicht minder belastend auf die seelische Verfassung des Autors ausgewirkt haben dürften als auf den Pensionär Gillmann, der am 31. Mai 1897 als Vater einer zweiten (zu diesem Zeitpunkt noch minderjährigen) Tochter seiner früheren Haushälterin im 2. Stock der Freiburger Scheffelstraße 5 das Zeitliche segnete.¹⁰³ Der historisch Interessierte, dem die heikle Problematik des priesterlichen Zölibats bereits aus früheren Epochen durchaus ver-

traut ist, mag sich dabei unwillkürlich an das Votum des Erasmus von Rotterdam (1469–1536) erinnern, das bis heute keineswegs an Aktualität eingebüßt hat:

Es erscheint klug, dem tatsächlichen Zustand der Sitten dadurch abzuweichen, daß wir den Priestern und den Mönchen nach Möglichkeit das Recht auf die Ehe zubilligen, denn allorts ist die Zahl der Priester groß, aber nur sehr wenige leben in Keuschheit. Es ist wünschenswert, aus den Konkubinen Ehefrauen zu machen. So könnten die Priester in aller Offenheit und Ehrbarkeit das Leben mit diesen Frauen teilen, die ihnen heute einen schlechten Ruf und ein schlechtes Gewissen einbringen. Sie hätten dann Kinder, die sie lieben und untadelig aufziehen könnten wie legitime Kinder, deren sie sich nicht zu schämen brauchten und von denen sie geachtet würden. Ich glaube sogar, die Offizialen hätten schon für eine Änderung gesorgt, wenn die Konkubinen nicht bequemer wären als Ehegattinnen.¹⁰⁴

Anschrift des Verfassers:

Dr. Michael Bärmann, Sprünglistr. 5, CH-3006 Bern

ANMERKUNGEN

1 BÄRMANN, Michael: Ein sehr, sehr sparsamer Herr, der aus nichts Geld zu machen wußte. Kleiner Kommentar zu einer Figur aus Heinrich Hansjakobs Erzählung »Der Vogtsbur«, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins »Schau-ins-Land« 122 (2003) S. 139–168 (m. Lit. zu Leben und Werk Heinrich Hansjakobs).

2 Siehe BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 166, m. Anm. 138 (Lit.).

3 Hierzu siehe BÄRMANN (wie Anm. 1) passim (m. Hinweisen zu den einschlägigen Quellen u. Lit.).

4 Aus einem in Hausen an der Aach (nördlich von Singen) am 14. November 1870 verfaßten Brief Gillmanns an das Erzbischöfliche Offizialat Freiburg, dessen Original (wie die meisten der im Gillmannschen Personalakte lagert, geht hervor, daß die Investitur am 9. März 1868 erfolgt war. Gleich lautende Angaben zur Amtseinsetzung finden sich darüber hinaus in einem in Freiburg gefertigten Vernehmungprotokoll vom 2./3. August 1870 (zu dieser Archivalie siehe die weiteren Ausführungen des vorliegenden Beitrags) sowie in einem von Offizialratsrat Dr. Heinrich Maas (zu ihm siehe auch unten, Anm. 44, u.ö.) am 23. Dezember 1870 in Freiburg gehaltenen Vortrag (hier § 1 [o. P.]) zum Fall Gillmann. Die Endphase der Überlinger Amtszeit wird im Folgenden anhand der einschlägigen Archivalien detailliert aufgearbeitet. Einführende Literatur zu Überlingen am Ried: Der Landkreis Konstanz. Amtliche Kreisbeschreibung. Band IV: Gemeindebeschreibungen der Verwaltungsräume Radolfzell am Bodensee, Singen (Hohentwiel), Stockach, Tengen. Herausgegeben von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg i. Verb. m. d. Landkreis Konstanz (Die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg) Sigmaringen 1984, S. 220–224.

5 Zu Gillmanns zahlreichen geistlichen Ämtern und Funktionen siehe auch das »Itinerar« in: BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 156 (m. Lit.).

6 Siehe BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 159 ff.

7 Siehe BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 144–148.

8 Zu Leben und Wirken dieses Würdenträgers siehe MAYER, Julius: Necrologium Friburgense. 1888–1899. Verzeichnis der Priester, welche in den Jahren 1888–1899 im Gebiete und Dienste der Erzdiözese Freiburg verstorben sind, mit Angabe von Jahr und Tag der Geburt, der Priesterweihe und des Todes, der Orte ihres Wirkens, ihrer Stiftungen und litterarischen Leistungen. Beitrag zur Personalgeschichte und Statistik der Erzdiözese Freiburg, in: Freiburger Diözesan-Archiv 28 (N.F. 1) (1900) S. 222–306, hier S. 263, wobei darauf hinzuweisen ist, daß die ebda mitgeteilte Liste der Ämter und Funktionen mehrere Berührungspunkte zur Biographie Benedikt Gillmanns aufweist. So ist dem »Itinerar« zu entnehmen, daß Pfrsigs nach seiner im August 1833 erfolgten Priesterweihe als Vikar von Merdingen amtierte, wo Gillmann im Jahr 1823 geboren worden war und seine Jugend verbracht hatte, bis er sich dazu entschloß, das Freiburger Lyzeum zu besuchen, um später ein Universitätsstudium in Angriff zu nehmen. (Daß Gillmann von Pfrsigs einstigem Wirken in Merdingen wußte, belegt eine Stelle in einem Brief vom 14. November 1870 an das Erzbischöfliche Offizialat.) Darüber hinaus fungierte Pfrsig seit 1840 als Pfarrverweser des Kaiserstuhldorfes Schelingen (nordwestlich von Freiburg), wo später (von 1858 bis 1861) auch Gillmann als Verwalter tätig war. Hierzu siehe wieder BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 156, 167 f. Weitere Literatur zu Pfrsig: KÖNIG, J.: Zur Geschichte des Dorfes und zum Gedächtniß der hundertjährigen Errichtung der Pfarrei Hausen an der Aach, in: Freiburger Diözesan-Archiv 25 (1896) S. 291–320, hier S. 306 f.

9 Zu ihr siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 146, 158.

10 Auf diese beiden Schreiben nimmt Gillmann in seinem am 14. November 1870 in Hausen an der Aach verfaßten Brief (hierzu siehe bereits oben, Anm. 4) nochmals Bezug, wobei er darauf hinweist, daß außer ihm noch fünf weitere Geistliche Briefe erhalten hätten, in denen sie aufgefordert worden seien, Auskünfte darüber zu erteilen, welche Personen die Pfarrhaushaltungen führten und ob hierfür die entsprechende Genehmigung der Kirchenoberen eingeholt worden sei.

11 Zu den Geburtsdaten der beiden Schwestern siehe auch die entsprechenden Einträge im Taufbuch von Gottmadingen (Mikrofilm: Freiburg, Erzbischöfliches Archiv), S. 460 u. 504. – Wie mir der Markdorfer Stadtarchivar Manfred Ill am 19. November 2002 brieflich mitteilte, wird im Sterbecbuch von Markdorf, St. Nikolaus, Bd. 1889, S. 8, Nr. 22, der Tod Katharina Hugs für den 8. Juli 1889 als Nachtrag vermerkt.

12 Im Gottmadinger Taufbuch (hierzu siehe die vorausgehende Anm.) wird Andreas Hug sowohl für das Jahr 1843 als auch für 1845 als *hiesiger Bürger und Hafner* ausgewiesen. – Bei dem seit 1852 bewirtschafteten Landwirtschaftsbetrieb in Wirmetsweiler handelt es sich wohl um den noch heute existierenden »Wirmetsweiler Hof«, der sich seit 1926 im Besitz der Familie Blezinger befindet. Dieses Anwesen wird in einem am 2. Juni 1870 in Überlingen gefertigten Protokoll (zu dieser Archivalie siehe die weiteren Ausführungen des vorliegenden Beitrags) ausdrücklich als *Wirmannshof bei Markdorf* bezeichnet. Eine kurze (vermutlich tendenziöse) Charakterisierung der Familie Hug findet sich in einem am 15. Dezember 1870 verfaßten Brief Gillmanns an das Erzbischöfliche Offizialat, in dem es heißt: *Beide Schwestern [...] gehören [...] einer sehr achtbaren Familie an, die auf einem einzeln stehenden Hofe streng erzogen, die Einzogenheit lieben und den Klatsch hassen, fleißig, nicht naschhaft, sondern sehr mäßig sind in Kleidung und Nahrung.* Die Lebensdaten von Andreas und Regina Hug wurden mir wiederum von Manfred Ill (s.o., Anm. 11) mitgeteilt (ohne Quellenangaben).

13 Im Überlinger Protokoll vom 2. Juni 1870 (hierzu siehe die vorausgehende Anm.) gibt Katharina Hug an, schon seit vier oder fünf Jahren in Gillmanns Diensten gestanden zu haben, wobei Bermatingen explizit als früherer Arbeitsort genannt und der Beginn des Dienstverhältnisses in Überlingen am Ried auf den Februar 1868 datiert wird (zur Investitur Gillmanns [9. März 1868] siehe bereits oben, Anm. 4). Gemäß der im gleichen Dokument festgehaltenen Aussage Benedikt Gillmanns war Katharina Hug Anfang Juli 1866 aus den Diensten des ehemaligen Markdorfer Kaplans Wilhelm August Benz (1830–1913) in seine Dienste überwechselt. Zu Katharinas früherem Dienstherrn siehe MAYER, Julius: *Necrologium Friburgense. 1911–1915. Verzeichnis der Priester, welche in den Jahren 1911–1915 im Gebiete und Dienste der Erzdiözese Freiburg verstorben sind*, mit Angabe von Jahr und Tag der Geburt, der Priesterweihe und des Todes, der Orte ihres Wirkens, ihrer Stiftungen und literarischen Leistungen. Beitrag zur

Personalgeschichte und Statistik der Erzdiözese Freiburg, in: *Freiburger Diözesan-Archiv* 44 (N.F. 17) (1916) S. 1–76, hier S. 29, sowie die weiteren Ausführungen des vorliegenden Beitrags.

14 Das Überlinger Protokoll vom 2. Juni 1870 (hierzu siehe bereits oben, Anm. 12, sowie unten, m. Anm. 26) hält demgegenüber fest, Katharina habe am 21. Mai in Hecheln bei Katharina Fuchs geborene Kessinger, der Schwester ihrer Mutter Regina (zu Katharinas Mutter siehe bereits oben, m. Anm. 11 f.) und Ehefrau des Franz Fuchs, entbunden (Geständnis der Katharina Hug). Gemäß der ebda protokollierten Aussage eines gewissen Dagobert Ehinger, der als Kundschafter nach Hecheln entsandt worden war, um vor Ort anhand der kirchlichen und weltlichen Standesregister Erkundigungen über Katharinas Niederkunft einzuziehen, war die Geburt jedoch erst am 22. Mai erfolgt! Eine von diesen beiden Angaben abweichende Datierung der Niederkunft (auf den 20. Mai) erlaubt ein in der Gillmannschen Personalakte überlieferter amtlicher Auszug aus dem Standesbuch der Gemeinde Hecheln, wonach Helene Hug am 20. Mai geboren und am 21. Mai getauft wurde (Bescheinigung des Pfarrers Johann Baptist Huber vom 21. Mai 1870, ausgestellt in Mühlingen [bei Hecheln]; hierzu siehe auch die weiteren Ausführungen des vorliegenden Beitrags). Als Taufpaten werden Bernhard Fuchs und Monika Fuchs genannt. Monika war eine Tochter des Franz Fuchs und der Katharina Kessinger und war (seit wann?) gemäß einem an die Adresse des Freiburger Ordinariats gerichteten Bericht des Pfarramts Mühlingen vom 9. Januar 1885 (Pfarrer Emil Otter [1840–1910]) die Gattin des Abigail Renner, der in Hecheln das Amt des Meßners versah.

15 Das Original dieser Bescheinigung hat sich wiederum in der Gillmannschen Personalakte erhalten. Es war am 1. Juni 1870 in Radolfzell von Bezirksarzt Dürr ausgestellt worden.

16 Fieser wohnte, wie das Überlinger Protokoll vom 2. Juni 1870 abschließend festhält, zusammen mit Amtsrichter Heiß persönlich der vor Ort durchgeführten *Haussuchung* bei. Gemäß einem ausführlichen Brief Gillmanns an das Erzbischöfliche Offizialat vom 15. Dezember 1870 war der Staatsanwalt der Sohn eines gleichnamigen Ministerialrats, der vom *Kirchenstreit im Odenwald* bekannt war. Fiesers Charakter wird ebda als *hitzig* bezeichnet. Im gleichen Schreiben wird übrigens auch Amtsrichter Heiß eingehend porträtiert.

17 Das Überlinger Protokoll vom 2. Juni 1870 hält darüber hinaus fest, daß außer Dr. Mader auch der zufällig anwesende *Gr[öß]herzogliche* Stabsarzt Dr. Fleig [alternative Schreibweise: Flaig] von Konstanz Katharina Hug untersucht habe und zum selben Resultat gelangt sei wie der genannte Assistenzarzt.

18 Als Alternative zu einem Pfarverwalter schlägt Pfirsig ebda vor, Pfarrer Mohr von Worblingen (bei Bohlingen/Überlingen am Ried), [...] der uns ein sehr braver und tüchtiger Geistlicher zu sein scheint [...], mit der Gemeinde zu betrauen. Zu Konrad Friedrich Mohr siehe auch das Folgende (m. Anm. 21).

19 Hierzu siehe das Folgende.

20 Gemeint ist das bereits ins Feld geführte Gutachten des Radolfzeller Bezirksarztes Dürr vom 1. Juni 1870 (siehe oben, m. Anm. 15).

21 Zu Mohrs Leben und Wirken siehe wieder MAYER (wie Anm. 8) S. 262. – Die Kirchenbehörde folgte somit dem Vorschlag Pfirsigs (hierzu siehe bereits oben, Anm. 18). Im Hinblick auf Leben und Werk Heinrich Hansjakobs sei der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, daß Mohr gemäß MAYER (wie Anm. 8) hier S. 262 seit dem Jahr 1865 in absentia als Kaplaneiverweser des Bodenseedorfes Hagnau (südöstlich von Meersburg) und seit 1868 als Pfarrverweser des genannten Ortes fungierte, bis er im Jahr 1869 schließlich nach Worblingen versetzt wurde. Im Dezember 1869 wurde die Pfarrei Hagnau Heinrich Hansjakob übertragen, der hier bis 1884, dem Jahr seiner Erhebung zum Stadtpfarrer von St. Martin in Freiburg, tätig war. Zu Hansjakobs Hagnauer Zeit siehe neuerdings wieder HILDENBRAND, Manfred: Heinrich Hansjakob – Rebelle im Priesterrock, 2. Aufl. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Haslach 2) Haslach 2000, S. 11, 38–41; weiter: KLEIN, Kurt: Heinrich Hansjakob. Ein Leben für das Volk, Kehl 1977, S. 56–64; SCHAEFTGEN, Maria: Heinrich Hansjakob. Anekdoten und Erzählungen, 2. Aufl., Kehl 1977, S. 12 f. – Der Vollständigkeit halber sei außerdem darauf hingewiesen, daß sich in der Gillmannschen Personalakte ein am 11. Oktober 1884 verfaßter Originalbrief Mohrs an seinen treuen Mitbruder Benedikt Gillmann erhalten hat. Das Schreiben entstand in Leipferdingen (südöstlich von Geislingen), Mohrs neuem Dienstort.

22 Wie weitere Aktenstücke, auf die im vorliegenden Zusammenhang schon aus Platzgründen nicht detailliert eingegangen werden kann, belegen, lebte Klara inzwischen (seit dem 21. April 1869; ihre Entlassung aus Gillmanns Diensten war am 20. April 1869 erfolgt; hierzu siehe wieder das Freiburger Vernehmungsprotokoll vom 2./3. August 1870, Frage 2, sowie einen an das Erzbischöfliche Offizialat gerichteten Brief Gillmanns vom 21. Dezember 1870, der Klaras Lebensumstände detailliert beschreibt) wieder in ihrem Heimatort Mering (bei Freiburg), wo sie am 29. Januar 1872 verstarb. Zu Klaras Vita siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 146, 158.

23 Bischof Carl Joseph (von) Hefele (1809–1893) leitete das Bistum Rottenburg von 1869 bis 1893. Rottenburg (seit 1978: Rottenburg-Stuttgart) war im Jahr 1821 als Suffraganbistum von Freiburg errichtet worden. Einführende Literatur: REINHARDT, Rudolf: Art. Hefele, Carl Joseph (v.), in: Lexikon für Theologie und Kirche, 3. Aufl., Bd. 4 (1995) Sp. 1239 f.; WOLF, Hubert: Art. Rottenburg-Stuttgart, in: ebda, Bd. 8 (1999) Sp. 1326 f.

24 Einzelheiten hierzu sind wiederum dem Bohlinger Protokoll vom 22. Mai 1870 zu entnehmen, wobei außer diversen Dienstversäumnissen und Nachlässigkeiten vor allem der angebliche Geiz des Beschuldigten wiederholt zum Gegenstand der Beschwerden erhoben wurde. Zu dieser noch in Heinrich Hansjakobs »Der

Vogtsburg« nachweisbaren Charaktereigenschaft des Überlinger Pfarrers siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1) passim, sowie das Folgende.

25 Hierzu siehe bereits oben, m. Anm. 16.

26 Zur korrekten Datierung von Taufe und Niederkunft siehe bereits oben, Anm. 14.

27 Dorf bei Hecheln.

28 Weiler südlich des Dorfes Böhringen (nordöstlich von Überlingen am Ried) mit Bahnstation an der Eisenbahnlinie Singen–Radolfzell.

29 Zitiert nach: Überlinger Protokoll vom 2. Juni 1870.

30 Gebräuchliche Abkürzung für »Gulden«. Zu dieser in Baden bis zum 1. Januar 1875 gültigen Währung siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1) Anm. 107, 132.

31 Zitiert nach: Überlinger Protokoll vom 2. Juni 1870. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß sich mit Datum vom 4. August 1870 eine *Bescheinigung* Katharina Hugs erhalten hat, die eine ähnlich lautende Erklärung enthält. Die Aussage der Haushälterin wurde in Hecheln protokolliert und von zwei Zeugen, Katharinas Schwager, dem Zimmermann Richard Kessler (geb. 1843; zu ihm siehe auch die folgenden Ausführungen) und dessen Gattin Leopoldina, unterzeichnet. Die *Bescheinigung* ist in zwei Exemplaren überliefert und war, wie die Adressen belegen, ursprünglich für Mechtild Hug und Benedikt Gillmann bestimmt.

32 Im Freiburger Vernehmungsprotokoll vom 2./3. August 1870 (Frage 76 u. 77) ist von einem *bedingten Polizeistrafbefehl* die Rede, der allerdings bereits vom 3. Juni 1870 datierte. Dieser hatte eine Verurteilung Gillmanns *wegen unehelichem Zusammenleben mit der Kath. Hug* zu einer Geldstrafe in Höhe von 15 Gulden zum Gegenstand. Gegen diesen Rechtsentscheid hatte der Angeklagte zunächst Widerspruch eingelegt (siehe ebda, Frage 77 u. 78), diesen allerdings dann am 20. bzw. 24. Juni 1870 wieder zurückgezogen (ebda, Frage 79 u. 80) und sich am 22. Juni 1870 dem Strafbefehl unterworfen (ebda, Frage 81). Ein analoges *Procedere* ist für Katharina Hug nachweisbar (siehe ebda).

33 Zu ihm siehe KÖNIG, J.: *Necrologium Friburgense. 1827–1877*. Verzeichnis der Priester, welche im ersten Semisäculum des Bestandes der Erzdiözese Freiburg im Gebiete und Dienste derselben verstorben sind, mit Angabe von Jahr und Tag der Geburt, der Priesterweihe und des Todes, der Orte ihres Wirkens, ihrer Stiftungen und literarischen Leistungen. Beitrag zur Personalgeschichte und Statistik der Erzdiözese. Abt. 2: 1847–1877, in: Freiburger Diözesan-Archiv 17 (1885) S. 1–130, hier S. 105.

34 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 22.

35 Gemäß den später zu Protokoll gegebenen Aussagen Gillmanns hatte Mechtild Hug am 26. Oktober 1869 in Überlingen ihren Dienst aufgenommen (so das Vernehmungsprotokoll vom 2./3. August 1870, Frage 2).

36 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 14. Zu Johann Baptist Huber siehe wieder KÖNIG (wie Anm. 33) S. 109.

37 Aussagen des Stabsarztes Flaig und des Bezirksarztes Mader vom 3. Juli 1870.

38 Bei der »Freien Stimme« (eigentlich: »Freie Stimme vom See und Hegau, damit verbunden der Radolfzeller Anzeiger«) und dem »Badischen Beobachter« handelt es sich um zwei Lokalblätter, die Gillmann möglicherweise abonniert hatte. In der hier zur Diskussion stehenden Personalakte finden sich mehrere Ausrisse aus Exemplaren der genannten Organe, die u. a. Berichte über verschiedene Maßnahmen und Verhaltensweisen des Amtsrichters Heiß enthalten (aus: Freie Stimme 78 [6. Juli 1869] [o. P.]; ebenda Nr. 83 [17. Juli 1869] [o. P.]; Badischer Beobachter 165 [18. Juli 1869] [o. P.]).

39 Eine vergleichbare Charakterisierung des Amtsrichters findet sich in dem am 14. November 1870 in Hausen an der Aach verfaßten Brief Gillmanns an das Erzbischöfliche Offizialat (hierzu siehe bereits oben), wobei wiederum auf Artikel verwiesen wird, die im »Badischen Beobachter« (18. Juli 1869) sowie in der »Freien Stimme« (17. Juli 1869) erschienen waren. Zu diesen Publikationen siehe bereits die vorausgehende Anm. Massive Vorwürfe gegen Heiß sind darüber hinaus einer von Katharina Hug am 23. Juni 1870 in Hecheln ausgestellten Bescheinigung zu entnehmen, die als Zeugen Franz Fuchs und dessen Frau Katharina und deren Tochter Monika sowie einen Bernhard Fuchs aufführt (zu diesen Verwandten Katharina Hugs [Taufpate Helene Hugs!] siehe bereits oben, Anm. 14).

40 Hierzu siehe bereits oben.

41 So ein entsprechender Brief Gillmanns vom 18. Juli 1870 an den Freiburger Weihbischof und Erzbistumsverweser Lothar von Kübel (1823–1881). Zu Leben und Wirken dieses Würdenträgers, der nach dem Tod des Freiburger Erzbischofs Hermann von Vicari (1868) als Kapitularvikar interimistischer Leiter des Erzbistums wurde – die Wiederbesetzung des Erzbischöflichen Stuhls scheiterte – und auch in Sachen Gillmann zahlreiche Entscheidungen zu fällen hatte, siehe etwa GATZ, Erwin: Art. Kübel, Lothar v., in: Lexikon für Theologie und Kirche, 3. Aufl., Bd. 6 (1997) Sp. 499; weiter: RIVINIUS, Karl Josef: Art. Kübel, Lothar von, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 4 (1992) Sp. 732–737.

42 Wie Gillmann weiter ausführt, war Amtsrichter Heiß am 12. Juli nach Konstanz versetzt worden. Nachfolger im Amt wurde Richter Jäckle. – Gillmanns Klage gegen Katharina Hug war übrigens auf Anraten des Böhlinger Dekans Pfirsig zustande gekommen, wie dieser in einem Bericht vom 18. August 1870 ausdrücklich bemerkt. Der am 13. Juli 1870 von Amtsrichter Jäckle und Rechtspraktikant Friederich aufgesetzte Text der Klageerhebung hat sich in abschriftlicher Form – die Kopie wurde auf Verlangen des Klägers angefertigt – in der Gillmannschen Personalakte erhalten, ebenso der Text einer am 25. Juli 1870 vor den gleichen Personen zu Protokoll gegebenen Aussage der Katharina Hug, die einen Widerruf des am 2. Juni abgelegten Geständnisses beinhal-

tet, was den sofortigen Rückzug der Klage Gillmanns zur Folge hatte.

43 Eine entsprechende Eingabe des Überlinger Gemeinderats und Stiftungsvorstands, die am 25. Juli abgefaßt und an das Erzbischöfliche Dekanat adressiert wurde, findet sich wiederum in der Gillmannschen Personalakte. Diesem Antrag ist unter anderem zu entnehmen, daß bei der am 24. Juli durchgeführten Zusammenkunft insgesamt 61 Bürger beteiligt gewesen waren und ausnahmslos für einen Abzug Gillmanns aus Überlingen gestimmt hatten. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß es bereits im Vorfeld des Pfingstfestes zu einer handfesten Konfrontation zwischen den Überlinger Honoratioren und Gillmann gekommen war: Aus mehreren anfangs Juni 1870 entstandenen Schriftstücken, die mit Datum vom 1. Januar 1871 vom Radolfzeller Bezirksamt an das Erzbischöfliche Kapitelsvikariat abgegeben wurden, geht hervor, daß Gillmann im Rahmen eines Gottesdienstes statt eine Predigt zu halten auf der Kanzel eine Rechtfertigungsschrift verlesen und dabei u. a. auch seine vermeintlichen Widersacher scharf attackiert hatte, worauf nicht nur der Bürgermeister, sondern auch zwei Gemeinderäte sowie der Überlinger Lehrer nach dem Ende der Messe den Geistlichen an der Kirchenpforte zur Rede gestellt und von ihm (unter Androhung einer einstweiligen Inhaftierung!) die Herausgabe des Schriftstücks gefordert hatten.

44 Heinrich Maas, 1826–1895, Autor von: Geschichte der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden. Mit besonderer Berücksichtigung der Regierungszeit des Erzbischofs Hermann v. Vicari, Freiburg 1891, der zu Heinrich Hansjakob über Jahrzehnte hinweg nicht nur enge Beziehungen unterhielt, sondern diesem auch zahlreiche kirchliche Interna übermittelte. Zu ihm siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 146 (m. Lit.). – Markus Joseph Anton Krauth, 1822–1900; biographischer Abriß: MAYER, Julius: Necrologium Friburgense. 1900–1905. Verzeichnis der Priester, welche in den Jahren 1900–1905 im Gebiete und Dienste der Erzdiözese Freiburg verstorben sind, mit Angabe von Jahr und Tag der Geburt, der Priesterweihe und des Todes, der Orte ihres Wirkens, ihrer Stiftungen und literarischen Leistungen. Beitrag zur Personalgeschichte und Statistik der Erzdiözese Freiburg, in: Freiburger Diözesan-Archiv 34 (N.F. 7) (1906) S. 1–74, hier S. 9.

45 So hatten Unbekannte wenige Tage nach Katharinas Niederkunft die Weinberge des Pfarrers mit Schlotzern (wohl Schnuller) geschmückt (25. April 1870) und mit Kohle an die Pfarrscheune geschrieben: Ein junger Gillmann ist geboren (siehe Frage 5 u. ö. sowie das am 2. Juni 1870 von Wachtmeister Kuhn aufgenommene Protokoll [hierzu siehe bereits oben]) (27. April 1870).

46 Übrigens hat sich eine Gesamtbewertung der Protokollaufnahme seitens des Beschuldigten in einem am 15. Dezember 1870 gefertigten Brief Gillmanns an das Erzbischöfliche Offizialat erhalten (hierzu siehe bereits oben, Anm. 12, 16).

47 Das sieben Seiten umfassende Antwortschreiben des Dekans, das vom 18. August 1870 datiert, lagert wiederum in der Personalakte. Ebda finden sich auch zwei von Pfirsig am 16. bzw. 18. August 1870 in Überlingen gefertigte Protokolle. Diese Aufzeichnungen halten verschiedene Aussagen von Überlinger Bürgerinnen und Bürgern fest, die wir teilweise bereits aus der am 22. Mai in Böhlingen vorgenommenen Niederschrift (hierzu siehe oben) kennen (Bürgermeister Christian Handloser, Altbürgermeister Max Koch, Gemeinderat Joachim Brutscher, Leo Gnädig, Stiftungsmittglied Josef Koch, Kirchenrechner Thomas Maurer und dessen Frau Johanna geb. Zimmermann, Theodora Zahn, Peter Koch, Susanna Gnädig [Ehefrau des Vinzens Gnädinger]). Der ebda überlieferten Aussage des Bürgermeisters ist zu entnehmen, daß er es war, der auf Anweisung des Amtsrichters Heiß – wohl in unmittelbarem Anschluß an die Vernehmung vom 2. Juni 1870 – die Ausweisung der Katharina Hug aus Überlingen verfügte. – Im Hinblick auf eine mögliche Beziehung zur »wunden Stelle« Hansjakobs sei darüber hinaus noch ein Abschnitt des soeben ins Feld geführten Protokolls (Aussage des Bürgermeisters Handloser) zitiert, der anscheinend eine spontane Stellungnahme Gillmanns festhält: Am 3. Juni hatten wir Stiftungssitzung und haben den Herrn Pfarrer [sc. Gillmann] ersucht, er moechte auf das Geschehen hin doch jetzt nicht mehr Gottesdienst halten; er aber erklärte: was das betrifft, so ist es Andern auch schon so gegangen; ich kenne einen viel höhern Herrn, der auch solches gethan und er sei doch noch im Amt. Hierzu vgl. die »Richtigstellung« Gillmanns im Vernehmungsprotokoll vom 13./14. September 1870 (hierzu siehe unten), die meines Erachtens alles andere als glaubwürdig ist: Ich wollte nur anfügen, daß solche Verfehlungen von Haushälterinnen auch schon in andern Pfarrhäusern vorgekommen seien, ohne daß die betreffenden Geistlichen, die sich keiner Schuld bewußt gewesen, in ihren geistlichen Verrichtungen gehemmt wurden. Als indirektes Schuldeingeständnis wertet übrigens auch Heinrich Maas in seinem am 21. Dezember 1870 gehaltenen Vortrag (o. P.; Abs. 15; zu dieser Quelle siehe die weiteren Ausführungen des vorliegenden Beitrags), der die erstinstanzliche Verurteilung Gillmanns zur Folge hatte, die am 3. Juni 1870 geäußerte Bemerkung des Beschuldigten.

48 Zu Pfirsigs Antwortschreiben vom 18. August 1870 siehe bereits die voraufgehende Anmerkung.

49 Die geforderten Schriftstücke wurden am 9. September 1870 von Dekan Pfirsig und Kaplan Casimir Fieger angefertigt und enthalten die Aussagen von Bürgermeister Christian Handloser, Altbürgermeister Max Koch, Gemeinderat Leo Gnädig, Gemeinderat Joachim Brutscher, Josef Koch, Johann Auer, Thomas Maurer, Johanna Maurer geb. Zimmermann, Theodora Zahn, Margaretha Salzmann, Peter Koch und Susanna Gnädig.

50 So eine Vollmacht, die Gillmann am 5. August 1870 in Freiburg ausstellte. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß ein Felix Hoßner im Freiburger Adreß-Kalender für das Jahr 1870, Freiburg [o. J.] S. 77, für die Adresse Schwarzwaldstra-

ße 3 als Anwalt nachgewiesen ist. – Übrigens führt ein die anwaltlichen Tätigkeiten betreffendes Kostenverzeichnis (gefertigt am 7. Dezember 1870) eine Gesamtsumme von 19 Gulden und 52 Kreuzern für insgesamt zehn Aktivitäten auf.

51 Zu dieser Person siehe bereits oben, Anm. 31, sowie unten, Anm. 103.

52 Brief Gillmanns vom 9. September 1870.

53 Brief Gillmanns vom 12. September 1870. Zu Leben und Wirken Lothar von Kübels siehe bereits oben, Anm. 41.

54 Hierzu siehe bereits oben, m. Anm. 47.

55 Ergänzend hierzu siehe auch die Ausführungen Gillmanns in einem am 17. September 1870 verfaßten Brief, der an das Kapitelsvikariat gerichtet wurde und die Glaubwürdigkeit der Zeuginnen und Zeugen in Abrede stellt.

56 So der entsprechende Beschluß des Kapitelsvikariats vom 29. September 1870.

57 So die angeblich in mündlicher Form erteilten Auskünfte Gillmanns gegenüber Pfirsig (ebda). Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß der Böhlinger Dekan mit Datum vom 15. November 1870 dem Kapitelsvikariat schriftlich mitteilte, [...] daß die Mechthilde Hug nicht in Gottmadingen u. auch nicht in der Nähe ist, sondern in ihrer Heimath bei den Eltern sich befinden soll.

58 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 42.

59 Die entsprechende Verfügung wurde mit Datum vom 30. Oktober 1870 – die Datumsangabe 30. Nov. 1870 beruht auf einem Irrtum! – vom Markdorfer Pfarramt an das Pfarramt Bergheim (südöstlich von Markdorf) weitergeleitet und erreichte Katharina Hug am 31. Oktober. Am 3. November teilte der Bergheimer Pfarrer Thaddäus Weiler (1835–1912) dem Freiburger Offizialat mit, [...] daß Katharina Hug Willens ist, bei der auf den 4ten d. M. festgesetzten Tagfahrt persönlich in Freiburg zu erscheinen.

60 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 14.

61 Zu Kaplan Fieger, der bereits im September 1870 in der Umgebung des Dekans nachweisbar ist, siehe bereits oben, Anm. 49.

62 Den Erhalt des entsprechenden Erlasses bescheinigte Hoßner mit Datum vom 9. November 1870. Gemäß einem Aktenvermerk vom 17. November 1870 seitens des Offizialats hat Gillmanns Anwalt am 9. und 10. November die Untersuchungsakten persönlich konsultiert.

63 Die neue Adresse läßt sich etwa einem weiteren Schreiben Gillmanns an das Kapitelsvikariat entnehmen, das vom 3. Dezember 1870 datiert und eine Bitte um Absenzbewilligung und Reactivierung zum Gegenstand hat.

64 Weitere Ausführungen zu Hoßners Schriftsatz finden sich in einem Brief Gillmanns vom 21. Dezember 1870 an das Erzbischöfliche Offizialat. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß man den Ton der Gillmannschen Eingaben vom 15. (hierzu siehe bereits oben, Anm. 12, 16 u. 46) und 21. Dezember 1870 beim Erzbischöflichen Offizialat als derart ausfällig empfand, daß man dem Briefschreiber mit Datum vom 22. Dezember

1870 einen Verweis erteilte. Gillmann versuchte in einem am 27. Januar 1871 verfaßten Beschwichtigungsbrief an die Freiburger Kirchenbehörde, diese Vorwürfe zu entkräften, allerdings ohne Erfolg, wie es scheint, wurde das Schreiben doch (am 23. März 1871) kommentarlos zu den Akten gelegt.

65 In der Gillmannschen Personalakte hat sich außer dem eigentlichen Urteilsspruch auch ein Schriftstück erhalten, das das eigentliche Prozedere der Verurteilung kurz zusammenfaßt. Gemäß dem Text dieses dreiseitigen Dokuments waren außer Orbin und Maas (nebst dessen Sekretär Vögele) folgende Würdenträger beteiligt: Domkapitular Weickum (als Promotor), Domkapitular Koessing (als Offizialratsrat), Domkapitular Marmon (als Offizialratsrat), Assessor Krauth und Assessor Boulanger. Zu Leben und Wirken Orbins, der von 1882 bis 1886 als Erzbischof von Freiburg amtierte, siehe etwa BRAUN, Karl-Heinz: Art. Orbin, Johann Baptist, in: Lexikon für Theologie und Kirche, 3. Aufl., Bd. 7 (1998) Sp. 1090.

66 Es handelt sich hierbei um den Priester Johann Abhalter (1823–1894), der seit 1865 die Pfarrei Untersiggingen (östlich von Überlingen/Salem) innehatte. Zu Abhalters Leben und Wirken siehe wieder MAYER (wie Anm. 8) S. 259.

67 Der Strafantrag des Promotors, Domkapitular Weickum (zu ihm siehe bereits oben, Anm. 65), ging hinsichtlich der Dauer der Discoloriumsstrafe wesentlich weiter: sie sollte für die Dauer von zwei Monaten verhängt werden. Wie wir noch sehen werden, saß Gillmann diese Strafe in einer Korrekptionsanstalt für straffällige Priester (einem sogenannten »Demeritenhaus«) ab. Einführende Literatur: GATZ, Erwin: Art. Demeritenhaus, in: Lexikon für Theologie und Kirche, 3. Aufl., Bd. 3 (1995) Sp. 79 (m. Lit.).

68 Der Hinweis auf den Rottenburger Bischof bezieht sich wiederum auf Carl Joseph (von) Hefele; zu ihm siehe bereits oben, m. Anm. 23. Zur sogenannten »Apostoli« – eine Art Bescheinigung, die von der Freiburger Kirchenbehörde ausgestellt wurde – siehe die folgenden Ausführungen.

69 Gemeint ist das Dorf Hausen an der Aach (nördlich von Singen), wo sich Gillmann im Herbst 1870 nachweisen läßt. Hierzu siehe bereits oben, Anm. 4, 10, 39.

70 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 13. Benz hatte seit 1864 in Markdorf gewirkt und war erst im Jahr 1869 nach Weilheim übergewechselt.

71 Dieses Datum ergibt sich aus einem am 16. Januar 1871 verfaßten Brief Gillmanns an das Kapitelsvikariat.

72 Ein weiteres Schreiben des Weilheimer Pfarrers in derselben Angelegenheit datiert vom 2. Februar 1871 und wurde, wie Bleistiftnotizen verraten, wiederum abschlägig beurteilt.

73 Sie datiert vom 13. Februar 1871 und wurde in Weilheim ausgestellt.

74 Das Gesuch wurde mit Datum vom 20. Februar 1871 zurückgezogen, nachdem Hoßner von Gillmann selbst eine Ausfertigung des Urteils zur Einsicht vorgelegt bekommen hatte.

75 Der entsprechende Rapport datiert vom 1. März 1871. Zu Wiest siehe wieder MAYER (wie Anm. 44) S. 60 f.

76 In einem Brief vom 25. Februar 1871 an das Erzbischöfliche Offizialat gibt auch Gillmann die Dauer seines geplanten Aufenthaltes mit dem Zeitraum vom 28. Februar bis 9. März an. Zu diesem Schreiben siehe auch das Folgende. Zur tatsächlichen Verweildauer in Weiterdingen siehe unten, Anm. 79.

77 Quelle: siehe die vorausgehende Anm. Die entsprechende Bescheinigung wurde dem Appellanten mit Datum vom 3. März 1871 ausgestellt und noch am gleichen Tag zugesandt; eine von Gillmann unterzeichnete Empfangsbestätigung datiert vom 9./10. März 1871.

78 So das Schreiben Pfarrer Wiests vom 1. März 1871 (siehe bereits oben, m. Anm. 75).

79 So wurde Gillmann sowohl in seiner ehemaligen Pfarrei als auch in deren nächster Umgebung jede priesterliche Tätigkeit untersagt. Darüber hinaus verbot man ihm den Kontakt mit Katharina und Mechtilde Hug. Den Erhalt der Verfügung bescheinigte Gillmann am 11. März 1871, was zugleich belegt, daß sich der Verurteilte auch noch nach dem 9. März in Weiterdingen aufhielt. In einem am 16. März 1871 in Freiburg entstandenen Brief an den den Erzbistumsverweser Lothar von Kübel (hierzu siehe auch das Folgende) berichtet Gillmann, er habe [...] vom 28. v. Mts. bis 13. d. Mts. im Priesterhause zu Weiterdingen 8 Tage heilige Exercitien gemacht und [sich] freiwillig mit der zweiten Kostklasse [...] begnügt [...]. Der Verurteilte scheint das Weiterdinger Demeritenhaus somit erst zwischen dem 13. und dem 16. März 1871 verlassen und sich zumindest vorübergehend in Freiburg niedergelassen zu haben. Hierzu siehe auch das Folgende.

80 Ausstellungsdatum: 10. März 1871.

81 Sie datiert vom 28. März 1871.

82 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 79. Als Freiburger Wohnadressen Gillmanns lassen sich für das Frühjahr 1871 aufgrund schriftlicher Zeugnisse nachweisen: Bertholdstraße 44 (Quellen: Briefe Gillmanns an das Erzbischöfliche Kapitelsvikariat vom 19. und 26. April 1871); Eisenbahnstraße 13 (Quelle: Brief Gillmanns an das Erzbischöfliche Kapitelsvikariat vom 24. Mai 1871).

83 So der entsprechende Beschluß des Kapitelsvikariats vom 23. März 1871.

84 Hierzu siehe bereits oben, Anm. 82.

85 Es wurde noch am Tag der Urteilsverkündung an das Freiburger Offizialat abgeschickt und von dort aus (mit Datum vom 20. Mai) an den Verurteilten weitergeleitet. Die Rücksendung der Akten von Rottenburg nach Freiburg wurde am 31. Mai 1871 verfügt, die ordentliche Verteilung der Prozessunterlagen erfolgte im Zuge eines von Lothar von Kübel am 7. Juni 1871 gefaßten Beschlusses. Das weitere Schicksal der Akten läßt sich anhand einzelner Zeugnisse, die in der Gillmannschen Personalakte überliefert sind, weiterverfolgen. Aus Platzgründen ist es mir im vorliegen-

den Zusammenhang jedoch nicht möglich, die einschlägigen Dokumente eingehend zu behandeln.

86 So ein entsprechender Bericht des Freiburger Kapitelsvikariats an den katholischen Oberkirchenrat vom 25. Mai 1871.

87 So der entsprechende Antrag des Freiburger Kapitelsvikariats vom 25. Mai 1871 an den katholischen Oberkirchenrat. Zum Tischtitel siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1) S. 157 (m. Lit.).

88 So der entsprechende Erlaß von Kübels vom 7. Juni 1871. Übrigens geht aus einer am 30. Mai 1871 gefertigten Registratur-Note des Freiburger Kapitels-Vikariats hervor, daß Gillmann seine neue Stelle erst am 5. Juni antrat.

89 Hierzu siehe bereits oben, m. Anm. 79.

90 Ergänzung des Verfassers. Im Originaltext ist keine Lücke erkennbar.

91 Übrigens erwähnt Gillmann im gleichen Brief auch seinen Amtskollegen Heinrich Hansjakob. Es ist geradezu bezeichnend für den Saiger Pfarrverweser, daß sich diese Erwähnung auf Geldangelegenheiten bezieht: Gillmann weist nachdrücklich darauf hin, daß sein Amtsbruder nach sechs Dienstjahren angeblich bereits mehr als 700 Gulden Lohn erhalten würde. – Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, daß Gillmann im Rahmen eines am 20. Januar 1874 in Triberg abgehaltenen Verhörs zu Protokoll gab, er hätte während seiner Dienstzeit in Saig keine Haushälterin bei sich beschäftigt gehabt (zu dieser Einvernahme siehe auch die weiteren Ausführungen dieses Beitrags).

92 Abschrift vom 28. November 1871, angefertigt von Sekretär Vögele vom Erzbischöflichen Kapitelsvikariat Freiburg. Zu Friedrich I. siehe etwa den entsprechenden Art. von ZIER, Hans Georg, in: *Neue Deutsche Biographie* 5 (1971) S. 490 ff. (m. Lit.).

93 Das früheste direkte Zeugnis aus Wittichen, ein Bericht Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat, datiert vom 4. Dezember 1871, das genaue Datum des Stellenwechsels läßt sich hingegen erst einem Erzbischöflichen *Decanats-Zeugniß* entnehmen, das am 14. August 1872 in Triberg ausgestellt wurde.

94 Hierzu siehe die entsprechenden Bezugnahmen in einem Schreiben Gillmanns vom 11. November 1872, das direkt an die Adresse Lothars von Kübel gerichtet wurde. Aus dem Brief geht hervor, daß sich der Witticher Pfarrverweser unter anderem um die Pfarrei Biberach (östlich von Lahr) bewarb.

95 So ein Brief Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 23. September 1873 (mit Bezugnahme auf diverse frühere Bittschreiben aus den Jahren 1871 bis 1873!). Zu den damals üblichen Löhnen und Preisen siehe etwa wieder BÄRMANN (wie Anm. 1) *passim*.

96 Text: HANSJAKOB, Heinrich: *Erzbauern. Erzählungen*. Illustriert von Hugo Engl. 11. Aufl. Herausgegeben von der Stadt Haslach im Kinzigtal. Bearbeitet von Manfred Hildenbrand, Haslach 1985, S. 13–122, hier S. 106 f.; dazu BÄRMANN (wie Anm. 1) *passim*.

97 Gemäß den Aussagen Gillmanns [...] wurde Katharina v. Mai 1871 bis Ende des Jahres schwer krank u. mußte das Bad in Friedrichshafen gebrauchen. Man bezweifelte, ob sie das Frühjahr 1872 erlebe. [...] Katharina fügte sich möglichst lang in ihre traurige Lage, war wegen ihres religiös-sittl. Betragens in Leimbach u. Pfarrhause Bergheim [bei Markdorf] sehr beliebt. Sie fand als Magd im Pfarrhause gute Aufnahme, wo sie täglich mehrmals vom Schlag drohenden Schwindel, nachher angestekt vom Dienstherrn, der bei Krankenprovisionen die Blattern erbt, u. schließlich von Neßelfieber Erstikung drohenden Krämpfen befallen bis im Juni 1872, weshalb sie nirgends allein gelassen werden konnte u. wieder in's Bad Friedrichshafen mußte.

98 Hierzu siehe etwa PAARHAMMER, Hans: Art. Absetzung, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, 3. Aufl., Bd. 1 (1993) Sp. 78; zu den verschiedenen Formen der Amtszerlegung siehe auch MÖRS-DORF, K[laus]: Art. Kirchenamt, in: *ebd.*, 2. Aufl., Bd. 6 (1961) Sp. 188–192, hier Sp. 192 (jew. m. Lit.).

99 Bei diesem Priesterkollegen handelt es sich um Alois Schneider (1835–1896). Siehe wieder MAYER (wie Anm. 8) S. 277.

100 Auf die weiteren Vorgänge, die sich im Rahmen dieses Abzugs abgespielt haben, kann im vorliegenden Zusammenhang schon aus Platzgründen nicht detailliert eingegangen werden. Grundsätzlich sei wiederum auf eine ganze Reihe von in der Gillmannschen Personalakte überlieferten Quellenzeugnissen verwiesen, die eine zumindest teilweise Rekonstruktion des zweiten Weiterdinger Aufenthalts erlauben: Gillmanns Amtsnachfolger Alois Schneider übernahm die Verwaltung der Pfarrei Wittichen am 12. März 1874; seit diesem Tag unterließ der suspendierte Pfarrverweser das Messelesen (Quelle: Brief Gillmanns an das Dekanat Triberg vom 17. März 1874). Kurze Zeit später begab sich Gillmann (wohl zu Pfarrer Albert Bührle [1832–1889]) nach Neuhäusen (nördlich von Villingen), von wo aus er – zwecks einer Badekur – zunächst nach Weilheim, später dann nach Weiterdingen weiterreisen wollte, woran ihn jedoch (angeblich) ein körperliches Unwohlsein – Gillmann litt, wie ein ärztliches Gutachten bestätigt, seit etwa 1860 an einer rechtsseitigen Leistenhernie – hinderte (Quellen: *ebd.*; Briefe Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 29. März, 15. April und 7. August 1874). Der Eintritt in das Demeritenhaus erfolgte erst am Nachmittag des 1. April 1874 (Quelle: Rapport der Direktion vom 1. April 1874), der dortige Aufenthalt endete am 26. Mai 1874 (Quellen: Briefe Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 18. Mai und 7. August 1874; Beschluß des Kapitelsvikariats vom 21. Mai 1874; Bericht der Weiterdinger Direktion vom 26. Mai 1874). Nach seiner Abreise von Weiterdingen scheint sich Gillmann nach Weilheim begeben zu haben, wo er wieder bei Pfarrer Wilhelm August Benz Unterkunft fand und sich in der Folgezeit immer wieder erfolglos um seine Wiederverwendung im Pfarrdienst bemühte, wobei er auch einen Ausstieg aus dem geistlichen Stand in Erwägung zog (Quellen: Briefe Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 8. Juni, 12. Juli, 17. August, 25. August, 19. Oktober 1874 usw. [z. T.

mit Bezugnahmen auf weitere Bittschreiben, die anscheinend verloren sind]). Ein weiterer (dritter) Weiterdinger Aufenthalt Gillmanns ist vom 2. November 1874 bis 4. Februar 1875 nachweisbar, zuvor hielt sich der Geistliche in Neuhausen, später dann in Engen (nördlich von Weiterdingen) auf (Quellen: Briefe Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 19. Oktober 1874, 3. und 17. Januar 1875, 8. Februar 1875, 1. und 21. März 1875 usw.; Meldungen der Weiterdinger Direktion vom 3. November 1874 und 5. Februar 1875; Briefe des Engener Stadtpfarrers und Dekans Johann Marcus Kärcher [1830–1918; gemäß einem am 6. Juni 1875 verfaßten Schreiben der Beichtvater Gillmanns in Weiterdingen!] an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 18. und 22. Februar 1875; Beschluß des Freiburger Kapitelsvikariats vom 25. Februar 1875 usw.; ein detaillierter Bericht über die Zustände in Weiterdingen, in dem sich Gillmann darüber hinaus gegen Vorwürfe zur Wehr setzt, ein *Cameralist* und *Kapitalist* zu sein, findet sich in einem am 25. Februar 1875 verfaßten Brief des Geistlichen an das Kapitelsvikariat). Auf einen vierten Aufenthalt in Weiterdingen, der vom 5. Oktober 1885 bis 29. März 1886 dauerte, kann im vorliegenden Zusammenhang nicht näher eingegangen werden.

101 Hierzu siehe den Brief Gillmanns an das Dekanat Triberg vom 17. März 1874 (siehe die vorausgehende Anm.), in dem er um die jährliche Zuwendung von mindestens 500 Gulden bittet, ein Antrag, den das Freiburger Kapitelsvikariat am 26. März 1874 zurückwies. Erst am 21. Mai 1874 faßten die Freiburger Kirchenoberen den Beschluß, dem suspendierten Priester ein *Sustentationsgehalt* in Höhe von jährlich 350 Gulden für die Dauer des achtwöchigen Aufenthaltes in Weiterdingen (!) nachzuzahlen. Hierzu siehe auch den entsprechenden Beschluß vom 18. Juni 1874. Schließlich entschied man am 28. Januar 1875, dem zu jenem Zeitpunkt wieder in Weiterdingen (hierzu siehe die vorausgehende Anm.) wohnhaften Priester, falls er die Demeritenanstalt verlassen wolle, ein jährliches *Tischtitelgehalt* von 300 Gulden zu gewähren. Mit Datum vom 18. Februar 1875 wurde die Höhe des *Sustentationsgehalts* auf 516 Mark jährlich festgesetzt, was ca. 300 Gulden alter Währung entspricht (zur am 1. Januar 1875 erfolgten Umstellung der Gulden-Währung auf die Mark-Rechnung siehe bereits BÄRMANN [wie Anm. 1], S. 160 f., 165, Anm. 107, 132). Dieses Gehalt wurde Gillmann bis zum 13. April 1877 verabfolgt, tags darauf übernahm der versuchsweise wieder in kirchliche Dienste aufgenommene Priester die Verwaltung der Pfarrei Stetten (Quellen: Beschluß des Freiburger Kapitelsvikariats vom 5. April und 3. Mai 1877; Registratur-Note des Freiburger Kapitelsvikariats vom 5. April 1877; zur Übertragung der Pfarrei Stetten siehe auch das Folgende). Wohl nicht ganz ohne Grund bezeichnete sich Gillmann nach dem 18. Februar 1875 in zahlreichen Eingaben an die Freiburger Kirchenoberen als »armer Tischtitulant«. Übrigens bezog Gillmann, wie er selbst rückblickend bemerkt, in Stetten ein Jahresgehalt von 1350 Mark, was einem Ta-

gelohn von 3,70 Mark entspricht (Quelle: Brief Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 8. Juli 1880). An seinem nächsten Wirkungsort, Fischbach (Dekanat Triberg, Dorf westlich von Rottweil), verdiente der Geistliche seinen eigenen Angaben zufolge 3,50 Mark täglich bzw. 1277 Mark jährlich (Quelle: ebda).

102 Hierzu siehe bereits BÄRMANN (wie Anm. 1), S. 156, sowie die vorausgehende Anm. Gillmann ist bis 1880 in Stetten nachweisbar. In einem Beschluß des Freiburger Kapitelsvikariats vom 10. Juni 1880 heißt es, der Genannte sei nunmehr in Fischbach tätig. Das genaue Datum der Versetzung geht aus einer Registratur-Note hervor, gemäß derer Gillmann aufgrund eines am 15. April 1880 gefaßten Kapitelsvikariatsbeschlusses von Stetten abgezogen wurde. (Hierzu siehe auch den in der vorausgehenden Anm. bereits erwähnten Brief Gillmanns an das Freiburger Kapitelsvikariat vom 8. Juli 1880, der auf diesen Beschluß ausdrücklich Bezug nimmt.) Gemäß einem am 26. April 1880 in Kirchen (bei Geisingen) von Dekan Heinrich Kuttruff (1819–1915) ausgestellten Dienstzeugnis endete Gillmanns Amtszeit in Stetten am 26. April 1880 (Quelle: Abschrift vom 17. Februar 1885 als Anhang eines Vernehmungsprotokolls vom 29. Januar 1885).

103 Hierzu siehe wieder BÄRMANN (wie Anm. 1), *passim*. Bei diesem Mädchen handelt es sich um die am 15. Mai 1884 in Konstanz geborene Oliva Frieda Hug, die zum Zeitpunkt des Ablebens ihres Vaters im Freiburger Pensionat St. Elisabeth lebte. Nachweis: Auszug aus den Standesbüchern, in: Konstanzer Zeitung Nr. 149 (1. Juni 1884), wo es heißt: Den 15. Mai: Oliva Frida Hug, unehelich. Gemäß dem katholischen Taufbuch des Konstanzer Münsters (Mikrofilm: Freiburg, Erzbischöfliches Archiv) S. 84, Nr. 57, wurde das Kind am 18. Mai 1884 als eheliche (sic!) Tochter des Tagelöhners Sebastian Heller und dessen Frau Magdalena (sic!) von Münsterpfarrer Gustav Gregor Brugier (1829–1903) aus der Taufe gehoben, wobei als Paten ein Karl Heller sowie eine Oliva Kessler von Leimbach in Erscheinung traten. Letztere war eine Tochter Richard und Leopoldina Kesslers und somit eine Nichte der Katharina Hug, wobei darauf hinzuweisen ist, daß gemäß einem am 14. Januar 1885 in Markdorf verfaßten Bericht des dortigen Dekans und Pfarrers Wieser auch (die damals 18jährige) Oliva Kessler in Gillmanns Diensten stand (siehe bereits oben, Anm. 51). Die Widersprüche zwischen dem Auszug aus den Standesbüchern und dem Taufeintrag ließen sich durch eine Einsichtnahme in das Geburtenbuch des Standesamts Konstanz zumindest ein Stück weit aufklären (briefliche Mitteilung vom 3. Dezember 2002): Am 26. Mai 1884 erschien der Konstanzer Tagelöhner Karl (sic!) Heller beim zuständigen Standesbeamten und erklärte, die wenige Tage zuvor (unter dem 19. Mai 1884) als seine eheliche Tochter in das Geburtenregister aufgenommene Oliva Frieda Heller sei in Wirklichkeit ein Kind der ledigen Katharina Hug, das er (als Vater!) entgegen geltendem Recht anzuerkennen beabsichtigt hätte. Da ein in dieser Form vorgenommener Geburtseintrag unzulässig sei, solle man ihn streichen.

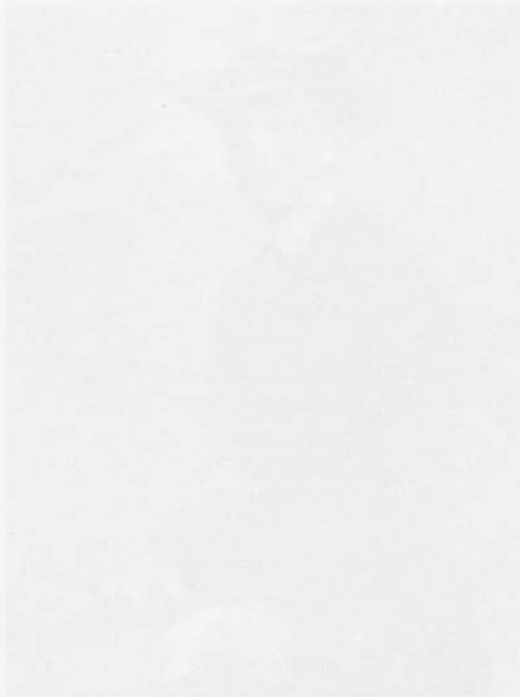
104 Zitiert nach: HALKIN, Léon E.: Erasmus von Rotterdam. Eine Biographie, aus dem Französischen von Enrico HEINEMANN, Zürich 1989, S. 146 (als Textgrundlage diente hierbei ein Passus aus dem Werk »Anleitung zum Briefeschreiben«; Ausgabe: De conscri-

bendis epistolis. Edité par Jean-Claude MARGOLIN, in: Opera omnia Desiderii Erasmi ROTERODAMI. Recognita et adnotatione critica instructa notisque illustrata. Bd. 1.2, Amsterdam 1971, S. 153–579, hier S. 418, Z. 1–10).

Thomas Peter Wanger

VOM FRAUENSTUDIUM ZUM FRAUENWAHLRECHT IN DER SCHWEIZ UND IN LIECHTENSTEIN

1994 führt sich zum 25. Mal die Bundesversammlung der Schweizer Eidgenossenschaft in Basel in der Schweiz, während zuvor 1969 die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz stattfand. 1972, nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Einführung des Frauenwahlrechts, fand die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz statt. 1972, nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Einführung des Frauenwahlrechts, fand die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz statt. 1972, nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Einführung des Frauenwahlrechts, fand die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz statt.



1994 führt sich zum 25. Mal die Bundesversammlung der Schweizer Eidgenossenschaft in Basel in der Schweiz, während zuvor 1969 die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz stattfand. 1972, nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Einführung des Frauenwahlrechts, fand die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz statt. 1972, nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Einführung des Frauenwahlrechts, fand die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz statt. 1972, nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Einführung des Frauenwahlrechts, fand die erste eidgenössische Versammlung in der Schweiz statt.

Thomas Ernst Wanger

VOM FRAUENSTUDIUM ZUM FRAUENWAHLRECHT IN DER SCHWEIZ UND IN LIECHTENSTEIN¹

2004 jährt sich zum 20. Mal die liechtensteinische Frauenstimmrechtsabstimmung vom 29. Juni / 1. Juli 1984, die den Frauen den Weg zur politischen Gleichberechtigung ebnete. In der Schweiz, 1971, und im Fürstentum Liechtenstein, 1984, kam es zu einer sehr späten Einführung des Frauenwahlrechtes. Scheinbar im Gegensatz dazu wurden Studentinnen in der Schweiz schon sehr früh, 1864, zugelassen. Im folgenden möchte ich die zusammenhängende Entwicklung vom frühen Frauenstudium zum späten Frauenwahlrecht in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein aufzeigen.



Abb. 1 Prof. Dr. Gräfin Maria von Linden²

1933 flüchtete Prof. Dr. Gräfin Maria von Linden vor den Nationalsozialisten nach Schaan, der ihr und ihrer Freundin Prof. Dr. Gräfin Gabriele von Wartensleben von Andrian Werburg (1870–1953)³ zum Exil wurde.⁴ Gräfin Maria von Linden (1869–1936) hatte 1892 als erste Frau in Württemberg ihr Studium der Naturwissenschaften an der Landesuniversität Tübingen aufgenommen und 1895 als erste Frau Deutschlands zum Doktor der Naturwissenschaften promoviert. Zu dieser Zeit waren deutsche Universitäten für Frauen noch nicht geöffnet.⁵ Gräfin Maria von Linden gelang es, die Universität für sich zu erschliessen, wie dies zuvor bereits Dorothea Christiana Leporin, verheiratete Erxleben (1715–1762), die 1754 in Halle als erste deutsche Ärztin promovierte⁶, und auch Dorothea Schlözer (1770–1825), die 1787 in Göttingen zur ersten Dok-

torin der Philosophie promovierte, gelungen war.⁷ Bereits im 16. Jh. hatte Olympia Fulvia Morata (1526–1555) einen Lehrstuhl für griechische Sprache an der Universität Heidelberg inne.⁸

Vor dem Jahre 1900, als das Grossherzogtum Baden als erstes Frauen die Immatrikulation an Hochschulen gewährte, mussten wissensdurstige Frauen sich in der Schweiz dem Studium widmen, wo die Universität Zürich 1867 den Anfang machte. Wie kam es zu dieser frühen Zulassung zum Frauenstudium in der Schweiz?

DAS FRÜHE FRAUENSTUDIUM IN DER SCHWEIZ AM BEISPIEL DER UNIVERSITÄT ZÜRICH⁹

DIE STUDENTINNEN

Die Universität Zürich gestattete bald nach ihrer Gründung im Jahre 1833 Frauen durch Spezialbewilligung der Erziehungsdirektion Zutritt zu Kollegien an der philosophischen Fakultät. Nach der bürgerlichen 1848er Revolution flüchtete eine Anzahl bedeutender deutscher Akademiker, verfolgt als Teilnehmer oder Sympathisanten, in die Schweiz, wo sie an den Hochschulen lehrten. Sie hielten in den 50er und 60er Jahren des 19. Jh.s Abendvorlesungen, zu denen sich oft beinahe so viele Frauen wie Männer einfanden. Ein Umstand, der viele in Aufregung versetzte, nicht zuletzt auch den Dichter und Staatsschreiber Gottfried Keller. 1864 bat Maria Alexandrowna Kniaschnina aus Petersburg in einem höflichen Schreiben die Zürcher Erziehungsdirektion um die Erlaubnis, an der Universität Zürich den medizinischen Vorlesungen folgen zu dürfen.¹⁰

Dies wurde ihr und auch Nadezda Suslova¹¹ zugestanden. Es stellte sich nun jedoch bald heraus, dass die Russinnen, im Gegensatz zu den Schweizerinnen, auch einen Studienabschluss anstrebten. 1865 kam diese Angelegenheit im akademischen Senat zur Verhandlung. Freunde und Gegner des Frauenstudiums hielten sich die Waage und man kam darin überein, »für jetzt« in dieser Angelegenheit gar nicht an die Erziehungsdirektion zu gelangen und erteilte einer ständig wachsenden Zahl von Hörerinnen die Erlaubnis zu hospitieren.

Alarmiert waren die Behörden dann, als 1867 die Russin Nadezda Suslova (1843–1918)¹² das medizinische Staatsexamen abzulegen verlangte und sich die Erziehungsdirektion mit ihrem Ansuchen an die medizinische Fakultät wandte. Diese hielt in einem Protokoll folgendes fest: »Fick, Biermer, Horner und Ebert sind der Meinung, bevor die Frage, ob das Geschlecht ein Hindernis für die Erteilung der Doktorwürde sei, discutiert werden könne, solle Frl. Suslova vorerst sich immatriculieren.«¹³ Die vier beteiligten deutschen Professoren, alles 1848er-Emigranten, besonders der Bamberger Arthur Biermer, Leiter der medizinischen

Klinik und der aus Sachsen stammende Physiologe Adolf Fick, waren entschlossen, der Russin eine Chance zu geben und liessen sich sehr geschickt auf keine Diskussion mit der Behörde ein. Prompt immatrikulierte die Erziehungsdirektion die zum Examen entschlossene Russin. Damit aber war der entscheidende Schritt getan und niemand musste mehr um die Erlaubnis gebeten werden, die Examen der Studentin abzunehmen. Am 2. August 1867 fand die mündliche Prüfung und am 14. Dezember die Doktorpromotion von Nadezda Suslova statt.

Als sich die erste Schweizer Studentin¹⁴, Marie Vögtlin (1845–1916)¹⁵, im Oktober 1868 immatrikulierte, rief dies erste vehemente Reaktionen in der Öffentlichkeit hervor. Solange es also Ausländerinnen waren, die in Zürich studieren wollten, brauchten Schweizer Männer nicht um ihre Privilegien fürchten.¹⁶ Mit der wachsenden Zahl vor allem russischer Studentinnen kam es zu Übergriffen von seiten männlicher Studierender.¹⁷ Sechs Studentinnen, darunter die erste Schweizerin, versuchten dem dadurch entgegenzutreten, dass sie 1870 ein Gesuch an den Senat stellten, worin sie eine Maturitätsprüfung als Studienvoraussetzung für Frauen forderten, zumal bislang nur ein Sittenzeugnis¹⁸ für Studentinnen notwendig war. Neben der Festlegung des Mindestalters für Studentinnen auf 18 Jahre kam es durch eine männliche Volksabstimmung 1873 zur Maturitätspflicht als Studienvoraussetzung. Die Schweizer Männer, denen heute noch immer wieder für die frühe Zulassung von Frauen zum Studium in Zürich gedankt wird, hatten also nur über ein Frauen benachteiligendes Gesetz zu befinden. Die Inkonsequenz zeigt sich nämlich darin, dass Frauen gleichzeitig keine Gymnasialbildung geboten wurde und Studierwillige das Abitur durch teuren Privatunterricht erlangen mussten.

Die Möglichkeit einer regulären Studienberechtigung wurde in Zürich erst zehn Jahre später geschaffen. 1883 wurde an der seit 1875 bestehenden »Höheren Töcherschule Zürich« eine Abteilung für Maturantinnen eingerichtet. Als erstes Schweizer Gymnasium nahm 1894 dasjenige in Bern Mädchen auf. Zum Vergleich: Das erste Mädchengymnasium in Österreich wurde 1892 in Wien eröffnet. Ein Jahr später, 1893, wurde das erste deutsche Mädchengymnasium in Karlsruhe eröffnet. Beide also noch vor der Schweiz.

Die erste deutsche Studentin an der Universität Zürich war Emilie Lehmus (1841–1932) aus Bayern, die sich 1870 immatrikulierte und 1875 »Summa cum laude« zur Ärztin promovierte. 1876 eröffnete sie in Berlin eine eigene Praxis.¹⁹ Franziska Tiburtius (1843–1927) aus Preussen kam 1871 nach Zürich und beendete ihr Studium der Medizin 1876 mit »sehr gut«. Gleich ihrer Kollegin eröffnete auch sie in Berlin 1876 eine eigene Praxis.²⁰ Sie waren die ersten deutschen Ärztinnen in Berlin und sie blieben es 15 Jahre lang. Die nächsten vier Ärztinnen kamen ab 1891 nach Berlin, wiederum alle aus Zürich.²¹

Nicht unerwähnt möchte ich die bedeutende deutsche Erzählerin, Lyrikerin und Historikerin Ricarda Huch (1864–1947) lassen, die sich 1888 an der Universität Zürich in Geschichte, Philologie und Philosophie einschrieb, 1891 als erste Frau das Diplomexamen für das höhere Lehramt bestand und mit »Magna cum laude« promovierte.²² Weiters die Schriftstellerin, Psychologin und Psychoanalytikerin Lou von Salomé Andreas (1861–1937), die von 1880–1882 Hörerin an der Theologischen und Philosophischen Fakultät, I. Sektion, Fach:

Philosophie, war.²³ Sie war die erste Hörerin an der evangelisch-reformierten theologischen Fakultät. Die ersten Zürcher Theologinnen waren Rosa Gutknecht (1885–1957) und Elise Pfister (1886–1944), die 1918 ihre Examen bestanden und als Vikarinnen Anstellung fanden. Erst seit 1963 dürfen Theologinnen im Kanton Zürich als Pfarrerinnen und erst seit 1981 ohne Einschränkung ihres Amtes walten.²⁴

Auch Anita Augsborg (1857–1943)²⁵ studierte von 1893–1897 in Zürich Jura. Sie war die erste Juristin Deutschlands, Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht²⁶ und engagierte Pazifistin.²⁷ Nach der Machtübernahme Hitlers 1933 kehrte sie, zusammen mit ihrer Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann (1868–1943), nicht mehr von einer Auslandsreise zurück und wählte ihr Exil 1934 in ihrer ehemaligen Studierstadt Zürich. Die Nazis vernichteten das grosse Frauenarchiv, das die beiden Feministinnen aufgebaut hatten.²⁸ Seit 1994 befindet sich in Zürich – Fluntern ein Denkmal auf dem Grab für Anita Augsborg und Lida Gustava Heymann.²⁹

Bereits in ihrer Studienzeit tat sich Anita Augsborg als Kämpferin für das Frauenwahlrecht hervor. Anita Augsborg war, wie Anna Mackenroth, »während ihrer Studienzeit engagiertes Mitglied des »Vereins Frauenbildungsreform«, der zusammengeschlossen mit Emilie Kempin – Spyris »Rechtsschutzverein« als »Union für Frauenbestrebungen« die eigentliche Vorläuferin des Frauenstimmrechtsvereins Zürich war.«³⁰ Vor mehr als hundert Jahren wurde in Zürich erstmals die Forderung nach passivem Wahlrecht für Studentinnen erhoben. Das Protokoll berichtet von der Allgemeinen Studentenversammlung im Kasino Hottingen am 8. 12. 1896 von der Wortmeldung Anita Augsborgs: Sie »spricht mit der Entrüstung einer aufs tiefste verletzten und auf höchste gereizten Seele [...] für die Rechte der weiblichen Studentenschaft [...] Handeln Sie auch im Namen der Weltgeschichte! Oder kennen Sie denn nicht den Grad des Fortschrittes der Frauenbestrebungen? In wenigen Decennien werden die Frauen in der Landesvertretung zu finden sein. Es gilt auch jetzt für Sie, diese höhern und weitem Gesichtspunkte im Auge zu behalten.« Und später: »Wir werden unsere Niederlage mit Würde tragen, denn wir sind darauf gefasst!«³¹ Kein einziger der anwesenden Männer hatte für das Anliegen der Studentinnen Partei ergriffen, wollte doch die Rednerin »die Verteidigung ihrer Sache denjenigen Herren unter den Anwesenden überlassen, die noch ein Gefühl von Gerechtigkeit haben.«³² Laut Protokoll hätten »Ästhetische, eventuell sogar ethische Gründe« zu einer Ablehnung geführt.³³ Das ungute Schweigen der Männer konnte man an der Landsgemeinde vom 29. April 1990 im Kanton Appenzell Innerrhoden erleben, als während der Frauenstimmrechtsdebatte keiner der allein mit dem Schwert, Degen oder Seitengewehr, stimmberechtigten Männer sich für das Frauenstimmrecht aussprach, sodass dieses zum dritten Mal, nach 1973 und 1982, abgelehnt wurde.³⁴ Nach Ablehnung des Anliegens der Studentinnen wurde im traditionellen Lokal »Plattengarten« weiterdiskutiert, wo neben Anita Augsborg auch ihre Kommilitonin und Mitstreiterin Rosa Luxemburg Reden hielt.³⁵ Leider blieb dieses Protokoll nicht erhalten, zumal sich auch die Anwesenden zur »Allgemeinen Studentenschaft« erklärten und diese Versammlung als geistige Gründungsversammlung der Zürcher Freistudentenschaft galt.³⁶ Erst 1899 kam man anlässlich der Neuordnung der gesamt-

studentischen Organisation der Forderung nach einer Vertretung von Studentinnen in den Komitees der Allgemeinen Studentenversammlung nach.³⁷

Rosa Luxemburg (1871–1919)³⁸ hatte sich 1888 ins Exil nach Zürich begeben, um einer Verhaftung zu entgehen, und studierte von 1889–1897 Mathematik, Philosophie, Volkswirtschaft und öffentliches Recht.³⁹ 1898 promovierte sie an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät. Die Radikalsozialistin, Kommunistin und Kriegsgegnerin organisierte 1914, als die SPD dem Reichstag Kriegskredite bewilligte, Versammlungen gegen Militarismus und Krieg. 1916 gründete sie zusammen mit Karl Liebknecht und Franz Mehring den Spartakusbund als Distanzierung von der SPD. Die Mitbegründerin der KPD 1918, wird 1919 zusammen mit Karl Liebknecht in Berlin verhaftet, gefoltert und getötet.

Ebenso tragisch ist das Schicksal der ersten Juristin der Welt, Emilie Kempin Spyr (1853–1901), deren Leben 1991 von der in St. Gallen und im Tessin lebenden Schriftstellerin und Historikerin Eveline Hasler in ihrem Buch »Die Wachsflügelfrau« in romanhafter Form beschrieben wurde.⁴⁰

1883 hatte Kempin⁴¹ an der juridischen Fakultät in Zürich immatrikuliert und 1887 »Summa cum laude« promoviert. Die Privatdozentur in Römischem Recht an der Fakultät wurde ihr aufgrund Paragraph 132 des Unterrichtsgesetzes verweigert, der da lautete: »Wissenschaftlich gebildete Männer können an jeder der vier Fakultäten [...] als Privatdozenten auftreten.« Dieser Paragraph wurde erst im Jahre 1981 abgeändert.⁴² Aus finanziellen Gründen war Dr. Kempin zur Auswanderung nach New York gezwungen, wo sie das »First Women Law College« nach dem Modell der »Woman Medical School« in Boston gründete. 1891, zurückgekehrt, wurde ihr Habilitationsgesuch neuerlich abgelehnt, sie bekam jedoch als Ausnahme die *Venia legendi* für römisches, angelsächsisches und amerikanisches Recht. Erst 1983 erhielt eine Frau die zweite Privatdozentur an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Zürich. Die erste Professorin wurde erst 1987 an die Fakultät berufen. Da das Gehalt als Privatdozentin von der Anzahl der Hörenden abhängig war, reichte auch dieses nicht aus und Dr. Kempin war abermals zur Auswanderung gezwungen. In Berlin wurde sie als Expertin für internationale Rechtsprobleme tätig und hielt an der Lessing Volkshochschule Berlin-Charlottenburg Vorlesungen. 1899 erlitt Dr. Kempin aufgrund jahrelanger finanzieller Not und aufgrund jahrelanger Verhinderungen einen Nervenzusammenbruch und wurde völlig mittellos in eine Anstalt bei Basel eingewiesen, wo sie sich bei einem Pfarrer um eine von diesem zu vermittelnde Stelle als Dienstmagd bewarb.

Das erschütternde Bewerbungsschreiben blieb erhalten und wurde von der Komponistin Patricia Jünger in ihrem preisgekrönten Stück »Sehr geehrter Herr – Ein Requiem« eindrücklichst vertont.⁴⁴ Dr. Emilie Kempin bekam die Stelle nicht und verstarb mittellos und vereinsamt 1901 in der Nervenheilanstalt Friedmatt in Basel.

VOM FRAUENSTUDIUM ZUM FRAUENWAHLRECHT IN DER SCHWEIZ UND IN LIECHTENSTEIN

1887 hatte Dr. Kempin eine Beschwerde an das Bundesgericht eingebracht, da sie als Anwältin vom Gericht keine Zulassung bekam. Sie berief sich auf jenen zentralen Passus in der Bundesverfassung, der besagte: »Jeder Schweizer ist vor dem Gesetz gleich.« Das Bundesgericht lehnte das Gesuch um Zuerkennung des Anwältinnenpatents mit folgender Begründung ab: »[...] Wenn nun die Rekurrentin zunächst auf Art. 4 der Bundesverfassung abstellt und aus diesem Artikel scheint folgern zu wollen, die Bundesverfassung postuliere die volle Gleichstellung der Geschlechter auf dem Gebiete des gesamten öffentlichen und Privatrechts, so ist diese Auffassung ebenso neu als kühn; sie kann aber nicht gebilligt werden [...]«⁴⁵ 1891 verfasste Dr. Kempin in derselben Angelegenheit, wiederum vergeblich, eine Petition an den Zürcher Kantonsrat. Auch die Schweizer FrauenstimmrechtskämpferInnen beriefen sich immer wieder auf diesen zentralen Passus: Im Jahre 1923 beriefen sich 26 Bernerinnen vergeblich auf diesen Artikel, als sie ein Begehren um Eintragung in das Stimmregister stellten, was zu einer staatsrechtlichen Beschwerde an das Bundesgericht führte, die abgelehnt wurde.⁴⁶ 1956 forderten 1414 Westschweizerinnen die Eintragung ins Stimmregister, die 1957 durch das Bundesgericht abgelehnt wurde.⁴⁷ Dasselbe Pozedere spielte sich 1982 in Liechtenstein ab, als 25 Frauen die Eintragung in das Stimmregister für die Landtagswahlen beehrten. Art. 31 der liechtensteinischen Verfassung besagt, dass alle Landesangehörigen vor dem Gesetz gleich seien. Trotz der aus dem Jahre 1970 stammenden Definition des Begriffes »Landesangehörige« als »ohne Unterschied des Geschlechts« LGBL 1971, Nr. 22⁴⁸ wurde die Beschwerde durch den Staatsgerichtshof abgelehnt,⁴⁹ was wohl einzigartig in der Verfassungsrechtssprechung ist und sicher kein Ruhmesblatt für das Fürstentum Liechtenstein darstellt.⁵⁰ Die Schweizerische Bundesverfassung Art. 4 wurde, nach dem Gleichheitszusatz von 1981, erst im Jahre 1990 dahingehend angewendet, dass der Begriff »Landleute« von Appenzell Innerrhoden auch Bürgerinnen einschliesst, somit den Beschwerden der 52 Frauen und der, in der Landsgemeinde noch schweigenden, 49 Männer Recht gegeben und das Frauenwahlrecht im letzten schweizerischen Kanton durch Bundesgerichtsentscheid eingeführt wurde.⁵¹ Dieser historische »Leerlauf«, der bezüglich Männerherrschaft auch in anderen Bereichen festgestellt werden kann, wird auch dadurch illustriert, dass bereits 1872 Susan Brownell Anthony (1820–1906) und 15 weitere Frauen vergeblich die Eintragung in die Wahllisten von Rochester, New York, beehrten und ihr Recht auf Stimmabgabe für die Präsidentschaftswahlen forderten, wofür sie eine Geldstrafe von 100 Dollar erhielt, diese aber nie bezahlte.⁵² Das Frauenwahlrecht wurde in den USA 1920 eingeführt.

DAS SPÄTE FRAUENWAHLRECHT IN DER SCHWEIZ UND IM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

»Die neue Bundesverfassung von 1848 garantiert den Schweizer Männern das allgemeine und direkte Stimm- und Wahlrecht. Frauen bleiben von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen [...]«⁵³ Wie bei der Einführung des Frauenstudiums begegnen uns auch beim Frauenstimmrechtskampf wieder Emigrantenkreise von 1848. Demokratisch und pazifistisch gesinnte Emigranten gründeten im September 1867 die »Internationale Friedens- und Freiheitsliga« in Genf. Ehrenpräsident der Liga war der verbannte italienische Freiheitsheld und Papstgegner Guiseppe Garibaldi. Diese Liga gab eine Zeitung heraus mit dem Titel »Die Vereinigten Staaten von Europa«. Das war, nach dem Muster der USA, das Fernziel der Liga. Vizepräsident der Liga und zweiter Redakteur der Zeitung war Armand Goegg, der als einer der drei Führer des gescheiterten badischen Aufstandes von 1849 in die Schweiz geflohen ist.⁵⁴

Bei der Niederschlagung des dritten badischen Aufstandes⁵⁵ war auch ein liechtensteinisches Kontingent beteiligt. Als Mitglied des Deutschen Bundes war Liechtenstein verpflichtet, dem Reichsheer ein Kontingent zu stellen, wenn hier auch nur 55 Mann plus 27 Mann Reserve. Am 30. Juni 1849 war das Fürstlich-Hohenzollern-Liechtensteinische Bataillon bei der Einnahme der Ortschaft Oos, Baden-Baden, eingesetzt, wobei auch zwei Liechtensteiner verwundet wurden. Auf Seiten der Freischaren waren 20–30 Tote zu beklagen.⁵⁶ Es war dies der letzte Kampfeinsatz liechtensteinischer Soldaten, denn im Krieg von 1866 zwischen Österreich und Preussen rückte das Kontingent erst am Tag nach dem Waffenstillstand aus. Das Kriegsende bewirkte die Auflösung des Deutschen Bundes, womit sich auch das Kontingent erübrigte, Liechtenstein am 12. Februar 1868 das Militär abschaffte und seither als neutrales Land in Frieden lebt.⁵⁷

Marie Goegg (1826–1899)⁵⁸, die Ehefrau Armand Goeggs, veröffentlichte in der Zeitschrift der Liga einen Artikel, der einen Aufruf zur Bildung der »internationalen Frauenassoziation« enthielt. Dieser erschien am 8. März 1868 in der französischen und in der Nr. 12 der deutschen Ausgabe. Dies gilt als Beginn der formellen Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz. Sechs Frauen antworteten auf diesen Appell, darunter auch eine Ausländerin, Rosalie Schönwasser aus Düsseldorf.

Am 26. Juli 1868 fand in Genf die Gründung der »Association internationale des Femmes« statt, deren Artikel 1 lautete: »Die internationale Frauenassoziation hat zum Ziel, am moralischen und geistigen Fortschritt der Frau mitzuarbeiten, ebenso an der schrittweisen Verbesserung ihrer Stellung in der Gesellschaft durch Erlangen der menschlichen, zivilen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte. Sie fordert die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Entlohnung, des Unterrichts, des Familienrechts und vor dem Gesetz.« Am 2. Kongress der »Internationalen Friedens- und Freiheitsliga« 1868 in Bern hielt Marie Goegg eine Rede, die als Sensation bezeichnet wurde, denn darin ersuchte sie um die Aufnahme von Frauen als gleichberechtigte Mitglieder in der Liga. Auch sie sollten das Recht haben zu wäh-

len und gewählt zu werden. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Forderung mit grossem Beifall angenommen. Die Versammlung zog sogleich die Konsequenz, wählte die Votantin in den Vorstand und gleich auch in die Redaktion der »Vereinigten Staaten von Europa«. Beide Aufgaben versah sie dann zwanzig Jahre lang. Marie Goegg war auch Herausgeberin der ältesten feministischen Zeitschrift in der Schweiz, der »Solidarité«; sie verfasste Noten und Eingaben an den Bundesrat und war unermüdlich im Dienst der Frauensache in der Schweiz und auch im Ausland tätig. Marie Goegg war es auch, die den Frauen das Studium in Genf 1872 erschloss, es dauerte dann allerdings 18 Jahre, bis die erste einheimische Studentin von diesem Recht in Genf Gebrauch machte.

Die schweizerische Frauenbewegung war aber auch damals nicht nur eine Vereinsbewegung: Es fanden sich immer wieder Einzelkämpferinnen zusammen. Diese »informelle Frauenbewegung«⁵⁹ hatte und hat insofern ein ausgesprochen historisches Bewusstsein, als sie stets den richtigen Zeitpunkt wählte und wählt, um an die Öffentlichkeit zu treten. Anlässe gibt es ja leider genug.

1851 / 52 werden Frauen an einer Volksversammlung zur Verfassungsrevision im Kanton Basel Land erwähnt, die als »ohne Zweifel auf die Emanzipation wartend«, beschrieben wurden. Da »sie indessen immer noch nicht vorkommen wollte«, hätten die Frauen zu gähnen angefangen und sich weiter geschoben.⁶⁰ Zwei nicht mehr vorhandene Petitionen zur Verfassungsrevision verlangten unter anderem auch die freie Vermögensverwaltung von Frauen.⁶¹ Bereits eine Petition mit 33 Postulaten vom 10. 10. 1850 enthielt mehrere Maximalforderungen, worunter auch die Forderung nach Gleichstellung der volljährigen Frauen mit den Männern.⁶² Am 29. 8. 1862 meldeten sich 30 Sissacherinnen mit einer Petition zu Wort, in der sie ein allgemeines Stimmrecht, ein gerechtes Erbrecht und bessere Bildungsmöglichkeiten für Frauen forderten.⁶³ Im Gegensatz zu 1850 lehnte der Verfassungsrat die Forderungen nicht von vorneherein ab, sondern diskutierten auf Antrag z. B. die Gleichstellung der Frauen im Erbrecht. In die Verfassung wurde jedoch nichts aufgenommen.⁶⁴ Frauen im Waldenburger-Thal solidarisierten sich anonym mit den Sissacher Frauen und schlossen sich den Forderungen an. Explizit wurde jedoch die Forderung nach allgemeinem Stimmrecht ausgenommen.⁶⁵ Die Basellandschaftliche Zeitung vom 26. September 1862 berichtet, dass eine im Elsass wohnende Engländerin in der »Lausanner Zeitung« die Frauen aus Baselland belobte, ihnen Mut zurief und sagte: »Euer ist die Zukunft.«⁶⁶

1868 wurde in Zürich eine Revision der Staatsverfassung beschlossen. Drei von den unzähligen un-erhörten Petitionen, die beim Zürcher Verfassungsrat eingingen, stammten von anonymen Frauengruppen: »Die eine wünschte Gleichberechtigung der Frau auf dem Gebiet des Erbrechts, der Ehescheidung und der Erziehung; die zweite verlangte gerechtere Teilung des ehelichen Erwerbs und war mit dem bitteren Satz unterzeichnet: »Frauen, die umsonst Sklavendienste verrichten«, die dritte forderte das politische Frauenstimmrecht.«⁶⁷

REAKTIONÄRE 2. HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS: FRAUEN WURDE DAS STIMMRECHT GENOMMEN

Wie in der frühen Neuzeit im 16. Jh., so war auch die 2. Hälfte des 19. Jh.s von reaktionären Akten in bezug auf Frauenrechte gekennzeichnet.⁶⁸ 1887 wurde das bernische Gemeindegesetz von 1833 abgeändert, das Frauen, die ein bestimmtes Vermögen versteuerten, das Mitspracherecht in Gemeindeangelegenheiten gewährte. Auch beim Mann war, aufgrund dieser hausväterlicher Bestimmung, das politische Recht mit Besitz – ursprünglich Hausbesitz – und Steuerpflicht verknüpft. Bereits im Mittelalter, bis in die frühe Neuzeit, konnten Frauen, meist Witwen, aufgrund von Hausbesitz politische Berechtigung haben. Die Bernerinnen durften ihr Stimmrecht zwar nur durch männliche Vertretung ausüben, doch machten sie Gebrauch von ihrem Recht. »Von 1852 an besaßen nur noch die Steuerpflichtigen Weibspersonen eigenen Rechts« (die Witwen und Ledigen) dieses Mitbestimmungsrecht. In den 80er Jahren wurde es ihnen streitig gemacht [...] und 1887 abgeschafft.«⁶⁹ Durch ein Rundschreiben wies der Regierungsrat des Kantons Bern die Gemeinden an, hinfort keine Frauen mehr zum Stimmrecht zuzulassen. Es würde gegen Art. 4 der Bundesverfassung verstossen. »Man könne nicht den Bernerinnen gestatten, was den übrigen Schweizerfrauen verwehrt sei.«⁷⁰ Dies geschah laut Renate Wegmüller als Folge eines Parteienstreites von 1885 anlässlich der knappen Abstimmung über die neue Gemeindeorganisation, die mit Hilfe der Frauenstimmen, der Bevollmächtigten, verworfen wurde. Die unterlegene Partei erhob gegen das Abstimmungsergebnis einen Stimmrechtsrekurs, der auf Kosten der Frauen gelöst wurde.⁷¹ Mit der Abschaffung des Frauenstimmrechtes auf Gemeindeebene konnte auch auf die Staatsrechtliche Beschwerde Dr. Emilie Kempins, vom 16. Dezember 1886, reagiert werden, die sich unter anderem auch auf das bernische Frauenstimmrecht berief, um die Zulassung als Anwältin zu erwirken, welche ihr aufgrund des fehlenden »Aktivbürgerrechtes«, Stimmrechts, verwehrt wurde.⁷² Der reaktionäre Akt in Bern war von Protesten in Frauenkreisen und im Bernischen Grossen Rat begleitet und fachte die Frauenstimmrechtsbewegung an. Im Zuge der Revision der Bundesverfassung forderte die Freundin Marie Goeggs und Mitglied der »Association«, Julie von May von Rüed – sie starb 1875, gemeinsam mit ihrem Gatten 1872 in Form einer Petition die volle politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau.⁷³ Auch in Bern begann sich eine formelle Frauenstimmrechtsbewegung zu bilden. 1907 wurde der bernische Frauenstimmrechtsverband gegründet⁷⁴ und 1909 kam es zur Gründung des schweizerischen Frauenstimmrechtsverbands durch Zusammenschluss mehrerer Vereine.⁷⁵

Auch in Liechtenstein wurde in der 2. Hälfte des 19. Jh.s das Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene abgeschafft. Bis zum Erlass des Gemeindegesetzes von 1864 wurden die Ortsvorsteher durch die »Haushaltungsvorstände« gewählt, was auch Frauen politisch berechnete.⁷⁶ In bezug auf die Alpenossenschaften blieb diese hausväterliche Bestimmung bis heute erhalten. Es kam jedoch zu keinen belegbaren Protesten bzw. zu keinem Beginn einer

Frauenstimmrechtsbewegung, zumal das Bildungsniveau zu jener Zeit in Liechtenstein noch sehr gering war. Erst ab 1870 durften Mädchen in der Landesschule – eine Realschule – am Unterricht teilnehmen.⁷⁷

In Österreich hatten die »Änderungen der Wahlordnungen der Kurien der Städte und Industrieorte und der Landgemeinden in den verschiedenen Landtagswahlordnungen in den Jahren vor 1890 keine – heute nachlesbaren Frauenproteste provoziert.« »Erst anlässlich der bevorstehenden Eingemeindung der Wiener Vororte in die Grossgemeinde Wien fand im Jahr 1890 die erste politische Frauenversammlung unter der Leitung der Lehrerinnen Auguste Fickert und Marie Schwarz statt. Da die Wiener besitzenden Frauen keinerlei Wahlrecht besaßen, drohte den Frauen der einzugemeindenden Vororte ihr Stimmrecht verloren zu gehen. In der verabschiedeten Petition an den Niederösterreichischen Landtag forderten die anwesenden Frauen das Gemeindewahlrecht für alle eigenberechtigten, steuerzahlenden Wienerinnen. Die Petition blieb unbeachtet.«⁷⁸ Dies hatte den Beginn der Frauenstimmrechtsbewegung in Österreich zur Folge.

NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

Nach dem Ersten Weltkrieg, als mehrere europäische Länder das Frauenwahlrecht einführten, wurde auch in der Schweiz das Frauenwahlrecht gefordert. Anders als in Österreich und Deutschland, wo die Einführung des Frauenwahlrechtes auch mit dem Ende der Monarchie und der Ausrufung der Republik in Zusammenhang gesehen werden muss, blieb die älteste Männerdemokratie der Welt das, was sie war. Das aktive und passive Frauenstimmrecht war als Art. 2 des Oltener Programms eine der Forderungen des schweizerischen Generalstreiks 1918, der jedoch z. T. mit militärischer Gewalt blutig niedergeschlagen wurde.⁷⁹ Das frauenpolitische Anliegen wurde schliesslich aus der Dringlichkeitsliste gestrichen.⁸⁰ Im Dezember 1918 forderten die Nationalräte Herman Greulich (SP, Zürich) und Emil Göttsheim (FDP, Basel – Stadt) in einer Motion das Stimm- und Wahlrecht für Frauen auf eidgen. Ebene. Der Bund Schweizerischer Frauenvereine und der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein stellte sich hinter die Motionen.⁸¹ Zwischen 1919 und 1921 fanden in sechs Schweizer Kantonen Männerabstimmungen über das Frauenstimmrecht statt, die jedoch alle scheiterten.⁸² Insgesamt wurden zwischen den beiden Weltkriegen in sieben Kantonen zehn Volksabstimmungen über die Einführung des vollen oder eines beschränkten Frauenstimmrechts durchgeführt, die jedoch alle negativ verliefen.⁸³

Liechtenstein, das von 1852 bis 1919 einen Zollvertrag mit Österreich-Ungarn hatte, begann sich nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie wirtschaftlich und politisch nach der Schweiz auszurichten. 1921 wurden ein Postvertrag⁸⁴ und 1923 ein Zollvertrag mit der Schweiz geschlossen, der 1924 in Kraft trat. 1918 setzten Männer für sich erstmals das »Allge-

meine Wahlrecht« durch und es kam 1921 zu der in Liechtenstein heute noch gültigen Verfassung.⁸⁵ 1919 wurde das Frauenstimmrecht erstmals öffentlich diskutiert, doch nach den schweizerischen Fiaskos der kantonalen Frauenstimmrechtsabstimmungen hätte sich laut Zeitung das Thema erübrigt.⁸⁶ In dem von Dr. Rupert Quaderer untersuchten Zeitraum von 1919–1924 traten in Liechtenstein Frauen »im öffentlichen Leben kaum in Erscheinung [...] einen Blick ins nur am Rande politischen Dasein vermittelten Fasnachtszeitungen wie der »Vaduzer Orchester – Hobel« und der »Schaaner Eselstuhl« – Karikaturen sagten jedoch einiges aus.«⁸⁷

DIE ZWEI STRÖMUNGEN IN DER SCHWEIZER FRAUENSTIMMRECHTSBEWEGUNG

In der schweizerischen Frauenstimmrechtsbewegung gab es zwei Strömungen: eine wollte das Frauenstimmrecht »von oben herunter«⁸⁸, die andere »von unten herauf«⁸⁹ einführen: erst auf lokaler Ebene, kirchliches Wahlrecht, Wahlrecht in Schulkommissionen, Wählbarkeit in Vormundschaftsbehörden, Wählbarkeit in Fürsorge- und Armenkommissionen, Wählbarkeit in gewerbliche Schiedsgerichte⁹⁰, dann auf Gemeinde- und kantonaler Ebene und schliesslich auf nationaler Ebene.

Diese Idee geht auf einen Mann zurück, der in der kleinsten Stadt der Schweiz, dem malerischen Burgstädtchen Werdenberg, geboren wurde. Das Städtchen gilt als älteste erhaltene Holzbausiedlung der Schweiz und befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft.

Hier wurde 1833 im sog. »Roten Haus«, einem barocken Strickbau, der Staatsrechtler, christliche Moralphilosoph, Geschichtsforscher und Frauenstimmrechtsbefürworter Carl Hilty⁹¹ geboren. Nach seinem Studium in Göttingen und Heidelberg wurde er 1874 als Staatsrechtler an die Universität Bern berufen. Er starb im Jahre 1909.

Bezüglich des Vorgehens bei der Einführung des Frauenstimmrechtes schrieb Carl Hilty 1897 einen auch im Ausland viel besprochenen Artikel über das Frauenwahlrecht.⁹² Die Abhandlung erschien in dem von ihm herausgegebenen »Politischen Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft«: »Unzweifelhaft aber ist, dass das Stimmrecht und die Wählbarkeit in Schulsachen die erste Etappe des Frauenstimmrechtes sein muss und damit in den Kantonen den Anfang gemacht werden sollte.«⁹³ Er formulierte einen möglichen Artikel für die Bundesverfassung, der es den Kantonen erlaubt hätte, das Frauenstimmrecht in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten, entweder beschränkt auf gewisse Gegenstände oder unbeschränkt, einzuführen. »Frauen, welche in ihren Kantonen in Stimm- und Wahlrecht vollständig gleichgestellt seien, sollen auch an den Abstimmungen für Bundesangelegenheiten teilnehmen.«⁹⁴ Zu einem solchen gesamtschweizerischen Artikel kam es jedoch nie und es musste in dieser Angelegenheit in den jeweiligen Kantonen separat vorgegangen werden.⁹⁵ Im Bericht des Bundesrates an die

Bundesversammlung vom 2. Februar 1951 »über das für die Einführung des Frauenstimmrechts einzuschlagende Verfahren« wurde dargelegt, »dass die Einführung des Frauenstimmrechts nur auf dem Wege einer Verfassungsrevision möglich sei. [...] Und zwar würde es dem Aufbau der Schweizerischen Eidgenossenschaft besser entsprechen, wenn vorerst in Fragen der Kirchgemeinde, des Vormundschaftswesens, in Bereichen des Armenwesens, sowie der Erziehung in Gemeinde und Kanton den Frauen das Stimmrecht eingeräumt würde; [...] Zuerst sollte es in den Gemeinden und in den Kantonen Eingang finden; erst wenn Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt sein werden, werde man mit einiger Aussicht auf Erfolg daran gehen können, das Frauenstimmrecht in der Eidgenossenschaft zu übernehmen.«⁹⁶ Und das war die sprichwörtliche Schweizer »Schnecke«:⁹⁷ Um den »Fortschritt des Frauenstimmrechtes in der Schweiz« darzustellen, zogen Frauen des »Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht« im Festzug zur Eröffnung anlässlich der SAFFA, Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit, 1928 in Bern eine riesengrosse Schnecke mit.⁹⁸

NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach dem 2. Weltkrieg, in der Zeit von 1946–1957, kam es in der Schweiz in neun Kantonen zu 15 Volksabstimmungen, jedoch ebenfalls alle ohne Erfolg.⁹⁹ Als Grund hierfür ist neben dem Nichtwollen der Männer die amerikanische Gegenemanzipationsbewegung zu erwähnen, die auch den Schweizern »heimelig-vertraut« anmutete, wie Susanna Woodtli dies formulierte. Am 3. November 1957 nahm der Kanton Basel-Stadt als erster Kanton eine Ermächtigung an, die den Gemeinden die Einführung des Frauenstimmrechtes gestattete.¹⁰⁰ Dieser kleine Fortschritt veranschaulicht meines Erachtens sehr gut, welch unvorstellbare Mühe der Kampf ums Frauenwahlrecht in der Schweiz kostete.¹⁰¹ 1958 publizierte die Juristin Iris von Roten das Buch »Frauen im Laufgitter«, in welchem sie mit der Schweizer Männerherrschaft abrechnete. Das Buch löste einen ungeheuren Skandal aus, hat bis heute von seiner Sprengkraft nichts eingebüsst und wurde neu aufgelegt.

Die zweite Strömung innerhalb der Frauenstimmrechtsbewegung wollte das Frauenwahlrecht »von oben herunter«¹⁰² einführen. Entweder überhaupt durch zeitgemässe »Interpretation«¹⁰³ des Art. 4 BV, oder durch einen Verfassungszusatz, wodurch es zu keiner, in Grunde genommen ja »absurden«, Männerabstimmung kommen hätte müssen – was allerdings die Gefahr des Referendums in sich barg – oder durch Einführung des Stimm- und Wahlrechtes erst in eidgenössischen Angelegenheiten, in der Hoffnung, die Kantone und Gemeinden würden dann nachziehen.

Beiden Strömungen innerhalb der Frauenstimmrechtsbewegung mangelte es nicht an zahlreichen und effektiven Bemühungen um das Frauenwahlrecht.¹⁰⁴

38 Jahre nach den Motionen Greulich und Göttisheim¹⁰⁵ kam es am 22. Februar 1957 zur Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Einführung des Frauen-

stimm- und -wahlrechtes in eidgenössischen Angelegenheiten aufgrund zweier Postulate aus dem Jahre 1952, Abgeordnete Picot und Gredelmeier; samt 44 Mitunterzeichnern.¹⁰⁶ 1958 stimmten Nationalrat und Ständerat dieser Botschaft zu, in welcher eine Änderung der Bundesverfassung vorgeschlagen wurde. Das Parlament zeigte sich bereit, die Frage den Stimmbürgern vorzulegen. Es ist eine Legende, dass in der Schweiz, wenn das Parlament alleine zu entscheiden gehabt hätte, das Frauenstimmrecht in diesem Jahr in Kraft getreten wäre¹⁰⁷, denn Gegner des Frauenstimmrechtes enthielten sich der Stimme, um eine Volksabstimmung herbeizuführen, in der Hoffnung auf einen negativen Entscheid.¹⁰⁸ Nun war der Weg frei für die erste Eidgenössische Abstimmung über das Frauenstimmrecht am 1. Februar 1959: Lediglich drei französischsprachige Kantone, Genf, Waadt und Neuenburg, waren dafür. 50 Lehrerinnen des Basler Mädchengymnasiums traten für einen Tag in Streik.¹⁰⁹

Der erste Kanton, dessen Männer den Frauen das Stimmrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten gewährten, war Waadt im Jahre 1959. Als erste deutschsprachige Schweizerinnen erhielten 1966 die Frauen des Kantons Basel-Stadt das kantonale Stimmrecht. Der zweitletzte schweizerische Kanton war Appenzell Ausserrhoden im Jahre 1989. Dieser ehemalige Landsgemeindekanton brachte auch den letzten positiven Männerentscheid bezüglich Frauenstimmrecht, denn der Landsgemeindekanton Appenzell Innerrhoden musste, wie erwähnt, nach dem negativen Landsgemeindeentscheid 1990 zur Einführung des Frauenstimmrechtes gezwungen werden. 1996 wurde durch die Landsgemeinde zum ersten Mal eine Frau – die Juristin Ruth Metzler – in die kantonale Regierung, d. h. in die Standeskommission, gewählt, womit gesamtschweizerisch 24 Frauen in 19 von 26 Kantons- und Halbkantonsregierungen vertreten waren.¹¹⁰

1968 BEGINN DER NEUEN FRAUENBEWEGUNG

1968 warf auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)¹¹¹ in Frankfurt Sigrid Rüger Tomaten nach den Genossen am Vorstandstisch, da diese auf die Ausführungen der Berliner Filmemacherin Helke Sander, die stellvertretend für den Berliner Aktionsrat zur Befreiung der Frauen¹¹² eine Rede hielt, mit höhnischer Ignoranz reagiert hatten. Dies kann als Beginn der Neuen Frauenbewegung gelten. Zur selben Zeit, nur wenig später, war auch der Geduldsfaden der Schweizer Studentin Andrée Valentin¹¹³ gerissen. Hier war der Protest jedoch gegen die verdienten und zuweilen betagten Kämpferinnen für das Frauenstimmrecht gerichtet: Am 10. November 1968, hundert Jahre nach der ersten Petition für das Frauenstimmrecht in Zürich, wurde im Zürcher Schauspielhaus das 75-Jahr-Jubiläum des Zürcher Frauenstimmrechtsvereins festlich begangen.¹¹⁴ Der Zürcher Frauenstimmrechtsverein trug zuvor den Namen »Union für Frauenbestrebungen«¹¹⁵ und hatte sich vor mehr als hundert Jahren, 1896, aus dem Zusammenschluss des von Dr. Emilie Kempin im

Jahre 1893 gegründeten »Frauenrechtsschutzvereins« und des im selben Jahr gegründeten »Schweizerischen Vereins Frauenbildungsreform« gebildet.¹¹⁶

Nach dem Festvortrag von Prof. Hedi Fritz-Niggli, Direktorin des Strahlenbiologischen Instituts der Universität Zürich, stand völlig unerwartet besagte Studentin hinter dem Mikrophon. Schilderung der Rede nach Gertrud Sieber¹¹⁷: »Sie sagte, man müsse jetzt protestieren, nicht jubilieren: »Wir zweifeln an dieser Demokratie!« Auch wenn das Stimmrecht komme, sei die Gleichberechtigung noch lange nicht verwirklicht. Das Bewusstsein müsse geändert werden, eine bloss formale Einführung des Stimmrechts nütze nichts. Die junge Dame erwähnte die ungleiche Ausbildung, die ungleiche Entlohnung, den Umstand, dass Frauen kaum hohe Stellungen bekleiden, das eheliche Güterrecht. Sie stiess sich daran, dass das geltende Recht den Ehemann zum »Haupt der Gemeinschaft« erklärt. Sie legte den Finger auf wundte Stellen, die wirklich der Lösung harren; [...] Nachdem die [...] Rednerin mit dem Ausspruch »Formales Stimmrecht nützt nichts in einer Gesellschaft, in welcher der Mann der Frau das Verhalten vorschreibt, über das er sich hinwegsetzt« die sog. »doppelte Liebesmoral« gegeisselt hatte, rief sie: »Ich verlange eine Diskussion.«« Andrée Valentin war zu dieser Zeit Präsidentin der »Freien Studentenschaft Zürich«, an deren geistiger Gründungsversammlung, vor mehr als hundert Jahren, Anita Augsborg und Rosa Luxemburg teilgenommen hatten. Zu Beginn des Jahres 1969 war sie auch Mitbegründerin der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) Zürich.¹¹⁸ Dieser folgten bald Frauenbefreiungsgruppen in anderen Schweizer Städten, die Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Themen, wie z. B. Abtreibung, Verhütung, Vergewaltigung, Eherecht und Arbeit, bildeten, im Sinne der später von Maria Mies formulierten »Methodischen Postulate«¹¹⁹ wissenschaftliche und konkret politische Arbeit leisteten, und dadurch einigermassen für Unruhe sorgten. Aus diesen Arbeitsgruppen entstanden in der Folge feministische Institutionen wie z. B. Beratungsstellen für Frauen, Mädchen und Mütter, Frauennotrufe für vergewaltigte oder sexuell belästigte Frauen, Frauenhäuser für psychisch oder physisch misshandelte Frauen und deren Kinder und auch Frauen(gesundheits)ambulatorien.¹²⁰

FRAUENSTIMMRECHTSARGUMENTATION AUF DER EBENE DES MENSCHENRECHTS

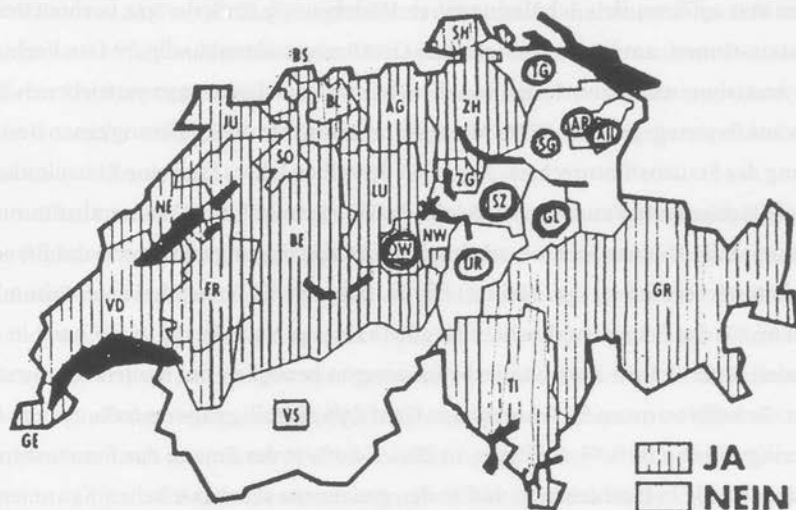
1968 wurde das zwanzigjährige Bestehen der UNO-Menschenrechtscharta und das »Internationale Jahr der Menschenrechte« gefeiert. Aus diesem Anlass bemühte sich die Schweiz um Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention, jedoch unter Vorbehalt. In Sachen Frauenstimmrecht sollte eine Ausnahmeklausel festgelegt werden, was bei Frauen einen Entrüstungsturm auslöste.

Nun befand sich die Diskussion wieder auf dem Niveau des Menschenrechts, das bereits die Frühfeministinnen und frühen Frauenrechtler des 18. und beginnenden 19. Jh.s., so-

wie einzelne Männer und viele Frauen, vor allem zu Beginn der sog. ersten Frauenbewegung, ab Mitte des 19. Jh.s, vorgegeben hatten. – Um wenigstens ein paar Namen, thematisch eingeschränkt und zeitlich geordnet, zu nennen: Jean Antoine de Condorcet, 1789 (F)¹²¹; Judith Sargent Murray, 1790 (USA)¹²²; Olympe Marie de Gouges, 1791 (F)¹²³; Mary Wollstonecraft, 1792 (GB)¹²⁴; Theodor Gottfried von Hippel, 1792 (Dtl.)¹²⁵; Anna Wheeler und William Thompson, 1825 (GB)¹²⁶; die Frauen von Seneca Falls, 1848 (USA)¹²⁷; John Stuart Mill, Harriet Taylor Mill, Helen Taylor, 1867 und 1869 (GB)¹²⁸ und Hedwig Dohm, 1876 (Dtl.)¹²⁹. Gegen Ende des 19. Jh.s ging die Tendenz jedoch mehr von der »Gleichheit« zur »Gleichwertigkeit verschiedener Naturen«, gleiche Rechte sollten durch »Organisierte Mütterlichkeit«¹³⁰ erwirkt werden, was sich für die Frauenrechtsbewegung jedoch als mühsamer Weg, wie auch als nachteiliger Bumerang erwies.¹³¹ Anfang 20. Jh. verschob sich die Debatte in der Schweiz wieder mehr zugunsten egalitärer Argumente.¹³² Die Umsetzung in die politische Praxis zeigte sich 1913 an der zweiten ordentlichen Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht (SVF), die jedoch »einem mehrfachen Rückzieher gleich« kam.¹³³

Am 20. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen 1948 wurde am 10. Dezember 1968 in der Zürcher Börse eine Diskussionsveranstaltung zum Thema durchgeführt. Mit grossem Mehr wurde durch die ca. 500 TeilnehmerInnen einem »Marsch nach Bern« zugestimmt.¹³⁴ Der sog. »Marsch auf Bern« wurde auf Initiative des Zürcher Frauenstimmrechtsvereins am 1. März 1969 durchgeführt.¹³⁵ Tausende von Frauen aus der ganzen Schweiz standen »nicht als Bittende, sondern als Fordernde«¹³⁶ vor dem Bundesrat. Die Resolution wurde in allen vier Landessprachen vor etwa 5000 Personen verlesen: »Wir Schweizerinnen hier auf dem Bundesplatz fordern das volle Stimm- und Wahlrecht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates darf erst dann unterzeichnet werden, wenn dieser Vorbehalt nicht mehr nötig ist. Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. [...]«¹³⁷ Als verkündet wurde, dass kein einziger Bundesrat die angekündigte Delegation begrüsst und die Resolution entgegengenommen hatte¹³⁸, ertönte ein fürchterliches Pfeifkonzert, welches das Ende der schweizerischen Männerdemokratie ankündigte. Vier Tage später wurde bereits eine baldige neue eidgenössische Abstimmung über die politische Gleichberechtigung der Frau verlautbart¹³⁹ und am 7. Februar 1971 das Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten angenommen. Die ablehnenden Kantone waren mit Ausnahme von Obwalden und Wallis dieselben, die am 14. Juni 1981 gegen den verankerten Verfassungsartikel »Gleiche Rechte für Mann und Frau« stimmten: es waren dies katholische und Gebirgskantone.¹⁴⁰

»Gleiche Rechte für Mann und Frau« wurden erst 1981 in der schweizerischen und 1992 in der liechtensteinischen Verfassung verankert. In den von mir untersuchten Ländern Schweiz, Deutschland, Österreich und Liechtenstein fällt auf, dass die Reformierung des Ehe-rechtes¹⁴³ erst relativ spät und erst nach Verankerung gleicher Rechte in der Verfassung¹⁴⁴ erfolgte, woraus geschlossen werden muss, dass das »Private« tatsächlich politisch ist. Und das meiner Ansicht nach Politischste, der Kern im System der Männerherrschaft, die Vergewalti-



Ein Riegel ablehnender Stände zog sich vom Wallis über die Alpenkantone und das ostschweizerische Voralpengebiet bis hinunter an den Bodensee. Es waren ka-tholische und Gebirgskantone, die sich in der Frage der Gleichberechtigung konservativ verhielten, allerdings mit der bemerkenswerten Ausnahme von Nidwalden, Graubünden und Tessin. Andererseits stimmten die französisch sprechenden Kantone der Westschweiz dem neuen Verfassungsartikel mit den stärksten Ja-Mehrheiten zu.

Abb. 3 Übersichtskarte Schweiz: Kantone, in denen sich die Mehrheit der Männer 1971 gegen das Frauenwahlrecht aussprach, im Vergleich zu den Kantonen, in denen sich die Mehrheit der Männer und Frauen 1981 gegen »Gleiche Rechte für Mann und Frau«¹⁴¹ aussprach.¹⁴²

gung in der Ehe, wurde in Deutschland erst 1996 strafbar, In Österreich erst seit 1989, in der Schweiz erst seit 1993 und in Liechtenstein erst seit 2001.¹⁴⁵ Die sexuelle Gewalt ist der Rahmen, der das männerherrschaftliche System aufrechterhält, welches sich durch Gewalt im allgemeinen kennzeichnet. Die Vergewaltigung ist engstens mit der Männerherrschaft in sog. Friedenszeiten, wie auch im Krieg verknüpft.¹⁴⁶

DER FRAUENSTIMMRECHTSKAMPF IN LIECHTENSTEIN, UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER »AKTION DORNRÖSCHEN« 1981–1984

Die »Aktion Dornröschen«¹⁴⁷ lässt sich argumentativ und in ihrer Vorgangsweise mit der Frauenstimmrechtsbewegung von 1968 in der Schweiz vergleichen.

In Liechtenstein wurde 1965 erstmals im Landtag über die Einführung des Frauenstimmrechtes gesprochen, im Zusammenhang mit der Aufnahme von Mädchen ins Gymna-

sium.¹⁴⁸ Denn erst 1968 wurden Schülerinnen, 12 Mädchen = 3,82 % der 314 liechtensteinischen GymnasiastInnen, am liechtensteinischen Gymnasium aktenkundig.¹⁴⁹ Das liechtensteinische Gymnasium wurde durch den von den Nationalsozialisten 1937 vertriebenen Maristen-Orden aus Bayern gegründet.¹⁵⁰ Im Mai 1968 unterbreitete die Regierung einen Bericht zur Einführung des Frauenstimmrechtes. Am 4. Juli desselben Jahres fand eine Konsultativabstimmung bei Männern und Frauen statt, welche die Weichen Richtung Männerabstimmung stellte.¹⁵¹ Während die Männer bei einer niedrigen Stimmbeteiligung von 55,8 % das Frauenstimmrecht deutlich verwarfen, 1341 Nein zu 887 Ja, nahmen die Frauen bei einer Stimmbeteiligung von 61,1 % das Frauenwahlrecht, mit 1266 Ja zu 1241 Nein, knapp an.¹⁵² Auch in der Schweiz wurden unter Frauen Konsultativabstimmungen bezüglich des Frauenstimmrechtes durchgeführt: Es befürworteten im Jahre 1952 in Genf 85 %, Beteiligung von 60 %, 1954 in Basel 73 %, Beteiligung von 60 %¹⁵³, und 1955 in Zürich 80 %¹⁵⁴ der Frauen das Frauenstimmrecht. Trotzdem wurde in Liechtenstein und in den genannten schweizerischen Kantonen in der jeweils darauffolgenden Männerabstimmung das Frauenstimmrecht abgelehnt. Die Frauenabstimmungen widerlegten den weit verbreiteten Einwand, die Frauen wünschten das Stimmrecht selber nicht, dennoch spielte diese Unterstellung weiterhin eine bedeutende Rolle. Dies veranschaulicht die belegbare Tatsache, dass sämtliche Einwände gegen das Frauenstimmrecht zwar scheinbar rein deskriptiv waren, in Wirklichkeit jedoch Vorwände waren, normativen Charakter besaßen und einer frauenfeindlichen Ideologie entsprangen. Darüber hinaus gaben sich die allein stimmberechtigten Männer als »Vertreter des ganzen Volkes«¹⁵⁵ aus. Ab diesem Zeitpunkt hätte klar sein müssen, was seit der griechischen und römischen Volksversammlung, dem germanischen Thing bis hin zur Schweizer Landsgemeinde in Appenzell Innerrhoden 1990 unter dem Begriff »Volk« verstanden wurde.¹⁵⁶

Sechzig Jahre nach Gründung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht wurde auch in Liechtenstein, am 7. November 1969, ein Komitee für das Frauenstimmrecht gegründet.¹⁵⁷ Hierzu eingeladen hatten Bernadette Biedermann, Regierungschefsekretärin, und Elfriede Seger, Landtagssekretärin. Das aus Frauen und Männern gebildete »Komitee« suchte und fand vor der ersten Frauenstimmrechtsabstimmung, von Regierung und Parteien im Stich gelassen, Rat und Unterstützung bei den Organisatorinnen der schweizerischen Abstimmungskampagne.¹⁵⁸ Plakat und Postkarte entwarf Regina Marxer: »Ich stimme, du stimmst, er stimmt, sie stimmt nicht – es stimmt etwas nicht«, herausgegeben vom Komitee für das Frauenstimmrecht. Es handelt sich hierbei um ein Musterbeispiel politischer Kunst.¹⁵⁹ Postkarte mit Text auf Rückseite: »Das sollte man ändern. Das müsste man ändern. Das kann man ändern am 26. und 28. Februar 1971.«¹⁶⁰

Am 17. Dezember 1970 beschloss der Landtag einstimmig die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts. Beide Parteien sprachen sich für das Frauenstimmrecht aus. Die erste Männerabstimmung über dessen Einführung in Liechtenstein vom 26. und 28. Februar 1971 wurde bei einer Stimmbeteiligung von 85,86 % mit 51,09 % zu 48,91 % abgelehnt, d. h. mit 1897 zu 1816 Stimmen.¹⁶¹ Nach Bekanntwerdung des negativen Wahlausgangs machte sich erstmals die junge Frauenbewegung bemerkbar. Vor dem Regierungsgebäude machten sich

zwölf Frauen mit Parolen Luft, zogen durch die Strassen und überraschten Männer an ihren Stammtischen in den Wirtshäusern.¹⁶² Es war dies die erste Frauendemonstration in der Geschichte Liechtensteins. Eine weitere, diesmal bewilligte, Demonstration, »Dank-Protest- und Trauermarsch«, erfolgte durch Schülerinnen und Schüler des Liechtensteinischen Gymnasiums am 5. März 1971.

Zitat aus dem Liechtensteiner Volksblatt: »Kaum hatte sich der Zug auf dem Martplatz in Richtung Regierungsgebäude in Bewegung gesetzt, da geschah etwas, das man lieber nie erlebt hätte: einzelne Zuschauer und vereinzelte Zuschauergruppen drangen (teilweise mit vermummten Gesichtern) auf die Jugendlichen ein, entrissen ihnen die harmlosen Spruchbänder, schlugen mit Fäusten auf die durchschnittlich etwa 17–19jährigen Demonstranten und Demonstrantinnen ein, rissen einzelnen die Brillen von den Gesichtern und schleuderten sie weg, warfen Fasnachtssprengkörper in den Zug und faule Eier! Einzelne versuchten den Manifestationszug mit Autos zu stoppen, indem sie einfach unkontrolliert in die Leute hineinfuhren. Ausserdem griffen sich einzelne Zuschauer die jungen Mädchen bei den Haaren, versuchten sie aus dem Zug zu zerren und bedachten sie mit Schimpfworten, von denen »Hure« noch eines der gebräuchlichsten war! Es war lediglich der gewollten Passivität der jugendlichen Manifestanten zu verdanken, dass es am Freitagabend in den Hauptstrassen von Vaduz keine Strassenschlacht im Sinne des Wortes und möglicherweise Schwerverletzte oder gar Tote gegeben hat. Gemäss ihren Instruktionen wehrten sich die Jugendlichen praktisch überhaupt nicht, als Stöcke auf ihre Köpfe niedersausten und ihnen das Haar ausgerissen wurde.«¹⁶³ Erschreckend waren auch die Parolen der Frauenstimmrechtsgegner wie: »Juden zurück über den Rhein«. Veronika Marxer schreibt diesbezüglich: »Antisemitismus, Ausländerhass [...], Nationalismus und Frauenverachtung bildeten den Hintergrund der extremistischen Frauenstimmrechtsgegner. Sie griffen damit nazistisches Gedankengut auf, das sich in Liechtenstein in den 30er und 40er Jahren verbreitet hatte [...]«¹⁶⁴ Erst in jüngerer Zeit wird diese Vergangenheit öffentlich thematisiert und historisch aufgearbeitet. Fatalerweise wurde in Liechtenstein das Thema Frauenstimmrecht direkt mit dem Ausländerproblem verknüpft. Die Autorin schreibt an anderer Stelle: »Die eingeeheirateten Liechtensteinerinnen wurden Opfer einer latenten Ausländerfeindlichkeit, die sich in der Diskussion um das Frauenstimmrecht erstmals öffentlich artikuliert. Dabei wurden die Frauen doppelt stigmatisiert. Als ehemalige Ausländerinnen und aufgrund ihres Geschlechts waren sie einer beispiellosen Diffamierung ausgesetzt. [...] Die Verknüpfung des Frauenstimmrechts mit der Ausländerproblematik schuf [...] Ängste, die von den politischen Verantwortlichen nicht relativiert, sondern durch die einseitige Focussierung des »Problems« der »zugeheirateten Ausländerinnen« aufgebauscht und dem Frauenstimmrecht in den Weg gelegt wurde.«¹⁶⁵

Um den allein stimmberechtigten Männern ein »Ja« zum Frauenwahlrecht zu erleichtern¹⁶⁶ wurde 1984 durch den Landtag sogar ein Frauen benachteiligendes Gesetz beschlossen,¹⁶⁷ wonach per 2. Juli 1984 ausländische Frauen bei Heirat nicht mehr automatisch die Liechtensteinische Staatsbürgerschaft erhalten sollten, sondern erst nach Ablauf einer zwölfjährigen Karenzfrist, wobei ein ordentlicher Wohnsitz im Lande verlangt wird, was den gleichzeitigen Verzicht auf den bisherigen Wohnsitz bedeutet, wobei die Ehejahre doppelt zählen, mindestens jedoch eine dreijährige aufrechte Ehe mit einem liechtensteinischen Landesbür-

ger und der Verzicht auf die bisherige Staatsbürgerschaft verlangt wird.¹⁶⁸ Auch explizit schlug sich das Vorurteil gegenüber Frauen in diesem Gesetz nieder. Es spricht davon, dass die Möglichkeit der Einbürgerung jedoch nicht für eine Frau gelte, die »Anlass zur Befürchtung gibt, dass sie eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit bildet.«¹⁶⁹, was durch seine Formulierung wohl eine Einmaligkeit in einem demokratischen Gesetzestext darstellt!¹⁷⁰ Durch dieses Gesetz wurde auch explizit das Ziel verfolgt, die »Überzahl der stimmberechtigten Frauen gegenüber der Zahl der stimmberechtigten Männer« abzubauen.¹⁷¹

Das zweite xenophobe Problem¹⁷², mit dem das Frauenstimmrecht fatalerweise verknüpft wurde ist jenes der sog. »Auswärtigen Liechtensteiner«, das sind Staatsbürger mit liechtensteinischem Wohnsitz ausserhalb der Heimatgemeinde, welche, in hausväterlicher Tradition, ihr Gemeindestimmrecht verloren und auch in der neuen Wohngemeinde als »zugezogene« kein Stimmrecht erhalten haben. Erst müsse dieses Problem gelöst werden, bevor man an die Einführung des Frauenstimmrechtes denken könne.¹⁷³

1971 wurde die »Arbeitsgruppe für die Frau« gegründet, die als Hauptanliegen die Verwirklichung der politischen Rechte hatte und Beiträge zu verschiedenen Themen leistete. Auch schenken sie der Liechtensteinischen Landesbibliothek 1985 erste feministische Literatur.¹⁷⁴ Von dieser Arbeitsgruppe ging der Anstoss zur zweiten Frauenstimmrechtsabstimmung am 9. und 11. Februar 1973 aus. Bei einer Stimmbeteiligung von 86,01 % wurde das Frauenstimmrecht mit einem deutlichen Mehr von 55,9 % zu 44,1 %, abgelehnt, d. h. mit 2126 zu 1675 Stimmen. Die Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen waren von 81 auf 451 gestiegen. 1971 waren es um 4,46 % mehr Nein- als Ja-Stimmen und 1973 waren es um 26,93 % mehr Nein- als Ja-Stimmen.¹⁷⁵ Auf einen Demonstrationsszug wurde verzichtet.

Wie in der Schweiz ging man auch in Liechtenstein schrittweise vor, nachdem »sich die Erwartungen in den Jahren 1965–1973 nicht erfüllten, die Einführung des Frauenstimmrechtes auf Landesebene müsse Wegbereiter für die Zuerkennung der politischen Gleichberechtigung auf Gemeindeebene sein.«¹⁷⁶ Am 7. Juli 1976 schuf der Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einführung des Frauenstimmrechtes auf Gemeindeebene.

Die erste der zwölf Gemeinden, die das Frauenstimmrecht einführte, war am 17. und 19. September 1976 der Hauptort Vaduz. Die letzten drei Gemeinden, Balzers, Triesen und Triesenberg, führten das Frauenstimmrecht erst am 20. April 1986 ein.¹⁷⁷

Im Mai 1981 wurde auf Initiative der liechtensteinischen Künstlerin Regina Marxer und der Psychologin Barbara Rheinberger die »Aktion Dornröschen« gegründet.

Das von Regina Marxer gestaltete Plakat zeigt ein schlafendes Dornröschen: »Wir fordern ein Menschenrecht:«.¹⁷⁸ Frauen sollten aus ihrem Dornröschenschlaf von selbst erwachen und das Frauenstimmrecht erkämpfen. »[...] politische Mündigkeit wird einem nicht im Schlaf gegeben.« Aktion Dornröschen.¹⁷⁹ Wie im Jahre 1920, als in Basel eine Broschüre von Pauline Müller »Warum wünschen wir Frauen das Stimmrecht?«, an alle Haushalte versandt wurde – es war dies die erste Propagandaschrift in der deutschsprachigen Schweiz zum Thema¹⁸⁰ – so erschien 61 Jahre später, mit denselben Argumenten,¹⁸¹ die erste und einzig gebliebene Aufklärungsschrift zum Frauenstimmrecht in Liechtenstein mit dem Titel »Frauenstimmrecht wo-

für?»¹⁸², mit Illustrationen der Künstlerin Regina Marxer. Erst 1994 widmete sich wieder eine Publikation den Lebensumständen liechtensteinischer Frauen.¹⁸³ Auffallend auch hier das Hauptargument: »Das Frauenstimmrecht ist ein Menschenrecht!« Aufgrund der Erfahrungen in der Schweiz waren die Jahre des alleinigen Männerstimmrechtes ab diesem Zeitpunkt gezählt.

1982 wurde die Frauen-Union der VU gegründet, die sich innerhalb und ausserhalb der Partei für die politische Beteiligung der Frau einsetzte/einsetzt.¹⁸⁴ Parallel hierzu wurden, mit derselben Zielsetzung, die »Frauen in der FBP« und die »Kommission für Frauenfragen«, FBP, gegründet.¹⁸⁵ Im selben Jahr kam es zu der erwähnten Verfassungsklage mit dem unverständlichen, negativen Bescheid des Staatsgerichtshofes. Und zu einem legendären Flugblatt der »Aktion Dornröschen« und der, auf Initiative der »Dornröschen« gegründeten, »Männer für das Frauenstimmrecht«.¹⁸⁶ Das »Quadratschädel – Flugblatt« wurde an alle Haushalte gesandt.¹⁸⁷ Abgebildet ist die Zeichnung eines quadratischen Gesichts mit Punkten und Strichen. Dazu die Aufschrift »Quadratschädel (Schädel)² = Schädel im Quadrat. Quadrat, Spitz oder Oval Ihre Kopfform ist uns egal. Für ein allgemeines Stimm- und Wahlrecht«.

Das Flugblatt, welches von der Grafikerin Regina Marxer entworfen und gestaltet wurde, war die Umsetzung eines Leserinnenbriefes ihrer Schwester¹⁸⁸ Dr. Judith Marxer, Zürich, in welchem sie eine »Kurzstudie über das Seelenleiden der Frauenstimmrechtsgegner« als Reaktion auf die wuchtige Frauenstimmrechtsablehnung durch die Bürger von Schaan, vom 23. und 25. 10. 1981, veröffentlichte.¹⁸⁹ Zahlreiche Männer identifizierten sich mit dem quadratförmigen Gesicht auf dem Flugblatt, es war wohl, »als hielten sie einen Spiegel in der Hand«. Das Flugblatt führte zu heftigen Reaktionen und hatte ein kabarettreifes gerichtliches Nachspiel zur Folge. Unter der Begründung, dass das Impressum nicht korrekt, d. h. explizit, mit den Worten »Drucker und Verleger« versehen war, wurde Klage geführt. Aufgrund des verstaubten Staatsschutzgesetzes verurteilte das F.L. Obergericht die Künstlerin Regina Marxer am 6. Juli 1983 zu einer Geldbusse.¹⁹⁰ Wie die Amerikanerin Susan Brownell Anthony im Jahre 1872 verweigerte auch sie die Bezahlung einer ungerechtfertigten Geldbusse: 100 Franken oder zwei Tage Arrest, plus CHF 200 Pauschalgebühren. 1985 wurde sie deswegen gar »illegal« verhaftet, ohne zuvor betrieben worden zu sein, weil sie als »unbetreibbar« eingetragen war.¹⁹¹ Erst im Januar 1986 wurde der Rechtsstreit, mangels Unterstützung durch die Öffentlichkeit, durch Bezahlung der Strafe beigelegt. Dazu ist anzumerken, dass bis zu diesem Zeitpunkt diese Bestimmung nicht gehandelt wurde. Auch Postwurfsendungen der beiden vom Jahre 1939 bis 1997 in wechselnden Koalitionen¹⁹² regierenden Parteien wurden ohne Impressum versandt. Es sind dies die »Vaterländische Union« (VU), die sog. »Roten«, und die »Fortschrittliche Bürgerpartei« (FBPL), die sog. »Schwarzen«. Diese über Jahre hindurch einzigen Parteien des Landes sind beide Mitglieder der Europäischen Demokratischen Union.¹⁹³ Linke Parteien sind aufgrund des Staatsschutzgesetzes verboten. Auch war ein Kleber der Frauenstimmrechtsgegner mit der Aufschrift »Ich bin froh ein Quadratschädel zu sein« nicht mit Impressum versehen, was ebenfalls keinerlei Anklage zur Folge hatte.¹⁹⁴

Liechtenstein wurde 1978 in den Europarat aufgenommen mit der Absichtserklärung, das Frauenstimmrecht möglichst bald zu verwirklichen.¹⁹⁵ Auf dieses Versprechen Bezug nehmend, gelangte die »Aktion Dornröschen« an die vom 25.–27. Mai 1982 in Liechtenstein tagende Kommission für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen des Europarates.¹⁹⁶ Anfang Juni 1982 schlug die Regierung die Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention, unter Vorbehalt des Frauenstimmrechtes etc., vor, zu deren Ratifizierung es im September 1982 kam.¹⁹⁷

Am 27. September 1983 führen zwölf Frauen nach Strassburg, um die Parlamentarier und Parlamentarierinnen des Europarates über das fehlende Frauenstimmrecht in Liechtenstein aus der Sicht der Betroffenen zu informieren.¹⁹⁸ Das Vorgehen der Liechtensteinerinnen erinnert an das der Schweizer Frauen von 1968.¹⁹⁹ Der Ständige Vertreter Liechtensteins in Strassburg, S.D. Prinz Nikolaus, war eingeladen, die angekündigte Delegation liechtensteinscher Frauen zu empfangen, wozu es jedoch leider nicht kam. Die Frauen ersuchten die Delegierten des Europarates, »alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die liechtensteinischen Politiker zu veranlassen, die Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts in Liechtenstein vorbehaltloser und engagierter als bisher voranzutreiben.«²⁰⁰ Vor allem kam es zu einer Unterstützung durch die schweizerische Parlamentarierin Gertrude Girard-Montet.²⁰¹ Ein schönes Zeugnis feministischer Solidarität. In einem Schreiben an Helen Marxer-Bulloni, Christel Hilti-Kaufmann und Freundinnen, »Aktion Dornröschen«, vom 12. 12. 1983, teilt sie folgendes mit: »Ich bin sehr optimistisch in bezug auf Euch. Ich weiss, dass Eure Regierung und Eure Vertreter in Strassburg sich sehr unwohl bei der jetzigen Situation fühlen, denn dieser wichtige Vorbehalt, der die Verweigerung des Wahlrechtes für Frauen bedeutet, ist den Menschenrechten so entgegengesetzt, dass wir keine Gelegenheit auslassen es ihnen in Erinnerung zu rufen.«²⁰² Die in Strassburg durchgeführte Aktion wurde in Liechtenstein äusserst negativ kommentiert und die Frauen u. a. als »Nestbeschmutzerinnen« bezichtigt. Es steht für mich jedoch ausser Zweifel, dass der Eintritt des Fürstentums Liechtenstein in den Europarat 1978²⁰³, verbunden mit den Strassburg-Aktionen 1983/84 in Liechtenstein den Durchbruch brachte und dass der Durchbruch des Frauenstimmrechtes auf Bundesebene in der Schweiz²⁰⁴ dem Beitritt zum Europarat im Jahr 1963, verbunden mit den Aktionen 1968/69, zu verdanken ist.

Die Forderung der »Aktion Dornröschen«, das Frauenstimmrecht nicht über Männerabstimmung, sondern durch Landtagsbeschluss einzuführen, wurde durch die Oppositionspartei (FBP) aufgegriffen, fand jedoch als Minderheitspartei 1983 und 1984 keine Mehrheit.²⁰⁵

Am 11. April 1984 verabschiedete der Landtag des letzten Staates ohne Frauenstimmrecht in Europa einstimmig ein Verfassungsgesetz zur Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes. Beide Parteien traten, erstmals mit Grosseinsatz, für das Frauenwahlrecht ein.²⁰⁶ Am 29. Juni und 1. Juli 1984 wurde die dritte Männerabstimmung in Sachen Frauenstimmrecht durchgeführt. Bei einer Stimmbeteiligung von 86,23 % wurde das Frauenstimmrecht mit 51,35 Ja zu 48,7 % Nein angenommen, d. h. 2370 zu 2251 Stimmen. Liechtenstein besitzt zwei Wahlkreise, das Oberland, das entspricht der ehemaligen Grafschaft Vaduz, und

das Unterland, welches der ehemaligen Herrschaft Schellenberg entspricht, die zusammen 1719 zum Reichsfürstentum Liechtenstein erhoben wurden. In Wahlkreis Oberland fiel die Entscheidung äusserst knapp aus. Lediglich drei Stimmen machten den Entscheid.²⁰⁷

CHRONOLOGIE »GLEICHE RECHTE« IM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN²⁰⁸

Nach der Abstimmung traten im November desselben Jahres die »Aktion Dornröschen«-Gründerinnen Regina Marxer und Barbara Rheinberger wiederum auf das Parkett und hielten im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, Frauenwoche, des »Vereins Bildungsarbeit für Frauen«²⁰⁹ ein Referat zum Thema »Frauenstimmrecht im Patriarchat, eine Anleitung zum Handeln«²¹⁰, zeichnerisch kommentiert durch die Künstlerin Regina Marxer²¹¹, was am 23. Januar 1985 zur Gründung der Verfassungs-Initiative »Gleiche Rechte für Mann und Frau« führte. Am 1. Dezember 1985 scheiterte eine diesbezügliche Volksabstimmung, vor allem aufgrund eines Gegenvorschlages der Vaterländischen Union.²¹² Die kurz darauf von der Regierung bestellte Kommission »Gleiche Rechte für Mann und Frau« legte mangels Unterstützung 1992 ihr Mandat zurück.²¹³ Am 16. Juni 1992 kam es zu einer Neufassung des Art. 31 »Mann und Frau sind gleichberechtigt« durch den Landtag.²¹⁴ Durch eine Motion wurde die Regierung verpflichtet, die Änderungen von Gesetzen, die mit diesem Artikel in Widerspruch stehen, bis spätestens Dezember 1996 in Vorschlag zu bringen.²¹⁵ Am 6. und 8. November 1992 kam es zu einer von der Freien Liste²¹⁶ initiierten Abstimmung über ein Diskriminierungsverbot, wonach Diskriminierungen nach zwei Jahren einklagbar geworden wären, was jedoch ebenfalls deutlich abgelehnt wurde.²¹⁷ Am 12. Januar 1993 bestellte die Regierung eine Landesverwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichberechtigung, die am 13. Januar 1994, ein Jahr nach Ankündigung, erstmals einberufen wurde.²¹⁸ Am 13. Juni 1994 bestellte die Regierung eine neue Gleichberechtigungskommission.²¹⁹ Am 27. Juni 1995 beschloss die Regierung die Errichtung einer Stabstelle für die Gleichberechtigung von Mann und Frau.²²⁰ Das Gleichstellungsbüro nahm 1996 seine Arbeit auf.²²¹ Vor allem seit 1992 wurde in mehreren Bereichen die rechtliche Stellung der liechtensteinischen Frau verbessert.²²² Hervorzuheben ist die seit dem 22. 8. 1996 bestehende Möglichkeit für Liechtensteinerinnen das Landesbürgerrecht an ihre Kinder weiterzugeben.²²³ Am 21. Januar 1996 trat für Liechtenstein das UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 in Kraft.²²⁴ 1997 legte die Regierung den ersten Bericht über die Umsetzung der Bestimmungen dieses Übereinkommens, »dass und wie die Gleichstellung auf Gesetzesebene verwirklicht worden ist«²²⁵ und 1998 einen weiteren Bericht vor.²²⁶ 1998 befasste sich der Landtag mit der Vorlage der Regierung zur Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes.²²⁷ Am 1. Juni 1998 traten die Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der

Frauen in den der Regierung nachgeordneten Organen vom 12. Mai 1998 (RA 96/297) in Kraft²²⁸, wonach z. B. Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht sind.²²⁹ 1999 trat das »Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann«, unter besonderer Berücksichtigung des Erwerbslebens, in Kraft²³⁰, was »einen wichtigen Schritt in Richtung der Gleichbehandlung der Geschlechter« darstellt.²³¹ Eine Petition Liechtensteinischer Frauenorganisationen forderte 1999 eine Nachbesserung des Gleichstellungsgesetzes in drei Punkten, was allerdings keine Berücksichtigung fand.²³² Am 10. 12. 1999 wurde das Zusatzprotokoll zum UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau unterzeichnet, wodurch das Beschwerderecht bei Diskriminierung anerkannt und verbessert wurde.²³³ Zur Förderung der Gleichstellung vergibt die Regierung jährlich einen Anerkennungspreis für innovative Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau und Frauen- und Familienförderung.²³⁴ Betriebe, Organisationen und Private können sich bewerben. Erstmals wurde der Preis am 8. März 2000 vergeben.²³⁵ Seit 2003 richtet sich die Ausschreibung des Gleichstellungspreises abwechselnd an die liechtensteinischen Betriebe (2003) und an die Organisationen und privaten Initiativen / Einzelpersonen (2004).²³⁶ Die EWR-Gemeinschaftsstrategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern (2001–2005) »wird durch Liechtenstein mitgetragen«.²³⁷ Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann wurde am 9. 7. 2002 für die Mandatsperiode 2002–2006 neu bestellt und besteht aus acht Personen, wovon zwei Männer. Am 29. Januar 2003 setzte die Regierung einen Lenkungsausschuss bezüglich Gender Mainstreaming ein. Das Umsetzungskonzept umfasst die Bereiche Politik, Bildung, Soziales, Wirtschaft und Kultur.²³⁸

CHRONOLOGIE »REGIERUNGS- UND LANDTAGS-BETEILIGUNG« IM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN²³⁹

1986 wurde als einzige Frau Emma Eigenmann-Schädler (FBP) aus dem Wahlkreis Unterland in den 15 Sitze zählenden Landtag gewählt. Wahlkreis Unterland: 6 Mandate; Wahlkreis Oberland: 9 Mandate.²⁴⁰ 1989 wurde sie, wiederum als einzige Frau, aus dem Wahlkreis Unterland in den seit Januar 1988 auf 25 Sitze erhöhten Landtag gewählt. Wahlkreis Unterland: 10 Mandate; Wahlkreis Oberland: 15 Mandate.²⁴¹ Frauen wurden und werden in Liechtenstein per Geschlecht – auch aus den alternativen – Wahllisten gestrichen.²⁴²

1990 trat Liechtenstein den Vereinten Nationen bei, mit Claudia Fritsche-Mündle als Botschafterin²⁴⁴, und 1991 wurde Maria Marxer (FBP) von der Gemeinde Gamprin zur ersten Vorsteherin des Landes gewählt.²⁴⁵

Im Februar 1993 wurde, wiederum aus dem Wahlkreis Unterland, lediglich eine einzige Frau in den Landtag gewählt: Dr. Renate Wohlwend (FBP)²⁴⁶ Die »Fortschrittliche Bürgerpartei« hatte zum ersten Mal eine Regierungskandidatin aus dem Wahlkreis Unterland aufge-

Frauen in den Landtag

24.2.1989

Bei den letzten Landtagswahlen vor drei Jahren schaffte von 4 nominierten Frauen nur gerade 1 Frau den Sprung in den Landtag.
Bei den Gemeinderatswahlen sah es bei mehr Kandidatinnen noch schlechter aus!

Nachdem es mehr Stimmbürgerinnen als Stimmbürger gibt, müsste man meinen, die Frauen würden mit Leichtigkeit gewählt. Das ist aber nicht so und es liegt nicht an den Frauen, obwohl diese Behauptung immer wieder vorgebracht wird. Es liegt vielmehr daran, dass zu viele Frauen aus mangelnder Information ihre Auswahlmöglichkeiten nicht nützen.

Frauen werden nicht von selbst ins Parlament kommen!

Wenn Sie, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, eine volle Liste in die Urne einwerfen, in der guten Meinung, damit die Frauen gewählt zu haben – haben Sie sich leider geirrt.

Wählen heisst – Streichen!

Viele alte Gegner des Frauenstimmrechts sind weiterhin fest entschlossen, den Einzug der Frauen ins Parlament zu verhindern. Fragen Sie Ihren Vorsteher oder einen Wahlhelfer – sie werden Ihnen bestätigen, dass sehr viele Listen in die Urne geworfen werden, auf denen nur die Frauen gestrichen sind.

Männer bedienen sich also dieser Möglichkeit und treffen damit eine Wahl.

Beispiel:

PARTEI A
Herr A
Frau B
Herr C
Herr D
Herr E
Frau F
Herr G
Herr H
Herr J
Herr K

Unveränderte Liste

Alle Kandidatinnen und Kandidaten erhalten je 1 Stimme

PARTEI B
Herr L
Herr M
Frau N
Herr O
Frau P
Herr R
Herr S
Herr T
Herr U
Herr W

Liste, auf der nur die Frauen gestrichen sind

Alle Männer erhalten 1 Stimme, die Frauen keine

PARTEI C
Frau a
Herr b
Frau c
Herr d
Herr e
Herr f
Herr g
Herr h
Herr k
Herr m

Liste, auf der alle Männer gestrichen sind

Die Frauen erhalten 1 Stimme, die Männer keine

Um Frauen zu wählen, müssen möglichst viele Frauen (und Männer) alle Männer auf der Liste streichen!

Nur so werden die Stimmzettel der "Frauen-Streicher" ausgeglichen.

Das fällt Ihnen schwer?

Denn einige Männer möchten Sie durchaus gerne wählen. Was tun?

Streichen Sie auf jeden Fall alle Männer, die Sie nicht unbedingt im Landtag haben möchten. Sie können auch sehr bekannte, langjährige Abgeordnete streichen – sie werden sowieso gewählt.

Keine vollen Parteilisten einwerfen!

Lesen Sie weiter und informieren Sie sich, was Sie auf Ihrem Wahlzettel verändern dürfen und welche Auswirkungen dies hat.

stellt, die am 26. Mai 1993 erste Regierungsrätin des Landes wurde: Dr. Cornelia Gassner (FBP).²⁴⁷ Im Oktober 1993 (sic!) wurden wiederum aus dem Wahlkreis Unterland lediglich zwei Frauen in den Landtag gewählt: Dr. Renate Wohlwend (FBP) und erstmals durch VU-Wählerinnen und VU-Wähler, Ingrid Hassler-Gerner (VU). Neben der FBP hatte auch die VU je eine Regierungsratskandidatin, eine aus dem Unterland und eine aus dem Oberland vorgeschlagen. Am 15. Dezember 1993 wurden Dr. Cornelia Gassner (FBP) aus dem Wahlkreis Unterland und Dr. Andrea Willi (VU) aus dem Wahlkreis Oberland zu Regierungsrätinnen ernannt.²⁴⁸ Der Frauenanteil in der Regierung von 40 % konnte über den Frauenanteil im Landtag von lediglich 8 % nicht hinwegtäuschen. Gerechtigkeit ist erst bei mindestens 50 % Frauenanteil in Regierung und Landtag gegeben.²⁴⁹ Im Februar 1997 wurde wiederum aus dem Wahlkreis Unterland lediglich eine einzige Frau in den Landtag gewählt: Ingrid Hassler-Gerner (VU).²⁵⁰ Das Fürstentum Liechtenstein ging mit lediglich einer einzigen Frau im Landtag in das neue Jahrtausend. Mit vier Prozent Frauenanteil im Landtag stand Liechtenstein Europaweit an letzter Stelle.²⁵¹ Bei den Landtagswahlen 2001, Mandatsperiode 2001–2005, wurde aus dem Wahlkreis Unterland wiederum Ingrid Hassler-Gerner (VU) und Renate Wohlwend (FBP) gewählt. Erstmals seit Einführung des Frauenstimmrechtes, in der fünften Wahl, wurde eine Frau aus dem Wahlkreis Oberland, Dorothee Laternser (VU) in den Landtag gewählt.²⁵² Somit stieg der Frauenanteil im Liechtensteinischen Landtag auf 12 %. Im Regierungsteam der FBPL sind Frauen lediglich »Stellvertreterinnen«.²⁵³

Anschrift des Verfassers:

Dr. Thomas Ernst Wanger, Veitskapfgrasse 6, A-6800 Feldkirch

ANMERKUNGEN

1 Am 19. 7. 1996 hielt ich einen Vortrag zu diesem Thema an der Sommerakademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Weingarten, 15.–19. Juli 1996. Unveröffentlicht. Ein Kapitel meiner Dissertation stellt eine überarbeitete Fassung dieses Vortrages dar: WANGER, Thomas Ernst: Wehrfähigkeit und Hausväterliche Gewalt als Vorwände gegen die politische Berechtigung der Frau. Frauenwahlrecht und Frauenstimmrecht unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universitas Leopoldina – Francisca Oenipontana, Innsbruck 2002. Unveröffentlicht, S. 192–221. Für vorliegende Publikation habe ich neuerlich eine Aktualisierung vorgenommen.

2 Abb. in: Liechtensteiner Volksblatt (VB), 5.8.1995, S. 7. Der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart danke ich für die Zusendung der Fotografie und das unentgeltliche Abbildungsrecht.

3 Das Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel, hatte noch keine Archivalien zu ihrer Person. Für eine schriftliche Auskunft bedanke ich mich bei Dr. Astrid Otto, Archiv der deutschen Frauenbewegung e.V., Kassel.

4 Beide Professorinnen fanden auf dem Friedhof in Schaan in einem gemeinsamen Grab, das heute noch gepflegt wird, ihre letzte Ruhe. 1980 wurde Elmar J. Seeger – Thoma (1921–1980) zu den beiden Professorinnen ins Grab gelegt, da er im benachbarten Familiengrab Seeger – Breiter, »aus familiären Gründen«, nicht bestattet werden durfte.

5 Siehe: BRUNNER, Margit: Ursachen sexueller Belästigung von Frauen an der Universität: eine feministisch-historische Untersuchung (Lenz Werner, Schratz Michael (Hg.): Bildung – Arbeit – Gesellschaft, Bd. 7) München 1992(2), S. 189.

6 Zu Dr. Erleben siehe: BRUNNER (wie Anm. 5) S. 81–84; FEYL, Renate: Der lautlose Aufbruch. Frauen in der Wissenschaft, Darmstadt-Neuwied 1983, S. 39–50.

- 7 Siehe: KUHN, Annette (Hg.): Die Chronik der Frauen, Braun-schweig 1992, S. 310.
- 8 Siehe: BURMEISTER, Karl Heinz: Frauen als Wissenschaftlerinnen. Frühe Doktorinnen der Medizin in Italien und Deutschland bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Dietrich-Daum Elisabeth, Matt Werner, Platzgummer Hanno (Hg.): Geschichte der Medizin. Forschungsberichte – Fachgespräche. Dokumentation zur internationalen Tagung »Geschichte und Medizin« 5. Dornbirner Geschichtstage, 9. Bis 12. Juni 1999, Dornbirn 2001, S. 114–115. Diese Literaturverdanke ich Mag. Christian Kofler, Telfes. Auf das Thema von als Männer verkleideten Frauen, die, wie Dr. »James« Barry, 1812, an der Edinburgh University in Medizin, promovierten, kann ich an dieser Stelle leider nicht eingehen. Diesen Hinweis verdanke ich Barbara Wanger-Stöckler, Vaduz.
- 9 Vgl.: WANGER, Thomas: Der Beginn des Frauenstudiums in der Schweiz, in: FEMINANT, Nr. 2, 1/89, Innsbruck 1989, S. 26–28.
- 10 Maria Alexandrowna Kniaschnina an die Erziehungsdirektion des Kanton Zürich, Herbst 1864. Am 28. November 1864 von der Erziehungsdirektion ans Rektorat der Hochschule gewiesen zu gutfindender Erledigung, in: Akten und Dokumente zur Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Zürich (S. 283–316), in: Schweizerische Verband der Akademikerinnen (Hg.): Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen, Zürich / Leipzig / Stuttgart 1928, S. 283. In Innsbruck stellte sich die Frage des Frauenstudiums erstmals, als Ernestine Popper aus Odessa 1872 einen Antrag um Zulassung als ausserordentliche Hörerin an der Innsbrucker medizinischen Fakultät eingebracht hatte. Sie hatte zuvor drei Semester an der Zürcher Universität studiert. Vgl.: STEIBL, Maria: Frauenstudium in Österreich bis 1945. Dargestellt am Beispiel der Innsbrucker Studentinnen, Dissertation, Innsbruck 1985, S. 16. Nach dem zaristischen Ukas von 1873, der den russischen Studentinnen das weitere Studium an der Universität in Zürich verbot, sandte »eine kleine Gruppe« von Studentinnen »Gesuche an eine Anzahl deutsche, österreichische und holländische Universitäten«, in der Absicht, »andere Universitäten dem Frauenstudium zu erschliessen.« SCHLIKOFF, Virginia: Wie ich zum Studium nach Zürich kam (S. 55–64), in: Schweizerische Verband der Akademikerinnen (Hg.): Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen, Zürich – Leipzig – Stuttgart 1928, S. 63. Das Ansuchen nach Graz löste im Ministerium für Kultus und Unterricht und an der Universität Wien die Frauenstudiumsdis-kussion aus. Siehe: HEINDL, Waltraud, TICHY Marina (Hg.): »Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...« Frauen an der Universität Wien (ab 1897), Wien 1990, S. 19. Auch in Tübingen war die erste Frau, die um Zulassung zum Studium bat, eine Russin. 1873 stellte Alexandra Popowa ein Gesuch um Zulassung zum Studium der Medizin, das jedoch abgelehnt wurde. Vgl.: JUNGINGER, Gabriele (Hg.): Maria Gräfin von Linden. Erinnerungen der ersten Tübinger Studentin, Tübingen 1991, S. 14.
- 11 Angaben zur Person von Dr. Nadezda Suslova, verh. Erismann, in: Schweizerischer Verband für Akademikerinnen (wie Anm. 10), S. 21 und in: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (Hg.): Ebenso neu als kühn, 120 Jahre Frauenstudium an der Universität Zürich, Zürich 1988, S. 119–126.
- 12 Abb. Postkartenserie: Zürcher Studentinnen. FIG, Wettingen.
- 13 Protokoll der Medizinischen Fakultät: 29. Januar 1867, S. 286–287, in: Schweizerischer Verband der Akademikerinnen (wie Anm. 10), S. 286.
- 14 Abb. Postkartenserie (wie Anm. 12).
- 15 Zur erfolgreichen ärztlichen Tätigkeit von Marie Heim-Vögtlin siehe: WEBER, Mathilde: Ein Besuch in Zürich bei den weiblichen Studierenden der Medizin. Ein Beitrag zur Klärung der Frage des Frauenstudiums. Separatabdruck aus: Die Frau im gemeinen Leben. Archiv für die Gesamtinteressen des Frauen-, Arbeits-, Erwerbs-, und Vereinslebens im Deutschen Reiche und im Ausland von Marie Loeper – Honsselle und Amelie Sohr (II. Vierteljahrsheft 1888) Stuttgart 1988, S. 23–25.
- 16 Vgl.: WOODTLI, Susanna, Gleichberechtigung. Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz, Frauenfeld 1983(2), S. 80; ROHNER, Hanny: Die ersten 30 Jahre des medizinischen Frauenstudiums an der Universität Zürich 1867–1897, Zürich 1972, S. 74.
- 17 Siehe: BRUNNER, Margit: Sexuelle Gewalt gegen Studentinnen um die Jahrhundertwende, in: SCHMIDLECHNER, Karin Maria (Hg.): Signale (Veröffentlichungen zur historischen und interdisziplinären Frauenforschung, Bd. 1) Graz 1994, S. 75–97.
- 18 Ein Sittenzeugnis, »anstandsloses Benehmen«, wurde auch in Österreich für die Zulassung zur Nostrifikation verlangt. Siehe: Academische Revue. Zeitschrift für das Internationale Hochschulwesen. SALVISBERG, Paul (Hg): Heft 19, April 1896, München 1896, S. 416; KLEINWAECHTER, Ludwig: Zur Frage des Studiums der Medizin des Weibes, Berlin-Leipzig-Neuwied 1896, S. 40–42.
- 19 Siehe: ROHNER (wie Anm. 16), S. 34–36.
- 20 Siehe: ROHNER (wie Anm. 16), S. 36–39.
- 21 Es waren dies: Agnes Bluhm, Agnes Hacker, Anna Kuhnnow und die Schweizerin Pauline Plötz-Rüdin. Siehe: ROHNER (wie Anm. 16), S. 40.
- 22 Siehe: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (wie Anm. 11), S. 167–168.
- 23 Siehe: STREITER, Sabina, Lou Andreas SALOME: Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, in: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (wie Anm. 11) S. 192–194.
- 24 Vgl.: SCHNURRENBERGER, Regula: Die ersten Frauen an der Philosophischen Fakultät I (S. 165–176) in: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (wie Anm. 11) S. 185–191.
- 25 Abb. Postkartenserie (wie Anm. 12).
- 26 1902 gründete sie zusammen mit Lida Gustava Heymann und weiteren Frauen den »Deutschen Verein für Frauenstimmrecht«.

- 27 Zusammen mit Lida Gustava Heymann war sie 1915 Mitinitiantin der Internationalen Friedenskonferenz bürgerlicher Frauen in Den Haag. Vgl.: JORIS, Elisabeth: »für eine gerechte Sache kämpfen, die aufzugeben schmachlich wäre.« (S. 22–27) in: *Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik, Frauenrechte sind Menschenrechte*, Heft 1, Juni 1994, Zürich / München 1994, S. 23.
- 28 Auch zerstörten die Nationalsozialisten Fassade und hinteren Teil des Fotoateliers Elvira in München, das von Anita Augsborg und ihrer damaligen Lebensgefährtin Sophia Goudstikker (1865–um 1928) beim berühmten Jugendstilarchitekten August Endell 1887 in Auftrag gegeben und als Fotoatelier geführt wurde. Laut Curriculum vitae in Zürich schied Anita Augsborg 1896 und laut Gewerbesteuer nach 1898/99 aus dem Unternehmen aus. Siehe: HERZ, Rudolf, BRUNS Brigitte (Hg.): *Hof-Atelier Elvira 1887–1928. Ästhetik, Emanzipation, Aristokratie*, Ausstellung des Fotomuseums im Münchner Stadtmuseum, 13.12.1985 bis 2. 3. 1986, München 1985, S. 76.
- 29 Vgl.: JORIS (wie Anm. 27) S. 25.
- 30 JORIS (wie Anm. 27) S. 25.
- 31 Protokoll der allgemeinen Studentenversammlung vom 8. 12. 1896 (AS), S. 12, 13, 15. Zit., in: ERB, Hans: *Geschichte der Studentenschaft an der Universität Zürich. 1833–1936*, Dissertation, Zürich 1937, S. 128.
- 32 ERB (wie Anm. 31), S. 128.
- 33 Siehe: ERB (wie Anm. 31) S. 128.
- 34 Siehe: WANGER, Thomas: *Männerherrschaft ist Krieg. Waffenkultur und politischer Frauenausschluss* (S. 46–51) in: *L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, Heft Krieg, 3. Jg., H. 1, 1992, S. 58.
- 35 Vgl.: BRUPBACHER, Fritz: *60 Jahre Ketzer*, Zürich 1935, Neudruck: Zürich 1973, S. 55.
- 36 Vgl.: ERB (wie Anm. 31) S. 127; BRUPBACHER (wie Anm. 35) S. 55.
- 37 ERB (wie Anm. 31) S. 73.120.
- 38 Foto: IML VLN 810 A 75222/87 der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin.
- 39 Siehe: Stadler Labhart, Verena: *Rosa Luxemburg an der Universität Zürich 1889–1897*, Zürich 1978, zit., in: STADLER-LABHART, Verena: *Erste Studentinnen der Rechts- und Staatswissenschaften in Zürich* (Separatabdruck aus dem Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1981) Zürich 1981, S. 79, Anm. 20. Diese Lit. verdanke ich Dr. Verena Stadler-Labhart, Dokumentationsstelle für Universitätsgeschichte, Zürich.
- 40 HASLER, Eveline: *Die Wachsflügelfrau, Geschichte der Emily Kempin-Spyri*, Zürich / Frauenfeld 1991(10).
- 41 Abb. Postkartenserie (wie Anm. 12).
- 42 Vgl.: BRUNNER, Margit: *Die erste Juristin der Welt «ebenso neu als kühn» Emilie Kempin-Spyri (1853–1901)* (S. 34–36) in: *FEMINANT* (wie Anm. 9) S. 34.
- 43 Abb. in: *FEMINANT* (wie Anm. 9), S. 36.
- 44 Der Südwestfunk Baden Baden sendete das Musikstück 1986 und der ORF 1, 1988.
- 45 BRUNNER (wie Anm. 42) S. 35; Staatsrechtliche Entscheidungen. Urteil vom 29. Januar 1887 in Sachen Kempin Emilie (1–6) (S. 4–5) in: *Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes aus dem Jahre 1887, Amtliche Sammlung XIII. Band*, Lausanne 1888, S. 4. (St. Gallen. Staatsarchiv). Siehe: RUCKSTUHL, Lotti unter Mitarbeit von BENZ-BURGER Lydia: *Frauen sprengen Fesseln, Hindernislauf zum Frauenstimmrecht in der Schweiz*, Bonstetten 1986, S. 250–251. Diesen Literaturhinweis verdanke ich Claudia Weilenmann, Dokumentationsstelle für Frauenfragen, Bern.
- 46 Siehe: WEGMUELLER, Renate: »Die Frau gehört ins Haus«: *Frauenstimmrecht und seine Hindernisse in der Schweiz und im Kanton Bern – zugleich ein Beitrag zu Art. 4 Abs. 2 BV. Lizenzarbeit, Seminar für öffentliches Recht der Uni Bern*, Bern 2000, S. 17.
- 47 Vgl.: MARKER, Veronika: *Der Kampf um das Frauenstimmrecht, Chronologie Schweiz*, Vaduz 1993. Unveröffentlicht.
- 48 Siehe: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): *Bericht über die mit der Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts zusammenhängenden Probleme*, 22. 3. 1983, Vaduz 1983, S. 8.
- 49 Siehe: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 12–13.
- 50 Siehe: SCHEIBER, Carlo: *Das Wahlrecht von Liechtenstein als Verwirklichung der demokratischen Wahlrechtsidee*. Dissertation, Memmingen / Allgäu 1967, S. 122–126.197.
- 51 Siehe: WANGER (wie Anm. 34) Anm. 46, S. 54. In dem neuen Bundesverfassungsentwurf, der am 18. 4. 1999 zur Volksabstimmung gelangte, wurde der vormalige Art. 4 BV in: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.«, Art. 8.1 Rechtsgleichheit, umformuliert, wodurch auch die wenig rühmliche Erinnerung an die Geschichte des »Schweizers« zumindest sprachlich der Vergangenheit angehört. Zur Verfassungsreform siehe: *Liechtensteiner Vaterland* (VL), 22. 11. 1996, S. 1.8; VL, 15. 2. 1999, S. 1. Den gültigen Wortlaut von Art. 8 BV, Stand am 26. Okt. 1999, verdanke ich einer Internetrecherche <http://www.admin.ch>, 2001 von René Meier, Eschen.
- 52 Auch die liechtensteinische Künstlerin und Kämpferin für das Frauenstimmrecht und für gleiche Rechte Regina Marker, Vaduz, verweigerte sechs Jahre lang die Bezahlung einer Busse. Siehe meine Ausführungen weiter unten bezüglich des »Quadratschädel-Flugblattes« aus dem Jahre 1982.
- 53 Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): *Frauen. Macht. Geschichte. Frauen- und gleichstellungs-politische Ereignisse in der Schweiz 1848–1998*, Bern 1998, S. 3.
- 54 Vgl. Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): *Frauen. Macht. Geschichte. Frauen- und gleichstellungs-politische Ereignisse in der Schweiz 1848–1998*, Bern 1998; WOODTLI (wie Anm. 16) S. 26.

- 55 An der Sommerakademie, der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, in Weingarten, referierte am 17. 7. 1996 Priv.-Doz. Dr. Irma Götze von Olenhusen über Frauen in der Badischen Revolution 1848/49.
- 56 Vom 4. Juli bis 28. August 1849 versah das Bataillon neben preussischen Truppen in Heidelberg Besatzungsdienste und wurde auch für Erschiessungen von Revolutionären herangezogen. Siehe: QUADERER-VOGT, Rupert: »[...] wird das Contingent als Unglück des Landes angesehen«, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein (JBL), Bd. 90, Vaduz 1991, S. 233–246. Mehr als ein Zwanzigstel der Bevölkerung, etwa 80 000 Menschen, verliessen ihre badische Heimat. Ebd., S. 242.
- 57 Trotz Abänderung der Verfassung in der Volksabstimmung vom 14./16. 3. 2003, durch Annahme des Initiativbegehrens von S. D. Fürst Hans Adam II. von Liechtenstein und S. D. Erbprinz Alois von Liechtenstein, wurde der Verfassungsartikel 44 von 1921 belassen: »Jeder Waffenfähige ist bis zum zurückgelegten 60. Lebensjahre im Falle der Not zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet.« Im Sinne einer zivilen Landesverteidigung sollte dieser Artikel abgeändert werden.
- 58 Abb. in WOODTLI (wie Anm. 16), S. 43.
- 59 MESMER, Beatrix: Eine informelle Frauenbewegung. Die Petitionen für eine bessere zivilrechtliche Stellung im 19. Jahrhundert (S. 16–18) in: Berrisch Lisa, Gschwind – Gisiger Charlotte u. a. (Hg.): 3. Schweizerische Historikerinnentagung, Beiträge, Zürich 1986, S. 16.
- 60 Basellandschaftliches Volksblatt vom 30. Januar 1851, zit. nach Klaus Fritz, Basel – Landschaft in historischen Dokumenten, Bd. 2, Liestal 1983, S. 160, in: RYTER, Annamaria: Als Weibsbild bevogtet. Zum Alltag von Frauen im 19. Jahrhundert. Geschlechtsvormundschaft und Ehebeschränkungen im Kanton Basel – Landschaft, Liestal, 1994, Anm. 67, S. 65. Viele Frauen als Zuschauerinnen werden bereits am 23. 2. 1840 an der Sissacher Versammlung auf der Allmend und am 1. 3. 1840 in Arlesheim erwähnt. Vgl.: BLUM, Roger: Die politische Beteiligung des Volkes im jungen Kanton Basel (1832–1875) (Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Basel, Bd. 16) Liestal 1977, S. 170–171.
- 61 Es ist deshalb auch nicht bekannt, ob Frauen die Petitionen eingebracht hatten. Über das Anliegen sei im Verfassungsrat nicht diskutiert worden. Vgl.: RYTER (wie Anm. 60) S. 65.
- 62 BLUM (wie Anm. 60) S. 242, 527, Anm. 33.
- 63 Siehe: RYTER (wie Anm. 60) S. 65–66; BLUM (wie Anm. 60) S. 360.
- 64 Vgl.: BLUM (wie Anm. 60) S. 360, 544, Anm. 440.
- 65 Vgl.: Basellandschaftliche Zeitung, 19. August 1862, zit., in: RYTER (wie Anm. 60) S. 66.
- 66 Zit., in: RYTER (wie Anm. 60) S. 67. Roger Blum berichtet, dass die politische Rolle der Frauen »trotz des fehlenden Aktivbürger-
- rechtes zweifellos grösser« war, »als die spärlichen Angaben in den Quellen vermuten lassen.« BLUM (wie Anm. 60) S. XXVI.
- 67 WOODTLI (wie Anm. 16) S. 74. Die Petition der Zürcher Frauen (anonym) »an den hohen Verfassungsrath des Kantons Zürich«, 1868, ist abgedruckt in: JÖRIS Elisabeth, WITZIG Heidi (Hg.): Frauengeschichte(n). Dokumentate aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz, Zürich 1987(2), S. 485. Jahrzehnte später erst wurde in Zürich aus dem 1893 von Dr. Emilie Kempin gegründeten Frauenrechtsschutzverein und dem Verein Frauenbildungs – Reform 1896 die Union für Frauenbestrebungen, später umbenannt in Frauenstimmrechtsverein Zürich, gegründet. Vgl.: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) S. 7. Der Verein war »Mitbegründerin und Kollektivmitglied des Bundes Schweizerischer Frauenvereine (1899), des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht 1909, der Zürcher Frauenzentrale (1916) und des kantonalzürcherischen Bundes für Frauenstimmrecht (1920)«. VOEGELI, Yvonne: Zwischen Hausrat und Rathaus. Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz 1945–1971, Zürich 1997, S. 345. Nach Einführung des eidgenössischen Frauenstimm- und Wahlrechts 1971 wurde der Name geändert in Verein für Frauenrechte, Sektion Zürich. Seit 1978 heisst er »Verein aktiver Staatsbürgerinnen«. Ebd., Anm. 1. Es handelt sich hierbei um die »älteste noch bestehende Frauenstimmrechtsorganisation der Schweiz«. Ebd. Siehe: Ebd., S. 345–433.
- 68 In diesen Zeitaschnitten lässt sich auch eine »Verdrängung der Sexualität« feststellen. Siehe: WANGER, Thomas Ernst, Die »Verdrängung der Sexualität« in der Frühen Neuzeit und ihre Parallele zur 2. H. d. 19. Jh.s an Beispielen der Bildenden Kunst. Unveröffentlichtes Manuskript 1999.
- 69 Lexikon der Frau, Bd. 1, Zürich 1954, S. 1229. Siehe: Entscheid des Regierungsrathes des Kantons Bern, betreffend das Stimmrecht in der Einwohnergemeinde vom 8. Juni 1886, in: Zeitschrift des Berner Juristenvereins, Bd. 22, Heft 3, 1886, S. 280–289.
- 70 WOODTLI (wie Anm. 16) S. 12.
- 71 Siehe: WEGMUELLER (wie Anm. 46) S. 64–65.
- 72 Siehe meine diesbezüglichen Ausführungen im Kapitel 4. 6. 1 meiner Dissertation: »In der 2. H. d. 19. Jh.s werden Frauen in der Schweiz, in Liechtenstein und in Österreich ihre letzten politischen Rechte genommen«. Darin: »Das Bernische Gemeindegesetz von 1833«. WANGER (wie Anm. 1) S. 146.
- 73 Siehe: MAY von RUED, Julie von: Die Frauenfrage in der Schweiz, zur Bundesrevision am 12. 5. 1872, Biel 1872.
- 74 BODMER-GESSNER, Verena: Bibliographie zur Geschichte der Schweizer Frau im 19. und 20. Jahrhundert, Schweizerischer Verband der Akademikerinnen (Association Suisse des femmes universitaires) Bund Schweizerischer Frauenvereine (Hg.), Zürich 1968 (2) S. 12.
- 75 Ebd.

- 76 Siehe: OSPelt, Alois: Frauenstimmrecht hat eine uralte Tradition, in: VB, 27. 6. 1984, S. 3.
- 77 Siehe: BUECHEL, Patricia: Als eine Frau lesen lernte, trat die Frauenfrage in die Welt. Bildungssituation für Mädchen und Frauen in Liechtenstein, in: Frauenprojekt Liechtenstein (Hg.): Inventur, Zur Situation der Frauen in Liechtenstein, Bern 1994, S. 22–23.
- 78 HAUCH, Gabriella: Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933 (Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung unter der Leitung von Rudolf Arndt und Helmut Konrad (Hg.): Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7, Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung) Wien 1995, S. 43. Diesen Literaturhinweis verdanke ich Prof. Dr. Edith Saurer, Wien.
- 79 Siehe: GAUTSCHI, Willi: Der Landesstreik 1918, Zürich-Einsiedeln-Köln 1968, S. 264.283.328; BRUPBACHER (wie Anm. 35) S. 218–221. Mit Vergleich: Schweiz-Deutschland.
- 80 HARDMEIER, Sibylle: Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890–1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung, Zürich 1997, S. 201. Diesen Literaturhinweis verdanke ich Prof. Dr. Edith Saurer, Wien.
- 81 Vgl.: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 1.2, S. 5. 1929 kam es zu einer Petition für das Frauenstimmrecht durch den Schweizerischen Verband für Frauenstimmrecht und sozialdemokratischen Frauengruppen. Die Petition bewirkte, dass das Parlament den Bundesrat aufforderte die hängigen Motionen Greulich und Göttschheim beschleunigt zu behandeln. Diesem Wunsch entsprach der Bundesrat erst im Jahre 1957! Vgl.: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 1. 2, S. 6. Die Petition wurde von 249237 Frauen und Männern unterzeichnet. Die 78840 Signaturen von Männern hätten im Fall einer Initiative mehr als genügt eine Männer – Volksabstimmung über das Frauenstimmrecht zu erreichen. Leider kam es nie zu einer landesweiten Initiative. Vgl.: VOEGELI (wie Anm. 67) S. 171. Diesen Literaturhinweis verdanke ich Prof. Dr. Edith Saurer, Wien.
- 82 Vgl.: MARXER, Veronika: Zur Einführung des Frauenstimmrechts in Liechtenstein. Ein Sittengemälde (S. 169–210) in: Frauenprojekt Liechtenstein (Hg.): Inventur: Zur Situation der Frauen in Liechtenstein, Bern 1994, S. 170; WOODTLI (wie Anm. 16) S. 251–259.
- 83 Vgl.: Botschaft des Bundesrates (wie Anm. 83) S. 692.
- 84 Der Postvertrag wurde am 1. 4. 1999 gekündigt. Siehe: VB, 13. 5. 1998, S. 3; VL, 12. 2. 1999, S. 5; VL, 1. 4. 1999, S. 1. Am 1. Januar 2000 wurde die bisherige Post in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, was zur Folge hatte, dass durch einen Fehlentscheid der Regierung Briefmarken der Jahrgänge 1967 bis und mit 1995 ab 31. 12. 2001 für frankaturungültig erklärt wurden. Zwischen 1999 und 2000 kündigten 13 000 SammlerInnen ihr FL-Briefmarkenabonnement. Vgl.: VB, 28. 12. 2001, S. 3. Durch eine bis 3. 3. 2002 laufende Umtauschaktion erhöhten sich die Kosten dieses Entscheids auf 14 Millionen Franken. Vgl.: VB, 23. 8. 2001, S. 3.
- 85 Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 170–171. Abänderung der Landesverfassung durch Volksabstimmung vom 14./16. 3. 2003. Abänderung durch: Liechtensteinisches Landesgesetzblatt (LGBL.) 2003 Nr. 186. Siehe: Basler Zeitung, 13. 3. 2003, S. 11; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 14. 9. 2003, S. 15; SPRENGER, Stefan: Katzengold. Zwei Aufsätze zum Wandel im Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 2003(2).
- 86 VB, 18. 2. 1920, zit., in: MARXER (wie Anm. 82) S. 171.
- 87 MATT, Theres: Frauen verhielten sich politisch stumm. »Persönlichkeiten als Gestalter« – Vorlesung von Dr. Rupert Quaderer im Liechtenstein-Institut, in: VB, 21. 11. 2001, S. 2. Zum Thema männlicher Spott siehe: WANGER, Thomas Ernst, Der Spott von Männern in der liechtensteinischen Frauenstimmrechtsdiskussion. Unveröffentlichtes Manuskript 1999.
- 88 Siehe unten.
- 89 Freundliche Auskunft von Regula Zürcher, Gosteli-Archiv, Bern, Juni 1996.
- 90 Siehe: NEUMAYER, Elisabeth: Schweiz und Frauenstimmrecht, Mannheim 1932, S. 32; BENZ, Emilie: Die Geschichte der Frauenbewegung in der Schweiz (S. 189–210) in: Lange Helene Bäumer Gertrud (Hg.): Handbuch der Frauenbewegung, 1. Teil, Die Geschichte der Frauenbewegung in den Kulturländern (Berlin 1901) Reprint: Berlin 1980, S. 201–202.
- 91 Abb. in: TSCHIRKY, Meinrad: »Nemuranai Joru«. Carl Hiltys: »Für schlaflose Nächte« – in Japan ein Bestseller (S. 7–8) in: Terra Plana, Winter 1987, S. 7. Abbildungsrecht bei Josef Müller Tschirky.
- 92 MUELINEN, Helene von: Frauenbewegung (S. 41–48) in: Reichesberg N. (Hg.): Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Zweiter Band, 1. Hälfte. Forstwesen – Handelsgerichte, Bern 1904, S. 47.
- 93 Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, HILTYCarl (Hg.), 11. Jahrgang 1897, Bern 1897, S. 291. Vgl.: RUCKSTUHL (wie Anm. 45) S. 206. Siehe: ESCHER, Nora: Entwicklungstendenzen der Frauenbewegung in der deutschen Schweiz 1850–1918/19. Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich. Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. P. Stadler, Zürich 1985, S. 118–119. Schon 1894 hatte Carl Hilty Meta von Salis – Marschlin (1855–1929) in einem persönlichen Brief das schrittweise Vorgehen nahegelegt. Siehe: HARDMEIER (wie Anm. 80) S. 66. Meta von Salis – Marschlin war 1887 die erste promovierte Historikerin der Schweiz und verfasste den ersten frauenrechtlichen Aufruf in der deutschen Schweiz, der am 1. Januar 1887 unter dem Titel »Ketzerische Neujahrsgedanken einer Frau« in der »Zürcher Post« er-

schien und für das allgemeine Stimm- und Wahlrecht der Frauen eintrat. Vgl.: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 87–88. 1894 hielt sie den ersten feministischen Vortrag in der deutschen Schweiz zum Thema »Frauenstimmrecht und Wahl der Frau«. Ebd.

94 VETSCH, Edgar: Carl Hilty, in: Historisch-heimatkundliche Vereinigung des Bezirkes Werdenberg, Nr. 7, 1972, S. 24; Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft (wie Anm. 93) S. 295.

95 Siehe die Abstimmungen, welche die Ermächtigung der Gemeinden oder des kantonalen Gesetzgebers zur Einführung von politischen Frauenrechten bewirkten. »In den Kantonen Bern und Basel-Stadt wurden die Ermächtigungsbestimmungen in einer Abstimmung, die ausschliesslich die politischen Frauenrechte betraf, angenommen, in Graubünden bei der Revision des Gesetzes zur Ausübung politischer Rechte und in den Halbkantonen Obwalden und Nidwalden anlässlich der Totalrevision der Verfassung.« WOODTLI (wie Anm. 16) S. 251.

96 Botschaft des Bundesrates (wie Anm. 83) S. 700.

97 Siehe: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 154. 195. Abb.

98 Abb. in: WECKER, Regina, SCHNEGG/Brigitte (Hg.): Frauen – Femmes, Zur Geschichte weiblicher Arbeits- und Lebensbedingungen in der Schweiz – Contributions à l'histoire du travail et des conditions de vie des femmes en Suisse, Basel 1984, S. 6. Diese Literatur verdanke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz.

99 Botschaft des Bundesrates (wie Anm. 83) S. 692.

100 Vgl.: LIND, Anna: Das Frauenstudium in Österreich, Deutschland und in der Schweiz, Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Staatswissenschaften der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wien, Wien 1961, S. 18.

101 Das Archiv der Frauenstimmrechtskämpferin Marthe Gosteli, Bern, ist das wohl umfassendste Archiv zum Thema. Siehe: NACHT, Eduard, Gosteli-Archiv, in: Luzerner Neueste Nachrichten (LNN), 3. 3. 1990, S. 35. Diese Literatur verdanke ich Stefan Sprenger, Triesenberg. Die Dokumentationsstelle für Frauenfragen, Bern, besitzt eine umfassende Bibliothek zum Thema Frauenstimmrecht. Diesen Hinweis verdanke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz.

102 Freundliche Mitteilung von Regula Zürcher, Gosteli-Archiv, Bern, Juni 1996.

103 Die interpretative Auslegung stellte in den ersten Eingaben der organisierten FrauenrechtlerInnen ein konstitutives Element dar. Siehe: HARDMEIER (wie Anm. 80) S. 285–290.

104 Siehe: HARDMEIER (wie Anm. 80); VOEGELI (wie Anm. 67).

105 Vgl.: VOEGELI (wie Anm. 67) S. 118.

106 Wohl um die peinlich lange Zeit seit den ersten beiden Aufforderungen zu kaschieren nahm der Bericht des Bundesrates lediglich zu den beiden Postulaten Picot und Gredelmeier Stellung. Vgl.: VOEGELI (wie Anm. 67) S. 118.

107 Siehe: MARXER (wie Anm. 47).

108 Vgl.: VOEGELI (wie Anm. 67) S. 332–333.

109 SCHNEGG, Brigitte, STALDER Anne-Marie: Zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung (S. 8–19) in: Redaktion der NZZ (Hg.): Frauen der Welt, Zürich 1982, S. 18. Siehe: JORIS (wie Anm. 67) S. 535–536 (Dok. 273); WECKER (wie Anm. 98) S. 11–13.

110 Vgl.: VL, 29. 4. 1996. AIRh, AARh, OW, NW, BS und BL sind Halbkantone.

111 Am 15. September 1968.

112 Der Aktionsrat zur Befreiung der Frauen, gegründet im Januar 1968 in Berlin (West), war die erste Frauengruppe. Vgl.: KUHN (wie Anm. 7) S. 569.

113 Biogr. Angaben zu Andrée Valentin in: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 236. Anm. 14.

114 Der 1893 gegründete Frauenrechtsschutzverein ist für das runde Datum des Frauenstimmrechtsvereins Zürich verantwortlich. Das Thema Frauenstimmrecht wurde jedoch erst ein Jahr später, im Jahre 1894, im Verein aufgegriffen, wie dies, im selben Jahr, auch beim »Schweizerischen Verein Frauenbildungsreform« der Fall war. Vgl. HOFMANN, Annie, Union für Frauenbestrebungen 1893–1928, Zürich 1928, S. 7.9.43.

115 HOFMANN (wie Anm. 114) S. 3.

116 Als ersten Erfolg erreichte die »Union für Frauenbestrebungen« die Zulassung der Frauen zur Advocatur, 1898. Bezüglich der »Union« siehe: HOFMANN (wie Anm. 114). Die erste Zürcher Rechtsanwältin (1898) war Anna Mackenroth aus Danzig, die 1894 promoviert hatte und im Vorstand der Union für Frauenbestrebungen war. Sie war auch literarisch tätig und verfasste Dramen und Lustspiele. Auch sie starb verarmt und vereinsamt, in angeblicher oder tatsächlicher geistiger Umnachtung, 1938 in der Anstalt Hohenegg ob Meilen. An dieser Stelle möchte ich auch Helene von Druskowitz (1856–1918) nicht unerwähnt lassen, die die letzten 27 Jahre ihres Lebens ebenfalls in Nervenheilstätten verbrachte. Die österreichische Philosophin, Pianistin, Philologin, Religions- und Sprachwissenschaftlerin promovierte 1878 in Zürich. Siehe: MEYER, Ursula J., BENNETT-VAHLE Heidemarie (Hg.): Philosophinnen-Lexikon, Ulm 1997, S. 187–190. Diese Literatur verdanke ich Monika Tschugg, Innsbruck. Die »Pessimistischen Kardinalsätze« von Helene von Druskowitz: »Der Mann als logische und sittliche Unmöglichkeit und als Fluch der Welt« wurden neu herausgegeben. Auch die erste liechtensteinische Schriftstellerin Hermine Rheinberger, geboren am 14. Juli 1864 auf Schloss Vaduz, gestorben am 24. Januar 1932 in Mils, Tirol, musste die zweite Hälfte ihres Lebens in einer psychiatrischen Anstalt verbringen. Vgl.: MARXER, Veronika: Historische Frauenforschung in Liechtenstein (S. 163–171) in: Brunhart Arthur (Hg.): Historiographie im Fürstentum Liechtenstein. Grundlagen und Stand der Forschung im Überblick, Zürich 1996, S. 168. Die Mitteilung der Lebensdaten der Schriftstellerin verdanke ich lic. phil. Veronika Marxer, Schaan. Hermine Rheinberger ist Autorin des Romans: »Gutenberg – Schalun«, Chur 1897. Bezüglich des Werks

der Schriftstellerin siehe: Lexikon der Frau (wie Anm. 69) S. 427. Ein Briefspiegel 1896–1914 zwischen dem liechtensteinischen Künstler Ferdinand Nigg (1865–1949) und Hermine Rheinberger findet sich in: KLIEMAND, Evi: Ferdinand Nigg. Wegzeichen zur Moderne. Bildteppiche, Malerei, Graphik, Paramentik. Mit Beiträgen von Walter Schulten, Rüdiger Joppien, Stefan Kraus, Bern 1985, S. 146–152. Diesen Hinweis verdanke ich Evi Kliemand, Vaduz. Darauf, wie Frauen »verrückt gemacht werden«, kann ich an dieser Stelle leider nicht eingehen. Hermine Rheinberger war eine Nichte des bedeutenden liechtensteinischen Komponisten Josef Gabriel Rheinberger (1839–1901), dessen Gattin die Dichterin Franziska Rheinberger, geb. Jägerhuber, verw. von Hoffnaass war (geboren auf Schloss Maxrain in Oberbayern am 18. 11. 1832, gest. in München am 31. 12. 1892). Siehe: Lexikon der Frau (wie Anm. 69) S. 427. Sie veröffentlichte unter dem Namen Fanny von Hoffnaass. Siehe: RHEINBERGER, Fanny: Aus der Heimath, in: Altmann Robert sen., Frommelt Martin, Kliemand Evi, Ospelt Hubert (Hg.): Liechtensteiner Almanach 1989. Thema: Landschaft in Literatur und Kunst, Vaduz 1989, S. 125–128. Diesen Hinweis verdanke ich Evi Kliemand, Vaduz.

117 Sieber Gertrud, in: Die Staatsbürgerin, Nr. 12, 1968, zit., in: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 201–202.

118 Am Frauenstimmrechtstag 1. Februar 1969 kam es durch die FBB zu mehreren Zwischenfällen, so wurde eine Referentin nach einer halben Stunde durch Niederklatschen am weitersprechen gehindert. Eine Rednerin der FBB ihrerseits durch Zwischenrufe der Stimmrechtsfrauen unterbrochen, sodass die Versammlung abgebrochen wurde. Im Fackelzug auf den Lindenberg versuchten die FBB-Frauen sich an die Spitze zu stellen, was ihnen aber nicht gelang. Als ihnen der traditionelle Zug zu langweilig wurde, scherteten sie in belebtere Örtlichkeiten Zürichs aus und führten ein Strassentheater gegen die bürgerliche Erziehung auf »welche die Frau an den Herd verweist.« VOEGELI (wie Anm. 67) S. 393. 1989 hat sich die FBB mit einem grossen Frauenfest zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens der neuen Frauenbewegung aufgelöst. Vgl.: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 1.3, S. 10.

119 MIES, Maria: Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen, Nachdruck (aus: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 1, München 1978, S. 7–23) S. 41–63. Diese Lit. verdanke ich Mag. Margit Brunner, Satteins.

120 Siehe: JORIS (wie Anm. 67) S. 473–474, 537–538; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 1.3.

121 CONDORCET, Jean Antoine de: Über die Zulassung der Frauen zum Bürgerrecht, 1789, in: Schröder Hannelore (Hg.): Die Rechtslosigkeit der Frau im Rechtsstaat, Frankfurt, New York 1979, S. 55–65.

122 MURRAY, Judith Sargent: Über die Gleichheit der Geschlechter, 1790, in: Schröder Hannelore (Hg.): Die Frau ist frei geboren,

Texte zur Frauenemanzipation, Bd. I: 1789–1870, München 1979, S. 80–90.

123 GOUGES, Olympe Marie de: Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin, 1791, in: Schröder Hannelore (Hg.): Die Frau ist frei geboren, Bd. 1, 1789–1870, München 1979, S. 31–54; GOUGES, Olympe Marie de: Die »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« der Olympe de Gouges von 1791, in: OLYMPE. Feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft 1, Zürich 1994, S. 10–15. Dieses Dokument stellt »eine quasi Grundsatzklärung der Frauenrechtsbewegung« dar. PETERSEN, Susanne: Marktweiber und Amazonen, Frauen in der Französischen Revolution, Universität Innsbruck 1988. Unveröffentlichter Vortrag zum gleichnamigen Buch, Köln 1987. Auch ist das Dokument von welthistorischer Bedeutung. Vgl.: SCHROEDER, Hannelore: Die Frau ist frei geboren, Bd. I: 1789–1870, München 1979. In der Frühaufklärung wurde der Begriff Mensch (Homme) geschlechtsneutral aufgefasst. Siehe: STEINBRUEGGE, Lieselotte: Das moralische Geschlecht. Theorien und literarische Entwürfe über die Natur der Frau in der französischen Aufklärung, Weinheim–Basel 1987, S. 19–45; OPITZ, Claudia: Die vergessenen Töchter der Revolution – Frauen und Frauenrechte im revolutionären Frankreich 1789–1795 (S. 287–312) in: Grubitzsch Helga u. a. (Hg.): Grenzgängerinnen. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert. Weibliche Wirklichkeit und männliche Phantasien. Federführende Reihenherausgeberin: Kuhn Annette, Düsseldorf 1985(1), S. 298–299. In der Encyclopedie von Diderot und d'Alembert (Paris 1751–1770), in 35 Bde. erschienen, wurde der Mensch nur mehr männlich aufgefasst.

124 Mary Wollstonecraft, »A Vindication of the Rights of Woman«, 1792. Siehe: WOLLSTONECRAFT, Mary: Verteidigung der Rechte der Frauen, London 1792, Neuauflage der Übertragung von Berta Pappenheim, Dresden–Leipzig 1899, ergänzt mit Texten der Schnepfenthaler Übersetzung 1793, mit Chronologie, Vor- und Nachwort von Berta Rahm (Hg.): Band I, Zürich 1978(2), Band II, Zürich 1976.

125 HIPPEL, Theodor G. von: Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber (1792). Auswahl von Achim von Winterfeld. Ein Beitrag zur Frauenfrage, Leipzig 1909. Diese Publikation ermunterte Amalia Holst zu ihrer Schrift »Über die Bestimmung des Weibes zur höhern Geistesbildung« (1802). HOLST geb. JUSTI, Amalia: »Über die Bestimmung des Weibes zur höhern Geistesbildung«, Berlin 1802, Neuauflage mit Vor- und Nachwort von Rahm Berta. Zürich 1984(2).

126 Siehe: THOMPSON, William, WHEELER, Anna: Protest der einen Hälfte der Menschheit, Frauen gegen die Anmassung der anderen Hälfte, Männer, sie in politischer und damit in bürgerlicher und häuslicher Sklaverei zu halten, 1825, in: Schröder Hannelore (Hg.): Die Frau ist frei geboren, Texte zur Frauenemanzipation, Bd. 1, 1789–1870, München 1979, S. 101–122; KLEINAU, Elke: Anna Wheeler, Portrait einer frühen Feministin und Sozialistin, in: Wiener Historikerinnen (Hg.): Die ungeschriebene Geschichte. Histo-

rische Frauenforschung. Frauenforschung Band 3, Dokumentation des 5. Historikerinnentreffens in Wien 16.–19. April 1984, Wien 1984, S. 11–19.

127 Ähnlich der »Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin«, welche den »Menschenrechten« die Rechte der Frau gegenüberstellt, wurde die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 durch die Frauen von Seneca Falls, 19. und 20. Juli 1848, auf dem ersten Frauenstimmrechtskongress modifiziert, u. a. von Elisabeth Cady Stanton. Siehe: Frauen von Seneca Falls, Deklaration der Meinung, 1848, in: Schröder Hannelore (Hg.): Die Frau ist frei geboren, Bd. 1, 1789–1870, München 1979, S. 91–100. Auch dieses Dokument ist von welthistorischer Bedeutung, vgl.: SCHROEDER (wie Anm. 123), und von Aktualität.

128 SCHROEDER, Hannelore (Hg.): John Stuart Mill, Harriet Taylor Mill, Helen Taylor: Die Hörigkeit der Frau (1869) und andere Schriften zur Frauenemanzipation, Frankfurt a. M. 1976; MILL; John Stuart, TAYLOR Helen: Über die Zulassung der Frauen zum Wahlrecht, 1867, in: Schröder Hannelore: Die Frau ist frei geboren, Bd. I: 1789–1870, München 1979, S. 123–144.

129 DOHM, Hedwig: Der Frauen Natur und Recht. Zur Frauenfrage zwei Abhandlungen über Eigenschaften und Stimmrecht der Frauen, Berlin 1876.

130 STOEHR, Irene: Mütterlichkeit. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900, in: Hausen Karin, Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 221–248.

131 Siehe: SCHNEGG, Brigitte: Überlegungen zu Theorie und Praxis der schweizerischen Frauenbewegung um die Jahrhundertwende, in: Wiener Historikerinnen (wie Anm. 126.) S. 37–46. Zum Thema Menschenrechte und Differenz – Theorie siehe das Kapitel 3. 6 meiner Dissertation: »Die Wehrfähigkeit von Frauen in der Französischen Revolution und ihr Recht auf politische Mitbestimmung« incl. Anmerkung 22, S. 120. WANGER (wie Anm. 1) S. 118–122.

132 Siehe: HARDMEIER (wie Anm. 80) S. 119.

133 Ebd., S. 122.

134 Vgl.: VOEGELI (wie Anm. 67) S. 391.

135 Bereits in der legendären 75-Jahrfeier des Zürcher Frauenstimmrechtsvereins wurde dieser im Rahmen der Diskussion vorgeschlagen »zur Verhinderung einer Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention mit Vorbehalten«. Vgl.: VOEGELI (wie Anm. 67) S. 390. Die FBB sah dann jedoch von einer Teilnahme ab, da die Demonstration angemeldet wurde, weshalb die Demonstration in einer Sitzungsferienzeit der eidgenössischen Räte stattfand. Vgl.: Ebd., S. 396.

136 Rede von Emile Lieberherr vor dem Bundesrat, paraphrasiert in: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 211. Emilie Lieberherr wurde später die erste Präsidentin der neuen Eidgenössischen Frauenkommission, war erste Zürcher Stadträtin und später auch Ständerätin. Vgl.: JORIS (wie Anm. 27) S. 22.

137 ZIT., in: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 212.

138 Bundeskanzler Dr. Huber nahm die Resolution entgegen.

139 WOODTLI (wie Anm. 16) S. 213.

140 Vgl.: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 273. Elisabeth Bühler von der Universität Zürich verglich die Stellung der Frau in den verschiedenen Kantonen und gelangte zum Schluss, dass Frauen in der Westschweiz nach wie vor am besten gestellt sind, »am schlechtesten Pendlereinzugsgebiete und ländliche Regionen in der Deutschschweiz.« BUEHLER, Elisabeth, unter Mitarbeit von Carmen BRUN (Kartografie) und Martin STEINMANN (grafische Gestaltung): Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz (Reihe »Gesellschaft Schweiz«, herausgegeben vom Schwerpunktprogramm Zukunft Schweiz) Zürich 2001. Paraphrasiert in: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Frauenfragen, 24. Jg., Nr. 1, Juni 2001, Bern 2001.

141 Siehe: CHAPONNIÈRE-GRANDJEAN, Martine: Geschichte einer Initiative. Gleiche Rechte für Mann und Frau (Verlagsgruppe: »Gleiche Rechte für Mann und Frau«) Zürich–Genf 1983. Diese Literatur verdanke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz.

142 Abb. in: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 273. Kennzeichnung von mir. Siehe: BUEHLER (wie Anm. 140) S. 121.123; Ebd., S. 60–61.

143 Reform des Ehegesetzes in Deutschland 1957, in Österreich 1976, in der Schweiz 1987, in Liechtenstein 1993.

144 Verankerung von gleichen Rechten in der Verfassung in Deutschland 1949, in Österreich 1920, in der Schweiz 1981 und in Liechtenstein 1992.

145 1998 hatte die Freie Liste eine parlamentarische Initiative zur Änderung des Sexualstrafrechtes eingereicht, die u. a. auch die Einführung der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe zum Inhalt hatte. Siehe: Freie Liste Info, 5/1997, S. 4; Freie Liste Info, 1/1988, S. 13; Vorarlberger Nachrichten (VN), 23. 3. 1998, S. A6; VB, 8. 5. 1998, S. 1.7. Auch die Regierung hatte einen Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches unterbreitet, der sich bis 30. Juli 1998 in Vernehmlassung befand. VB, 13. 5. 1998, S. 3. StGB § 202 »Begehung in Ehe oder Lebensgemeinschaft« abgeändert durch LGBL. 2001 Nr. 16. Siehe das Kapitel Nr. 5, 7 meiner Dissertation: »Das neue liechtensteinische Ehegesetz seit 1993«. WANGER (wie Anm. 1) S. 229–232.

146 Vgl.: WANGER (wie Anm. 34) S. 45. Siehe: BROWNMILLER, Susan: Gegen unseren Willen, Vergewaltigung und Männerherrschaft, Frankfurt a. M. 1980(2); FIEGL, Verena: Der Krieg gegen die Frauen. Zum Zusammenhang von Sexismus und Militarismus, Bielefeld 1990. Siehe auch: WANGER, Thomas Ernst: Die sexuelle Gewalt, das Apotropäische und der Krieg. Unveröffentlichtes Manuskript 1999.

147 Die Filmemacherin Elsbeth Büchel hat »Dornröschen und Frauen in Liechtenstein« dokumentiert. Eine Produktion der Projektstelle für Videoanimation Zürich 1990, 19 Min, Farbig, Dt./Dialekt. 2001 wurde der Kampf ums Frauenstimmrecht durch die Filmemacherin Isolde Marxer dokumentiert: Die andere Hälfte.

Der Weg zum Frauenstimmrecht« / 60 Minuten. Produktion: Verein Bildungsarbeit für Frauen, Vaduz. Vertriebsformat: VHS, Farbe, Dialekt. Siehe meine diesbezügliche Anmerkung unten bezüglich der Reise der liechtensteinischen Frauen nach Strassburg 1983.

148 In der Landtagssitzung vom 12.11.1965 äusserte sich der Abgeordnete Roman Gassner (VU) ausser Traktandum zum Frauenstimmrecht. Er beantragte eine Probeabstimmung unter Frauen. Dr. Otto Schädler unterstützte seinen Antrag. Dr. Ernst Büchel war der Ansicht, dass darüber nur die Männer zu entscheiden hätten und stellte den Antrag die Regierung zu beauftragen, die Einführung des Frauenstimmrechtes zu prüfen und dann dem Landtag Bericht zu erstatten, was eine Mehrheit fand. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 1; Vaterländische Union (Hg.): 1936–1986, 50 Jahre für Liechtenstein, Vaduz 1986, S. 57.

149 Vgl.: BRUNNER, Margit: Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Bildungsinstitutionen (Schule und Universität) – Ursachen – Folgen – Strategien der Befreiung (S. 65–86) in: Färber Christine, Zentrale Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin (Hg.): Dokumentation der zentralen Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin. Sexuelle Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen an der Hochschule, Berlin 1992, S. 67.

150 Vgl.: KELLENBERGER, Ralph: Kultur und Identität im kleinen Staat. Das Beispiel Liechtenstein, Bonn 1996, S. 119. Von 1934 bis 1938, Hitler Ante portas, weilten auch rund hundert Hutterer, auf der Flucht vor den Nationalsozialisten, auf Silum, einem idyllischen, walserischen Weiler in Triesenberg, Liechtenstein. Siehe: VL, 3.8.1989, S. 4. Auf die tragische Hutterer-Geschichte mit ihren Verbindungen zum Haus Liechtenstein kann ich an dieser Stelle leider nicht eingehen.

151 Siehe: MARXER (wie Anm. 82) S. 173–174.

152 Vgl.: Amt für Volkswirtschaft (Hg.): Statistisches Jahrbuch 1994, Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1994, S. 367; MARXER (wie Anm. 82) S. 175; Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 3–4.

153 Vgl.: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 174.

154 Vgl.: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 188.

155 Vgl.: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 174; ROTEN, Iris von: Frauen im Laufgitter, Offene Worte zur Stellung der Frau, Bern 1959(2), S. 523.

156 Zu den Legitimationen für die Männerdemokratie bei den Griechen, Römern, und Germanen siehe meine diesbezüglichen, unveröffentlichten, Manuskripte aus dem Jahre 1999. Erst im Jahre 1989 wurde eine Konsultativumfrage von 1986, wonach sich Frauen und Männer für das Frauenstimmrecht aussprachen, im Kanton Appenzell Ausserrhoden berücksichtigt. Männer lehnten hier noch 1972, 1976, 1979 und 1984 das Frauenwahlrecht in der Landsgemeinde ab. Siehe: Rheintalische Volkszeitung, 1.5.1989, S. 1; WANGER (wie Anm. 34) S. 59–63.

157 Siehe: Vaterländische Union (wie Anm. 148) S. 57.

158 Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 179–180. Siehe: Ebd., S. 177.

159 Vgl.: DITTMAR, Jens: Geschlossene Gesellschaft? Kunstszene Liechtenstein: 1962–1988 (S. XXVIII–XLIII) in: Kulturbeirat der Fürstlichen Regierung, Vaduz (Hg.): Zeitgenössisches Kunstschaffen aus Liechtenstein, Schaan 1988, S. XXXI.

160 Kopien von versandten Postkarten verdanke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz.

161 Amt für Volkswirtschaft des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 152) S. 367; VOGT, Paul: Landtag des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): 125 Jahre Landtag, Vaduz 1988(2), S. 247. Die Abstimmung ging jedoch auf eine FBP-Vorlage zurück, was wohl einige VU-Wähler bewogen hatte, mit »Nein« zu stimmen. Siehe: MARXER (wie Anm. 82) S. 178.184.

162 MARXER (wie Anm. 82) S. 182.

163 VB, 9. März 1971, Abgedruckt in: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): Liechtenstein 1938–1978, Vaduz 1978, S. 408. Vgl.: Liechtensteinisches Gymnasium (Hg.): 50 Jahre Gymnasium in Liechtenstein. Vom Collegium Marianum zum Liechtensteinischen Gymnasium. Eine Festschrift, Vaduz 1987, S. 64–65.

164 MARXER (wie Anm. 82) S. 183–184.

165 Ebd., S. 178.204. Siehe: KELLENBERGER (wie Anm. 150) S. 311. Laut Erhebungen des Amtes für Volkswirtschaft heirateten von 1960 bis 1969 48% der Liechtensteiner Männer eine ausländische Frau, 1970 bis 1979 52% und in den Jahren von 1980 bis 1990 57%. 1970–1990: 41,4% Schweizerinnen, 34,5% Österreicherinnen, 8,6% Deutsche und 15,5% andere. Von 1970–1998 heirateten über 55% der liecht. Männer eine Ausländerin. Bei den Frauen lässt sich dasselbe Verhalten feststellen: von 1970 bis 1990 heirateten 51,1% einen Ausländer: 59,6% Schweizer, 19,1% Österreicher, 6,4% Deutsche und 14,9% andere. Vgl.: VL, 25.6.1991, S. 1. Siehe: VB, 19.4.1989, S. 5; VL, 21.11.1987, S. 3; VL, 25.7.1996, S. 1. Dasselbe kann von 1970–1998, gesagt werden: über 51% der Liechtensteinerinnen heirateten einen Ausländer. Vgl.: VB, 23.4.2002, S. 1. Am 31.12.1995 waren in Liechtenstein insgesamt 30923 Personen wohnhaft. 15823 weiblich und 15100 männlich, hiervon 12083 Personen ausländischer Nationalität: 6243 weiblich, 5840 männlich. Diese Auskunft verdanke ich Brunhart Christian, Amt für Volkswirtschaft des Fürstentums Liechtenstein. Vgl.: VB, 19.7.1996, S. 1. Der hohe AusländerInnen-Anteil von 39,1% ergibt sich vor allem auch durch die restriktive Einbürgerungspraxis. Ein am 14.9.1994 durch die VU eingereichtes Postulat betreffend erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer führte 1997 zu einem Vernehmlassungsbericht der Regierung. VL, 14.10.1997, S. 1. Ralph Wanger hat 1997 an der Universität Zürich eine Dissertation zum Thema »Das liechtensteinische Landesbürgerrecht« verfasst. Vgl. VL, 14.10.1997, S. 3. Im Jahre 2000 wurde über die erleichterte Einbürgerung abgestimmt, woraus sich ein knappes Mehr von nur 15 Stimmen ergab. Vgl.: VB, 19.6.2000, S. 1. In der Schweiz wurde 1983 und

1994 »die erleichterte Einbürgerung für Ausländer/innen der zweiten Generation entgegen dem Vorschlag des Parlaments in zwei Volksabstimmungen abgelehnt.« WECKER, Regina: »Ehe ist Schicksal, Vaterland ist auch Schicksal und dagegen ist kein Kraut gewachsen.« *Gemeindebürgerrecht und Staatsangehörigkeit von Frauen in der Schweiz 1798–1998* (S. 13–37) in: *L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, 10. Jg. H. 1, Citizenship, 1999, Anm. 2, S. 13. Siehe: Ebd., S. 35. Die Historikerinnen Veronika Marxer und Claudia Heeb-Fleck, haben »Die liechtensteinische Migrationspolitik im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessen und internationaler Einbindung 1945 bis 1981« untersucht, die ausländische Frauen besonders hart traf, »für die es bis 1989 keinen Familiennachzug gab. Ledige ausländische Mütter mussten bis 1980 gar ihr Kind nach der Geburt sofort ausser Landes schaffen, wenn sie nicht einen Wohnsitz von fünf Jahren nachweisen konnten.« Marxer Veronika, in: VL, 9. 4. 2002, S. 3. Liechtensteinische Staatsbürgerinnen wurden bis 1963 »mit ihrem Mann zur Ausreise gezwungen, wenn dieser Drittausländer war. Bis 1974 verloren sie nach der Heirat mit einem Ausländer ihre Staatsbürgerschaft.« Ebd. Am 30. 6. 2002 waren in Liechtenstein 33 678 Personen wohnhaft, wovon 22 175 Liechtensteiner/innen und 11 503 Ausländer/innen, was einem Anteil von 34,2 % ausmacht. Amt für Volkswirtschaft (Hg.): *Bevölkerungsstatistik*, 30. Juni 2002, Vaduz 2002, S. 5.

166 Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 30. Vgl.: Umfrageergebnis 1981 unter 417 Eschner SchülerInnen, zwischen 11–16 Jahre: nur 56 waren für das Frauenstimmrecht, 108 stimmten unter Bedingung einer Karenzfrist für »eingehetate« Frauen zu, 158 waren gegen das Frauenstimmrecht. MARXER (wie Anm. 82) S. 190.

167 Dieses Gesetz geht auf eine Motion der FBP vom 9.6.1982 zurück, die am 30.6.1982 in ein Postulat umgewandelt und von Abgeordneten beider Fraktionen unterzeichnet wurde. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 14.

168 Siehe den leider nicht veröffentlichten Leserinnenbrief von Helen Marxer-Bulloni zur Einführung der Karenzfrist: »Aktuelles Ergänzungsbild zum Rechen- und Staatskundeunterricht. (Lies sorgfältig durch – Löse nun die folgenden Aufgaben)«, 1994, Archivalie Frauenprojekt Liechtenstein, sowie: Männer für das Frauenstimmrecht, »Die »zugehetate Liechtensteinerin« aus statistischer Sicht«, 15.3.1984, angeheftet, unveröffentlicht (?). Das Dokument in Kopie verdanke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz.

169 Siehe: VL, 29.6.1984, S. 3; VB, 15.12.1983, S. 1. Vgl. dazu die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes in der Schweiz: VL, 18.7.1986, S. 2. Die Einführung der Karenzfrist bescherte dem Land eine Heiratswelle. Vgl.: VB, 19.7.1984, S. 1. Seither werden die Frauen mit Karenzfrist von der AusländerInnenstatistik gesondert erfasst. Vgl.: VB, 11.3.1986, S. 1. Siehe: VB, 25. 7. 1996, S. 1; Amt für Volkswirtschaft (Hg.): *Ausländerstatistik*, 31.8.1996, Vaduz 1996, 1996, S. 37–38. Für die Zusendung der Ausländersta-

tistik bedanke ich mich beim Amt für Volkswirtschaft. Die Frauen mit Karenzfrist erhöhen jedoch den Ausländerinnenanteil in der Bevölkerung. Am 30. April 1997 waren dies 585 Frauen. Vgl.: Amt für Volkswirtschaft (Ebd.: *Ausländerstatistik* 1997) S. 37. Im Gegensatz zur Ausländerstatistik werden diese Frauen im Statistischen Jahrbuch 1994 (wie Anm. 152) und im Statistischen Jahrbuch 1995, Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1995, wie auch in der Wohnbevölkerungsstatistik, 31. 12. 1995, Vaduz 1995, des Amts für Volkswirtschaft leider nicht angeführt. Für die Zusendung der Wohnbevölkerungsstatistik und des Statistischen Jahrbuchs 1995 bedanke ich mich bei Christian Brunhart, Amt für Volkswirtschaft, Vaduz. Die Einbürgerungszahlen von ausländischen Frauen liechtensteinischer Männer sind minim. Waren es 1984 noch 61 Frauen, welche durch Heirat eingebürgert wurden, so erhielt 1985 und 1986 keine einzige Frau durch Heirat die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. 1987 war es eine einzige Frau, die in den »Genuss« einer erleichterten Einbürgerung kam; 1988 waren dies sechs Frauen; 1989 fünfzehn Frauen; der höchste Wert stellte 1991 mit sechzehn Frauen dar. Siehe: Amt für Volkswirtschaft (wie Anm. 152) S. 31. Seit Einführung der Karenzfrist sind 103 Frauen (3,8%) zu Liechtensteinerinnen nach Verheiratung geworden. Vgl.: VB, 25. 7. 1996, S. 1.

170 In der Schweiz wird eine »Aufenthaltsfrist von zwölf Jahren und weitere Eignungsvorschriften wie Vertrautheit mit den schweizerischen Verhältnissen und eine »demokratische Grundhaltung« gefordert. WECKER (wie Anm. 165) S. 17.

171 Regierung des Fürstentums Liechtensteins (wie Anm. 48) S. 20. Siehe: SEAGER, JONI, OLSON Ann: *Der Frauenatlas, Daten, Fakten und Informationen zur Lage der Frauen auf unserer Erde*. Aus dem Englischen von Gabriele Herbst, Frankfurt a. M. 1986, S. 13, 102.

172 Jede Person ist im Grunde genommen »ausländisch«. Die Fremdenfurcht und die daraus resultierende Menschenfeindlichkeit erachte ich als Folge der »Verdrängung« des eigenen »Fremden«. Zu dieser Thematik siehe: MILLER, Arthur: Brennpunkt. Roman, Hamburg 1960(2). Zum liechtensteinischen »Identitätsproblem« siehe: KELLENBERGER (wie Anm. 150). Mit nur 15 Stimmen Differenz wurde in der Volksabstimmung vom 16./18. Juni 2000 die erleichterte Einbürgerung Alteingewessener angenommen. Vgl.: VB, 19. 6. 2000, S. 1.3. Xenophobie zeigt sich auch im derzeit gültigem Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht. Siehe: STEINER, Peter R.: Freizügigkeit und Niederlassungsrecht im Fürstentum Liechtenstein im Rahmen des EWR, in: *Liechtensteinische Juristen-Zeitung, Offizielles Mitteilungsorgan der Vereinigung Liechtensteinischer Richter (VLR)* 21. Jg., Vaduz 2000, S. 1–7. Diese Publikation verdanke ich Ulrike Sardemann, Hamburg.

173 Motion der FBP vom 9.6.1982, die am 30.6.1982 in ein Postulat umgewandelt und von Abgeordneten beider Fraktionen unterzeichnet wurde. Vgl.: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 14. Siehe: Ebd., S. 16. Vor der Frauenstimm-

rechtsabstimmung wurden konkrete Schritte zur Lösung dieses Problems eingeleitet. Erst 1996 wurde das Problem durch Totalrevision des Gemeindegesetzes gelöst! Vgl.: VB, 3.7.1996, S. 3. Siehe: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 18.

174 VL, 27.2.1985, S. 2. Die Schenkung bildete den Grundstock zu weiterer Literatur zum Thema.

175 Diesen Hinweis verdanke ich Monika Tschugg, Innsbruck.

176 Regierung des Fürstentums Liechtenstein: »Botschaft an das Parlament«, 1983, zit., in: VB, 1.7.1994, S. 1. Diese Idee geht auf den Abgeordneten Roman Gassner zurück, der in der Sitzung vom 23.7.1968 den Vorschlag machte, die gesetzlichen Bestimmungen für die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes auf Gemeindeebene zu schaffen. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 48) S. 4.

177 Siehe: MARXER (wie Anm. 82) S. 206.

178 Abb. in: Ebd., S. 189.

179 Postkarte des Gleichstellungsbüros der Regierung des Fürstentums Liechtenstein. 15 Jahre Frauenstimmrecht, 1999. Die Zusendung der diesbezüglichen Postkartenserie verdanke ich Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro, Vaduz.

180 Vgl.: WOODTLI (wie Anm. 16) S. 148.

181 Broschüre der »Aktion Dornröschen«: Frauenstimmrecht wo für?, Vaduz, 1981. Bernadette Brunhart-Biedermann erwähnte mir gegenüber, dass sich die Broschüre der »Aktion Dornröschen« inhaltlich an diese Vorlage angelehnt hätte. Bei Bernadette Brunhart-Biedermann bedanke ich mich für diese Auskunft.

182 Siehe: VL, 2.12.1981, S. 5. Die Frauenstimmrechtsbroschüre wurde zur Jahreswende 1981/82, auf Kosten der »Aktion«, an alle Studierenden an der Universität Innsbruck versandt. Laut Protokoll der »Aktion Dornröschen« vom 2. November 1982 lehnte es die Regierung ab, die Broschüre der »Aktion Dornröschen« (wie Anm. 181) den JungbürgerInnen zu überreichen, da sie »kein Präjudiz« schaffen wollte. Zit., in: MARXER (wie Anm. 82) S. 207. Anm. 73. Die Broschüre ist deshalb heute noch erhältlich! Vgl.: Ebd., S. 190.

183 Frauenprojekt Liechtenstein (Hg.): Inventur, Zur Situation der Frauen in Liechtenstein, Bern 1994. Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 190. Zur historischen Frauenforschung in Liechtenstein siehe: MARXER (wie Anm. 116) S. 163–171. Siehe auch: MARXER (wie Anm. 82) S. 208.209.

184 Vaterländische Union (wie Anm. 148) S. 70.86. Siehe: VL, 12. Jahre Frauen-Union, 1.7.1994, S. 9; Schulz Gudrun (FU), in: VL, 29.1.1993, S. 6.

185 In: KAISER, Johannes: 70 Jahre FBP, Arbeit für Liechtenstein, Vaduz 1988, S. 114, leider nur am Rande erwähnt. Die FBP-Kommission für Frauenfragen hat 1988 eine beachtenswerte Umfrage unter 490 Frauen bezüglich ihrer politischen Interessen etc. durchgeführt. Emmi Sprenger, Schaan, danke ich für diesbezügliche Kopien.

186 Ein Dokument der Aktion Dornröschen zeigt eine Liste, »Eingeladen Aktivitäten Männer«, Linde Schaan, 30. März 1982, mit Namen von Männern, welche durch jeweils namentlich genannte Dornröschen angesprochen werden sollten. Laut Helen Marxer-Bulloni, Vaduz, waren die »Dornröschen« der Ansicht, dass eine Unterstützung durch Männer der Sache dienlich wäre. Die männliche Unterstützung ging nicht von den Männern selbst aus, d. h. die »Männersympathisantengruppe« hat sich nicht gebildet, wie bei MARXER (wie Anm. 82) S. 192, nachzulesen, sondern wurde gebildet. Dass die Männer dann tatsächlich aktiv waren, beweist auch die kluge Auswahl der »Dornröschen«.

187 Abb. in: VB, 23.11.1982, S. 1; MARXER (wie Anm. 82) S. 194; ALLGAEUER, Robert: Zwischen Gräzi und Servus. Eine liechtensteinische Collage (S. 281–289) in: Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, 43. Jg., Heft 2, 1992, S. 287.

188 Historikerin Veronika Marxer, Schaan, ist die zweite Schwester von Regina Marxer, Vaduz. Ihre Mutter, Melitta Marxer, Vaduz, ist ebenfalls Frauen(stimm)rechtskämpferin und Begründerin der liechtensteinischen »Friedensbewegung« im Jahre 1981. Melitta Marxer erinnert mich an bedeutende Feministinnen, die ebenfalls sowohl in der Frauen- als auch in der Antikriegsbewegung aktiv waren, wie z. B. Anita Augsborg. Siehe: fl info, 3.2004, S. 3–4.

189 Das Äussere der Frauenstimmrechtsgegner wurde folgendermassen beschrieben: »Ihre Gestalt ist durch einen quadratförmigen dicken Schädel geprägt, der auf einem unförmigen Körper sitzt.« VL, 31.10.1981. Für den Hinweis und den LeserInnenbrief in Kopie danke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz. Dok. in: MARXER (wie Anm. 82) S. 195. Siehe: Ebd., S. 194–196.

190 Siehe: MARXER (wie Anm. 82) S. 196.

191 Siehe: NIGG, Irene: Ein Flugblatt ging durch die Gerichtsmühlen. Justitias Quadratschädel-Trauma, in: Maulwurf, Nr. 2, Sept. 1985, S. 10; Maulwurf, Nr. 11, März 1988, S. 18.

192 Zum Ende der rund sechzigjährigen Regierungskoalition siehe: VL, 12. 3. 1997, S. 1; VL, 11. 3. 1997, S. 1; VB, 11. 3. 1997, S. 3.

193 Der gravierende Unterschied besteht scherzhaft darin, dass die FBPL für »Gott, Fürst und Vaterland« eintritt, während die VU für »Gott, Vaterland und Fürst« eintritt.

194 Ein Kleber mit der Aufschrift »Für Gott, Fürst und Vaterland« sorgte 2002 lediglich wegen der ungenehmigten Verwendung des Staatswappens in einer Landtagssitzung für Diskussion und nicht etwa wegen dem fehlenden Impressum. VB, 14. 9. 2002, S. 4.

195 Vgl.: Aktion Dornröschen (wie Anm. 181) S. 24.

196 Siehe: MARXER (wie Anm. 82) S. 194; VL, 18.5.1982, zit., in: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): Liechtenstein 1978–1988, Vaduz 1988, S. 143.

197 VL, 10.9.1982, zit., in: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (wie Anm. 196) S. 142. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, Datum des Inkrafttretens für das Fürstentum Liechtenstein: 8.9.1982,

LGBI. Jg. 1982, Nr. 60, ausgegeben 6.10.1982. Siehe: VL, 18.6.1982, S. 1–2.

198 Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 197. Die Reise nach Strassburg wurde von der liechtensteinischen Filmemacherin »Isolde Marxer als Metapher aufgenommen, um den Kampf um Frauenstimmrecht zu dokumentieren.« VB, 15. 1. 2002, S. 7; VB, 22. 1. 2002, S. 19. Der Film »Die andere Hälfte« wurde 2001 vom Verein Bildungsarbeit für Frauen, Vaduz produziert: Erster Teil: »Der Weg zum Frauenstimmrecht / 60 Minuten«. Vertriebsformat: VHS, Farbe, Dialekt. Zweiter Teil: Der Weg zur Gleichstellung / 60 Minuten«. Siehe: frieda. Verein Bildungsarbeit für Frauen (Hg.): Ausg. 6'01, Vaduz 2001, S. 1–5. Das Schweizer Fernsehen, SF 1, strahlte den Film »Die andere Hälfte« am 12. 11. 2003, um 23.14 Uhr und das SF 2 am 15. 11. 2003 um 12.20 Uhr aus.

199 Vgl.: GIRARD-MONTET, Gertrude, Conseiller National. La Tour-de-Peilz, 12.12.1983. Brief an Helen Marxer-Bulloni, Christel Hilti-Kaufmann und Freundinnen. Unveröffentlicht. Übersetzung aus dem Französischen durch Helen Marxer-Bulloni, Vaduz, angeheftet. Archiv Thomas Wanger.

200 Bericht zur Lage des fehlenden Frauenstimmrechts in Liechtenstein aus der Sicht der Betroffenen, 27. September 1983, zit., in: MARXER (wie Anm. 82) S. 198.

201 Gertrude Girard Montet war von 1968–1977 Zentralpräsidentin des Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht, seit 1971: Schweizerischer Verband für Frauenrechte. Seit 1975 war sie Mitglied der schweizerischen Parlamentarier-Delegation im Europarat. Innerhalb des Europarates war sie mehrere Jahre hindurch Präsidentin der Kommission für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit! Siehe: RUCKSTUHL (wie Anm. 45) S. 135–136. Regula Zürcher, Gosteli Archiv, Worbladen, verdanke ich die Auskunft, dass Gertrude Girard-Montet von 1974–1983 Nationalrätin der Freisinnigen Partei war und 1989 verstarb. – Aus dem Strassburg-Besuch entwickelte sich zu Gertrude Girard-Montet ein freundschaftlicher Kontakt, der nach der positiven Abstimmung im Juli 1984 sogar zu einem Besuch in Liechtenstein führte. Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 198.

202 GIRARD-MONTET (wie Anm. 199). Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 198.

203 Vgl.: Landtagsabgeordnete Dr. Renate Wohlwend, in: VB, 11.6.1996, S. 5. Durch den Liechtenstein-Bericht 2003 des Monitoring Komitees, Komitee zur Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen und Standards der Mitglieder des Europarates, welcher die seit 2003 geltende liechtensteinische Verfassung als mit den Standards des Europarates nicht vereinbar bezeichnet, stand die Mitgliedschaft des Landes beim Europarat zur Diskussion. Die Mitgliedschaft im Europarat koste, laut S. D. Landesfürst Hans Adam II. »nur Zeit und Geld«. VL, 9. 8. 2003, S. 1. Zit., in: HANCOCK, Michael, JURGENS Erik: Entwurf für den Bericht an das Büro der Versammlung. Parlamentarische Versammlung. Komitee zur Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen und

Standards der Mitglieder des Europarates (Monitoring Komitee).

Liechtenstein. AS/Mon (2003) 29 rev. 15. September 2003. Unveröffentlicht, o. S. (S. 10); Offensive Liechtenstein. Staatsfeiertagsmagazin, Liechtensteiner Vaterland, Nr. 182, 12. 8. 2003, S. 7. Zum Thema siehe: Basler Zeitung, 13. 3. 2003, S. 11; NZZ, 14. 9. 2003, S. 15; Liechtenstein Pressebulletin. Presse- und Informationsamt des FL (Hg.), 15/2003, S. 3; VL, 24. 11. 2003, S. 7; VL, 26. 11. 2003, S. 1.3; VL, Leserbrief, 13. 12. 2003, S. 9; VL, 26. 11. 2003, S. 1.3; VL, 27. 1. 2004, S. 1.5. Bereits 2002 gelangte eine Gruppe von 32 Personen an das Monitoring Komitee des Europarates, wegen dem Hausgesetz des Fürstlichen Hauses Liechtenstein, das in die Verfassung aufgenommen wurde und Menschenrechten widerspreche. Siehe das Kapitel Nr. 5. 8 meiner Dissertation: »Hausväterliche Bestimmungen im Hausgesetz des Fürstlichen Hauses Liechtenstein«. WANGER (wie Anm. 1) S. 233–237; VB, 15. 5. 2002, S. 1.3. Im Jahre 2002 hatte der Landtag den Bericht der liechtensteinischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für 2001 und besonders die Delegationsleiterin Renate Wohlwend für ihren Kampf gegen die Todesstrafe und gegen den Frauenhandel sehr gelobt. VB, 15. 3. 2002, S. 5. Offenbar wurde und wird im Europarat gute Arbeit geleistet. Im November 2003 konnte das Fürstentum Liechtenstein seine 25jährige Mitgliedschaft im Europarat feiern. Siehe: VL, 13. 11. 2003, S. 3; VB, 27. 11. 2003, S. 7.

204 Vgl.: Schweizer Nationalrätin Josi Meier, in: VB, 6./7. 10. 1978, zit., in: MARXER (wie Anm. 82) S. 197.

205 Vgl.: MARXER (wie Anm. 82) S. 199–201.

206 Vgl.: VOGT (wie Anm. 161) S. 251; MARXER (wie Anm. 82) S. 202.

207 Vgl.: VL, 2. 7. 1984, S. 3.

208 Zur Chronologie Schweiz siehe: CHAPONNIERE-GRANDJEAN (wie Anm. 141); Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Viel erreicht – wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz. Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Bern 1995; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 3.1; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Frauenfragen, 26. Jg., Nr. 1, Juni 2003, Bern 2003. 209 Der Verein Bildungsarbeit für Frauen wurde 1985 gegründet; 1986 die Informations- und Kontaktstelle für Frauen (INFRA), von welcher Vereinsgründungen ausgingen wie z. B. der Tagesmütterverein (Eltern-Kind-Forum) und das 1991 gegründete Frauenhaus Liechtenstein, das u. a. auch Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungstraining für Mädchen und Frauen durchführt. Siehe: HILTI-KAUFMANN, Christel: Öffentlichkeit – auch für Frauen? Frauenvereine und Frauenhilfsorganisationen (S. 146–161) in: Frauenprojekt Liechtenstein (wie Anm. 183) S. 146–161; BRUNNER, Margit: Schweigen ist Gold – Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Fürstentum Liechtenstein (S. 131–143) in: Frauenprojekt Liechtenstein (wie Anm. 183) S. 131–143; Verein zum Schutz misshandelter

Frauen und deren Kindern (Hg.): Frauenhaus Liechtenstein, Jahresberichte.

210 Das Vortragsmanuskript trägt den handschriftlichen Zusatz: »Termin – Leute für IK« (Initiativkomitee). Unmittelbar anschließend an den Vortrag kam es zur Vereinbarung konkreter Schritte. Regina Marxer, Vaduz, danke ich für diesbezügliche Auskünfte und Unterlagen in Kopie.

211 Regina Marxer ist Josef-Gabriel-von-Rheinberger-Preisträgerin (FL) des Jahres 1991 und war Schülerin des Käthe Kollwitz-Schülers Clement Moreau (Karl Meffert). Ihre feministische Kunst ist bedeutsam und wurde lange Zeit in Liechtenstein weitgehend ignoriert und missverstanden. Die Künstlerin und Briefmarkengestalterin lebte nach dem Frauenstimmrechts- und »Gleiche Rechte Initiative« – Kampf viele Jahre zurückgezogen im walsertischen Weiler Frommenhaus/Triesenberg und wohnt heute in Vaduz. Ein literarisches Kurzporträt der Künstlerin findet sich in: SPRENGER (wie Anm. 85) S. 106–110.

212 Der Gegenvorschlag enthielt jedoch weder einen Auftrag an den Gesetzgeber, noch Fristen. Vgl.: MARXER-BULLONI, Helen: Brief an Gertrude Girard-Montet, 6.1.1986. Unveröffentlicht. Archivale Frauenprojekt Liechtenstein. Siehe: VB, 9.11.1985, S. 6; Ebd., 26.10.1985, S. 4. Erst seit dem 17.4.1985 war ein Gegenvorschlag gestattet. Vgl.: VB, 26.10.1985, S. 4. Dank Initiative der Freien Liste wurde dieser demokratiepolitisch bedenkliche Zustand per Volksabstimmung vom 11. und 13. 9. 1987 abgeschafft. Siehe: VL, 5.11. 1985, S. 1; Ebd., 5.9.1986, S. 3; VB, 1.10. 1986, S. 3; VL, 30.9.1986, S. 1; Ebd., 1.10.1986, S. 1. Auch in der Schweiz wurde dieser »Trick« angewandt und konnte ebenfalls im Frühjahr 1987 per Initiative abgeschafft werden. Siehe: VL, 1.10.1986, S. 1; Ebd., 7.9.1987, S. 10; VB, 1.10.1986, S. 1; Ebd., 12.12.1986, S. 1. Bei der »Gleiche Rechte«-Abstimmung gab es sogar eine erstaunliche Anzahl von 48% der Stimmen, die überhaupt gegen »Gleiche Rechte« waren!

213 Vgl.: KELLENBERGER (wie Anm. 150) S. 309. Siehe: VL, 28.2.1992, S. 3.

214 Vgl.: Ebd., S. 309–310. (LGBL 1992. Nr. 81).

215 Siehe: MARXER-BULLONI, Helen: Vor dem Gesetz sind alle gleich? Die verschiedenen politischen Vorstösse, um den Anspruch der Frauen auf Rechtsgleichheit in der Verfassung zu verankern (S. 211–224) in: Frauenprojekt Liechtenstein (wie Anm. 183) S. 219. Laut Regierungsrätin Dr. Andrea Willi sei der Regierungsauftrag, die Gleichberechtigung auf Gesetzesebene bis zum Ende des Jahres 1996 durchzuführen, »praktisch nun erfolgt«. VL, 2.10.1996, S. 3.

216 Mehrere FL-GründerInnen des Jahres 1986 waren früher bei der »Aktion Dornröschen« und »Männer für das Frauenstimmrecht«. Eine Dissertation an der Universität Salzburg von Wolfgang Forthofer, betreut von Univ. Doz. Dr. Barbara Wicha, trägt den Titel: »Strukturen und personenbezogene Entstehungsbedingungen neuer Parteien am Beispiel der Freien Liste im Fürsten-

tum Liechtenstein«, 1994. Ein weiteres durch dieselbe Fachfrau vergebenes Thema war die Diplomarbeit von Daniela Herovitsch: »Veränderung der politischen Situation der Frau im Fürstentum Liechtenstein seit Einführung des Frauenstimmrechtes im Jahr 1984«, 1992, die das Freie Liste-Engagement für Frauenrechte berücksichtigt.

217 Siehe: MARXER-BULLONI (wie Anm. 215) S. 211–224.

218 VB, 19. 1. 1993, S. 5; Ebd., 18.2.1994, S. 3; Ebd., 22.1.1993, S. 1; MARXER-BULLONI, Helen: Die Kommission »Gleiche Rechte für Mann und Frau« (S. 225–235) in: Frauenprojekt Liechtenstein (wie Anm. 183) S. 230. Laut Helen Marxer-Bulloni, Vaduz, habe die Arbeitsgruppe 1996 einen »tollen« Bericht vorgelegt. 1999 wurde die ständige Arbeitsgruppe, der auch zwei Männer angehören, für die zweite Mandatsperiode 1999–2003 neu bestellt. VL, 14. 4. 1999, S. 3.

219 Die Einberufung erfolgte am 28. Juni 1994. Das genaue Datum der Bestellung und Einberufung verdanke ich Helen Marxer-Bulloni, Vaduz. Siehe: VB, 13.12.1994, S. 7; VL, 13.12.1994, S. 3; Freie Liste Info, Nr. 4/Okt. 1997, S. 11–12.

220 Vgl.: VL, 28. 6. 1995, S. 1; Ebd., 8.11.1995, S. 3; Ebd., 7.2.1996, S. 4; Freie Liste Info, Nr. 4/Okt. 1997, S. 11.

221 Bernadette Kubik-Risch hat diese Stelle inne. Siehe: VL, 2.10.1996, S. 3. Auch leitet sie von Amtes wegen die Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der liechtensteinischen Landesverwaltung. Vgl.: VL, 14. 4. 1999, S. 3. Eine Analyse des Gleichstellungsbüros ergab z. B. 1999, dass Frauen »in den Landes- und Gemeindegremien, Stiftungen, Anstalten, den Zivil- und Strafgerichten und den Gerichten des öffentlichen Rechts« zahlenmässig »noch stark untervertreten« sind. VB, 14. 10. 1999, S. 2. Siehe: fl info 3.2004, S. 12.

222 Siehe: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): Nationaler Bericht der Regierung des Fürstentums Liechtenstein zur Gleichstellung von Mann und Frau, Vaduz 1995. Zusammenfassung in: VL, 5.10.1995, S. 3; VB, 11.6.1996, S. 5; VL, 7.2.1996, S. 4. Bezüglich der Diskriminierung der Frau in der liechtensteinischen Gesetzgebung (1984) siehe: Regierung des Fürstentums Liechtenstein: Postulats-Beantwortung des Postulats des Abgeordneten Georg Gstöhl, Hermann Hassler, Franz Meier, Paul Kindle, Ludwig Seger und Alfons Schädler vom 15. 12. 1982, Vaduz, 4. 12. 1984 (Nr. 60 / 1984) Vaduz 1984. Ein Meilenstein! Besprechung in: VL, 23.4.1983, S. 1. Laut Helen Marxer-Bulloni, Vaduz, würde »praktisch hinter jedem Schritt, den Männer für Frauenrechte unternehmen, eine Frau stehen«, so auch in diesem Fall: Marie Therese Vogt hielt im liechtensteinischen Gymnasium, im WS 1981/82, eine Schulstunde zum Thema »Frauenbericht«, Herausgegeben von der Schweizerischen Gleichstellungsstelle, woraus eine Semesterarbeit der 6. Kl. Landesgymnasium über Ungleichbehandlungen in Liechtenstein entstand. Auch sei es zu einer »köstlichen« Theateraufführung gekommen, woraufhin das Thema aufgegriffen werden musste. Den Hinweis auf die Semesterarbeit entnahm

ich einem Dokument von MARXER-BULLONI, Helen: Geschichte des Frauenstimmrechts ab Aktion Dornröschen. Unveröffentlicht. Archivalie Frauenprojekt Liechtenstein. Die Frauenprojekt-Archivalien bezüglich Frauenstimmrecht stellte mir Lic. phil. Veronika Marxer freundlicherweise zum Kopieren zur Verfügung. Siehe auch: VB, 25. 2. 1997, S. 4; VL, 25. 2. 1997, S. 3.

223 Diesen Hinweis verdanke ich Dr. Peter Prast, Triesen. Siehe: VL, 21. 6. 1996, S. 4; VL, 23. 8. 1996, S. 3. »Uneheliche Kinder liechtensteinischer Väter werden, was den Erwerb des Landesbürgerrechts betrifft, bald mit jenen liechtensteinischer Mütter gleichgestellt.« VB, 3. 11. 1997, S. 1. Von 1970–2001 erhielten über 5300 Ausländerinnen und Ausländer die liecht. Staatsbürgerschaft. »Neben den 5300 Einbürgerungen, erhielten in den letzten 30 Jahren rund 4000 im Ausland wohnhafte Kinder liechtensteinischer Mütter die liechtensteinische Staatsbürgerschaft.« VB, 23. 4. 2002, S. 1.

224 VB, 6. 9. 1995, S. 5; Ebd., 7. 10. 1995, S. 3; VL, 9. 1. 1996, S. 3; Ebd., 6. 9. 1995, S. 1; Ebd., 20. 9. 1995, S. 3. Per 26. April 1997 ratifiziert die Schweiz als eines der letzten Länder dieses UNO-Übereinkommen. Vgl.: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 3.1, S. 8.

225 Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): Bericht und Antrag der Regierung über die Umsetzung der Bestimmungen des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 (1/1997) vom 7. Januar 1997. Vgl.: Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Ressort Familie und Gleichberechtigung (Hg.): 1998. Die Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein. Dokumentation der nationalen Strategien und Pläne zur Implementierung der Aktionsplattform von Peking vom 12. Mai 1998, Teil 2 Gleichstellung, Schaan 1998, S. 2. Die Zusendung dieser jährlich aktualisierten, bzw. ergänzten, Broschüre verdanke ich Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro, Vaduz. »Die rechtliche Gleichstellung kann heute als abgeschlossen betrachtet werden. Die faktische Gleichstellung im sozialen, kulturellen, beruflichen und auch politischen Leben ist jedoch noch nicht realisiert und stellt eine wichtige Aufgabe für die Zukunft dar.« Gleichstellungsbüro der Regierung (Hg.): Wahlergebnis der Frauen. Landtagswahlen vom 2. Februar 1997. Resultate einer repräsentativen Volksbefragung und von schriftlichen Umfragen bei den Landtagskandidatinnen und den Ortsgruppenvorsitzenden der Parteien. Projektleitung: Gleichstellungsbüro; Projektbegleitung: Wilfried Marxer-Schädler; Volksbefragung: DemoScope; Schriftliche Umfragen: Gleichstellungsbüro; Auswertung und Präsentation: Wilfried Marxer-Schädler, Vaduz 1997, S. 4. Die Zusendung dieser Studie verdanke ich Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro, Vaduz.

226 VB, 27. 2. 1997, S. 1; VL, 27. 2. 1997, S. 3; VB, 14. 4. 1999, S. 2. Am 25. Januar 1999 wurde ein erster Bericht Liechtensteins über die Implementierung der Bestimmungen der UNO-Konvention in New York vorgelegt. Regierung des Fürstentums Liechtenstein

(Hg.): Landtag, Regierung und Gerichte 1999, Schaan 1999, S. 105. Siehe: VL, 22. 10. 1999, S. 11. »Der sog. Erstbericht zu Liechtenstein wurde vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Rahmen seiner Zwanzigsten Tagung vom 19. Januar – 5. Februar 1999 behandelt, Behandlung der von den Vertragsstaaten gemäss Artikel 18 des Übereinkommens vorgelegten Berichte und als Dokument CE-DAW/C/1999/II.L.1/Add.4 am 1. Februar 1999 in einer vorläufigen Fassung herausgegeben. Die definitive Fassung war am 18. März 1999 erhältlich.« Anmerkung des Ressorts Äusseres zum »Erstbericht zu Liechtenstein«, Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, von Berichtsteratterin Ayse Feride Acar. Die Zusendung dieses Dokumentes in Kopie und in deutscher Übersetzung verdanke ich Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro, Vaduz. Am 19. Oktober 1999 hat die Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Ressort Familie und Gleichberechtigung einen Kommentar über »Massnahmen in den vom Ausschuss angesprochenen Bereichen« verfasst. Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Ressort Familie und Gleichberechtigung (Hg.): Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Massnahmen in den vom Ausschuss angesprochenen Bereichen. Erstbericht zu Liechtenstein vom 4. Mai 1999. Kommentar des Ressorts Familie und Gleichberechtigung. Vaduz, 19. Oktober 1999, RA99/738–9732/1/25. Die Zusendung dieses Dokumentes in Kopie verdanke ich Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro, Vaduz.

227 Siehe: VL, 10. 11. 1998, S. 1.

228 Siehe: FLIP. Informationen für das Personal der Landesverwaltung, Juli 1999, Nr. 19, Vaduz 1999, S. 14–15.

229 In der Eidgenössischen Bundesverwaltung wird dieser Zusatz seit 1991 angewandt. Ebd., 15.

230 Gesetz vom 10. März 1999 über die Gleichstellung von Frau und Mann, Gleichstellungsgesetz (GLG), LGBL, Jg. 1999, Nr. 96, ausgeg. am 5. Mai 1999, Vaduz, 1999. In der Schweiz trat das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) bereits am 1. Juli 1996 in Kraft. Vgl.: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 3.1, S. 8.

231 Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Landtag 1999, wie Anm. 226) S. 105; VL, 13. 3. 1999, S. 4.

232 Siehe: VB, 10. 3. 1999, S. 2; VL, 11. 3. 1999, S. 1.3; VB, 11. 3. 1999, S. 5.

233 Siehe: VB, 2. 12. 1999, S. 6; VB, 12. 7. 2001, S. 5. Siehe: HULTI-KAUFMANN, Christel, Blickwinkel, in: frieda (wie Anm. 198) S. 15–17.

234 Siehe: VL, 13. 11. 1999, S. 3; VB, 13. 11. 1997, S. 7. Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro, Vaduz, verdanke ich die Zusendung der Broschüre »Chancengleichheit 2002« Gleichstellungsbüro der Regierung (Hg.): Chancengleichheit 2002. Anerkennungspreis zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in Liechtenstein, Vaduz 2001. Ausschreibungsprospekt.

235 2002 wurde das Projekt »APIS – Aidsprävention im Sexgewerbe« der Aids-Hilfe Liechtenstein ausgezeichnet. VB, 9. 3. 2002, S. 2; VB, 9. 3. 2002, S. 4. Anstatt dass Männer dazu angehalten werden Kondome zu benutzen, wird an Frauen im Sexgewerbe, das in Liechtenstein per Gesetz verboten ist, Kondome und Aufklärungsbroschüren verteilt. So scheint die Verantwortung wieder bei Frauen zu liegen. Die Namen der Freier könnten hingegen im Gemeindeblatt des Heimatortes publiziert werden, den Frauen ihr Aufenthalt für eine gewisse Zeit genehmigt, sie als Arbeitslos gemeldet und ihnen eine Umschulung angeboten werden.

236 Siehe: VL, 18. 9. 2003, S. 9; Gleichstellungsbüro der Regierung (wie Anm. 234).

237 Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Ressort Familie und Gleichberechtigung (Hg.): 5. Die Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 1999 bis 2001, Schaan 1999 bis 2001, 2001, S. 4. Liechtenstein ist seit dem 1. Mai 1995 EWR-Mitglied. Seit 1996 wurden mehrere Richtlinien übernommen, bis 2000 waren es deren drei.

238 Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Ressort Familie und Gleichberechtigung. Gleichstellungsbüro (Hg.): 5. Die Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2002, Vaduz 2003, S. 13.

239 Zur Chronologie der politischen Partizipation in der Schweiz siehe: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Nehmen Sie Platz, Madame. Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz, Bern 1990; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 53) Teil 2.3; Bundesamt für Statistik (BFS), Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Wahlen 1999–2003, Neuchâtel 2003. Faltprospekt.

240 Siehe: VB, 9. 12. 1985, S. 3; Ebd., 16. 4. 1986, S. 1; Ebd., 7. 3. 1987, S. 1; Ebd., 15. 2. 1986, S. 3; Ebd., 29. 5. 2002, S. 13.

241 Siehe: VB, 7. 3. 1989, S. 1; Ebd., 31. 10. 1990, S. 4.

242 ORF 1, Morgenjournal, 6. 3. 1989: »Aufallend die Streichung von Frauen auch bei den alternativen Listen.« Siehe Infoblatt: Verein Bildungsarbeit für Frauen (Hg.): Frauen in den Landtag. Infoblatt, Vaduz 1989. Archiv Thomas Wanger. In diesem wichtigen Dokument heisst es u. a. »Um Frauen zu wählen, müssen möglichst viele Frauen (und Männer) alle Männer auf der Liste streichen! Nur so werden die Stimmzettel der »Frauen-Streicher« ausgeglichen.« In der Freie Liste Zeitung, 1. Jg., Nr. 1, März 1988, ist »zur Verbesserung der Wahlchancen für Frauen« u. a. die folgende, sehr wünschenswerte, Möglichkeit angeführt: Getrennte Abstimmung über eine Frauen- und eine Männerliste. Für beide Geschlechter wäre die gleiche Anzahl Mandate zu vergeben.« Zum Thema geschlechtergetrennte Wahl siehe den »Ausflug in die Zukunft« in: Eidgen. Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 239) S. 245–246. Ich frage mich, warum dieses demokratiepolitisch bedenkliche und frauenfeindliche »Frauenstreichen« bis dato nicht abgeschafft wurde und

wann Frauen endlich eine Quote von mindestens 50% zugestanden wird. Univ. Doz. Dr. Barbara Wicha, Universität Salzburg, hat sich mit dem Frauenstimmrecht in Liechtenstein und den Strategien, die Präsenz von Frauen, in allen Gremien und auf allen Ebenen, zu erhöhen, eingehend befasst und diesbezüglich auch Referate und Workshops in Liechtenstein gehalten. Siehe: VL, 5. 5. 1987, S. 4; Ebd., 11. 5. 1987; Ebd., 16. 2. 1989, S. 14; VB, 25. 4. 1987, S. 2. Zur Strategie in der Schweiz siehe: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Frauen ins Parlament. Ein Leitfaden für Parteien, Frauenorganisationen und Medien zu den Eidgenössischen Wahlen 1995, Bern 1994; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 239).

243 Archiv Thomas Wanger. Helen Marxer-Bulloni Vaduz danke ich für das unentgeltliche Abbildungsrecht.

244 Siehe: VB, 5. 6. 1985 (sic!); VL, 19. 8. 1995, S. 3; VB, 17. 12. 1994, S. 7.

245 Siehe: VB, 15. 1. 1991, S. 3; Ebd., 28. 1. 1991, S. 3. 1994 waren zehn Frauen als Gemeinderätinnen in acht von elf Gemeinden vertreten. Vgl.: VL, 1. 7. 1994, S. 1. 2004 sind 28 Gemeinderätinnen in neun Gemeinden vertreten. Zur politischen Vertretung auf Gemeindeebene in der Schweiz siehe: BUEHLER (wie Anm. 140) S. 126–128.

246 Siehe: VB, 8. 2. 1993, S. 3; Ebd., 22. 5. 1993, S. 5.

247 Vgl.: WILLI, Andrea: 1984 bis 1994: 10 Jahre Frauenstimmrecht (S. 236–249) in: Frauenprojekt Liechtenstein (wie Anm. 183) S. 236. Siehe: VB, 26. 1. 1993, S. 2; Ebd., 4. 2. 1993, S. 5; Ebd., 27. 5. 1993, S. 5.

248 Vgl.: WILLI (wie Anm. 247) S. 237. Siehe: VB, 15. 12. 1993, S. 3; VL, 28. 9. 1993, S. 3; Amt für Volkswirtschaft (Hg.): Statistisches Jahrbuch 1993, Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1993, S. 340. Leider wurde hier die Wahl vom Februar 1993 nicht angegeben.

249 Laut einer TED-Umfrage des Liechtensteiner Vaterlands (VL) sind 77 Prozent gegen eine gesetzliche Quotenregelung. Siehe: VL, 16. 4. 1997, S. 1; VL, 12. 4. 1997, S. 8. Helen Marxer-Bulloni, Vaduz, schlägt – in Anbetracht dieses betrüblichen Ergebnisses – »eine freiwillige Quote von 30% in allen Ämtern und Kommissionen – wie sie auch die UNO empfiehlt« als »einen guten Kompromiss« vor. »Statt einer Frau müssten danach acht im Landtag in Vaduz sitzen.« Marxer-Bulloni Helen, in: EUREGIO, Vorarlberg – Ostschweiz – Liechtenstein, 15. Mai 1997, S. 6. Siehe: VL, 3. 12. 1996, S. 5. Im Jahr 2000 hat die Freie Liste die Forderung nach einer Geschlechterquote von mindestens 30% in ihr Wahlprogramm aufgenommen. fl info, 4. 2000, S. 6. 11. Gleichstellungsbeauftragte Bernadette Kubik-Risch gibt einer Volksabstimmung über die Quotenregelung keine Chance, weshalb sie »für das weniger angsteinflößende Instrument« der verpflichtenden Listenquote eintritt. fl info, 2. 2001, S. 7. Eine Wahllistenquote, die zudem noch Sache der Parteien ist, Vgl.: VB, 27. 10. 2000, S. 4, hat allerdings mit einer Landtagsabgeordneten-Quote wenig zu tun. Zum Thema Quotierungen in der Schweiz siehe: Eidgenössische

Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 242) S. 42–46; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 208) S. 37–38; Eidgen. Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 239) S. 180–181, 185, 187–192. Zur Quotenfrage in den verschiedenen Ländern siehe: Ebd., S. 7–14.

250 Siehe: VL, 3.2.1997, S. 1.4–5; VB, 3.2.1997, S. 1.3–5 und VL, 11.1.1997, S. 5. Die Freie Liste konnte gar zwei männliche Abgeordnete verbuchen. Auch hier wurden weibliche Abgeordnete von den Listen gestrichen. Konsequente Freie Liste Wähler/innen haben seit Einführung des Frauenstimmrechtes bis dato noch keine Frau in den Landtag gewählt, was zu denken geben sollte. Bei einer Frauenpartei würde sich dieses Problem nicht stellen.

251 Siehe: VB, 20.8.1999, S. 1. 1999 machten Frauen mit 54% die Mehrheit unter den Wahlberechtigten in der Schweiz aus. Dennoch betrug der Frauenanteil im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten lediglich 24%, in den kantonalen Regierungen 20% und im Ständerat 15%. 1999 verbesserte sich die weibliche Repräsentation im Bundesrat: Zwei Frauen nahmen in der

7-köpfigen Bundesregierung Einsitz. Vgl.: Bundesamt für Statistik (BFS), Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Wahlen 1995–1999, Neuchâtel / Bern 1999. Faltprospekt. Im Schweizerischen Nationalrat sind 30 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechtes 2001 »derzeit 46 von 200 Mitgliedern Frauen; im Ständerat sind es 9 von 46. In den kantonalen Parlamenten macht der Frauenanteil durchschnittlich 24 Prozent aus.« Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (wie Anm. 140) S. 108. Siehe: BUEHLER (wie Anm. 140).

252 VB, 12.2.2001, S. 4–5, 11; VL, 12.2.2001, S. 4–5, 8.

253 VB, 3.4.2001, S. 5. Regierungschef – Stellvertreterin ist Rita Kieber, Ressorts: Justiz, Bildung, Verkehr, Kommunikation. Das Ressort Familie und Gleichberechtigung hat Regierungschef Otmar Hasler inne. Regierungsrat – Stellvertreterinnen sind: Emerita Büchel, Brigitte Marogg und Hildegard Marxer.

KULTURELLES STROHFEUER

In der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind die Kantone und Gemeinden zum 1. Januar 2001 als föderale Einheit – eidgenössisch – zusammengefasst worden. Die Eidgenossenschaft ist eine föderale Einheit.

Manfred Bosch

DER LANGE WEG ZUR MODERNE

Literatur im deutschen Bodenseeraum nach 1945
zwischen Restauration und Aufbruch

Wie karg, wie oft auch bedrückend die äußeren Bedingungen: nie wieder habe ich so viele Begegnungen und Gespräche wie damals erlebt, nächtelang, oft mit hungrigem Magen, aber hellwach im Geiste. Da hatte jemand ein Exemplar von Thomas Manns ›Lotte in Weimar‹ aufgetrieben, oder den ›Zauberberg‹, es war von Hand zu Hand gegangen, nun wurde es besprochen, diskutiert, analysiert. Oder es ging um Kafkas Prozessroman, um ein Stück von Sartre oder Thornton Wilder, dessen damals viel gespieltes Drama ›Wir sind noch einmal davongekommen‹ dem allgemeinen Lebensgefühl Ausdruck verlieh – wie es auf so ganz andere, vordergründig leichtere Art der mächtige sound von Glenn Millers ›In the mood‹ aus dem Radio tat, ein Jahrhundert-Hit, der das Zeitkolorit unübertrefflich, unvergesslich einfing ...¹

Die Erinnerung des Malers André Ficus hält im späten Rückblick eine Erfahrung fest, wie sie in jener Zeit viele gemacht haben. Kultur, eben noch Instrument ideologischer Bevormundung und Einübung in fehlgeleiteten Patriotismus, wurde im Kontext der Nachkriegszeit zum integralen Moment des Neuanfangs und Ausdruck der Umkehr zu einer zivilen und gesitteten Existenz, ja eine Art Nenner, auf den sich die menschlichen Hoffnungen bringen ließen. Wenn die unmittelbaren Nachkriegsjahre nicht nur Jahre der Not und Entbehrung, sondern auch eines neuen Optimismus und der Euphorie waren, so dank eines ungeahnten kulturellen Aufbruchs. Man war noch einmal davongekommen, und Kultur wurde für viele zum Träger eines neuen Lebensgefühls. Nicht zuletzt mit Bezug auf sie wurde rückblickend von einer Zeit der schönen Not gesprochen, und wenn für das Jahr 1945 der Ausspruch »So viel Anfang war nie« bemüht wird, dann meint er vor allem das Erlebnis einer neugeschenkten geistigen Freiheit.

KULTURELLES STROHFEUER

In der Bodenseeregion waren die kulturellen und literarischen Impulse nach 1945 besonders kräftig – zunächst und vor allem am deutschen und vorarlbergischen Ufer, wo

der kulturpolitische Neubeginn besonders zwingend und notwendig war. Lange gestauter Betätigungsdrang, ein starker Zustrom an Kulturschaffenden und kulturfreundliche Rahmenbedingungen trugen zu einem Klima bei, in dem neue Verlage nur so aus dem Boden schossen und Konstanz laut »Börsenblatt für den deutschen Buchhandel« gar unter die »verlegerischen Großstädte« aufrückte; bereits im Herbst 1945 hatte Dr. Walter Kaesbach die Überlinger »Ausstellung Deutscher Kunst unserer Zeit«² zusammengetragen, die mit der eben noch verfemten Kunst des Expressionismus bekannt machte; ein dreiviertel Jahr später wurde die Bodenseemetropole zum Schauplatz von »Konstanzer Kulturwochen«³ mit einem reichhaltigen musikalischen, künstlerischen und literarischen Programm; in den größeren Seeorten machten »Weltschau«-Vereine samt angeschlossenem Buchvertrieb mit französischer Kultur bekannt; Heinz Hilpert schlug in einem der ganz wenigen unzerstörten Theater Deutschlands seine Zelte auf, um in Konstanz »Deutsches Theater« zu machen und mit wichtigen Uraufführungen von Stücken Brechts, Zuckmayers und Weisenborns aufzuwarten; Hans Mayer und Stephan Hermlin⁴ überließen die Manuskripte ihrer ersten Bücher der »Oberbadischen Verlagsanstalt« in Singen, in Salem fand bereits 1945 eine Tagung von Schriftstellern und Pädagogen statt, um die Jahreswende 1945/46 wurde in Lindau die »Literarische Gesellschaft« gegründet, deren Auftaktveranstaltung unter dem Thema »Verfolgte Dichtung« stand, und schlussendlich konnten die aus der geistigen Bevormundung entlassenen Institutionen der Bücherversorgung und Erwachsenenbildung sich wieder ihren selbstverantworteten Bildungsaufgaben widmen. In Vorarlberg waren es die Bregenzer Festspiele, deren inzwischen über ein halbes Jahrhundert währende Tradition bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreicht⁵.

Hinzu kam – als Konsequenz eines gigantischen Flucht- und Vertreibungsgeschehens – ein geschichtlich beispielloser Zustrom an Literaten und Künstlern aller Art, so dass sich von einer zweiten Geburt des Bodensees als Landschaft der Künstler und Literaten sprechen ließe. Maler und Bildhauer, die in den Städten ihre Ateliers verloren hatten, Schriftstellerinnen, die aus den Ostgebieten in Überlingen und seinem Hinterland strandeten, Kulturschaffende, die aus der Kriegsgefangenschaft oder Lagern heimkehrten und von der Nähe zur Schweiz angezogen wurden – sie alle suchten in dieser vom Kriege nahezu verschonten Landschaft eine neue Heimat, und viele von ihnen blieben der Region auf Dauer erhalten. So lag die Idee eines länderübergreifenden Zusammenschlusses der Kulturschaffenden am Bodensee gewissermaßen in der Luft. Der erste, freilich reichlich illusorische Plan einer »Kulturvereinigung Bodensee«, der auf Verwaltungsebene und in Verbindung mit der französischen Besatzungsmacht bereits Ende 1945 angeregt und auf Arbeitstreffen am 2. und 4. Januar 1946 in Bregenz bzw. in Egg konkretisiert worden war, führte zu keinen praktischen Ergebnissen⁶, und auch die im Verlauf der »Konstanzer Kulturwochen« im Sommer 1946 offensichtlich spontan entstandene Idee eines Zusammenschlusses der Kulturschaffenden verlief vorläufig im Sande⁷ – erst 1950 wurde diese Idee in Gestalt des »Bodensee-Klubs«⁸ aus der Mitte geflüchteter und vertriebener Künstler heraus realisiert. Von ihm gingen für lange Jahre wichtige Impulse für die Aktivierung des kulturellen Lebens aus; zugleich bot er seinen Mitgliedern

die Chance, in gesellschaftlicher und künstlerischer Hinsicht neu Fuß zu fassen. Auf welches Echo das Bedürfnis nach fachlichem Austausch und sozialen Kontakten stieß, belegt die Tatsache, dass der Verein bereits anderthalb Jahre nach seiner Gründung in fünf Ortsklubs 600 Mitglieder zählte. Im selben Jahr entstand, ebenfalls von heimatvertriebenen (schlesischen) Künstlern gegründet, der »Wangener Kreis«, der mit seinen »Wangener Gesprächen« längst eine eigene Tradition begründet hat. Alljährlicher Höhepunkt ist seit 1956 die Verleihung des Eichendorff-Literaturpreises; weitere Akzente setzte seit den 50er Jahren der Wiederaufbau der im Kriege verlorenen Eichendorff- und Gustav Freytag-Archive bzw. Museen.

EIN SOMMER DER PROVINZ

Diese wenigen Beispiele aus den ersten Nachkriegsjahren mögen genügen, um das für jene Zeit oft beanspruchte Etikett »Stunde der Provinz« für die Bodenseeregion als besonders bedeutsam auszuweisen. Mehr noch – die genannte Entwicklung schien der These des Konstanzer Kulturpolitikers Bruno Leiner recht zu geben, der im Vorfeld der von ihm angeregten »Konstanzer Kulturwochen« im Sommer 1946 aus der Zerstörung der Städte auf neue Perspektiven für den Bodensee schloss: »Die Zeit der Großstädte in Deutschland ist vorbei – sie liegen in Trümmern, sie werden auf lange Sicht hin ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen können (...). Andere Gegenden werden an ihre Stelle treten, in erster Linie diejenigen, in denen noch die traditionellen Kräfte lebendig sind. Wo aber wäre dies mehr der Fall als in unserem Bodenseeraum«. Und für Oberschwaben, wo die einst so lebendigen Reichsstädte seit den napoleonischen Kriegen ihr kulturelles Leben eingebüsst bzw. an Stuttgart, München und Karlsruhe verloren hatten, formulierte der aus dem Exil zurückgekehrte Ulmer Kunstwissenschaftler Julius Baum: Man nährte sich von den Brosamen, die vom Tische der Herren in den Residenzen abfielen (...). Der Ausgang des letzten Krieges machte Oberschwaben zu einem selbständigen Land innerhalb der Französischen Zone und erweckte damit auch das politische Bewusstsein des Volkes (...). Auf kulturellem Gebiet aber regt sich nun sehr bewusst neues Leben (...). In Oberschwaben aber empfindet man die heutige Zeit nicht nur als eine Epoche der Befreiung vom Nazijoch, sondern auch als eine gesunde Dezentralisation, die den Orten außerhalb der Residenzen des 19. Jahrhundert endlich ihre geistige Selbstbestimmung zurückgibt⁹. Neben der – neuerdings wiedererinnerten¹⁰ – »Gesellschaft für Oberschwaben« mit Sitz in Aulendorf war es vor allem die Saulgauer »Fähre«, von der bis heute wichtige Impulse für das Kunstleben Oberschwabens ausgehen.

Diese unvermutete Blüte der Kultur im Bodenseeraum nährte sich freilich nicht von dem immensen Nachholbedarf nach zwölf Jahren geistiger und kultureller Isolierung allein, sondern war einer Besatzungspolitik geschuldet, als deren eigentliche Leistung und Aushängeschild immer wieder die Kulturpolitik beschrieben wird. Dass hierbei das Selbst- und Sen-

dungsbewusstsein der *grande nation*, der Gedanke der *rééducation* und ein gewisses »panem et circenses«-Kalkül enge Verbindungen eingingen, lässt sich mit der Tatsache erklären, dass die französische Besatzungsmacht ihre Zone als wirtschaftliches »Faustpfand« betrachtete und die umfassenden Requisitionen ein Stück weit kulturell »kompensierte«¹¹ – Theater- und Musikaufführungen, Ausstellungen, Lesungen und Vorträge waren damals jedenfalls so häufig, dass man vielfach von »Masse statt Klasse« sprach; selbst die Militärregierung fragte sich bald besorgt, ob die »Ausuferung« des Kulturbetriebs nicht eher kontraproduktiv wirke¹².

Gleichwohl war die unbestreitbare und erstaunliche kulturelle Revitalisierung nicht mehr als ein »Sommer der Provinz«. Dieser ging mit der Währungsreform zu Ende, die im Grunde eine Rückkehr zur »bürgerlichen Geschäftsordnung« war – und indem sie die Grundlagen für den Wiederaufbau schuf, lenkte sie das Interesse auf die Großstädte als die eigentlichen Orte des Geschehens zurück. Die Krise der Verlage, Redaktionen und Theater, der Konzerthäuser und übrigen Institutionen war jedoch allgemein. Die wirtschaftliche Lage bei uns in Deutschland ist katastrophal geworden, suchte der Konstanzer Verleger Curt Weller im Sommer 1948 dem Dichter Jacob Picard in seinem New Yorker Exil klarzumachen, die Geldknappheit ist ungeheuer¹³. Dabei darf nicht vergessen werden, dass seit Kriegsende in Bezug auf Kultur eine »unechte Marktsituation« geherrscht hatte: so gehörten beispielsweise Bücher zu den wenigen markenfreien Waren, und Kulturkonsum wurde in der Interimszeit des Nachkriegs ein Stück weit »Zeitvertreib« und Freizeitgestaltung. Mit dieser »privilegierten« Situation war es für die Unternehmer im Kulturbereich am Tage der Währungsreform schlagartig vorbei – das kulturelle Angebot hatte sich unter dem Vorzeichen gefüllter Läden und Regale mit neuen, lange vernachlässigten Bedürfnissen zu messen – und zog angesichts der zurückliegenden materiellen Entbehrungen den kürzeren. Alles Geld wandert nur noch in Fleischer- und Bäckerläden, schob Curt Weller in seinem Brief an Picard nach. Es ist, als ob ein ausgehungertes Volk einen Fresskomplex bekommen hätte. Geist steht ganz tief im Kurs. Die Situation im Buchhandel sei entsprechend, die Lager seien noch von Weihnachten her verstopft, die Sortimentler säßen auf ihren Lagern und hätten kein Geld, die Verleger zu bezahlen. Selbst die Bücher namhafter Autoren wie Theodor Plievier, Anna Seghers, Robert Neumann boten dem Verlag zurzeit keine materielle Basis mehr.¹⁴ Wie Weller gingen – bis auf die Konstanzer Verlage Asmus und Südverlag bzw. Thorbecke in Lindau – so gut wie alle Verlagsneugründungen in Konkurs. Auch Heinz Hilperts Idee eines »Deutschen Theaters« in Konstanz war schon nach wenigen Spielzeiten nicht nur am Finanzgebaren des Regiestars, sondern auch an den bescheideneren Ansprüchen des Konstanzer Publikums gescheitert – auf Dauer gab eine Kleinstadt wie Konstanz einfach nicht das Publikum für eine Bühne solchen Zuschnitts ab.

Nirgends offenbarte sich die gesellschaftliche Ausnahmesituation der kulturellen Blüte deutlicher als an den Kulturschaffenden selbst, so dass sie sich mit der Zeit in einer Art politisch bedingter Ferien wähnen konnten, in denen sich ihr Talent nicht länger in produktiven Leistungen zu bewähren brauchte: Erfolglosigkeit schlug in Selbstüberschätzung um und die ehemaligen Großstädter verwandelten sich erstaunlich schnell in Originale und Käuze¹⁵, beobachtete Erich Kuby; und Heinrich Bechtoldt, Lektor des Verlags Johannes Asmus, fand das Jammern dieser

Leute bedenklich, nachdem sie plötzlich entdeckt haben, dass sie in diesem Leben noch einmal arbeiten müssen, während sie sich vor der Währungsreform schon zur Ruhe gesetzt glaubten¹⁶.

»NORMALEN VERHÄLTNISSEN« ENTGEGEN

Während die Kulturschaffenden noch damit beschäftigt waren, sich mental auf die neuen Verhältnisse einzustellen, setzte bereits eine Normalisierung des regionalen Kulturlebens ein, die sich immer mehr als ein Prozess der Provinzialisierung herausstellte. Daran wirkte einerseits die Abwanderung von Autoren mit – man denke an Namen wie Günther Weisenborn oder Theodor Plievier; zum anderen machten Ende und Wegzug von Verlagen (vor allem Curt Weller bzw. Johannes Asmus und Werner Wulff) die Region um wichtige geistige Tauschplätze ärmer. Man war nun wieder ein Stück mehr unter sich; die Dinge bewegten sich am deutschen Ufer wieder auf ein »südbadisches« bzw. »oberschwäbisches Normalmaß« zu. Damit wurde jene schwere Lähmung umso fühlbarer, die der Lektor und Zensor in französischen Diensten, Alfred Döblin, als Nachwirkung der aushöhlenden Diktatur und des Katzenjammers nach dem Delirium schon 1947 diagnostiziert hatte: Was man hier im Lande zu lesen bekommt, ist im Unterschied zu den Produkten am Ende des vorigen Weltkriegs weder inhaltlich revolutionär noch neu im Formalen (...). Vorherrscht eine Neigung zur Vertiefung und religiösen Versenkung. Aber das, worauf ich stieß, schreibt noch keine eigene Handschrift. Man merkt überhaupt, auch bei den Lesern, dass man sich rückwärts orientiert und gern bei Klassikern, bei beruhigten, formal feststehenden und mystischen Autoren Halt sucht (...). Und so sehen wir heute in die Druckpressen einfließen einen trüben Strom von Landschaftsliteratur, Volkstumsliteratur, vielfach von Autoren, die in der Nazi-Epoche von den Dirigenten dieser Bewegung dafür gelobt wurden¹⁷. Heinrich Bechtoldt, Lektor im Konstanzer Asmus-Verlag, sah die Situation ähnlich: während die einen in der Pflege einer einsamen und vereinsamenden Esoterik (verharrten) – daher die Fülle der lyrischen Produktion, die kein Echo findet – vermöchten die anderen die rasende Fahrt, zu der sie ein Komplex antreibt, der sich Führungsanspruch nennt, nicht aufzuhalten und landeten bei einer mehr oder minder leicht als solche zu erkennenden Propaganda – daher die vielen Broschüren und Schriften, wo meist ein Blick auf das Verlagssignet genügt, um sie gelesen zu haben¹⁸. »Flucht in die Klassik« und ins formal Bewährte hier, der publizistische Charakter der Zeit mit ihrer übergroßen Zahl der Erklärer, wie »alles gekommen ist«, dort: es war im Grunde ein Beleg für die Tatsache, dass die Manuskripte, die wir brauchen, (...) erst geschrieben werden müssen¹⁹.

Doch von wem war eine neue Literatur zu erwarten? Schrieb schon ein Grossteil der deutschen Autoren nach 1945 weiter, als ob nichts geschehen wäre – wie hätte man da von der heimisch-eingesessenen Literatenschaft am Bodensee anderes erwarten können? Man muss nicht gleich Hermann Hesses hartem, wenn subjektiv auch verständlichem Urteil zustimmen, wonach die Leute unsrer damaligen kleinen Literatenschicht am Bodensee (...) sich ohne Ausnahme nicht bewährt« hätten: »die einen literarisch nicht, die andern politisch und menschlich nicht, die meisten versag-

ten und enttäuschten in Beidem²⁰; doch die ungunstigen Kontinuitäten waren zuweilen beklemmend – zumal für manchen Bodenseedichter (darunter gerade die repräsentativen) die Jahre des »Dritten Reiches« seine »guten« gewesen waren. Nicht, daß alle der Ideologie der Nazis so zugearbeitet hätten wie Ludwig Finckh mit seinen Spleens von Ahnenkult und Auslandsdeutschtum; aber punktuell hatten sie doch dem System Zugeständnisse gemacht, sich als Aushängeschild missbrauchen lassen und für manche war auch nach 1945 das »Dritte Reich« noch nicht wirklich vorbei. Der Dramatiker und Romancier Wilhelm von Scholz, der noch 1944 Elogen auf Hitler gedichtet und Ergebenheitsadressen an die Partei formuliert hatte, wiederholte, vom »Triumph« einer rein deutschen Dramatik während des »Dritten Reiches« unbelehrt, noch Mitte der fünfziger Jahre am Beispiel der Theaterspielpläne seine Sorge vor einer Überfremdung der deutschen Kultur²¹, mit der er schon vor 1933 hausieren gegangen war; auch der völkische Dichter Wilhelm Schäfer, der 1931 zur Spaltung innerhalb der »Preussischen Akademie der Künste« beigetragen hatte, galt als literarischer Repräsentant des »Dritten Reiches«; die verstiegenen »Geistdramen« Ernst Bacmeisters erlebten zu keiner Zeit mehr Aufführungen als damals; Ludwig Finckh zeigte sich noch in seinen späten Erinnerungen²² auf skandalöse Weise unbelehrbar – nicht anders als die Vorarlbergerin Natalie Beer. Und sogar mancher schweizerische Autor, wie etwa der Bauerdichter Alfred Hugenberg, ließ sich von den Nazis auf die alemännische Leimrute locken; selbst eine dem nazistischen Plebejertum so abholde Natur wie Emanuel Stickelberger, dessen leicht instrumentalisierbare Geschichtsromane auf den Empfehlungslisten der Nazis standen, verhielt sich wie der Hauptmann Daxelhofen, dem C. F. Meyer die Worte *Das Reich befiehlt* ich nicht in den Mund gelegt hatte. Sieht man von Autoren wie Friedrich Georg Jünger ab, der seinem Bruder Ernst 1937 nach Überlingen gefolgt war, um für immer zu bleiben, von dem umtriebigen Carl Haensel, der zwischen Schreibtisch, Nürnberger Prozessen und SWF pendelte, oder von einigen »newcomern« wie Rudolf Hagelstange – war der Bodensee der fünfziger Jahre, von den bereits verstorbenen Emanuel von Bodman, Wilhelm Schäfer und Norbert Jacques abgesehen, noch immer weitgehend eine Gegend der ehemaligen Größen, die gewissermaßen »im Austrag« lebten. Literarische Götterbilder wurden in jenen Jahren keine gestürzt; ein Wechsel der literarischen Elite stand noch immer in einiger Ferne. Kritische Fragen wurden höchst selten gestellt, am wenigsten solche, die Verstrickungen in die Ideologie und Politik der Nazis betrafen. Dichter galten als unpolitisch und schienen »nicht belangbar«, da allen Niederungen »irdischer« Belange enthoben.

EINE REGION DER ÜBERLEBEN GRÖSSEN

War der Bodensee so bereits von seinem »personellen Bestand« her eine Region der überlebten Größen, die einen wirklichen Bezug zu einer demokratischen Gesellschaft und

Kultur nicht mehr herzustellen imstande waren, waren auch im Bereich der Institutionen die Anzeichen einer Restauration nicht zu übersehen. So wurde 1949 ausgerechnet Arthur Schmiedhammer Nachfolger Hilperts am Konstanzer Stadttheater – ein Mann, der von 1933 bis 1940 schon einmal Intendant an dieser Bühne und außerdem Beauftragter der Dienststelle Konstanz der Reichstheaterkammer gewesen war. Im Bereich der öffentlichen Bibliotheken sollten die Bestände von völkischer, nationalistischer und militaristischer Literatur gesäubert werden – doch der oft nur halbherzig begonnene Auftrag wurde noch unter französischer Ägide halberledigt ausgesetzt. Das zunächst im Sinne einer Ludwig-Finckh-Gedenkstube konzipierte Hesse-Museum in Gaienhofen ging auf niemand anderes als Sepp Schirpf zurück, weiland Beauftragter der Reichsschrifttumskammer für den Gau Baden; etwas von dieser ursprünglichen Zwecksetzung blieb dem Haus lange eingeschrieben. Erst spät besann man sich auf eine Neukonzeption, die nicht nur Ludwig Finckh in angemessen kritischer Weise darstellt, sondern auch der übrigen Literatur der Höri gerecht zu werden versucht. Und als Meersburg 1949 eine Centenar-Feier zu Ehren seines berühmten Bürgers Fritz Mauthner unternahm, wurde der erwartbare unbefangene Blick auf die Lebensleistung des jüdischen Atheisten der christlichen Tradition geopfert: mit dem honorigen Reinhold Schneider als Hauptredner sprach ausgerechnet ein Exponent christlicher Dichtung, der sich allein mit Mauthners »Geschichte des Atheismus im Abendlande« befasste und dem Werk bei aller Achtung vor seinem Autor jede Aktualität bestritt²³. Ein letztes Beispiel mag dem Dichter Wilhelm von Scholz gelten, der Anfang 1952 erstmals wieder öffentlich in Konstanz las. Zwar war bereits 1949 aus Anlass seines 75. Geburtstages eine Feier im Stadttheater geplant, die Intendant Hilpert jedoch aussetzte, nachdem ihm Gedichte von Scholz' aus dem Jahr 1944 zugespielt worden waren. Nun aber, Anfang 1952, trat von Scholz nach Jahren der Zurückgezogenheit (...) wie schon in anderen Städten, auch in seiner Heimatstadt Konstanz wieder mit einer Vorlesung an die Öffentlichkeit. Zurückhaltender liesse sich der Begriff »Schamfrist« kaum umschreiben; sie dauerte in Konstanz, wo man um Scholz' Anpassungsleistungen an den »Geist« der Zeit wohl wusste, begreiflicherweise etwas länger. Die Würdigung des Abends behielt sich denn auch Ludwig E. Reindl, Redakteur des Südkurier-Feuilletons, selbst vor, um einleitend an die Ehrung Scholz' anlässlich seines 70. Geburtstags 1944 zu erinnern. Dies sei in der damals üblichen Weise mit politischem Akzent geschehen; unter diese Vergangenheit habe der Dichter nunmehr einen begrüßenswert deutlichen Strich²⁴ gezogen. Scholz las unter anderem, nach einer stillen Gedenkminute für seinen kurz zuvor verstorbenen Freund Wilhelm Schäfer, aus seinem 1930 erschienenen Roman »Der Weg nach Ilok«, der, so Scholz in seiner Einleitung zum Abend, wegen einer erschütternden Schilderung mittelalterlicher Judenverfolgungen nach 1933 nicht wieder habe aufgelegt werden können – einer Schilderung auch, die dem Anspruch des Autors nach unbewusst prophetisch war und dem Buch im 3. Reich ein sofortiges Verbot zugezogen hätte²⁵. Das Selbstapologetische dieser Äußerung springt in die Augen und korrespondierte auf verräterische Weise mit dem angeblich begrüßenswert deutlichen Strich unter die eigene Vergangenheit. So entsprach es dem »Geist« einer Zeit, in der nach »diesen Dingen« nicht weiter gefragt wurde und von der Unabschließbarkeit der Auseinandersetzung mit dem Geschehenen nicht die

Rede war. Einmal musste Schluss sein mit den (Selbst-)Vorwürfen, und wie hätten sie sich leichter abtun lassen als durch einem Text, mit dem sich zeigen ließ, dass man es schon früh selbst besser wusste. Und war von Scholz, der nach 1933 mehrfach seine frühere judenfreundliche Einstellung verleugnet und die Toleranzbotschaft seines Dramas »Der Jude von Konstanz« widerrufen hatte, mit der behaupteten Chancenlosigkeit einer Neuauflage seines Romans nicht selbst auch ein wenig »verfolgt« oder doch den Nazis zumindest unliebsam?

Solche Wege ins Unaufgestörte konnten umso mehr verfangen, als es dem Nationalsozialismus gelungen war, das Gedächtnis an die gewaltsam strangulierte Kultur von Weimar – von den Brecht und Zuckmayer, Mehring und Thomas Mann mit ins Exil genommen – weitgehend auszulöschen. Trifft diese Feststellung schon auf das allgemeine Nachkriegsbewusstsein zu, dem »Weimar« jetzt nur noch eine Mär aus fernen Zeiten war, um wieviel mehr dann erst im Falle des Bodensees, wohin jene eminent lebendige und vielfältige Kultur nur in verdünnten Dosen gelangt war. So blieb jedenfalls ein »gefangener« kultureller Traditionszusammenhang maßgebend, der über das Christliche kaum hinausdrängte und sich wesentlich nach hergebrachten, regional gefärbten und heimisch gemusterten Inhalten bestimmte; ja mitunter schien es, als sei die Gegend irgendwie bei Scheffel stehen geblieben, durch dessen »Ekkehard« sie sich gewissermaßen nobilitiert sehen durfte. Was dagegen den Aufenthalt Hermann Hesses auf der Höri betrifft, so blieb er zwar einem breiteren Bewusstsein präsent (wie alles, womit sich renommieren lässt) – doch gelesen wurde er lange hauptsächlich in bildungsbürgerlichen Kreisen. So mochte das satirische Wort Erich Kästners von den Fünfigern als einem *motorisierten Biedermeier* am See seine besondere Berechtigung haben – zumal man sich an seinen Ufern zunehmend ins Bewusstsein einer schönen Landschaft mit wachsendem touristischen Reputationswert und dem Charme einer bescheidenen Internationalität ergab. Eine Institution, die im Gegenzug und auf Dauer kritische und intellektuelle Potenzen an die Region gebunden hätte – wie etwa die Universität Konstanz – kam erst gegen Ende unseres Betrachtungszeitraums ins Spiel.

INNERE VERSUS TATSÄCHLICHE EMIGRATION

Unter dieser Perspektive erscheint das kulturelle Strohfeuer der Nachkriegszeit als Phänomen auf Zeit und rasch verpuffendes Intermezzo, von dem zwar bleibende Impulse ausgingen, das aber doch eher »aufgesetzt« war als dass es im Sinne einer kulturellen Erneuerung von tiefgreifender und langfristiger Wirkung gewesen wäre. Dennoch kann und soll mit den beschriebenen Tendenzen kein kulturelles oder literarisches »Ausbluten« der Region unterstellt werden – wohl aber der Wiederanschluss an ein weithin »unaufgestörtes Dasein«, in dem Kultur für breite Kreise eben nur »irgendwie dazugehörte«, ohne essentieller Bestandteil ihres Lebens zu sein. Neben den erwähnten »unheimlichen Kontinuitäten« sind es auch die

Leerstellen und Versäumnisse, die geeignet sind, den literarischen Saldo der Nachkriegszeit ausweisen – zu ihnen zählt nicht zuletzt die nach 1945 nicht widerrufenen Ausgrenzung exilierter Autoren und die Vernachlässigung ihrer Werke. Zu denken ist dabei an einen Autor wie Jacob Picard, den Dichter des deutschen Landjudentums, der bis in sein 80. Lebensjahr warten musste, um mit seinen Erzählungen in den deutschen Literaturbetrieb zurückzukehren²⁶; an die in Vorarlberg geborene und aufgewachsene Paula Ludwig, deren brasilianisches Exil ihre vielversprechende literarische Karriere beendet hatte, an den Kunstsammler und Schriftsteller Udo Rukser, der zwischen 1934 und 1939 auf dem Oberbühlhof bei Schienen ein Domizil gefunden hatte, um im chilenischen Exil zusammen mit Albert Theile die wichtige Exilzeitschrift »Deutsche Blätter« zu begründen. Aus einem missglückten Exil in England und Frankreich war die Pädagogin und Romanautorin Tami Oelfken ins Reich zurückgekehrt; 1943 landete sie auf der Flucht vor den Nachstellungen der Gestapo in Überlingen, wo sie ihr Buch »Die Fahrt durch das Chaos«²⁷ schrieb. Ich weiss, notierte sie dort über ihre gefährdete halblegale Existenz im Nazireich, ich kann an diesem beschämenden Leben nichts ändern. Ich kann mich nur mit Vorsicht zwischen den Menschen bewegen und bemüht sein, aus den unvergänglichen Dingen Trost und Lebensmut zu schöpfen, aus Büchern, Kunstwerken und Zukunftsträumen. Und aus der Natur, die mich hier umgibt. Mit den Rückzugspositionen der später so inflationär beanspruchten »inneren Emigration« hat die exemplarische weibliche Selbstbehauptung Oelfkens nichts gemein, denn es gibt bei ihr keine Flucht ins vermeintlich Ewige und Beständige, das sie einer Auseinandersetzung und klaren Stellungnahme gegenüber der Zeit entheben würde. Doch Oelfken litt nicht nur unter der politischen Verfolgung; sie tat sich auch mit der Mentalität der Einheimischen schwer – wie übrigens manch anderer hier gestrandete Kulturschaffende auch. Nach eigenem Bekunden fand sie am See zum Arbeiten gar kein Klima; überhaupt beging die gebürtige Bremerin, die durch die intellektuellen Debatten im Berlin der Vorkriegszeit geprägt war, den Fehler, dieselbe Bereitschaft zur geistigen Auseinandersetzung von einer Kleinstadt an der südbadischen Peripherie zu erwarten. Dreimal den Tag verfluchend, der sie in dieses vermuffte Nest gebracht hatte, hielt sie dem heimischen Milieu ihre eigene Identität demonstrativ entgegen: Wir müssen uns von der Freiheit aus generieren und nicht von der Kirche aus. Ich aber komme aus Bremen, bleibe links – das heißt Sozialistin – und absolut protestantisch²⁸. Der Emigrantenstatus erwies sich auch in diesen Fällen als nicht revidierbar^{28a}.

Wenn man am See literarisch gleichwohl nicht in »landschaftsgeschützter Innerlichkeit« versank oder in ein poetisch umflortes »Glück im Winkel« regredierte, dessen literarischen Garanten man in versteckten Heimattuben ein paar Körnchen streute, so auch dank des Literaturpreises, den die Stadt Überlingen 1954 stiftete und in der legitimen Einschätzung, literarische Kapitale der Seeregion zu sein, mit dem selbstbewussten Namen »Bodensee-Literaturpreis« versah. Was die Wahl der Preisträger betrifft, so folgten die Jurys nicht nur den Traditionen einer alten Kulturlandschaft, in denen das Geistige mit dem Geistlichen stets eng zusammengedacht war, sondern akzentuierten sie auch neu – so gleich mit dem ersten Preisträger Wolfram von den Steinen und seinem Werk über Notker, aber nicht minder mit Friedrich Georg Jünger (1955), Leopold Ziegler (1956), Wilhelm Boeck (1959) oder Johannes

Duft (1960). Entstanden war der Gedanke zu einem solchen Preis freilich nicht als losgelöster Akt, sondern im Umfeld der vielfältigen Aktivitäten des »Bodensee-Klubs«, zu denen seit 1952 jährlich durchgeführte Dichtertreffen zählten. In jenem Jahr hatte erstmals ein dreitägiges Dichtertreffen in Konstanz, Meersburg und Überlingen stattgefunden; 1953 kam es, »da inzwischen die Thurgauische Künstlergruppe korporativ die Mitgliedschaft des Bodensee-Klub erworben hatte«²⁹, erstmals auch zur Teilnahme schweizerischer Autorinnen und Autoren. Die Tagung war dem Thema »Kulturelle Wiedergeburt oder Neugeburt Europas« unterstellt; neben Vorträgen über Ortega y Gasset (Dr. Fritz Kraus) und »Die Geistige Erneuerung Europas« (Dr. Hans Zbinden) beteiligten sich Hans von Savigny, Bruno Goetz, Ernst Bacmeister, Paul Sättele, Hans Kriesi, Dino Larese und Georg Thürer an Dichterlesungen. Im Frühjahr 1954 traf man sich erneut, diesmal in Meersburg, Überlingen und Lindau sowie auf der Mainau. Parallel zu den Dichtertreffen entstand die Idee eines Dichterinnentreffens – jeweils in Meersburg und in zeitlicher Nähe zum Todestag Annettes von Droste-Hülshoff. 1951 standen sie unter dem Vorsitz von Luise Rinser; neben einheimischen Autorinnen wie Maré Stahl, Elfriede Eckardt-Skalberg, Lotte Schünemann-Killian und Charlotte Tronier-Funder hatten hier auch Stars des Literaturbetriebs in spe wie Ingeborg Bachmann, Ilse Aichinger oder Marie Luise Kaschnitz ihren Auftritt. Höhepunkte der Droste-Tage bildete – in wechselndem Turnus – die Verleihung des Droste-Preises an eine deutschsprachige Dichterin. Ursprünglich von der badischen Staatsregierung 1946 unter Leo Wohleb neben dem Thoma- und Hebelpreis als dritter badischer Staatspreis gestiftet und 1956 von Helen Freifrau von Bothmer neu belebt, übernahm die Stadt Meersburg 1962 den Preis in eigene Regie. Unter den Ausgezeichneten finden sich neben der Schweizerin Erika Burkart (1957) auch Christine Busta (1963), und es zählt nicht zu den geringsten Verdiensten dieses Preises, mit Nelly Sachs, der Preisträgerin des Jahres 1960 und späteren Nobelpreisträgerin, mit Rose Ausländer (1967) und Hilde Domin (1971) drei Vertreterinnen des Exils neu ins öffentliche Bewusstsein gehoben zu haben. Im Falle von Nelly Sachs gelang es sogar, sie, die deutschen Boden nie wieder betreten wollte, nach Meersburg zu bringen.

Neben solchen Höhepunkten mit ihrer unbezweifelten Belebung des literarischen Lebens zählt die zeittypische Atmosphäre mit ihrem Kolorit zu den zentralen Auskünften über jene Jahre. Sprach man damals doch kaum je von Autoren oder Literatur, sondern von Dichtern und Dichtung, so dass ihnen stets etwas Weihevolleres oder doch zumindest Getragenes und Hehres anhaftete. So erschienen bei den Dichterinnentreffen in den Erinnerungen Josef W. Jankers zu den Nachmittags-Lesungen im Café an der Uferpromenade (...) Droste-Liebhaberinnen, mit grosszügigem Dekolleté Hymnisches rezitierend, auch silberhaarige Siegel-Bewahrerinnen des Reims und der Metrik, abendländisches Geisteserbe beschwörend. Am Grab der Droste gab es Spontan-Lesungen weit hergeister Debütantinnen; jede von ihnen in geheimer Wahlverwandschaft mit der Toten³⁰. 1954 war Jankers Kollege Hans Rudolf Hilty aus St. Gallen erstmals zu Gast auf einem Dichterinnentreffen: Es gab damals noch die »Lyrische Tafelrunde« im alten Meersburger Rathaussaal, und was geboten wurde, war im ganzen so wenig durch kritische Wahl belastet, dass es den unvorbereiteten Zuhörer immer wieder zu verstohlenem Lachen reizen musste³¹. Auf seine Kritik hin wurde Hilty um Mitarbeit ge-

beten, und Martin Walser überredete seinerseits Josef W. Janker, Mitglied des Bodensee-Klubs zu werden und dem literarischen Ausschuß beizutreten – ein trauriger Verein, wie er meinte; aber weil Hilty ihn reingelockt habe, wolle er jetzt mich nachlocken, damit es nicht mehr gar so altjüngferlich zugehe³².

NAGELPROBE

ÜBERLINGER SCHRIFTSTELLERKONGRESS 1954

Ließen sich die unterschiedlichen Erwartungen und Ansprüche an Literatur in diesem Falle noch als süffisant berichtete Anekdoten formulieren, so prallten sie aus Anlass des »Zweiten Internationalen Schriftstellerkongresses«, der vom 13. bis 17. Oktober 1956 Teilnehmer aus Deutschland, Schweiz und Österreich in Überlingen vereinigte, krass aufeinander. Nach der im Jahr zuvor vom Innsbrucker »Turmbund. Gesellschaft für Literatur und Kunst« veranstalteten Vorläuferveranstaltung, deren Erfolg eine alljährliche Wiederholung solcher Dichterbegegnungen zu rechtfertigen schien, sah sich 1956 der »Bodensee-Klub«, dem die Ausrichtung des Kongresses zum Thema »Die deutschsprachige Gegenwartsdichtung im Rahmen der zeitgenössischen europäischen Literatur« übertragen worden war, vor der wohl größten Herausforderung in seiner jungen Geschichte³³. So blieben denn auch skeptische Einschätzungen nicht aus – zunächst auf Seiten der um finanzielle Unterstützung angegangenen Stellen; sowohl die Stadt Überlingen als auch das Stuttgarter Kultusministerium stand dem Aktionismus des Klubvorstands etwas hilf- und ratlos gegenüber. Schließlich bewilligte der Überlinger Stadtrat einstimmig nach vielen Überlegungen und Bedenken³⁴ einen Zuschuss, nachdem er durch eine Zusage des Kultusministeriums in Zugzwang geraten war. Doch auch angesichts des Tagungsprogramms wurde seitens mancher Kommentatoren kritisch gefragt, welcher Nutzeffekt von solchen mehr oder weniger unverbindlichen Gesprächen oder Unterhaltungen zu erhoffen sei³⁵. Ein anderer Kritiker sah rückblickend den wichtigsten Zweck eines solchen Treffens, den Erfahrungsaustausch, verfehlt – habe sich doch zum Gespräch kaum Gelegenheit geboten, denn es gab kaum Diskussionen, keine Kritik, nur Ansprachen, Vorträge, Lesungen, dann höflichen Beifall, gefolgt von betretenem Schweigen³⁶.

Die Beobachtung, dass man Gelesenes in der Hauptsache auf sich wirken ließ und nicht auch Diskussionen unterzog, trifft sicherlich einen allgemeinen Tatbestand im damaligen Umgang mit Texten, die sich als »Dichtung« kritischer Betrachtung eher entzogen. Andere Kritiker bemängelten die unterlassene Einladung ostdeutscher Kollegen, die den Kongress sicher belebt hätten – doch wird man sich hüten müssen, diese Unterlassung vorschnell auf das Konto einer antikommunistischen Stimmung zu buchen – war unter den jüngst verstorbenen Autoren, deren man zu Beginn des Kongresses gedachte, neben Hans Carossa und Gottfried Benn doch auch Bert Brecht³⁷. Gleichwohl war sich die Kritik in der Einschätzung einer sich sehr geruhsam präsentierenden Kongresssphäre³⁸ einig, und eine Düsseldorfer Zeitung

glaubte gar, von vornherein vom peripheren Veranstaltungsort auf Zeitferne und holde Abseitigkeit schließen zu dürfen: So mögen die Bodenseeschriststeller, die offenbar in gutnachbarlicher Weise schon aneinander gewöhnt sind, mit einer Art koexistentiellem Optimismus ihren Kongress begonnen haben in der Voraussicht, eine angenehme Herbstwoche zu verbringen am Gestade des freundlichen Sees, während der man tunlichst die heißen Eisen unserer Zeit nicht anfasst und in erster Linie das allen Gemeinsame, Verbindende herausstellt³⁹. Klaus Mampell schien die Harmonie nach dem ersten Tag sogar so evident, dass er meinte, nur eines (könne) diesen Kongress retten: ein unvorhergesehener Zwischenfall – andernfalls müsste das Treffen in gähnender Langeweile enden⁴⁰.

Tatsächlich wurde der Kongress – folgt man diesem Verständnis einmal – durch einen Skandal »gerettet«. Man darf dieses Paradoxon insofern benützen, als der Vorfall ein grelles Schlaglicht auf die geistige und literarische Situation warf. Als *casus belli* erwies sich der Vortrag »Literatur im Exil« von Hermann Kesten, der von 1933 bis 1949 selbst in der Emigration lebte und wohl der prominenteste Teilnehmer war. Zu allen Zeiten gingen Dichter ins Exil – so begann sein Vortrag⁴¹, um nach einer langen historischen Beispielreihe von Ovid über Dante und Heine auf das Jahr 1933 zu kommen, als Hitler die deutsche Literatur auf die Probe stellte. Ohne das Exil schon für eine literarische oder moralische Qualifikation zu halten (oder das Verbleiben im »Dritten Reich« für eine Disqualifikation – in beidem konnte man sich bewähren oder verraten) – schien es Kesten doch, dass mehr von den guten Schriftstellern (...), dass mehr von den freien und wahrhaftigen, von den stolzen und tapferen Schriftstellern ins Exil gingen, mehr von jenen, die auf ihre persönliche Würde hielten. Jene deutschen Schriftsteller, die im zwanzigsten Jahrhundert nie in Opposition zur Regierung oder zur herrschenden Meinung gestanden hätten, und gar jene, die nie in Opposition zum »Dritten Reich« geraten seien, schienen ihm in der Tat moralisch zweifelhafte, geistig unbedeutende und literarisch unerhebliche Existenzen. Ich wage daher das Wort: Zur Zeit des Dritten Reiches war die ganze deutsche Literatur im Exil, der Geist war im Exil (...). Dank der deutschen Schriftsteller, die ins Exil gingen (...) und in Opposition gegen dieses Reich lebten, hat die deutsche Literatur keinen allzu großen Schaden genommen (...). Das Exil und die innere Opposition waren also eine moralische und geistige Rettung der deutschen Literatur. Im Übrigen, so endete Kesten, sei die Geschichte der deutschen Literatur im Exil noch nicht geschrieben – Aber in fünfzig Jahren wird sie ein Hauptkapitel der deutschen Literatur unserer Epoche bilden.

Mit diesen Grundaussagen seines Vortrags, so Kesten in einem später hinzugefügten Postskriptum zur Druckfassung⁴², habe er gedacht, müsse jeder, der guten Willens sei, übereinstimmen. Kesten sprach, wie ein unabhängiger deutscher Schriftsteller zu sprechen hat, wie jeder innerlich freie deutsche Schriftsteller heute zu sprechen hätte, schrieb denn auch der Meersburger Kulturjournalist Moritz Lederer, Exilant wie Kesten. Das war die lange vergeblich erhoffte exemplarische Klarstellung, ebenso eine exakte Analyse wie eine authentische Interpretation der moralischen Verantwortung des Schriftstellers, seiner sittlichen Verpflichtung insbesondere in gefährdeter geistiger und ethischer Situation⁴³. Tatsächlich jedoch war Kesten von mehreren Zwischenrufen – unerhört, unerträglich⁴⁴ – unterbrochen worden, und als er in der Diskussion Carossa einen mittelmässigen konventionellen Schriftsteller hieß und Ernst Jünger den Satan selber sowie einen Verherrlicher des totalen Kriege⁴⁵, eskalierte die Stimmung. Auch die zweistündige Debatte, die am nächsten Tag der sachlichen

Diskussion dienen sollte, führte nur zu weiterer Verhärtung, um in wüstem Gezänk⁴⁶ zu enden. Zwar entschärfte Kesten seine Äußerungen wieder, indem er Carossa einen edlen Mann nannte und konzedierte, Jünger sei aufgrund seiner »Marmorklippen« in Paris als Antifaschist empfunden worden – doch mit jenem Zwischenrufer (es handelte sich um den im »Dritten Reich« wohlgelittenen Ludwig F. Barthel) lieferte sich Kesten ein peinliches Rededuell. Barthel war ans Podium getreten und glaubte aus seinen Büchern einiges Exkulperende verlesen zu sollen: Die Zuhörer verstummten vor Scham, als Barthel allerhand »Rechtfertigungen« herauskramte, so dann mit seinen Lippen – aber wirklich nur mit diesen – »*mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa*« sprach, und beinahe im gleichen Atemzug bestritt, ein Nazi-Lyriker gewesen zu sein⁴⁷. Daraufhin geriet Kesten mit seinem Kontrahenten in einen Disput, um schließlich auf die durch Barthel verneinte Frage, ob er ein Nazi-Lyriker sei oder nicht, zu erwidern: Dieser notorische Nazi-Lyriker, der in allen Nazi-Anthologien erschien, spricht Worte der Reue und verleugnet gleich darauf, Nazi-Dichter gewesen zu sein. Seine Reue ist null und nichtig⁴⁸. Aus dem literarischen Kongress war unvermittelt ein politischer geworden. Was Kesten laut seinem Postskriptum erboste, war die doppelte Moral der Forderung, endlich alte Gräben zuzuschütten: Weder die Dichter noch das Volk sollten vergessen (...). Wer vergisst, verdrängt nur. Nein! Wir wollen gedenken und uns erinnern, damit wir fühlen und urteilen und human und zivilisiert bleiben⁴⁹. Ursula Binder-Hagelstange brachte in ihrem Pressebericht zwar Verständnis und Sympathie für Kesten auf, gebrauchte jedoch das Wort vom Emigranten-Pharisäertum. Auch anderen erschien Kestens Anklägeramt und inquisitorischer Furor peinlich, mit denen er der Objektivität seiner Forderungen geschadet und Barthel nachgerade in die Selbstbezüglichung getrieben habe⁵⁰. Für Klaus Mampell war der Schriftstellerkongress unversehens zu einer Gerichtssitzung mutiert: Angeklagter: Barthel, Ankläger: Kesten, Richter: Thürer⁵¹. »Die Welt« verband ihre Titelzeile Hier wurde der Kongress zum Tribunal gar mit der Behauptung: Hermann Kesten sprengte das Überlinger Schriftstellertreffen⁵², und die »Frankfurter Rundschau« urteilte: Viele Teilnehmer wollten nichts von Erörterungen der moralischen Haltung deutschsprachiger Dichter im tausendjährigen Reich und in der Gegenwart wissen (Jetzt, nach zwölf Jahren! und so weiter)⁵³.

Damit hatte die Kontroverse über Verhältnis von Exil und »Innerer Emigration«, die bereits kurz nach Kriegsende zwischen Thomas Mann und Walter von Molo bzw. Frank Thiess entbrannt war, erstmals in aller Schärfe und Deutlichkeit auch die Bodenseeregion erreicht. Es musste wohl ein Autor wie Hermann Kesten kommen, der aus der Erfahrung von Ausgrenzung und existenzieller Gefährdung den in Überlingen versammelten Autoren das Exil als epochales Ereignis vor Augen stellte und seine Bedeutung für die gesamte deutsche Literatur beschwor – eine Botschaft, wie sie die versammelten Autoren in ihrem relativen Abseits und in dieser Konsequenz womöglich noch gar nicht erreicht hatte und über der man im Bewusstsein einer eigenen »Inneren Emigration« (die es gab; aber der Begriff war deshalb so fatal, weil er wohlfeil war und von jedermann reklamiert werden konnte) seit langem zur Tagesordnung übergegangen war. Angesichts dieser Lektion nimmt sich das kleine Überlinger Nachspiel zu diesem Kongress mit seinem deutschlandweiten Echo abermals provinziell aus. Friedrich Georg Jünger hatte in einem Brief an Bürgermeister Anton W. Schelle seine Weigerung begründet, die ihm angetragene Präsidentschaft über den Kongress zu überneh-

men, und glaubte, an seiner Entscheidung gut getan zu haben, weil er Organisationen meide (...), welche nur des Organisierens wegen da sind und keinerlei Substanz besitzen. Diese Haltung mochte auch durch die beschimpfenden und ehrabschneidenden Äußerungen gegen seinen Bruder motiviert sein; er nannte sie nicht nur äußerlich und innerlich unwahr, sondern auch heimtückisch, weil weder mein Bruder noch ich anwesend waren. Dann jedoch verstieg er sich zu der ungunstigen Äußerung, es sei ihm unverständlich, dass öffentliche Mittel für eine Veranstaltung bewilligt würden, an der kein öffentliches Interesse bestehe. Ob ein solcher Kongress stattfinde oder nicht, sei ganz gleichgültig, da er weder die deutsche Literatur berühre noch einen Schriftsteller dazu bewegen könne, einen besseren Satz zu schreiben. Wenn die Stadt Überlingen überflüssiges Geld habe, so tue sie besser daran, es den Flüchtlingen zuzuwenden als Organisationen, die leerlaufende Mühlen sind⁵⁴. In seiner Antwort, einer vorsichtigen Distanzierung vom Kongress, rechtfertigte Schelle die Gewährung des Zuschusses als keineswegs leichtfertig, um dann jedoch den eigentlichen Nutzen des Schriftstellertreffens in einem unbeabsichtigten Nebeneffekt zu erkennen: Der einzige Trost ist, dass die Veranstaltung ein außerordentlich großes Presseecho hervorgerufen hat, wobei in jeder Presseveröffentlichung die Schönheit Überlingens rühmlich hervorgehoben wurde. Eine gleiche Anzahl Werbeeinserate der Kurverwaltung hätten uns sicherlich mehr Geld gekostet⁵⁵. Diese Äußerung war so ehrlich wie entlarvend – vielleicht wird ein künftiger Kulturhistoriker der Bodenseeregion in dieser Bemerkung einmal die Geburtsstunde einer viel späteren Einsicht erkennen, wonach der Kultur – zu Zeiten des einsetzenden Wirtschaftswunders durchaus noch nachrangig – die Funktion wichtiger Standort- und Wachstumsfaktoren zukommt.

So hatte dieser Dichterkrieg am Bodensee⁵⁶ mit wünschenswerter Deutlichkeit in grundlegenden Punkten nicht nur unterschiedliche Standpunkte ausgewiesen, sondern auch weitgehend ein »verspätetes Bewusstsein« erkennen lassen, das erst in den ausgehenden fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre von einem neuen schriftstellerischen Selbstverständnis abgelöst wurde. Bis dahin hatte der Bodensee – soweit er Gegenstand der Literatur wurde – seine »Auftritte« noch weitgehend in Rollen, die ihm von einem schier unerschöpflichen Geschichtsfundus her seit langem zugemessen worden waren; auch sah er sich als Landschaft aus dem Blickwinkel des »ewigen Urlaubers« und Flaneurs geschildert bzw. als Kulisse unbeschwerter Lebensgenusses, als Staffage einer heiteren Seelen- und Sonntagslandschaft benutzt – von den lyrischen Kniefällen und Versuchen, ihm das Wasser zu reichen, ganz zu schweigen. Von einem entsprechenden Vokabular war bezeichnenderweise auch die ausführliche Berichterstattung über den Kongress stark geprägt. Nicht nur, dass meteorologische Begriffe wie Gewitter und Wolken (in allen denkbaren Komposita wie Kongressgewitter, reinigendes Gewitter, Wolken über dem Kongress usw.) bis in die Überschriften der Artikel fanden – mitunter suggerierte diese Metaphorik sogar, es könnte schlechterdings niemand anderes die Regie geführt haben als Wetter und Landschaft. Zwischen den Vorträgen, die eine starke Konzentration und Stellungnahme vom Hörer verlangten, schrieb etwa Maré Stahl, war es immer wieder der See, der schon vor der Zeit der ersten Christen und Notkers des Deutschen seine urewigen Weisheiten gesungen hat, der in die erhitzten und erregten Gemüter besänftigte⁵⁷. Und Ursula Binder-Hagelstange schloss ihren Bericht: Bei alledem war Überlingen so schön, wie noch nie (...). Manchmal hätte man gern

die Stirne auf den klaren Wasserspiegel gelegt. Man wäre eingeschauelt neben einem weißen Halbmond, und an anderen Ufern erwacht⁵⁸. Auch Carl Haensel, der die Abschlussdiskussion mitbestritt, bemühte dieses Vokabular: Die Bodenseegewitter sind heftig und überraschend, aber sie enden alle in der Gloriole des Sonnenuntergangs⁵⁹.

SPÄTER AUFBRUCH

Gegen eine solche »prästabilisierte Harmonie« von »Mensch und Gegend« aus dem Geist des klassischen Poesie- und Motivvorrats einer alten Kultur- und Literaturlandschaft kam am Bodensee noch während der 50er Jahre wenig auf. Noch immer verbreitete Lyrik weithin die Aura von »Seelensofa« und »stillem Genügen«; es waltete vor, was Rudolf Alexander Schröder das Trösteramt der Dichtung nannte. Die Gegenwart erzählerisch zu reflektieren, den eigenen Lebensraum kritisch zu befragen, Themen ironisch zu brechen, sich an der literarischen Entwicklung anderer Länder zu orientieren oder sie zumindest zur Kenntnis zu nehmen und vor allem die Bereitschaft, die Sprache und ihre Mittel auf ihre Tragfähigkeit zu prüfen: ein zeitgemäße(re)s schriftstellerisches Selbstverständnis, das über Hymnik und Gegendlob hinausging, schien an das Auftreten einer neuen Generation von Autoren gebunden, die unsere voll zivilisierte, mit »fl. k. u. w. Wasser ausgestattete Zurückgebliebenheit⁶⁰ als Problem zu sehen imstande war. Diesen Weg ging beispielsweise Josef W. Janker, dessen Kriegsverletzungen ihn auf Sanatoriumsaufenthalte mit ausgiebigen Lektüren verwiesen und dem die Auseinandersetzung mit der Kriegsliteratur die allmähliche Erarbeitung eigener Darstellungsmöglichkeiten für seine traumatische Kriegserfahrung erlaubte⁶¹. Die zunehmende Erschließung der Landschaft, ihre Vermarktung im Zeichen eines zunehmenden Wohlstands wurde bei Jankers Jahrgangskollege Klaus Nonnenmann, der seit Ende der fünfziger Jahre ein altes Bauernhaus auf der Höri ausbaute, zum Thema eines Romans mit dem Titel »Teddy Flesh oder Die Belagerung von Sagunt«. Vor einem ganz anderen biographischen Hintergrund hatte der Konstanzer Fritz Mühlenweg bereits in den fünfziger Jahren seine welthaltige Erzählkunst ausgebildet (wenn es auch noch bis in die neunziger Jahre dauern sollte, ehe er durch die beharrliche Editionsarbeit Ekkehard Faudes vom Etikett eines Jugendbuchautors loskam)⁶²; ihm vergleichbar in gewisser Weise Traugott von Stackelberg, dessen lebendiges Erzählen um die Heimat seiner Vorfahren und um Sibirien kreiste⁶³. Friedrich Georg Jüngers technikkritische und fortschrittsskeptische Haltung ist in ihrer lange verdeckten Aktualität⁶⁴ erst in den letzten Jahren einer größeren Leserschaft bewusst geworden; und es war Martin Walser, der die historischen sowie Gegenwartsromane Maria Müller-Göglers als wichtige Selbstauskünfte über die oberschwäbische Region sinnfällig machte, indem er ihre innere Balance von aufgeklärter Religiosität und aufrechtem weiblichem Gang⁶⁵ würdigte. Die seit Anfang der sechziger Jahre erscheinenden Kurzgeschichten und Romane des Friedrichshafner Autors Armin

Ayren⁶⁶ sind ohne Kafka nicht zu denken; zur gleichen Zeit schrieb Karl Wittlinger⁶⁷ seine bühnenwirksamen und vielfach fürs Fernsehen adaptierten Komödien. Während sich Werner Dürrson⁶⁸ noch auf dem Weg der Befreiung aus Abhängigkeiten befand, um dann in Auseinandersetzung mit der französischen modernen Lyrikentwicklung zu einem eigenen Stil zu kommen, war für Peter Hamm der kritische Blick auf den Umgang mit der jüngsten Vergangenheit von Anfang an wichtig. In seiner Dankrede für den Kulturpreis der Städte Ravensburg-Weingarten, in der er seine Nachkriegsjugend zum Thema machte, sagte er: Und wie war das nach 1945? Nach 1945 wurde die Stille in diesem Land erst richtig bleiern und so skandalös wie die ›Stunde Null‹, die sich die Deutschen damals erfanden. Vor Null kommt bekanntlich nichts. Und so sollte es sein: Nichts sollte gewesen sein! (...). Ins Schweigen hinein, in das sich die Erwachsenen eingemauert hatten wie gerade noch in ihre Bunker, sprach aber doch etwas (...). Was sprach, waren Bücher. Bücher, die es bis nach Weingarten verschlagen hatte. Wolfgang Borcherts ›Nachts schlafen die Ratten doch‹ und ›Das siebte Kreuz‹ von Anna Seghers waren darunter, und sie sagten, was war⁶⁹.

Für den eigentlichen literarischen Aufbruch jener Jahre steht indes Martin Walser. Seine Romane und Stücke, in denen er am Beispiel der Mittelschicht ein breitangelegtes Bewusstseinspanorama der Nachkriegsgesellschaft zeichnete, haben ihn seit den frühen sechziger Jahren zunehmend zum Chronisten der Bundesrepublik und einem der bedeutendsten Gegenwartsautoren werden lassen. Doch nicht allein, daß sein Name wie der keines anderen Autors für den Bodensee steht und dieser in seinem Werk eine beispielhafte literarische Fixierung erhielt – Walser sollte auch als Person, Kollege und Patron (Hermann Kinder), als Entdecker und Anreger weit über die Bodenseeregion hinaus, in ganz besonderem Masse aber gerade für sie wichtig werden. Schon allein, daß Walser ein Hiesiger war und sich als solcher bekannte, hat nach den Worten von Peter Renz den Schreibenden dieser Region mehr Mut gemacht als manches Stipendium⁷⁰.

Damit war der einstige poetische »Sicherheitsabstand« zur gesellschaftlichen Wirklichkeit Mitte der sechziger Jahre zumindest durchbrochen; Realismus, Erfahrung und Zeitgenossenschaft wurden zu wichtigen Stichworten literarischen Selbstverständnisses. Etwas von diesem Aufbruch lag damals in der Luft. Das Stadttheater Konstanz, die einzige Bühne am Bodensee mit eigenem Ensemble, öffnete sich vorsichtig der Gegenwartsdramatik; Guntram Brummer unternahm zwischen 1960 und 1965 den Versuch, dem alten, letztmals 1953 erschienenen »Bodenseebuch« neues Leben einzuhauchen und die Landschaft in den Zusammenhang der europäischen Geistesgeschichte zu stellen; ihre guten Jahre hatten damals – dank einem anspruchsvollen Literaturteil – auch die »Bodenseehefte«. Was die Möglichkeit betraf, Autoren und ihren Werken zu begegnen, so traten bei den »Dichterlesungen« des vor allem in den Städten des westlichen Bodenseegebiets präsenten »Scheffelbundes« im Laufe der sechziger Jahre Vertreter der jüngeren Generation (Martin Walser, Gabriele Wohmann, Hans Bender, Karl Krolow) eher noch vereinzelt in Erscheinung; ganz anders dagegen beim »Ravensburger Kreis«. Von einheimischen Literaturliebhabern begründet, standen die Repräsentanten der »Inneren Emigration« wie Werner Bergengruen, Rudolf Alexander Schröder, Friedrich Georg Jünger, Reinhold Schneider, Edzard Schaper oder Georg von der Vring nur

anfangs im Vordergrund. Unter dem wachsenden Einfluss Josef W. Jankers und des jungen Peter Hamm richtete sich das Interesse bereits seit Ende der fünfziger Jahre zunehmend auf die nachrückende bundesrepublikanische Literaturszene: Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Hans Bender, Elisabeth Borchers, Günter Eich, Günter Bruno Fuchs, Peter Härtling und Helmut Heißenbüttel lasen hier ebenso wie Jakov Lind, Wolfgang Hildesheimer, Karl Krolow, Hermann Lenz, Adolf Muschg, Peter Bichsel, Martin Walser und viele andere. Im Gästebuch des Ravensburger Kreises, das sich wie das *who's who* der jungen westdeutschen Literatur liest, finden sich Eintragungen wie diese: *Provinz? – Aber ganz im Gegenteil. Der literarischen Metropole des Südwestens in Dankbarkeit. Walter Jens (1959) oder Eine Eule nach Ravensburg hat getragen: Günter Grass (1963).* In der Tat war die Möglichkeit, mit der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur bekannt zu werden, in wohl keinem Ort der süddeutschen Provinz so gegeben wie hier, wo bis auf wenige Namen kaum jemand aus der ersten Garnitur der Nachkriegsliteratur fehlt⁷¹.

KURZER BLICK AUF DAS SCHWEIZERISCHE UND VORARLBERGISCHE UFER

Mehr als ein kleiner Ausblick auf das südliche und östliche Seeufer ist am Ende dieses Beitrags nicht möglich. Für die Ostschweiz jedoch darf mit Blick auf die fünfziger Jahre der Name Hans Rudolf Hilty nicht ungenannt bleiben. Er war nicht nur der Promotor des literarischen Lebens der Ostschweiz, sondern brachte auch den Dialog über die Grenzen hinweg in Gang wie kaum ein zweiter. Dabei fand der Sohn eines Philologen und einer Dialektdichterin, der lange in konventionellen Bahnen befangen war, für sein eigenes Schreiben nur schwer einen Weg. 1951 gründete Hilty die Zeitschrift »Hortulus« (nachmals »hortulus«), »Vierteljahresschrift für neue Dichtung«; sie machte nicht nur die neue ostschweizer Szene mit Autoren wie Hans Boesch, Walter Gross, Wolfgang Adrian Martin oder Joseph Kopf, sondern auch die schweizerische Leserschaft früh mit der jungen bundesdeutschen Literatur der Enzensberger und Celan, Bachmann und Aichinger bekannt. Diese Konfrontation mit der literarischen Moderne der BRD erschien Hilty, dem der Stolz auf die Gesundheit der Schweizer Verhältnisse selbst unter Schreibenden als eine verbreitete Krankheit⁷² galt, umso notwendiger, als er sein Land damals noch immer im nachwirkenden Bann der »Geistigen Landesverteidigung« sah – jener Rückbesinnung auf die nationalen Traditionen, mit denen sich die Schweiz gegen Nazideutschland zu behaupten suchte, ohne zu erkennen, wie sehr sie sich damit selbst gegen die Welt abschottete. Auf 67 Nummern brachte es Hiltys Trajekt, mit dem er bald auch den Blick für die internationale Literaturentwicklung (Frankreich, Spanien, Israel, Polen, Griechenland u. a.) weitete und schließlich den Anschluss an die Weltpoesie fand. Mit dieser offenen, allem Neuen und Avantgardistischen zugetanen »Suchbewegung« fand Hilty, zumal im konservativen

St. Gallen, keine reine Zustimmung. Obschon im Alter mit dem Kulturpreis der Stadt ausgezeichnet, blieb er lange Verunglimpfungen und Vorwürfen ausgesetzt. Sein auffälliges Ausbrechen aus allen künstlerischen und bürgerlichen Ordnungen missfiel allgemein, fasste der in weimarischen Geist befangene St. Galler Kollege Karl Schölly diese Vorbehalte zusammen. Und weiter: Hilty gesellte sich eindeutig zur Vorhut. Dass er sie begünstigte, nahm ich ihm nicht übel, solange deren Werke noch einen Schein von Kunst wahrten; erst als auch die Nichtskönner und die Halbnarren ihren trostlosen Augensand einschmuggelten und ihr Schutzherr für Gaukler und Schwindelmeier eintrat, zog ich mich verärgert zurück⁷³. Unter diesem Aspekt nimmt sich Dino Larese, der zweite ostschweizer Organisator kultureller Begegnungen und seiner Natur nach eher Sammler und »Menschenfischer«, mit seinem Konzept vom »Weltdorf Amriswil«⁷⁴, mit dem er die Arrivierten und Berühmten an sich band, geradezu als Gegenpol aus.

Am längsten ließen der literarische Epochenbruch und die Ablösung der älteren Autorengeneration in Vorarlberg auf sich warten. Sieht man von wenigen Autoren wie dem Avantgardisten Max Riccabona oder dem »Enzyklopädisten« Oscar Sandner ab, war die Herrschaft einer konventionellen und bodenständigen Dichtung im Land zwischen Arlberg und Bodensee bis in die siebziger Jahre hinein nahezu ungebrochen. Der mit Autoren wie Michael Köhlmeier, Elisabeth Wäger-Häusle, Inge Dapunt, Monika Helfer, Ingrid Puanigg, Kurt Bracharz, Eva Schmidt oder Ulrike Längle einsetzende vehemente Aufbruch der literarischen Szene vollzog sich dann mit umso grösserer Vehemenz, mit einer umso größeren Fülle an Namen und Talenten. Heute kann sich Vorarlberg wohl das literarisch lebendigste und innovativste österreichische Bundesland nennen⁷⁵.

Anschrift des Verfassers:

Manfred Bosch, Dinkelbergstr. 2b, D-79540 Lörrach

ANMERKUNGEN

- 1 FICUS, André: Jahre des Aufbruchs, in: *Klassische Moderne im deutschen Südwesten. Die »Sezession Oberschwaben-Bodensee«*. Ochsenhausen 1993, S. 20.
- 2 Vgl. den Katalog *Rückkehr der Moderne. 1945 Überlingen 1995. Die erste Nachkriegs-Ausstellung verfemter deutscher Kunst. Überlingen 1995*.
- 3 Berthold SPANGENBERG nannte die Konstanzer Kulturwochen »das nachhaltigste künstlerische Ereignis, das seit dem Zusammenbruch in Deutschland stattfand« (Vgl. *Notizen aus Konstanz*, in: *Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation* 1, 1946, Nr. 1, vom 15. 8. 1946). – Vgl. dazu auch den Katalog *Konturen neuer Kunst. Konstanzer Kunstwochen 1946. Katalog zur Ausstellung der Städt. Wessenberg-Galerie Konstanz*, 7. 9. bis 6. 10. 1996, Konstanz 1996.
- 4 MAYER, Hans: *Von der Dritten zur vierten Republik. Geistige Strömungen in Frankreich (1939–1945)*. Singen o. J. (1946);
- HERMLIN, Stephan: *Der Leutnant Yorck von Wartenburg*. Singen 1946; ELUARD, Paul: *Gedichte. Übertragen von Stephan Hermlin*. Singen o. J. (1947).
- 5 PICHLER, Meinrad: *Kultur im Nachkrieg. 50 Jahre Bregenzer Festspiele*, in: *Allmende* 16, 1996, H. 48/49, S. 134–144.
- 6 Gedacht war an einen »Zusammenschluß schöpferischer Kräfte aus allen Kulturgebieten des alemannischen Sprachgebietes, wobei ausdrücklich außer dem Lande Vorarlberg und der Schweiz auch die süddeutschen Länder, vor allem Württemberg eingeschlossen sein sollten«. In Frage kommen sollten namhafte und politisch unbelastete »Maler, Architekten, Bildhauer, Musiker und Schriftsteller«; zur »Lenkung des kulturellen Lebens im Raume der beteiligten Länder« sollte eine »Kulturbehörde in Gestalt eines Kultursenates« geschaffen werden, »dessen Mitglieder die Elite der in der »Kulturvereinigung Bodensee« zusammengefassten Kräfte darstellen würden. Als Funktion dieses Kultursenates

wurde die Einberufung von Kongressen genannt, deren erster für Sommer 1946 vorgesehen war – sowie die Veranstaltung von Ausstellungen und die Aufführung »wichtiger Musikwerke, Bühnenspiele und Vorträge«. In die Beratungen waren u. a. Bundesrat Eugen Leissing, der vorarlbergische Gouverneur Colonel Jung und der kommandierende General der Besatzungstruppen Dumas einbezogen. Vgl. hierzu den vierseitigen vertraulichen Bericht des Stuttgarter Architekten Hans Volkart vom 10. 1. 1946 über Besprechungen in Vorarlberg am 2. 1. und 4. 1. 1946, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Sign. EA 3/201, Bü 191.

7 »Wenn es trotz eines spontanen Versuches nicht gelang, schon bei dieser Gelegenheit den »Kulturkreis des Bodenseegebietes« zu organisieren, so nur, weil die Versammelten mit Rücksicht auf das demokratische Prinzip der Beteiligung aller Mitarbeitersfreudigen sich als nicht beschlussfähig erklärten«. Der infragekommene Personenkreis wurde gebeten, sich schriftlich auf den Rathäusern in Konstanz, Überlingen und Lindau zu melden, um in der ersten Augustwoche 1946 zu einer »beschlussfähigen Versammlung« eingeladen werden zu können (Vgl. »Zusammenschluss aller Kulturschaffenden«, in: Südkurier, 16. Juli 1946).

8 Im Laufe der achtziger Jahre erfolgte die Umbenennung in »Internationaler Bodensee-Club«.

9 Ba (d. i. BAUM, Julius): Geistige Erneuerung Oberschwabens, In: Neue Zürcher Zeitung, 2. 4. 1948.

10 KUHN, Elmar L., RITTER, Birgitta, BAUER, Dieter R. (Hg.): Das grosse weite Tal der Möglichkeiten. Geist Politik Kultur 1945–1949. Das Projekt Gesellschaft Oberschwaben. Lindenberg 2002.

11 Vgl. hierzu etwa KLÖCKLER, Jürgen: Grundzüge der französischen Kulturpolitik im besetzten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Konturen neuer Kunst, wie Anm. 3, S. 11–18.

12 Vgl. hierzu WOLFRUM, Edgar, FÄSSLER, Peter, GROHNERT, Reinhard: Krisenjahre und Aufbruchszeit. München 1996.

13 Brief an Jacob PICARD vom 6. 4. 1949, Nachlass Picard im Leo Baeck Institute, New York.

14 WELLER, Curt am 9. 8. 1949 an den Inspecteur General der Division Education Publiques, Baden-Baden, Centre des Archives de l' Occupation française en Allemagne et en Autriche, Colmar, Sign. AC 759/7.

15 Süddeutsche Zeitung um 1949 (Zeitungsausriß o. D. im Privatarchiv d. Verf.).

16 Brief an PETERS, Wolfgang A. vom 18. 8. 1948; Centre des Archives, Colmar, Sign. AC 749.

17 DÖBLIN, Alfred: Die literarische Situation. Baden-Baden 1947, S. 33ff.

18 BECHTOLDT, Heinrich: Littérature engagée, in: ders. (Hg.): Literatur und Politik. Sieben Vorträge zur heutigen Situation in Deutschland. Konstanz 1948, S. 16f.

19 MÜNSTER, Clemens: Anmerkung für Verleger, in: Frankfurter Hefte 1, 1946, H. 3, S. 7.

20 HESSE, Hermann an Jacob Picard o. D., wohl Februar 1952; Nachlass Jacob Picard im Leo Baeck Institute, New York.

21 SCHOLZ, Wilhelm von: Die Überfremdung der deutschen Kultur, in: Der Bücherspiegel. Blätter für deutsches Schrifttum, 1953, 5. Folge, S. 1f.

22 FINCKH, Ludwig: Himmel und Erde. Stuttgart 1961.

23 Vgl. hierzu BOSCH, Manfred: »...Die eine Identität der Weltanschauungen und Bekenntnisse«. Die Meersburger Mauthnerfeier von 1949, in: Leben am See. Jahrbuch des Bodenseekreises, Bd. XVII, Tettnang 2000, S. 158–165.

24 Reindl, Ludwig E.: Dichterabend im Konstanzer Stadttheater. Wilhelm von Scholz las aus seinen Werken, in: Südkurier, 26. 1. 1952.

25 Zit. nach BOSCH, Manfred (Hg.): Alemannisches Judentum. Spuren einer verlorenen Kultur. Eggingen 2001, Seite 167.

26 PICARD, Jacob: Die alte Lehre. Stuttgart 1963.

27 OELFKEN, Tami: Fahrt durch das Chaos. Logbuch von Mai 1939 bis Mai 1945. Überlingen 1946; neuerdings neu herausgegeben und mit einem Nachwort von Manfred Bosch, Lengwil 2003.

28 dies: Noch ist es Zeit. Briefe nach Bremen 1945 bis 1955. Hg. von Ursel HABERMANN. Dülmen/ Frankfurt am Main 1988, S. 75f.

28a Dies galt freilich nicht nur für den Bodensee oder jede andere deutsche Provinz, sondern weitgehend für die gesamte Bundesrepublik. Alfred Döblins »Als ich wiederkam – da kam ich nicht wieder« war eine allgemeine Erfahrung zurückgekehrter Emigranten. Selbst die sich neukonstituierende westdeutsche Literatur – etwa die Gruppe 47 – verweigerte die Auseinandersetzung mit den Positionen des Exils bzw. leistete sie nur ungenügend. Vgl. etwa Klaus BRIEGLEBS – freilich höchst problematische – Streitschrift Missachtung und Tabu. Wie antisemitisch war die Gruppe 47? Berlin 2002.

29 Bericht über das Dichtertreffen am Bodensee (28.–30. Mai 1953) vom 28. 8. 1954. HStA Stuttgart, Sign. EA 3/201 Bü 177, S. 1.

30 JANKER, Josef W.: Meine Freunde die Kollegen. Erinnerungen. Friedrichshafen 1994, S. 80.

31 HILTY, Hans Rudolf: Marginalien des Herausgebers, in: hortulus 13, 1963, H. 2, S. IX.

32 JANKER (wie Anm. 30) S. 117.

33 Für das Kongresspräsidium waren vorgesehen: Walter Jens, Eugen Assmann (Gründer des Bodensee-Klubs), Friedrich Wallich (Präsident des Schutzverbands der österreichischen Schriftsteller, Wien), Arthur Fischer-Colbrie (Präsident des ersten Internationalen Schriftstellerkongresses), Hans Faber (Präsident des Turmbundes), Georg Thüner (Schweiz), Hans Rudolf Hilty (St. Gallen), Werner Weber (Leiter des Feuilletons der NZZ); das ständige Kongresssekretariat versahen Dr. Fritz Kraus (Überlingen), Hans Rudolf Hilty und Kaien Tezetti (Innsbruck). Den Tagungsausschuss bildeten Ilse Kraus (Überlingen), Robert Binswanger (Überlingen), Traugott von Stackelberg (Tengen), K. E. Schwert

(Hilzingen), Armin Sigrist (Zürich, Präsident des Bodensee-Klubs) und Max Rieple (Donauessingen).

- 34 Schreiben von Anton W. SCHELLE an Friedrich Georg JÜNGER vom 13. 11. 1956, StA Überlingen, Hauptregistratur, 770.75, Internat. Schriftstellerkongress 1956.
- 35 LEDERER, Moritz: Klärendes Kongressgewitter. Zum »Internationalen deutschsprachigen Schriftstellerkongress« in Überlingen am Bodensee, in: Deutsche Rundschau 82, 1956, H. 11, S. 1185.
- 36 MAMPELL, Klaus: Literaten unter sich, in: Reutlinger Nachrichten, 19. 10. 1956. – Weitere Themen und Referate auf der Tagung waren u. a. Karl August Horst, »Die religiöse Dichtung der Gegenwart«; Horst Rüdiger, »Die Rolle des Übersetzers im literarischen Leben«; Hans Rudolf Hilty über das moderne Drama im Vergleich der Epochen; Karl Ude über den modernen Roman im Widerstreit mit Film und Fernsehen; Kurt Leonhard über moderne Lyrik; Rolf Hauser über die Heranführung der Jugend an die Gegenwartsliteratur. Lesungen von Gerd Gaiser, Hans v. Savigny, Elfriede Eckart-Skalberg, Karl Schwedhelm (Gesprochene Anthologie), Urlesung des Hörspiels »Das Gesetz« von W. M. Treichlinger (Zürich). Die Arbeitskreise standen unter dem Thema »Wie wurde die Begegnung mit der Dichtung der Nachbarkulturreise in der deutschsprachigen Dichtung seit 1945 fruchtbar?« (Südkurier, 17. 10. 1956).
- 37 Vgl. Dem europäischen Kulturbewusstsein dienen. Eröffnung des 2. internationalen deutschsprachigen Schriftstellerkongresses, in: Südkurier, 15. 10. 1956.
- 38 LEDERER (wie Anm. 35).
- 39 DEMOKOS, Sie trafen sich in Überlingen, in: Deutsche Volkszeitung, 27. 10. 1956.
- 40 MAMPELL (wie Anm. 36).
- 41 Zit. im Folgenden nach der Druckfassung: KESTEN, Hermann: Der Geist der Unruhe. Literarische Streifzüge. Köln 1959, S. 222 ff.
- 42 A. a. O., S. 236f.
- 43 LEDERER (wie Anm. 35).
- 44 BINDER-HAGELSTANGE, Ursula: Schlecht gereinigte Wunden. Der zweite internationale deutschsprachige Schriftstellerkongress in Überlingen, in: FAZ, 20. 10. 1956.
- 45 BRAEM, Helmut: Wortgefecht am Bodensee, in: Stuttgarter Zeitung, 17. 10. 1956.
- 46 MAMPELL, Klaus: Hier wurde der Kongress zum Tribunal. Hermann Kesten sprengte das Überlinger Schriftstellertreffen, in: Die Welt, Essen, 20. 10. 1956.
- 47 BINDER-HAGELSTANGE (wie Anm. 44).
- 48 wi: »Sind Sie Nazi-Lyriker oder nicht?« Ausgeartete große Wäsche beim Schriftstellerkongress in Überlingen, in: Stuttgarter Nachrichten, 16. 10. 1956.
- 49 KESTEN (wie Anm. 41) S. 236f.

- 50 WILD, Wilfried: Dichtung und Völkergrenzen. Gewitterwolken beim Internationalen Schriftstellerkongress in Überlingen, in: Stuttgarter Zeitung, 18. 10. 1956.
- 51 MAMPELL (wie Anm. 36).
- 52 20. 10. 1956.
- 53 ZIMMERMANN, Otto: Schriftsteller tragen Verantwortung, in: Frankfurter Rundschau, 22. 10. 1956.
- 54 Brief vom 7. 11. 1956, StA Überlingen, wie Anm. 34.
- 55 Brief an Friedrich Georg JÜNGER, 13. 11. 1956, wie Anm. 34.
- 56 So die Schlagzeile eines Berichts in den Bodensee-Nachrichten, 18. 10. 1956.
- 57 STAHL, Maré: Dichter tagten am See. Rückblick auf den II. Internationalen Schriftsteller-Kongress in Überlingen vom 13.-17. Oktober, in: Bodenseehefte 7, 1956, S. 374.
- 58 BINDER-HAGELSTANGE (wie Anm. 44).
- 59 SCH.: Dichter-Krieg am Bodensee, in: Bodensee-Nachrichten, 18. 10. 1956.
- 60 WALSER, Martin: Heimatkunde, in: ders., Heimatkunde. Aufsätze und Reden. Frankfurt/M. 1972, S. 41.
- 61 JANKER, Josef W.: Zwischen zwei Feuern. Köln 1960; ders., Mit dem Rücken zur Wand und andere Erzählungen. Frankfurt/M. 1964.
- 62 MÜHLENWEG, Fritz: Tausendjähriger Bambus. Nachdichtungen aus dem Schi-King. Hamburg 1945; Großer Tiger und Kompassberg; Null Uhr fünf in Urumtschi, einbändige Ausgabe als Ingeheimer Mission durch die Wüste Gobi, Neudruck 1993.
- 63 STACKELBERG, Traugott von: Geliebtes Sibirien. Pfullingen 1951; ders., Cornet der Zarin, Pfullingen 1954; ders., Die Bärenkrallen. Erzählungen. Pfullingen 1956.
- 64 Genannt seien u. a. JÜNGER, Friedrich Georg: Die Perfektion der Technik, Frankfurt/M. 1946; Griechische Mythen, Frankfurt/M. 1947, Gedächtnis und Erinnerung, Frankfurt/M. 1957.
- 65 WALSER, Martin: Eine anspruchsvolle Frau oder Menschwerdung auf oberschwäbisch, in: MÜLLER-GÖGLER, Maria, Werk-ausgabe in neun Bänden mit einem Beiheft. Sigmaringen 1980. Beiheft, S. 31–41.
- 66 AYREN, Armin: Der Brandstifter und andere Abweichungen. Prosa. Wien 1968.
- 67 WITTLINGER, Karl: Kennen Sie die Milchstraße? 1955.
- 68 DÜRRSON, Werner: Blätter im Wind. Gedichte. Stuttgart 1959.
- 69 HAMM, Peter: »Denn wie du anfingst, wirst du bleiben« oder: Dichter wird man als Kind, in: Allmende 9, 1989, H. 24/25, S. 224ff.
- 70 RENZ, Peter: Spielwiese für Dichter, in: BURGER, Oswald, RENZ, Peter (Hg.), Spielwiese für Dichter. Literarisches Forum Oberschwaben. Ein Lesebuch. Eggingen 1993, S. 392.
- 71 RENZ, Peter (Hg.): Der Ravensburger Kreis. Eine literarische Gesellschaft in Deutschland. Eggingen 1999.

Wolfgang Ostendorf

WAS HABEN WIR AUS DEM BODENSEEUFER GEMACHT?

Versuch einer Bilanz

KURZFASSUNG

Die Ufer vieler mitteleuropäischer Seen sind heute einem erheblichen menschlichen Nutzungsdruck durch Siedlung, Verkehr, Tourismus, Seespiegelmanipulationen, Uferverbau und Schadstoffemissionen aus der Landwirtschaft, den Kommunen und der Industrie ausgesetzt. Der Bodensee macht hier keine Ausnahme.

In diesem Beitrag wird der aktuelle Zustand der Bodensee-Uferregion aller drei Anliegerstaaten beschrieben, wobei auch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nachgezeichnet wird, die zum derzeitigen Ergebnis geführt hat. Ein besonderes Gewicht erhalten dabei die umweltpolitischen Diskussionen und Entscheidungen sowie die normativen Vorgaben im baden-württembergische Ufergebiet. Insgesamt werden 18 uferrelevante Themenbereiche untersucht.

Kennzeichnend für den Bodensee mit einer Fläche von 529,1 km² und einer Uferlänge von 289,2 km ist die große Vielgestaltigkeit seiner natürlichen Uferstrecken, wie sie sich seit Ende der würmzeitlichen Vorlandvereisung herausgebildet haben. Seeufer und ihre Ökosysteme sind dynamische Gebilde, deren formende Kräfte und Prozesse verstanden sein müssen, um Eingriffe des Menschen angemessen einschätzen, und durch Renaturierungsmaßnahmen abmildern oder rückgängig machen zu können.

Der menschliche Nutzungsdruck wird anhand der sehr hohen Bevölkerungsdichte in den Uferrandgemeinden deutlich, die mit durchschnittlich 585 Pers. km⁻² um ein Mehrfaches höher liegt als in den Hinterlandgemeinden bzw. in den zugehörigen Bundesländern und Kantonen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Bevölkerungszunahme gegenüber dem 150-jährigen Durchschnittswert noch einmal beschleunigt. Eine ähnliche Entwicklung hat auch die Flächennutzung genommen. Das Gebiet der Uferrandgemeinden besteht zu 18,2 % aus Gebäude- und Verkehrsflächen, ihr Anteil ist damit um rund die Hälfte höher als in den Hinterlandgemeinden. Die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in Gebäude- und Verkehrsflächen ist in den vergangenen Jahren gerade in den Ufergemeinden unvermin-

dert weitergegangen. Die Wasserlinie des deutschen Obersee-Ufer ist zu rd. 47 % »mäßig« bis »sehr stark« verbaut, wobei der Verbaupungsgrad im Beobachtungszeitraum nicht oder nur unwesentlich abgenommen hat. Der Übernachtungs- und der Tagestourismus, der am deutschen Ufer auf mehr als 22 Mio Pers. × Tage geschätzt wird, konzentriert sich ebenfalls im Uferbereich, wo er – ebenso wie die einheimische Bevölkerung – auf eine dichte Erholungsinfrastruktur von rd. 97 Häfen- und Steganlagen, 42 Campingplätzen, 73 Strandbäder und eine Flotte von 73 Fahrgastschiffen stößt. Während die Zahl der erfaßten Liegeplätze seit einigen Jahren stagniert, nahm die Zahl der registrierten Wasserfahrzeuge zu und liegt derzeit bei etwa 58.130 Einheiten, davon knapp 99 % Vergnügungsfahrzeuge.

Konkrete Vorstellungen zur Begrenzung der Siedlungsverdichtung und Wassersportnutzung im Uferbereich und zum Schutz und zur Entwicklung naturnah erhalten gebliebener Bodenseeufer gehen bis weit in die 1960er Jahre zurück. Sie manifestieren sich beispielsweise in den »Grundsätzen zum Schutz der Flachwasserzone«, in verschiedenen Bodensee-Leitbildern und in den Bodensee-Uferplänen der beiden deutschen Regionalverbände. Während zunächst die Bedeutung der Flachwasserzone vorwiegend in ihrer »Selbstreinigungsfunktion« gesehen wurde, stehen in der heutigen Diskussion ökosystemare und Artenschutz-Aspekte stärker im Vordergrund. Anhand von 15 Themenbereichen wird untersucht, wie sich die Konzepte bei der Unterbindung baulicher Großprojekte im Uferbereich, der Ausweisung von Naturschutzgebieten, der Begrenzung der Boots- und Liegeplatzzahlen, im Bodendenkmal-schutz, für die Entwicklung der Unterwasserpflanzen-, Strandrasen und Röhrichtvegetation sowie der Wasservogelbestände ausgewirkt haben. Darüberhinaus werden die Einflüsse auf grenzüberschreitende Planungsansätze, für die derzeitigen Vorstellungen zur Renaturierung verbauter Ufer, auf die einschlägige Rechtsprechung in Baden-Württemberg und Bayern sowie auf die Arbeit der privaten Naturschutzverbände und die Öffentlichkeitsarbeit untersucht. Dass auch der globale Klimawandel Auswirkungen auf Ökologie und Nutzung der Uferzone hat, zeigt die Analyse der Bodensee-Wasserstände zwischen 1817 und 2003, wobei das Extremhochwasser von 1999 mit einer statistischen Jährlichkeit von 4 000 Jahren und das Extremniedrigwasser von 2003 mit einer Jährlichkeit von ungefähr 600 Jahren tiefgreifende Störungen der Uferbiozönose mit sich gebracht haben.

Der Beitrag endet mit einer kritischen Betrachtung der Entwicklung des Bodensee-Ufers in den letzten beiden Jahrzehnten und mit einem Ausblick auf das was zukünftig wünschenswert erscheint. Hier bieten die europäischen Gesetzgebungen der FFH-Richtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie sowie die lokalen Agenda-Prozesse neue Leitideen der Nachhaltigkeit, des integrativen Umweltschutzes, der Kooperation und der Öffentlichkeitsbeteiligung an, die auch für das Bodensee-Ufer konkretisiert und umgesetzt werden können.

Anschrift des Verfassers :

Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Ostendorf, Arbeitsgruppe Bodenseeufer (AGBU)

wolfgang.ostendorf@bodensee-ufer.de

c/o Limnologisches Institut, Universität Konstanz, 78457 Konstanz

1. EINLEITUNG

Der Bodensee ist mehr als eine mit Wasser gefüllte Senke und mehr als ein Trinkwasserspeicher. Seinen eigentümlichen Reiz und seine Attraktivität gewinnt er nicht nur durch die Weite der Wasserfläche vor der Kulisse der Bregenzer Alpen und des Säntis-Massivs sondern – in der Nahtsicht – durch seine vielgestaltigen Ufer, die im jährlichen Wechsel des Wasserstandes mal schmaler, mal breiter erscheinen, die zwischen ausgedehnten Röhrichtbeständen, kiesigen Stränden und historischen Ortslagen wechseln, und die dem Einheimischen wie dem Urlaubsgast viel zu bieten haben, – wenn er es denn zu nutzen und zu genießen weiß.

Die Attraktivität der Seeufer ist gleichzeitig ihr Problem: Schadstoffeinleitungen und der wachsende Siedlungs-, Verkehrs- und Erholungsdruck auf die Uferzone¹ beiderseits der Wasserlinie hat zu einer großräumigen Beeinträchtigung ihrer ökologischen Integrität geführt und damit auch zu einer Beeinträchtigung ihrer Funktionalität als dynamisches, sich selbst regulierendes ökologisches System im Natur- und Artenschutz, im Gewässerschutz und in ihrer Bedeutung als naturnahes Erholungsgebiet. Ebenso vielgestaltig wie die ökologischen Verhältnisse in der Uferzone sind die konkurrierenden Nutzungen und die Nutzerinteressen, die sich in einem konfliktreichen Umfeld überlagern, sowie die Verteilung der Zuständigkeiten auf eine Vielzahl von Genehmigungs-, Vollzugs- und Fachbehörden, Gebietskörperschaften und Planungsverbände.

Die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand des Bodensee-Ufers, die Erfolge und Defizite des bisherigen Uferschutzes lassen sich nicht allein aus der naturwissenschaftlichen Perspektive des Limnologen und Ökologen verstehen und beurteilen. Vielmehr sind sie das Resultat komplexer Wechselbeziehungen zwischen der politischen Entscheidungs- und Managementebene, den rechtlichen Vorgaben, über die zumeist weit weg vom Bodensee entschieden wird, dem regionalen Umsetzungs Handeln und den Interessenslagen privater Nutzerorganisationen, hinter denen der Erkenntniszugewinn verschiedener Umweltwissenschaften und die Paradigmenwechsel im Natur- und Landschaftsschutz und im Gewässerschutz bis zur Unkenntlichkeit verschwimmen.

In diesem Beitrag wird versucht, die Entwicklung des Bodenseeufer seit den 1980er Jahren nachzuzeichnen, wobei besonders auf die eben skizzierten Wechselbeziehungen eingegangen wird, durch die das heutige Bodenseeufer als Produkt der Natur und des Menschen erscheint. Gleichzeitig gilt es, in der Rückschau der letzten zwanzig Jahre eine Zwischenbilanz zu ziehen, und zu fragen, ob die bisherige Bemühungen um den Schutz und den Erhalt der Bodensee-Uferlandschaft ausreichend waren, ob das gegenwärtige Resultat Zustimmung und Anerkennung verdient, und welche Richtung die weitere Entwicklung nehmen könnte, ob die gegenwärtigen Zielvorstellungen angemessen und die derzeit verfügbaren Steuerungswerkzeuge wirkungsvoll sind. Vor diesem Hintergrund wird sich die Darstellung nicht auf den schmale Wasserwechselzone und das Litoral beschränken können sondern auch jene

Entwicklungen berücksichtigen müssen, die im weiter gefaßten »Uferbereich«² stattfinden und für das Thema von unmittelbarer Bedeutung sind.

Nicht von ungefähr erscheint dieser Beitrag im Jahr 2004. Das Jahr 2004 ist gewissermaßen ein Jubiläumsjahr im Uferschutz am Bodensee: Vor 45 Jahren wurde die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) gegründet, die sich bereits sehr frühzeitig mit der Bedeutung der Uferzone für die Reinhaltung des Bodensees beschäftigt hat, vor 25 Jahren konstituierte sich die bisherige »Bodenseekonferenz« als »Internationale Bodenseekonferenz« der Regierungschefs der Anrainerländer und -kantone (IBK), vor 20 Jahren traten die Bodensee-Uferpläne der Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben in Kraft, vor 10 Jahren verabschiedete die Landesregierung Baden-Württemberg das »Umweltprogramm Bodenseeraum«, mit dem etliche Uferrenaturierungsmaßnahmen finanziert wurden, und vor ebenfalls 10 Jahren wurde in Meersburg das »Bodenseeleitbild« der IBK beschlossen.

Grund genug, eine Bilanz zu wagen.

2. NATURRAUM BODENSEEUFER

Der Bodensee ist nach dem Plattensee (Balaton) und dem Genfer See See der drittgrößte See und nach dem Comer See und dem Genfer See der dritttiefste See Mitteleuropas. Er besitzt eine Fläche³ von 529,1 km² und teilt sich auf in den tiefen Obersee, den canyonartig eingeschnittenen Überlinger See und in den wesentlich flacheren Untersee (Tabelle 1). An der gesamte Uferstrecke von 289,2 km haben die deutschen Bundesländer Baden-Württemberg

Tab. 1 Morphologie und Hydrologie des Bodensees (Pegelraten n. LFU BW; Wassertiefe n. WESSELS (1998); Uferlänge n. BRAUN & SCHÄRF (1994) eine Neuvermessung durch TEIBER (2003) ergab 289,2 km; Flächendaten n. M.Dienst, AGBU, unveröff. Daten)

	Untersee	Überlinger See	Obersee
Fläche [km ²] bei MMW	60,938	58,732	409,446
max. Tiefe [m]	40,0	147,5	253,3
mittl. Mittelwasser (1951–2001)	395,07	395,27	
mittl. jährl. Hochwasser (mHW)	396,23	396,43	
mittl. jährl. Niedrigwasser (mNW)	394,31	394,51	
Uferlänge [km]	96	177	
Fläche zw. 390,0 m NN und MMW	22,925	4,958	43,451
Fläche zw. 390,0 m NN und MHW (= Flachwasserzone)	28,810	6,510	51,753
Fläche zw. mittl. jährl. Niedrigwasser u. mittl. jährl. Hochwasser	10,798	2,951	16,594

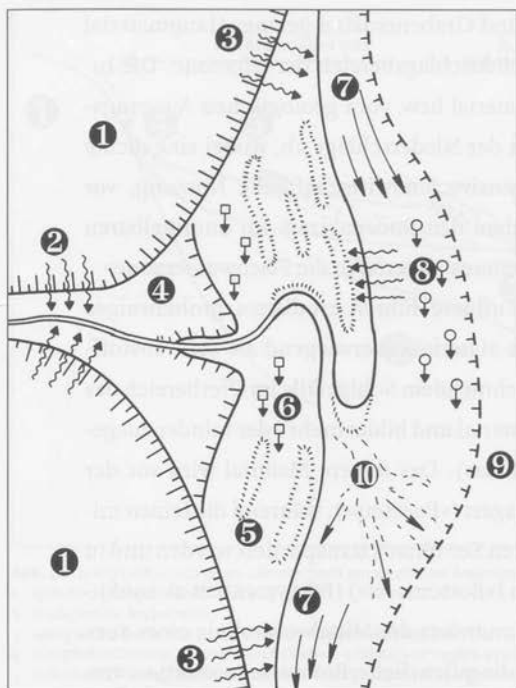


Abb. 1 Schema fluvialer und ufermorphogenetischer Prozesse bei der Herausbildung des Ufers im westlichen Bodensee (schematisch):

- 1 spät-hochglazialer Geschiebehang
 - 2 rezente Hangprozesse (Flächen- und Rinnenerosion, Rutschungen), die die Zuflüsse erreichen
 - 3 rezente Hangprozesse, die das Seeufer erreichen
 - 4 spätglazialer fluvialer Schwemmfächer bei einem Seestand um 400 m NN
 - 5 holozäne Brandungsplattform, teils mit Schneegklies-Strandwällen, landfest geworden durch Seespiegelsenkung
 - 6 rezente Schilf- und Seggentorfablagerung sowie Anmoorbildung
 - 7 durch spitzwinkelig auftreffende Wellenfelder hervorgerufene Uferparallelströmung mit Feinsedimenttransport (die zugehörige Windrichtung ist von rechts oben zu denken)
 - 8 litorale Carbonatfällung, überwiegend durch Armeleuchteralgen und submerse Gefäßpflanzen, sowie strandwärtiger Transport des Sediments und Anlagerung als Spülsaum
 - 9 Oberkante der Halde bzw. des Tiefenbeckensbereichs
 - 10 fluvialer Sedimenttransport im submersen Delta-Bereich und Bildung von lakustrischen Rinnen
- Die Abbildung zeigt ein Flussdelta vom Senegal-Typ (Wright, 1978), gekennzeichnet durch vergleichsweise hohe Wellenenergie bei schmaler Brandungsplattform, geringen fluvialen Energieeintrag und starken Uferparalleltransport.

(im folgenden abgekürzt: BW) und Bayern (BY) einen Anteil von 56 % bzw. 6%, das österreichische Bundesland Vorarlberg (VB) sowie die schweizerischen Kantone Thurgau (TG) und St. Gallen (SG) nehmen 12 % bzw. 25 % ein (TEIBER 2003). Die durchschnittliche Breite der bei mittlerem Mittelwasserspiegel (MMW) überschwemmten Uferzone liegt bei etwa 200 m, in Flussmündungsbereichen werden mehr als 1 km erreicht.

Der Bodensee ist neben dem Walensee (CH) der einzige große Alpensee, der nicht staugeregelt wurde. Der Mittelwasserspiegel des Obersees liegt heute bei 395,27 m NN (Zeitraum 1951–2000), der des Untersee 0,19 m tiefer (Tabelle 1). Aufgrund der Schneeschmelze im alpinen Einzugsgebiet erreicht der See im Juni/Juli seinen Maximalstand und sinkt bis zum Spätwinter auf den Minimalstand ab; die mittleren Jahresdifferenzen betragen 1,92 m (LUFT 1993). Dieses weitgehend natürliche Jahreswasserstandsregime wirkt sich verständlicherweise in der Uferzone am stärksten aus, – nicht nur auf die Vegetation, die Invertebraten- und Fischfauna, sondern auch auf die Art und Weise der Ufernutzungen durch den Menschen.

Der Bodensee in seiner heutigen Form entstand beim Zurückschmelzen der Gletscher am Ende der Würmeiszeit vor etwa 16 000 bis 14 000 Jahren (KELLER 1994, LANG 2001, SCHREINER 1974, 1992d, b). Beckenform und

ufernahes Relief wurden zunächst durch fluvioglaziale Prozesse geprägt, die nach Eisfreiwerden der einzelnen Seeteile durch lakustrische ufermorphologische Prozesse abgelöst wurden (WILHELMY 1972, LEEDER 1982, CARTER, 1982, KELLETAT, 1984, 1999), deren Verständnis von unmittelbarer Bedeutung ist, wenn die natürliche Feststoffdynamik, die erosionsfördernde Wirkung von Uferneubauten und die gegenteilige Wirkung von Uferrenaturierungen beurteilt werden sollen (vgl. Kap. 6.3 u. 7.10). Dazu gehören materialliefernde und materialverteilende Faktoren (Abbildung 1).

Zu den Prozessen, die Feststoffmaterial in die Flachwasserzone⁴ hinein transportieren, gehören Hangprozesse, fluviale Prozesse und Deltabildungen sowie biogene Ausfällungen.

- a) Hangprozesse: Durch Rutschungen, Schicht- und Grabenerosion gelangt Hangmaterial direkt oder über kleine Wasserläufe in den Wellenschlagsbereich der Uferzone. Die Intensität der Hangprozesse hängt vom Bodenmaterial bzw. vom geologischen Ausgangsmaterial, vom Relief und von der Erosionskraft der Niederschläge ab, wobei eine dichte Vegetationsdecke den Abtrag vermindert. Intensive landwirtschaftliche Nutzung, vor allem durch Mais- und Hackfruchtanbau erhöhen den Bodenabtrag. Im unmittelbaren Wellenschlagsbereich liefert die Klifferosion weiteres Material in die Flachwasserzone.
- b) fluviatile Prozesse und Deltabildungen: Die Zuflüsse führen erodiertes grobkörniges (überwiegend als Sohlfracht) und feinkörniges Material (überwiegend als Schwebstofffracht) aus dem Hinterland dem See zu. Mit abnehmendem Sohlgefälle im Uferbereich des Sees sedimentiert zunächst das grobkörnige Material und bildet mehr oder minder ausge dehnte Schwemmländer (»Topsets« der Flußdeltas). Das feinere Material wird vor der Flußmündung im See sowie an der Halde abgelagert (»Foresets«), während die feinen mineralischen und organischen Schwebstoffe in den See hinaus transportiert werden und in den Beckensedimente zur Ablagerung kommen (»Bottomsets«) (FÖRSTNER et al. 1968).
- c) biogene Materialbildung und Sedimentation: Landwärts der Mittelwasserlinie eines Sees können über wassergesättigten Böden durch die pflanzliche Biomasseproduktion von Moosen, Seggen und Gräsern Niedermoortorfe entstehen. Am Bodensee-Ufer fehlen jedoch ausgedehnte Torflager; es kommt bestenfalls zur Bildung von Anmooren (GÖTTLICH, 1975). Auch seewärts der Mittelwasserlinie eines Sees können organische Reste von Wasserpflanzen oder Planktonalgen zur Ablagerung kommen, die dann Grobdetritusmudden bilden (GROSSE-BRAUCKMANN 1962). Aufgrund der Wellentätigkeit können sich jedoch am Bodensee solche Ablagerungen nicht halten und werden, sofern sie nicht vollständig mineralisiert werden, rasch in größere Tiefen transportiert. Eine weitaus bedeutenderes biogenes Sediment ist die Seekreide, die zu etwa 70 bis 90 % aus Calcit besteht (GROSCHOPF 1969, SCHÖTTLE 1969, MERKT et al. 1971, SCHÄFER, 1973). Sie entsteht im Litoral durch die Photosynthesetätigkeit von Armleuchteralgen und höheren Wasserpflanzen, auf deren Blatt- und Stängelorganen sich der Kalk in feinen Überzügen abgelagert. Nach Absterben der Pflanzen gelangen die Krusten ins Sediment, wobei ihre charakteristische Röhrenchen- und Plättchenform oftmals erhalten bleibt. Eine vergleichbare Entstehungsweise haben die am westlichen Bodensee verbreiteten Krustensteine (»Schnegglikiese« und »Furchen«- bzw. »Hirnsteine«) (BAUMANN 1911). Hier werden Hartsubstrate wie Schneckengehäuse und Gerölle von fädigen Blau- und Grünalgen überzogen, zwischen denen sich ebenfalls aufgrund des photosynthetischen CO_2 -Entzugs Calciumcarbonat abgelagert (PIA 1933, SCHRÖDER, 1982). Da die kleineren Substrate und Schneckengehäuse durch den Wellenschlag öfters umgelagert werden, sind sie allseitig von Kalkrusten umzogen und haben eine rundliche Form. Die größeren Wacken werden nur selten umgelagert und sind daher vorwiegend auf einer Seite überkrustet. Überdies werden sie von grabenden Insektenlarven besiedelt, die sich von den Aufwuchsalgen ernähren, und dabei gewundene Gänge durch den Kalk ziehen, die der Oberfläche ein großhirnartiges Muster

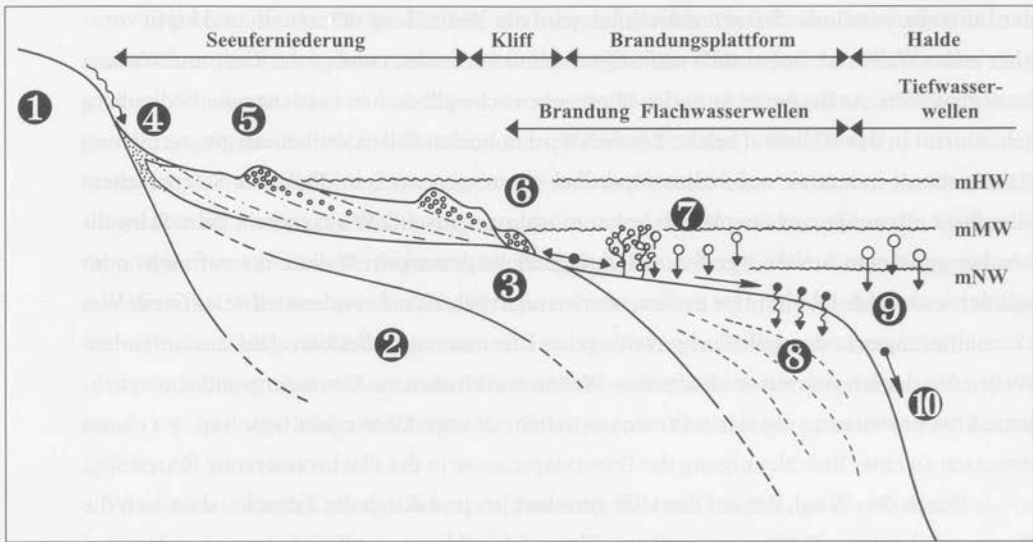


Abb. 2 Querschnitt durch einen Uferabschnitt am westlichen Bodensee (schematisch, vgl. auch Abb. 1):

- 1 spät-hochglazialer Geschiebehang
 - 2 hochglaziale Beckentone
 - 3 spätglaziale Beckentone, mit schmaler Brandungsplattform
 - 4 Hangfußsedimente, erzeugt durch Flächen- und Rinnenerosion sowie durch Rutschungen
 - 5 holozäner (Schnegglikies-)Strandwall mit vorgelagerten Strandsedimenten
 - 6 rezentes Kliff mit Spülsaumbildung
 - 7 submerse Laichkraut- und Armleuchteralgenrasen mit biogener Carbonatfällung
 - 8 zur Halde hin gerichtete partikelbefrachtete Bodenströmung, grobe Partikel kommen im seichten Wasser zur Ablagerung, feine Partikel erst im Bereich der Haldenoberkante in etwa 3–4 m Tiefe unter mMW
 - 9 pelagiale Carbonatfällung, hervorgerufen durch die Photosynthese von Planktonalgen
 - 10 beckenwärts gerichtete Rip-Strömung, teils mit Schwebstoffen befrachtet
- Dargestellt sind außerdem die typischen ufermorphologischen Einheiten sowie die Wellen im Tiefwasser, im Flachwasser und in der Brandungszone; mHW, mMW, mNW – langjährig mittleres Hoch-, Mittel- und Niedrigwasser.

verleihen. Allerdings treten Seekreide- und Schnegglikies-Ablagerungen fast ausschließlich im Untersee und in den Buchten beiderseits der Mainau (Obere und Untere Güll) auf, so dass die Ufersedimente im östlichen Bodensee wesentlich kalkärmer sind (MÜLLER 1966, SCHMIEDER et al. 2004).

Bei den materialverteilenden, erosiven und materialabführenden Prozessen spielen Wellengang und Uferströmungen die größte Rolle (Abbildung 2):

Oberflächenwellen, die auf dem freien See durch Wind angeregt werden, erleiden beim Eintritt in die Flachwasserzone charakteristische Veränderungen (CARTER 1988). Die im Freiwasser kreisförmigen Orbitalbahnen der Wasserteilchen treffen auf das Sediment und werden dort zu Ellipsen deformiert (»shoaling«). Dabei verliert die Welle Energie, die auf die Sedimentpartikel übertragen wird, indem sie aus dem Sedimentverband herausgerissen und im Wasserkörper suspendiert oder an der Sohle hin- und herbewegt werden. Im tieferen Wasser erreicht nur ein kleiner Teil der Wellenenergie die Sohle, so dass nur feine Partikel bewegt werden können, im flacheren Wasser hingegen ist die Energieübertragung ausgeprägter, so dass nun auch Sande und feine Kiese aufgenommen werden. Entsprechende Windstärken vorausgesetzt, kommt es in der Nähe der Strandlinie zum Brechen der Wellen. Beim Sturzbrecher,

der für steilere Strände charakteristisch ist, wird der Wellenberg »übersteilt« und kippt vornüber in das Wellental, wobei auch verfestigte Sedimente erodiert und grobe Kiese und Wacken bewegt werden. An flacheren Stränden überwiegen Schwallbrecher, bei denen der Wellenberg schäumend in das Wellental bricht. Letztlich wird in beiden Fällen Wellenenergie »vernichtet« (Dissipation), indem sie auf Sedimentpartikel übertragen wird, im Falle des Sturzbrechers allerdings nur auf kurzer Strecke mit hoher morphogenetischer Wirksamkeit, beim Schwallbrecher auf einem breiten Streifen mit geringerer Wirksamkeit. Wellen, die auf mehr oder minder senkrechte Hindernisse treffen, werden nicht gebrochen sondern teilweise (steile Wackenschüttungen) oder vollständig (senkrechte Ufermauern) reflektiert. Die »auslaufenden« Wellen überlagern sich mit »einlaufenden« Wellen und können am Gewässergrund eine erhebliche Erosionswirkung auf das Sediment entfalten. »Harter« Uferverbau (vgl. Kap. 3.2) kann demnach zu einer Beschleunigung der Erosionsprozesse in der Flachwasserzone führen.

Durch den Wind, der auf das Ufer gerichtet ist, und durch die Tatsache, dass sich die Wasserteilchen von Flachwasserwellen nicht auf geschlossenen Kreisbahnen sondern auf nicht geschlossenen elliptischen Bahnen bewegen, kommt es im Strandbereich zu einer geringfügigen Anhebung des Wasserspiegels gegen die Schwerkraft. Als Ausgleich dazu wird am Gewässergrund eine seewärts gerichtete Strömung (Uferquerströmung) erzeugt, die in der Lage ist, das suspendierte Sedimentmaterial in Richtung See zu transportieren (CARTER 1988). Mit zunehmender Wassertiefe wird die Transportkraft dieser Strömung geringer, so dass zunächst die groben Körner, schließlich auch die feineren liegen bleiben. In morphogenetischer Hinsicht kommt es am Bodensee in einer Tiefe von etwa 2 bis 5 m unter MMW zu einer Sedimenterhöhung, die uns als Haldenkante entgegentritt.

Im Freiwasser folgt die Ausbreitungsrichtung der Wellen der Windrichtung, die nur selten senkrecht zur Uferlinie steht. Bei Eintritt in das Flachwasser neigen die Wellenkämme dazu, sich parallel zu den Tiefenlinien auszurichten (Refraktion), so dass die Wellen über einer sehr breiten Brandungsplattform senkrecht zur Uferlinie einlaufen. Am Bodensee mit seinen eher schmalen Flachwasserzonen ist das nur selten der Fall; vielmehr laufen die Wellen in einem spitzen Winkel ein, besitzen also eine ufersenkrechte und eine uferparallele Wirkungskomponente. Während die ufersenkrechte Komponente die eben beschriebene seewärts gerichtete Schichtströmung hervorruft, erzeugt die parallele Komponente eine windabwärts gewandte, strandnahe Uferparallelströmung, die das durch Brecher aufgewirbelte Material weitertransportieren kann (CARTER 1982). Trifft diese Strömung auf ein uferqueres Hindernis, z.B. unterseeische Rippen oder eine Mole, ist sie gezwungen, in Richtung See auszuweichen. Diese Ripströmungen, die allerdings auch auf andere Weise entstehen können, erreichen oft eine beträchtliche Geschwindigkeit und Erosivkraft, wobei das mitgeführte Material aus der Flachwasserzone über die Halde hinaus bis in das Seebecken transportiert wird. Trifft die Uferparallelströmung dagegen auf eine Einbuchtung (natürliche Bucht, Hafeneinfahrt u. ä.), verliert sie an Transportkraft, so dass ein Teil der Materialfracht zur Ablagerung kommt, und die Bucht einsedimentiert wird bzw. die Hafenrinne versandet.

Die Neigung der Wellenkämme, sich parallel zu den Tiefenlinien bzw. zur Uferlinie auszurichten, hat noch einen anderen Effekt. Treffen die Wellen auf ein »Horn« oder eine senkrecht in den See vorstehende Rippe, werden die Wellenausbreitungslinien (Wellenorthogonale) gegen die Hornspitze konvergieren (Wellendiffraktion), die dadurch je Laufmeter Strandlänge einem erhöhten Energieeintrag und damit auch einer stärkeren Erosionskraft ausgesetzt ist. Treffen die Wellen dagegen auf eine tiefe Bucht, so divergieren die Wellenorthogonalen, was zu einer Verringerung der Energiedichte im Vergleich zu einem langgestreckten Ufer führt. »Hörner« werden folglich tendenziell erodiert, während Buchten eher einsedimentieren; auf lange Sicht kommt es zu einer ausgeglichenen, langgestreckten Uferlinie.

In welchem Ausmaß sich die hier nur sehr vereinfacht wiedergegebenen Prinzipien auswirken können, hängt von folgenden Faktoren ab (Abbildungen 1 u. 2) (vgl. CARTER 1988):

- Windstärke, Windrichtung, Uferexposition und effektive Streichlänge des Windes (Fetch): Starkwinde erzeugen unter sonst gleichen Bedingungen höhere Wellen mit entsprechend hoher Wellenenergie. Die windinduzierten Wellen werden sich auf windexponierte Ufer stärker auswirken als auf Ufer, die in einem sehr breiten Winkel zur Wind- und Wellenrichtung ausgerichtet sind oder sogar an der windabgewandten Seite liegen. Der Wind kann erst dann einen entsprechenden Seegang ausbilden, wenn er eine hinreichend große Wasserfläche überstrichen hat; bedeutende Höhenzüge, beispielsweise der Bodanrück, vermindern die »effektiv« überstrichene Wasserfläche für Wellen, die am NE-Ufer des Überlinger Sees einlaufen.
- Korngröße und Kohäsivität der Sedimente: Grundsätzlich können hohe Wellen und Brecher grobes und feinkörniges Material aufnehmen, kleine Wellen und Brecher hingegen nur feines Korn. Analog werden kräftige Strömungen gröbere Körner transportieren als langsame Wasserbewegungen, daher gilt auch: Wenn sich Strömungen verlangsamen (z. B. Uferquerströmungen), wird zunächst das Grobmaterial, erst dann das Feinmaterial abgesetzt (»offshore fining«). Im Bereich sehr feinkörniger oder glaziär verfestigter Sedimente gelten diese Gesetzmäßigkeiten nicht mehr uneingeschränkt, so dass z. B. kohäsive glaziale Beckentone oder Grundmoränengestriche den Erosionskräften einen größeren Widerstand entgegensetzen.
- Sohlneigung, Sohlrauigkeit und Ufervegetation: Stärker geneigte Uferpartien erleiden unter sonst gleichen Voraussetzungen einen höheren Wellenenergieeintrag pro Flächeneinheit als Flachufer; hinzu kommen unterschiedlich wirksame Brecherformen (s. o.). Somit können sich an Steilufern nur grobkörnige Kiese und Wacken halten, während an Flachuferrändern auch feinkörnigeres Material nicht umgelagert wird. Die wellenbedingten Strömungen in unmittelbarer Umgebung der Gewässersohle werden durch die »Sohlrauigkeit« beeinflusst, also durch den Umstand, dass neben kleinen Körnern auch grobe Körner, Kiese und Wacken liegen, die für eine kleinräumige »Verwirbelung« der Bodenströmung sorgen, und damit das Feinsediment vor Erosion schützen. Eine ähnliche Wirkung haben wahrscheinlich auch die Rasen aus submersen Wasserpflanzen (z. B. Armleuchteralgen). Im Bran-

dungsbereich, dem diese Pflanzen gewöhnlich fehlen, können Schilfröhrichte dafür sorgen, dass eine allmähliche Wellenenergie-Dissipation stattfindet und der Aufbau von Sturzbrechern unterdrückt wird. Da *Phragmites*-Bestände dauerhafte Halme besitzen und etwa bis zur mittleren Niedrigwasserlinie vorkommen (vgl. aber Kap. 6.7), können sie diese Aufgabe auch bei Niedrigwasser im Winterhalbjahr erfüllen.

Die hier nur sehr vereinfacht wiedergegebenen Prinzipien erlauben eine qualitative Beurteilung der ufermorphologischen Prozesse, die sich seit dem Spätglazial am Bodensee-Ufer vollzogen haben. Sie können darüberhinaus auch zur qualitativen Einschätzung der Auswirkungen von Ufermauern, Molen, Hafenbecken, Baggerungen und Aufschüttungen in der Flachwasserzone, u. ä. herangezogen werden (vgl. Kap. 3.2). Und schließlich bilden sie die konzeptionelle und argumentative Grundlage für viele Uferrenaturierungen am Obersee (vgl. Kap. 6.7 und 6.10).

Das gegenwärtige Erscheinungsbild eines naturnahen Ufers ist die Momentaufnahme eines sich dynamisch fortentwickelnden Systems. Damit stellen sich für den heutigen Uferschutz⁵ einige konzeptionell sehr wichtige Fragen: (1) Weisen die Faktoren, die die Morphodynamik des Seeufers bestimmen, in der heutigen intensiv besiedelten und genutzten Kulturlandschaft die gleiche Wirksamkeit auf wie unter naturnahen Bedingungen? (2) Werden Veränderungen am Ufer, die zeitgenössisch als nachteilig für die Natur bewertet werden (z. B. Ufererosion), durch menschliche Eingriffe hervorgerufen, so dass es eines Schutzes vor eben diesen Eingriffen bedarf, oder sind sie ein Teil der natürlichen Dynamik? (3) Wie kann im Uferschutz die naturnahe Dynamik des Seeufers unter Einbeziehung sowohl seewärtiger Faktoren (z. B. Wellenklima durch Großschifffahrt, Seespiegeltrends) als auch landwärtiger Faktoren (z. B. Flächennutzung, Nutzungsansprüche des Menschen) erreicht werden?

Auf diese Frage wird in Kap. 8 zurückgekommen.

3. NUTZUNGSRAUM BODENSEEUFER

Die Bodensee-Region gehört zu den dichtbesiedelten Landschaften Mitteleuropas mit Ballungszentren im Raum Konstanz, am nördlichen Obersee-Ufer, im Rheintal, und am südlichen Übersee-Ufer zwischen Rorschach und Romanshorn. Für Baden-Württemberg sind diese Zonen als »Verdichtungsraum Bodensee« mit »besonderer struktureller Prägung« ausgewiesen, die durch »Landesentwicklungsachsen« miteinander verbunden sind (WM BW, 2002), was »einerseits die bisherige Entwicklung widerspiegelt, aber sie zukünftig – zum Nachteil von Gewässer- und Landschaftsschutz – weiter fördert« (IGKB 2004: 80).

Seit Ende des 19. Jahrhunderts, besonders aber seit den 1960er Jahren unterliegen die Ufer einem verstärkten Nutzungsdruck durch Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, als Auf-

fangbecken für mehr oder minder gut gereinigte Abwässer, Trinkwasserreservoir, Attraktionszentrum für Massentourismus und als überregionales Wassersport- und Tauchrevier. Bereits in vorgeschichtlicher Zeit war das Seeufer ein beliebter Siedlungsplatz; davon zeugen die noch erhaltenen 98 jungsteinzeit- und bronzezeitliche Fundplätze in der Flachwasserzone (FWZ), die unter Denkmalschutz stehen (BREM & SCHLICHTERLE 2001).

Überregionale Verkehrsachsen, darunter die Autobahnen A81 (Stuttgart–Singen–Schaffhausen), A98/B31 (Singen–Lindau), A96 (Memmingen–Bregenz), A1 (Winterthur–Rorschach), A7 (Winterthur–Konstanz) und die Rheintalautobahnen A13 und A14 führen durch die Region und sorgen dafür, dass Waren, Dienstleistungen und Kurzurlauber in knapp 2 Stunden aus den Ballungsräumen um Mannheim, Stuttgart und München an den See gelangen.

3.1 BEVÖLKERUNGSVERTEILUNG UND BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

In den 54 Ufergemeinden rund um den See leben heute rd. 455 000 Menschen, entsprechend einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von etwa 585 Pers. km⁻². Damit liegt die Bevölkerungsdichte in den Ufergemeinden um bis zu 260 % höher als der Durchschnitt der zugehörigen Länder bzw. Kantone (Tabelle 2).

Die Attraktivität der Seeuferzone als Siedlungsraum wird auch daran sichtbar, dass die 54 Gemeinden mit Seeanschluß im Mittel mit 579 Pers. km⁻² (Zahlen von 2001) eine mehr als doppelt so hohe Bevölkerungsdichte aufweisen wie die 50 dahinterliegenden Gemeinden der zweiten Reihe (»Hinterlandgemeinden«). Die Bevölkerungsdichte liegt ebenfalls oft über den Vergleichswerten der betreffenden Länder und Kantone. Allerdings werden auch regionale Unterschiede sichtbar: Im nördlichen Untersee-Gebiet liegt, bedingt durch das Ballungszentrum von Singen und Rielasingen-Worblingen, die Bevölkerungsdichte im Hinterland höher als in der Uferzone. Andererseits gibt es im Hinterland des südlichen Untersees und des Überlinger Sees vergleichsweise dünn besiedelte Bereiche mit Bevölkerungsdichten zwischen 68 und 180 Pers. km⁻², die folglich wesentlich schwächer besiedelt sind als der Länder- und der kantonale Durchschnitt.

Zwischen den ersten Volkszählungen um 1840/1871 und 2001 hat die Bevölkerung in den 54 Ufergemeinden im Mittel 3,05 Pers. pro Jahr und Quadratkilometer zugenommen; in den Hinterlandgemeinden betrug die Zunahme nur 1,31 Pers. km⁻² a⁻¹. Im Vergleich zum langjährigen Mittel hat sich die Bevölkerungsverdichtung im letzten erfaßten Zeitraum (1981 bis 2001) noch einmal beschleunigt, – das Wachstum betrug in den Ufergemeinden 3,19, in den Hinterlandgemeinden 2,25 Pers. km⁻² a⁻¹. Die Wachstumsrate lag besonders im östlichen Bodenseeraum und am Südufer des Obersees um mehr als 300 % über den Referenzwerten. Besonders gering war die Zunahme in den Ufer- und Hinterlandgemeinden am südlichen Untersee.

Tab. 2 Fläche, Bevölkerungsstand und Bevölkerungsdichte (a) in den Ufergemeinden des Bodensee (d.h. Gemeinden mit Uferanschluß) und (b) in den Hinterlandgemeinden; die prozentuale Einwohnerdichte bezieht sich auf die zugehörigen Kantone bzw. Bundesländer als Referenzwert (100 %); Erhebungsjahre: Fläche 1996 (CH), 2000 (VB) u. 2001 (D), Bevölkerungsstand 2001, Entwicklung des Bevölkerungsstandes seit 1840 (BY) bis 1871 (BW, VB, SG, TG); Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, des Landesamtes für Statistik und Bayerischen Landesamtes für Statistik, der Statistik Austria und des Bundesamtes für Statistik in der Schweiz

(a) Ufergemeinden	(A) nördl. Untersee (BW)	(B) Überlin- ger See (BW)	(C) nördl. Obersee (BW)	(D) östl. Obersee (BY, VB)	(E) südl. Obersee (SG, TG)	(F) südl. Untersee (TG)	Gesamt
Anzahl Gemeinden	6	8	5	10	17	8	54
Gesamt-Fläche [km ²]	152,97	180,07	129,43	144,37	109,42	58,61	774,87
Gemeindefläche							
mittl.	25,50	22,51	25,89	14,44	6,44	7,33	14,35
min.	12,55	2,93	9,26	1,96	1,65	0,33	0,33
max.	58,58	58,67	69,91	33,13	18,41	12,00	69,91
Einwohnerzahl [1]	51.000	121.941	82.358	90.506	88.851	13.404	448.560
Einwohnerdichte [km ⁻²]							
Mittel	337	677	636	627	812	229	579
Min	127	142	299	279	138	108	108
Max	501	1.465	823	907	4.857	939	4.857
Einwohnerdichte [% d. Referenzwertes]	114 %	228 %	215 %	362 %	337 %	87 %	k.A.
mittl. Zuwachsrate der Einw.dichte [E km ⁻² a ⁻¹]							
1840/70–2002	1,79	3,68	3,74	3,23	4,16	0,68	3,05
1981–2002	2,33	4,57	3,58	2,59	3,68	1,14	3,19
mittl. Zuwachsrate der Einw.dichte [% d. Ref.]							
1840/70–2002	129 %	265 %	269 %	417 %	433 %	62 %	k.A.
1981–2002	127 %	248 %	195 %	268 %	210 %	79 %	k.A.

3.2 FLÄCHENNUTZUNG, FLÄCHENUMWIDMUNG UND UFERVERBAU

Die Flächennutzungsstruktur in den Ufergemeinden entspricht in groben Zügen der Siedlungsdichte. Insgesamt setzt sich die Fläche der 54 Ufergemeinden zu 11,1 % aus Gebäudeflächen, zu 7,1 % aus Verkehrsflächen, und zu 44,0 % bzw. 26,8 % aus landwirtschaftlichen Nutzflächen bzw. Waldflächen zusammen (Daten der Erhebungen von 1996, 2001 u. 2002, vgl. Tabelle 3 a). Die zumeist überbauten Flächen der Gebäude- und Verkehrsflächen liegen deutlich über den Durchschnittswerten der zugehörigen Bundesländer und Kantone. Dagegen sind Landwirtschafts- und vor allem Waldflächen drastisch unterrepräsentiert.

Die Ufergemeinden weisen im Vergleich zu den Hinterlandgemeinden um zwei Drittel höhere Anteile an Gebäudeflächen und ein Drittel mehr Verkehrsfläche auf. Dagegen liegen

Tab. 2 (Fortsetzung)

(b) Hinterland- gemeinden	(A) nördl. Untersee (BW)	(B) Überlin- ger See (BW)	(C) nördl. Obersee (BW)	(D) östl. Obersee (BY, VB)	(E) südl. Obersee (SG, TG)	(F) südl. Untersee (TG)	Gesamt
Anzahl Gemeinden	3	7	4	14	17	5	50
Gesamt-Fläche [km ²]	104,61	235,76	164,11	256,81	136,16	75,35	972,80
Gemeindefläche							
mittl.	34,87	33,68	41,03	18,34	8,01	15,07	19,46
min.	18,57	2,44	20,07	3,03	2,18	4,21	2,18
max.	61,52	69,75	71,22	101,28	12,04	24,98	101,28
Einwohnerzahl [I]	61.310	45.542	47.224	78.011	29.968	5.143	264.198
Einwohnerdichte [km ⁻²]							
Mittel	558	180	288	307	220	68	272
Min	176	99	204	33	84	58	33
Max	734	597	406	994	1.469	80	1.469
Einwohnerdichte [% d. Referenzwertes]	188 %	61 %	97 %	177 %	91 %	26 %	k.A.
mittl. Zuwachsrate der Einw.dichte [E km ⁻² a ⁻¹]							
1840/70–2002	3,47	0,78	1,48	1,55	0,57	0,05	1,31
1981–2002	2,70	2,08	2,47	2,44	2,18	1,14	2,25
mittl. Zuwachsrate der Einw.dichte [% d. Ref.]							
1840/70–2002	250 %	56 %	106 %	200 %	59 %	5 %	k.A.
1981–2002	147 %	113 %	134 %	252 %	124 %	79 %	k.A.

die Landwirtschaftsflächen um ein Viertel niedriger. Der Anteil an Parks, Freibad- und anderen Erholungsanlagen ist jedoch doppelt so hoch wie in den Hinterlandgemeinden. Besonders hoch sind die Flächenanteile von Gebäuden und Verkehrsanlagen mit etwa 22 bis 25 % am nördlichen und südlichen Obersee-Ufer; hier ist im Gegenzug die Waldbedeckung mit rd. 15–22 % deutlich geringer. Eine Ausnahme macht das nördliche Untersee-Ufer mit dem Ballungsraum Singen und Rielasingen-Worblingen, so dass hier im Hinterland die Überbauung größer ist als in den Ufergemeinden. Überdurchschnittlich hohe Waldanteile (40,7%) und geringe Gebäude- und Verkehrsanlagendichten (12,4%) finden sich am südlichen Untersee-Ufer.

Flächennutzungs- bzw. Arealstatistiken werden von den Statistischen Landes- und Bundesämtern seit etwa 20 Jahren geführt, so dass ein Vergleich der zeitlichen Entwicklung

(a) Flächennutzung (Anteile an der Gesamt-Bodenfläche)

Flächen-Anteile [%]	Gruppe	(A) nördl. Untersee (BW)	(B) Über- linger See (BW)	(C) nördl. Obersee (BW)	(D) östl. Obersee (BY, VB)	(E) süd- Obersee (SG, TG)	(F) süd- Untersee (TG)	Gesamt
Gesamt-Fläche [km ²]	Ufergemeinden	152,97	180,07	129,43	136,85	109,42	58,61	767,19
	Hinterlandgemeinden	104,59	235,73	164,10	167,74	136,18	75,30	883,64
	Referenz	35-741,54	35-741,54	35-741,54	72-781,70	2-813,20	2-813,20	k.A.
Gebäudeflächen [%]	Ufergemeinden	8,25	11,86	13,83	6,45	18,29	8,09	11,14
	Hinterlandgemeinden	12,70	5,88	7,70	3,71	7,73	3,29	6,68
	Referenz	7,00	7,00	7,00	5,07	6,44	6,44	k.A.
Landwirtschafts- flächen [%]	Ufergemeinden	43,16	47,13	46,37	37,43	55,09	44,96	44,04
	Hinterlandgemeinden	47,63	54,21	60,31	53,01	67,82	68,29	57,67
	Referenz	45,55	45,55	45,55	48,83	49,06	49,06	k.A.
Gartenbau- und Erholungsflächen [%]	Ufergemeinden	3,65	3,22	7,41	6,87	3,38	1,25	4,53
	Hinterlandgemeinden	2,58	2,69	0,98	4,93	0,61	0,44	2,27
	Referenz	1,19	1,19	1,19	0,85	0,70	0,70	k.A.
Weingärten, Rebanlagen [%]	Ufergemeinden	0,10	1,66	0,40	0,01	0,19	0,56	0,55
	Hinterlandgemeinden	0,07	0,14	0,05	0,00	0,05	0,45	0,10
	Referenz	0,79	0,79	0,79	0,06	0,17	0,17	k.A.
Wald [%]	Ufergemeinden	36,21	33,52	22,04	15,16	15,38	40,69	26,81
	Hinterlandgemeinden	26,49	31,06	24,65	30,45	18,84	24,11	26,74
	Referenz	38,01	38,01	38,01	34,92	26,53	26,53	k.A.
Gewässer [%]	Ufergemeinden	2,55	1,29	1,52	26,05	0,61	0,14	5,82
	Hinterlandgemeinden	1,00	0,77	1,05	2,34	0,67	0,83	1,14
	Referenz	1,00	1,00	1,00	1,98	1,12	1,12	k.A.
Verkehrsflächen u. sonstige Flächen [%]	Ufergemeinden	6,06	7,32	8,42	7,98	7,04	4,30	7,10
	Hinterlandgemeinden	9,52	5,24	5,26	5,43	4,29	2,58	5,41
	Referenz	6,46	6,46	6,46	7,34	3,23	3,23	k.A.

Tab. 3 Flächen, Flächennutzung (a) und Änderungen der Flächennutzung (b) in den Ufergemeinden und den Hinterlandgemeinden des Bodensees; Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, des Bayerischen Landesamtes für Statistik, der Statistik Austria und des Bundesamtes für Statistik der Schweiz; die Kategorien der einzelnen Statistik-Datenbanken wurden entsprechend dem Schlüssel der Statistik Austria aggregiert; die Kategorie Alpwiesen, vegetationslose Flächen der Gebirge, Gletscher, Firn wird hier nicht gelistet; Erhebungsjahre: Baden-Württemberg u. Bayern 2001 (Stichtag 31.12.2000), Vorarlberg 2002, Kanton St. Gallen u. Thurgau 1996

(b) Änderung der Flächennutzung (prozentuale Differenzen an der Gesamt-Bodenfläche [100%])

Änderungsanteile [% a ⁻¹]	Gruppe	(A) nördl. Untersee (BW)	(B) Über- linger See (BW)	(C) nördl. Obersee (BW)	(D) östl. Obersee (BY, VB)	(E) süd- Obersee (SG, TG)	(F) süd- Untersee (TG)	Gesamt
Gebäudeflächen [% a ⁻¹]	Ufergemeinden	0,097	0,183	0,134	0,039	0,207	0,083	0,127
	Hinterlandgemeinden	0,108	0,102	0,134	-0,044	0,107	0,044	0,077
	Referenz	0,076	0,076	0,076	0,082	0,074	0,074	k.A.
Landwirtschafts- flächen [% a ⁻¹]	Ufergemeinden	-0,307	-0,203	-0,200	-0,348	-0,271	-0,118	-0,252
	Hinterlandgemeinden	-0,372	-0,271	-0,197	-0,222	-0,165	-0,085	-0,228
	Referenz	-0,183	-0,183	-0,183	-0,168	-0,108	-0,108	k.A.
Gartenbau- und Erholungsflächen [% a ⁻¹]	Ufergemeinden	0,054	0,035	0,028	0,227	0,029	0,003	0,069
	Hinterlandgemeinden	0,082	0,057	0,016	0,166	0,012	0,007	0,062
	Referenz	0,015	0,015	0,015	0,013	0,009	0,009	k.A.
Wald [% a ⁻¹]	Ufergemeinden	0,104	0,036	0,015	0,076	-0,002	0,009	0,046
	Hinterlandgemeinden	0,030	0,034	0,036	0,095	0,011	0,006	0,039
	Referenz	0,078	0,078	0,078	0,040	0,021	0,021	k.A.
Verkehrsflächen u. sonstige Flächen [% a ⁻¹]	Ufergemeinden	0,015	0,016	0,015	0,038	0,043	0,016	0,0049
	Hinterlandgemeinden	0,115	0,010	0,008	0,040	0,035	0,021	0,048
	Referenz	0,006	0,006	0,006	0,052	0,020	0,020	k.A.

der Flächennutzungen möglich ist. Allerdings sind die Erhebungszeiträume unterschiedlich, was die Vergleichbarkeit einschränkt. Die Übersicht (Tabelle 3 b) zeigt, dass die Gebäude- und Verkehrsflächen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. So konnte für die Ufergemeinden in den letzten 20 Jahren mit einer jährlichen Zunahme der Gebäudefläche von 0,127 %, entsprechend etwa $0,97 \text{ km}^2 \text{ a}^{-1}$ oder knapp 20 km^2 insgesamt ausgegangen werden. In den Hinterlandgemeinden war die Nutzungsverdichtung nur gut halb so groß. Allerdings nahmen auch die von Wald, Grünanlagen u. a. Erholungsflächen bedeckten Areal deutlich zu, wobei der Anstieg in den Ufergemeinden etwas höher war als in den Hinterlandgemeinden. Die Zunahme dieser Nutzungen wurde offensichtlich durch Flächenumwidmungen aus der Landwirtschaft erreicht, denn die Anteile landwirtschaftlicher Nutzflächen sanken sowohl in den Ufergemeinden als auch in den Hinterlandgemeinden um mehr als 0,2 % pro Jahr, in 20 Jahren also um rd. 4 bis 5 Prozentpunkte.

Aufgrund der Siedlungsverdichtungen in den Ufergemeinden kam es schon früh zu Uferaufschüttungen, über deren Gesamtfläche jedoch keine Zahlen vorliegen. Erste umfangreiche Aufschüttungen und Uferbefestigungen in den städtischen Zentren sind bereits für das Hochmittelalter belegt, beispielsweise in den Handwerkervierteln am Konstanzer Hafen. In den dörflichen Siedlungen dürfte der sommerliche Hochwasserstand des Sees wohl häufig bis an die erste Häuserzeile herangereicht haben⁶. Mit zunehmender touristischer Entwicklung ging man ab etwa 1865 auch im kleinstädtischen Bereich dazu über, Ufer aufzuschütten und zu befestigen, um Uferpromenaden und Kuranlagen zu bauen (TRAPP 2002: 65)⁷. Heute ist das Seeufer zu rd. 70 % mit Mauern und befestigten Böschungen verbaut (Tabelle 4). Nach SIESSEGER (1980) waren am deutschen Obersee-Ufer um 1979 etwa 54 % der Uferlinie »stärkeren und starken Verbauungen« ausgesetzt, 1999/2000 waren es gut 50 %, die »mäßige«, »stark«

Tab. 4 Ufernutzungen und Uferverbau am Bodensee. Angaben zur Uferstrecke, zum Uferverbau, zur Belegung mit Schiffsanlagen nach Teiber (2003); der geringere Anteil, den der Kt. Schaffhausen am Bodensee hat, ist hier nicht gelistet

	Baden- Württemb.	Bayern	Vor- arlberg	Kt. St. Gallen	Kt. Thurgau	Gesamt
Uferstrecke [km]	161,0	18,7	35,6	11,3	60,8	289,2
Ufermauern und verbaute Böschungen (% d. Uferlänge)	67,3	94,8	61,7	89,2	72,7	70,4
Röhrichte (% d. Uferlänge)	32,4	5,1	36,5	9,8	26,6	29,0
Wohnbebauung und Privatgelände (% d. Uferzonen-Fläche)	17,9	34,6	2,8	15,4	25,0	18,7
Schiffsanlagen (% der Uferzonen-Fläche)	17,6	21,7	19,8	28,1	20,5	19,3
Strandbäder, Campingplätze, Sportflächen u.a. Badestrände (% der Uferzonen-Fläche)	8,6	9,2	6,7	17,2	6,0	8,2

oder »sehr stark« durch Ufermauern und Steinschüttungen verbaut waren (TEIBER 2003). Diese Uferbauwerke werden maßgeblich für die Ufererosion im Vorland, aber auch an windabwärts gelegenen unbefestigten und naturnahen Uferabschnitten verantwortlich gemacht (vgl. Kap. 2, 6.3 u. 7.10). Bei der Nutzung überwiegen Wohnbebauungen incl. zugehöriger Privatflächen sowie Schiffsanlagen, während Strandbäder u. a. Sportanlagen flächenmäßig zurücktreten (TEIBER 2003).

Als Reaktion auf die zunehmende Privatisierung und Überbauung der Seeufer wurden vor allem am westlichen Bodensee große Uferabschnitte unter Naturschutz gestellt, so dass der Lkr. Konstanz heute mit einem NSG-Flächenanteil von 5,0 % der Kreisfläche eine Spitzenposition in Baden-Württemberg (2,11 % der Landesfläche) einnimmt (LFU 2000). Insgesamt liegen am Bodensee-Ufer 29 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 53,64 km².

3.3 TRINKWASSERVERSORGUNG

Der Bodensee besitzt auch als Trinkwasserspeicher eine überregionale Bedeutung. Zunächst waren es die ufernahen Gemeinden, die an rd. 26 Stellen rund um den See Wasser aus etwa 30–50 m Tiefe abpumpten. Seit 1958, als das Pumpwerk des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung am Überlinger See in Betrieb genommen wurde, werden auch die Ballungsgebiete am mittleren Neckar mit Bodensee-Wasser beliefert; heute sind es etwa 4,0 Mio. Menschen in 320 Städten und Gemeinden, die über ein 1700 km langes Leitungsnetz mit jährlich rd. 130 Mill. Kubikmeter Trinkwasser versorgt werden (BWV, mdl. Mitt.). Die Trinkwasserversorgung aus dem Bodensee war und ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Ballungsgebiete im mittleren und nördlichen Württemberg von großer Bedeutung, so dass die 177 Verbandsmitglieder und die Landesregierung von Baden-Württemberg seither größten Wert auf die Reinhaltung des Bodensees und seine Funktionstüchtigkeit als Trinkwasserspeicher legten. Zur Erreichung dieser Ziele wurde der Uferzone, wie später noch gezeigt wird, eine wichtige Rolle zugeschrieben.

3.4 ERHOLUNGS- UND TOURISMUS-DESTINATION BODENSEEUFER

Insbesondere das deutsche Ufer ist ein beliebtes Ferienziel für Kurz- und Langzeittouristen sowie für die Besucher mehrerer Messen und Kulturereignissen. Für sie standen im Jahr 2000 in den deutschen Ufergemeinden 22 350 Betten im Übernachtungsgewerbe zur Verfügung, die von 922 000 Gästen genutzt wurden (Tabelle 5).

Da die Erfassung aus verschiedenen Gründen lückenhaft ist⁸, ist die tatsächliche Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen erheblich höher. In einer Studie, die sich auf das deutsche Bodenseegebiet und auf Zahlen von 1996 stützte, kamen HARRER & HÄNSSLER (1998) auf 7,6 Mio Übernachtungen, d. h. die Zahl der registrierten Übernachtungen muß mit

Tab. 5 Tourismus in den Ufergemeinden und der Hinterlandgemeinden des Bodensee im Jahr 2002 sowie die Entwicklung touristischer Eckdaten von 1984 bis 2002 (mittlere Änderungen in % pro Jahr des Mittelwertes 1984–2002); Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg; in den amtlichen Statistiken wurden nur Beherbergungsbetriebe mit mehr als 8 Betten erfasst.

(a) Jahr 2002	Gruppe	(A) nördl. Untersee (BW)	(B) Über- linger See (BW)	(C) nördl. Obersee (BW)
Anzahl Betriebe pro 1000 Einw.	Ufergemeinden	1,58	2,08	1,72
	Hinterlandgemeinden	0,42	0,98	0,61
	Referenz	0,63	0,63	0,63
Anzahl Betten pro 1000 Einw.	Ufergemeinden	60	71	78
	Hinterlandgemeinden	14	23	21
	Referenz	27	27	27
Anzahl Ankünfte pro 1000 Einw.	Ufergemeinden	1.894	3.201	3.474
	Hinterlandgemeinden	764	955	1.026
	Referenz	1.240	1.1240	1.240
Anzahl Über- nachtungen pro 1000 Einw.	Ufergemeinden	8.790	10.070	11.240
	Hinterlandgemeinden	1.560	2.510	2.370
	Referenz	3.580	3.580	3.580
mittlere Aufenthalts- dauer [d]	Ufergemeinden	4,6	3,2	3,2
	Hinterlandgemeinden	2,0	2,6	2,3
	Referenz	2,9	2,9	2,9

(b) Änderungen [% a ⁻¹] (1984–2002)	Gruppe	(A) nördl. Untersee (BW)	(B) Über- linger See (BW)	(C) nördl. Obersee (BW)
Anzahl Betriebe	Ufergemeinden	0,08	0,15	1,58
	Hinterlandgemeinden	0,92	2,24	-0,24
	Referenz	-0,36	-0,36	-0,36
Anzahl Betten	Ufergemeinden	0,88	0,40	2,08
	Hinterlandgemeinden	1,36	2,24	-1,00
	Referenz	1,11	1,11	1,11
Anzahl Ankünfte	Ufergemeinden	1,36	1,18	3,25
	Hinterlandgemeinden	-0,71	0,58	-0,68
	Referenz	2,04	2,04	2,04
Anzahl Über- nachtungen	Ufergemeinden	0,42	0,56	2,25
	Hinterlandgemeinden	-0,46	2,04	-0,08
	Referenz	0,53	0,53	0,53
mittlere Aufenthalts- dauer [d]	Ufergemeinden	0,08	-0,57	-0,94
	Hinterlandgemeinden	0,25	1,57	0,68
	Referenz	-1,48	-1,48	-1,48

einem Faktor von etwa 2,45 multipliziert werden, um die tatsächlichen Übernachtungszahlen zu schätzen. Hinzu kamen etwa 14 Mio Tagestouristen aus dem deutschen Inland und eine unbekannte, aber sicherlich viel kleinere Zahl an Ausflüglern aus der Schweiz, Österreich und Frankreich, die zu rd. 60 % mit dem privaten PKW und nur zu gut 10 % mit dem Öffentlichen Personennah- und -fernverkehr anreisten (B.A.T. Freizeitforschungsinstitut, 1995 zit. n. SANDTE 1996).

Über die zeitliche Entwicklung der nicht erfassten Übernachtungen und vor allem des Tagesausflugsverkehrs liegen keine Zahlen vor. Als Indikator könnte die Zunahme des Beförderungszahlen der Fahrgastschiffsflotte auf dem Bodensee dienen. Die vier großen Schiffsfahrtslinien⁹ am See beförderten in 2000 bis 2003 durchschnittlich 4,45 Mio Fahrgäste pro Jahr; die Steigerungsraten betrugen im Mittel 0,96 % pro Jahr, liegen also in der gleichen Größenordnung wie die Zunahme der Übernachtungszahlen in den Seeufergemeinden.

Der größte Teil der Erholungsaktivitäten konzentriert sich naturgemäß am Ufer. Hier reihen sich rd. 97 Häfen und Steganlagen für Sportboote, mehr als 20 Bojenfelder und 24 Schiffslandestellen für insgesamt 73 Fahrgastschiffe u. a. aneinander, dazu kommen ca. 87 Strandbäder und größere Badeplätze, 27 Zugänge für Windsurfer und 55 Campingplätze¹⁰.

Der Bodensee ist ein überregional bedeutendes Wassersportrevier. Das Bootsaufkommen setzt sich zusammen aus den am Bodensee registrierten Schiffen und Booten, aus kleineren, nicht registrierungspflichtigen Booten sowie aus einer unbekannten Zahl an »Wanderbooten«, die von den Urlaubsgästen an den See gebracht und dort für eine kurze Zeit zu Wasser gelassen werden. Die Bodensee-Schiffsstatistik wies für 2002 einen Bestand von 58 130 registrierten Wasserfahrzeugen aus¹¹, die am Bodensee zugelassen waren (Abbildung 3). Zur Unterbringung der Boote standen in 2003 23 681 Wasserliegeplätze zur Verfügung, davon rd. 73 % in Häfen und je 12 % an Stegen und in Bojenfeldern¹², der Rest war in nicht näher quantifizierter Weise auf Landliegeplätzen untergebracht. Der durchschnittliche Flächenbedarf je Boot liegt bei rd. 35–100 m² für den Wasserliegeplatz und weiteren 50–100 m² für die landseitigen Versorgungseinrichtungen (RVBO 1984: 29). Die Wassersportsaison reicht von etwa Mitte Mai bis Ende September; während dieser Zeit wird ein Boot statistisch gesehen nur rd. 30 bis 50 Stunden lang als solches genutzt (DREXLER 1980: 151). Abgesehen davon bieten grob geschätzt mindestens 3500 bis 4000 Boote aufgrund ihrer Größe und Ausstattung die Möglichkeit touristischer Übernachtungen, und besitzen daher Zweitwohnungscharakter (HARRER & HÄNSSLER 1998).

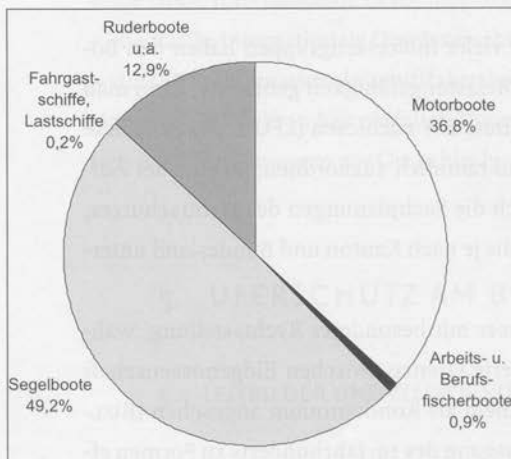


Abb. 3 Zusammensetzung der Boots- und Schiffsflotte am Bodensee im Jahr 2002 (n. Angaben der ISKB; rd. 99% der Wasserfahrzeuge sind Vergnügungsboote).

Viele Wassersportler aus der Region sind in insgesamt etwa 185 Vereinen organisiert, die sich zu 13 landesweiten oder grenzübergreifenden Dachorganisationen zusammengeschlossen haben (MKJS BW 2001). Alle Wassersportarten sind naturgemäß auf Stützpunkte und Versorgungseinrichtungen in direkter Ufernähe angewiesen.

Hinzu kommen Großveranstaltungen in Konstanz, Friedrichshafen und Bregenz, die alljährlich weit mehr als 0,5 Millionen Besucher anlocken, sowie zahllose kleinere Veranstaltungen und sog. Hafen- oder Fischerfeste in den Ufergemeinden.

Insgesamt hat sich der Massentourismus seit seinen bescheidenen Anfängen um 1900 zu einem überaus bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region entwickelt. HARRER & HÄNSSLER (1998) schätzen die Brutto-Umsätze im Tourismus im Fremdenverkehrsgebiet Bodensee auf 1,28 Mrd. DM (0,66 Mrd. €), was einer Netto-Wertschöpfung von 0,59 Mrd. DM (0,30 Mrd. €) bzw. einem Anteil von mindestens 4,75 % des Volkseinkommens der betrachteten Fremdenverkehrsregion entspricht (auf der Basis der Zahlen von 1996). Dabei ist der Übernachtungstourismus bedeutend attraktiver als der Tagestourismus: der übernachtende Gast lässt etwa 3,5 mal mehr Geld in der Region als der Tagesgast. Bezogen auf den Beschäftigungseffekt entspricht der Einkommenseffekt der Wertschöpfung einer zurückhaltend geschätzten Zahl von 15 000 vollzeit-beschäftigten Personen (ca. 12–13 % aller Beschäftigten im Fremdenverkehrsgebiet Bodensee). Allerdings fließen nur 2 bis 3 % des touristischen Netto-Umsatzes den Gemeinden als Steuern zu.

4. ENTSCHEIDUNGS- UND VERWALTUNGS- STRUKTUREN IM UFRSCHUTZ

»Die unterschiedlichen Nutzungsansprüche vieler Interessengruppen haben den Bodensee und seine Uferbereiche an den Rand seiner Belastungsfähigkeit gebracht«, kann man in einer Broschüre der Landesanstalt für Umweltschutz BW nachlesen (LFU 2001: 37). Diese Nutzungsansprüche gegeneinander abzuwägen und räumlich zuzuordnen, ist eine der Aufgaben der Raumplanung. Sie wird unterstützt durch die Fachplanungen des Naturschutzes, des Gewässerschutzes und des Denkmalschutzes, die je nach Kanton und Bundesland unterschiedlich organisiert sind.

Der Bodensee ist ein internationales Gewässer mit besonderer Rechtsstellung; während sich durch den Untersee eine vertraglich fixierte Grenze zwischen Eidgenossenschaft und Bundesrepublik zieht, wird der Obersee allgemein als Kondominium angesehen (BULLINGER 1980; VEITER 1990). Dies hat bereits im Ausgang des 19. Jahrhunderts zu Formen effizienter und erfolgreicher regionaler Zusammenarbeit geführt. In den Fällen, in denen wirtschaftliche Interessen im Spiel waren, kam die Zusammenarbeit schon sehr früh zustande¹³,

wurde aber durch die beiden Weltkriege unterbrochen und zumeist erst in den 1950er Jahren fortgesetzt. Mit der Gründung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) im Jahre 1959 waren erstmalig Gewässerschutzbehörden grenzüberschreitend tätig geworden. 1973 folgten die Deutsch-Österreichische und die Deutsch-Schweizerische Raumordnungskommission, deren Tätigkeit in der ein Jahr zuvor gegründeten »Bodenseekonferenz« (heute Internationale Bodenseekonferenz, IBK) aufgegangen ist, und die Internationale Schifffahrtskommission für den Bodensee (ISKB). Als Letzter folgte der private Naturschutz 1990 mit der Gründung des »Umweltrates Bodensee« und der Bodensee-Stiftung (1995) (TRAPP 1991, KEIZ 1993, ENTRINGER 1993, BLATTER, 2000, 2001).

Heute ist weithin anerkannt, dass Maßnahmen im Gewässerschutz und in der Regionalentwicklung einer Abstimmung innerhalb der gesamten »Regio Bodensee« bedürfen. Die Arbeitsweise beispielsweise der IGKB stützt sich wesentlich auf die gegenseitige Information und die gemeinsame Entwicklung von Handlungsvorschlägen (SCHRÖDER 2003); die Entscheidungskompetenzen der Verwaltungs- und politischen Einheiten in den Ländern und Kantonen bleiben dabei unangetastet.

Für den Bereich des Ufers haben in jüngerer Vergangenheit vor allem (in alphabetischer Reihenfolge)

- die Bodensee-Stiftung (als Organisation des privaten Naturschutzes nicht direkt in die Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen eingebunden),
 - die Deutsch-Österreichische und Deutsch-Schweizerische Raumordnungskommission, beide zusammen auch als Gemeinsame Raumordnungskommission (GROK) bezeichnet; diese Kommissionen sind heute de facto nicht mehr aktiv, an ihrer Stelle wurde 2001 die »Raumordnungskommission Bodensee« gegründet, die möglicherweise bald in die IBK integriert werden wird;
 - die IBK, Internationale Bodenseekonferenz [der Regierungschefs der Länder und Kantone],
 - die IBKF, Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei,
 - die IGKB, Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee,
 - die ISKB, Internationale Schifffahrtskommission für den Bodensee,
- eine größere Wirksamkeit entfaltet. Daneben gibt es auch wenige lokale Bürgerinitiativen, die sich mit Uferplanungen vor Ort kritisch auseinandersetzen.

5. UFRSCHUTZ AM BODENSEE

5.1 LEITBILDER UND ZIELVORSTELLUNGEN

Der Grundstein konkreter Uferschutzkonzepte wurde Ende der 1970er Jahre gelegt, als das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten BW die »Grundsätze

zum Schutz der Flachwasserzone des Bodensees« (MELUF 1981) formulierte, in denen die Vorgaben niedergelegt sind, die am deutschen Ufer im wesentlichen auch heute noch Gültigkeit haben und umgesetzt werden. Die Konzeption wurde 1984 in die drei deutschen Bodensee-uferpläne übernommen (REGIERUNG VON SCHWABEN 1984: für Bayern; RVHB 1984 und RVBO 1984: für Baden-Württemberg), von denen die beiden letztgenannten als Teilregionalpläne für die kommunalen Flächennutzungs- und Bebauungspläne und damit letztlich für die Genehmigung von öffentlichen und privatnützigen Nutzungen in der Seeuferzone verbindlich sind. Im Land Vorarlberg und im Kanton Thurgau fehlt ein ähnlicher Planungsansatz bis heute, in Vorarlberg treten rein naturschutzrechtliche Bestimmungen an seine Stelle. Der Kt. St.Gallen besitzt seit 1977 eine »Seeuferplanung Bodensee«, die zuletzt 1999 fortgeschrieben wurde (Kt.SG 1999).

Die »Grundsätze ...« des MELUF BW haben in der Folgezeit auch Eingang in Leitbildformulierungen für das gesamte Bodensee-Gebiet gefunden. So veröffentlichte die Gemeinsame Raumordnungskommission das »Internationale Leitbild für das Bodenseegebiet« (GROK 1983), das sich ausgiebig mit der Seeuferzone beschäftigt. Dieses Leitbild wurde von der Internationalen Bodenseekonferenz fortgeschrieben und 1995 als »Bodenseeleitbild« veröffentlicht (IBK 1995), wobei allerdings die ökologischen Probleme und raumplanerischen Erfordernisse der Seeuferzone in den Hintergrund traten. Im Gegensatz zu den drei Bodensee-uferplänen, die sich auf das Planungsrecht der Länder stützen und dadurch Rechtswirksamkeit entfalten, stellen die beiden Leitbilder nicht-bindende Absichtserklärungen dar (vgl. aber Kap. 6.13).

Seitens der Nutzer-Gruppen (Tourismus, Wassersport, Fischerei u. a.) wurden bisher keine Leitbilder herausgegeben. Immerhin kam als Reaktion auf die jahrelangen Konflikte mit den Naturschutzverbänden unter der Federführung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg die Broschüre »Wassersport und Naturschutz« zustande (MKJS 2001, 2002), in der neben der Rechtslage auch Verhaltensmaßregeln für Wasser- und Tauchsportler wiedergegeben werden. Im wesentlichen enthalten diese verbandsinternen Empfehlungen die Aufforderung, sich an das ohnehin rechtlich Gebotene (z. B. Naturschutzrecht, Wasserrecht, Schifffahrtsrecht) zu halten. Auch aus den Naturschutzbehörden des Landes sind keine Leitbilder und Zielvorstellungen für das Bodensee-ufer bekannt geworden, die über die Leitsätze, die gewöhnlich den Pflege- und Entwicklungsplänen der Schutzgebiete vorangestellt werden, hinausgingen. Gleiches gilt für die privaten Naturschutzorganisationen, z. B. NABU und BUND, von denen besonders der NABU eine Reihe von Schutzgebieten im Uferbereich betreut.

5.2 WARUM IST DAS SEEUFER WICHTIG?

Eine Erörterung der Bedeutung des Bodenseeufer und der Begründung, warum es geschützt werden muss, erscheint auf den ersten Blick überflüssig. Tatsächlich aber sind die Argumente und Zielvorstellungen innerhalb der Verwaltungen und kommunalen Verbänden nuancenreich und unterlagen in der Vergangenheit einer deutlich sichtbaren Schwerpunktverschiebung.

Für das MELUF BW war die »große Bedeutung für die Selbstreinigungskraft¹⁴ und den Gütezustand des Bodensees« von ausschlaggebender Bedeutung (MELUF 1981: 8 u. pass.). Die LFU BW geht noch darüber hinaus: »Die Fähigkeit des Bodensees zur biologischen Selbstreinigung kommt fast ausschließlich den Ufer- und Flachwasserzonen zu. Der größte Teil des Stoffumsatzes im See findet gerade in diesen Bereichen statt. ... Aufgrund der großen Kontaktbereiche mit dem Wasser ist die Reinigungskapazität dieses grünen Mantels immens und entspricht einer riesigen Kläranlage.« (LFU 2001: 27) (Abbildung 4).

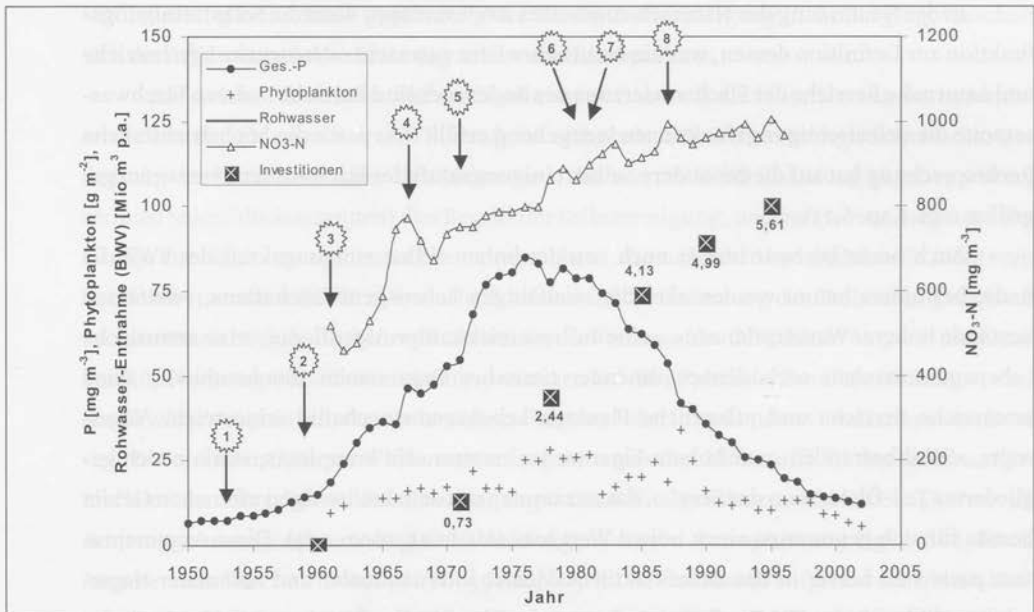


Abb. 4 Trophische Entwicklung des Bodensee-Obersees und Eckdaten zum Gewässerschutz. Ges.-Phosphor und Nitrat-N als volumengewichtete Jahresmittelwerte, Phytoplankton-Biomasse als Jahresmittelwerte der Wassersäule 0–20 m, nach IGKB (2004); Rohwasserentnahmen in Mio m³ a⁻¹ der Bodenseewasserversorgung (BWV) n. Angaben der AWBR, mündl. Mitt.; kumulatives Investitionsvolumen für die Abwasserbehandlung in BW, BY, A, CH und Fürstentum Liechtenstein in Mrd. Schweizer Franken, n. IGKB (1973), (1981) u. (1985), für die Investitionen in die Ortskanalisation vor 1960 liegen keine Angaben vor, das Volumen wurde daher auf Null gesetzt; Eckdaten zum Gewässerschutz:

- 1 Denkschrift über die Reinhaltung des Bodensees (1953), hg. vom Innenministerium Baden-Württemberg
- 2 Gründung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (1959)
- 3 Übereinkommen über den Schutz des Bodensees gegen Verunreinigung (1961 rechtsverbindlich)
- 4 Richtlinien der IGKB zur Reinhaltung des Bodensees (1967)
- 5 Ratifizierung des Übereinkommens über den Schutz des Bodensees gegen Verunreinigung durch BW, BY, CH und A (1971)
- 6 Inkrafttreten der Phosphat-Höchstmengeverordnung (1980)
- 7 Grundsätze zum Schutz der Flachwasserzone des MELUF BW (1981)
- 8 neue Richtlinien der IGKB für die Reinhaltung des Bodensees (1987)

Aus dem Vergleich der Kurven wird deutlich, dass der Anstieg der Investitionen zur Abwasserbehandlung etwa zehn Jahre nach dem Anstieg der Phosphat-Kurve erfolgte, und dass sich eine Trendwende erst nach einem weiteren Jahrzehnt ereignete. Die Entwicklung der Nitrat-N-Konzentrationen erfolgt weitgehend unabhängig v. der Entwicklung der P-Kurve, da ein großer Teil des N aus diffusen Quellen (u.a. landwirtschaftliche Nutzflächen) stammt.

Das »Internationale Leitbild ...« der GROK (1983) argumentiert ähnlich, verweist aber auch auf die »natürliche Eigenart der Uferlandschaft« (p.16), den »Erlebnis- und Erholungswert des Uferbereichs« (p.19), sowie auf die Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz (Fische, Vögel; Schilf als Biotopelement). Ähnlich sieht es auch das »Bodenseeleitbild« der IBK, das zudem noch auf die typischen Ortsbilder und die Ufersilhouette des Bodensees hinweist, die es zu schützen gilt (IBK 1994: 41).

Die Bodenseeuferpläne von 1984 enthalten ebenfalls eine Einschätzung der Bedeutung der Flachwasserzone als »ausschließlicher Lebensraum der höheren Wasserpflanzen« und als »Laich- und Aufwuchsgebiet für zahlreiche Fischarten« und »Nahrungsplätze vieler Vogelarten«, »vielfältige Wechselbeziehungen ... im Übergangsbereich Wasser/Land«, »seltene Pflanzengesellschaften ... mit seltenen und z. T. vom Aussterben bedrohten Pflanzenarten« (p. 4), und hinsichtlich der »hervorragend konservierten Siedlungsreste [jungsteinzeitlicher und bronzezeitlicher »Pfahlbauten«, Anm. d. V.] mit ihren Pfahlfeldern, Kulturschichten und bedeutenden Funden« (p. 4), und natürlich der »Selbstreinigungskraft der Flachwasserzone« (RVHB, 1984: 3).

In der Neufassung des Naturschutzgesetzes BW¹⁵ von 1995 dient die Selbstreinigungsfunktion zur Definition dessen, was ein naturnahes Ufer ausmacht: »Naturnahe Uferbereiche und naturnahe Bereiche der Flachwasserzone des Bodensees sind Bereiche ... deren Flachwasserzone die Selbstreinigungsfunktionen weitgehend erfüllt ...«. Auch die höchstrichterliche Rechtsprechung hat auf die besondere Selbstreinigungskraft der Flachwasserzone zurückgegriffen (vgl. Kap. 6.13).

Auch heute ist zwar immer noch von der hohen Selbstreinigungskraft der FWZ die Rede, besonders betont werden aber die »vielfältigen Lebensgemeinschaften«, »vielfältige Bestände höherer Wasserpflanzen«, »eine äußerst reichhaltige Algenflora«, »eine artenreiche Lebensgemeinschaft seebodenbewohnender tierischer Organismen (Zoobenthos)«, »eine artenreiche tierische und pflanzliche Plankton-Lebensgemeinschaft«, »eine reiche Vogelwelt«, »Schilfbestände ... mit hohem Eigenwert«, kurzum »ein komplexes, stark in sich gegliedertes Teil-Ökosystem des Sees ..., das zusammen mit dem landseitigen ufernahen Gebiet bereits für sich genommen einen hohen Wert hat« (MÜLLER 2002: 2–3). Diese Argumentation passt sich besser in das derzeit aktuelle Muster internationaler und nationaler Naturschutzpolitik seit der UN-Biodiversitätskonvention der Rio-Konferenz 1992¹⁶ ein. Auch der Umweltsplan BW (UVM BW 2000a) und die IGKB (2004) nehmen nicht mehr auf die Selbstreinigung Bezug.

Diese Zitate belegen, dass zu Anfang die »Selbstreinigungskraft«, also die Sorge um die Nutzbarkeit des Bodensees als Trinkwasserspeicher für die Randgemeinden und für die Ballungsräume am mittleren Neckar – u. a. die Landeshauptstadt Stuttgart – und die Rentabilität der hohen Investitionen für die Bodenseewasserfernleitung im Vordergrund standen: »Ohne die Schutzfunktion und Reinigungsleistung der Ufer- und Flachwasserbereiche könnte der hohe Qualitätsstandard nur mit sehr viel intensiveren Aufbereitungsmaßnahmen gewährleistet werden« (LFU 2001: 28). Die Sorge ist verständlich, wenn man bedenkt, dass die hohe In-

vestitionssumme von rd. 2,5 Milliarden DM, die zwischen 1960 und 1978 in die Abwasserbehandlung im Einzugsgebiet des Bodensees investiert worden war (IGKB 1981), kaum Erfolge gezeitigt hatte: Zwischen 1960 und 1978 war der P_{gesamt} -Gehalt im Obersee von $12 \mu\text{g L}^{-1}$ auf $85 \mu\text{g L}^{-1}$ angestiegen (IGKB 1999a), – mit allen negativen Folgeerscheinungen, die die Eutrophierung für die menschliche Nutzung des Gewässers mit sich brachte. Gleichzeitig stieg die Trinkwasserentnahme für die Bodensee-Fernwasserversorgung von 30,1 auf 114,5 Mio m³ pro Jahr an (AWBR, mdl. Mitt.).

Gleichwohl hatte die Landesregierung BW bereits 1973 der Vorstellung, den Bodensee-raum als »ökologischen Ausgleichsraum« für die nördlichen Ballungsgebiete mit den Ausgleichsfunktionen »Trinkwasserspeicher« und »Erholung« zu betrachten, eine Absage erteilt (DREXLER 1980: 69). Seither betont sie die Mehrzweckfunktion des Bodensees für eine Vielzahl regionaler und überregionalen Nutzungen und die Gleichrangigkeit von wirtschaftlicher Entwicklung und Bewahrung der Kultur- und Naturlandschaft unter Beachtung der limnologischen Erfordernisse (zuletzt WM BW 2002: 65–66). In den 1990er Jahren schließlich, als sich das trophische Niveau des Freiwassers beträchtlich verringert hatte, und von der Nährstoffbelastung keine akute Gefährdung der Trinkwasserversorgung mehr ausging, verschob sich die Argumentation in Richtung Arten- und Biotopschutz.

Auf welche wissenschaftlichen Ergebnisse sich damals die Einschätzung der besonderen Selbstreinigungskraft der FWZ bezog, ist nicht bekannt. Ein Literaturgutachten »Zur Bedeutung der Flachwasserzone des Bodensees«, das von der IGKB in Auftrag gegeben wurde, vermied jedenfalls konsequent den Begriff der Selbstreinigung, und vermochte auch nur sehr wenige Publikationen zu diesem Thema anzuführen, die außerdem in der Mehrzahl nicht vom Bodensee stammten (IGKB 1987a). Noch heute wird die Bedeutung der »Selbstreinigung« von Fachleuten nicht einhellig beurteilt. So weisen die Verfasser der ÖNORM M 6231 auf die »starken Rückwirkung von Selbstreinigungsprozessen auf die pflanzliche Primärproduktion«, also die Gewässertrophie hin, denn »die Selbstreinigung führt in stehenden Gewässern ... meist in viele höherem Ausmaß zur Wiederverwertung mineralischer Nährstoffe für den Aufbau organischer Substanz (»Sekundärverunreinigung«) als in Fließgewässern« (ON 2001: 4), – mit all denjenigen unangenehmen Begleiterscheinungen, die der Eutrophierung eigen sind. Nach Angaben von WETZEL (2001: 376 ff., 553 ff., 605 ff.) ist das Litoral aufgrund der hohen Nettoprimärproduktion der Unterwasserpflanzen und der Aufwuchsalgen eher ein Ort der C_{org} -Produktion als eine C_{org} -Senke. GÜDE et al. (2004), die einige Messdaten über Sauerstoffbilanz und mikrobiellen Abbauraten in Litoral-Sedimenten am Bodensee-Obersee aus den Jahren 1993–94 referieren, halten die Funktion des Litoral als Selbstreinigungszone für gesichert, obgleich es nur rd. 13,5 % der Seefläche und ca. 0,6 % des gesamten Wasservolumens ausmacht.

Einen differenzierten Überblick über den damaligen Stand der Diskussion vermittelt eine Broschüre zum Umweltprogramm Bodenseeraum (UBR) (UVM BW 1995), in der die verschiedenen Belastungen und die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen im Uferbereich des baden-württembergischen Bodensees zusammengestellt sind. Inzwischen ist der Kennt-

nisstand¹⁷ wesentlich besser, wobei die meisten Arbeiten erst ab 1994 verfaßt wurden. Insgesamt informieren etwa 14 Publikationen und weitere ca. 17 interne Berichte über die litoralen Sedimente v. a. in Flußmündungsbereichen, ihren Nährstoffaustausch mit dem Freiwasser und ihre mikrobielle Aktivität, die Rolle des Phyto- und Zoobenthos, sowie über Schwebstoffe, gelöste Inhaltsstoffe und Plankton im litoralen Wasserkörper. Eine Zusammenführung und Bewertung der zahlreichen Einzelergebnisse wurde noch nicht vorgenommen.

In ähnlicher Weise ist nicht bekannt, ob sich das immer wieder vorgetragene Argument der hohen Artenvielfalt in der Bodensee-Uferzone allein auf Lehrbuchwissen stützt oder ob ihm konkrete Untersuchungen zugrunde liegen. Jedenfalls gibt es nur wenige jüngere Publikationen, die Arteninventare zusammengestellt bzw. zönotische Strukturen untersucht haben (z. B. BRÄUNICHE & TRAUTNER, 2002; FRENZEL 1983a, b, c; HEINE & al., 1999; REAVELL & FRENZEL, 1981) oder die sich Artenschutzproblemen widmen (vgl. Kap. 6.8)

Insgesamt kommt aus heutiger Sicht der Uferzone folgende Bedeutung zu (vgl. auch OSTENDORP et al., 2004):

- ästhetischer Wert als Landschaftskulisse,
- Verkehrsraum (z. B. Linienschifffahrt, Sportschifffahrt),
- privater und öffentlicher Raum für Freizeit und Erholung (z. B. Badeverkehr),
- privater und öffentlicher Raum für die bauliche Infrastruktur für Erholungsnutzungen (z. B. Uferpromenaden, Häfen, Steganlagen, Bojenfelder, Strandbäder, Campingplätze etc.),
- Fischfang (Berufsfischerei) und Angelsport,
- Lagerstätte von Bodendenkmalen, einschließlich ihres Schutzes und Erhalts sowie für ihre archäologische Erforschung,
- Artenschutz (bisher v. a. Vögel und Gefäßpflanzen betrachtet) mit dem Ziel des Erhalts einer hohen Artenvielfalt,
- Biotopschutz (v. a. »besonders geschützte Biotope« nach § 24a NatSchG BW, z. B. Auwälder, Streuwiesen, Röhrichte, Strandrasen, und Verlandungsbereiche),
- Pufferzone zwischen Land und Freiwasser mit mutmaßlich hohem »Selbstreinigungsvermögen« und der Fähigkeit zur Retention von Nähr- und Schadstoffen aus diffusen Einträgen von der Landseite.

Abgesehen vom Biotop- und Artenschutz steht hinter den anderen Aspekten direkt (Tourismus- und Freizeitgewerbe, Mieten und Grundstückspreise) oder indirekt (Bodenseefernwasserversorgung) eine beträchtliche Wertschöpfungskapazität, die den einzelnen Nutzern sehr wohl bewusst ist.

5.3 URSACHEN DER BEEINTRÄCHTIGUNG

Die vielfältigen Funktionen, die die Uferzone für die Nutzergruppen bereithält, treten in Konkurrenz zueinander, so dass mit zunehmender Nutzungsintensität und Belastung auch die Konflikte zwischen Nutzungsinteressen zunehmen (Übersicht vgl. OSTENDORP et al., 2004).

Seit den 1970er Jahren war die regionale und überregionale Trinkwasserversorgung eines der prominentesten Konfliktfelder. Für das MELUF BW stand fest, dass »zwischen der Ausdehnung der Flachwasserzone und ihrer Fähigkeit, organische Substanzen abzubauen ein unmittelbarer Zusammenhang« besteht (MELUF 1981: 18). Bauliche Eingriffe in die Flachwasserzone »bewirken grundlegende Veränderungsvorgänge«, d. h. die Flachwasserzone wird »in einen Zustand des Ungleichgewichts überführt und damit beeinträchtigt oder gestört.«

Eingriffe in die Uferzone, nämlich Anlagen für die Schifffahrt (Häfen, Steganlagen, Bogenfelder), Uferauffüllungen, Uferverbau mit toten Materialien, aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit des Bodenseeufer für die Öffentlichkeit (Badeanlagen, Uferpromenaden), die nach § 45, Abs. 2 u. 3 NatSchG BW grundsätzlich geboten sind, führen auf zweierlei Weise zu einer Beeinträchtigung der Selbstreinigungskraft: erstens, indem sie die Fläche der Flachwasserzone verringern, zweitens, indem sie auf der verbliebenen Fläche eine Veränderung des Wellenklimas, der Uferströmungen und der Feststoffbilanz (Erosion, Akkumulation) hervorrufen (vgl. Kap. 2). Es kommt an der Uferböschung aber auch auf der Brandungsplattform zu einer Erosion, wobei das erodierte Material teils in das Seebecken gelangt, teils mit der Uferlängsströmung verfrachtet wird, und in anderen Uferabschnitten zu einer Verschlammung führt (MELUF 1981: 22, 23). Beides hat, so die Vorstellung, unmittelbaren Einfluss auf die Wasserqualität: »Wo die FWZ durch Eingriffe in ihrer Funktion stark beeinträchtigt ist, werden alle Prozesse ausgelöst oder gesteigert, die für die Eutrophierung des Bodensees ausschlaggebend sind.« (RVHB, 1984: 2).

Bis 1981, dem Veröffentlichungsjahr der MELUF-Studie, waren für den Bodensee lediglich zwei Publikationen über Strömungen bzw. Nährstofffreisetzung aus Litoralsedimenten (SIESSEGGGER 1968; 1970) erschienen. Erst 1991 wurde nach einigen Vorarbeiten (Dittrich & Westrich, 1988) von der Wasserwirtschaftsverwaltung BW eine Studie in Auftrag gegeben, die dazu bestimmt war, Wellen im Tiefwasser zu messen, um daraus das Wellenverhalten im Flachwasser zu modellieren (PIROTH & PLATE 1993). Seit Mitte der 1990er Jahre liegen interne Abschlussberichte vor. Soweit in Erfahrung zu bringen war, wurden die Ergebnisse nicht veröffentlicht. Weiterhin gibt es eine kleinere Untersuchung über den Feststofftransport in der Umgebung von Hafenmauern, die aber ebenfalls nur als interner Bericht vorliegt.

An der Tatsache, dass uferparallele Uferbefestigung, z. B. Ufermauern, ebenso wie ufersenkrechte Strömungshindernisse (Molen, Hafenanlagen u. a.) den Sedimenttransport in der Uferzone beeinflussen, besteht nach zahlreichen Untersuchungen im marinen Bereich und an großen Seen kein Zweifel (z. B. CARTER 1988, BIRD 1996, KRAUS & McDOUGAL 1996). Andererseits gehören Ufererosionsprozesse zur natürlichen Uferdynamik (PILKEY &

WRIGHT 1988) und sind nicht *per se* negativ zu bewerten. Ihre Bedeutung bekommen sie erst vor dem Hintergrund intensiver menschlicher Nutzung, indem Nutzer und Grundeigentümer ihren Besitzstand gefährdet sehen, und ihr Eigentum durch Uferbefestigungen gegen die natürlicherweise ablaufenden Prozesse zu verteidigen versuchen. Außerdem kann es in benachbarten, ungeschützten Uferabschnitten zu einer verstärkten Erosionstätigkeit kommen (vgl. Kap. 2), die dann auch hier den Wunsch nach Uferbefestigung nach sich zieht. Wenn Naturschutzgebiete davon betroffen sind, so wie es für das Eriskircher Ried aufgrund der ausgedehnten Uferverbauungen in Friedrichshafen vermutet wird, sind nur besonders naturangepaßte Verfahren der Erosionskontrolle vertretbar.

Die eingangs dargestellte Sichtweise hat bis heute die Uferschutzbemühungen am See dominiert, so dass anderen möglichen Ursachenkomplexen (Eutrophierung und Intensität der litoralen Seekreide-Sedimentation, Seespiegeltrends, Seespiegelveränderungen durch Speicherbewirtschaftung im Alpenraum, Klimawandel, Erdkrustenbewegungen, u. a.) nicht eigens nachgegangen wurde. Ob am Bodensee heutzutage tatsächlich eine stärkere Ufererosion zu verzeichnen ist als in früheren Jahrhunderten, ist nicht belegt.

Überdies greift die bisherige Ursachenanalyse, die sich maßgeblich auf den Uferverbau stützt, zu kurz: Seeufer werden durch eine Vielzahl von menschlichen Aktivitäten beeinflusst, von denen nur ein Teil am unmittelbaren Ort des Geschehens, ein anderer Teil aber im Hinterland des Ufers und im Einzugsgebiet der Zuflüsse stattfindet (OSTENDORP et al. 2004) (vgl. auch Kap. 8).

5.4 VORSCHLÄGE FÜR MASSNAHMENPAKETE

Der Problemdarstellung und der Ursachenanalyse des MELUF BW folgend entwickelten die GROK und die IBK in ihren Leitbildern, vor allem aber die Regionalverbände in ihren Bodenseeuferplänen, sowie später das UVM BW im »Umweltprogramm Bodensee-Raum« (UVM BW 1995) Maßnahmenpakete, die – grob gesagt – folgenden Zielsetzungen entsprachen :

- Verhinderung einer weiteren nutzungsbedingten Verschlechterung im landwärtigen Uferbereich,
- Rücknahme der Nutzungsintensität in der Uferzone mit dem Ziel einer Verringerung der Flächeninanspruchnahme,
- Verbesserung der ökologischen Situation durch Renaturierungsmaßnahmen, und damit eine Stärkung der Selbstreinigungskraft.

Im einzelnen wurden folgende Maßnahmen aufgelistet und teilweise auch gleich in den Regionalplänen (RVBO 1981, RVHB, 1980)¹⁸ und in den Bodenseeuferplänen raumordnerisch dargestellt :

- Erhalt von verbindenden Freiräumen zwischen dem Seeufer und der landeinwärtigen Landschaft, um die Ausdehnung von bandartigen Siedlungsverdichtungen parallel zum Ufer zu verhindern;
- Baustopp in der noch freien Uferzone insbesondere für die industriell-gewerbliche Nutzung, aber auch für weitere Campingplätze und nicht seegebundene Freizeiteinrichtungen; eine Verlegung störender vorhandener Freizeiteinrichtungen und Aufhebung von Dauercampingplätzen; allerdings können neue Freizeiteinrichtungen zugelassen werden, wenn das Ufer naturnah erhalten oder wiederhergestellt wird;
- Begrenzung der Bootszahlen der Sportschifffahrt sowie Stabilisierung der Zahl der Wasserliegeplätze; mit dem Neubau oder der Erweiterung von Häfen und Steganlagen ist eine Reduzierung der Bojenliegeplätze und die Anlage von Trockenliegeplätzen anzustreben; Zusammenfassung der verbleibenden Einzelbojen in größeren Bojenfeldern;
- Erweiterung der freien Zugänglichkeit des Seeufers vorwiegend im Bereich der Ortslagen, wobei allerdings ökologisch wertvolle Funktionen nicht beeinträchtigt werden dürfen;
- Ufermauern und Auffüllungen zum Zwecke der Landgewinnung oder des Hochwasserschutzes nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses, und dann in Verbindung mit Maßnahmen zur Renaturierung und zur Verbesserung der Zugänglichkeit;
- Nichtzulassung von Baggerungen zur Sand und Kiesgewinnung, wohl aber zur Offenhaltung der Zufahrtsrinnen zu Häfen und Steganlagen;
- Schutz typischer Ortsbilder und der Ufersilhouette des Bodensees vor der Beeinträchtigung durch unangemessene Siedlungserweiterungen und städtebauliche Großformen;
- Schutz der archäologischen Bodendenkmäler vor Zerstörung; bei Eingriffen sind die Belange der Bodendenkmalpflege auch außerhalb bereits bekannter Siedlungsstationen zu berücksichtigen;
- besondere Schutzbemühungen für die Nadelbinsen- und Strandschmielengesellschaften sowie Erhalt und flächenmäßige Erweiterung von Schilfbeständen, in denen keine Eingriffe zugelassen werden dürfen;
- Renaturierung beeinträchtigter Uferabschnitte durch Lebendverbau mit Röhricht und standortgerechten Sträuchern und Bäumen in Verbindung mit Kies, Sand und Wacken.

Insgesamt sollen die Belange des Gewässerschutzes, des Schutzes der FWZ, der Schilfbestände, des Natur- und Landschaftsschutzes und der Fischerei gegenüber der Sportschifffahrt Vorrang haben (RVHB 1984: 33). Um einen einheitlichen Handlungsrahmen herzustellen, sollen grenzüberschreitend gemeinsame Planungsgrundlagen und Grundsätze bei der Ausweisung von Schutz- und Schongebieten für den Flachwasserschutz und die angrenzende Landseite entwickelt werden (GROK 1982: 17).

Im Aktionsprogramm der IGKB (2004 b) werden einige Entwicklungsziele im Sinne eines Nachhaltigkeitsgedankens quantifiziert: »Ziel ... muss es sein, ... einen ökologisch stabilen, naturnahen Bodensee für künftige Generationen zu erhalten.« Beispielsweise soll der Grad der Uferverbauung von jetzt rd. 60 % auf 35 bis 40 % der Uferlänge reduziert werden, der

Raumverbrauch für Liegeplätze und Häfen sowie für Campingplätze und andere Freizeitanlagen soll halbiert werden.

Instrumente zur Überwachung der weiteren Entwicklung und zur Erfolgskontrolle dieser Aktions- und Forderungskataloge waren – mit Ausnahme der Boots- und Liegeplatzzahlen (vgl. Kap. 6.3) – nicht vorgesehen.

Auch der überdurchschnittliche Freiflächenverbrauch in der Uferregion (vgl. Kap. 3.2) ist, mittels europäischer Management-Konzepte und Fördergelder, zum Thema geworden. Im März 2004 ist das Pilotprojekt ECOLUP (Ecological Land Use Planning)¹⁹ zu Ende gegangen, an dem sich neben zwei deutschen Ufergemeinden (Konstanz, Überlingen) auch Dornbirn und Wolfurt als Hinterlandgemeinden in Österreich beteiligt haben. Im Wesentlichen ging es um eine umweltverträglichere Bebauungsplanung im Rahmen eines Umweltmanagementsystems, gekennzeichnet durch Nachverdichtungen in bereits vorhandenen Bebauungsgebieten, vorrangige Nutzung von Industriebrachen zur Siedlungsentwicklung, Ausweisung und Wiederherstellung naturnaher Gewässerrandstreifen, aber auch um die Vervollständigung schon vorhandener Uferpromenaden und den Ausbau der Uferlandschaft als Erholungsraum und eine Verbesserung der öffentlichen Zugänglichkeit zum Seeufer. Diese Vorhaben liefen in den beiden deutschen Ufergemeinden zeitgleich mit der Planung bzw. Durchführung von baulichen Großprojekten in unmittelbarer Ufernähe (Seeuferhaus Konstanz, Konzert- und Kongresshaus Konstanz, Herosé-Wohnpark, Konstanz, Thermalbad Überlingen).

5.5. PLANERISCHES UND RECHTLICHES INSTRUMENTARIUM

Das Instrumentarium zur Umsetzungen dieser Maßnahmenpakete²⁰ bestand zunächst in den Bodenseeuferrplänen, wie sie allerdings nur für das deutsche Ufer wirksam geworden sind. Die des baden-württembergischen Ufers stellen Teilregionalpläne nach §§ 9 u. 10 des Landesplanungsgesetzes BW (LplG) dar, die als solche für die Flächennutzungsplanung der Gemeinden verbindlich sind. Ihr Geltungsbereich reicht von der Haldenoberkante (ca. 5 m-Tiefenlinie) bis zur landseitigen Gemeindegrenze der Uferanliegergemeinden.

Entsprechend den Vorgaben der MELUF-Studie sehen die Bodenseeuferrpläne die Ausweisung von drei Uferkategorien vor, die als »Schutzzone I«, »Schutzzone II« und als »allgemeine FWZ« bezeichnet werden. Die Einteilung »geht vom limnologischen Zustand und der vorhandenen oder angestrebten Funktionsfähigkeit der FWZ für die Selbstreinigungskraft aus« (RVHB 1984: 7).

Die Schutzzone I umfasst naturnahe Uferabschnitte, »in denen die Selbstreinigungsfunktion erfüllt ist« (RVHB 1984: 8, RVBO 1984: 6), daneben auch solche Bereiche, in denen die Selbstreinigungsfunktion durch Renaturierungsmaßnahmen wiederhergestellt werden kann. In der Schutzzone I sind keine Eingriffe wie Aufschüttungen, Hafenanlagen, Stege und Bojenfelder zugelassen, wobei allerdings rechtmäßig errichtete und betriebene Anlagen, z. B. private Stege, den gesetzlichen Bestandsschutz genießen (vgl. Kap. 6.13).

In der weniger stark geschützten Schutzzone II können private und öffentliche Anlagen bzw. Eingriffe zugelassen werden, sofern dies mit dem Ziel des Schutzes der FWZ vereinbar ist; zugelassen werden können insbesondere wassergebundene Erholungseinrichtungen wie Strandbäder und Hafen- und Steganlagen (RVHB 1984: 14, 16, RVBO 1984: 11).

In den verbleibenden Uferabschnitten, der »allgemeinen FWZ«, bestehen keine besonderen Beschränkungen.

Die drei Zonen sind in den Bodenseeuferrplänen im Maßstab 1 : 25.000 eingezeichnet. Von den 162,1 Uferkilometern am baden-württembergischen Bodensee fallen 51 % in die Schutzzone I, weitere 27 % in die Schutzzone II; der Rest von 22 % verbleibt für die allgemeine FWZ (RVBO 1984: 7).

Die Regelungen, soweit sie das überschwemmte Ufer betreffen, werden in den »Richtlinien zur Reinhaltung des Bodensees« der IGKB aufgegriffen und erläutert, die 1987 in der zweiten Auflage herausgegeben wurden, und seitdem fortgeschrieben werden (IGKB 1987b). An neuen Aspekten ist eine Ausgleichsregelung enthalten, die vorsieht, dass nachteilige Eingriffe in die FWZ ausgeglichen werden müssen, vorzugsweise durch Renaturierung geschädigter Uferabschnitte in der näheren Umgebung. Eingriffe, die nicht ausgeglichen werden können, dürfen nicht zugelassen werden. Ebenso wird beschrieben, wie die Renaturierungen durchzuführen sind (vgl. Kap. 6.10). Im Unterschied zu den Bodenseeuferrplänen erlangen die IGKB-Richtlinien eine grenzüberschreitende Wirksamkeit, da die Anliegerstaaten als Mitglieder der IGKB aufgefordert sind, die Empfehlungen in innerstaatliches Recht umzusetzen. In BW wurden sie in eine förmliche Verordnung übernommen, in den anderen Ländern und Kantonen besitzen sie den Charakter eines Fachgutachtens, das die Behörden berücksichtigen müssen.

Im landwärtigen Bereich – beispielsweise des baden-württembergischen Ufers – soll die Freiraumplanung der Regionalverbände mit der Festsetzung von »schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege« für eine Anbindung der Uferzone an das Hinterland sorgen. Diese Bereiche sollen grundsätzlich von Bebauung und Nutzungen, die dem Schutzziel widersprechen, freigehalten werden; häufig handelt es sich dabei um Gebiete mit guter Erholungseignung (RVBO 1996: 65 ff.). In die ausgewiesenen Freiräume können Landschaftsschutzgebiete und Naturschutzgebiete eingebettet sein, die wiederum Gegenstand der Fachplanungen der Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege bei den Regierungspräsidien sind.

6. UMSETZUNG DER UFRSCHUTZ-BESTIMMUNGEN

Viele der grundlegenden Bestimmungen und Planungen zum Uferschutz – zumindest am deutschen Ufer – liegen schon zwei Jahrzehnte zurück, so dass nun der Versuch einer

Bilanz gewagt werden kann, in welchem Maße die Konzepte umgesetzt wurden, welche Schwierigkeiten dabei auftraten, und wo noch Defizite bestehen. Für diese Bilanz werden 14 Themenbereiche herangezogen, die als Qualitätskomponenten für einen erfolgreichen integrierten Uferschutz beiderseits der Wasserlinie in Frage kommen. Die Darstellung beschränkt sich dabei teilweise auf das deutsche Ufer, da die Beschaffung von Unterlagen und statistischen Daten aus Vorarlberg und den beiden schweizerischen Kantonen zu zeitaufwändig gewesen wäre.

6.1 UNTERBINDUNG BAULICHER GROSSPROJEKTE IM UFERBEREICH

Die Bautätigkeit und Siedlungsentwicklung in den Ufergemeinden des baden-württembergischen Bodenseeufer hatte bereits in den 1960er Jahren zu Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes geführt, so dass die Landesregierung BW sich veranlaßt sah, die Ziele des Landesentwicklungsplans von 1971 (IM BW 1971), »... die unmittelbar an das Seeufer angrenzende Landschaft in ihrer natürlichen Eigenart weitestgehend [zu] erhalten ...« durch einen Erlaß²¹ zu präzisieren: größere Siedlungsvorhaben, Punkt- und Hochhäuser, Industrieansiedlungen sollten nur in den seeabgewandten Teilen der Ufergemeinden errichtet werden, sie müßten sich »in die besondere Eigenart der jeweiligen Uferlandschaft einfügen«, der freie Ausblick zum See und der Blick vom See auf das Ufer und auf dessen historische Bauten dürfe nicht nachteilig verändert werden. Gleichwohl lag die Bautätigkeit in den Landkreisen Konstanz und Bodenseekreis in den Jahre 1970–73 an der Spitze im Land BW (DREXLER 1980, p. 66).

Nach Genehmigung der Regionalpläne und der Bodenseeuferpläne in den Jahren 1980 bis 1984 waren die Flächennutzungsplanungen der Gemeinden an die Vorgaben der Bodenseeuferpläne gebunden. Obschon keine genauen Informationen existieren, darf man doch annehmen, dass die Gemeinden den Vorgaben im allgemeinen gefolgt sind. Dies betrifft die Erhaltung von Freiräumen, Verbot von Einbauten und anderen Eingriffen in der noch freien Uferzone (außer bei überwiegend öffentlichem Interesse), Unterbindung einer weiteren industriell-gewerblichen Entwicklung in der Uferzone, Erweiterung der öffentlichen Zugänglichkeit des Seeufers, Schutz der Ortsbilder, (Nicht-)Ausweisung von neuen Campingplatzarealen u. a.

Andererseits hat die jüngste Vergangenheit gezeigt, dass ein erheblicher Investitionsdruck auf die Gemeinden ausgeübt wird, dem diese nur allzu leicht nachzugeben bereit sind. Beispiele dafür sind Großprojekte für die touristische und Freizeit-Infrastruktur in Hard (Österreich), Friedrichshafen, Meersburg, Überlingen, Konstanz, Kreuzlingen, Romanshorn und Rorschach mit einem geschätzten Gesamt-Investitionsvolumen von weit mehr als 300 Mill. € und einem zu erwartenden zusätzlichen Publikumsaufkommen über 2 Mill. Besuchern pro Jahr (Thurgauer Tagblatt v. 17.08.2001, S. 33). Einige dieser Projekte befinden sich in der Realisationsplanung oder sind bereits umgesetzt. Ein anderes Großprojekt in Rorschach

(CH), die sog. »Swiss Marina« mit einem Bauvolumen von ca. 1,4 Mrd. €, wurde im Mai 2002 von der Investorengruppe aufgegeben (Südkurier, 16.5.2002); dem Vernehmen nach waren weniger die Proteste baden-württembergischer Landes- und Kommunalvertreter als vielmehr interne Finanzierungsprobleme die Ursache.

Auch angesichts der tatsächlichen Entwicklung (vgl. auch Kap. 3) sind die Konzepte der Landesregierung BW im Jahr 2003 noch die gleichen wie mehr als dreissig Jahre zuvor: Lenkung der Siedlungstätigkeit auf seeabgewandte Standorte, Freihaltung von der Uferzone von weiterer Bebauung und Verdichtung, Stärkung der Entwicklung des Hinterlandes²²

6.2 AUSWEISUNG VON NATURSCHUTZGEBIETEN

Seit dem Erscheinen der Regionalpläne (1982) und der Bodenseeuferpläne (1984) sind am baden-württembergischen Bodenseeufer sechs neue Naturschutzgebiete (Gesamtfläche 336 Hektar), am bayerischen Ufer zwei, am österreichischen Ufer ein und am schweizer Ufer nur ein kleines Schutzgebiet ausgewiesen worden²³. Auf deutscher Seite ging die Initiative häufig von den lokalen Naturschutzverbänden, v. a. vom NABU aus. Derzeit stehen rings um den See etwa 53,64 km² Uferbereich unter Naturschutz.

Eine beträchtliche Erweiterung erfuhren die Schutzzonen bei der Umsetzung der europäischen FFH- und Vogelschutzrichtlinie durch die Einrichtung von Natura 2000-Gebieten²⁴. Allerdings ist der Schutzstatus geringer; so sind eine Reihe von Eingriffen i. d. R. zulässig, weil sie keine »erhebliche Beeinträchtigung« des Gebietes darstellen und damit nicht dem Verschlechterungsverbot der FFH-Richtlinie widersprechen (VwV Natura 2000 BW²⁵; LFU BW 2002). In den Natura 2000-Uferzonen kommen außerdem mehrere prioritäre und nicht-prioritäre Arten »von gemeinschaftlichem Interesse [vor], für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.«²⁶ Beim derzeitigen Stand sind etwa 62 % des deutschen und österreichischen Bodenseeufer als Natura 2000-Gebiete ausgewiesen. Die Schweiz als Nicht-EU-Land hat keine Natura 2000-Gebiete eingerichtet.

6.3 BEGRENZUNG DER BOOTS- UND LIEGEPLATZZAHLEN

Seit etwa 1980 werden im Auftrag der ISKB am gesamten Bodensee-Ufer Statistiken über Bootszulassungen geführt; die Daten werden jährlich erhoben und beim Amt der Landesregierung Vorarlberg zusammengeführt. Hintergrund dieser Zusammenstellung ist allerdings weniger der Uferschutz als vielmehr die Belastung des Bodensees durch Bootsmotoren unterschiedlicher Leistungsklassen. Danach ergibt sich folgendes Bild (vgl. Abbildung 3): Die Flotte besteht nur zu rd. 1,2 % aus Arbeitsbooten (einschl. Fahrgastschiffen, Fischerbooten etc.), dagegen zu 49 % aus Segelbooten und zu 37 % Motorbooten. Der Rest entfällt auf zulassungspflichtige Ruderboote u. ä. ohne Motor. Zwischen 1980 und 1990 wuchs die Freizeit-

flotte um rd. 9 500 Boote an und steigt seitdem im Mittel um 0,27 % pro Jahr, so dass in 2002 der Bestand bei etwa 58 130 Wasserfahrzeugen lag. Während die Zahl der Fahrgastschiffe seit einigen Jahren stagniert und die Zahl der Lastschiffe deutlich zurückgegangen ist, nimmt die Zahl der Motorboote und der Segelboote mit einer durchschnittlichen Rate von 0,35 % Jahr zu. Zwischen 2001 und 2002 war ein besonders großer Anstieg um 1 065 Boote (2,1 %) zu verzeichnen. Die mittlere Nutzungsdauer der Boote ist nicht bekannt; ältere Zahlen (zitiert nach DREXLER 1980: 151) schwanken zwischen 10 und 100 Stunden in der Saison von etwa Mitte Mai bis Ende September.

Ausgangspunkt der Bemühungen um die Begrenzung der Liegeplatzzahlen war 1975 ein Erlaß des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr BW²⁷, der sich auf Erhebungen des ISF zur Inanspruchnahme der FWZ durch Vergnügungsboote stützte. Darin wurde festgelegt, dass neue Häfen und Steganlagen vorrangig bereits bebauten Uferanlagen zuzuordnen seien, große Hafenanlagen zu Lasten der Vielzahl kleinerer Hafenanlagen ausgebaut werden könnten, und dass einzelne Ankerbojen zu größeren Bojenfeldern zusammenzuschließen seien. Wie sich der Erlaß auf die Entwicklung der Liegeplatzzahlen in den folgenden beiden Jahrzehnten ausgewirkt hat, ist nicht bekannt. Seit 1997 stellt die IGKB im zweijährigen Rhythmus seeumfassend die Wasserliegeplatzzahlen der örtlichen Wasserbehörden zusammen. Danach bestanden in 2003 rings um den See 23 681 Liegeplätze, davon 73 % in 177 Häfen, jeweils 12 % an 128 Stegen und in 44 Bojenfeldern bzw. Einzelbojen-Gruppen (vgl. Endnote 12). Die Liegeplatzzahlen sind seit einigen Jahren weitgehend konstant. Ein Vergleich dieser Zahlen mit dem Schiffsbestand (s. o.) weist darauf hin, dass rd. 58 % aller Wasserfahrzeuge auch während der Saison auf Landliegeplätze angewiesen sind, die sich auf dem Hafen- und Stegareal oder einfach in der heimischen Garage des Bootsbesitzers befinden können. Nicht berücksichtigt werden die Park- bzw. Standplätze für Bootstrailer, die gerade auch dann anfallen, wenn die Boote im Wasser sind. Für den spezifischen Flächenbedarf standen nur ältere Zahlen zur Verfügung; danach muß mit 85 bis 200 m² je Boot gerechnet werden (RVBO 1984: 29).

Neben den Wasserliegeplätzen bedürfen auch die (privaten) Bootsstege als solche einer wasserrechtlichen Genehmigung nach § 76 WG BW, die auch dann notwendig wird, wenn ein bereits bestehender Steg »wesentlich« geändert werden soll. Nach der engen Auslegung des § 76 durch die Genehmigungsbehörden ist dies schon dann der Fall, wenn beispielsweise eine morsche Steganlage abgerissen und in gleichem Umfang durch eine neue ersetzt werden soll. Häufig wird die Steganlage nun nicht mehr genehmigt, oder es wird eine grundsätzlich befristete Genehmigung ausgesprochen; nach Ablauf der Befristung wird eine Überprüfung vorgenommen mit dem möglichen Ergebnis, dass eine weitere Verlängerung mit dem Wohl der Allgemeinheit nicht vereinbar ist. Bei älteren, lange Zeit geduldeten Steganlagen, für die der Eigentümer keine Genehmigung vorweisen kann, wurde mit Hinweis darauf, dass sie »die ökologischen Funktionen des Gewässers beeinträchtigen« (§ 76, Abs. 1 WG BW), eine Beseitigung verfügt (vgl. auch Kap. 6.13).

6.4 BAGGERUNGEN ZUR SAND- UND KIESGEWINNUNG

Baggerungen zur Sand- und Kiesgewinnung in der FWZ wurden früher nur in den Deltagebieten der östlichen Zuflüsse zum Bodensee vorgenommen. Zwei große Nassbaggerlöcher in der Argen-Mündung, die seit 1925 Kies lieferten, wurden 1982 aufgegeben und ab 1997 in eine Marina mit zahlreichen Versorgungseinrichtungen umgewandelt. Weitere Kies- und Sandbaggerstellen bestehen heute noch in den Delta-Bereichen der Alpenzuflüsse: Seit dem »Rheindurchstich« im Jahre 1895 besitzt der Alpenrhein eine künstliche Mündung, die durch einen inzwischen mehrere Kilometer langen Leitdamm in den Bodensee geführt wird. Aufgrund der seitdem stärkeren Geschiebeführung muss die neue Rheinmündung immer wieder freigebaggert werden. Die im Uferbereich verbleibenden Sande tragen zur steten Vergrößerung des Naturschutzgebietes »Vorarlberger Rheindelta« bei. Die Baggerungen hier und im Deltabereich der Bregenzer Aach werden nicht von den IGKB-Richtlinien berührt, sondern unterliegen nationalem Recht bzw. im Falle des Rheindeltas staatsvertraglichen Vereinbarungen zwischen der Schweiz und Österreich. Über flussbaulichen Maßnahmen insbesondere bei der Rheinregulierung informieren ein gutes Dutzend sedimentologischer und wasserbaulicher sowie populär gehaltener Publikationen (z. B. WAIBEL 1992).

6.5 BODENDENKMALSCHUTZ

Der Bodensee gehört zu den international bedeutendsten Fundlandschaften für jungsteinzeitliche und bronzezeitliche Uferrandsiedlungen (»Pfahlbauten«²⁸, ca. 3900 bis 850 v. Chr.), deren Überreste sich unter Sauerstoffabschluss in den wassergesättigten Böden und Sedimenten hervorragend erhalten haben (SCHLICHOTHERLE & BÜRGI, 1986). Insgesamt sind 98 Fundstellen, vorwiegend am Untersee, Überlinger See und westlichen Obersee bekannt geworden (BREM & SCHLICHOTHERLE, 2001). Aber auch aus römischer Zeit sind wichtige Baureste von Brücken-, Hafen- und Verteidigungsanlagen im Uferbereich erhalten, hinzu kommen einige mittelalterliche und neuzeitliche Schiffswracks und Schiffslaneanlagen sowie Fischfanganlagen und Palisaden im überschwemmten Uferbereich (SCHLICHOTHERLE 2003). Alle diese Fundstellen stehen am baden-württembergischen Ufer unter dem Schutz des Denkmalschutzgesetzes BW (DSchG; vgl. Endnote 20); seit 1984 sind sie in den Bodenseeuferplänen verzeichnet. In den meisten Fällen bleiben die Kulturschicht- und Pfahlreste ganzjährig unter dem Wasserspiegel verborgen, so dass ein Schutz dieser Bodendenkmäler unter Wasser nur dann verwirklicht werden kann, wenn deren Position den Planern bekannt ist.

Gefahr droht den Bodendenkmälern heute weniger durch Baumaßnahmen in der Flachwasserzone als vielmehr durch eine stetige Flächenerosion der Brandungsplattform, deren Ursachen im Rückgang der uferstabilisierenden Schilfbestände, im Wellenschlag von Kursschiffen und Sportbooten, in den Ausbaggerungen von Hafenzufahrten, in Uferverbau-

ungen, und in der seit etwa 1940 anhaltenden Veränderungen der Bodenseewasserspiegel (LUFT 1993) vermutet werden (vgl. Kap. 6.15). Zweifellos gibt es aber auch ganz natürliche Abspülvorgänge, die schon seit Jahrtausenden ablaufen, zumal einige der steinzeitlichen Kulturschichten bereits wenige Jahre oder Jahrhunderte nach Auflassen der Dörfer durch Wellenschlag und Erosion angegriffen und teilweise zerstört wurden.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg im Zusammenwirken mit den Wasserwirtschaftsbehörden zu einer wasserbaulichen Sicherung gefährdeter Stationen entschlossen. Dabei werden die flächig freiliegenden Kulturschichten mit einer



(a)



(b)

Abb. 5 Erosionsschutz bei freigelegten jungsteinzeitlichen und bronzezeitlichen Kulturschichten in der Flachwasserzone des Bodensees:
(a) Taucher bei der Kontrolle der ausgelegten Geotextilmatten,
(b) speziell konstruierte Klappschute zum zielgenauen Aufbringen der Kiesschüttung
(Fotos: J. Königer, terramare – Archäologische Dienstleistungen, Freiburg i.Br.)

Geotextilmatte überdeckt, die am Seegrund durch Eisenklammern befestigt oder durch aufliegendes Baustahlgewebe gleichmäßig beschwert und in Position gehalten wird (KÖNIGER & SCHLICHTERLE 2000). Mit einer speziell konstruierten Klappschute wird eine gleichmäßige Kiesüberdeckung von ca. 20–30 cm Mächtigkeit aufgebracht (Abbildung 5a). Das Einbringen des Materials, das über ein bis drei Meter Wasserbedeckung durchgeführt werden muss, wird von Forschungstauchern koordiniert (Abbildung 5b). Auf diese Weise wurden bisher am deutschen Ufer vier Stationen und im Kanton Thurgau eine Station gesichert (BREM & al., 2001; KÖNIGER & SCHLICHTERLE 2000; MÜLLER & SCHLICHTERLE 1998). Mit derartigen Sicherungsmaßnahmen ist die Schaffung von »Reservaten« verbunden, die der archäologischen Forschung der Zukunft vorbehalten bleiben. Es ist geplant, die Reservate in »Grabungsschutzgebiete« nach § 22 DSchG BW zu überführen. Eingriffe sind dann nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Landesdenkmalamtes möglich.

Über die vorgeschichtliche Besiedlung des Bodenseeufers gibt es inzwischen mehrere hundert wissenschaftliche und populär gehaltene Publikationen; über die Gefährdung der Bodendenkmale informieren sechs Arbeiten.

6.6 ENTWICKLUNG DER UNTERWASSERPFLANZEN-VEGETATION

Die Unterwasserpflanzen-Vegetation gehört nicht ausdrücklich zu den Schutzgütern weder der Bodenseeuferplanung noch des Naturschutzes (Ausnahme: FFH-Richtlinie, s.u.)



Abb. 6 Unterwasserrasen am Bodensee-Untersee mit Tausenblatt, *Myriophyllum spicatum* (Foto: M. Mörtl, Konstanz)

oder des Gewässerschutzes, obschon gerade sie in vieler Hinsicht einen charakteristischen und überaus wichtiger Bestandteil der Uferbiozönose darstellt (Abbildung 6):

- Im Bodensee-Litoral sind bisher 16 Armleuchteralgen-Arten nachgewiesen worden; davon werden heute 8 Arten im See angetroffen, von denen 6 auf der ›Roten Liste‹ Deutschlands bzw. Baden-Württembergs stehen. Im Zuge der Eutrophierung der 1960er und 1970er Jahre verschwanden alle Arten bis auf *Chara contraria*, *Ch. fragilis* und *Nitellopsis obtusa*. In den darauf folgenden Jahrzehnten verbesserten sich infolge der Oligotrophierung des Bodensees die Lebensbedingungen für die Armleuchteralgen, so dass bei der seeumfassenden Bestandsaufnahme der submersen Makrophytenvegetation des Bodensees 1993 (SCHMIEDER 1998) wieder 7 Arten nachgewiesen werden konnten (Übersicht: K. Schmieder u. M. Peintinger in AGBU 2004). Hinzu kommen etwa 11 Moosarten, von den 3 auf einer der ›Roten Listen‹ stehen (M. Peintinger in AGBU 2004). Die Gefäßpflanzen sind mit ca. 30 Arten vertreten. Davon stehen 12 Arten auf den ›Roten Listen‹ von Baden-Württemberg bzw. der Schweiz (M. Dienst in AGBU 2004).
- Aufgrund des reichen Armleuchteralgen-Vorkommens gehören viele Uferstrecken zu dem durch die FFH-Richtlinie geschützten Lebensraum Nr. 3140 (»oligo- bis mesotrophe kalkhaltige Stillgewässer mit benthischer Armleuchteralgen-Vegetation«).
- Für filtrierende Zooplankton-Populationen sind die Submersen-Bestände als Refugialräume von Bedeutung, indem sie den Fraßdruck planktivorer Fische auf die Zooplanktern verringern (TIMMS & MOSS 1984).
- Die Unterwasserpflanzenrasen stellen ein wichtiges Strukturelement als Laichhabitat (WITTKUGEL 2002) und für die litorale Fischzönose dar. Das gilt v. a. für die Fluss- und Kaulbarschgemeinschaft aber auch für Cypriniden-Jungfische (FISCHER 1994; FISCHER & ECKMANN 1997a, b) sowie für einige adulte Fische (Döbel, Aal, Hecht. u. a.) (NÜMANN 1939, 1973; RADKE 1993).
- Sie sind weiterhin Lebensraum für eine nicht näher bekannte Zahl von Zoobenthos-Arten, von denen sich wiederum einige Fisch- und Vogelarten ernähren. Auch die Pflanzen selbst, insbesondere die Armleuchteralgen, stellen eine wichtige Nahrungsgrundlage für einige Arten der winterrastenden Wasservögel dar (STARK et al. 2002; WERNER et al. 2004a, b).
- Die hohe innere Oberfläche der Wasserpflanzenbestände, die durch die dünnen Blatt- und Stengelstrukturen bedingt ist, dürfte zusammen mit dem anhaftenden Biofilm (Periphyton) einen maßgeblichen Anteil an den Stoffumsetzungen des Litorals haben (vgl. auch GÜDE et al. 2004). Folglich sollten die Submersen-Rasen ein wichtiges Element im postulierten »Selbstreinigungsprozess der Flachwasserzone« sein.
- Durch Verringerung der kleinräumigen Turbulenz im Inneren der Bestände wird die Resuspension von sedimentierten Feststoffen herabgesetzt (JAMES & BARKO 1994; WALSER 1995).

In den vergangenen vierzig Jahren wurde die Abundanz und Artenzusammensetzung der Submersen-Vegetation zunächst durch die bis Mitte der 1980er Jahre anhaltende Eutrophierung des Sees und dann durch die anschließende Oligotrophierung beeinflusst. Systemati-

sche seeweite Erfassungen begannen unter vegetationskundlichen Gesichtspunkten in den Jahren 1962/63 durch G. LANG (1967), teilweise im Auftrag und finanziert durch die IGKB. 1967, 1978 und zuletzt 1993 erfolgten ebenfalls im Auftrag der IGKB seeumfassende luftbildgestützte Unterwasserpflanzenkartierungen (LANG 1973, 1981; SCHMIEDER 1998), die die Häufigkeitsveränderungen der einzelnen Arten während der Anstiegsphase (bis etwa 1975) und der Gipfelphase (ca. 1975 bis 1985) der Eutrophierung, und während der Oligotrophierungsphase (ab etwa 1985) dokumentierten. Ziel der Untersuchungen war, die grundsätzliche Eignung von submersen Wasserpflanzen als Trophie-Indikatoren nachzuweisen (z. B. SCHRÖDER 1981) und »auf der Grundlage der Indikatoreigenschaften der Arten und Pflanzengesellschaften Aussagen über den Trophiezustand der Uferzone abzuleiten« (LANG 1981: 6). Die 1993 durchgeführte Kartierung diente als biologische Erfolgskontrolle der Sanierungsmaßnahmen im Einzugsgebiet des Bodensees (SCHMIEDER 1998). Einige der im Bodensee ehemals verbreiteten 16 Armleuchteralgenarten waren während der Eutrophierungsphase ausgestorben; drei davon konnten inzwischen wieder aufgefunden werden (SCHMIEDER 1998; DIENST & SCHMIEDER 2003). Für diese Untersuchungen wurde seinerzeit mehr als 2 Millionen DM aufgewendet. Die Ergebnisse sind in vier IGKB-Berichten und in drei Zeitschriftenaufsätzen (LANG 1967; SCHMIEDER 1997; 1999) niedergelegt. Ob und in welcher Weise die Erkenntnisse in die Uferschutz-Diskussion und -Planungen eingegangen sind, ist nicht bekannt.

Einige weitere Arbeiten widmen sich der Funktionalität des Phytobenthos bzw. der Submersen-Rasen für den Stoffhaushalt der Bodensee-Uferzone (z. B. TEIBER 1997; WALSER 1995), so dass – in Verbindung mit anderen Arbeiten über Mikroorganismen, Zoobenthos und litorales Plankton – einige wichtige Randbedingungen des Stoffumsatzes in Ansätzen bekannt sind (vgl. auch GÜDE et al. 2001 und Endnote 17).

Insgesamt sind etwa 16 wissenschaftliche Arbeiten über die Submersen-Vegetation des Bodensees erschienen, daneben auch noch eine Anzahl floristischer Veröffentlichungen sowie solche, die sich mit Grundlagenaspekten der Pflanzenabwehr gegenüber Herbivoren beschäftigen (z. B. GROSS et al. 2002).

6.7 SCHILFSCHUTZ UND WIEDERANSIEDLUNG VON SCHILFGEBIETEN

Insgesamt besitzt der Bodensee eine schilfgesäumte Uferstrecke von etwa 83,4 km (28,8% der Gesamt-Uferlänge) (TEIBER 2003). Die größten Uferschilfflächen liegen in den teilweise schon seit Jahrzehnten bestehenden Naturschutzgebieten. Sie und die kleineren Einzelbestände, die nach § 24a NatSchG BW zu den »besonders geschützten Biotopen« gehören, wurden bereits in den deutschen Bodenseeuferplänen von 1984 mit dem Hinweis aufgeführt, Eingriffe in die Bestände seien in keinem Fall zuzulassen (RVHB 1984: 25). Allerdings hat sich gezeigt, dass der Schutz vor direkten menschlichen Eingriffen nicht ausreicht, um den Bestand zu erhalten oder womöglich zu vergrößern. Vielmehr unterliegen die Flächenschwan-



Abb. 7 Schilfschutzeinrichtungen im NSG Altenrhein (CH), bestehend aus Algenfangzäunen und Schwimmkämpfen (mit Schwimmkörpern gefüllte Blechröhren, die mit Betonkörpern am Seegrund fixiert sind), um die Treibgutbelastung und die Wellenbelastung an der Schilffront zu reduzieren.

kungen an der Seeseite auch natürlichen Faktoren, im einzelnen: (i) Nährstoffzunahme im Freiwasser, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zu einer beträchtlichen seewärtigen Ausdehnung geführt hat (BAUMANN 1911; OSTENDORP 1991), (ii) episodische Hochwässer, z. B. 1965 und 1999, in deren Folge mehr als 40 bzw. 30 ha seewärtiges Schilfröhricht allein am baden-württembergischen Bodenseeuferrand abstarben (OSTENDORP 1990; OSTENDORP et al. 2003; SCHMIEDER et al. 2002; DIENST et al. 2004), (iii) langjährige Niedrigwasserphasen, namentlich in den 1990er Jahren, in denen sich die Schilffront wieder ausbreiten konnte (OSTENDORP et al. 1996; SCHMIEDER et al., 2003) (vgl. auch Kap. 6.15), (iv) eine langsam voranschreitende, im wesentlichen wohl ufermorphologisch bedingte Klifferosion am Obersee.

Angesichts des Schilfrückgangs nach dem 1965er Hochwasser wurde in der Wasserwirtschaftsverwaltung die Meinung vertreten, die Eutrophierung des Bodensees sei dafür ursächlich verantwortlich, und es komme darauf an, durch Wintermahd bzw. Winterbrand und Entfernung der oberirdischen Schilf- und Fadenalgenbiomasse für eine Reduktion der Nährstoffbelastung zu sorgen. So fanden zwischen 1977 und etwa 1983 umfangreiche »Schilfpfleßmaßnahmen« statt, in deren Folge weitere 2,85 ha Uferföhricht abstarben (OSTENDORP 1991). Ungeachtet dieser negativen Ergebnisse wurde im Spätwinter 1998 und 2000 auf Betreiben der Berufsfischer am Untersee erneut Schilf abgebrannt, – wiederum mit dem Resultat drastischer Bestandseinbrüche (vgl. SCHMIEDER et al. 2003).

Andere Schilfschutzmaßnahmen hatten zum Ziel, die mechanische Belastung der Röhrichtfront durch Fadenalgenwatten und Treibholz zu verringern. Zu diesem Zweck wurden am Nordufer in den Naturschutzgebieten ›Lipbach-Mündung‹ und ›Eriskircher Ried‹ massive Maschendrahtzäune vorgesetzt. Im NSG Altenrhein im Kt. St. Gallen wurde eine verankerte Kette von röhrenförmigen Schwimmkörpern vor das Schilf gelegt, die die Wellenbelastung reduzieren sollen (Kt. SG 1999) (Abbildung 7).

Von 1984 bis zum Winter 1999/2000 wurde im Auftrag der Wasserwirtschaftsverwaltung bzw. des ISF die Entwicklung der seewärtigen Schilffront kartiert (vgl. z. B. PIER & al. 1993), eine zusammenfassende Auswertung steht jedoch noch aus.

Eine Neuansiedlung von Schilfröhrichten war bisher nur auf neu geschaffenen Uferflächen im Zuge von Uferrenaturierungen möglich (s. Kap. 6.10); einige dieser Maßnahmen erwiesen sich als recht effizient (KRUMSCHEID-PLANKERT 1993; KÜMMERLIN 1993).

Bisher sind mehr als 35 wissenschaftliche Arbeiten über die Röhrichte des Bodensees erschienen.

6.8 SCHUTZ DER ENDEMISCHEN STRANDRASEN

Die Erforschung und der Schutz der nur am Bodensee vorkommenden Strandschmieden-Gesellschaft (*Deschampsietum rhenanae*), die auf kiesigen Erosionsufer oberhalb der Mittelwasserlinie vorkommt, und eine Reihe von endemischen und stark gefährdeten Pflanzenarten beherbergt, wurde seit 1980 von den Naturschutzorganisationen NABU und BUND vorangetrieben. Erst Ende der 1980er Jahre schalteten sich die Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege bei den Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen mit Auftragsvergaben an freiberufliche Büros ein. Seit der Novellierung des NatSchG BW im Jahre 1991 stehen die Bestände unter dem Schutz des § 24a des NatSchG BW. Die Bestandserfassung und Kontrolle wird in den Anrainerländern unterschiedlich gehandhabt, mit hoher zeitlicher Auflösung am thurgauischen und baden-württembergischen Ufer, und mit größeren zeitlichen Lücken in Bayern und Vorarlberg. Lediglich im Jahr 1994 wurden alle Bestände rings um den See kartiert (STRANG & DIENST 1995).

Die Strandrasen-Vegetation beinhaltet ca. 30 Arten, von denen 10 auf den ›Roten Listen‹ der Schweiz und Baden-Württembergs vorkommen (Übersicht: M. Dienst in AGBU 2004). Von den sieben Charakterarten sind zwei bereits in den 1960er und 1970er Jahren am Bodensee ausgestorben; die anderen hatten unter der Eutrophierung (hier v. a. Fadenalgenanwurf), dem Uferverbau und der Konkurrenz durch höherwüchsige Gräser und Seggen zu leiden. Aber auch natürliche Ereignisse wie die sehr lang anhaltenden Hochwässer von 1999 und 2002 sowie punktuelle Sedimentverlagerungen sorgten für Bestandseinbußen, während im Gegenzug eine Reihe von Niedrigwasserjahren im Zeitraum 1989 bis 1998 zur seewärtigen Ausdehnung der Bestände beitrugen. Das Trockenjahr 2003 mit seinen extrem niedrigen Sommerwasserständen (vgl. Kap. 6.15) erlaubte dem Ufer-Hahnenfuß, dem Bodensee-Ver-

gißmeinnicht und dem Strandling eine lange Blütezeit und einen guten Fruchtsansatz, so dass die Samenbanken dieser stark gefährdeten Arten wieder aufgefüllt wurden; bereits in 2003 wurde eine starke Ausbreitung der Nadelbinse beobachtet, der allerdings auch eine Ausbreitung von annuellen und ausdauernden Konkurrenzpflanzen gegenüberstand (DIENST et al. 2003).

Die aus den Voruntersuchungen erwachsenen Schutz- und Pflegeprogramme werden in Baden-Württemberg, Bayern und im Kanton Thurgau teils vom amtlichen Naturschutz, teils von der Wasserwirtschaft finanziert. Sie bestehen im wesentlichen darin, die Bestände regelmäßig zu kontrollieren, Ufernutzer zu informieren, Treibgutüberdeckung abzutragen und Konkurrenzvegetation durch Mahd und Jäten zu schwächen. Inzwischen hat sich ein intensives Bestandsmonitoring und -management etabliert, über das in mehr als 25 wissenschaftlichen Publikationen berichtet wird (zuletzt DIENST & STRANG 2002; 2003; 2004).

6.9 ENTWICKLUNG DER WASSERVOGELBESTÄNDE

Der Bodensee gehört zu einem der ornithologisch best untersuchtesten Binnengewässer in Europa. Seit 1961 werden jährlich zwischen September und April die Winterbestände der Wasservögel aufgenommen. Sie belegen die überregionale Bedeutung der Litoralzonen am Bodensee: etwa 9 Arten erfüllen das »Ramsar-Kriterium«, d. h. mehr als 1% der gesamten europäischen Population halten sich im Winterhalbjahr dort auf, – bei der Kolbenente sind es sogar rd. 20% (BAUER et al., 2002). Insgesamt sind 21 Arten als »gefährdet« bis »vom Aussterben bedroht« auf einer der Roten Listen der Bundesrepublik, Baden-Württembergs oder der Schweiz zu finden (Jacoby in AGBU 2004). Zwischen Juli und September ist das Litoral von besonderer Bedeutung, da einige Wasservogelarten das Großgefieder mausern, was dazu führt, dass sie ca. einen Monat lang flugunfähig sind.

Dennoch waren die Wasservögel bis in die jüngste Vergangenheit hinein weder ein Schutzgut noch ein Forschungsgegenstand im Gewässerschutz; erst 1999 kam eine Zusammenarbeit zwischen dem ISF, der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft Bodensee (OAB) und der Max-Planck-Forschungsstelle für Ornithologie, Vogelwarte Radolfzell über »Die Bedeutung der Wasservögel für das Ökosystem und den Stoffhaushalt von Seen am Beispiel des Bodensees« zustande; einige Ergebnisse davon sind in BAUER & al. (2002) dargestellt. Die Zusammenarbeit wurde 2001 mit einem Untersuchungsprogramm über die Rolle der Tauchenten und Blässhühner als Hauptkonsumenten von Armleuchteralgen und der Dreikantmuschel (*Dreissena polymorpha*) fortgesetzt, an der nun auch die Universität Hohenheim und das Limnologische Institut der Universität Konstanz beteiligt waren; das Projekt wurde 2003 abgeschlossen (WERNER et al. 2004a, b).

Seit den 1960er Jahren stieg die Zahl der überwintrenden Wasservögel deutlich an. Einerseits dürfte dies mit dem verbesserten Nahrungsangebot aufgrund der Eutrophierung zusammenhängen, andererseits mit der Einschleppung der Dreikantmuschel, wovon Mu-

schelfresser wie Reiher- oder Tafelente profitierten. Erstaunlich ist, dass die Zahl der überwinternden Wasservögel seit der Oligotrophierung nicht zurückgegangen ist, wie es an anderen Gewässern der Fall war. Wahrscheinlich stehen noch hinreichende *Dreissena*-Populationen als Nahrung zur Verfügung, so daß die heutigen Wasservogel-Populationen sich zu 80 % aus Muschelkonsumenten zusammensetzen.

Die Bedeutung der Flachwasserzone für brütende, mausernde und überwinternde Wasservögel führte immer wieder zu Konflikten mit lokalen Wasservogeljägern und mit dem Wassersport. Seit 1985 ist die traditionelle Wasservogeljagd im Ermatinger Becken verboten; außerdem wurden mehrere seichte Seebuchten für die Bootsfahrt gesperrt. Am St.Galler und Thurgauer Ufer wurden einige großflächige »Wasser- und Zugvogelreservate von nationaler Bedeutung« eingerichtet, in denen die Jagd und zeitweise auch der Wassersport verboten sind.

Daneben beherbergt die Uferzone bedeutende Populationen an typischen Röhricht-Brutvögel (BAUER & al. 1993). Ob diese Arten Bestandsschwankungen aufgrund der Röhrichtrückgänge nach 1965 und nach 1999 erlitten haben, ist nicht abschließend geklärt (vgl. OSTENDORP 1993: 251; PUCHTA 2002).

Über die Ökologie der Wasservögel und der Brutvögel im Röhricht und in den Riedwiesen informieren rd. 70 wissenschaftlicher Untersuchungen, die zuletzt in HEINE et al. (1999) und BAUER et al. (2002) zusammengefaßt sind.

6.10 UFERRENATURIERUNGEN

Bereits die Studie des MELUF (1981) und die deutschen Bodenseeuferrichtlinien sahen die Renaturierung²⁹ von Flachwasserzonen vor, die »durch bauliche Anlagen oder sonstige Eingriffe beeinträchtigt sind und in denen die Wiederherstellung oder Verbesserung der ökologischen Funktionen möglich und vertretbar ist« (IBK 1995: 25). Durch die Renaturierung sollte ein »standortgerechter, naturnaher und ökologisch leistungsfähiger Zustand angestrebt werden« (GROK 1982: 15). Die IGKB versteht darunter die »Unterstützung der Funktion der Flachwasserzone, Verbesserung der örtlichen Strömungsverhältnisse und Angleichung unterschiedlicher Uferabschnitte, Abflachung steiler Ufer, Beseitigung störender baulicher Anlagen« (IGKB 1987b: 26), während für den Naturschutz die »Sanierung der Röhrichtbestände, die Erweiterung des Biotopverbundes oder Vergrößerung der biologisch besonders aktiven Ufer- und Flachwasserzone« von Bedeutung ist (LFU 2001: 42). Sofern noch – für den See nachteilige – Eingriffe in die Flachwasserzone genehmigt werden, ist eine Ausgleichsmaßnahme vorzusehen, und als solche kommt in erster Linie die Renaturierung geschädigter Uferabschnitte in Frage (IGKB, 1987b: 26). Uferrenaturierungen gelten je nach Art und Umfang der Maßnahme als »Gewässerausbau« nach § 31 WHG Abs. (1) – (3)³⁰ und bedürfen einer Plan genehmigung oder sogar einer Planfeststellung mit UVP-Prüfung.

In den IGKB-Richtlinien ist auch eine grobe Umschreibung der Gestaltung von Renaturierungen enthalten; es sollen »weitestgehend naturnahe Bauweisen« zur Anwendung

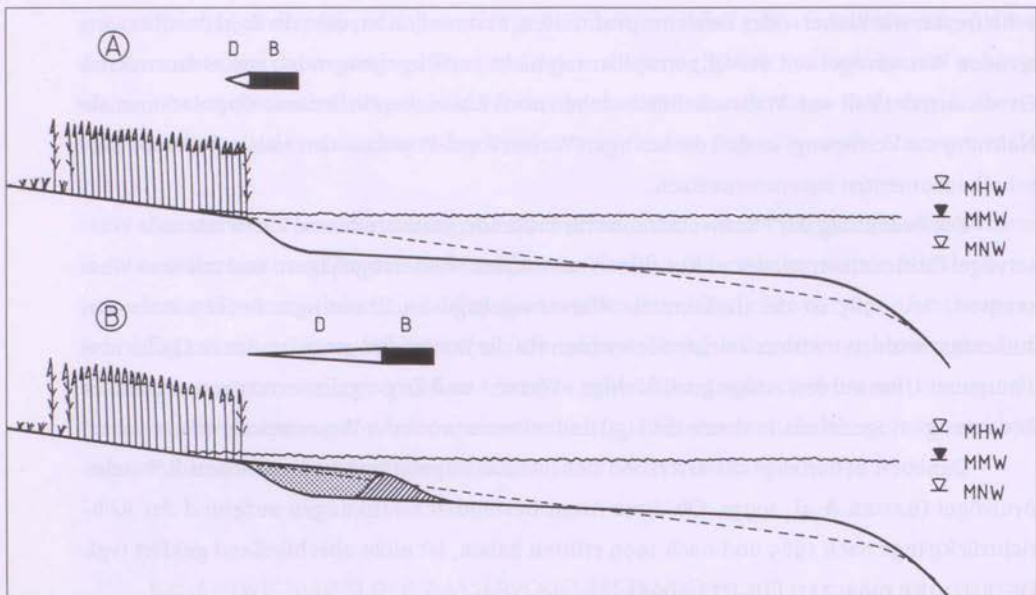


Abb. 8 Wirkungsschema der Renaturierung von Schilfgebieten:

- (A) vor der Renaturierung: Kliffkante vor der Schilffront, mit Brecherzone (B); die Wellenenergiedissipationszone (D) liegt im Bereich der Schilffront und sorgt zusammen mit Treibgut für mechanische Schilfschädigungen
 (B) nach der Renaturierung: die Kliffkante ist weiträumig durch einen Wackendamm (schraffiert) und durch eine Sandaufspülung (punktiert) abgedeckt; die Brecherzone ist nach seawärts verlagert, die Dissipationszone liegt deutlich vor der Schilffront

kommen, worunter nicht nur die Ufersicherung durch Lebendverbau sondern auch die Sicherung durch eine Schüttung mit Wacken und Flussbausteinen zu verstehen ist (IGKB 1987b: 27).

Das wasserbauliche Konzept wurde bereits um 1980 am ISF entwickelt und zusammen mit der Wasserwirtschaft anhand der realisierten Maßnahmen laufend verbessert. Das Konzept »geht nicht auf ingenieurmäßige und statische Berechnungen zurück, sondern ist empirisch und wurde von natürlichen Standorten mit ausgeglichenen und stabilen Verhältnissen abgeleitet.« (SIESSEGGGER & TEIBER 2001: 8). Entsprechend den Auffassungen, die bereits im MELUF-Papier vertreten wurden, bestehen die unmittelbaren Ziele darin, (i) einen Ausgleich für die – mutmaßlich anthropogen verursachte – Ufererosion zu schaffen, (ii) durch wasserbaulich stabile Einbauten eine erneute Ufererosion zu verhindern. Die sog. »wasserbauliche Grundvariante«, oder kurzerhand »Erfolgsmodell« genannt (SIESSEGGGER & TEIBER 2001), besteht aus einem seeseitigen Wackendamm mit 60/200 mm-Material im Gefälle etwa 1:5 und einer landwärtigen Feinmaterialauffüllung im Gefälle 1:12 bis 1:30 bis zum Anschluss an die Kliff-Oberkante bzw. an die Mauerkrone (Abbildung 8a). In einigen Fällen wurde das Feinmaterial mit Schilf bepflanzt, um für eine rasche Stabilisierung der Sedimentoberfläche zu sorgen (Abbildung 8b) (SCHÖLLHORN 1993). An steilscharigen oder wellenexponierten Uferabschnitten mit hoher Kliffkante wurde auf die Einbringung von Feinmaterial verzichtet, so dass sich der Wackendamm bis zur anschließenden Geländeoberkante hinzog (»Seehag-Sanierung«). Dadurch sollte eine Verbesserung der ökologischen Situation



(a)



(b)

Abb. 9 Uferrenaturierung am Bodensee am Beispiel der Stabilisierung und Wiederansiedlung von Schilfröhricht im Lipbach-Delta bei Friedrichshafen

(a) Einbau des Wackendamms mit Seilkrananlage und Planierfahrzeugen bei Niedrigwasser im Februar 1989

(b) seewärtige Ausbreitung der Schilffront auf die Spülfläche, davor Pionierv egetation aus Gift-Hahnenfuß, *Ranunculus sceleratus* (Mai 1989)

erreicht werden, nämlich günstige Möglichkeiten zur Entwicklung von Wasserpflanzen und Bodenorganismen, Regeneration der Fischfauna, Entwicklung einer typischen Ufervegetation, sowie die Wiedergewinnung der Selbstreinigungsfunktion der Flachwasserzone. Außerdem wurde auf eine freundlichere Gestaltung des Landschaftsbildes Wert gelegt, wobei Kinder gefahrlos am Strand spielen können, die Badenden ohne Hindernis ins Wasser gelangen und die Anlieger an nutzbarer Seeuferfläche gewinnen, kurzum »das Seeufer wird für alle viel attraktiver« (SIESSEGGGER & TEIBER, 2001: 9).

Die MELUF-Studie sah insgesamt 50 Maßnahmen auf einer Gesamtuferlänge von 22,4 km vor. Vier dieser Maßnahmen lagen in der allgemeinen Flachwasserzone, 23 in der FW-Schutzzone II, die restlichen in der strenger geschützten FW-Schutzzone I (Abbildung 9). Im Laufe der Jahre veränderte sich das Programm, so dass derzeit am baden-württembergischen Ufer 70 (davon 13 in der Planung) und am bayerischen Ufer 4 realisierte Renaturierungsvorhaben existieren (IGKB 2000: Anhang). Am österreichischen Ufer sind weitere 5 Maßnahmen geplant, in den Kantonen St. Gallen und Thurgau 7 (davon 4 realisiert). Lediglich 14 der realisierten und 8 der geplanten Maßnahmen sind dokumentiert (LFU 2001b)³¹.

Renaturierungsmaßnahmen wurden oft mit anderen Maßnahmen gekoppelt, z. B. der Beseitigung von Hafenschlämmen, der Verlegung von Versorgungsleitungen oder mit dem Bau von Uferwegen. Die Kosten werden mit 200–800 € pro Laufmeter angegeben (SIESSEGGGER & TEIBER 1999: 15; Sieger, mdl. Mitt.); bei einer Gesamtlänge von rd. 25 km liegt der bisherige Kostenaufwand in der Größenordnung von 10 Mio €. Am baden-württembergischen Ufer wurden viele Renaturierungen im Rahmen des »Umweltprogramms Bodensee-Raum« (UBR) finanziert, das Ende 1994 von der Landesregierung BW aufgelegt wurde (UVM BW 1995).

Bisher existieren 7 wissenschaftliche und 11 populäre Darstellungen sowie 9 interne Berichte, die nicht öffentlich zugänglich sind. Davon beschäftigen sich 20 Arbeiten überwiegend mit der Baumaßnahme selbst und nur zwei Arbeiten mit den biotischen Komponenten (Schilf, Köcherfliegen-Larven). Eine Erfolgskontrolle ist in lediglich drei Arbeiten angerissen.

6.11 GRENZÜBERSCHREITENDER GEMEINSAMER PLANUNGSANSATZ

Grenzüberschreitende Leitbilder für den Uferbereich des Bodensees wurden bereits Anfang der 1980er Jahre entwickelt (GROK 1982) und von der IBK mit noch allgemeinerer, unverbindlicherer Aussage fortgeschrieben (IBK 1994). Die Umsetzungsplanung ist jedoch in sehr unterschiedlichem Maße vorangekommen. Am weitesten fortgeschritten ist sie innerhalb der IGKB, deren »Richtlinien zur Reinhaltung des Bodensees« von allen Anrainerländern und -kantonen in nationale Praxis umgesetzt wurde. Die 2. Auflage der Richtlinien von 1987 wird seither fallweise fortgeschrieben, zuletzt durch Änderungen vom 23.05.2001. Darin sind, wie oben erwähnt, auch die Grundlinien des Schutzes der Flachwasserzone dargelegt.

Im Bereich der Raumplanung am Seeufer konnte noch keine Vereinheitlichung erzielt werden. Die am weitesten gehenden Vorstellungen, nämlich die Einteilung der gesamten Uferzone in abgestufte Schutzzonen mit teilweise beträchtlichen Nutzungsbeschränkungen, bestehen am baden-württembergischen Seeufer. Im Kanton Thurgau gehen die Auffassungen und Interessen von Gemeinden und Kantonsregierung auseinander, so dass noch kein Uferplan in Angriff genommen wurde. Genehmigungsgrundlage für Eingriffe ist hier der Kantonale Richtplan, der allerdings nur sehr pauschal zum Seeufer Stellung nimmt. Im Kanton St. Gallen existiert eine Seeuferplanung, die aber auf ein festgeschriebenes Schutzzonenkonzept verzichtet, und mehr den Charakter einer einzelfallbezogenen kommunalen Flächennutzungsplanung trägt. Das Land Vorarlberg besitzt keine explizite Uferplanung, hier greifen allein naturschutzrechtliche Regelungen, die sich aber nur auf die beiden Naturschutzgebiete beziehen.

In jüngerer Zeit hat sich die IBK in diesem Bereich engagiert, indem sie eine GIS-gestützte Kartierung des Zustands des Bodenseeufer in Auftrag gegeben hat, die als behörden-interner, GIS-tauglicher Datensatz und als interaktive CD-ROM vorliegt (TEIBER 2001). Einige statistische Auswertungen wurden in 2003 abgeschlossen (TEIBER 2003). Sie sollen als Grundlage für eine seeumfassende limnologische Uferbewertung der IGKB dienen, die im Jahr 2004 in Angriff genommen wird.

6.12 NATURSCHUTZVERBÄNDE UND NATURSCHUTZARBEIT

Für die privaten Naturschutzorganisationen war das Bodensee-Ufer seit den 1930er Jahren ein klassisches Arbeitsfeld, bedingt durch die Vielzahl an seltenen Gefäßpflanzen in den Riedwiesen der großen Naturschutzgebiete und bedingt durch die Bedeutung des Bodensees als Brut-, Durchzugs-, Mauser- und Überwinterungsgebiet für Wasservögel. So wurden bis in die jüngste Zeit hinein viele Gebiete aufgrund des Engagements von NABU und BUND als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Die NSG's am baden-württembergischen Ufer werden i. a. auf der Basis von Betreuungsverträgen vom NABU und – im Falle des Eriskircher Rieds – von einer 1992 gegründeten gemeinnützigen Stiftung betreut, der das Land Baden-Württemberg, der Landkreis Bodenseekreis und die Gemeinde Eriskirch angehören. Zur Betreuung des NSG »Vorarlberger Rheindelta« am österreichischen Ufer wurde der Verein »Naturschutz Rheindelta« mit den Anliegergemeinden und dem Land Vorarlberg als ordentliche und etlichen Naturschutzverbänden als unterstützende Vereinsmitglieder gegründet, während am bayerischen und schweizerischen Ufer die Naturschutzverbände nicht direkt in die Schutzgebietsbetreuung eingebunden sind. In den großen Schutzgebieten Mettnau, Wollmatinger Ried, Eriskircher Ried und Vorarlberger Rheindelta wurden Naturschutzstationen und Besucherzentren eingerichtet, die dem Schutzgebietsmanagement und der Besucherinformation und -lenkung dienen. Dort werden pro Jahr in rd. 400 bis 500 Veranstaltungen, Führungen und Ausstellungen etwa 25 000 bis 30 000 Besucher betreut³² Die Ornithologische Arbeitsgemein-

schaft Bodensee (OAB) führt jährlich Wasservogelzählungen durch (vgl. BAUER & al. 2002), und gibt nun in der dritten Auflage das Standardwerk »Die Vögel des Bodenseegebietes« (zuletzt: HEINE & al. 1999) heraus.

Die anerkannten Naturschutzverbände haben auf deutscher Seite u. a. bei Planfeststellungsverfahren und Plangenehmigungen ein Mitwirkungsrecht, sofern die Vorhaben mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden sind³³. Bei Wasserrechtsverfahren besteht hingegen kein solches Mitwirkungsrecht, allerdings hat der seinerzeitige baden-württembergische Umweltminister Weiser in einem Erlaß festgestellt, die anerkannten Naturschutzverbände seien bei Planfeststellungsverfahren in jedem Fall zu beteiligen. Bei wasserrechtlichen Erlaubnissen und Bewilligungen wird eine Akteneinsicht jedoch nur dann gewährt, wenn Naturhaushalt oder Landschaftsbild beeinträchtigt werden könnten³⁴.

Bis in die 1990er Jahre hinein führten die Nutzungsansprüche von Fischerei, Wassersport und Naturschutz an die Uferzone regelmäßig zu Konflikten, die oft genug mit polemischer Härte in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Seit Gründung der Bodensee-Stiftung durch sechs Umweltorganisationen am See im Jahr 1994 verbesserten sich die Beziehungen. Die Bodensee-Stiftung hat mehrere drittmittelgeförderte Projekte betreut, von denen einige auch für das Bodensee-Ufer relevant sind. Zielgruppen sind Segler und Touristik-Anbieter, mit deren regionalen Verbänden zusammen für einen »sanften Tourismus« und eine umweltverträgliche Ausübung des Freizeitvergnügens geworben wird. Außerdem wurden Informationsschriften publiziert, die sich an den einzelnen Touristen wenden und ihn über Schutzgebiete, interessante Beobachtungspunkte für Wasservögel und andere Freizeiteinrichtungen in der Natur informieren (Bodensee-Freizeit-Karte; BRAUNS & PFROMMER 1999). Die Ideen der Bodensee-Stiftung werden von den Touristik-Marketing-Verbänden (z. B. Tourismus Untersee e. V., IBT³⁵) gerne entgegengenommen, denn sie erweitern das konventionelle Angebot um ein »Öko-Segment« und tragen damit zur Steigerung der Wertschöpfung der Branche bei.

6.13 NUTZERINTERESSEN UND RECHTSPRECHUNG

Die Umsetzung der deutschen Bodenseeuferpläne, insbesondere der Abbau ungenutzter Steganlagen, die Auflösung von Bojenfeldern und die Überführung von kostengünstigen Bojenliegeplätzen in teure Hafenliegeplätze sowie die Durchführung von Uferrenaturierungsvorhaben wurden von etlichen privaten Nutzern und Uferanliegern nicht widerspruchslos hingenommen. Ihre Widerspruchsverfahren gegen die behördlichen Entscheidungen beschäftigen seit über zwanzig Jahren die Verwaltungsgerichte und Verwaltungsgesichtshöfe in Baden-Württemberg und Bayern. Ohne allzu weit in die Rechtsmaterie eindringen zu wollen, soll doch kurz beleuchtet werden, wie die limnologische Argumentation, wie sie zuerst in den »Grundsätzen zum Schutz der Flachwasserzone« (MELUF 1981), dann aber

auch in den Bodenseeuferplänen und Bodensee-Leitbildern niedergelegt worden war, Eingang in die Rechtsprechung gefunden hat.

Anlässlich zweier Klagen gegen die Beseitigungsanordnung einer nicht genehmigten Ankerboje bzw. einer nicht genehmigten Ufermauer widmete sich die ablehnende Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichtshofes von Baden-Württemberg (VGH BW)³⁶ ausführlich den ökologischen Hintergründen, und kam zu dem Schluss, dass derartige Eingriffe die Selbstreinigungskraft des Bodensees in wasserwirtschaftlich bedeutsamer Weise beeinträchtigen. Auf die räumliche Ausdehnung des Vorhabens komme es dabei nicht wesentlich an, denn diese Beeinträchtigung könne »auch durch ein geringfügiges Einzelvorhaben [z. B. der einzelne Bojenstein, Anm. d. V.] bewirkt werden, wenn es sich als kleiner Teil einer Fehlentwicklung erweist, der für sich allein betrachtet die ökologische und limnologische Gesamtsituation noch nicht messbar verschlechtert.«

Ganz auf dieser Linie begründete das Verwaltungsgericht Freiburg³⁷ die Ablehnung eines Antrags auf Genehmigung eines Bade- und Bootssteiges damit, dass kein sachlicher Zweifel daran bestehe, dass Stege und sonstige Bauten die Flachwasserzone limnologisch beeinträchtigen. »Insofern handelt es sich um eine allgemein gültige Tatsache, die keines Beweises durch Sachverständige mehr bedarf«.

In einem Urteil des VGH BW³⁸, in dem die Klage von Anliegern gegen eine 680 m lange Uferrenaturierung abgelehnt wird, stellte er fest, dass eine Renaturierungsmaßnahme durch die Neuschaffung einer Flachwasserzone die Selbstreinigung des Gewässers stärkt und daher im öffentlichen Interesse steht. Also müsse eine Renaturierungsmaßnahme auch dann geduldet werden, wenn sie lediglich als Ausgleichsmaßnahme für ein privatnütziges Vorhaben dient.

Nicht nur die limnologischen Argumente der Fachbehörden sondern auch Leitbilder, in diesem Fall das Bodensee-Leitbild der IBK, können Rechtswirkung entfalten: Einer Klage der Stadt Lindau gegen den Landkreis Lindau, dessen Untere Wasserbehörde die Genehmigung für eine Erweiterung einer Steganlage mit Schaffung zusätzlicher Motorboot-Liegeplätze verweigerte, wies das Bay. VG Augsburg ab, weil eine Genehmigung u. a. im Gegensatz zu den Leitsätzen des Bodensee-Leitbildes als Ausdruck des »Wohls der Allgemeinheit« gestanden hätte. Eine Genehmigung dieses Einzelfalls hätte aufgrund der negativen Vorbildfunktion eine Flut von Genehmigungsanträgen in allen Anrainerstaaten nach sich gezogen³⁹.

In anderen Urteilen spielen eigentumsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, auf die hier aber nicht eingegangen werden soll.

Angesichts dieser Rechtsprechung entsteht der Eindruck, dass Einbauten wie Häfen, Steganlagen, Bojen *per se* die Ökologie der Flachwasserzone beeinträchtigen, während Maßnahmen, die als Uferrenaturierungen deklariert werden, *per se* die ökologischen Verhältnisse verbessern. Und unter den »ökologischen Eigenschaften der FWZ« ist die Selbstreinigungskraft von ausschlaggebendem argumentativen Gewicht (vgl. auch Kap. 5.2).

6.14 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Bodensee-Leitbilder und Uferpläne bezogen sich naturgemäß auf den Rahmen staatlichen Handelns, – private Initiativen für oder gegen einen besseren Uferschutz und die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Planungen kamen darin lange Zeit nicht vor. Entsprechend nahm die Öffentlichkeit von den Aktivitäten und Veröffentlichungen der Raumplanung und des Gewässerschutzes kaum Notiz, – es sei denn, die eigenen oder Gruppen-Interessen waren direkt betroffen. Erst 1994/95 sah sich die IBK veranlasst, mit dem neuen »Bodensee-Leitbild« in einer Auflage von 20 000 Exemplaren an die breite Öffentlichkeit zu treten. Im Juni 1995 folgte die IGKB mit der Herausgabe der ersten Nummer des »Seespiegel«, eines mehrseitigen Faltblattes, das zweimal jährlich in 15 000 Exemplaren rund um den See verteilt wird und inzwischen auch im Internet verfügbar ist (www.seespiegel.de); ein gutes Viertel der Beiträge beschäftigt sich mit dem Seeufer. Seit Ende der 1990er Jahre werden die Urlaubsgäste via Internet über die Badewasserqualität in den Strandbädern am Bodensee-Ufer informiert⁴⁰; zuständig für die Erhebung der Daten sind in BW die Gesundheitsämter bei den Landkreisen, die ihre Daten auch an Dritte, z. B. den ADAC weitergeben.

Dagegen waren die privaten Naturschutzverbände seit jeher in der Öffentlichkeit präsent, da sie die Werbung für ihr Anliegen mit der Mitgliederwerbung und der Einwerbung von Geldmitteln verbinden konnten. Bereits 1978 gründete der damalige DBV (heute NABU) das erste Naturschutzzentrum in Baden-Württemberg, das »Vogelhäusle« am NSG Wollmatinger Ried. Ausdruck dieser Präsenz sind heute die vier Naturschutzzentren in den großen Schutzgebieten am See, die als Anlaufstelle für einheimische Naturkundler und interessierte Touristen dienen.

Auch die Siedlungsarchäologie bzw. die Bodendenkmalpflege beim Landesdenkmalamt BW und beim Amt für Archäologie des Kanton Thurgau haben sich von Anfang an darum bemüht, ihre Funde und Forschungsergebnisse, aber auch ihr Anliegen eines verbesserten Schutzes der Pfahlbaureste in der Uferzone einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Darüber hinaus tragen ihre Aktivitäten wesentlich zur Bereicherung des touristischen Angebotes bei: Funde und Rekonstruktionen aus der Jungsteinzeit und der Bronzezeit werden in rd. 10 lokalen und überregional bedeutenden Museen im Bodenseeraum ausgestellt, die jährlich von etwa 400 000 Gästen besucht werden (BREM & SCHLICHOTHERLE, 2001: 23). Um die Sporttaucher-Aktivitäten in »denkmalverträgliche« Bahnen zu lenken, wurde 2002 von der Tauchsportgruppe Konstanz im Verbund mit dem Landesdenkmalamt ein archäologischer Unterwasser-Lehrpfad⁴¹ eingerichtet.

Die europäische Gesetzgebung (z. B. die EG-Wasserrahmenrichtlinie, RL zur strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung 2001/42/EG) und ihre Umsetzung in nationales und Landesrecht werden zukünftig dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit stärker in die Entscheidungsprozesse im Gewässerschutz⁴² und bei der Raumplanung eingebunden wird (vgl. auch Kap. 7). Oder anders ausgedrückt: Die zuständigen Behörden werden zukünftig stärker in der Öffentlichkeit für ihre Arbeit und ihre Entscheidungen werben müssen. Eine ähnliche Ent-

wicklung könnten die lokalen Agenda 21-Prozesse einleiten⁴³, die in der Region durch die internationale »Bodensee-Agenda 21«⁴⁴ und durch zahlreiche lokale Initiativen vertreten sind, wobei allerdings Anliegen des Seeuferschutzes und der Seeuferentwicklung bisher kaum vertreten waren.

6.15 REGIONALER KLIMAWANDEL UND PEGELSCHWANKUNGEN DES BODENSEES

Einige Probleme des Bodensee-Ufers entstehen nicht am Ufer selbst sondern im Hinterland und weitab davon in den wirtschaftlich entwickelten Regionen der Erde. Ein Beispiel für die lokale Wirkung von globalen Umweltbeeinträchtigungen ist der Klimawandel (Übersicht: HOUGHTON et al. 1996; WATSON 2001; UBA 2002) mit seinen mutmaßlichen Auswirkungen auf die Uferzone des Bodensees.

Global und für Europa müssen wir auch weiterhin mit einem Anstieg der Jahresmitteltemperatur rechnen: Das letzte Jahrzehnt einschließlich des Sommers 2003 war in Mitteleuropa die wärmste jemals gemessene Dekade. Die Jahresniederschlagssummen werden sehr wahrscheinlich zunehmen, und auch die Häufigkeit extremer Niederschlagsereignisse dürfte sich erhöhen. Damit einher geht ein starker Gletscherschwund in den Hochgebirgen, eine signifikant verringerte Eisbedeckung von Flüssen und Seen, eine Verlängerung der Vegetationsperiode und eine Verschiebung der Phänologie von Pflanzen und Tieren (früheres Einsetzen der Blüte, früheres Eintreffen von Zugvögeln etc.). Weltweit ist bereits jetzt ein Anstieg naturbedingter Katastrophen zu beobachten, extremer Dürrephasen ebenso wie von Starkniederschlägen und Überschwemmungen.

Die für den globalen Klimawandel dargestellten Szenarien sind inzwischen durch regionale Szenarien verfeinert worden (SANCHEZ-PENZO & RAPP 1997; SCHÖNWIESE & RAPP 1997; BAYFORKLIM 1999; ProClim, OcCC⁴⁵). Danach ist im Einzugsgebiet nördlich des Alpenhauptkamms mit folgenden Trends zu rechnen:

- Anstieg der Jahresmitteltemperatur mit einer Rate von 0,5 °C/10 Jahre seit etwa 1970,
- Zunahme der Niederschläge in allen Jahreszeiten außer im Sommer seit etwa 1960 in der Nord- und der Westschweiz (WIDMANN & SCHÄR 1997; QUADRELLI et al. 2001) sowie im südwestdeutschen Einzugsgebiet des Bodensees (SANCHEZ-PENZO & RAPP 1997),
- Abnahme der mittleren Schneedecken-Mächtigkeit, der Dauer der durchgehenden Schneedecke und der Anzahl der Tage mit Schneefall vor allem in den mittleren und unteren Höhenlagen ab etwa 1980 (LATERNSER & SCHNEEBELI 2003),
- früher einsetzende Schneeschmelze in den mittleren und unteren Lagen (LATERNSER & SCHNEEBELI, 2003),
- eine Vorverlegung der Vegetationsphasen um etwa 12 Tage

Die Trendentwicklungen beschreiben dabei eher die »durchschnittlichen« Verhältnisse als deren Extremwerte, die aber ebenfalls in ihrer Häufigkeit und in ihrem Ausmaß zunehmen dürften.

Der regionale Klimawandel wird auch Folgen für den Landschaftswasserhaushalt, insbesondere für die Hochwassersicherheit an den Flüssen haben (GLOGGER 1998; IMMENDORF 1997; AK KLIWA 2001). Nicht umsonst steht der Hochschutz sehr weit oben auf der Agenda der Wasserwirtschaftsverwaltungen in der Schweiz, Österreich, Bayern und Baden-Württemberg (BWG CH 1995; LAW 1995; BAYERISCHES LANDESAMT FÜR WASSERWIRTSCHAFT 1998; UVM BW 2002)⁴⁶. Größere Seen wie der Bodensee bilden natürliche Pufferbecken, die eine auflaufende Hochwasserwelle aus den Zuflüssen schnell aufnehmen, wobei der Wasserspiegel aufgrund des großen hydraulischen Querschnitts nur mäßig ansteigt. Sie geben die Wassermenge nur langsam ab, erniedrigen dadurch den Hochwasserscheitel im Vorfluter, und verringern bis zu einem gewissen Grad die Hochwassergefahr für die Unterlieger. In extremen Niederschlags- und Hochwassersituationen können aber auch Hochwasserschäden im Uferbereich der Seen selbst entstehen, so wie es zuletzt 1965, 1987 und vor allem 1999 am Bodensee der Fall war (OSTENDORP 1990, 1991; IGKB 1999b).

Der Bodensee ist neben dem Walensee (CH) der einzige nördliche Voralpensee, der auch heute noch nicht reguliert ist. Überdies besitzt er mit 188 Jahrgängen eine der längsten kontinuierlichen Pegelreihen, die ihn zu einem willkommenen Objekt für klimatisch-hydrologische Untersuchungen machen (LUFT 1993; JÖHNK et al. 2004; OSTENDORP & JÖHNK 2003; OSTENDORP et al. 2004).

Dabei zeigte sich, dass die jährlich mittleren Wasserstände seit Beginn der Pegelaufzeichnungen nicht-linear abnahmen, nur unterbrochen durch ein Plateau gleichbleiben der Wasserstände zwischen 1860 und 1895 und einem leichten Anstieg bis 1925 (Abbildung 10). Nach 1930 kam es zu einer ausgeprägten Pegelabsenkung, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten etwas zu verlangsamen scheint. Die jahreszeitliche Auflösung des Trends auf der Basis von Tageswerten zeigt eine leichte Zunahme des Wasserspiegels im Winter von maximal +2 mm pro Jahr. Während des Sommers ist der Trend negativ mit einer Rate von -5 mm/Jahr von Juli bis September (Abbildung 11). Damit ergibt sich für den Zeitraum 1930/2002 eine mittlere Abnahme des Wasserspiegels im Hochsommer von -0,35 m.

Anhand moderner Zeitreihen-, Korrelations- und Spektralanalysen konnten JÖHNK et al. (2004) zeigen, dass der Seespiegeltrend am Bodensee und seine Extreme vornehmlich durch die regionale Komponente der Klimaentwicklung kontrolliert werden, die an der Alpen-nordseite mit den globalen Klimatrends korrespondiert.

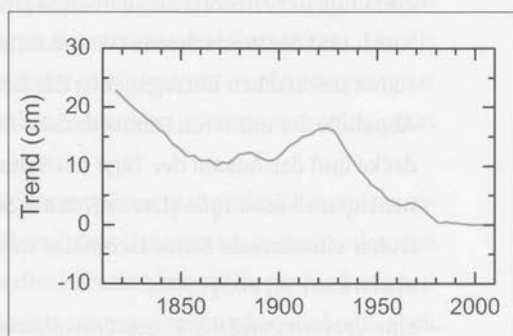


Abb. 10 Trendverlauf des Bodenseepegels bezogen auf den Wasserstand des 1. Jan. 1999 von 300 cm am Pegel Konstanz (Berechnung und Darstellung von K. Jöhnk, Amsterdam).

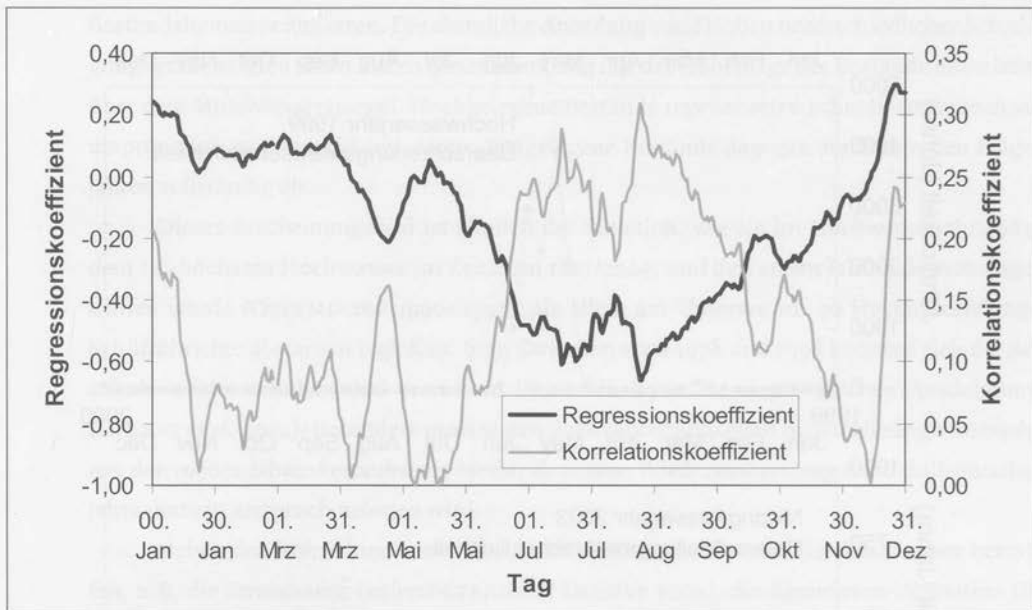


Abb. 11 Wasserstandstrends für den Zeitraum 1931 bis 2002: dargestellt sind die Regressionskoeffizienten (d.h. Steigung, Trend eines linearen Regressionsmodells) und die Absolutwerte der Korrelationskoeffizienten differenziert nach Tagen; positive bzw. negative Regressionskoeffizienten zeigen für den o.g. Zeitraum einen zunehmenden bzw. abnehmenden Seespiegel an; bei einem Korrelationskoeffizienten größer als 0,296 ist von einem signifikanten Trend (Irrtumswahrscheinlichkeit von 10%) auszugehen.

Die Uferbiozönosen beiderseits der Mittelwasserlinie müssen sich mittelfristig an diesen Trend anpassen, und werden sich vermutlich in ihrem Artenspektrum und ihrer räumlichen Ausdehnung verändern. Wie dieser Vorgang ablaufen wird, wissen wir noch nicht. Es mag sein, dass er sich graduell während »normaler« hydrologischer Jahre vollzieht, wahrscheinlicher aber sind gravierende qualitative Veränderungen in extremen Niedrig- und Hochwasserjahren, die die Uferbiozönosen auf Jahre oder Jahrzehnte hinaus verändern (vgl. auch HAGEDORN & DEIGELE 2001).

Innerhalb der letzten fünf Jahre traten am Bodensee zwei hydrologische Extremereignisse auf: das Hochwasser im Mai und Juni 1999 und das Niedrigwasser im Sommer und Herbst 2003.

Das sog. Pfingsthochwasser von 1999 war das dritthöchste am Bodensee seit 1816/17 registrierte Hochwasser mit einer Jährlichkeit von 87 Jahren (d.h. mit einer Wahrscheinlichkeit von 1/87 ist in jedem Jahr mit Erreichen oder Überschreiten eines solchen Wasserstands zu rechnen). Betrachtet man jedoch die Tatsache, dass das Hochwasser bereits Mitte bis Ende Mai auflief, erhält man eine rechnerische Jährlichkeit von etwa 4 000 Jahren, mithin also nicht nur ein »Jahrhunderthochwasser« sondern eher ein »Jahrtausendhochwasser« (Abbildung 12 a). Nur vier Jahre später, von Juni bis Dezember 2003 kam es im vermutlich heißesten und niederschlagsärmsten Sommer seit 500 Jahren zu extremen Niedrigwasserständen. Berücksichtigt man auch hier die Saisonalität, erhält man für die September-Wasserstände eine Jährlichkeit von etwa 500 Jahren (d.h. mit einer Wahrscheinlichkeit von 1/500 ist im September ei-

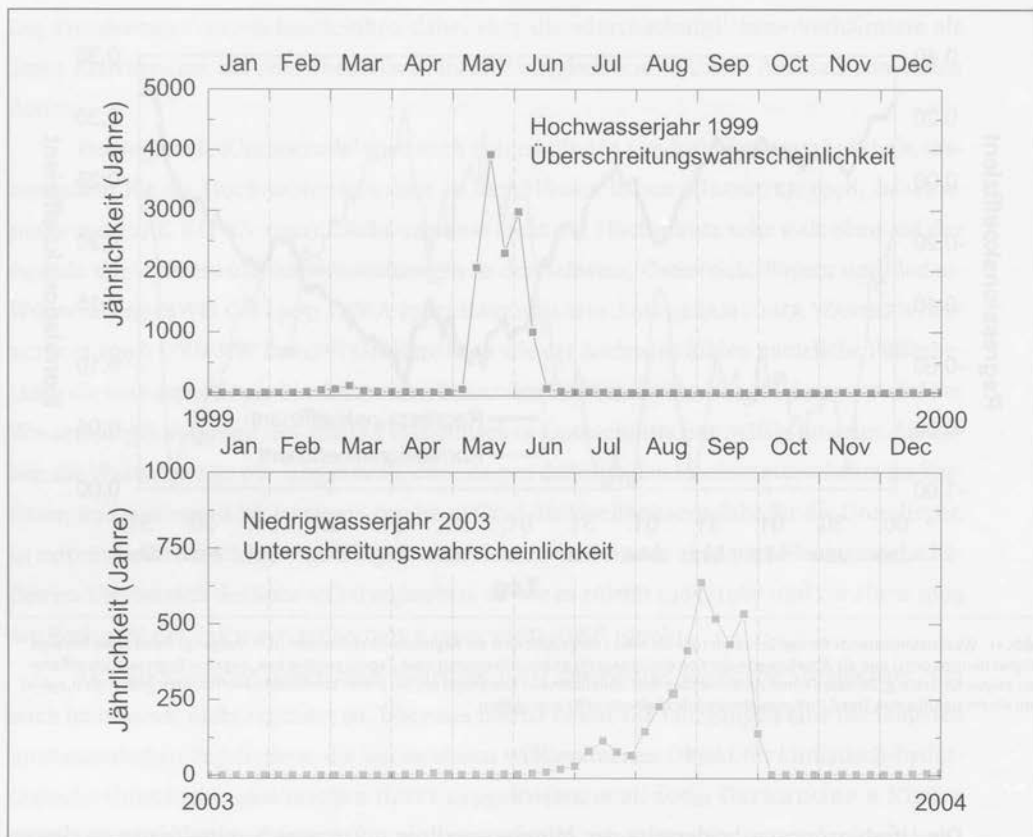


Abb. 12 Jährlichkeiten im zeitlichen Verlauf für das extreme Hochwasserjahr 1999 (a) und das Niedrigwasser 2003 (b) (Berechnung und Darstellung von K. Jöhnk, Amsterdam)

nes jeden Jahres mit Erreichen oder Unterschreiten eines solchen Wasserstands zu rechnen) (Abbildung 12 b).

Das Pfingsthochwasser zeitigte nachhaltige ökonomische und ökologische Folgen. Es kam zu einer lang anhaltenden Überschwemmung von Straßen, Gebäuden, Campingplätzen und Wohnwagensiedlungen, sowie von landwirtschaftlichen Nutzflächen, zu Verkehrseinschränkungen und zu Ausfällen im Tourismusgewerbe. Gut dokumentiert sind die Folgen für die Uferröhrichte (OSTENDORP et al. 2003; SCHMIEDER et al. 2003; DIENST et al., 2004): Am baden-württembergischen Ufer starben rd. 0,306 km² seewärtiges Röhricht ab, entspr. etwa 23 % der noch 1998 vorhandenen Fläche. In 2000 waren die überlebenden Bestände teilweise stark geschädigt; sie bestanden überwiegend aus schwachen »Ersatztrieben«, während in den weniger stark geschädigten, meist höher gelegenen Beständen kräftige Primärsprosse und insektengeschädigte Halme dominierten. Die Entwicklung von 2000 auf 2001 war gekennzeichnet durch eine weitere Ausdünnung der Bestände, aber auch durch eine Zunahme der Primärsproß-Anteile in der Halmpopulation und der durchschnittlichen Halmbiomasse. Ein Jahr später waren die Anzeichen einer Bestandserholung deutlich auszumachen, die sich in der mittleren Halmbiomasse, der Halmdichte, der Bestandsstruktur und der oberirdischen

Bestandsbiomasse äußerten. Die räumliche Anordnung von Flächen unterschiedlicher Schädigungsgrade zeigten einen klaren Zusammenhang mit der Höhenlage der Bestände unter bzw. über dem Mittelwasserspiegel. Hochgelegene Bestände regenerierten schnell, auch wenn sie ursprünglich stark geschädigt waren. Tiefgelegene Bestände dagegen starben in den Folgejahren vollständig ab.

Dieses Erscheinungsbild ist ähnlich der Situation, wie sie im Hochwasserjahr 1965, dem 12.-höchsten Hochwasser im Zeitraum 1817/2003, und den ersten Jahren danach angetroffen wurde (OSTENDORP 1990; 1991), als allein am Untersee rd. 40 Hektar seewärtige Schilfröhrichte abstarben (vgl. Kap. 6.7). Zwischen etwa 1978 und 1998 konnten sich die Bestände wieder erholen, und erreichten immerhin 85 % der ursprünglichen Ausdehnung (DIENST et al. 2004); besonders groß waren die Ausbreitungsraten in den Niedrigwasserjahren der 1990er Jahre. Festzuhalten bleibt, dass eine Wiederausbreitung der Schilfröhrichte Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Neben den Röhrichten waren auch andere Komponenten der Uferbiozöten betroffen, z. B. die Strandrasen (zuletzt STRANG & DIENST 2004), die Riedwiesen-Vegetation (E. Klein, Naturschutzzentrum Wollmatinger Ried, mdl. Mitt.), die Schmetterlingsfauna (HUEMER 2001) und einige röhrichtbrütende Vogelarten (PUCHTA 2002).

Die Auswirkungen des Niedrigwassers von 2003 können gegenwärtig noch nicht überblickt werden. Vorläufige Beobachtungen zeigten eine Ausdehnung der Schilfröhrichte durch Wandertriebe (»Leghalme«), eine Einwanderung von einigen Sumpfpflanzen in die Schilf-Ausfallflächen von 1999, in denen sie vorher niemals gefunden worden waren. Auch hierin scheint sich die Entwicklung der Jahrzehnte nach dem 1965er Hochwasser zu wiederholen. Die gefährdeten Strandrasen-Arten könnten vom Niedrigwasser und der ausgedehnten Vegetationsperiode profitiert haben, – ebenso leider auch deren Konkurrenzarten, so dass das Ergebnis offen ist (STRANG & DIENST 2004, PEINTINGER et al., in Vorber.).

Bislang haben sich etwa 15 Arbeiten mit den hydrologischen Trends am Bodensee und ihren Auswirkungen auf die Uferbiozöten beschäftigt; dennoch ist das Verständnis der möglicherweise vor uns liegenden Veränderungen völlig unzureichend. Immerhin lässt sich festhalten, dass der sommerlich sinkenden Wasserstandstrend den Bodensee nicht vor Extremereignissen bewahrt, dass einzelne Extremhochwässer die kleinen und zersplitterten Populationen seltener Pflanzen und Tiere gefährden können, und dass ihre Folgen – wie am Beispiel der Uferröhrichte gezeigt – auch nach Jahrzehnten noch nicht wieder ausgeglichen sind. Andererseits mag es durchaus auch Arten geben, die direkt oder aufgrund »freigewordener« ökologischer Nischen von den extremen Wasserständen profitieren (vgl. auch HAGEDORN & DEIGELE 2001).

8. UFRSCHUTZ AM BODENSEE –

EIN »STIEFKIND DES GEWÄSSERSCHUTZES«?

In den vorangegangenen Kapitel wurden der Zustand der Bodensee-Uferzone, die bedeutsamen menschlichen Aktivitäten, der daraus resultierende Nutzungsdruck und die Folgen für das Seeufer-Ökosystem untersucht. Im Ergebnis muß man feststellen, dass viele Nutzungen in den letzten beiden Jahrzehnten eine beträchtliche Intensivierung erfahren haben. Beispiele dafür sind die Erhöhung der Bevölkerungszahl und der Siedlungsdichte besonders in den Uferrandgemeinden (Kap. 3.1), die Flächenumwidmung zugunsten von Verkehrs- und Siedlungsflächen und zulasten von landwirtschaftlich genutzten Flächen (vgl. Kap. 3.2), die zunehmenden Übernachtungszahlen im Tourismusgewerbe, die auch als Indikator für den Tagesausflugsverkehr dienen können (vgl. Kap. 3.4), die gerade in jüngster Zeit angestiegene Zahl an registrierten Booten und der nach wie vor hohe Bestand an Liegeplätzen (vgl. Kap. 3.4 und 6.3) und der kaum verminderte hohe Verbauungsgrad des Bodenseeufer (Kap. 3.2). Lediglich bei der Gewässerbelastung durch Phosphor, die bis Mitte der 1980er Jahre für einen bedenklichen trophischen Zustand des Sees gesorgt hatte, wurde ein Durchbruch erzielt, der teils auf die umfassende Sanierung der Abwasserreinigungsanlagen ab 1975 und teils auf die drastische Einschränkungen des Phosphatgehalts in Wasch- und Reinigungsmitteln⁴⁷ ab 1980 zurückzuführen ist. So zeigt sich »... dass zwar entscheidende Defizite behoben werden konnten, andere dagegen nun umso klarer hervortreten, voran der oft mangelhafte Zustand der Ufer- und Flachwasserzone« (IGUB 2004b).

Wie stellt sich die Situation nun, – fast vierzig Jahre nach den ersten entschiedenen Plädoyers für »Maßnahmen zur Freihaltung und zum Schutz der Ufer am Bodensee« (BUCHWALD 1965), dreissig Jahre nach dem »Bodensee-Erlass« des Innenministeriums BW⁴⁸ und dem »Liegeplatz-Erlass« des Wirtschaftsministeriums BW⁴⁹, und mehr als zwanzig Jahre nach den »Grundsätzen zum Schutz der Flachwasserzone« des MELUF (1981), dem ersten »Internationalen Leitbild für das Bodenseegebiet« (GROK 1983) und den Bodensee-Uferplänen der beiden Regionalverbände – dar? Waren die Steuerungsmaßnahmen effizient und erfolgreich, so dass sie nun im laufenden Tagesgeschäft weiter betrieben werden können, oder ist das Bodenseeufer nach wie vor »ein Stiefkind des Gewässerschutzes auf dem mühsamen Weg der Besserung« (SIESSEGER & TEIBER 1999)? Welche Chancen wurden verpaßt, welche Optionen hinzugewonnen? Ist die Politik⁵⁰ rechtzeitig und hinreichend der Forderung nachgekommen, »auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen« zu schützen (Art. 20a, GG)?

Eine Aufarbeitung des umweltpolitischen Gestaltungsprozesses der letzten beiden Jahrzehnte am Bodensee, so wie sie DREXLER (1980) für die 1950er bis 1970er Jahre vorgelegt hat, wurde bislang noch nicht in Angriff genommen. So bleiben auch für die Zukunft des Bodenseeufer viele Fragen offen, von denen sich viele an den plakativen Anspruch der »Nachhaltigkeit« knüpfen.

Ökologen wissen um die ›Tragfähigkeit‹ oder ›Umweltkapazität‹ von Ökosystemen, ihre Fähigkeit, begrenzte Belastungen durch eine ›elastische Stabilität‹ (Resilienz) innerhalb gewisser Reaktionsgrenzen aufzunehmen. Wird die Tragfähigkeit überschritten, verliert das Ökosystem diese selbstregulierenden Eigenschaften. Folgen sind Ressourcenverknappungen und schwere demographischen Krisen, wie sie in der Menschheitsgeschichte, auch der von entwickelten Kulturen, immer wieder aufgetreten sind, und die von den Eliten nicht oder zu spät erkannt worden waren (z. B. RADKAU 2002). Die konzeptionelle Antwort darauf ist heute das Postulat der Nachhaltigkeit, wie es seit der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro, 1992 geläufig ist: »... wir sollen den nachfolgenden Generationen eine Welt überlassen, die ihnen nicht weniger als den heutigen Generationen die Erfüllung ihrer Bedürfnisse gestattet« (KAHLENBORN & KRAEMER 1999). Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass diese Nachhaltigkeit am sichersten dann gewährleistet ist, wenn sich das Ökosystem in einem naturnahen, vom Menschen nur geringfügig belasteten Zustand befindet. Damit wird bereits eine Bewertung nahegelegt: Im naturnahen Zustand ist ein Ökosystem »sehr gut« geeignet, die Nachhaltigkeit sicherzustellen, bei größeren, durch den Menschen bedingten Abweichungen davon nur noch »mäßig« oder »schlecht«.

Ein solches Bewertungskonzept verfolgt die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)⁵¹, die nicht nur die eigentlichen aquatischen Ökosysteme sondern auch die »direkt von ihnen abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete« (Art. 1 a) einbezieht, zu denen auch die Seeuferzonen gehören (CIS WETLANDS WG 2003). Wenn sich ein Wasserkörper, in unserem Fall also der Bodensee, in einem »guten« Zustand befindet, d. h. nur geringe Abweichungen vom naturnahen Zustand zeigt, gelten die langfristigen Umweltziele der WRRL, nämlich bis 2015 flächendeckend einen »guten« Zustand der Oberflächengewässer zu erzielen, für das betreffende Gewässer als erreicht. Um einen »sehr guten« ökologischen Zustand zu erreichen, müssen sich nicht nur die biologischen sondern auch die hydromorphologischen Qualitätskomponenten im »sehr guten« Zustand befinden, d. h. »Struktur und Bedingungen des Uferbereichs entsprechen vollständig oder nahezu vollständig den Bedingungen bei Abwesenheit störender Bedingungen« (WRRL, p. 46). Bedenkt man den hohen Grad an Uferverbauungen und –nutzungen (vgl. Kap. 3.2 u. 3.4), wird offensichtlich, dass dem Bodensee trotz seiner hohen Wasserqualität kein »sehr guter« Zustand zugesprochen werden kann. Wie auch bei vielen anderen Seen und Fließgewässern Deutschlands hat sich herausgestellt, dass die zukünftigen Herausforderungen weniger in der stofflichen Belastung durch gelöste organische Substanzen, Phosphor und – mit Einschränkungen – Stickstoff liegen sondern in der Belastung durch menschliche Eingriffe in die Hydrologie und Morphologie der Gewässer, insbesondere in die der Uferzonen. Wenn die Umweltziele der WRRL bis 2015 erreicht werden sollen, sind gerade hier Entlastungen und Verbesserungen notwendig, die am Bodenseeufer allerdings nicht einfach mit der Anzahl konventionell renaturierter Uferstrecken gleichgesetzt werden dürfen.

Naturschutz und Gewässerschutz haben weithin gleiche Zielsetzungen, profitieren doch allgemein auch Biozönosen und Populationen gefährdeter Arten von einer verbesserten Wasserqualität und von einer »naturnahen« Umgestaltung verbauter Ufer. Umso erstaunlicher ist es, dass bis heute die Kontakte zwischen Naturschutz und Gewässerschutz eher spärlich sind und sich im wesentlichen auf das verwaltungsverfahrensmäßig Notwendige beschränken: Eine intensive Diskussion um gewässerschutzfachliche und naturschutzfachliche Strategien der Uferbewertung und der Planung von Uferrenaturierungen hat nie stattgefunden, – und wurde offenbar auch nicht gesucht. Die Ursachen mögen darin liegen, dass die beiden Fachgebiete seit vielen Jahren unterschiedlichen Ressorts zugeordnet sind, oder dass zwar das Naturschutzrecht nicht aber das Wasserrecht eine Beteiligung der private Naturschutzverbände vorsieht. Diese gegenseitige »Sprachlosigkeit« geht jedoch an den ökologisch begründeten Erfordernissen einer gesamthaften Behandlung von Seeufer-Ökosystemen beiderseits der Mittelwasserlinie vorbei. Allerdings zeichnet sich hier – vor dem Hintergrund der FFH-Richtlinie – ein Paradigmenwechsel ab: Weite Abschnitte des deutschen und österreichischen Bodenseeufers sind in das Natura2000-Netzwerk der FFH- und Vogelschutzrichtlinie einbezogen. Sie gehören zum Lebensraumtyp 3140 »kalkreiche, nährstoffarme Stillgewässer mit Armleuchteralgen« für die bei wasserrechtlich relevanten Vorhaben ein grundsätzliches Verschlechterungsverbot besteht (LFU 2002). Überdies kommen in der Uferzone mehrere prioritäre und nicht-prioritäre Arten der FFH-Richtlinie vor, für die besondere Schutzbestimmungen gelten, außerdem rd. 22 »Rote-Liste«-Pflanzenarten unterhalb und mindestens 10 Arten im Strandbereich oberhalb der Mittelwasserlinie sowie 21 »gefährdete« oder »vom Aussterben bedrohte« Wasservogelarten (vgl. Kap. 6.6, 6.8 u. 6.9) und mindestens 40 solche Pflanzenarten in den Überschwemmungsbereichen (M. Dienst in AGBU 2004). So ist zu erwarten, dass künftig bei wasserrechtlich relevanten Vorhaben einschließlich der Uferrenaturierungen Naturschutzanliegen ein stärkeres Gewicht finden.

10. »VERTEIDIGUNG EINER LANDSCHAFT« ODER »GROSS-STADT BODENSEE« ?

Ökologische Probleme in der Uferzone entstehen vornehmlich durch lokalen Nutzungsdruck, auch wenn sich in Einzelfällen überregionale Faktoren wie Eingriffe in den Landschaftswasserhaushalt, Luftverschmutzung und Klimawandel gravierend auswirken können. Sie entstehen durch eine Vielzahl von Nutzungsdrücken von der Landseite her, für die im Falle des Bodensee-Ufers die Bevölkerungsdichte, die Flächennutzung (Gebäude- und Verkehrsflächen), das Aufkommen an Übernachtungs- und Tagestouristen sowie die Anzahl an wasser gebundenen Infrastruktureinrichtungen als Indikatoren dienen können. Diese Indikatoren haben in den letzten zwei Jahrzehnten in den Ufergemeinden stärker zugenommen als in den



Abb. 14 So sieht es die IGKB: Horrorvision vom zubetonierten Bodensee (Karikatur von Friederike Groß aus »Seespiegel« Nr. 10, mit freil. Genehmigung der IGKB)

Hinterlandgemeinden oder im Durchschnitt der angrenzenden Bundesländer und Kantone (Kap. 3.2 und 3.4), eine Problemlage, die auch vom Gewässerschutz gesehen wird (IGKB 2004a: 76 ff.; Abbildung 14). Nimmt der Nutzungsdruck in den nächsten Jahren weiter zu, gefährdet er über den Umweg politischer Entscheidungen möglicherweise das gegenwärtig bestehende Schutzzonenkonzept der deutschen Bodenseeuferpläne und erschwert die Etablierung ähnlicher Konzepte am Schweizer Ufer. So gesehen erscheinen die gegenwärtigen Projekte für eine umweltverträglichere Bebauungsplanung und für einen sanften Tourismus als bloße Randnotiz zu einer ansonsten ungebremst verlaufenden Entwicklung.

So liegt ein Schlüssel für die Nachhaltigkeit im Uferschutz am Bodensee im Bereich der Raumnutzung und bei den Instrumenten zur Steuerung des Siedlungs- und Verkehrsflächenzuwachses auf dem Wege zu einer »Flächenkreislaufwirtschaft«, wie sie sich die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland für die Jahre ab 2050 vorgenommen hat. Ob die Lenkungsinstrumente von gestern die Probleme von morgen meistern werden, wenn sie sich schon bei den Problemen von gestern als wenig wirksam erwiesen haben, darf bezweifelt werden. Derzeit sind eine Reihe von neuen Instrumenten ökonomischer und ordnungsrechtlicher Art in der Diskussion, die vielleicht auch am Bodensee die Flächenumwidmung reduzieren könnten. Ein anderer Schlüssel liegt im Freizeitverhalten und in der Vorstellung uneingeschränkter Mobilität, die auch in der stetig sinkenden Aufenthaltsdauer im Beherbergungsgewerbe und in der hohen Zahl an Tagestouristen zum Ausdruck kommt (vgl. Kap. 3.4).

Letztlich führt die Betrachtung auf die eingangs gestellte Frage nach der »Tragfähigkeit« oder »Umweltkapazität« des Bodensee-Uferbereichs zurück: Wieviel Flächenversiegelung,

wieviel Bevölkerungsverdichtung, wieviel Tourismus verträgt der See? Die Diskussion darüber wurde zwar noch nicht geführt, die Antworten dürften aber unterschiedlich ausfallen: Ende November 2003 lud die Volkshochschule Konstanz-Singen unter dem Titel »Die Verteidigung einer Landschaft« zu einer Podiumsdiskussion über Artenschutz und Flächenverbrauch in Konstanz ein. Rund 30 Personen nahmen teil. Wenige Tage später erschien in 23 000 Auflage die Dezemberausgabe des Bodensee-Event- und Lifestyle-Magazins *akzent*, das dem Leser mit der Unterzeile »Magazin für die Gross-Stadt Bodensee« klar machte, was gerade »hip« ist. Größer könnte der Unterschied kaum sein.

10. DANKSAGUNG

Mein besonderer Dank gilt Klaus Jöhnk für die Überlassung von Abbildungen im Kap. 6.15, sowie Michael Dienst, Hans Güde, Harald Jacoby, Martin Mainberger, Markus Peintinger, Helmut Schlichtherle, Klaus Schmieder, Lothar Scholz, Heinz-Gerd Schröder, Stefan Werner und Harald Winkelhausen für die kritische Durchsicht einer früheren Version des Manuskriptes, und weiteren, aus Platzgründen hier nicht namentlich aufgeführten Gesprächspartnern aus der Forschung, den Verwaltungen und den privaten Verbänden für wertvolle Hinweise und Anregungen.

ZITIERTE LITERATUR

- AK KLIWA (Arbeitskreis Klima und Wasserwirtschaft) (Hg.) (2001): Klimaveränderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft. – KLIWA-Berichte 1: 278 S.; Karlsruhe.
- AGBU (Arbeitsgruppe Bodenseeufer) (AGBU) (Hg.) (2004): Rahmenbedingungen eines naturschutz- und gewässerschutzfachlichen Bewertungssystems für Seeufer (am Beispiel des Bodensees). – Gutachten im Auftrag des Global Natur Fund und der Bodensee-Stiftung (Kurzfassung). 16 S.; Konstanz.
- Bauer, H.-G., M. Dienst & H. Jacoby (1993): Habitatansprüche, Verbreitung und Bestandsentwicklung röhrichtbewohnender Singvogelarten am Bodensee-Untersee – mit einer Darstellung der Schilfproblematik. – Beih. Veröff. Naturschutz Landschaftspflege Bad.-Württ. 68: 47–78, Karlsruhe.
- Bauer, H.-G., H. Stark & H. Löffler (2002): Die Bedeutung der Wasservögel für das Ökosystem Bodensee im Winterhalbjahr. – Naturschutz und Landschaftspflege Bad.-Württ. 74: 167–260; Karlsruhe.
- Baumann, E. (1911): Die Vegetation des Untersees (Bodensee). – Arch. Hydrobiol. Suppl. 1: 1–554.
- Bayerisches Landesamt für Wasserwirtschaft (1998): Spektrum Wasser 1 : Hochwasser. – Broschüre, 96 S.; München.
- BayFORKLIM (Bayerisches Klimaforschungsprogramm u. Bayerischer Klimaforschungsverbund) (Hg.) (1999): Klimaänderungen in Bayern und ihre Auswirkungen. – Abschlußbericht des Bayerischen Klimaforschungsverbundes, 90 S.; München.
- Bird, E.C.F. (1996): Beach management. – J. Wiley & Sons, London.
- Blatter, J. (2000): Transboundary water management at Lake Constance. – In: Niinioja, R. & al. (Hg.), Water management policy of large lakes. – The Finnish Environment 414: 148–171; Joensuu.
- Blatter, J. (2001): Integrative Symbole und regulative Normen bei der Institutionenbildung – Erkenntnisse vom Gewässerschutz am Bodensee. – Z. Int. Beziehungen 8/1 : 5–40.

- Braun, E. & K. Schärpf (1994): Internationale Bodensee-Tiefenvermessung 1990. – Hg. vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, 98 S. + 31 Anl., Stuttgart.
- Bräunicke, M. & J. Trautner (2002): Die Laufkäfer der Bodenseeufer – Indikatoren für naturschutzfachliche Bedeutung und Entwicklungsziele. – 116 S.; Haupt-Verl., Bern.
- Brauns, P. & W. Pfrommer (1999): Naturwanderführer Untersee. – 144 S.; Überlingen.
- Brem, H., M. Schnyder & U. Leuzinger (2001): Archäologische Schutzmaßnahmen in den Seeufersiedlungen von Ermatingen TG-Westerfeld. – *Jahrb. der Schweiz. Ges. Ur- und Frühgesch.* 84: 7–28.
- Brem, H. & H. Schlichtherle (2001): »Nasse Denkmäler« – Chancen und Probleme des Kulturgutes unter Wasser. – In: Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (Hg.), Was haben wir aus dem See gemacht? – Arbeitsheft 10, 19–30; Stuttgart.
- Buchwald, K. (1965): Maßnahmen zur Freihaltung und zum Schutz der Ufer am Bodensee. – *Schriftenr. Deutscher Rat f. Landespflege*, Heft 5.
- Bullinger, D. (1980): Seegrenzen im Bodensee. Wem gehört der See eigentlich? Ist er Kondominium oder freies Meer? – *Bodensee-Hefte*, Jg. 1980, H. 4: 12–14.
- BWG CH (Bundesamt für Wasser und Geologie, Schweiz) (1995): Anforderungen an den Hochwasserschutz. – Broschüre, 2. Aufl., 6 S.; Bern.
- Carter, R.W.G. (1982): *Coastal Environments*. – 617 S., London.
- CIS Wetlands Working Group (2003): Horizontal Guidance Document on the Role of Wetlands in the Framework Directive. – Vers. 8 v. 17.12.2003, 63 S.; Brüssel.
- Dienst M. & K. Schmieder (2003): Wiederfund von *Tolypella glomerata* (Characeae) im Bodensee-Untersee. – *Ber. Bot. Arbeitsgem. Südwestdeutschland* 2: 114–115.
- Dienst, M. & I. Strang (2002): Endemische Strandrasen-Arten des Bodensees: *Deschampsia rhenana*, *Myosotis reuteri* und *Armeria purpurea* – Untersuchungen, Pflege- und Schutzmaßnahmen. – *Schriftenreihe für Vegetationskunde* 36: 85–91.
- Dienst, M., I. Strang & K. Schmieder (2003): Auswirkungen extremer Wasserstände auf die Ufervegetation des Bodensees. – *Natur und Mensch* Heft 6/2003: 12–19.
- Dienst, M., K. Schmieder & W. Ostendorp (2004): Dynamik der Schilfröhrichte am Bodensee unter dem Einfluss von Wasserstandsvariationen. – *Limnologica* 34: 29–36.
- Dittrich, A. & B. Westrich (1988): Bodenseeufererosion: Bestandsaufnahme und Bewertung. – *Mitt. Inst. Wasserbau Univ. Stuttgart*, Heft 68. Stuttgart.
- Drexler, A.M. (1980): *Umweltpolitik am Bodensee Baden-Württemberg*. – 301 S.; Konstanz.
- Entringer, A. (1993): Der Internationale Bodensee-Fischerei-Verband e.V. – In: B. Wagner, H. Löffler, Th. Kindle, M. Klein & E. Straub (Hg.), *Bodenseefischerei – Geschichte, Biologie und Ökologie, Bewirtschaftung*, S. 137–142; Sigmaringen.
- Fischer, Ph. (1994): Litorale Fischbiozönosen in einem großen See – der Bodensee. – *Diss. Univ. Konstanz*, 102 S.
- Fischer, Ph. & R. Eckmann (1997a): Seasonal changes in fish abundance, biomass and species richness in the littoral zone of a large European lake, Lake Constance, Germany. – *Arch. Hydrobiol.* 139: 433–448.
- Fischer, Ph. & R. Eckmann (1997b): Spatial distribution of littoral fish species in Lake Constance, Germany. – *Arch. Hydrobiol.* 140: 91–116.
- Förstner, U., G. Müller & H-E. Rheineck (1968): Sedimente und Sedimentgefüge des Rheindeltas im Bodensee. – *N. Jahrb. Mineralogie* 109: 33–62.
- Frenzel, P. (1983a): Untersuchungen zur Ökologie der Naididae des Bodensees. Die Coenosen des eutrophierten Sees. – *Arch. Hydrobiol. Suppl.* 65: 106–133.
- Frenzel, P. (1983b): Die litoralen Tubificiden des Bodensees. Mit besonderer Berücksichtigung von *Potamothrix moldaviensis*. – *Arch. Hydrobiol.* 97: 262–280.
- Frenzel, P. (1983c): Eutrophierung und Zoobenthos im Bodensee – mit besonderer Berücksichtigung der litoralen Lebensgemeinschaften. – *Verh. Ges. Ökologie* 10: 275–291.
- Glogger, B. (1998): *Heisszeit – Klimaänderungen und Naturkatastrophen in der Schweiz*. – Hochschulverlag ETH Zürich, VIII + 155 S.; Zürich.
- Göttlich, Kh. (1975): *Moorkarte von Baden-Württemberg*. – Erläuterungen zu Blatt Singen (Htwl.) L8318. – Hg. v. Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

- GROK (Gemeinsame Raumordnungskommissionen Bundesrepublik Deutschland, Schweizerische Eidgenossenschaft, Republik Österreich) (1983): Internationales Leitbild für das Bodenseegebiet. – 64 S., Stuttgart.
- Groschopf, P. (1969): Zur Genese und Systematik limnischer Kalksedimente. – Mitt. Internat. Verein. Limnologie 17: 219–225.
- Gross, E.M., C. Feldbaum & C. Choi, 2002. High abundance of herbivorous Lepidoptera larvae (*Acentria ephemerella* Denis & Schiffermüller) on submersed macrophytes in Lake Constance (Germany). – Arch. Hydrobiol. 155: 1–21.
- Grosse-Brauckmann, G. (1962): Zur Terminologie organogener Sedimente. – Geol. Jh. 79: 117–144.
- Güde, H., P. Teiber, S. Rolinski & M. Sala (2004): Comparison of production and degradation of organic matter at a littoral site of the prealpine Lake Constance. – Limnologia 34: 117–123.
- Hagedorn, H. & C. Deigle (Hg.) (2001): Katastrophe oder Chance? Hochwasser und Ökologie. – Rundgespräche der Kommission für Ökologie der Bayer. Akademie der Wissenschaften, Bd. 24, 168 S.; München.
- Harrer, B. & K.-H. Hänsler (1998): Der Tourismus als Wirtschaftsfaktor im deutschen Bodenseegebiet. – Steinbeis-Transferzentrum Tourismus und Hotellerie an der Berufsakademie Ravensburg (Hg.), 52. S.; Ravensburg.
- Heine, G., H. Jacoby, H. Leuzinger & H. Stark (1999): Die Vögel des Bodenseegebietes: Vorkommen und Bestand der Brutvögel, Durchzügler und Wintergäste. – Hg. von der Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Bodensee. – Ornithologische Jahresshefte für Baden-Württemberg Bd. 14/15: 847 S.; Ludwigsburg.
- Houghton, J.T., L.G. Meira Filho, B.A. Callander, N. Harris, A. Kattenberg & K. Maskell, (1996): Climate Change 1995 – The Science of Climate Change. – Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (Hg.), 572 S.; Cambridge.
- Huemer, P. (2001): Auswirkungen einer Hochwasserkatastrophe auf die Schmetterlingsfauna (Lepidoptera) im NSG Rheindelta-Rheinspitz (Gaißau, Vorarlberg, Österreich). – Vorarlberger Naturschau 9: 171–214.
- IBK (Internationale Bodenseekonferenz) (1995): Bodenseeleitbild. – 42 S.; Konstanz.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1971): Bau- und Investitionsprogramm, Stand der Abwasserreinigung im Einzugsgebiet des Bodensee-Obersees und des Untersees. – Ber. IGKB 13: o.S.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1981): Bau- und Investitionsprogramm – Stand der Abwasserbeseitigung im Einzugsgebiet des Bodensee-Obersees und des Untersees, Planungszeitraum 1978–1985. – Ber. IGKB 24: 20 S. + Kte. i. Anh.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1985): Bau- und Investitionsprogramm, Stand der Abwasserreinigung im Einzugsgebiet des Bodensee-Obersees und des Untersees. – Ber. IGKB 33: 25 S. + Kte. i. Anh.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1987a): Zur Bedeutung der Flachwasserzone des Bodensees. – Ber. IGKB 35: 45 S.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1987b): Richtlinien für die Reinhaltung des Bodensees. – zweite Fassung vom 27.05.1987. – 34 S., fortgeschrieben am 31. Mai 2000 und am 23. Mai 2001 (www.igkb.de/pdf/amtsblatt.pdf).
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1999a): 40 Jahre Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee – Eine Bilanz 1999. – Broschüre der IGKB, 14 S.; Stuttgart.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (1999b): Das Bodenseehochwasser im Frühsommer 1999 – Erfahrungsbericht. – Bericht der IGKB, 40 S. (www.seespiegel.de).
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (2000): Internationales Status-Seminar: Vergleichende Bewertung der Ufer- und Flachwasserzonen und von Eingriffen am Bodensee. – Kurzzusammenfassungen der Beiträge, 22 S.; Langenargen.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (2004a): Der Bodensee. Zustand – Fakten – Perspektiven. – 177 S.; Bregenz.
- IGKB (Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) (2004b): Aktionsprogramm Bodensee 2004 bis 2009. Schwerpunkt Ufer- und Flachwasserzone. – Broschüre, 18 S.; Bregenz.
- IM BW (Innenministerium Baden-Württemberg) (1971): Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg vom 22. Juni 1971. – 316 S. u. 15 Ktn. i.A.; Stuttgart.
- Immdorff, R. (Hg.) (1997): Hochwasser – Natur im Überfluß? – 260 S.; Heidelberg.

- James, W.F. & J.W. Barko (1994): Macrophyte influences on sediment resuspension and export in a shallow impoundment. – *Lake Reservoir Management* 10: 95–102.
- Jöhnk, K.D., D. Straile & W. Ostendorp (2004): Water level variability and trends in Lake Constance in the light of the 1999 centennial flood. – *Limnologica* 34: 15–21.
- Kahlenborn, W. & R.A. Kraemer (1999): Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland. – Springer, XXII + 244 S.; Heidelberg.
- Keiz, G. (1993): Die Bregenzer Übereinkunft und ihr Instrument: Die Internationale Bevollmächtigtenkonferenz. – In: B. Wagner, H. Löffler, Th. Kindle, M. Klein & E. Straub (Hg.), *Bodenseefischerei – Geschichte, Biologie und Ökologie, Bewirtschaftung*, S. 10–26, 153–159. – Thorbecke-Verl., 172 S.; Sigmaringen.
- Keller, O. (1994): Entstehung und Entwicklung des Bodensees – ein geologischer Lebenslauf. – In: H. Maurer (Hg.), *Umweltwandel am Bodensee*, S. 33–92; St. Gallen.
- Kelletat, D. (1984): Deltaforschung: Verbreitung, Morphologie, Entstehung und Ökologie von Deltas. – XV+158 S.; Darmstadt.
- Kelletat, D. (1999): Physische Geographie der Meere und Küsten: eine Einführung. – 2. Aufl., 258 S.; Stuttgart.
- Kiechle, J. (2003): Bemerkenswerte Characeen im Landkreis Konstanz mit Anmerkungen zur Roten Liste. – *Ber. Bot. Arbeitsgem. Südwestdeutschland* 2: 51–62.
- Kiefer, F. (1972): *Naturkunde des Bodensees*. – 2. Aufl., 209 S.; Sigmaringen.
- Königer, J. & H. Schlichtherle (2000): Reservatbildende Maßnahmen in Bodensee-Pfahlbausiedlungen bei Wallhausen und am Schachenhorn von Bodman. – *Nachrichtenblatt Arbeitskreis Unterwasserarchäologie* 7: 69–74.
- Kraus, N.C. & W.G. McDougal (1996): The effect of sea walls on the beach: Part I An updated literature review. – *J. Coastal Res.* 12: 619–701.
- Krumscheid-Plankert, P. (1993): Uferrenaturierung und Röhrichschutz. Das E+E-Vorhaben »Wiederansiedlung von Schilfbeständen am Bodensee«. – *Natur und Landschaft* 68: 403–411.
- Kt.SG (Kanton St.Gallen) (1999): Seeuferplanung Bodensee. – 28 S. + Ktn. i.Anh.; St. Gallen.
- Kümmerlin, R. (1993): Schilf- und Rohrkolbenpflanzversuche am Bodensee-Untersee. – In: W. Ostendorp & P. Krumscheid-Plankert (Hg.), *Seeuferzerstörung und Seeuferrenaturierung in Mitteleuropa*. – *Limnologie aktuell*, Bd. 5: 217–227; Stuttgart.
- LAWA (Länderarbeitsgemeinschaft Wasser) (Hg.) (1995): Leitlinien für einen zukunftsweisenden Hochwasserschutz. – Stuttgart, 30 S. (<http://www.lawa.de/pub/thema/hochw.html>)
- Lang, G. (1967): Die Ufervegetation des westlichen Bodensees. – *Arch. Hydrobiol. Suppl.* 32: 437–574.
- Lang, G. (1973): Die Makrophytenvegetation in der Uferzone des Bodensees. – *Ber. IGKB* 12: 67 S.
- Lang, G. (1981): Die submersen Makrophyten des Bodensees – 1978 im Vergleich mit 1967. – *Ber. IGKB* 26: 64 S.
- Lang, G. (2001): Landschaftsgeschichte des Bodenseeraums – von der Naturlandschaft zur Kulturlandschaft. – In: *Arbeitskreis Denkmalpflege Bodensee (Hg.), Was haben wir aus dem See gemacht? – Kulturlandschaft Bodensee*, S. 9–17; Stuttgart.
- Latenser, M. & M. Schneebeli (2003): Long-term snow climate of the Swiss Alps (1931–99). – *Int. J. Climatol.* 23: 733–750.
- Leeder, M.R. (1982): *Sedimentology, Process and Product*. – 344 S., London.
- LFU BW (Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg) (2000): Verzeichnis der Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete des Landes Baden-Württemberg. – *Fachdienst Naturschutz – Flächenschutz* 3; 28 S. + Kte i.d.Beil. + CD-ROM, Karlsruhe.
- LFU BW (Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg) (2001a): Naturnahe Uferbereiche und Flachwasserzonen des Bodensees. – *Biotope in Baden-Württemberg* 13: 47 S; Karlsruhe.
- LFU BW (Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg) (2001b): Uferrenaturierung am Bodensee. – *Looseblattsammlung im Ordner; Langenargen*, Karlsruhe.
- LFU BW (Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg) (Hg.) (2002): Beeinträchtigung von FFH-Gebieten. – *Naturschutz-Praxis Natura 2000*, 123 S.; Karlsruhe.
- LFU BW (2003): *Natura 2000 – Gebietsinformationen* (www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/natura2000neusachdat/)

- Luft, G. (1993): Langfristige Veränderungen der Bodensee-Wasserstände und mögliche Auswirkungen auf Erosion und Ufervegetation. – In: W. Ostendorf & P. Krumscheid-Plankert (Hg.), Seeuferzerstörung und Seeuferrenaturierung in Mitteleuropa. – Limnologie aktuell 5: 61–75; Stuttgart.
- MELUF BW (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg) (1981): Grundsätze zum Schutz der Flachwasserzone des Bodensees. – Wasserwirtschaftsverwaltung, Heft 11: 29 S. + Kte. i. Anh.; Stuttgart.
- Merk, J., G. Lüttig & H. Schneekloth (1971): Vorschlag zur Gliederung und Definition der limnischen Sedimente. – Geol. Jb. 89: 607–623.
- MKS BW (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) (2001): Wassersport und Naturschutz am Bodensee. – 1. Aufl., 34 S. + Kte. i. Anh.; 2., erw. Aufl. 2002, 38 S. + Kte. i. Anh.; Stuttgart.
- Müller, A. & H. Schlichtherle (1998): Erosion und Erosionsschutzmaßnahmen in der Sipplinger Bucht. – Nachrichtenblatt Arbeitskreis Unterwasserarchäologie 4: 36–38.
- Müller, G. (1966): Die Sedimentbildung im Bodensee. – Die Naturwissenschaften 53: 237–247.
- Müller, H. (2002): Bedeutung der Ufer- und Flachwasserzone. – Tagungsbericht „Internationales Status-Seminar: Vergleichende Bewertung der Ufer- und Flachwasserzonen und von Eingriffen am Bodensee“ am 28.03.2000, Hg. IGKB, p. 1–4; Langenargen.
- Nümann, W. (1939): Untersuchungen über die Biologie einiger Bodenseefische in der Uferregion und den Randgebieten des freien Sees. – Z. Fischerei u.d. Hilfswiss. 37: 636–688.
- Nümann, W. (1973): Versuch einer Begründung für den Wandel in der qualitativen und quantitativen Zusammensetzung des Fischbestandes im Bodensee während der letzten 60 Jahre und eine Bewertung der Besatzmaßnahmen. – Schweiz. Z. Hydrol. 35: 206–238.
- ON (Österreichisches Normungsinstitut) (Hg.) (2001): Richtlinie für die ökologische Untersuchung und Bewertung von stehenden Gewässer. – ÖNORM M 6231, 58 S.; Wien.
- Ostendorf, W. (1990): Die Ursachen des Röhrichrückgangs am Bodensee-Untersee. – Carologica 48: 85–102.
- Ostendorf, W. (1991): Zur Geschichte der Uferöhrich des Bodensee-Untersees. – Schrr VG Bodensee 109: 215–233.
- Ostendorf, W. (1993): Schilf als Lebensraum. – Beih. Veröff. Naturschutz Landschaftspflege Bad.-Württ. 68: 173–280.
- Ostendorf, W. & K. Jöhnk (2003): Jahrhunderthochwasser 1999 – Jahrhundertniedrigwasser 2003: Seespiegeltrends und Extremwasserstände am Bodensee. – Natur und Mensch, Heft 6/2003: 6–11.
- Ostendorf, W., H. Stark, P. Krumscheid-Plankert & A. Pier (1996): Dynamics and restoration of lakeside reed belts in a prealpine lake (Lake Constance, Germany). – Proc. Ecohydraulics, Quebec, June 1996, B753–B765.
- Ostendorf, W., K. Schmieder & K. Jöhnk (2004): Assessment of human pressures and hydromorphological impacts on lakeshores in Europe. – Ecohydrology and Hydrobiology (im Druck)
- Ostendorf, W., M. Dienst & K. Schmieder (2003): Disturbance and rehabilitation of lakeside Phragmites reeds following an extreme flood in Lake Constance (Germany). – Hydrobiologia 506: 687–695.
- Peintinger, M., M. Dienst, Chr. Iseli, K. Jöhnk, I. Kramer, K. Schmieder, St. Werner & W. Ostendorf (in Vorber.): Wasserstandsdynamik am Bodensee: Einfluss auf Uferbiozönosen und deren Gefährdung im Hinblick auf Klimaveränderungen.
- Pia, J. (1933): Die rezenten Kalkgesteine. – 420 S.; Leipzig.
- Pier, A., M. Dienst & H. Stark (1993): Dynamics of reed belts at Lake Constance (Untersee und Überlinger See) from 1984 to 1992. – In: W. Ostendorf & P. Krumscheid-Plankert (Hg.), Seeuferzerstörung und Seeuferrenaturierung in Mitteleuropa. – Limnologie aktuell 5: 141–148.
- Pilkey, O.H. & H.L. Wright (1988): Seawalls versus beaches. – In: N.C. Krauss & O.H. Pilkey (Hg.), The effects of seawalls on the beach. – J. Coastal Res. Special Issue 4.
- Piroth, K. & E. Plate (1993): The wave climate, an important factor in lakeshore deterioration – concept and measurements at Lake Constance. – In: W. Ostendorf & P. Krumscheid-Plankert (Hg.), Seeuferzerstörung und Seeuferrenaturierung in Mitteleuropa. – Limnologie aktuell 5: 77–92
- Prittitz, V. von (1994): Politikanalyse. – 328 S., UTB 1707; Opladen.
- Puchta, A. (2002): Zu den Auswirkungen des Extremhochwassers 1999 auf die Rohrsänger (*Acrocephalus scirpaceus*, *A. arundinaceus*) der Fußacher Bucht, Rheindelta (Vorarlberg, Österreich). – Vorarlberger Naturschau 11: 143–164.

- Quadrelli, R., M. Lazzeri, C. Cacciamani & S. Tibaldi (2001): Observed winter Alpine precipitation variability and links with large-scale circulation patterns. *Clim. Res.* 17: 275–284.
- Radkau, J. (2002): *Natur und Macht – eine Weltgeschichte der Umwelt.* – 469 S.; München.
- Radke, R. (1993): Untersuchungen zur Nahrungswahl piscivorer Fische im Litoral des Bodensees. – Diplomarbeit am Limnol. Inst., Univ. Konstanz
- Reavell, P.E. & P. Frenzel (1981): The structure and some recent changes of zoobenthic community in the Ermatinger Becken, a shallow littoral part of Lake Constance. – *Arch. Hydrobiol.* 92: 44–52.
- Regierung von Schwaben (1984): Bayerischer Bodenseeuferplan. – Text- u. Plansammlung, Augsburg.
- RVBO (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben) (1981): Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (nach der Verbindlichkeitserklärung vom 4. Febr. 1981). – 230 S. + Kt.-Beilage; Ravensburg.
- RVBO (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben) (1984): Bodenseeuferplan. – 68 S. + Kte. i. Anh.; Ravensburg.
- RVBO (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben) (1996): Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (nach der Verbindlichkeitserklärung vom 4. April 1996). – 164 S. + Kt.-Beilage; Ravensburg.
- RVHB (Regionalverband Hochrhein-Bodensee) (1984): Bodenseeuferplan. – 52 S. + Kte i. Anh.; Waldshut.
- RVHB (1996): Regionalplan 2000 vom 18. Dezember 1995 (genehmigt 21. November 1996). – 224 S. + Kt.-Beilage; Waldshut.
- RVHB (Regionalverband Hochrhein-Bodensee) (1980): Regionalplan (genehmigt 10. Okt. 1980). – 222 S. + Kt.-Beilage; Waldshut.
- Sanchez-Penzo, S. & J. Rapp (1997): Statistische Untersuchung langfristiger Veränderungen des Niederschlags in Baden-Württemberg. – *Handbuch Wasser* 2, Bd. 42, 153 S.; Karlsruhe.
- Sandte, A. (1996): Tourismus und Umweltschutz in der Bodenseeregion – am Beispiel der Diskussion im Südkurier. – *Dipl.arb. Fak. für Verwaltungswiss. Univ. Konstanz*, 86 S.
- Schäfer, A. (1973): Zur Entstehung von Seekreide – Untersuchungen am Untersee (Bodensee). – *N. Jb. Geol. Paläontol. Mh.* 4: 216–230.
- Schlichtherle, H. & J. Bürgi (1986): Gefährdete Ufersiedlungen am Bodensee. – *Archäologie der Schweiz* 9: 34–41.
- Schlichtherle, H. (2003): Archäologische Kulturdenkmale in der Uferzone des Untersees. – In: Arbeitskreis Denkmalpflege Bodensee (Hg.), *Was haben wir aus dem See gemacht?*, Teil II – Untersee, 154 S.; Stuttgart
- Schmieder, K. (1997): Littoral zone – GIS of Lake Constance: A useful tool in lake monitoring and autecological studies with submersed macrophytes. – *Aquatic Botany* 58: 333–346.
- Schmieder, K. (1998): Submerse Makrophyten der Litoralzone des Bodensees 1993 im Vergleich mit 1978 und 1967. – *Ber. IGKB* 46: 161 S.
- Schmieder, K. (1999): Veränderung der submersen Makrophytenvegetation der Litoralzone des Bodensees von 1967–1993. – In: G. Heine, H. Jacoby, H. Leuzinger & H. Stark (Hg.), *Die Vögel des Bodenseegebietes.* – *Orn. Jh. Bad.-Württ.* 14/15: 58–63.
- Schmieder, K., M. Dienst & W. Ostendorp (2002): Auswirkungen des Extremhochwassers 1999 auf die Flächendynamik und Bestandsstruktur der Uferföhrichte des Bodensees. – *Limnologica* 32: 131–146.
- Schmieder, K., M. Dienst & W. Ostendorp (2003): Einfluss des Wasserstandsganges auf die Entwicklung der Uferföhrichte an ausgewählten Uferabschnitten des westlichen Bodensees in den vergangenen 40 Jahren. – *Schr. VG Bodensee* 121: 143–165.
- Schmieder, K., B. Schünemann & H.G. Schröder (2004): Spatial patterns of surface sediment variables in the littoral zone of Lake Constance (Germany). – *Arch. Hydrobiol.* (im Druck)
- Schönwiese, Chr.-D. & S. Rapp (1997): *Climate trend atlas of Europe – based on observations 1891–1990.* – VII+228 S.; Dordrecht.
- Schöllhorn, W. (1993): Wiederansiedlung von Schilfbeständen am Bodensee-Obersee: Technische Durchführung der Baumaßnahmen im BMU-Projekt. – In: W. Ostendorp & P. Krumscheid-Plankert (Hg.), *Seeuferzerstörung und Seeuferrenaturierung*, *Limnologie aktuell* 5: 169–178.
- Schöttle, M. (1969): Die Sedimentbildung des Gnadensees – Ein Beitrag zur Sedimentbildung im Bodensee. – *Arch. Hydrobiol. Suppl.* 35: 255–308.
- Schreiner, A. (1974): Erläuterungen zur geologischen Karte des Landkreises Konstanz mit Umgebung 1:50 000. – 2., berichtigte Aufl., Landesvermessungsamt Baden-Württ., 1974. – 286 S.; Stuttgart.

- Schreiner, A. (1992a): Geologische Karte 1:50 000 von Baden-Württemberg. Erläuterungen zu Blatt, Hegau und westl. Bodensee'. – Hrsg. v. Geologischen Landesamt Baden-Württemberg, Freiburg
- Schreiner, A. (1992b): Einführung in die Quartärgeologie. – XII, 257 S.; Stuttgart.
- Schröder, H.G. (1982): Biogene benthische Entkalkung als Beitrag zur Genese limnischer Sedimente. Beispiel Attersee (Salzkammergut, Oberösterreich). – Diss. Univ. Göttingen, 179 S.
- Schröder, H.G. (2004): Information as a basis for co-operation in Lake Constance. – im Druck
- Schröder, R. (1981): Die Veränderungen der submersen Makrophytenvegetation des Bodensees in ausgewählten Testflächen in den Jahren 1967–1978. – Ber. IGKB 27: 116 S.
- Siessegger, B. (1968): Veränderungen des Phosphat-P- und Ammonium-N-Gehaltes im Litoral des Bodensees nach Stürmen durch den Eintrag aus den aufgewühlten Sedimenten. – gwf-wasser/abwasser 109(44): 1237–1238.
- Siessegger, B. (1970): Limnologische Untersuchungen über das Litoral am Bodensee (am Beispiel der Friedrichshafener Bucht). – gwf-wasser/abwasser 111: 488–493.
- Siessegger, B. (1980): Bayerischer Bodensee-Uferplan. Grundsätze zum Schutz der Flachwasserzone des Bodensees. – Bericht des Instituts für Seenforschung Langenargen, 117 S.
- Siessegger, B. & P. Teiber (1999): Das Bodenseeufer – ein Stiefkind des Gewässerschutzes auf dem mühsamen Weg zur Besserung. – Natur und Mensch Jg. 41, Heft 2: 9–15.
- Siessegger, B. & P. Teiber (2001): Erfolgsmodell für Renaturierungen am Bodenseeufer. – Ingenieurbilogie/Genie Biologique Heft 03/2001: 1–14.
- Stark, H., H. Jacoby, M. Mörtl, K. Schmieder, St. Werner & H.-G. Bauer (2002): Untersuchungen zum Beziehungsgefüge zwischen den Wasservögeln als Hauptkonsumenten am Bodensee und der Primär- und Sekundärproduktion bzw. den trophischen Änderungen über die Zeit. – unveröff. Bericht für die Landesanstalt für Umweltschutz BW, 69 S.
- Strang, I. & M. Dienst (1995): Zur Ökologie und aktuellen Verbreitung der Strandschmielen-Gesellschaft (*Deschampsietum rhenanae*) am Bodensee. – Schr. VG Bodensee 113: 175–196.
- Strang, I. & M. Dienst (2004): Die Auswirkungen der Wasserstände am Bodensee auf das *Deschampsietum rhenanae* zwischen 1989 und 2003. – Limnologica 34: 22–28.
- Teiber, P. (1997): Zusammensetzung und Produktivität des Phytobenthos im sandigen Litoral des Bodensee-Obersees. – Diss. Univ. Tübingen, 165 S.
- Teiber, P. (2001): Zustandsbeschreibung des Bodenseeufers 2000/2001. – Studie im Auftrag der Internationalen Bodenseekonferenz, CD-ROM. Konstanz
- Teiber, P. (2003): Zustandsbeschreibung des Bodenseeufers – Statistische Auswertung. – Studie im Auftrag der Internationalen Bodenseekonferenz, 24 S. + Anh.
- Timms, R.M. & B. Moss (1994): Prevention of growth of potentially dense phytoplankton populations by zooplankton grazing, in the presence of zooplanktivorous fish, in a shallow wetland ecosystems. – Limnol. Oceanogr. 29: 472–486.
- Trapp, W. (1991): Die organisierte Bemühung um den »Fremdenzufluss«. – In: Internationaler Arbeitskreis Bodensee-Ausstellungen (Hg.), Sommerfrische – Die touristische Entdeckung der Bodenseelandschaft, S. 11–20; Rorschach.
- Trapp, W. (2002): Mit Blick auf See und Gebirge. Der Bodensee – Bilder vom Wandel einer touristischen Landschaft. – 143 S.; Karlsruhe.
- UBA (Umweltbundesamt) (Hg.) (2002): Umweltdaten Deutschland 2002. – 59 S.; Berlin (www.umweltbundesamt.de)
- UVM BW (Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg) (1995): Umweltprogramm Bodenseeraum. Broschüre, 110 S., Stuttgart
- UVM BW (Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg) (2000a): Umweltplan Baden-Württemberg. (www.uvm.baden-wuerttemberg.de/umweltplan)
- UVM BW (Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg) (2000b): Hochwasserschutz in Baden-Württemberg – Bilanz und Ausblick. – Broschüre, 28 S.; Stuttgart (www.uvm.baden-wuerttemberg.de)
- Veiter, Th. (1990): Die Rechtsverhältnisse auf dem Bodensee, eine völkerrechtliche Untersuchung. – Archiv für Völkerrecht 28: 458–472.
- Waibel, F. (1992): Die Werke der Internationalen Rheinregulierung. – In: Internationale Rheinregulierung Rorschach (Hg.), Der Alpenrhein und seine Regulierung, S. 206–235; Rorschach.

- Walser, R. (1995): Zur Rolle der Makrophytenbestände im Bereich von Flussmündungen am Bodensee-Obersee. – Diss. Univ. Hohenheim, 202 S.; Konstanz.
- Watson, R.T. (Hg.) (2001): Climate Change 2001: Synthesis Report. – Third Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge Univ. Press, 397 S. (www.ipcc.ch)
- Werner, S., H.G. Bauer, M. Mörtl, K. Schmieder, H. Stark & H. Löffler (2004a): Untersuchungen zum Beziehungsgefüge zwischen den Wasservögeln als Hauptkonsumenten am Bodensee und der Primär- und Sekundärproduktion bzw. den trophischen Änderungen über die Zeit. – Z. Naturschutz Landschaftspflege Bad.-Württ. (im Druck).
- Werner, St., H.G. Bauer, H. Jacoby, H. Stark, M. Mörtl, K. Schmieder & H. Löffler (2004b): Einfluss überwinternder Wasservögel auf Chara-Arten und *Dreissena polymorpha* am westlichen Bodensee. – Bericht d. Instituts für Seenforschung, H. 4, 73 S.; Karlsruhe.
- Wessels, M. (1998): Geological history of the Lake Constance area. – Arch. Hydrobiol. Spec. Issues Advanc. Limnol. 53: 1–12.
- Wetzel, R.G. (2001): Limnology, Lake and River Ecosystems. – 1006 S.; San Diego.
- Widmann, M. & C. Schär (1997): Principal component and long-term trend analysis of daily precipitation in Switzerland. – Int. J. Climatol. 17: 1333–1356.
- Wilhelmy, H. (1972): Geomorphologie in Stichworten. Bd. III: Exogene Morphodynamik: Karsterscheinungen, Glazialer Formenschatz, Küstenformen. – 184 S.; Kiel.
- Wittkugel, Chr. (2002): Entwicklung eines Laichhabitatsindex für uferlaichende Fischarten im Bodensee. – Schriftenreihe Agraria, Bd. 30: 124 S.
- Wright, L.D. (1978). In: R.A. Davis (Hg.), Coastal sedimentary environments. S. 5–68; Berlin.
- WM BW (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg) (2002): Landesentwicklungsplan 2002. – 52 S. + Anh. I, II. – Stuttgart.

ABKÜRZUNGEN

AGBU	Arbeitsgruppe Bodensee-Ufer, www.bodensee-ufer.de
AWBR	Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein, www.awbr.org
BSO	Bodenseeschiffahrtsordnung (als Dokument bei www.uvm.baden-wuerttemberg.de)
BUND	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland
BW	Land Baden-Württemberg
BWV	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, www.zvbvw.de
BY	Land Bayern
FWZ	Flachwasserzone (zur Definition vgl. Anm. 4)
GROK	Gemeinsame Raumordnungskommission (für Deutschland, Österreich und die Schweiz im Bodenseegebiet)
GWD	Gewässerdirektion(en) Baden-Württemberg Bereiche Rottweil und Ravensburg, www.4gwd.de
IBK	Internationale Bodenseekonferenz [der Regierungschefs der Länder und Kantone], www.regio-bodensee.net
IBT	Internationaler Bodensee-Tourismus, www.bodenseeferien.de
IGKB	Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee, www.igkb.de
IM BW	Innenministerium Baden-Württemberg
ISF	Institut für Seenforschung der LFU BW, www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt4/isf
ISKB	Internationale Schifffahrtskommission für den Bodensee
LFU BW	Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg, www.lfu.baden-wuerttemberg.de
MELUF BW	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg (heute: UVM und MLR)
MKJS BW	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
NABU	Naturschutzbund Deutschland
OAB	Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Bodensee, www.bodensee-ornis.de
RVBO	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Ravensburg, www.bodensee-oberschwaben.de
RVHB	Regionalverband Hochrhein-Bodensee, Waldshut, www.hochrhein-bodensee.de

SG	Kanton St. Gallen
TG	Kanton Thurgau
UVM BW	Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg
VB	Land Vorarlberg
WM BW	Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

ANMERKUNGEN

1 Die Uferzone des Bodensees wird hier verstanden als die gürtelartig rings um den See ausgebildete Zone beiderseits der langfristigen Mittelwasserlinie, die seewärts durch das maximale Tiefenvorkommen von Makrophyten (submerse Gefäßpflanzen und Armleuchteralgen) begrenzt wird, das diese im potentiell natürlichen Zustand (v. a. des Trophie-Zustands) des Sees erreichen würden, und die landwärtig durch die Einflußgrenze des Sees in seinem potentiell natürlichen Zustand (v. a. des hydrologischen Regimes) bei einem 25-jährigen Hochwasserstand begrenzt wird; diese Grenze schließt den Grundwasserhebungsbereich landwärtig der 25-jährigen Hochwassergrenze mit ein. Im naturnahen Zustand ist diese Grenze anhand der feuchtigkeitsliebenden, überflutungstoleranten Vegetation auszumachen.

2 Unter Uferbereich des Bodensees wird die Zone zwischen der Halden-Oberkante (390,0 m NN) als seewärtiger Grenze und der landwärtigen Gemeindegrenze der Uferanliegergemeinden verstanden (vgl. auch GROK, 1983: 12)

3 Die älteren Angaben von Kiefer (1972) (539 km²) und Braun & Schärpf (1994) (571,5 km²), die sich auf die Bodenseevermessung von 1895 bzw. 1990 stützten, sind aus verschiedenen Gründen nicht korrekt (hierzu vgl. Wessels, 1998: 8); insbesondere die Vorschriften der DIN 4049, Teil 1, Ziff. 3.1.35 i.V.m. Ziff. 3.1.12 kamen nicht zur Anwendung. Hier werden die von M. Dienst für die AGBU berechneten Daten benutzt, die den Berechnungen von B. Wagner (zitiert nach Wessels, op.cit.) von 534,7 km² nahe kommen; die verbleibende Differenz ergibt sich, weil für die genannten Berechnungen leicht unterschiedliche langjährige Mittelwasserspiegel zu Grunde gelegt wurden (395,33 bzw. 395,27 m NN). Die Mängel der älteren Flächenberechnungen sind seit vielen Jahren bekannt, wurden jedoch erst im »seespiegel« 6/2004 bereinigt.

4 Der Begriff »Flachwasserzone« ist hydrodynamisch definiert (DIN 4049, Teil 1, 3.4.12); am Bodensee ist der Bereich zwischen der Halde zum Tiefenbecken (390,0 m) und der mittleren jährlichen Hochwasserlinie (mHW) gemeint (MELUF, 1981). Der Begriff der Flachwasserzone sollte nicht mit dem Begriff »Litoral« verwechselt werden, da sich letzterer auf produktionsbiologische Aspekte (Transparenz des Wassers, Vorkommen von Makrophyten) stützt.

5 Unter Uferschutz wird hier der Erhalt der Naturnähe eines Uferabschnittes, einschließlich seiner Dynamik und seiner (naturnahen) ökologischen Funktionen verstanden. Der im Wasserwesen

verwendete Begriff des Uferschutzes (= Ufersicherung) beinhaltet oft nur die Fixierung eines bestimmten Profils und damit eher den Schutz von Grundeigentum, Investitionen oder Nutzungsinteressen.

6 Ein schönes Beispiel vom Genfer See ist auf der Website <http://www2.lbm.go.jp/comparePhoto/> zu sehen.

7 beispielsweise Überlingen zwischen Grabenstraße und Mantelhafen 1865–1868, Meersburg, Seestraße vor der ersten Häuserfront 1875 und östlich des Hafens 1909, Langenargen zwischen Schloß Montfort und dem Landesteg 1909, Friedrichshafen, Quai- und Uferanlagen mit Neuanlage eines Uferparks 1911

8 Die amtlichen Statistiken erfaßten bisher vornehmlich gewerbliche Beherbergungsbetriebe mit 9 Betten und mehr, nicht oder nur unvollständig Privatquartiere und Campingplätze. Aus Datenschutzgründen sind Daten zu Anzahl der Ankünfte, Übernachtungen usw. nur dann einsehbar, wenn in der Ortschaft mehr als 3 Beherbergungsbetriebe angemeldet sind; bei der Vielzahl kleiner Ortschaften ist also mit Datenlücken und systematischen Abweichungen zu rechnen.

9 Schweizerische Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein Schaffhausen, ÖBB Bodenseeschifffahrt Bregenz, Bodenseeschifffahrtbetriebe Konstanz, Schweizerische Bodensee-Schifffahrtsgesellschaft AG, Romanshorn; www.bodenseeschifffahrt.de

10 nach eigenen Erhebungen aus älteren Quellen sowie nach IGKB 2004: 140.

11 Bodensee-Schifffahrtsstatistik, zusammengestellt beim Amt der Landesregierung Vorarlberg; zulassungspflichtig und somit erfaßt sind lt. BSO alle Motor- und Segelboote, auch wenn sie nur vorübergehend in den Bodensee eingesetzt werden.

12 IGKB, Auswertung der Statistik der Schifffahrtsanlagen für 2003, www.igkb.de

13 1857 – Internationaler Arbeitsausschuss zur Regulierung des Bodensees, 1860 – Vereinigte Schifffahrtsunternehmen für den Bodensee und Rhein (VSU), 1893 – Verband der Gasthofbesitzer am Bodensee und Rhein; 1893 – (Internationale) Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei (»Bregenzer Übereinkunft«), 1897 – Bevollmächtigte Deutsch-Schweizerische Fischereikommission für den Untersee, 1902 – Internationaler Bodensee-Verkehrsverein, 1909 – Internationaler Bodensee-Fischerei-Verband

14 DIN-Definition: »Vorgang, bei dem Wasserinhaltsstoffe durch biologische, chemische oder physikalische Vorgänge abgeschieden oder so verändert werden, dass ihre nachteilige Einwirkung auf die Gewässergüte vermindert ist« (DIN 4045 [1.25] u. DIN 4049 T.2 [1.17]). Diese Definition ist allerdings nicht sehr erhellend, denn so gesehen findet fast überall in der Natur »Selbstreinigung« statt, selbst am Meeresstrand nach einem Tankerunfall mit hunderttausenden von toten Seevögeln.

15 Gesetz zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz – NatSchG), i.d.F. vom 29.03.1995, GBl BW, S. 385 ff., zuletzt geändert am 19.11.2002, GBl BW, S. 428; hier: Anhang 2.6 zu §24a, Abs.1

16 UN-Biodiversitätskonvention (www.biodiv.org), Folgekonferenzen der Vertragsstaaten vom 22.–26. 11. 2001 in Bonn und vom 8.–19.04.2002 in Den Haag

17 Eine sehr informative, leider nicht veröffentlichte Übersicht der Bodensee- und der internationalen Literatur über die limnologischen Verhältnisse der FWZ in Flußmündungsbereichen am Bodensee hat H.Güde, ISF 1998 im Rahmen des SFB 454 »Bodenseelitoral« (Teilprojekt D4) zusammengestellt.

18 Die Regionalpläne liegen zwischenzeitlich in einer fortgeschriebenen Version vor: RVHB (1996) und RVBO (1996).

19 Das Projekt wurde von der Bodensee-Stiftung, Konstanz koordiniert; www.ecolup.info

20 Der rechtliche Rahmen für die Beurteilung von Eingriffen und Schutzmaßnahmen am Ufer ist in zahlreichen Bundes- und Landes- bzw. Kantonsgesetzen geregelt. Für das baden-württembergische Ufer sind aktuell insbesondere folgende Bestimmungen und rechtsverbindliche Planungen relevant:

– planungsrechtlich: (i) das Landesplanungsgesetz BW (LplG) (Landesplanungsgesetz BW in der Fassung vom 8. April 1992, GBl. S. 229 ff., zuletzt geändert am 14. März 2001, GBl. S. 185, ber. S. 325 und 386; für das LplG liegt derzeit dem Landtag eine Neufassung zur Beschlussfassung vor, die – als Anpassung an entsprechende Regelungen auf EU-Ebene (Richtlinie 2001/42/EG vom 27.06.2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl L 197, S. 30–37) eine Reihe von konzeptionellen Neuerungen enthält (u. a. das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Raumentwicklung, Stärkung der regionalen Ebene, stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit), (ii) der Landesentwicklungsplan BW (LEP) vom 21.08.2002 (WM BW, 2002) und der Umweltplan BW vom 12.12.2000 (UVM BW, 2000), (iii) die Regionalpläne des RVHB und des RVBO von 1998 bzw. 1996, (iv) die beiden Bodenseeuferpläne von 1984, die in unveränderter Form bis heute Gültigkeit haben;

– wasserrechtlich (i) die EU-Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom

23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl vom 22. Dezember 2000, Nr. L 327 S. 1 ff.), die in der Gewässerschutzpraxis am Bodensee allerdings noch nicht deutlich sichtbar geworden ist, (ii) das novellierte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG) (Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 19.08.2002, BGBl I, S. 3245 ff.) und (iii) das Wassergesetz BW (Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG) i.d.F. vom 19.11.2002, GBl, S. 428 ff.);

– naturschutzrechtlich (i) die FFH/Natura 2000-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl Nr. L 206 vom 22/07/1992 S. 7–50), (ii) das novellierte Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) (Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege i.d.F. vom 15.03.2002, BGBl I, S. 1193 ff.), (iii) Naturschutzgesetz BW (NatSchG) (Gesetz zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft i.d.F. vom 11.11.2002, GBl S. 428 ff.), das in § 24a die »besonders geschützten Biotop« auch außerhalb der Naturschutzgebiete berücksichtigt, u. a. »naturnahe Uferbereiche und naturnahe Flachwasserbereiche des Bodensees«; der Abschn. 2.6 der Anlage zum § 24a legt fest, dass die »naturnahen« Bereiche (i) in den Abschnitten der Schutzzone I, und (ii) in den naturnahen und (iii) in den renaturierten Abschnitten der Schutzzone II bestehen. Die »Naturnähe« der Flachwasserzone ist u. a. dann gegeben, wenn die Flachwasserzone die Selbstreinigungsfunktionen weitgehend erfüllt;

– denkmalschutzrechtlich das Denkmalschutzgesetz BW (DSchG) (Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale vom 25.05.1971 [GBl 1971, S. 209 ff.], i.d.F.v. 6.12.1983 [GBl 1983, S. 797–803], zuletzt geändert am 16.03.2001 [GBl BW 2001, S. 191]);

weiterhin:

– die Bodensee-Schiffahrtsordnung (BSO) (Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr zur Einführung der Bodensee-Schiffahrts-Ordnung [EinfVO-BSO] vom 10.12.2002, einschl. der Anlagen A, B und C; www.uvm.baden-wuerttemberg.de/uvm/abt3/schiffahrt);

– die »Richtlinien zur Reinhaltung des Bodensees« der IGKB in der jeweils gültigen Fassung (IGKB, 1987b),

sowie eine Vielzahl weiterer Verordnungen und Erlasse, die spezielle Sachverhalte regeln (Übersicht beim Vorschiffdienst Baden-Württemberg GmbH, www.vd-bw.de; die Gesetze und Verordnungen der anderen Länder und der Kantone sind auf den Websites der Ministerien und Kantonsverwaltungen erhältlich).

21 Erlaß des Innenministeriums über die Bauleitplanung im Uferbereich des Bodensees, vom 26. Juli 1971, Nr. V 2123/14. – GABl 1971/36: 988–992.

- 22 Antwort des Wirtschaftsministeriums BW auf die Kl. Anfrage des Abg. A. Hoffmann vom 22.8.2003, Landtagsdrucksache 13/2369
- 23 hierbei wurden die »Wasser- und Zugvogelreservate von nationaler Bedeutung« in den Kantonen St. Gallen und Thurgau nicht berücksichtigt.
- 24 Mit dem europäischen Schutzgebietsystem »Natura 2000« haben sich die Staaten der Europäischen Union die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Europa zum Ziel gesetzt. 1992 beschlossen sie mit der FFH-Richtlinie den Aufbau eines Netzes von natürlichen und naturnahen Lebensräumen und von Vorkommen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Hierfür sind ausgewählte Lebensräume von europäischer Bedeutung aus verschiedenen geografischen Regionen miteinander zu verknüpfen. Sie bilden zusammen mit den Gebieten der 1979 erlassenen EU-Vogelschutzrichtlinie das europäische Schutzgebietsverbundsystem Natura 2000.
- 25 Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum, des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Umwelt und Verkehr BW zur Durchführung der §§ 19a bis 19f des Bundesnaturschutzgesetzes (VwV Natura 2000) vom 16.07.2001, GABl, S. 891 ff.
- 26 vgl. Anhang II der FFH-Richtlinie (RL 92/43/EWG); im einzelnen handelt es sich um das Bodensee-Vergißmeinnicht, *Myosotis rehsteineri*, den Kriechenden Sellerie, *Apium repens*, und die Groppe, *Cottus gobio*.
- 27 Erlaß des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr über Planung und Zulassung von Bootsanlegeplätzen am Bodensee vom 1. Juli 1975, Nr. V 7770/345, GABl, S. 104
- 28 Pfahlbauten: vorgeschichtliche Siedlungsanlagen, deren Gebäude, Wegverbindungen und Palisaden mit Hilfe von zahlreichen in die Uferbank eingetriebenen Pfählen errichtet waren und deren Reste sich im Seegrund erhalten haben (Schlichtherle, 2003).
- 29 Für die Wiederherstellung von naturnah anmutenden Bodensee-Uferzonen sind verschiedene Begrifflichkeiten gebräuchlich (Renaturalisierung, Renaturierung, Revitalisierung, Sanierung), wobei unklar bleibt, worin genau die Unterschiede bestehen.
- 30 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) i.d.F. vom 19.08.2002, BGBl. I, 2002, S. 3245 ff.
- 31 auch im Internet verfügbar unter <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt4/uferrenaturierung/>; vgl. auch www.gwd.baden-wuerttemberg.de/riedlingen
- 32 für 2000 bis 2002, nach mdl. Mitt. von W. Hochhardt, E. Klein, G. Kersting und W. Niederer
- 33 Einzelheiten regeln das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG, § 58, § 60) und die Naturschutzgesetze der Länder, in BW also das NatSchG in § 51.
- 34 Schreiben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten BW vom 24.5.1984, Az. 72–3450. Diese Regelungen wurden von den nachfolgenden Landesregierungen übernommen.
- 35 www.tourismus-untersee.de, www.bodenseeferien.de
- 36 VHG Mannheim Urteil vom 16.04.1980, Az. VII 907/79, und Urteil vom 11.11.1980, Az. 5S 1063/80
- 37 VG Freiburg i.Br., Urteil vom 09.04.1991, Az. 6K396/90
- 38 VGH Mannheim, Urteil vom 07.08.1989, Az. 5 S 999/89
- 39 VG Augsburg, Urteil vom 01.12.1998, Az. Au3K97-1342
- 40 z. B. www.landesgesundheitsamt.de und www.sozialministerium-bw.de
- 41 Einzelheiten: www.museum-unter-wasser.de
- 42 vgl. z. B. das vom Umweltbundesamt geförderte Projekt »Information und Anhörung der Öffentlichkeit bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie« bei der Bundeskontaktstelle »Wasser« der »Grünen Liga e.V.«, www.wrrl-info.de
- 43 Lokale Agenda 21 ist die Sammelbezeichnung für Aktionspläne für eine nachhaltige kommunale Entwicklung, hergeleitet aus dem Kap. 28 der »Agenda 21«, das vom Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro eingebracht und verabschiedet wurde.
- 44 Projektsteuerungsgruppe »Bodensee Agenda 21« der IBK, www.regio-bodensee.net/agenda
- 45 die aktuellen Ergebnisse der Schweizer Klimaforschung können bei ProClim, dem Klimaforum der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften, www.proclim.ch und www.climate-change.ch, sowie dem Beratungsgremium der Schweizer Bundesregierung OcCC, www.occc.ch eingesehen werden.
- 46 zur aktuellen Pegel- und Hochwassersituation am Bodensee vgl. <http://www.wetteronline.de/pegel>, <http://www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de> und <http://www.bodensee-hochwasser.info>
- 47 durch die Phosphathöchstmengenverordnung PhöchstMengV vom 4.6.1980, BGBl, Teil 1, 664–665.
- 48 Erlaß des Innenministeriums BW über die Bauleitplanung im Uferbereich des Bodensees vom 26.7.1971, GABl S. 988. Darin wurden u. a. festgelegt: Hoch- und Punkthäuser sowie Industrieansiedlungen sollen möglichst in seeabgewandten Teilen errichtet werden, der freie Ausblick zum See darf nicht nachteilig verändert werden, größere Wohnsiedlungen werden nur dann ausgewiesen, wenn ein nachweisbarer Bedarf besteht; aber auch: der Zugang zum Seeufer ist zu erhalten und zu erweitern.

49 Erlaß des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr über Planung und Zulassung von Bootsanlegeplätzen am Bodensee vom 1.7.1975, GABl. S. 104

50 Politik wird hier als Problemverarbeitungsprozess verstanden, in dem es darum geht, einen als unerwünscht angesehenen Zustand, der mit den momentan zur Verfügung stehenden Mit-

teln nicht verbessert werden kann, in einen gewünschten Zielstand umzuwandeln (vgl. PRITTWITZ 1994: 52).

51 Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik. ABl. vom 22. Dezember 2000, Nr. L 327 S. 1 ff.

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Theresia Bräunlein

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien

thbr@oeaw.ac.at

1971-1975: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

1975-1980: Leiterin

1980-1985: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1985-1990: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1990-1995: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1995-2000: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2000-2005: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2005-2010: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2010-2015: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2015-2020: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2020-2025: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2025-2030: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

1971-1975: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1975-1980: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1980-1985: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1985-1990: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1990-1995: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1995-2000: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2000-2005: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2005-2010: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2010-2015: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2015-2020: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2020-2025: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2025-2030: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

1971-1975: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1975-1980: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1980-1985: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1985-1990: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1990-1995: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1995-2000: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2000-2005: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2005-2010: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2010-2015: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2015-2020: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2020-2025: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2025-2030: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

1971-1975: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1975-1980: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1980-1985: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1985-1990: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1990-1995: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1995-2000: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2000-2005: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2005-2010: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2010-2015: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2015-2020: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2020-2025: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2025-2030: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

1971-1975: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1975-1980: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1980-1985: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1985-1990: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1990-1995: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1995-2000: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2000-2005: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2005-2010: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2010-2015: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2015-2020: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2020-2025: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2025-2030: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

1971-1975: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1975-1980: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1980-1985: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1985-1990: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1990-1995: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
1995-2000: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2000-2005: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2005-2010: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2010-2015: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2015-2020: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2020-2025: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien
2025-2030: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Wien

BUCHBESPRECHUNGEN

Rudolf Gamper, Thomas Hofmeier:

**Das Alchemiehandbuch des Appenzeller Wundarztes
Ulrich Ruosch.**

158 S. mit 40 teils farbigen Abb. Schwabe AG Basel 2002

Fr 48,- / € 33,50

In einem mittelalterlichen Handbuch der Alchemie, die als die höchste aller Wissenschaften gelten wollte, heißt es: »[...] Wieder andere verachten die Wissenschaft und meinen, sie existiere gar nicht. Solche Leute werden aber gerade so von der Wissenschaft verachtet und von den Ergebnissen unseres köstlichen Werkes ferngehalten.« (S. 85) Wer bislang nur mangels geeigneter Informationen von der Alchemie ferngehalten wurde und davon höchstens die gängigen Ausdrücke »Quadratur der Kreise« oder »Stein der Weisen« kannte, findet in der vorliegenden Publikation ein geeignetes Mittel, sich fachmännisch in die Geheimkunst einführen zu lassen, und zwar anhand eines sehr anschaulichen Buchbeispiels.

Im ersten Teil der hier vorgestellten Arbeit setzt sich Thomas Hofmeier, Spezialist für Geheimwissenschaften, mit den großteils farbig reproduzierten alchemischen Darstellungen und Texten der Handschrift Ulrich Ruoschs aus dem 17. Jahrhundert auseinander. Er bringt dem Leser Wesen und Geschichte der Alchemie näher und breitet dabei ein weites Spektrum kulturgeschichtlicher Kenntnisse aus. Hofmeier verhehlt nicht, dass sogar verdiente Alchemieforscher in alchemischen Texten ein »vollendetes Wahnsystem«, »blanken Unsinn« oder »albernes Gefasel« sahen. Diesen »vorschnellen Aburteilungen« stellt der Autor jedoch »die enormen Leistungen« entgegen, »die Alchemisten im Verlauf der fast zweitausendjährigen Überlieferung ihrer Wissenschaft erbracht haben. Immerhin hat sich das Gedankengut der Alchemie über etliche Sprachgrenzen – Griechisch, Arabisch, Lateinisch bis hin zu den europäischen Volkssprachen – und kulturelle Barrieren (Heidentum, Islam, Christentum; Ost und West) stetig weiterentwickelt.« (S. 138 f.)

Die publizierte alchemische Handschrift enthält auch etliche Rezepturen (S. 108–118), wovon die letzte einen Zauberbann gegen Feuer darstellt. Dieser leitet über zu den vielfältigen anderen

Tätigkeit Ulrich Ruoschs, dessen Lebensweg – soweit er in den Quellen noch fassbar ist – vom St. Galler Bibliothekar Rudolf Gamper nachgezeichnet wird. Wir erfahren dabei, dass Ruosch (1628–1696) aus einer angesehenen Appenzeller Familie stammte, den Beruf eines Wundarztes ausübte und, wie seine vielfältigen Kontakte zu Geistlichen zeigen, fest im katholischen Glauben verwurzelt war. Obwohl zu seiner Zeit viele Wundärzte mit alchemischen Medikamenten arbeiteten, wurde Ruosch damit weit über die Grenzen Appenzells hinaus bekannt.

Ähnlich gefragt dürfte er als Fachmann gegen Verhexungen gewesen sein. 1691 – im selben Jahr, als man in Appenzell-Außer rhoden den letzten Hexenprozess führte – wurde Ruosch von dort zu Hilfe gerufen, weil eine Frau Scherer durch zwei zauberische »Griffe« von einer Frau Kästlin so elend geworden sein soll, dass sie nicht mehr zu gehen vermochte. Der besonders engen Verbindung Ruoschs zu den Kapuzinern kommt auch unter diesem Aspekt einige Bedeutung zu, bildeten Mitglieder dieses Ordens doch vielerorts maßgebliche Förderer der Hexen- und Zauberverfolgungen. Ulrich Ruosch selbst unterstützte die Hexenjagd in seiner Heimat nachweislich dadurch, dass er entsprechende Nachrichten aus Einsiedeln übermittelte. Dort hatte eine angeblich vom bösen Geist besessene Frau eine andere Appenzellerin, gegen die bereits anderthalb Jahre zuvor ein Gerichtsverfahren geführt worden war, als Oberhexe bezichtigt, woraufhin man diese abermals obrigkeitlich belangte. Rudolf Gamper schreibt dazu: »Wie die meisten Zeitgenossen glaubte Ruosch an die Zauberkräfte der Hexen, aber auch an die Möglichkeit, mit geeigneten Mitteln diesen Zauberkraften beizukommen.« (S. 129) Dazu zählten im 17. Jahrhundert nicht nur magische Gegenmittel, sondern eben auch die Hexenprozesse.

Das Buch über Ruosch, seine Handschrift und seine Tätigkeit ist sehr ansprechend gestaltet. Im Anhang enthält es außer etlichen Quellenabschriften, einem Literatur- und Quellenverzeichnis auch Erklärungen alchemischer Zeichen sowie weiterführende Hinweise zu Fachbegriffen. Aufgewertet wird die Publikation zudem durch Indices der Namen und der Sachen.

Manfred Tschalkner

Raimund Hug-Biegelmann:

Friedrichshafen im Luftkrieg 1939–1945. Mit Beiträgen von Irma Traud Eve Burianek, Werner Dettmar, Josef Hammer und Werner Jauß (Schriftenreihe des Stadtarchivs Friedrichshafen, 4) 399 S., zahlreiche Illustrationen, vier beiliegende Pläne, Selbstverlag Friedrichshafen 2003 € 23,90

Keine Stadt im Bodenseeraum ist derart heftig durch die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen worden wie Friedrichshafen. Sechzig Jahre nach dem ersten Nachtangriff der Royal Air Force vom 20. auf den 21. Juni 1943 liegt nun eine wissenschaftliche Untersuchung vor, die detaillierte alle elf Bombardements bis Februar 1945 herausarbeitet. Die aufwendig auch in britischen und amerikanischen Archiven recherchierte Untersuchung macht deutlich, dass Friedrichshafen als das bedeutendste Rüstungszentrum am Bodensee in die strategischen Operationen der westlichen Alliierten fast zwangsläufig einbezogen werden musste. Mit den Dornier-Werken, der Luftschiffbau Zeppelin, der Maybach Motorenbau sowie der Zahnradfabrik Friedrichshafen verfügte die Stadt über wichtige Rüstungsbetriebe, die nicht nur für die Luftwaffe produzierten. Lapidar hieß es etwa im englischen Bomber's Baedeker: »Praktisch alle deutschen Panzermotoren sind von Maybach entworfen und die vorliegenden Hinweise lassen vermuten, daß mehr als 60 Prozent aller deutschen Panzermotoren die Friedrichshafener Werke durchlaufen.« (S. 126).

Seit Beginn des Krieges war eine umfangreiche Flakverteidigung einsatzbereit, seit 1943 wurde die Stadt zur »Flakfestung« ausgebaut, doch mit ausreichenden Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung wurde erst spät – zu spät – begonnen. Die Erfolge der Flak waren nicht so sehr die belegten Abschüsse. Vielmehr führte das dichte Sperrfeuer dazu, dass die alliierten Bomber aus großer Höhe (zwischen 6 000 bis 7 000 Metern) angreifen mussten. Trotz Radar war ein präzises Bombardement der Rüstungsbetriebe aus solchen Höhen nicht möglich. Wie nachzulesen sind die Bomber nie über die neutrale Schweiz eingeflogen – auch wenn eine zählbeige Legende dies glauben machen will. In Friedrichshafen ist vor allem der britische Nachtangriff vom 27. auf den 28. April 1944, der die Innenstadt total zerstörte, noch heute in leidvoller Erinnerung. Der NS-Begriff des Terrorangriffs grub sich tief in das kollektive Gedächtnis ein. Die Hauptwirkung des Angriffs war auf die von Brandbomben entfachten Großfeuer zurückzuführen. Über 100 Tote wurden gezählt, der gesamte Luftkrieg forderte in Friedrichshafen zwischen 500 und 700 Opfer. In den elf Luftangriffen verlor die Stadt mehr als die Hälfte ihrer Bebauung.

Angeichts dieser massiven Zerstörungen und der vielen Opfer ist die Frage nach Schuld und Verantwortung ein zentrales Problem. Raimund Hug-Biegelmann bescheinigt den deutschen Akteuren Größenwahn, Ignoranz und Hilflosigkeit. Den letzten amerikanischen Tagangriff vom Februar 1945 und die Tieffliegerangriffe in den letzten Kriegswochen weist er als moralisch frag-

würdiges sogenanntes Overbombing nach. Der Nachtangriff vom 28. April 1944 hatte hingegen nach seinen Forschungen nicht die Altstadt zum Ziel und kann daher nicht mit dem Angriff auf Dresden verglichen werden. Hug-Biegelmann schätzt die Zerstörung der Altstadt »am ehesten als ein der alliierten Kriegsführung nicht unwillkommenes Zusatzergebnis der Ausschaltung der Friedrichshafener Rüstungsproduktion« ein (S. 212). Es fällt tatsächlich auf, dass nur bei diesem Luftangriff fast ausschließlich Brandbomben abgeworfen worden sind.

Auch diese Publikation belegt, vielleicht mehr noch als manch' andere, dass jedes Buch sein Schicksal hat. Es ist weder aus einem Guß, noch wissenschaftlich aktuell: Der Forschungsstand ist von 1994, wie in der Vorbemerkung der Redaktion zu lesen.

Jürgen Klöckler

Gebhard Beck u. a.:

Goppertsweiler. Dorfchronik und Heimatbuch.

192 Seiten, zahlreiche Abb. Selbstverlag Goppertsweiler 2000

Zur Geschichte des östlichen Teils des Bodenseekreises, des ehemaligen Kreises Tettnang sind in jüngerer Zeit eine Reihe von Veröffentlichungen erschienen. Friedrichshafen, Tettnang und Oberteuringen haben umfangreiche Bände zur Stadt- bzw. Gemeindegeschichte herausgegeben. Örtliche Kulturorganisationen in Ailingen-Berg, Kressbronn, Langenargen und Meckenbeuren haben vielfältige Beiträge zur Ortsgeschichte in ihren Periodica publiziert.

Die noch stärker ländlich strukturierten Gebiete im Osten und Norden des Altkreises haben dagegen noch kaum neues historisches Interesse auf sich gezogen, wenn man einmal vom Sonderfall des Klosters Langnau absieht. Die Beschreibung des Oberamts Tettnang von 1915 bietet aber auch für die seither nicht mehr bearbeiteten Kreisteile immer noch eine solide Informationsgrundlage.

Umso erfreulicher ist es zunächst, dass Ende 2000 ein Band von 192 Seiten über Goppertsweiler im äußersten Osten des Kreises erschienen ist, der »Dorfchronik und Heimatbuch« sein will. Gebhard Beck zeichnet laut Titelblatt als Autor, laut Impressum als Herausgeber verantwortlich, zudem hat er den Band selbst verlegt. Wie erst aus den Autorengaben bei den einzelnen Texten ersichtlich haben den Herausgeber eine Reihe anderer Personen als Co-Autoren und Verfasser einzelner Beiträge unterstützt. An archivalischen Quellen wurden nur die Pfarrbücher und –akten im Diözesanarchiv benutzt, selbst die kommunalen Quellen im Gemeindearchiv Neukirch wurden nicht herangezogen. Im Literaturverzeichnis werden alle relevanten Publikationen aufgeführt, vor allem auf die beiden Oberamtsbeschreibungen von 1838 und 1915 wird immer wieder verwiesen.

Ein Vorwort oder eine Einleitung fehlt, so dass der Leser über seine möglichen Erwartungen an das Buch im Unklaren gelassen wird. Der Untertitel »Dorfchronik und Heimatbuch« ist auch nicht unbedingt hilfreich. Der Leser kann mehr erwarten als das erste Wort verheißt, denn das behandelte Gebiet umfasst die Pfarrgemeinde Goppertsweiler. Eine Chronik bietet nur die Zeittafel auf den letzten Seiten. Die Bezeichnung »Heimatbuch« verspricht eine Lokalgeschichte, die die wesentlichen historischen Entwicklungen und Fakten inhaltlich zuverlässig in populärer Form wiedergibt und durch die Vermittlung der Kenntnis der Vergangenheit das Heimatgefühl der Bewohner des beschriebenen Gebiets in der Gegenwart stärkt.

Gut lesbar geschrieben sind die meisten Teile des Buches. Inhaltlich hat das Buch drei Schwerpunkte: Geschichte der Pfarrei und Kirche auf 51 Seiten, das Vereinsleben mit 21 Seiten und die »Handwerksbetriebe« (besser: Gewerbe und Dienstleistungen) mit 30 Seiten. Zwischen Pfarrgeschichte und Vereinsleben werden Schule und Gasthäuser, zwischen Vereinen und Gewerbe die Teilorte (nicht im Inhaltsverzeichnis), Familien und Häusernamen, die Gemeinde, Adelsgeschlechter, die Landwirtschaft und Wasserversorgung, am Schluss noch die Pläne für die Anlage von Stauseen zur Stromgewinnung im Argental behandelt. Aus dieser Aufzählung lässt sich schon ersehen, dass der Band thematisch wenig befriedigend gegliedert ist. Das setzt sich bis in einzelne Themenbereiche fort. So werden Architektur und Ausstattung der Kirche zweimal beschrieben, getrennt durch einen langen Bericht über das Passionsspiel 1900. Beim Gewerbe folgen manchmal wenigen Sätzen über die betreffenden Betriebe lange Ausführungen über die Produktionstechnik. Die Thematik wird eingeleitet durch einen Text über Zünfte, obwohl das Handwerk in Goppertsweiler nie zünftisch gebunden war. Doch bietet dieses Kapitel mit die interessantesten Passagen des ganzen Buches mit den Selbstdarstellungen einzelner Gewerbetreibender über die Entwicklung ihrer Betriebe.

Zwei für die Geschichte eines ländlichen Gebiets zentrale Themenfelder werden völlig ungenügend abgehandelt. Die ganze Geschichte der Landwirtschaft als Lebensgrundlage der Pfarrangehörigen vor dem 20. Jahrhundert wird weitgehend ausgeblendet. Das entsprechende Kapitel beschränkt sich auf sechs Seiten im wesentlichen auf die Verhältnisse des 20. Jahrhunderts mit dem Schwerpunkt auf dem Hopfenbau. Die feudalen Strukturen werden nicht im Zusammenhang dargestellt, die der Oberamtsbeschreibung entnommenen Einzelnachrichten in den Artikeln über die Außenorte müssen für den Leser unverständlich bleiben. Im kurzen Text über das »Café Argental« in Blumegg wird der Leser zu seiner Überraschung informiert, dass »beinahe das ganze jetzige Dorf (Goppertsweiler) durch mehrfache Aufteilung von drei bis vier stattlichen Bauernhöfen ...entstanden ist« (S. 77). Die Darstellung eben dieser Entwicklung hätte man in einem Heimatbuch erwartet.

Völlig verwirren die Autoren die Leser bei der Schilderung der Herrschaftsverhältnisse vor dem 19. Jahrhundert. Grund- und Gerichtsherrschaft werden nicht unterschieden, von Leihherrschaft ist nicht die Rede, Zehntherrschaft und Patronat werden nicht erklärt. Auf der Seite 16 oben gehört Goppertsweiler bis 1805 zur Herrschaft Schomburg, unten auf dieser Seite ist der Ort »1355–1803 klosterweingartisch«, nach S. 118 gehört es zum montfortischen Amt Neukirch, was richtig ist. Anhand der Oberamtsbeschreibung hätte sich der Sachverhalt leicht klären lassen. Auf weitere schiefe Darstellungen und Unrichtigkeiten soll hier nicht eingegangen werden.

Manch Erinnerungswertes können die Goppertsweiler in diesem Heimatbuch nachlesen. Zur Bildung von Geschichtsbewusstsein und –verständnis kann das Buch kaum beitragen. Damit soll nichtprofessionellen Geschichtsschreibern nicht der Mut genommen werden. Aber die Bereitschaft, sich fachlich beraten zu lassen, sei dringend empfohlen, damit die aufgewandte Mühe auch ihre verdienten Früchte trägt. Zu diesem Rat gibt auch das ein Jahr später erschienene Buch:

ALOIS HERTNAGEL:

Chronik St. Dionysius Hiltensweiler. Kirchen- und Heimatgeschichte Hiltensweiler/Langnau.

138 Seiten, viele Abbildungen. Kirchengemeinde St. Dionysius. Hiltensweiler o. J. (2001)

Anlass, das in »ungezählten Stunden über zwei Jahre hinweg« (S. 1) entstanden ist. Über die Nachkriegszeit weiß der Autor mitzuteilen, dass »der damalige erste Reichspräsident Konrad Adenauer« das »Vaterland, das damalige Armenhaus Europas« durch einen Appell an die Siegermächte vor dem Hungertod rettete (S. 138).

Elmar Kuhn

Matthias Haerberlin:

Die Bodenseeregion im Zweiten Weltkrieg. Bedrohtes Schweizer Grenzgebiet (Studien zur Zeitgeschichte Bd. 4)

216 Seiten. Verlag Huber, Frauenfeld 2002 sFr 48.– / € 31,90

Die Bedrohung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat Forschung und Publizistik immer wieder beschäftigt. Subjektives Bedrohungsgefühl im Frühjahr 1940 und objektive Bedrohung im Herbst 1940, vorhandene und vermutete Angriffspläne und deren realer Stellenwert im deutschen Machtkalkül driften auseinander. Der Verfasser untersucht, auf die Bodenseeregion bezogen, die Verteidigungssituation der Schweiz sowie Truppenstärke und Angriffspläne auf der deutschen Seite. Er kann nachweisen, dass auf deutscher Seite außer der verstärkten Wasserschutzpolizei von Sommer 1941 bis Frühjahr 1943 am Obersee eine Pionier-Landungskompanie und ein Pionier-Lehrbataillon mit hochseetauglichen Landungsfähren stationiert war. Außerdem war von Ende 1942 bis Frühjahr 1943 mit 1000 Mann und 44 Booten eine Küstenjä-

ger-Abteilung und Nachrichten-Abteilung der Division Brandenburg hier eingesetzt, einer Spezialeinheit für taktischen Kleinkrieg und gezielte Kampfeinsätze, die dem Amt Abwehr Ausland von Admiral Canaris im Oberkommando der Wehrmacht unterstellt war. Diese teilweise fronterfahrenen Einheiten kamen von der Ostsee und gingen danach auf die Krim. Außerdem produzierte die Bodan-Werft Kressbronn in diesem Zeitraum selber Landungsboote. Dennoch lässt sich über Ausbildungszwecke hinaus kein Bezug zu irgendwelchen deutschen Angriffsplänen erkennen. Die deutschen Pläne von 1940 gingen von einem Angriff von Westen oder Nordwesten gegen die Schweiz aus und bezogen den Bodensee nicht weiter ein.

Auf Schweizer Seite wurde der Grenzschutz vor und bei Beginn des Krieges zunächst sehr ernst genommen. Der schon vor dem Krieg um Kreuzlingen errichtete Bunkerring wurde bei Kriegsbeginn weiter ausgebaut. Seine Geschütze waren nicht nur auf Konstanz, sondern auch auf einen nach Kreuzlingen eingedrungenen Feind gerichtet. Da das übrige Bodenseeufer nicht befestigt wurde, bestand aber die Gefahr einer Umgehung dieser Anlage. Mit der Festlegung auf die Reduit-Strategie ab 1940 wurde die Zivilbevölkerung der Grenzregion praktisch sich selbst überlassen, da auch die schwach gerüsteten Grenzbrigaden nur die Funktion einer Verzögerung eines deutschen Vormarsches haben konnten.

Zur Frage, wie die Bedrohung wahrgenommen wurde, hätte der Verfasser im Schweizer Bundesarchiv die regelmäßigen geheimen Bulletins des Nachrichtendienstes der Schweizer Armee einsehen können, die stets Informationen über die Lage im deutschern Bodenseegebiet enthalten. Er kennt weder die Literatur zur Grenze im Obersee noch zur Mainau noch zur französischen Besetzung. Flüchtlinge aus Deutschland tauchen hier erst im April 1945 auf und heißen dann beispielsweise Robert Wagner. Bei den Kontakten der Schweizer mit der französischen Armee werden die Schweizer Militärmissionen bei der Armée de Lattres im Frühjahr und Sommer 1945 nicht behandelt. Die Schweizer Armee verhandelte 1945 mit den Franzosen nicht nur über eine deutsche Landungsfähre in Romanshorn, sondern sie schickte im Sommer 1945 eine Delegation nach Süddeutschland, um von den Franzosen deutsche Waffen einzukaufen.

Das Thema hätte auch die Gelegenheit geboten, von Schweizer Seite einmal den Mythos »Otto Raggenbass« kritisch anzugehen. Der Kreuzlinger Bezirksstatthalter beschreibt, abgesehen von Konstanz/Kreuzlingen, wo er sich zum großen Helden macht, in seinem Buch nur Ereignisse, die er nicht selbst erlebt hat, und verschweigt systematisch seine Beteiligung an der rigorosen Flüchtlingspolitik des Thurgaus. Dass ein solches Werk die Quellenbasis für ganze Kapitel einer Dissertation liefern darf, unterstreicht den dürftigen Ertrag des anzuzeigenden Buches. Dabei ist Bibliographieren im elektronischen Zeitalter doch eher leichter geworden.

Arnulf Moser

Kartause Ittingen – von einst zu jetzt.

Herausgegeben vom Amt für Denkmalpflege des Kantons Thurgau [Schriftleitung und Redaktion: Beatrice Sendner-Rieger] (Denkmalpflege im Thurgau 3)

212 S. zahlr., meist farbige Abb. Verlag Huber, Frauenfeld, Stuttgart, Wien 2002 sFr 68.–

Die ehemalige Kartause Ittingen, eines der bedeutendsten Kulturdenkmäler des Thurgaus, steht im Mittelpunkt des dritten Jahrgangs der »Denkmalpflege im Thurgau«. Aus baugeschichtlicher und denkmalpflegerischer Sicht wird ihre Entwicklung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart nachgezeichnet. Die Kartause Ittingen einst – das war zunächst eine monastische Einrichtung, die 1151 ins Leben gerufen worden war. Die Stifter, die Herren von Ittingen, stellten dazu ihre wohl bald nach 1079 angelegte kleine Burg zur Verfügung. Ursprünglich beherbergte das Kloster Augustiner, bis es 1461 von Kartäusern übernommen wurde. Fast 400 Jahre – bis zur Säkularisation 1848 – lebten sie in Ittingen. 1867 ging das Anwesen in den Besitz der Familie Fehr über, deren erster Vertreter die Anlage »als historistischen Herrensitz und Musterlandwirtschaftsbetrieb in Landjunkermanier« nutzte (S. 148). Nach drei Generationen war sie nicht mehr in der Lage, das Anwesen zu unterhalten. Um es vor dem Verfall zu retten, ging es 1977 an die »Stiftung Kartause Ittingen« über, die unter Beteiligung von Bund, Kanton und einem vermögenden Privatmann gegründet worden war. Damit war ein entscheidender Schritt vom Einst zum Jetzt getan. Die Kartause Ittingen jetzt – das ist ein aufwändig restauriertes Baudenkmal, das seit Juni 1983 verschiedenen Zwecken dient. Betrieben werden hier ein Schulungs- und Tagungszentrum, ein Guts- und Gastwirtschaftsbetrieb. Die Anlage beherbergt weiterhin Heim und Werkstätten für psychisch und geistig behinderte Menschen, eine evangelische Bildungs- und Begegnungsstätte und schließlich zwei Museen, des weiteren werden hier Ausstellungen gezeigt und Konzerte gegeben. Diese auf den ersten Blick sehr heterogene Nutzung steht jedoch in der klösterlichen Tradition, denn die Kartause erfüllte ähnlich mannigfache Aufgaben unter einem Dach. Die heutige Verwendung ist daher dem Baubestand gegenüber »wesensgerecht« bzw. »wesensnah« – und darin liegt wohl das Geheimnis der besonderen Atmosphäre Ittingens, die eine enge, fast nahtlose Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart spüren lässt. Der Rezensent hat sich ihr wie viele andere Besucher nicht entziehen können.

Dass die Kartause solch stimmigen Nutzungen zugeführt wurde, war ein Teil des Restaurierungskonzepts, dem sich die Stiftung verschrieben hatte. Mit »Erhalten und Beleben« fasst es Hermann Bürgi, der Präsident des Stiftungsrates in seiner Einleitung zu der vorliegenden Publikation zusammen (S. 11). Das Amt für Denkmalpflege des Kantons Thurgau hat sie anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Stiftung herausgebracht. Sie soll »an die lange Geschichte der Rettung der Kartause Ittingen ... erinnern«, so die Leiterin des Amtes, Beatrice Sendner-Rieger in ih-

rem Vorwort, denn angesichts einer funktionierenden Kultur-, Bildungs- und Begegnungsstätte schwinde das Wissen, »wie weit der Weg war, welche Krisen die Kartause durchleiden musste, welchen Gefährdungen der Bestand ausgesetzt war« (S. 9).

Den langen, oftmals schwierigen Weg vom Einst zum Jetzt zeichnet Jürg Ganz nach (S. 15–159), bis 1998 Chef des Amtes für Denkmalpflege des Kantons Thurgau und als solcher an der Restaurierung beteiligt. Zunächst beschreibt er deren lange Vorlaufzeit, deren erste Ansätze bis 1945 zurückreichen und die von schwierigen Verhandlungen um Träger, Nutzung und Finanzierung geprägt waren. Nach einem kurzen Rückblick auf die Unterhaltung der Bauten vor der Stiftsgründung berichtet er ausführlich und praxisnah über die grundlegenden Maßnahmen, die von der Stiftung in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von sechs Jahren zwischen 1977 und 1983 durchgeführt wurden. Ganz gelingt es, dem Leser auf anschauliche Weise nahe zu bringen, wie komplex der Umgang mit historischen Bauten sein kann und welche Probleme die Denkmalpflege zu lösen hat. Seine zum Teil spannenden Ausführungen lassen etwas von dem »feu sacré« spüren, das alle Beteiligten ergriffen hatte (S. 33) und ohne das diese Mammutaufgabe wohl nicht hätte bewältigt werden können. Die Kräfte der kantonalen Denkmalpflege waren auf das Äußerste angespannt, sie reichten nicht aus, um das Baugeschehen ständig zu begleiten. Dennoch zieht Ganz eine positive Bilanz und stellt die bei der Restaurierung gewonnenen bauhistorischen Erkenntnisse detailliert vor. Dabei kann er sich auch auf die aufschlussreichen Schriften des Ittinger Procurators Joseph Wech (1702–1761) über die Bauten der Kartause und deren Unterhaltung stützen. Ganz' Aufsatz ist mit Abbildungen, darunter bisher unpublizierte Fotos aus den Jahren 1880 bis 2002, üppig ausgestattet.

Dies gilt auch für die beiden kleineren Ergänzungen von Hansjörg Brem (S. 160–175) und Hans Peter Mathis (S. 176–181). Mathis stellt Stuckdecken vor, auf die man während der Restaurierung im ehemaligen 1728 bis 1736 erbauten Gästetrakt des Klosters stieß, die man aber aus statischen wie denkmalpflegerischen Gründen nur zu einem kleinen Teil sichtbar machen konnte. Brem beschreibt die Kartause aus archäologischer Sicht. Der Adjunkt des kantonalen Amtes für Archäologie, der in Sanierungsphase offenbar noch nicht bei dieser Behörde beschäftigt gewesen war, beginnt seinen Beitrag (S. 161–175) zunächst mit der erstaunlichen Feststellung, dass die Kartause mit den Methoden seines Faches nur wenig erforscht sei. Brem führt dies auf verschiedene Faktoren während der Sanierung zurück: auf das Restaurierungskonzept, das archäologische Untersuchungen nur an defekten Stellen zuließ, auf den Zeitdruck und schließlich auf nicht präzise abgesteckte Kompetenzen zwischen Denkmalpflege, Archäologie und historischem Museum. Es verwundert daher nicht, dass sein Bericht nüchterner ausfällt als der Beitrag von Ganz. Deutlich wird dies etwa im Hinblick auf Ganz' Vermutung,

in der Westecke des Südflügels steckten die Reste der Turmburg der Herren von Ittingen. Brem ist hier wesentlich zurückhaltender.

Georg Mörsch, Vorsteher des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich, arbeitet schließlich die nationale Bedeutung der Kartausensanierung heraus (S. 182–184). Er bezeichnet Ittingen als einen »Meilenstein der schweizerischen Denkmalpflege« denn es war eines der ersten Großprojekte, das sie zu bewältigen hatte.

Der zweite Teil des vorliegenden Bandes der »Denkmalpflege im Thurgau« stellt »Kleinprojekte« der kantonalen Denkmalpflege vor, die 2001 abgeschlossen wurden (S. 190–211). Es handelt sich um insgesamt zehn Objekte in Basadingen (paritätische Kirche St. Martin, eingeweiht 1845), Berg (herrschaftliches Haus Andhausen, 1833), Bischofszell (Villa Sandbänkli 5, 1900), Frauenfeld (Villa »Rotes Haus«, 1906), Horn (Gewächshaus des Schlosses mit Wandmalereien von Theo Glinz, um 1930), Hüttwilen (Nonnengruft des ehemaligen Zisterzienserinnenklosters Kalchrain, 1703/1723), Steckborn (»Altes Schulhaus«, 1633; am See gelegenes Hinterhaus des Hauses »Zur Tanne«, 1566), Stettfurt (ehemaliges Mesmerhaus, 1793) und Wagenhausen (herrschaftliches Haus »zum Wasen«, 1733). Damit stellt der vorliegende Band der »Denkmalpflege im Thurgau« nicht nur das »Highlight« der kantonalen Denkmalpflege vor, sondern bietet auch einen guten Einblick in ihre alltägliche Arbeit.

Heiner Stauder

Sankt-Galler Geschichte 2003.

Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Kommission der Sankt-Galler Kantongeschichte.

9 Bde, 2291 Seiten, circa 2000 Abb., Staatsarchiv St. Gallen St. Gallen 2003 sFr. 180.– / € 114.–

Rechtzeitig zu seinem 200jährigen Bestehen erschien im Oktober 2003 die neue Sankt-Galler Kantongeschichte. Die von der Regierung beauftragte Wissenschaftliche Kommission hatte sich dabei verschiedenen Herausforderungen zu stellen. So galt es, den Forschungsgegenständen wie Wirtschaft, soziale Fragen, Klima, Siedlung, Recht, Mentalität und Alltag Rechnung zu tragen, die seit dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich zum politischen Verlauf von der Geschichtswissenschaft ins Visier genommen, in bisherigen Darstellungen aber noch nicht gebührend berücksichtigt worden sind. Zudem ist der heutige Kanton St. Gallen erst 1803 zu einem einheitlichen politischen Territorium geworden. Auf dem heutigen Kantonsgebiet lagen in der Frühen Neuzeit zwölf Herrschaften mit unterschiedlichen Rechtsverhältnissen. Viele dieser Einheiten pflegten untereinander bis zur Kantonsgründung kaum politische und kulturelle Beziehungen. Die Verschiedenheit dieser Regionen prägte auch in den vergangenen zweihundert Jahren immer wieder die politische und kulturelle Situation des Kantons.

Die Quellenlage gestaltet sich in den einzelnen Gebieten sehr unterschiedlich. Damit gehen Verschiedenheiten im Stand der Forschung einher. Auf diesem Hintergrund fasste die Wissenschaftliche Kommission das Ziel, die Geschichte, die sich auf dem Territorium des heutigen Kantons abgespielt hatte, von der Frühzeit bis in die Gegenwart nachzuzeichnen. Die Darstellung sollte dem facettenreichen Werdegang Rechnung tragen, möglichst viele Sichtweisen bzw. Forschungsrichtungen sowie alle Regionen angemessen berücksichtigen und nach wissenschaftlichen Kriterien erarbeitet werden. Ausgangspunkt bildet der aktuelle Wissensstand.

Die neue St.Galler Kantonsgeschichte besteht aus neun Bänden mit je 200 bis 300 Seiten Umfang. Die ersten zwei Bände rapportieren von der Frühzeit bis zum ausgehenden Mittelalter, der dritte und vierte Band umfassen die Zeit von der Reformation bis 1798, die Bände fünf bis acht beinhalten die Zeit von der Helvetischen Revolution bis zur Gegenwart. Der neunte Band enthält das Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Glossar sowie die Anmerkungen. Inhaltlich präsentiert sich das Werk in vier Blöcken: Ur- und Frühgeschichte, Mittelalter, Frühe Neuzeit sowie 19. und 20. Jahrhundert. Vier spezialisierte Historiker stellen jede Epoche in einem umfassenden Überblick vor. Sie erfüllen damit die Aufgabe, die Quellenlage und den gegenwärtigen Stand der Forschung zu präsentieren. Sie stimmen darin auch die Geschichtsstränge der einzelnen Regionen aufeinander ab und setzen sie zum gesamtschweizerischen bzw. europäischen Verlauf in Beziehung. Diesen Überblicken, die sich auf acht Bände verteilen, sind insgesamt 51 kleinere Beiträge zugeordnet, die sachlich oder regional eingegrenzte Themen behandeln. Die Einblicke vertiefen, verdeutlichen und ergänzen bestimmte Aspekte des jeweiligen Überblicks. Es wird auch näher auf Themenbereiche und Gebiete eingegangen, die sich gegenwärtig in der Gesellschaft einer grösseren Relevanz erfreuen, die eine eigene Bedeutung haben oder deren bisherige Erforschung besonders intensiv betrieben worden ist.

Das Layout ist so gestaltet, dass sich der Leser über verschiedene Ebenen mit grösserem oder kleinerem Aufwand informieren kann. Der ausführliche Haupttext als differenzierte Darstellung erstreckt sich über mehrere Seiten. In oder über die Spalten sind Bilder, grafische Darstellungen oder Karten eingefügt, die entweder direkt auf den Text Bezug nehmen oder allgemein Lebensverhältnisse der jeweiligen Zeit veranschaulichen. Der Lauftext wird immer wieder von separatem Text in Seitenspalten unterbrochen, die in kurzen Zügen einen Fund oder eine Quelle vorstellen. Sie können einerseits separat gelesen werden, untermauern oder resümieren aber andererseits die Aussagen des Haupttextes. Das gelungene Zusammenspiel dieser Informationsstränge zeugt von der grossen Erfahrung des Projektleiters Silvio Bucher und dem guten ästhetischen Sinn des Typografen. Die neue St.Galler Kantonsgeschichte wird damit zur vielseitigen Informationsquelle.

Der Fachhistoriker mag auf den ersten Blick bedauern, dass die Anmerkungen nicht den unteren Seitenrand säumen, sondern im neunten Band etwas umständlich nachgeschlagen werden müssen. Wenn aber in die facettenreiche Seitengestaltung noch eine weitere Informationsebene eingefügt würde, würde das Layout zur Bleiwüste verkommen.

Die für einen Abschnitt verantwortlichen Historiker leiten ihre Epoche mit einem Überblick über ihre spezifischen Methoden und die Forschungsgeschichte ein. Sie schlagen auch eine Brücke zur Aktualität, indem sie auf die Präsenz der Periode und ihrer Quellen in der Gegenwart hinweisen. Sie verdeutlichen damit, dass historische Grundkenntnisse der jeweiligen Zeit zum Allgemeinwissen und zum Selbstverständnis eines Bewohners des Kantons gehören.

Regula Steinhauser, Abschnittsverantwortliche für Ur- und Frühgeschichte, geht auf das archäologische Vorgehen vom ersten Augenschein über die systematische Grabung bis zur Inventarisierung ein und erläutert die rechtlichen Verhältnisse an Fundgegenständen anhand der geltenden Gesetze. Steinhauser datiert in einem ersten Schritt die ur- und frühgeschichtlichen Funde im Kanton und datiert sie, indem sie diese zu anderen Funden auch aus dem nahen Ausland in Beziehung setzt. In einem zweiten Schritt zieht sie mit diesen archäologischen Quellen auf dem Hintergrund klimatischer Veränderungen Rückschlüsse auf die Sozialstrukturen und Lebensweisen. Die Bewohner des späteren Kantons unterhielten zeitweise ausgedehnte Handelsbeziehungen, gehörten aber nie Hochkulturen an. Steinhausers Beitrag fällt entsprechend nüchtern aus, präsentiert sich aber in einer konsequent durchdachten Gliederung und zeugt von ausgewiesener Sachkompetenz. Eigentlich gehört das Frühmittelalter auch noch in den Bereich der Frühgeschichte. Die Präsentation dieser Funde überlässt Steinhauser aber den beiden Verantwortlichen des folgenden Abschnitts, Willi Schoch und Alfred Zangger. Die Einleitung knüpft an die verbreitete Vorstellung vom »dunklen Mittelalter«, die sich selbst in Gelehrtenkreisen zum Topos für jede Missachtung zivilisatorischer Errungenschaften etablieren konnte. Zangger stellt dem das Mittelalter als Zeit der Um- und Aufbrüche entgegen. In diesem Abschnitt zeigt sich am deutlichsten, dass der Kanton St.Gallen keine historische Region bildet, sondern sich in einen nördlichen, alamannisch und in einen südlichen, churrätisch, romanischen Raum aufteilt. Es gelingt den beiden Historikern, den Werdegang der beiden Kulturräume mit ihren unterschiedlichen Rechtstraditionen nebeneinander darzustellen. Die Quellen des Gallusklosters werden intensiv ausgewertet, allerdings im Hinblick auf weitreichende Sozialstrukturen und ohne der Klosterkultur ein Übergewicht zu verleihen. Schoch stellt kurz und in klaren Zügen die grundherrschaftlichen Verhältnisse sowie die einzelnen gesellschaftlichen Stände dar. Den überkommenen Bildern von einer statischen Ordnung stellt er anhand einer genaueren Beschreibung von

Ämtern und Ständen, die manche Unschärfen aufweisen, eine dynamische Verfassung entgegen, die im ständigen Bemühen um einen neuen Ausgleich der Machtverhältnisse modifiziert wurde.

Max Baumann, Abschnittsverantwortlicher der Frühen Neuzeit, sieht in der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Ansprüche geistlicher und weltlicher Herrschaften den Ausgangspunkt für die Reformation. Ein verstärktes Hinterfragen überlieferter Verhältnisse und ein merkliches Anheben des Bildungsstandes setzten schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ein. Die Bewegung blieb aber nach der blutigen Niederschlagung des Bauernaufstandes in Deutschland auf kirchliche Bereiche beschränkt. Grosskaufleute in St.Gallen standen der Reformation verhaltener gegenüber als Handwerker. Bürger der Landstädte zeigten sich kritischer als Bauern in den Dörfern. Der Weltklerus neigte eher dem neuen Glauben zu, während in den Klöstern die Treue gegenüber dem Althergebrachten dominierte. Dass die Reformation im heutigen Kanton St.Gallen nicht durchgreifenden Erfolg hatte, führt Baumann auf das aggressive Betreiben Zürichs zurück, das mit politischen Expansionsbestrebungen verbunden war.

Der für das 19. und 20. Jahrhundert zuständige Max Lemmenmeier sieht ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der industriellen Revolution von der alten Ordnung in der Vorstellung, dass der wirtschaftliche Prozess eigenen Gesetzen und dem freien Wettbewerb und nicht staatlicher Lenkung folgen solle. Der damit verbundene Liberalismus zerstörte wohl die alte Ständeordnung, schuf aber neue Klassen, die von wirtschaftlichen Kriterien bestimmt wurden und das Gesellschaftsbild in weiten Räumen der beiden Jahrhunderte prägten. Die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Vorrechte zerbröckelten nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der Demokratisierung von Konsum und Bildung.

Als Ausgangspunkt des siebten Bandes nimmt Lemmenmeier die vor allem in der Ostschweiz grassierende Wirtschaftskrise, auf deren Hintergrund die sinkenden Geburtenraten Ängste vor Überalterung und Überfremdung auslösten. Als Gegenzug wurden kinderreiche Familien propagiert und neue Sozialleistungen gefordert. Lemmenmeier zeigt, dass parallel zu solchen Bemühungen rassenhygienische und eugenische Ideologien keimten. Es galt auch in St.Gallen als salonfähig, die Gesellschaft in leibensstüchtige Glieder, die sich vermehren sollten, und Minderwertige, deren Zwangssterilisierung sich legitimieren liess, zu unterteilen. Die Absicht, der physischen und psychischen Degeneration der Rasse entgegenzuarbeiten, schlug sich in der Aktion nieder, fahrenden Familien die Kinder wegzunehmen, um das unschweizerische Vagantentum auszurotten.

Zum Abschluss, nach den verschiedenen Einblicksbeiträgen fasst jeder Abschnittsverantwortliche den Forschungsverlauf zusammen und präsentiert die Literatur, der gegenwärtig Standard-

wert zukommt oder in letzter Zeit wesentliche neue Erkenntnisse erbracht hat.

Mit der neuen St.Galler Kantonsgeschichte ist es gelungen, ein bibliophiles Werk vorzulegen, das den Anforderungen eines Hand- sowie eines Lesebuches gerecht wird und sowohl den interessierten Laien verständliche als auch den Fachleuten neue Erkenntnisse vermitteln kann.

Paul Oberholzer

Kreuzlingen. Kinder, Konsum und Karrieren. 1874–2000.
Herausgegeben von Michael Bürgi, Monica Rüthers und Astrid Wütherich.

315 Seiten, zahlr. Abb. Wolfau Druck Weinfelden 2001
sFr 59,- / € 35,28

Konstanz' Schweizer Nachbarin Kreuzlingen trägt zwar einen alten Namen – er geht auf ein 1125 gegründetes und 1848 säkularisiertes Augustinerstift zurück – ist aber als städtisches Gebilde eine recht junge Erscheinung. Aus dem Zusammenschluss der Dörfer Egelshofen, Kurzickenbach und Emmishofen 1927/28 entstanden, wurde sie erst 1947 mit der Registrierung der zehntausendsten Einwohnerin statistisch zur Stadt. Deren 50. Geburtstag im Jahr 1997 nahm der Stadtrat auf Initiative des Stadtmanns und Historikers Josef Bieri zum Anlass, die vorliegende Stadtgeschichte in Auftrag zu geben. Unter Leitung eines dreiköpfigen Herausgeberteams haben an ihr insgesamt zwölf Autorinnen und Autoren mitgewirkt. Bei den meisten handelt es sich um Nachwuchswissenschaftler, von denen mindestens die Hälfte bei Erscheinen des Werkes nicht älter als 30 Jahre alt war. Junge Leute zeichnen somit die Geschichte einer jungen Stadt nach. Dies sowie die Zusammenarbeit mit der Universität Konstanz soll die Offenheit und Modernität Kreuzlingens zum Ausdruck bringen, eine Botschaft, die auch der Einband des Buches vermitteln will. Er zeigt weder alte Ansichten noch entspricht er einer sonst von Ortschroniken bekannte Gestaltung, sondern präsentiert eine Sequenz aus dem Videoprojekt »Eine Stunde Lebenszeit«, das zwei junge Kreuzlinger Künstler im Jahr 2000 in Kreuzlingen durchgeführt haben. Das mag ebenso einmalig sein, wie die Kombination bestimmter Faktoren, die den Werdegang Kreuzlingens präg(t)en. Zu nennen sind hier vor allem die Genese aus drei Dörfern, die Lage an einer Staatsgrenze, die Nachbarschaft zu Konstanz und die Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft und zum Thurgau. Ihnen bzw. ihrer wechselnden Bedeutung wird daher in allen fünf Zeitabschnitten nachgegangen, in die das Buch untergliedert ist.

Der erste erstreckt sich auf die vier Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg und auf die Jahre des Krieges selbst, auf einen Zeitraum also, der deutlich vor der offiziellen Stadterhebung liegt. Er beginnt 1874, denn seit diesem Jahr nannte sich die Gemeinde Egelshofen nach ihrem Ortsteil Kreuzlingen und löste Gottlieben

als Bezirkshauptort ab. Der zweite Abschnitt behandelt die Zwischenkriegszeit (1918–1939), der dritte die Zeit des Zweiten Weltkrieges und die Nachkriegsjahre (1939–1949), der vierte die Phase ungebremsen Wirtschaftswachstums, als Kreuzlingen zur »City« wurde (1949–1973), und schließlich der fünfte die folgenden knapp drei Dezennien bis zur Gegenwart, in denen die Industrie erheblich an Bedeutung verlor und sich Kreuzlingen mehr und mehr in die Rolle einer modernen Agglomerationsgemeinde, als Teil der Doppelstadt Konstanz-Kreuzlingen sieht. Im Mittelpunkt dieser fünf Kapitel stehen weniger Politik, Verfassung und Wirtschaft, die zwar immer wieder gestreift, aber höchstens exemplarisch vertieft werden. Im Mittelpunkt steht vor allem der Alltag der Kreuzlinger einst und jetzt. Denn die Autorinnen und Autoren verfolgen – so Stadtmann Bieri in seinem Vorwort – einen »lebensweltlich orientierten Ansatz«. Dies soll nicht nur in dem bereits beschriebenen Einband, sondern auch im Untertitel zum Ausdruck kommen. Seine Ähnlichkeit mit dem Slogan »Kinder, Küche, Kirche«, der sich auf traditionelle Schwerpunkte weiblichen Alltags bezieht, springt ins Auge. Offenbar handelt es sich bei »Kinder, Konsum und Karrieren« um eine modernisierte Version, die säkularisiert und von einseitiger Geschlechter- und Generationenbindung gelöst worden ist. Zumindest zwei dieser Schlagworte finden sich in den Themen »Jungsein« und »Einkaufen« wieder, die zusammen mit dem Sujet »Milieus und Vereine« für jeden der fünf Zeitabschnitte behandelt werden. Ebenso finden sich in jedem Abschnitt einerseits einführende Überblickskapitel und andererseits vertiefende Kurzbeiträge, die Schlaglichter auf bestimmte Personen bzw. Personengruppen, auf ausgewählte Orte oder einzelne Ereignisse werfen wollen. In den »Schlaglichtern«, die sich – da auf gelbem Papier gedruckt – auch optisch von den übrigen Kapiteln absetzen, werden u. a. Seebadeanstalt und Strandbad behandelt, weiterhin eine jüdische Unternehmerfamilie, dann der umstrittene Bezirksstatthalter Raggenbass, italienische Gastarbeiter oder die Villa »Bellevue«, im Vormärz Sitz einer deutschen Exildruckerei und später Domizil der Klinik Binswanger, einer der ersten und führenden psychiatrischen Sanatorien am Bodensee. Schließlich werden zwei Gaststätten in Kurzrickenbach vorgestellt, ein »Schlaglicht«, in dem die Grenze zwischen historischer Darstellung und Restaurantkritik fließend ist.

Die dem Überblick und den drei Hauptthemen gewidmeten Kapitel tragen oft solch plakative Titel wie »Milch, Markt und Mortadella«, »Klassenkampf, Kinovergnügen und Grenzgänger«, »Keiner zu klein, ein Patriot zu sein«, »Adler, Apollo und WG – Szenetreffe« oder »Züri brennt – Chrüzlinge pennt«. Diese Überschriften lassen ebenso wie die bereits erwähnten Schlaglichter die Mannigfaltigkeit der Blickwinkel erahnen, mit denen die Autoren versucht haben, die Vielfalt des Alltags in Kreuzlingen seit 1874 einzufangen. Dem Leser wird ein Kaleidoskop an Entwicklungen, Erfahrungen und Erlebnissen ausgebreitet, das ihm letztlich deutlich machen soll, was in den letzten 125 Jahren Leben in

Kreuzlingen bedeutet hat, wie facettenreich und individuell unterschiedlich es war. Beispielsweise gab es während des Zweiten Weltkrieges sowohl eine israelitische Gemeinde als eine nationalsozialistische deutsche Kolonie. Es entsteht somit der Eindruck von einer großen Heterogenität, die schließlich im Fazit der Mitherausgeberin Monica Rüthers »als hervorstechendes Merkmal Kreuzlingens« gewertet wird (S. 269f.). Mit ihr gehe eine ständige Suche nach Identität einher, die die Stadt offen mache: »Kreuzlingen muss sich immer wieder neu erfinden«.

Man mag diese Anschauungen (bedingt) teilen oder nicht, auf jeden Fall sei dem Leser, vor allem dem ortsunkundigen, empfohlen, die Lektüre mit dieser zweiseitigen Zusammenfassung zu beginnen. Denn sie hilft ihm, die in den einzelnen Abschnitten, Kapiteln und Schlaglichtern ausgebreiteten Details besser verstehen und einordnen zu können. Dazu trägt auch eine Zeittafel sowie diverse Tabellen zur demographischen, politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Entwicklung bei, auf die jedoch im Inhaltsverzeichnis nicht näher hingewiesen wird. Dort ist nur von »Übersichten und Tabellen« die Rede, eine genaue Aufstellung findet sich nirgends, so dass es dem Zufall überlassen bleibt, ob sich der Leser dieser wichtigen Klammern bedienen kann. Ähnlich verhält es sich mit kartographischen Darstellungen. Wo lagen die Siedlungskerne von Egelshofen, Kurzrickenbach und Emmishofen, wo das alte Stift? Wie sind sie zusammengewachsen? Wo verläuft die Kreuzlinger Hauptstraße? Solche Fragen stellen sich dem (auswärtigen) Leser von Anfang an, doch stößt er erst gegen Ende des Buches auf das Schlaglicht »Eine Siedlung entsteht: Kreuzlingen im Spiegel der Karten«. Leider sind die vorgestellten Kartenausschnitte aus den Jahren 1830, 1912, 1945 und 1972 recht klein. Die größte, zweiseitige Karte findet sich jedoch nicht hier, sondern im Kapitel »Staubsauger, Nähmaschinen und unzählige andere Bedürfnisartikel« (S. 202f.). Sie zeigt – allerdings wiederum ohne Einzeichnung der Straßennamen – die »Einkaufslandschaft Kreuzlingen« 1955. Dies bringt deutlich den hohen Stellenwert zum Ausdruck, den die Autoren dem Konsum als alltagsprägende Kraft beimessen. Das mag gerade in einer Grenzstadt wie Kreuzlingen, die seit jeher Käufer aus dem benachbarten Ausland angelockt hat, auch in hohem Maße zutreffen. Dennoch: Wird seine Rolle nicht überbetont? Auch dadurch, dass andere, zumindest in der Vergangenheit wichtige alltagsprägende Kräfte wie Kirche und Glaube nicht im gleichen Umfang thematisiert werden? Waren – und sind zum Teil heute immer noch – Kirchengemeinden wichtige Identifikationsstätten? Spielte die Frage der unterschiedlichen konfessionellen Identitäten nicht vielleicht auch beim Widerstand der Emmishöfer gegen den Zusammenschluss mit Kreuzlingen 1928 eine Rolle (vgl. S. 61)? In Emmishofen überwogen die Katholiken, in Kreuzlingen die Protestanten (S. 125). Die Frage nach der konfessionellen Struktur führt letztlich in Epochen, die vor der Zeitspanne liegen, die in dem vorliegenden Buch behandelt werden. Es ist be-

dauerlich, dass die »Vorgeschichte« Kreuzlingens nur bis 1874 zurück verfolgt wird. Einige wenige Sätze zum Werdegang von Egelshofen, Kurzrickenbach und Emmishofen hätten diesen Keimzellen der Stadt stärkere Konturen verliehen und zwei Dinge deutlicher erkennen lassen: zum einen welchen Beitrag sie zum Werden Kreuzlingens geleistet haben, und zum anderen, welche Eigenarten sie sich bis heute bewahrt haben. Da die Stadt ihren Namen vom Augustinerstift herleitet, hätte auch dieses eine kurze Erwähnung verdient. Es ist damit im Alltag aller Kreuzlinger, gleich welchem Milieu sie angehören, präsent und leistet damit – wenn auch mittelbar – einen wichtigen Beitrag zu ihrer Integration. Außerdem verweist es als Gründung der Bischöfe von Konstanz auf die lange Tradition der Beziehungen zwischen Konstanz und Kreuzlingen, Beziehungen, die man in der Gegenwart doch zu stärken sucht.

Ungeachtet dieser Kritik markiert der vorliegende Band einen Meilenstein in der Kreuzlinger Stadtgeschichtsschreibung. Autorinnen und Autoren haben ein buntes Bild der Geschichtslandschaft Kreuzlingen in den letzten 125 Jahren gezeichnet. Ihr Werdegang und vor allem das Leben vieler Kreuzlinger spiegelt sich darin in lebendiger Weise wider.

Heiner Stauder

Paul Oberholzer:

Vom Eigenkirchenwesen zum Patronatsrecht.

Leutkirchen des Klosters St. Gallen im Früh- und Hochmittelalter (St. Galler Kultur und Geschichte 33)

345 Seiten, Staatsarchiv und Stiftsarchiv St. Gallen, St. Gallen 2002 sFr 54.– / € 34,30

Themen zur Rechts-, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte des Klosters St. Gallen im Früh- und Hochmittelalter zu behandeln, scheint üblicherweise nur auf der Grundlage der reichen, im St. Galler Stiftsarchiv verwahrten Urkundenüberlieferung der einstigen Reichsabtei möglich. Indessen hat schon vor mehr als zwanzig Jahren der viel zu früh verstorbene Werner Vogler mit der Publikation eines spätmittelalterlichen »Verzeichnisses der Ministerialen und Burgen des Klosters St. Gallen« (in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte 76. 1982, S. 71–89) eine Quellenart – retrospektiv auch für das Hochmittelalter – nutzbar gemacht, die bislang viel zu wenig beachtet worden ist. Gemeint sind Listen und Verzeichnisse von Besitzungen und Rechten des Klosters. War dieses Verzeichnis bis dahin unveröffentlicht geblieben, so verhält es sich bei demjenigen, das den Ausgang für die hier zu besprechende, an der Universität Freiburg i. Üe. angenommene Dissertation bildet, anders. Die in dieser Arbeit herangezogene Liste der St. Galler Patronatskirchen, vom Verf. in den Zeitraum von 1264 bis 1270 datiert, findet sich eingetragen auf der zunächst unbeschriftet gelassenen pag. 4 des um 1000 von dem St. Galler Mönch und Reklusen Hartker geschriebenen Anti-

phonars Cod. Sang. 390 und ist schon mehrfach veröffentlicht worden. Der Verf. hat u. a. das Verdienst, sie im Anhang seines Werkes, auf S. 277, neu veröffentlicht und mit sorgsamsten Ortsidentifikationen (S. 277–279) versehen zu haben. Zudem bespricht er die nach Landstrichen (z. B. Aargau, Breisgau, Baar usw.) gegliederte Liste am Beginn seiner Arbeit ausführlich (S. 19–29), um damit eine Grundlegung für seine nachfolgenden Untersuchungen zu schaffen. Völlig zu recht vergleicht er die St. Galler Liste mit dem etwa gleichzeitigen, freilich die Kirchen der gesamten Diözese Konstanz erfassenden *Liber decimationis cleri Constantiensis pro Papa de anno 1275*, dessen Neuedition durch Gerlinde Person-Weber, *Der Liber Decimationis des Bistums Konstanz* (Forschungen zur Oberrheinischen Landesgeschichte XLIV). 2001, der Verf. offenbar nicht mehr zur Kenntnis nehmen konnte. In diesem Zusammenhang sei im Blick auf das in der St. Galler Liste von späterer Hand unter den in der Baar gelegenen Kirchen (zwischen Kirchdorf und Wurmlingen) nachgetragene Gotteshaus in einem Orte Gais (vgl. S. 277 und den Kommentar S. 21 und 27) bemerkt, dass damit nur Geisingen, der »Vorort« des späteren Dekants Wurmlingen-Geisingen, gemeint sein kann.

Nach der Beschreibung und Kommentierung der Kirchenliste des 13. Jhs. wendet sich der Verf. sodann in Teil 2 dem »Kirchenbesitz des Gallusklosters im Frühmittelalter« und in Teil 3 dem Thema »Kirchenbau und Veränderung der Rechtsverhältnisse im Hochmittelalter« zu, um damit die Entwicklung des St. Galler Niederkirchenbesitzes bis zur Zeit der Anlage der Liste gegen Ende des 13. Jhs. nachzuzeichnen, – bedauerlicherweise unter methodisch nicht ganz einsichtiger Ausklammerung derjenigen Kirchen, »die das Kloster vor 1270 verloren hat« (S. 11).

Befragt werden die St. Galler Urkunden und Chroniken »nach Kirchenübertragungen, Bautätigkeiten und Hinweisen auf klösterlichen Kirchenbesitz«, wobei dankenswerterweise auch archäologische Zeugnisse beigezogen werden. An dieser Stelle ist freilich – vor allem im Blick auf den in Teil 5 dankenswerterweise gebotenen, alphabetischen Katalog »St. Galler Leutkirchen im ausgehenden 13. Jh. mit dokumentierter Entstehungsgeschichte« (S. 199–267) – zu vermerken, dass der Verf. die in den Katalogen von F. Oswald, L. Schaefer und HR. Sennhauser bzw. W. Jacobsen, L. Schaefer und HR. Sennhauser in: »Vorromanische Kirchenbauten« I. 1966–1971 und II. 1991 (für die Kirchen von Rohrbach, Kirchzarten, Kirchdorf, Marbach, Elgg, (Ober-)Stammheim, Romanshorn, St. Mangen und St. Laurenzen in St. Gallen und Dürnten) sowie von Eyla Hassenpflug, Das Laienbegräbnis in der Kirche. Historisch-archäologische Studien zu Alemannien im frühen Mittelalter (Freiburger Beiträge zur Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends 1), 1999 (für die Kirchen von Rohrbach, Kirchdorf und Romanshorn) vorgelegten archäologischen und baugeschichtlichen Befunde nicht mitberücksichtigt hat. (Künftig wäre außerdem für einige der in der Liste St. Galler Kirchen verzeichneten Gotteshäuser noch der von HR. Sennhauser in:

ders. (Hg.), *Frühe Kirchen im östlichen Alpengebiet 1* (Bayer. Akademie der Wiss. Phil.-Hist. Kl. Abh. NF. 123). 2003, S. 43–221, erarbeitete Katalog zu konsultieren).

In Teil 2 werden in überlegt gezogenen zeitlichen Schnitten der Kirchenbesitz der Abtei im Frühmittelalter, die Vergabungen von Kirchen vor 818, der Kirchenbesitz des Klosters von 818 bis 926, jeweils unter Berücksichtigung aller nur denkbaren Aspekte, darunter etwa auch der liturgischen und rechtlichen, behandelt. Zu diesen rechtlichen Aspekten gehört u. a. auch ein Eingehen auf das Wesen der sog. Eigenkirchen und auf das Problem der Ausbildung von klar terminierten Pfarreien. Im Blick auf beide Rechtsinstitute ist gerade für den hier angesprochenen Raum das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen. Das zeigt zum einen für das Eigenkirchenwesen der Aufsatz von Wilfried Hartmann, *Die Eigenkirche: Grundelement der Kirchenstruktur bei den Alemannen ?*, in: *Die Alemannen und das Christentum*, hg. von Sönke Lorenz u. Barbara Schollmann. 2003, S. 1–11 (S. 7f. über die in St. Galler Urkunden vorkommenden Kirchenschenkungen); und das zeigt für sämtliche, gerade auch in St. Galler Urkunden gebrauchten Begriffe für Kirchen auf dem Lande, und darunter auch für die *ecclesia parochialis*, jetzt die sich ausdrücklich als »eine begriffsgeschichtliche Untersuchung« verstehende Konstanzer Dissertation von Harro Julius, *Landkirchen und Landklerus im Bistum Konstanz während des frühen und hohen Mittelalters*. 2003.

Teil 3 schließt für die zwischen 926 und 1270 überlieferten Gründungen von Kirchen zeitlich unmittelbar an mit einem – entsprechend den Veränderungen gegenüber der vorausgehenden Epoche – teilweise veränderten Frageraster, sichtbar etwa an der Behandlung neu entstandener Rechtsinstitute wie Patronatsrecht und Inkorporation. – Angesichts der Themenstellung und des Ausgangs der Untersuchung von einem Kirchenverzeichnis nicht von vornherein zu erwarten ist am Ende von Teil 3 die Behandlung der personellen Zusammensetzung des St. Galler Konvents in der zweiten Hälfte des 13. Jhs. und in Teil 4 der im 13. Jh. an St. Galler Kirchen tätigen Weltkleriker unter Berücksichtigung u. a. des Pfründenwesens, der Aufgaben des Klerus und seines Bildungsstandes. Gerade diese, dem 13. Jh. gewidmeten Abschnitte vermitteln zusammen mit den S. 283–303 gebotenen Personallisten ein weitgehend neues Bild von St. Gallen als »geistlicher Stadt« des ausgehenden Hochmittelalters. Die dem Werk beigegebenen Listen, Verzeichnisse, Tabellen und Exkurse erhöhen den Wert dieser Arbeit noch um ein Beträchtliches.

Angesichts der Fülle der hier angesprochenen Einzelthemen wird die landesgeschichtliche Forschung, die sich mit St. Galler Kirchen südlich wie nördlich des Bodensees (hier vor allem des Allgäu, der Landschaften an oberer Donau und oberer Wutach und des Breisgaus) zu befassen hat, gut daran tun, die sorgfältig und umsichtig erarbeitete und überdies mit Karten und Abbildungen sowie mit einem Orts- und mit einem Personenregister

versehene Untersuchung Paul Oberholzers immer wieder von neuem zu konsultieren.

Helmut Maurer

Lesen – Schreiben – Drucken. Für Ernst Ziegler.

Herausgegeben von Marcel Mayer, Stefan Sonderegger und Hans P. Kaeser.

151 Seiten, zahlreiche Abb. Sabon-Verlag St. Gallen 2003

sFr 36.– / € 21.–

Zum 65. Geburtstag von Ernst Ziegler haben seine Freunde und Kollegen eine ansprechende Festschrift zusammengestellt. Als Stadtarchivar der Ortsbürgergemeinde St. Gallen hat sich Ernst Ziegler von 1971 bis 2003 professionell mit den Quellen seiner Heimatstadt auseinandergesetzt, sie gelesen, erschlossen und interpretiert, aus ihnen Geschichten geschrieben und Bücher publiziert. Die im Band versammelten Aufsätze widerspiegeln die beruflichen und privaten Interessen des Jubilars und geben Einblick in das Tätigkeitsspektrum eines klassischen Historiker-Archivars: Neun Beiträge zum Thema Lesen – Schreiben – Drucken, von der Urkundenedition bis zum papierlosen Büro, von der spätmittelalterlichen Eidesformel bis zu den Wochenschauen des Zweiten Weltkriegs.

Der Beitrag von Lorenz Hollenstein ist einem Phänomen der griechischen Epigraphik gewidmet, das sich auf Meilensteinen an der römischen Heerstrasse Belgrad-Konstantinopel aus dem 2. und 3. Jahrhundert n. Chr. beobachten lässt. Diese Meilensteine hatten eine doppelte Funktion, indem sie zunächst der praktischen Orientierung dienten, zugleich aber von ihren Errichtern – griechischen Thrakerstädten im Raum des heutigen Bulgariens – dazu benutzt wurden, ihre Zugehörigkeit zum römischen Reich öffentlich kund zu tun. Aus dieser Zusatzfunktion erwuchs die Suche nach platzsparenden Inschriftentechniken, wobei das Problem durch Abkürzungen und die Verwendung von Ligaturen gelöst wurde, der Verbindung oder Verschmelzung zweier Buchstaben zu einer neuen Buchstabenform.

Stefan Sonderegger gibt in seinem Werkstattbericht Einblick in Geschichte und Bearbeitungsstand des Chartularium Sangallense, des von Ernst Ziegler mitangeregten und tatkräftig geförderten Editionsunternehmens zur mittelalterlichen Geschichte grosser Teile des Kantons St. Gallen (ohne Bezirke Gaster, Sargans und Werdenberg). Bis weit ins 15. Jahrhundert sind Urkunden oft die einzigen, sicher aber die wichtigsten Informationsträger über die Vergangenheit von Einzelpersonen, von Gemeinwesen oder von ganzen Regionen. Mit interessanten Überlegungen zur Quantifizierung des Anteils der überlieferten bzw. verloren gegangenen Urkunden unterstreicht Sonderegger die Notwendigkeit einer möglichst lückenlosen Edition des vorhandenen Urkundenmaterials bis in die Zeit, wo andere Quellengattungen – Bücher, Rödel, Urbare – und serielle Quellen aus dem Verwaltungs-

bereich einsetzen. Mit aussagekräftigen Beispielen aus dem Bereich der ländlichen Gesellschaft wird aufgezeigt, wie durch die Erschließung der urkundlichen Überlieferung eine Vielfalt neuer Erkenntnisse zu gewinnen ist für eine Zeit, die wegen »mangelhafter Quellenlage« bis vor kurzem weitgehend unerforscht blieb. Aus dem nachhaltigen Gewinn von wirtschafts-, sozial- und herrschaftsgeschichtlichen Informationen für das 13. und 14. Jahrhundert ergibt sich der hohe Stellenwert einer regionalen Urkundenedition, wie sie das Chartularium Sangallense darstellt.

Dies zeigen nicht zuletzt die zwei folgenden Beiträge. Helmut Maurer geht der Überlieferung der St. Galler Eidesformel von 1381 im ältesten Ratsbuch der Stadt Konstanz nach, die im Zusammenhang mit den Emanzipationsversuchen der Stadt St. Gallen gegenüber Abt und Kloster in den 1380er Jahren steht. In diesem Konflikt nahm der Bund der Reichsstädte um den Bodensee unter Konstanzer Führung eine Vermittlerrolle ein, was einerseits den einschlägigen Eintrag der umstrittenen Eidesformel im Konstanzer Ratsbuch erklärt, gleichzeitig aber auch auf Konstanz als Tagungs- und Ausstellungsort für weitere Schiedsurkunden zwischen Abt und Stadt St. Gallen aus den Jahren 1381 und 1382 verweist.

Eine ebenfalls in Konstanz ausgestellte Urkunde – jene vom 6. März 1219, mit der Bischof Konrad von Konstanz dem Kloster St. Johann die Kirche Kappel überträgt, – nahm Ernst Tremp zum Anlass, über die innern Verhältnisse des Klosters im 13. Jahrhundert zu forschen und einen theologischen Streit aufzuarbeiten, an dem Abt Burkhard von St. Johann (1152–1190/91) führend beteiligt war. Die Urkunde von 1219 enthält den scheinbar beiläufigen Hinweis auf eine geistliche Frauengemeinschaft (*sorores*), womit, wie Tremp zeigen konnte, der erste und einzige Nachweis für die Existenz eines Doppelklosters in St. Johann vorliegt, was zugleich ein Indiz für die Befolgung der Petershauser Reform unter Führung des Bischofs von Konstanz ist. Beides zeigt, dass das Toggenburger Kloster trotz geographischer Abgeschiedenheit enge Verbindungen zur Bischofsstadt pflegte und aufgeschlossen war gegenüber den dort geförderten Reformbestrebungen des klösterlichen Lebens.

Der Beitrag von Karl Heinz Burmeister beleuchtet am Beispiel eines Falschspielerprozesses in Lindau die rechtshistorische Problematik des Glückspiels, konkret die vom Würfelspiel ausgehenden wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Risiken der Verschuldung und Verarmung und die Gefahren für die städtische Friedenswahrung. Ein nicht minder delikates Thema sind die Bücherdiebstähle des Melchior Goldast in St. Gallen, die Rudolf Gamper anhand der allerdings unvollständig überlieferten Prozessschriften von 1605 untersucht. Goldast, der sich als Forschungsassistent mit der Edition von Vadians Werken und mittelalterlichen Texten aus dem Kloster St. Gallen beschäftigte, wurde schon früh verdächtigt, mehrere Bücher aus der städtischen Library entwendet zu haben. Es kam zu einem Gerichtsverfahren, in

dem sich Goldast erfolgreich zu verteidigen wusste bzw. in dem es dem Rat nicht gelang, die Verdachtsmomente ausreichend zu erhärten. In der Folge wurde aber eine Reorganisation der städtischen Bibliothek beschlossen, die eine Neuaufstellung der Bücher und die Einführung eines Katalogs mit Signatursystem und einheitlichen Rückenschildern beinhaltete.

Mit seinem Aufsatz über die Stadtbibliothek Ravensburg sowie verschiedene Privat- und Vereinsbibliotheken im 19. Jahrhundert schreibt Peter Eitel ein weiteres Stück Bibliotheksgeschichte. Der Beitrag über die Lesekultur in der oberschwäbischen Provinz führt zu der nicht unerwarteten Feststellung, dass es kaum möglich sei, sich »ein geschlossenes Bild des geistigen Horizonts der Ravensburger Bürgerschaft« zu machen. Der Autor gelangt aber in punktuellen Mikrostudien zu interessanten Ergebnissen über die Bestandes- und Benutzergeschichte sowie die Beschaffungspolitik einzelner Ravensburger Büchereien.

Mit der »Heilen Schweiz« in deutschen Wochenschauen des Zweiten Weltkriegs beschäftigt sich Peter Gerdes, der die Sujets zum Thema »Schweiz« in den deutschen Wochenschauen 1939 bis 1945 systematisch ausgewertet hat und dabei zu dem Ergebnis gelangt ist, dass die Schweiz in der deutschen Propaganda »nur als Heimatmuseum, nie als ein ernst zu nehmender Nachbarstaat« gezeigt wurde, ja dass die politische und wirtschaftliche Existenz der Schweiz in den deutschen Wochenschauen »anscheinend gänzlich verleugnet« wurde.

Den Schlusspunkt setzt Marcel Mayer mit einem gerafften Überblick über die technik- und verwaltungsgeschichtliche Entwicklung der modernen St. Galler Stadtverwaltung seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, also von der Lochkartenmaschine der 1960er Jahre zu den PC-Server-Netzwerken der Gegenwart, oder von der EDV zur IT, wobei vor allem die Problematik der langfristigen Archivierung von elektronischen Daten thematisiert wird.

Nebst der Themenvielfalt spricht das Buch vor allem durch seine gediegene Aufmachung – gebunden in königsblaues Leinen mit karminrotem Deckelinnen – sowie durch sein Umschlagbild an. Es zeigt den ehemaligen Arbeitsplatz von Ernst Ziegler im Stadtarchiv mit der Burckhardt-Büste und der Underwood-Schreibmaschine, die auf die Beschäftigung mit einem alten Lieblingsthema des Jubilars verweisen, der Historiographie und Wirkungsgeschichte von Jacob Burckhardt.

Fritz Rigendinger

Ansichtssache Thurgau.

Hrsg. im Auftrag des Kantons Thurgau von Christoph Tobler.

122 S., mit 100 Abb., Verlag Huber, Frauenfeld, Stuttgart, Wien 2003 sFr 29,80, / € 19,90

Ist das ein fröhliches Buch! Da saust ein rot lackierter Hürlimann-Traktor im Abendlicht über einen Acker und das Coverbild: Tempo hat er drauf, das sieht man, und eine ältere Bauernfrau hält mit vergnügtem Gesicht sicher das Lenkrad in beiden Händen. Man

nimmt das Buch im Querformat schon gleich wie ein Bilderbuch in die Hand. Von zu viel Text wird niemand behelligt. Das Vorwort von Hans Peter Ruprecht, dem Regierungspräsidenten des Kantons Thurgau, ist ganze drei Spalten lang und reicht aus, die besondere Idee dieser Präsentation zum 200jährigen Bestehen eines Kantons der Schweiz zu erklären. Der Kanton Thurgau reicht von Eschenz im Westen bis nach Arbon im Osten, nördlich von St. Gallen und von Wil zieht er eine Schleife. Seine Hauptstadt ist Frauenfeld. Der agrarwirtschaftlich geprägten Landschaft stehen Industriezentren in Weinfelden und Amriswil gegenüber. Die fruchtbare Landschaft und das Klima ermöglichen den Obst- anbau, den Weinbau, Milchwirtschaft und Käsereien.

Zahlen und Daten erfährt man hier also nicht – wozu auch, wenn die Bilder so sprechend sind. Und was sind das für Bilder! Die einhundert Farbfotos haben einhundert Fotografen gemacht – und das ist gerade das Besondere an ihnen. Unter den Fotografen – sie werden im Anhang neben ihrem Foto im Briefmarkenformat und seinem Titel alle namentlich mit Heimatort genannt – sind Profis wie Laien, Bürger wie Ausheimische, alte wie junge Fotografierer. Die Idee war so einfach wie genial: ein Wettbewerb wurde ausgeschrieben, etwa 500 meldeten sich, jeder Einsender durfte mehrere Fotos schicken, zum Schluß blieben die 100 besten übrig. Über die Auswahl beschied ein Gremium von neun Juroren, darunter nur zwei Fotografen.

Die ganzseitigen randlosen Fotos bilden zunächst einen überwiegend farbigen, lose aneinander gereihten Bilderbogen. Aber sie bieten vor allem Information und Impression zugleich. Was man erfahren will über diesen Kanton, seine Menschen, seine Landschaft, seine Bauwerke, seine Industrie und seine Bedeutung erschließt sich aus der kontrastierenden Gegenüberstellung oder in Bildsequenzen, die sowohl ländliche Idylle als auch industrielle Modernität, dörfliche Strukturen wie architektonisches Heute zeigen.

Dabei sind auch durchaus provozierende Bilder: Kühe vor dem Komplex der KVA Weinfelden, abgezielte Felderlandschaften, eine Betonfassade versus barocken Schweifgiebel. Oder raffinierte wie die Spiegelung des Fachwerkschlusses im Tower von Frauenfeld oder ein Blick unter den »Himmel« der überdachten Apfelbaumplantagen bei Landschlacht. Oder romantische wie ein paar unglaublich gefärbte Abendstimmungen über dem Bodensee, an dem der Thurgau den größten Anteil hat. Auch die Desillusionierung scheut man nicht: eine Müllkippe in Aktion, grausig versandelte Straßenkreuzungen, Zubringerkreisel – auch dies gehört zum breit angelegten Panorama einer Region.

Trotzdem gibt es eine Vielzahl von Ausblicken auf eine besondere Landschaft, die wie verzaubert wirken und ihrerseits bezaubern. Der Titel ist also ein Understatement. »Ansichtssache« heißt hier Identifikation, Parteinahme im positiven Sinn, Engagement.

Kurz und knapp: Zuneigung und Heimatliebe, die Kritik gleichwohl nicht ausschließt. Wie gesagt: ein fröhliches Buch, eine lohnende Investition und überdies ein zu lobendes Beispiel für gelungene Einbindung – wie könnte man besser Sponsorengelder verwenden als für die Darstellung einer Region durch die Augen ihrer Bewohner?

Dorothee L. Schaefer

Werner Trapp:

Mit Blick auf See und Gebirge. Der Bodensee – Bilder vom Wandel einer touristischen Landschaft.

142 Seiten mit 8 Abbildungen G. Braun Buchverlag, Karlsruhe 2002, € 13,80

Der kleine Band umfaßt 9 Essays, die zwischen 1993 und 1998 in verschiedenen Zeitschriften Deutschlands und der Schweiz erschienen sind und sich an ein breiteres Publikum wenden. Die Beiträge lesen sich angenehm leicht und lenken doch zugleich den Blick auf Problembereiche, wie sie entstehen, wenn eine alte Kulturregion sich zunehmend dem Tourismus öffnet. Dass hierbei neben den aktuellen Erscheinungsformen auch die langfristige Entwicklung und die historischen Wurzeln im Blickfeld bleiben, gehört zu den großen Verdiensten des Autors. So ist denn auch die Lektüre am spannendsten, wenn der Blick bis ins Ende des 19. Jahrhunderts oder weiter zurückreicht, wo fundiertes historisches Wissen einfließt, das jedoch nie durch zu hohe Spezialisierung unverständlich wird. Dies betrifft z. B. die historischen Ausblicke, wie sie in den Ausführungen zu den Anfängen des Motorbootsports auf dem Bodensee um 1900 oder zur Rolle der Grenzstadt Konstanz in den Anfängen des Dritten Reiches erscheinen, aber auch die teils kritischen Reflektionen zur Tourismusgeschichte und zum Tourismus insbesondere im Schlußbezug.

Positiv ist ferner, daß die gewachsene Tradition und Kultur des Bodensees selbstverständlich grenzübergreifend betrachtet wird, etwa in den Beiträgen über das Montafon oder den Rheinfluss von Schaffhausen.

Liebevoll bebildert, überwiegend mit expressionistischen Plakaten aus der Anfangszeit des Bodenseetourismus, und durch zahlreiche Literaturverweise für weitergehend Interessierte erweitert, nicht zuletzt aber auch durch sein im Ganzen angenehmes Erscheinungsbild eignet sich das Bändchen sowohl als kritische Anregung als auch Ferienlektüre oder aber als Geschenk für alle Liebhaber und Liebhaberinnen des Bodensees und seiner Geschichte.

Juliane Kümmell-Hartfelder

VEREIN FÜR GESCHICHTE DES BODENSEES UND SEINER UMGEBUNG

EHRENPRÄSIDENT

Prof. Dr. Helmut Maurer, Konstanz

EHRENMITGLIEDER

Hofrat Dr. Arnulf Benzer, Bregenz

Msgr. Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Johannes Duft, St. Gallen †

Eduard Hindelang, Langenargen

PD Dr. Ernst Ziegler, St. Gallen

VORSTAND

- Präsident: Dr. Jörg Heiligmann, Leiter der Außenstelle Konstanz
des Archäologischen Landesmuseums Baden-Württemberg,
Benediktinerplatz 5, D-78467 Konstanz
- Vizepräsident: Mag. Dr. Wolfgang Scheffknecht, AHS-Lehrer, Jahnstr. 3, A-6890 Lustenau
- Schriftführer: Lic. phil. Arthur Brunhart, Chefredaktor des Historischen Lexikons für das
Fürstentum Liechtenstein, Messinastr. 5, FL-9495 Triesen
- Schatzmeisterin: Susanne Hölzer, Landesbank Baden-Württemberg, Bachstr. 12,
D-88214 Ravensburg
- Schriftleiter des Jahresheftes: Dr. Jürgen Klöckler M.A., Leiter des Stadtarchivs Konstanz,
Benediktinerplatz 5, 78467 Konstanz
- Beisitzer: Dr. Peter Eitel, Historiker, Stadtarchiv, Kuppelnastr. 7, D-88212 Ravensburg
Markus Huber, Dipl. nat., Kurator am Museum Stemmli,
CH-8200 Schaffhausen
Dr. Bernd M. Mayer, Leiter der Fürstlichen Kunstsammlungen,
Chorherrngasse 3, D-88364 Wolfegg
Prof. Dr. Alois Niederstätter, Vorarlberger Landesarchiv, Kirchstr. 28,
A-6900 Bregenz
Ursula Reck, Studiendirektorin a. D., Allgäuer Str. 14, D-88045 Friedrichshafen

Dr. Stefan Sonderegger, Stadtarchivar, Stadtarchiv der Ortsbürgergemeinde,
Notkerstr. 22, CH-9000 St. Gallen

Heiner Stauder M.A., Stadtarchivar, Altes Rathaus, D-88131 Lindau

Dr. Daniel Studer, Direktor des Historischen Museums,
Museumsstr. 50, CH-9000 St. Gallen

Dr. Hans-Ulrich Wepfer, Seminarlehrer, Seeweg 3, CH-8280 Kreuzlingen

Dr. Georg Wieland, Stadtarchivar, Katharinenstr. 55,
D-88045 Friedrichshafen

GESCHÄFTSSTELLEN DES VEREINS UND MITGLIEDSBEITRAG

Für Deutschland

Stadtarchiv, Katharinenstr. 55, D-88045 Friedrichshafen

Landesbank Baden-Württemberg, Konto Nr. 4 507 231 (BLZ 600 501 01)

Jahresbeitrag für Einzelmitglieder: € 15.–

für Kollektivmitglieder: € 20.–

für Schüler und Studenten: € 7.50

Für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Verein für Geschichte des Bodensees, Stadtarchiv (Vadiana),

Notkerstr. 22, CH-9000 St. Gallen

Ersparnisanstalt St. Gallen, Konto Nr. 30-38219-3

Jahresbeitrag für Einzelmitglieder: SFr. 30.–

für Kollektivmitglieder: SFr. 40.–

für Schüler und Studenten: SFr. 15.–

Für Österreich

Vorarlberger Landesarchiv, Kirchstr. 28, A-6900 Bregenz

Hypothesenbank Bregenz, Konto Nr. 11 887 112 (BLZ 580 00)

Jahresbeitrag für Einzelmitglieder: € 15.–

für Kollektivmitglieder: € 20.–

für Schüler und Studenten: € 7.50

MANUSKRIPTE

deren Veröffentlichung gewünscht wird, sind an den Schriftleiter, Herrn Dr. Jürgen Klöckler M.A. (Leiter des Stadtarchivs Konstanz, Benediktinerplatz 5, D-78467 Konstanz) zu richten. Die Übersendung des Manuskripts muss als Datei entweder auf Diskette oder aber als attachment an eine eMail (KloecklerJ@stadt.konstanz.de) erfolgen. Die Richtlinien für die Textgestaltung, die konsequent einzuhalten sind, können im Internet eingesehen (<http://>

www.ub.uni-konstanz.de/vgbodensee/richtlinien.htm) und dort auch heruntergeladen werden. Wird der Beitrag angenommen und im Jahreshaft publiziert, hat der Autor Anspruch auf 20 Sonderdrucke. Durch den Autor verursachte Druckkorrekturen gehen zu dessen Lasten. Für den Inhalt seines Beitrags ist der Verfasser verantwortlich. Dies gilt auch für die Buchbesprechungen.

FRÜHERE JAHRGÄNGE

der Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung (alle Jahrgänge früher als Heft 67/1940) werden dringend für öffentliche Bibliotheken benötigt. Der Verein bittet darum, ihm solche zum Kauf zu überlassen. Die Jahrgänge 68/1941/42 bis 108/1995 bietet der Verein zum Sonderpreis von € 7.50 zum Kauf an. Bitte wenden Sie sich an Frau Ursula Reck, Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung – Schriftenlager – Katharinenstraße 55, D-88045 Friedrichshafen

SENDUNGEN

an die Vereinsbibliothek sind ausschließlich zu richten an die Bibliothek des Bodenseesegeschichtsvereins (Bodensee-Bibliothek), Katharinenstraße 55, D-88045 Friedrichshafen. Diejenigen unserer Mitglieder, die Arbeiten über das Bodenseegebiet in anderen Zeitschriften veröffentlichen, bitten wir, der Vereinsbibliothek jeweils einen Sonderdruck zur Verfügung zu stellen.

BODENSEE-BIBLIOTHEK

Katharinenstraße 55, D-88045 Friedrichshafen. Tel. 075 41/209/1 50 oder 1 53

E-Mail Adresse: fhl@w-4.de

Homepage Bodenseebibliothek:

<http://www.friedrichshafen.de/stadt/bildung/bodenseebibliothek>

Die Bodensee-Bibliothek der Stadt Friedrichshafen führt mit dem Grundbestand der Bibliothek des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung deren ursprüngliche Bestimmung fort. Sie sammelt und ergänzt alle historisch bedeutsam erscheinenden Quellen und Veröffentlichungen zur Geschichte und Naturkunde des Bodenseeraumes. Hierzu gehören die in den Jahresschriften des Vereins besprochenen Bücher, sowie generell die jährlich in der Bodensee-Bibliographie verzeichneten Neuerscheinungen, Aufsätze und Beiträge. – Für die Mitglieder des Vereins ist mit Ausnahme weniger, sekretierter Bücher die Entleihung auf dem Postwege möglich. Erforderlich ist mit der genauen Titelangabe die einmalige Ablichtung des Mitgliedsausweises und die schonende Behandlung und Rücksendung nach vier-, maximal achtwöchiger Leihdauer. Persönlich verantwortlich für das Leihgut bleibt das

genannte Vereinsmitglied. Die Bibliotheksverwaltung erwartet die Einhaltung der jeweils mit übersandten Leihordnung.

Die Bodensee-Bibliothek in Friedrichshafen will mit diesem Angebot den Auftrag des Bodenseegeschichtsvereins unterstreichen: Landesgeschichtliche Studien zu fördern und die Vereinsmitglieder über die Lektüre an den Ergebnissen teilhaben zu lassen.

Die Betreuung und Ergänzung der Bodensee-Bibliothek erfolgt durch das Stadtarchiv Friedrichshafen.

Bibliothek der Universität Konstanz



0193 5205 62

Das internationale Bodensee-Jahrbuch versammelt aktuelle Forschung und Information zur Geschichte und Naturkunde des gesamten Bodenseeraums.

In diesem Band wird etwa aus biologischer Sicht unter dem Titel »Was haben wir aus dem Bodenseeufer gemacht?« eine Bilanz der letzten Jahre gezogen. Ein reich illustrierter Beitrag widmet sich dem Thema der Seegfrörnen, dem seltenen Phänomen der Eisbildung auf dem gesamten Bodensee, das statistisch gesehen nur alle 100 Jahre einmal vorkommt, zuletzt 1963. Daneben werden die Appenzellerkriege des 15. Jahrhunderts in zwei Beiträgen aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet. Zeitgeschichtlich spannend sind Untersuchungen über das Frauenwahlrecht in der Schweiz und in Liechtenstein und über einen Literaturkongreß in Überlingen.

Das Jahrbuch wird herausgegeben vom Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung.



Jan Thorbecke Verlag



ISBN 3-7995-1710-3